



Institut für Geographie  
und Regionalforschung  
*Universität Wien*



GENDERSENSIBLE REGIONALE IMPULSE PROJEKTE STRATEGIEN

**grips**

# **Grundlagen für eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“**

## **Endbericht**

**Elisabeth Aufhauser  
Siegrun Herzog  
Vera Hinterleitner  
Theresia Oedl-Wieser  
Eva Reisinger**

**Studie im Auftrag des  
Bundeskanzleramts, Abteilung IV/4  
Juni 2003**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>2</b>
<b>Vorwort .....</b>	<b>4</b>
<b>0 Zielsetzung, Aufbau und Methodik der Studie .....</b>	<b>5</b>
<b>1 Was ist unter einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ zu verstehen? .....</b>	<b>11</b>
1.1 Positionen, Instrumente und Strategien zur Gleichstellung von Frauen und Männern .....	11
1.2 Regionalentwicklung und Regionalpolitik in Österreich: Begriffsklärung und Merkmale des Politikfeldes .....	26
1.3 Was bedeutet Regionalentwicklung aus einer gleichstellungsorientierten Sicht? .....	40
1.4 Fragen, die die Erstellung der Studie leiteten .....	48
<b>2 Räumliche Muster weiblicher Lebenszusammenhänge und geschlechterspezifischer Ungleichheit .....</b>	<b>50</b>
2.1 Der weibliche Lebenszusammenhang im Wandel .....	52
2.2 Informationen und Indikatoren zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf regionaler Ebene .....	73
2.3 Räumliche Variation weiblicher Lebenszusammenhänge und geschlechterbezogener Ungleichheit in Österreich .....	90
2.4 „Problemzonen“ in der regionalen Entwicklung aus Sicht der Gleichstellung von Frauen und Männern .....	115
<b>3 Der Beitrag räumlicher Politik zur (Re)Produktion geschlechterspezifischer Ungleichheitsstrukturen .....</b>	<b>120</b>
3.1 Das Verhältnis von Geschlecht und Raum – eine theoretische Betrachtung .....	120
3.2 Räumliche Entwicklungsprogramme und -konzepte – eine geschlechterspezifische Analyse .....	130
3.3 Die Verankerung der Frauen im österreichischen regionalpolitischen Setting .....	135
3.4 Wie (re)produziert Regionalpolitik die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern? Über den Raumbezug und die geschlechterspezifische Wirkung regionaler Politikfelder .....	141
3.5 Was bringt Gleichstellung? Kosten-Nutzen-Argumente für die Forcierung einer Gleichstellungsorientierung von Regionalentwicklung .....	158

<b>4</b>	<b>Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ .....</b>	<b>168</b>
4.1	Ansätze zur Gleichstellung auf der regionalen Ebene .....	168
4.2	Planungsansätze „von, für und mit Frauen“ im internationalen Kontext .....	176
4.3	Grundsätze einer Gleichstellungsorientierung in der Regionalentwicklung .....	181
4.4	Interventionsmöglichkeiten in der Regionalentwicklungspolitik, in den regionalen Strukturfondsprogrammen und Gemeinschaftsinitiativen der EU .....	186
<b>5</b>	<b>Resümee: „Sichtbar werden Frauen nur, wenn ich genau hinschaue“ .....</b>	<b>210</b>
5.1	Zentrale Bezugspunkte für die Auseinandersetzung mit Gleichstellung im regionalpolitischen Kontext in Österreich .....	211
5.2	Förderliche und problematische Strukturen für die Implementierung einer Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalpolitik .....	220
5.3	Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um eine bessere Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalentwicklung zu erreichen .....	226
5.4	Forschungsfragen, die weiter verfolgt werden sollten .....	229
	<b>Literatur .....</b>	<b>230</b>
	<b>Datenquellen .....</b>	<b>245</b>
	<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>248</b>
	<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>250</b>

## Vorwort

Aus ihrem Grundverständnis heraus, für innovative Impulse in Raumentwicklung und Regionalpolitik in Österreich zu sorgen, hat die Abteilung für Regionalpolitik des Bundeskanzleramtes das Autorinnenteam im Jänner 2002 beauftragt, eine Studie mit „Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ zusammenzustellen. Auftrag und Aufforderung an das Team war, durchaus in kritischer Auseinandersetzung mit von der Europäischen Kommission für die derzeit laufende Strukturfondsperiode veröffentlichten Vorgaben und Leitlinien zum Gender Mainstreaming darüber nachzudenken, auf welchen Eckpfeilern eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ basieren könnte und sollte.

Unser Dank ergeht an Mag.<sup>a</sup> Alexandra Deimel und MR Mag. DI Wolf Huber von der Abteilung IV/4 Regionalpolitik des Bundeskanzleramtes, die es uns ermöglichten, miteinander und in Auseinandersetzung mit anderen im letzten Jahr einige - wie wir überzeugt sind - sehr wichtige Lernprozesse in Gang zu setzen. Unser Dank ergeht auch an unsere Institute und unsere Familien, die uns Raum und Zeit für diese Lernprozesse schufen sowie an unser interdisziplinäres feministisches Umfeld, das für viele der in der Studie aufgegriffenen Gedankengänge sorgte. Insbesondere Sabine Hafner (München) hat im Zuge der gemeinsamen Arbeit an einem Artikel die Ausarbeitung grundlegender Gedanken zur Verankerung von Gleichstellungspolitik im räumlichen Mehrebenensystem stimuliert und mitgeprägt.

Die größten Impulse für unsere Arbeit erhielten wir von den vielen Expertinnen und Experten aus den verschiedensten Fraueninitiativen, von den verschiedensten Frauenorganisationen und -institutionen und aus dem regionalpolitischen Bereich, mit denen wir in den letzten Jahren im Rahmen von Interviews oder auf Tagungen Gespräche führen konnten. Alle diese Gespräche haben ihren Beitrag zu jenem Lernprozess geleistet, der in der Studie aus unserer Sicht dokumentiert ist. Es ist unsere Interpretation und Zusammenfassung dessen, was wir in den Gesprächen erfahren haben. Wir sind und bleiben offen für Kritik an dieser Interpretation. Die Fragen, die im Zuge der Gespräche und auf den Tagungen von den Expertinnen und Experten immer wieder zum Thema gestellt wurden, waren ein wichtiger Ausgangspunkt für die in der Studie gewählten Schwerpunkte. Auf viele der an uns herangetragenen Fragen können wir auch nach Fertigstellung der Studie keine einfache und direkt umsetzbare Antwort geben. Vielleicht können einige der „Grundlagen“ aber dabei helfen, Ansatzpunkte für Lösungswege zu finden.

Ziel der Studie ist es, zum Aufbau einer Gender-Kompetenz bei den im Bereich der Regionalentwicklung in Österreich Tätigen beizutragen, einer Gender-Kompetenz, die zum Umgang mit den vielfältigen Erkenntnissen und unterschiedlichen Ansätzen aus der Frauen- und Geschlechterforschung und den Erfahrungen von Frauen befähigt, und es darauf aufbauend ermöglicht, regionalpolitische Visionen zu entwickeln, die der Gleichstellung von Frauen und Männern förderlich sind.

Juni 2003

Elisabeth Aufhauser  
Siegrun Herzog  
Vera Hinterleitner  
Theresia Oedl-Wieser  
Eva Reisinger

## 0 Zielsetzung, Aufbau und Methodik der Studie

Seit dem Vertrag von Amsterdam 1997 ist festgelegt, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern zu den zentralen Aufgaben der Europäischen Gemeinschaften zählt und ein transversales Ziel darstellt, das bei allen Tätigkeiten der Gemeinschaft zu verfolgen ist. Um dieser Aufgabe und Zielsetzung gerecht zu werden, folgt die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union (EU) seit Mitte der 1990er Jahre explizit einem dualen Ansatz aus spezifischer Frauenförderung und Gender Mainstreaming: Da Frauen noch immer sehr starken Benachteiligungen ausgesetzt sind, können und müssen weiterhin explizit Finanzmittel bereitgestellt werden, die spezifische Maßnahmen zur gezielten Förderung von Frauen ermöglichen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, dass die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen nicht ausreicht, um Gleichstellung zwischen den Geschlechtern herzustellen. Wie zahlreiche Untersuchungen der Frauen- und Geschlechterforschung mittlerweile recht klar belegen, werden Geschlechterverhältnisse auch sehr stark über Politiken beeinflusst und mitgestaltet, die nicht direkt auf das Geschlecht der Menschen Bezug nehmen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass viele Programme und Maßnahmen, die auf den ersten Blick „geschlechterneutral“ scheinen, verschiedenste Formen der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern reproduzieren und/oder zementieren. Aus diesem Grund ist es dringend erforderlich, bei *allen* politischen Prozessen, Entscheidungen und Maßnahmen auf die bewusste Einbeziehung einer geschlechterspezifischen Sichtweise zu achten und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Gender Mainstreaming bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Auseinandersetzung mit sozialen Unterschieden zwischen den Geschlechtern (mit „Gender“) zur politischen Selbstverständlichkeit (zum „Mainstream“) werden muss. Über die Strategie des Gender Mainstreaming sollen im politischen Alltag Prozesse in Gang gesetzt werden, die sicherstellen, dass geschlechterbezogenes (Mit)Denken und gleichstellungsorientiertes Handeln alle Politikbereiche durchdringt und abgestimmt auf die neue Zielsetzung auch verändert.

Entsprechend den Vorgaben im Vertrag von Amsterdam, wurde Ende der 1990er Jahre auch in den allgemeinen Verordnungen über die Strukturfonds für die Programmperiode 2000-2006<sup>1</sup> explizit die Verpflichtung verankert, bei allen von den Fonds kofinanzierten Interventionen auch das horizontale Ziel der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu verfolgen (Artikel 1 und 2). Um Gender Mainstreaming Prozesse in den über die Strukturfonds finanzierten Programmen zu initiieren, wurde in der Verordnung auch festgelegt, dass in der Ex-Ante-Bewertung der Programme der Aspekt der Chancengleichheit von Frauen und Männern eigens berücksichtigt werden muss (Artikel 41), dass die Statistiken und Indikatoren für die Begleitung, sofern es die Intervention zulässt, nach Geschlechtern aufgeschlüsselt werden müssen (Artikel 36), dass die Interventionssätze danach differenziert werden können, ob sie für die Förderung der Gleichstellung von Interesse sind (Artikel 29), dass im Rahmen der Partnerschaft der notwendigen Förderung der Chancengleichheit Rechnung getragen werden muss (Artikel 8), dass in den Begleitausschüssen für eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern Sorge zu tragen ist (Artikel 35) und dass die zuständige Verwaltungsbehörde Einrichtungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern über die Interventionen zu unterrichten hat (Artikel 46). In den Richtlinien zu den Strukturfondsprogrammen ist explizit festgehalten, dass nicht nur im Rahmen der sozialen Ziele auf die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern geachtet werden muss, sondern auch im Rahmen der regionalen Ziele.

---

<sup>1</sup>ABl. Nr. L 161/1 Verordnung (EG) Nr.1260/1999

Die Abteilung IV/4 Regionalpolitik des Bundeskanzleramtes hat nicht nur die Gesamtkoordination der Strukturfondsprogramme in Österreich und die Vorbereitung der Strukturfondsreform 2006 über, sondern sieht sich ihrem Grundverständnis nach auch verantwortlich für innovative Impulse in der Raumentwicklung und Regionalpolitik in Österreich. Aus diesem Grundverständnis heraus und in Anknüpfung an die Vorgaben der EU hat sie das Autorinnenteam im Jänner 2002 beauftragt, eine Studie mit „Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ zusammenzustellen. Gemäß Auftrag behandelt die Studie folgende Punkte:

- Was bedeuten Begriffe wie Chancengleichheit, Gleichstellung und Gender Mainstreaming und was haben Sie mit Regionalentwicklung zu tun?
- Welche Dynamiken im Bereich der Regionalentwicklung in Österreich sind für Frauen und ihre Gleichstellung derzeit besonders kritisch? Welche Entwicklungen müssten gefördert werden, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben?
- Inwiefern und auf welche Weise leisten regionalpolitische Interventionen einen Beitrag zur (Re)Produktion von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern? Was verliert Regionalentwicklung, wenn sie die Reproduktion und/oder Zementierung von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern hinnimmt? Was könnte sie gewinnen, wenn sie auf eine verbesserte Gleichstellung hinarbeitet?
- Wo kann im Rahmen des regionalpolitischen Setting in Österreich realistischerweise angesetzt werden, damit Regionalentwicklung in Zukunft eine Chance hat, gleichstellungsorientierter als bisher zu verlaufen?
- Was sind notwendige Rahmenbedingungen für die verbesserte Implementierung einer Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalpolitik? Was sind offene Forschungsfragen?

Zielpublikum der Studie sind einerseits die im Bereich der Regionalentwicklung und Regionalpolitik tätigen Fachleute, die Interesse daran haben, die von ihnen gestalteten, verwalteten und durchgeführten Maßnahmen so auszurichten, dass sie in Zukunft stärker zum Abbau von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, zu einem mehr an Gleichstellung, zu mehr Chancengleichheit beitragen. Die im Rahmen der Studie zusammengestellten Materialien sollen andererseits aber auch den Expertinnen aus der „Frauenszene“ Argumente mitgeben und zu Ideen anregen, wie sie ihre politischen Forderungen in das dem Gleichstellungsdenken gegenüber bisher relativ „sperrige“ Feld der Regionalpolitik und Regionalentwicklung einbringen können. Ziel der Autorinnen ist es in diesem Sinne, einen Beitrag zum Aufbau einer Gender-Kompetenz bei den im Politikfeld Regionalentwicklung tätigen Akteurinnen und Akteuren zu leisten, die es ermöglicht, regionalpolitische Visionen zu entwickeln, die sowohl gleichstellungspolitischen als auch „anderen“ regionalpolitischen Zielsetzungen gerecht wird.

### **Aufbau der Studie**

Entsprechend der gemeinsam mit dem Auftraggeber formulierten Zielsetzungen, gliedert sich die Studie in fünf Kapitel.

In Kapitel 1 erfolgt eine Klärung der konzeptionellen Grundlagen, auf denen die Verankerung des Konzeptes einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ aufbauen kann und muss: Welche grundlegenden Positionen, Instrumente und Strategien zur Gleichstellung gibt es? (Kapitel 1.1) Wie lässt sich das Politikfeld Regionalentwicklung in

Österreich derzeit charakterisieren? (Kapitel 1.2) Auf welchen grundlegenden Zusammenhängen von Gleichstellungspolitik und regionaler Entwicklungspolitik muss die Erarbeitung eines Konzeptes „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ aufbauen? (Kapitel 1.3) Welche Fragestellungen leiteten die Erstellung der Studie? (Kapitel 1.4)

Zentraler Angelpunkt für die Auseinandersetzung mit Gleichstellungsfragen ist das Geschlechterverhältnis, sprich das, was Frauen und ihre Lebenszusammenhänge im Vergleich zu Männern und deren Lebenszusammenhänge charakterisiert. In Kapitel 2 wird untersucht, mit welcher Dynamik sich die Lebenssituationen der Frauen im Vergleich zu jenen der Männer in verschiedenen regionalen Kontexten in Österreich im Verlauf der letzten Jahre veränderten: Worauf sollte geachtet werden, wenn es um die Auseinandersetzung mit Frauenleben und Geschlechterungleichheit im regionalen Kontext geht? (Kapitel 2.1) Auf welche Daten sollte in welcher Weise Bezug genommen werden? (Kapitel 2.2) Welche charakteristischen Muster und Dynamiken regionaler Differenzierung lassen sich in verschiedenen Lebensbereichen derzeit erkennen? (Kapitel 2.3) Welche problematischen Tendenzen sind in den sozioökonomischen Entwicklungsmustern auf regionaler Ebene mit Blick auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erkennen? (Kapitel 2.4)

Mit der Verankerung von Gender Mainstreaming als handlungsleitendem Prinzip für alle ihre Tätigkeiten geht die EU explizit davon aus, dass Politik im Allgemeinen nicht geschlechterneutral ist. Auch Regionalpolitik ist Abbild der Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft, die insgesamt zugunsten der Männer gestaltet sind. Kapitel 3 thematisiert, inwiefern raumbezogene Politiken auch in Österreich von männlichen Strukturen geprägt sind und auf welche Weise dadurch die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern produziert, reproduziert und/oder zementiert werden: Inwiefern wirken sich räumliche Gestaltungen auf die gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Stellung von Frauen im Vergleich zu Männern aus? (Kapitel 3.1) Auf welche Weise sind auch in die österreichische Regionalentwicklung Machtverhältnisse eingeschrieben, die zugunsten von Männern wirken? (Kapitel 3.2) In welchem Ausmaß gelingt es Frauen in Österreich, sich am regionalpolitischen Prozess zu beteiligen? (Kapitel 3.3) Auf welche Weise steuern Interventionen in verschiedenen regional relevanten Politikbereichen die Dynamiken im Geschlechterverhältnis? (Kapitel 3.4) Welche Kosten entstehen für die Regionalentwicklung, wenn sie nicht aktiv etwas gegen die Ungleichstellung von Frauen und Männern unternimmt? Welchen Nutzen hat sie, wenn sie vermehrt auf eine Gleichstellung der Geschlechter hinarbeitet? (Kapitel 3.5)

Auch die institutionalisierten Muster in der österreichischen Regionalpolitik favorisieren insgesamt betrachtet männliche Perspektiven. Frauen haben im Vergleich zu Männern eingeschränkte Möglichkeiten, sich aktiv an der Gestaltung regionaler Entwicklung zu beteiligen. Kapitel 4 thematisiert, welche Strategien im Rahmen der Regionalentwicklung in Österreich verfolgt werden könnten und müssten, damit regionale Entwicklung eine Chance hat, gleichstellungsorientierter als bisher zu verlaufen, und welche Instrumente dafür gestärkt werden müssten: Welche Arten gleichstellungsorientierter politischer Interventionen sind auf regionaler Ebene sinnvoll? (Kapitel 4.1) Welche Ansätze werden auf internationaler Ebene im Bereich der frauen- und geschlechtersensiblen Raumplanung und gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung verfolgt? (Kapitel 4.2) An welchen grundlegenden Prinzipien muss sich die Verankerung von Gleichstellung im regionalen Kontext orientieren? (Kapitel 4.3) Welche Interventionsmöglichkeiten zur gezielten Förderung von Gleichstellung im regionalen Kontext gibt es? (Kapitel 4.4).

In Kapitel 5 wird ein Resümee aus den wichtigsten Ergebnissen der Studie gezogen: Was sind die zentralen Punkte, die die Auseinandersetzung mit Gleichstellung im regionalpolitischen Kontext in Österreich steuern? (Kapitel 5.1) Was sind für Frauen und die Implementierung von Gleichstellung förderliche, was problematische Strukturen in der österreichischen Regionalpolitik? (Kapitel 5.2) Auf welche zentralen Rahmenbedingungen muss geachtet werden, damit Regionalentwicklung in Zukunft eine Chance hat, gleichstellungsorientierter als bisher zu verlaufen? (Kapitel 5.3) Was wären wichtige Forschungsfragen, die weiter verfolgt werden sollten? (Kapitel 5.4)

### Methodik der Studie

Die Studie stellt eine Gemeinschaftsarbeit von fünf Wissenschaftlerinnen aus den Fachgebieten Geographie und Regionalforschung, Agrarökonomie und Soziologie dar, die sich schon länger mit Fragen der Geschlechter- und Frauenforschung in Zusammenhang mit einer integrativen Regionalentwicklung beschäftigen. Im Rahmen interner Workshops wurde vorerst das im Team bereits vorhandene Expertinnenwissen aus den verschiedenen Disziplinen zusammengeführt, reflektiert und im Zuge einer ausführlichen Literatur- und Dokumentenanalyse erweitert und strukturiert. Ergebnisse dieser Phase intensiver Auseinandersetzung mit der internationalen feministischen Literatur sind in den stärker theoretisch und konzeptionell angelegten Kapiteln 1.1, 1.2, 3.1, 3.4, 3.5, 4.1, 4.2 und 4.3 zusammengestellt.

Informationen zu den frauen- und gleichstellungsorientierten Projekten, die in verschiedenen Regionen Österreichs derzeit durchgeführt werden, dazu, wie der Prozess der Implementierung einer Gleichstellungsperspektive in den verschiedenen regionalpolitischen Kontexten verläuft, sowie zu den Chancen und Möglichkeiten, Gender Mainstreaming Prozesse im Bereich der Regionalentwicklung in Österreich zu verstärken, lieferten eine Vielzahl an Gesprächen mit Expertinnen und Experten, die in verschiedenen Bereichen regional relevanter Politik bzw. im Bereich von Gleichstellungspolitik auf regionaler Ebene in Österreich aktiv sind.

- Ein Teil der Autorinnen hat im Rahmen eines vom Jubiläumsfonds der Nationalbank geförderten Projektes zu „Regionalpolitik und Frauenerwerbstätigkeit“<sup>2</sup> zwischen Ende 1999 und Mitte 2001 etwa 60 Interviews geführt, auf die auch im Rahmen der vorliegenden Studie zurückgegriffen werden konnte.
- Von den Autorinnen (und anderen) wurden darüber hinaus auch im Rahmen der Datenerhebungen für den Frauenbericht Oberösterreich 2000 (Amt der OÖ Landesregierung 2001) im Jahr 2000 Interviews mit einer Vielzahl an Expertinnen und Experten geführt. Auch auf die Informationen und Erfahrungen aus diesem Projekt konnte für vorliegende Studie zurückgegriffen werden.
- Im Frühjahr und Sommer 2002 führten die Autorinnen 10 weitere Einzelinterviews mit Expertinnen und Experten, um fehlende Informationen zu ergänzen.
- In den Monaten Juni bis August 2002 wurden in 15 Telefon-Interviews der Stand und die Dynamik der Gleichstellungspolitik auf regionaler Ebene aus Sicht der Verantwortlichen verschiedener Regionalmanagements abgefragt.
- Anfang Juli 2002 organisierten die Autorinnen einen Workshop mit 10 ExpertInnen aus verschiedenen Bereichen regionaler Entwicklungspolitik, auf dem gemeinsam

<sup>2</sup> Projektnummer 7943; Projektleitung: Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Aufhauser.



Barrieren und Optionen für die Implementierung einer verstärkten Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalpolitik erarbeitet und ausgelotet wurden.

- In die Studie flossen darüber hinaus Informationen aus einem von den Autorinnen gestalteten Workshop in Salzburg im September 2002 ein, der sich mit den Geschlechterbildern beschäftigte, die die regionale Entwicklungsplanung steuern.
- Nicht zuletzt haben die Autorinnen auch an allen vier großen Tagungen, die zwischen 1999 und 2002 in Österreich explizit zum Thema „Frauen bzw. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung“ stattfanden, teilgenommen<sup>3</sup>. Auch im Zuge der Diskussionen und Gespräche auf diesen Tagungen wurden zahlreiche Informationen „aufgenommen“ und für die vorliegende Studie ausgewertet.

Die Ergebnisse aus den qualitativen Interviews zur Situation der Gleichstellungspolitik in den österreichischen Regionen wurden mit einer Dokumentenanalyse regionaler Entwicklungsprogramme und mit Internetrecherchen ergänzt und sind in den Kapiteln 3.2, 3.3, 4.3, 4.4, 5.1 und 5.2 dokumentiert.

Die Analyse der räumlichen Muster geschlechterspezifischer Ungleichheit in Kapitel 2.3 basiert primär auf vorliegenden quantitativen Daten, die für die Studie aus verschiedenen amtlichen Datenquellen zusammengetragen wurden. Bei der Zusammenstellung der Datenbasis wurde dem Projektteam von vielen amtlichen Stellen große Unterstützung zuteil. Die Autorinnen bedanken sich bei der statistischen Abteilung der Bundeswirtschaftskammer, beim Österreichischen Institut für Raumplanung und bei der Bundesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice für das rasche und unbürokratische zur Verfügung stellen von Daten sowie bei Heimo Sedlacek (AMS Kärnten) für die Genehmigung des Zuganges zur AMIS Datenbank des WISDOM.

Folgendes ist beim Lesen der Studie zu beachten: Bei kursiven Texten, die unter Anführungszeichen gesetzt sind, handelt es sich um Zitate aus Interviews mit ExpertInnen. Kurzzitate, die in Überschriften oder direkt im Text verwendet wurden, sind nicht extra mit Zitierhinweisen gekennzeichnet.

---

<sup>3</sup> So fanden etwa auf Initiative der Frauenstiftung Steyr bereits zwei Tagungen zum gegenständlichen Thema statt: im April 2000 unter dem Titel „Chancengleichheit und Regionalentwicklung: Regionale Netzwerke als Antwort auf europäische Herausforderungen“ (Frauenstiftung Steyr 2000) und im November 2002 unter dem Titel „Baustelle Chancengleichheit: Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung“ (Frauenstiftung Steyr 2002). Das Österreichische Institut für Raumplanung organisierte im November 2000 eine Plattform zum Thema „Gender Mainstreaming: Regionalentwicklung mit starken Partnerinnen“ in Wien. Vom Frauenbüro des Landes Salzburg wurde im September 2002 in Kooperation mit der Abteilung Raumplanung des Landes Salzburg und dem Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen (SIR) eine Tagung unter dem Titel „Wir planen für Männer und Frauen: Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung“ in Salzburg veranstaltet (Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg 2002).

**Kapitelbausteine einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“****Kapitel 1. Begriffsklärung: Gleichstellung und Regionalentwicklung****Baustein 1.1**

Konzeptionelle Abgrenzung geschlechterpolitischer Begriffe: Gleichstellung, Chancengleichheit, Gleichheit, Differenz, Vielfalt, Frauenförderung, Gender Mainstreaming

**Baustein 1.2**

Zusammenstellung der Charakteristika, die den thematischen Diskurs, die Akteurslandschaft, die Instrumente und den politischen Prozess im Politikfeld Regionalentwicklung derzeit prägen

**Baustein 1.3**

Zusammenstellung grundlegender Argumente, die für eine stärkere Berücksichtigung des Zusammenhanges von Gleichstellung und Regionalentwicklung sprechen

**Baustein 1.4**

Zusammenstellung von Fragestellungen, die die Erstellung der Studie leiteten

**Kapitel 2. Analyse der räumlichen Muster weiblicher Lebenszusammenhänge und geschlechterspezifischer Ungleichheiten****Baustein 2.1**

Zusammenstellung grundlegender Charakteristika weiblicher Lebenszusammenhänge im gesellschaftlichen Wandel

**Baustein 2.2**

Zusammenstellung von Datenquellen und Indikatoren zur Erfassung der Situation im Bereich der Gleichstellung auf regionaler Ebene

**Baustein 2.3**

Analyse der räumlichen Muster geschlechterspezifischer Ungleichheit und ihrer Dynamik in Österreich

**Baustein 2.4**

Zusammenstellung zentraler Problemzonen rezenter regionaler Entwicklungsdynamiken aus Gleichstellungsperspektive

**Kapitel 3. Analyse des Beitrages räumlicher Politik zur (Re)Produktion geschlechterspezifischer Ungleichheitsstrukturen****Baustein 3.1**

Zusammenstellung prägender Charakteristika des Zusammenhanges von Geschlechter- und Raumstrukturen

**Baustein 3.2**

Analyse ausgewählter regionaler Entwicklungsprogramme in Österreich aus Genderperspektive

**Baustein 3.3**

Analyse der Partizipation von Frauen im regionalpolitischen Setting in Österreich

**Baustein 3.4**

Zusammenstellung grundlegender Muster geschlechterbezogener Wirkungen in regional relevanten Politikfeldern

**Baustein 3.5**

Zusammenstellung von Kosten-Nutzen-Argumenten für die Forcierung von Gleichstellung in der Regionalpolitik

**Kapitel 4. Zusammenstellung von Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“****Baustein 4.1**

Zusammenstellung grundlegender Ansatzpunkte für gleichstellungsorientierte Interventionen im regionalen Kontext

**Baustein 4.2**

Analyse internationaler Ansätze zu einer frauen- und geschlechtersensiblen Planung

**Baustein 4.3**

Zusammenstellung von Grundsätzen einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“

**Baustein 4.3**

Zusammenstellung von Interventionsmöglichkeiten und Best Practice Beispielen zur Förderung von Gleichstellung im regionalen Kontext

**Kapitel 5. Resümee aus den Ergebnissen der Studie****Baustein 5.1**

Zusammenstellung zentraler Punkte, die die Auseinandersetzung mit Gleichstellung im regionalpolitischen Kontext in Österreich steuern

**Baustein 5.1**

Zusammenstellung förderlicher und problematischer Strukturen für die Implementierung einer Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalpolitik

**Baustein 5.2**

Zusammenstellung zentraler Rahmenbedingungen, die für die Implementierung einer stärkeren Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalpolitik wichtig sind

**Baustein 5.3**

Zusammenstellung weiterführender Forschungsfragen

## 1 Was ist unter einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ zu verstehen?

Die Überlegungen für das Konzept einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ müssen bei den zentralen Begriffen „Gleichstellung“ und „Regionalentwicklung“ ansetzen. Am Beginn der Studie steht daher die kritische Auseinandersetzung mit der konzeptionellen und definitorischen Abgrenzung dieser beiden Begriffe. Aufbauend auf dem, was die Europäische Union (EU) unter „Gleichstellung von Frauen und Männern“ versteht, wird in Kapitel 1.1 dargestellt, welche Positionen, Strategien und Instrumente in der Gleichstellungspolitik zu unterscheiden sind. Neben einer Präzisierung des der Studie zugrunde liegenden Verständnisses von Gleichstellung werden auch die Akteurinnen und Akteure der Gleichstellungspolitik auf verschiedenen räumlichen Ebenen in Österreich vorgestellt. In Kapitel 1.2 erfolgen eine Abgrenzung und Charakteristik des Politikfeldes Regionalentwicklung. Zentrales Anliegen in diesem Kapitel ist es, die Dynamiken, die normativen Ausrichtungen, die Themenfelder, die Akteurskonstellationen sowie die Instrumente, die das Politikfeld derzeit kennzeichnen, zusammenzufassen. Diese Ausführungen bilden den kontextuellen „Rahmen“, vor dem die Möglichkeiten und Ansatzpunkte zur Implementierung einer Gleichstellungsperspektive gesucht und bewertet werden müssen. Abschließend werden erste grundlegende Verbindungen zwischen den beiden Politikfeldern „Gleichstellung“ und „Regionalentwicklung“ hergestellt und analysiert, wieso diese Verbindungen derzeit besonders virulent sind. Das Kapitel endet mit einer Zusammenstellung wichtiger Fragen, die die Erstellung der Studie leiteten.

### 1.1 Positionen, Instrumente und Strategien zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Primär sind die Impulse der Europäischen Kommission im Rahmen der Strukturfonds dafür verantwortlich, dass Fragen der Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern, von Frauenförderung und Gender Mainstreaming in den letzten Jahren auch in der Regionalentwicklung in Österreich zu einem Thema wurden. Die Diskussionen sind dabei von einer Vielfalt an Begriffen und Konzepten geprägt, deren Interpretation und Abgrenzung teilweise unklar scheint. Bedeutet es etwa das Gleiche, wenn von Chancengleichheit bzw. von Gleichstellung gesprochen wird? Was meint Gender Mainstreaming und was heißt Frauenförderung? In Publikationen werden die Begriffe zum Teil synonym verwendet, und von verschiedenen Personen werden sie unterschiedlich ausgelegt. Insbesondere in der Projektumsetzung ist die praktische Relevanz der verschiedenen Konzepte oft nicht klar.

Gender Kompetenz äußert sich unter anderem in der Befähigung, eine Gender Analyse durchzuführen (Stiegler 1998), und Voraussetzung für diese ist ein angemessenes Verständnis von Geschlecht. Nur dann ist es möglich, geschlechterpolitische Zielsetzungen zu formulieren. Zum Einstieg in die Studie soll daher ein derartiges Verständnis für Geschlecht und für die unterschiedlichen Positionen und Strategien zur Gleichstellung von Frauen und Männern geschaffen werden.

#### **Die Europäische Union als Impulsgeberin für Gleichstellungspolitik**

Seitens der EU wurden im Laufe mehrerer Jahrzehnte eine Vielzahl an Richtlinien und Empfehlungen hinsichtlich einer europäischen Gleichstellungspolitik erarbeitet (Oedl-

Wieser 2000; Rossilli 2000). Sie sind für die Mitgliedsstaaten zwar nicht immer unmittelbar rechtsverbindlich, stellen aber sehr wohl eine Orientierung für die Gestaltung nationaler Politiken dar und erhalten über die gesamteuropäische Zielsetzung eine richtungweisende Funktion. Die Initiativen der EU für eine verstärkte Thematisierung der Gleichstellung werden von österreichischen Expertinnen und Experten als ein enorm wichtiger und fördernder Faktor identifiziert, auf nationaler, föderaler und regionaler Ebene weitere politische und legislative Schritte zu setzen, die geeignet sind, die Gleichstellung voranzutreiben. *"Hätten wir die Forderungen der EU nicht, wäre das Thema in Österreich wesentlich schwieriger umzusetzen"*, ist in Gesprächen mit regionalen Akteurinnen und Akteuren zu hören. Die kritische Auseinandersetzung mit den Vorgaben der EU zur Gleichstellung, insbesondere mit denjenigen, die die Strukturfonds betreffen, stellt in diesem Sinne einen wichtigen Ausgangspunkt der Studie dar. Welche Festlegungen, Schwerpunktsetzungen und Konkretisierungen zu Chancengleichheit, Frauenförderung und Gleichstellung lassen sich aus den verschiedenen (Durchführungs-)Verordnungen, Aktionsprogrammen, Leitlinien, Mitteilungen und Begutachtungsverfahren der Europäischen Kommission herauslesen?

Die *Gleichbehandlung* von Frauen und Männern im Erwerbsbereich ist als Grundsatz bereits im Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 festgelegt. Hintergrund für diese Festlegung war weniger die „Frauenfreundlichkeit“ der Gründungs-väter, sondern die Tatsache, dass ein unterschiedliches Ausmaß der Diskriminierung von Frauen im Beschäftigungsbereich zu einer Wettbewerbsverzerrung zwischen den Ländern führt. Die Vorgaben und Richtlinien der EU konzentrierten sich bis in die 1990er Jahre auch sehr stark auf die Förderung der Gleichstellung im Beschäftigungsbereich. Mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 wurde das Ziel der Gleichstellung in der EU stark aufgewertet. Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist seither als eine der grundlegenden Aufgaben der Gemeinschaft definiert und als Zielsetzung in *allen* Politiken zu verfolgen. Entsprechend den gültigen Verträgen widerspricht Frauenförderung dem Gebot der Gleichbehandlung nicht.

Im Sinne der Vorschriften des Amsterdamer Vertrages wird von der Europäischen Kommission immer wieder betont, dass die Forcierung der Gleichstellung von Frauen und Männern zwei Parallelstrategien erfordert (vgl. zuletzt Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002a): Erstens ist die Initiierung so genannter Gender Mainstreaming Prozesse notwendig, sprich die Initiierung von Prozessen, die sicherstellen, dass bei *allen* Tätigkeiten (Politiken, Maßnahmen) auf eine geschlechtersensible Gestaltung geachtet wird, die der Gleichstellung von Frauen und Männern förderlich ist. Zweitens sollen auch weiterhin spezifische Aktionen und Maßnahmen für Frauen gesetzt, sprich Frauenförderung betrieben werden. In den Bereichen, in denen Männer unterrepräsentiert sind, ist auch Männerförderung möglich.

Im Rahmen der Europäischen Strukturfonds hat Gleichstellungspolitik mittlerweile eine relativ lange Tradition (Braithwaite 2000). In einer ersten Phase wurde die Förderung der Chancengleichheit der *in* Beschäftigung stehenden Frauen über den Europäischen Sozialfonds (ESF) angeregt. Bereits seit 1977 können die Mittel des ESF explizit für frauenspezifische berufliche Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme eingesetzt werden.

**Gleichstellungsvorschriften in der EU seit dem Vertrag von Amsterdam 1997****Artikel 2**

Aufgabe der Gemeinschaft ist es, [...] ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, [...] die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.

**Artikel 3**

Bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.

**Artikel 13**

[...] kann der Rat [...] einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts [...] zu bekämpfen.

**Artikel 137**

Zur Verwirklichung der Ziele des Artikels 117 unterstützt und ergänzt die Gemeinschaft die Tätigkeiten der Mitgliedsstaaten auf folgenden Gebieten: (...) – Chancengleichheit von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt.

**Artikel 141**

(1) Jeder Mitgliedstaat stellt die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicher.

(2) Unter "Entgelt" im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt. Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet, a) dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird, b) dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

(3) Der Rat beschließt ... Maßnahmen zur Gewährleistung der Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, einschließlich des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit.

(4) In Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben hindert der Grundsatz der Gleichbehandlung die Mitgliedsstaaten nicht daran, zur Erleichterung der Berufstätigkeit des unterrepräsentierten Geschlechts oder zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in der beruflichen Laufbahn spezifische Vergünstigungen beizubehalten oder zu beschließen.

(ABl. Nr. C340 vom 10. November 1997 „Vertrag von Amsterdam“ und ABl. Nr. C325 vom 24. Dezember 2002 „Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“)

1988 folgte die grundsätzliche Verpflichtung, die ESF-Mittel (auch) zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern *am* Arbeitsmarkt zu nutzen. Zum zentralen Meilenstein für die Initiierung frauenspezifischer Initiativen im Bereich beruflicher Qualifikationen und Unternehmerinnentum entwickelte sich die Gemeinschaftsinitiative NOW<sup>4</sup> (New Opportunities for Women), die 1991 als Teil des "Dritten mittelfristigen Aktionsprogramms für Chancengleichheit von Männern und Frauen (1991-95)" startete und über den ESF finanziert wurde<sup>5</sup>. 1994 wurde die Förderung der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern *am* Arbeitsmarkt als Richtlinie dann für *alle* Struktur-

<sup>4</sup> Ab 1996 EMPLOYMENT NOW.

<sup>5</sup> Auch in Österreich wurden Frauenprojekte in den 1990er Jahren primär aus Geldmitteln der Gemeinschaftsinitiative (EMPLOYMENT) NOW gefördert. Vgl. <http://www.ceiberweiber.at/now/>, eine elektronische Informationsplattform für Frauen in Österreich, die selbst mit Mitteln aus der Gemeinschaftsinitiative aufgebaut wurde.

fonds verankert. 1996 erklärte die Europäische Kommission Gender Mainstreaming, sprich die Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen, zum verbindlichen Prinzip ihrer Tätigkeiten (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1996). Eine erste Referenz zu Chancengleichheit als *horizontale Priorität* findet sich in den Richtlinien für die Anpassung der Strukturfondsprogramme 1997-1999. Die Reform der Strukturfonds im Zuge der Agenda 2000 wurde schließlich genutzt, um Gender Mainstreaming als leitendes Prinzip in den Richtlinien zu verankern<sup>6</sup>. In der Programmplanungsperiode 2000-2006 müssen die Mitgliedsstaaten nicht nur bei der Verfolgung der sozialen, sondern auch bei der Verfolgung der regionalen Ziele zu einer Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen beitragen. Im Juni 2000 beschloss die Europäische Kommission eine Rahmenstrategie zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000a). In dieser ist festgehalten, dass die bessere Nutzung der Strukturfonds zur Förderung der Gleichstellung ein wesentliches operatives Ziel zur Förderung der Gleichstellung im Wirtschaftsleben darstellt.

Ende 2002 veröffentlichte die Europäische Kommission eine erste Bewertung der Implementierung des Gender Mainstreaming in den Strukturfonds (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002a). Diese belegt die unterschiedlich lange Geschichte der Verankerung von Gleichstellungspolitik in den verschiedenen Strukturfonds. In einigen Ländern der EU werden mittlerweile relativ große Anstrengungen unternommen, zumindest im Rahmen jener Programme, Gemeinschaftsinitiativen und Maßnahmen, die aus Mitteln des ESF gefördert werden, bewusst mehr als bisher für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu tun. Auch Österreich wird im Bericht lobend erwähnt. In den Programmen und Gemeinschaftsinitiativen, die primär über Gelder aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) bzw. dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) kofinanziert werden, finden sich bisher in den meisten Ländern maximal erste zaghafte Ansätze, auf eine verbesserte Einbindung des Gleichstellungszieles zu achten (vgl. Kapitel 4.4 für Österreich).

### **Bereiche, auf die sich das Gleichstellungskonzept der Europäischen Union bezieht**

Bis Mitte der 1990er Jahre zielte die europäische Gleichstellungspolitik primär auf die Sicherstellung der Gleichbehandlung und die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, die *im* Erwerbsbereich stehen. In Verbindung mit den Strukturfonds konzentriert sich das Augenmerk der EU auch derzeit auf das Wirtschaftsleben. Primäres Ziel ist die gleichgestellte Integration von Frauen und Männern in den Erwerbsbereich. Neben der Förderung der gleichgestellten Teilhabe *im* Erwerbsbereich, werden mittlerweile aber auch der gleichgestellte *Zugang zum* Erwerbsbereich, jener zu Ausbildung, zur Unternehmensgründung, und zu Entscheidungsprozessen sowie Maßnahmen, die der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen, explizit als förderungswürdig definiert (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002a).

Grundsätzlich deckt das Gleichstellungskonzept der EU mittlerweile ein sehr breites Spektrum von dem ab, was aus frauenpolitischer Sicht insgesamt wichtig scheint: Abbau der vertikalen Segregation am Arbeitsmarkt (und damit etwa auch der Einkommensdifferenzen), bessere Abstimmung von Arbeits- und Familienzeiten, Aufwertung typisch weiblicher Wissens- und Tätigkeitsbereiche, bessere Einbindung in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Wichtige Themen, wie etwa die Sicherstellung der Freiheit von sexueller

<sup>6</sup> ABl. Nr. L 161/1 Verordnung (EG) Nr.1260/1999

Gewalt oder die Stärkung des weiblichen Selbstbewusstseins, die in der „Frauenszene“ als grundlegende Voraussetzung für eine gleichgestellte gesellschaftliche Integration der Frauen gesehen werden, sind jedoch nicht so einfach im Gleichstellungskonzept der EU „unterzubringen“<sup>7</sup>.

In der Studie wird davon ausgegangen, dass im Rahmen von Regionalentwicklung Gleichstellung nicht nur in Hinblick auf Bildung und Qualifikation, Arbeit und Beruf sowie politische Partizipation thematisiert werden muss, sondern auch explizit in Hinblick auf räumliche Mobilität, auf soziale Beziehungen abseits des Vereinbarkeitsthemas und auf kulturelle Ausdrucksformen (Kapitel 2.1).

### Chancengleichheit oder Gleichstellung?

Obwohl sich die EU-weit akkordierten Definitionen von Chancengleichheit und Gleichstellung klar unterscheiden (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1998a), wird der Terminus „Chancengleichheit“ im Sinne einer Zielvorstellung auch in Dokumenten der EU vielfach synonym mit jenem der „Gleichstellung“ verwendet. Das führt immer wieder zu Unklarheiten in der Argumentation und zu Verwirrung.

#### Chancengleichheit – Gleichstellung

**Chancengleichheit:** Fehlen geschlechterbedingter Barrieren, die einer Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben im Wege stehen

**Gleichstellung:** eine Situation, in der alle Menschen ihre persönlichen Fähigkeiten frei entwickeln und freie Entscheidungen treffen können, ohne durch strikte geschlechtsspezifische Rollen eingeschränkt zu werden, und in der die unterschiedlichen Verhaltensweisen, die unterschiedlichen Ziele und die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern in gleicher Weise berücksichtigt, anerkannt und gefördert werden

(Glossar „100 Begriffe aus der Gleichstellungspolitik“; Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1998a)

*Chancengleichheit* ist der Begriff, der sich schon länger in den Dokumenten der EU findet. Das normative Ziel „Herstellung von Chancengleichheit“ führt die Ungleichheit, die zwischen den Geschlechtern besteht, primär auf ungleiche Start-, Beteiligungs-, Verweil- und Aufstiegsbedingungen von Frauen und Männern in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen zurück. Die Dominanz von männlich geprägten Normen und Werten in jener Welt, in der für Frauen und Männer die gleichen Voraussetzungen für Partizipation geschaffen werden sollen, wird mit dem Konzept Chancengleichheit nicht thematisiert. Ungleichheit bei den Zugangschancen, Ungleichheit bei den Barrieren, die die Partizipationsmöglichkeiten steuern, und Ungleichbehandlung auf Basis des sozialen Geschlechtes machen jedoch nur einen, wenn auch sehr wesentlichen Teil jener gesellschaftlichen Strukturen aus, die eine gleichgestellte Partizipation von Frauen und Männern in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen behindern.

Das Konzept der *Gleichstellung* geht insofern über jenes der Chancengleichheit hinaus, als es stärker die Selbstbestimmung der Frauen, die Aufhebung der hierarchischen Geschlechterordnung, die gesellschaftliche Anerkennung weiblicher Normen und Werte sowie die Auflösung starrer Geschlechternormen als wesentliche Voraussetzungen für eine

<sup>7</sup> Über das Programm Daphne, das 1997 eingeleitet wurde, bemüht sich jedoch auch die EU darum, Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen, die sich mit dem Problem der Gewalt gegen Frauen und Kinder EU befassen. Derzeit läuft das fünfjährige Daphne-Programm (2000 – 2004).

gleichgestellte Einbindung von Frauen und Männern in das gesellschaftliche Leben hervorhebt. In Übereinstimmung mit den Definitionen im EU-Glossar, wird Gleichstellung in der Studie als das weiter reichende Konzept aufgefasst. Ähnlich wie das Konzept der Nachhaltigkeit zielt auch jenes der Gleichstellung letztlich auf eine gesellschaftliche Transformation ab. Für die Beurteilung, ob und in welchem Ausmaß die Gleichstellung in einer Gesellschaft verwirklicht ist, sind auch weniger die Zugangschancen ausschlaggebend, als das, was letztlich herauskommt, sprich die Verteilung der gesellschaftlichen Positionen und Ressourcen auf Männer und Frauen. Stärker als in der EU-Definition von Gleichstellung kommt eine derartige Ergebnisorientierung von Gleichstellungspolitik etwa in der Definition des Europarates zum Ausdruck, in der davon gesprochen wird, dass "beide Geschlechter in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens gleichermaßen präsent, berechtigt und beteiligt sein sollen" (Europarat 1998, 5f).

Im praktischen Gebrauch der Begriffe wird auch immer wieder darüber diskutiert, ob nun Gleichstellung zu Chancengleichheit führt oder Chancengleichheit eine Voraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter darstellt. So definiert etwa das Frauenbüro der Stadt Wien Chancengleichheit als jenen Zustand, in dem die Gleichstellung bereits verwirklicht ist (Frauenbüro der Stadt Wien 2001, 58). Andere Publikationen verweisen darauf, dass Förderung von Chancengleichheit heißt, auf Gleichstellung zu zielen (Pimminger 2001, 8). Die Autorinnen vorliegender Studie gehen davon aus, dass die Schaffung von Chancengleichheit einer der Wege ist, die eingeschlagen werden müssen, um mehr Gleichstellung zwischen Frauen und Männern herzustellen (vgl. u. zu anderen Wegen, die parallel gegangen werden müssen).

Als normativer Rahmen für Geschlechterpolitik taucht in den letzten Jahren in der deutschsprachigen Diskussion auch immer häufiger der Begriff *Geschlechterdemokratie* auf. Geschlechterdemokratie zielt ab auf die angemessene politische Partizipation und Repräsentation von Frauen, die Anerkennung gleicher Rechte und Chancen für Frauen und Männer als Verschiedene, eine gerechtere gesellschaftliche Ressourcen- und Aufgabenverteilung, eine Kritik an gewaltförmiger Machtausübung von Männern über Frauen, die soziale Aufwertung weiblich bestimmter Tätigkeiten und Fähigkeiten sowie die Ablösung von Männlichkeit als dominantem gesellschaftlichem Strukturierungsmuster (vgl. Döge 2001a; Lukoschat 1998 und 2001).

Im Vergleich zum Konzept der Gleichstellung, wie es die EU definiert, hinterfragt jenes der Geschlechterdemokratie stärker die gesellschaftlichen Verhältnisse und zielt in diesem Sinne auch stärker auf die strukturellen Ursachen der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern ab. Darüber hinaus lenkt das Konzept den Blick auch auf jenen demokratischen Prozess, der zur Umgestaltung des Geschlechterverhältnisses notwendig ist. Beide Geschlechter, Frauen und Männer, sind aufgefordert, sich am Prozess der Umgestaltung aktiv zu beteiligen.

Das Verständnis von Gleichstellung, das dem Handeln der verschiedenen AkteurInnen im Bereich der Geschlechterpolitik zugrunde liegt, unterscheidet sich auf einer ersten Ebene also danach, ob stärker die individuelle Komponente der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern oder stärker die strukturelle, gesamtgesellschaftliche Komponente betont wird. Ersteres Verständnis entspricht eher jenem der EU, letzteres tritt zum Beispiel in den Konzepten des Europarates stärker hervor. Die Autorinnen gehen davon aus, dass Geschlechterpolitik immer gleichzeitig die individuelle und die strukturelle Seite der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im Blick haben muss. Es gehören die gesell-



schaftlichen Rahmenbedingungen so umgestaltet, dass einzelne Frauen und Frauengruppen selbstbestimmter als bisher ihre Leben führen können. Gleichzeitig müssen institutionelle und gesamtgesellschaftliche Strukturen so verändert werden, dass eine Reproduktion oder gar Verstärkung bestehender Muster der Geschlechterhierarchie unwahrscheinlich wird.

In der gesellschaftlichen Entwicklung sind auch unterschiedliche Zeithorizonte von Bedeutung, die die jeweiligen Zielsetzungen gleichstellungspolitischer Entwicklungsstrategien und -maßnahmen mitbestimmen. Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern kann, auf einzelne Bereiche bezogen, relativ kurzfristig durch gezielte Fördermaßnahmen, wie spezifische Frauenförderung, Qualifizierungsförderung, Regelungen zur Gleichbehandlung, rechtliche Gleichstellung oder Quotenregelungen, erreicht werden. Die Erreichung einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter ist jedenfalls mittelfristig anzusetzen. In diesem Zeithorizont bewegt sich auch das Konzept der „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“. Für die Entwicklung einer Geschlechterdemokratie bzw. einer neuen Geschlechterkultur, in der Frauen tatsächlich in einem den Männern ähnlichen Ausmaß politischen Einfluss haben, bedarf es einer soziokulturellen Veränderung von Werthaltungen, Sichtweisen und Verhaltensmustern über einen längeren Zeitraum. Obwohl sich die Maßnahmen, die zur Verankerung und Umsetzung einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ in der Studie vorgeschlagen werden, an einem mittelfristigen Planungshorizont orientieren, zielt das hier ausgeführte Verständnis von Gleichstellung langfristig auf eine gesellschaftliche Transformation im Sinne der Schaffung einer neuen, nicht-hierarchischen Geschlechterkultur ab.

#### Zeitperspektiven auf dem Weg zur Gleichstellung

##### Zeithorizont

*Kurzfristig*  
(Monate bis Jahre)

*Mittelfristig*  
(„Planungszeiträume“, 5 bis 10 Jahre)

*Langfristig*  
(Jahrzehnte, Generationen)

##### Zielebene

Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in einzelnen Bereichen

Gleichstellung der Geschlechter

Gelebte Geschlechterdemokratie, neue Geschlechterkultur

#### Gleichheit – Differenz – Vielfalt

Das Verständnis von Gleichstellung, das dem Handeln der verschiedenen AkteurInnen im Bereich der Geschlechterpolitik zugrunde liegt, unterscheidet sich nicht nur danach, ob stärker die individuelle Komponente der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern oder stärker die strukturelle, gesamtgesellschaftliche Komponente betont wird. Durchaus kontrovers sind auch die Diskussionen dazu, ob von einer Gleichheit oder Differenz der Geschlechter auszugehen ist, ob Frauen und Männer gleich (gemacht) werden sollen, ob Frauen überhaupt als *eine* Sozialgruppe anzusehen sind, ob alle Frauen ähnliche oder gar gleiche Politik wünschen und brauchen.

Auf einer sehr grundlegenden Ebene lassen sich im feministischen Diskurs derzeit drei Grundpositionen dazu ausmachen, wie Geschlecht und Geschlechtlichkeit, wie „Frauen“ und „Männer“ und ihr Verhältnis zueinander zu interpretieren sind<sup>8</sup>:

#### Grundpositionen der Geschlechterforschung und -politik

- **Position Geschlechtergleichheit**  
Frauen und Männer sind gleich und sollen auch als Gleiche behandelt werden.
- **Position Geschlechterdifferenz**  
Frauen und Männer sind verschieden und sollen in ihrer Verschiedenartigkeit so anerkannt werden, dass keine Hierarchie zwischen ihnen entsteht.
- **Position Geschlechtervielfalt**  
Frauen und Männer sind keine eindeutigen Sozialgruppen. Es sollte stärker auf die reale Vielfalt der geschlechterbezogenen Identitäten Bezug genommen werden.

Theoretikerinnen, die die *Gleichheitsposition* vertreten, gehen davon aus, dass Frauen und Männer im Grunde genommen (als Menschen bzw. Bürger) gleich sind, dass die Bedeutung, die der Geschlechterdifferenz sozial zukommt, künstlich erzeugt ist und vor allem die Funktion hat, die Macht der Männer zu erhalten. Zentrale politische Forderungen aus dieser Position heraus sind die Gewährung und Sicherstellung *gleicher Rechte* für Frauen und Männer, *Gleichbehandlung* beim Zugang zu verschiedenen sozialen Positionen, Abbau von Barrieren, die eine gleichgestellte Partizipation an den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen erschweren (*Chancengleichheit*) sowie eine anteilige Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen (*Gerechtigkeit*). Diese Position wird häufig von Personen vertreten, die innerhalb von Institutionen (Betrieben, Organisationen, Verwaltungen) und aus Institutionen heraus für eine Gleichstellung von Frauen und Männern arbeiten. Praktisch ist sie sehr eng mit dem Konzept der Chancengleichheit verknüpft. Die Position wird von den Differenztheoretikerinnen kritisiert, weil sie die Dominanz der männlichen Werte und Anliegen nicht in Frage stellt.

#### Position Geschlechtergleichheit

„Frauen und Männer sollen Gleiche sein hinsichtlich ihres sozialen Status, der es ihnen ermöglicht, auf gleicher Ebene mit gleichen Durchsetzungschancen ihre Interessen auszuhandeln und über sich selbst zu bestimmen. Gleichheit ist zu fordern in Hinblick auf die Verfügung über materielle Ressourcen, gesellschaftliche Macht und Einflussmöglichkeiten.“

(Cordes 1996, 24)

In der *differenztheoretischen Perspektive* wird von grundlegenden Unterschieden zwischen Frauen und Männern ausgegangen, von geschlechterspezifisch unterschiedlichen Eigenschaften, Fähigkeiten, Identitäten und Potenzialen. Die Dominanz der männlichen Werte und Anliegen bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens ist zentraler Kritikpunkt. Differenzen zwischen Frauen und Männern sollten positiv bewertet und mit gleichen gesellschaftlichen Rechten ausgestattet werden. Zentrale politische Forderungen konzentrieren sich auf die Förderung, Anerkennung und gesellschaftlich bessere Verankerung von Frauen, Frauenqualifikationen, Frauenansprüchen, Frauennetzungen, dem

<sup>8</sup> Horelli (1997, 436) bezieht sich in Zusammenhang mit Überlegungen zur Methodik der Evaluation von Strukturfondsinterventionen aus Gleichstellungsperspektive auf eine ähnliche Differenzierung von Geschlechterperspektiven im Bereich von Planung und Regionalentwicklung.

„typisch Weiblichen“ ganz allgemein. Die Betonung der Geschlechterdifferenz ist historisch einerseits stark mit dem modernen bürgerlichen Denken verbunden (vgl. Kapitel 3.1), liegt andererseits aber auch den Forderungen der autonomen Frauenbewegung zugrunde. Letzteren geht es darum, jene soziale Hierarchie zwischen Frauen und Männern aufzubrechen, die mit der bürgerlichen Form der Institutionalisierung von Geschlechterdifferenz verbunden war und noch immer ist. Die Position wird von den Gleichheitstheoretikerinnen kritisiert, weil sie die Festlegung von Frauen auf Identitäten, die mit „typisch Weiblichem“ verbunden sind, stärkt.

#### Position Geschlechterdifferenz

„Differenz heißt Anerkennung unterschiedlicher Lebens-, Arbeits-, Denk- und Kommunikationsweisen von Frauen und Männern, unabhängig davon, ob sie naturgegeben oder sozial erworben sind. Differenz heißt auch und vor allem, dass dieses Anderssein nicht von Männern benutzt werden darf, um soziale Hierarchien durchzusetzen und zu legitimieren.“

(Cordes 1996, 25)

Die feministische Debatte in den 1970er Jahren im deutschsprachigen Raum war insgesamt sehr stark von der Diskussion um „Gleichheit und Differenz“ geprägt (vgl. Knapp und Wetterer 1995, Hark 2001). Mitte/Ende der 1980er Jahre wurde die Debatte um eine breitere Diskussion über *Differenzen zwischen Frauen* erweitert. Nicht mehr Gleichheit oder Differenz, sondern Gleichheit *und* Differenz bilden seither die theoretische Grundlage auch für politische Überlegungen. Als neue Maxime ergibt sich daraus die Forderung nach „Gleichheit ohne Angleichung“ (Cordes 1996, 24). In den weiter oben zusammengestellten Definitionen zu Gleichstellung und Geschlechterdemokratie finden sich ganz im Sinne der neuen „Doppelpositionierung“ sowohl Zielsetzungen, die mit der Position Geschlechtergleichheit als auch solche, die mit der Position Geschlechterdifferenz verbunden sind.

Das der Studie zugrundeliegende Verständnis von Gleichstellung geht noch einen Schritt weiter und inkludiert auch die theoretischen Neuentwicklungen, die mit der feministischen Debatte um „Dekonstruktion und Heterogenität“ seit den 1990er Jahre verbunden waren und die zu einem Fokus auf *Geschlechtervielfalt* geführt haben (vgl. Waniek und Stoller 2001). Sowohl Männer- als auch Frauenleben sind von einer enormen Vielfalt geprägt. So unterscheiden sich etwa die Lebenszusammenhänge von Frauen sehr deutlich hinsichtlich der Bildungsabschlüsse, Erwerbskarrieren, Denk-, Liebes- und Zusammenlebensformen. Dennoch denkt und handelt unsere Gesellschaft vielfach in sehr einfachen und vereinfachenden binären Bildern von „typisch Frau“ bzw. „typisch Mann“. Einerseits hat die Institutionalisierung der binären Geschlechterdifferenz nun dazu geführt, dass tatsächlich Gemeinsamkeiten identifiziert werden können, welche die soziale Gruppe „Frau“ quasi kollektiv betreffen. So tragen Frauen im Allgemeinen die Verantwortung für die Versorgungsarbeit, für die Vereinbarung von Beruf und Familie und sind die Hauptleidtragenden von (sexueller) Gewalt. Andererseits hat die Institutionalisierung der binären Geschlechterdifferenz aber auch zu einer Verhinderung, Verdeckung und Ignoranz der realen Vielfalt geführt, in der Weiblichkeit und Männlichkeit in unserer Gesellschaft tatsächlich gelebt werden. Um diese Vielfalt besser wahrnehmen und erkennen zu können und um ihr „Raum“ zu geben, ist es notwendig, die Prozesse, die zur gesellschaftlichen Konstruktion des Gegensatzpaares „Mann – Frau“ und dessen hierarchischer Bewertung geführt haben, aufzudecken – zu „dekonstruieren“ – und neu zu denken. Zentrale politische Forderung ist, vielfältige Möglichkeiten von Frausein und Mannsein – Geschlechtervielfalt –

denk- und lebensmöglich zu machen. Dazu müssen primär einmal gesellschaftliche Prozesse in Gang gesetzt werden, die keine binären Festschreibungen in den Lebensgestaltungen von Frauen und Männern nach sich ziehen.

#### **Position Geschlechtervielfalt**

Frausein / Mannsein ist nur eine von vielen sozialen Kategorien, die die Identitäten bestimmen. Für die soziale Positionierung in der Gesellschaft sollte die Geschlechterdifferenz keine determinierende Kraft haben. Damit das Geschlecht an Bedeutung für die Entstehung und Aufrechterhaltung von sozialer Ungleichheit verliert, ist es notwendig, auf die reale Vielfalt der Frauenleben hinzuweisen und politisch auf eine Geschlechtervielfalt hinzuarbeiten, d.h. eine Vielfalt an Möglichkeiten zuzulassen, wie einzelne Personen ihr Frausein bzw. Mannsein leben.

Die Autorinnen gehen davon aus, dass eine Geschlechterpolitik, die langfristig Erfolg haben soll, alle drei Aspekte, die im Konzept „Geschlecht“ enthalten sind, gleichzeitig berücksichtigen und fördern muss: Frauen und Männer müssen sowohl „als Gleiche“, als auch „als Verschiedene“ bzw. „Gar-nicht-mehr-so-existierende“ Berücksichtigung finden. Für die Verwirklichung eines gleichgestellten Zusammenlebens muss also

- auf Basis der Betonung der Gleichheit von Frau und Mann sichergestellt werden, dass Frauen sich in gleicher Weise wie Männer am gesellschaftlichen Leben beteiligen können;
- auf Basis der Betonung der Differenzen zwischen Frauen und Männern darauf hingearbeitet werden, dass die Ansprüche der Frauen in gleicher Weise berücksichtigt, anerkannt und gefördert werden wie jene der Männer;
- die strikte Dichotomie von Weiblichkeit / Männlichkeit aufgehoben und die Vielfalt von Frauen und Männern, von Weiblichem und Männlichem, von gelebten weiblichen und männlichen Identitäten betont werden.

#### **Gleichstellung wird in dieser Studie zusammengefasst verstanden als ...**

normatives gesellschaftspolitisches Ziel, das auf die Realisierung eines gleichgestellten Zusammenlebens von Frauen und Männern ausgerichtet ist. Insbesondere umfasst ein derartiges gleichgestelltes Zusammenleben

- ... Selbstbestimmung der Einzelnen unabhängig von geschlechterbezogenen Rollenerwartungen
- ... Anerkennung gleicher Rechte und Chancen für Verschiedene
- ... Anerkennung von vielfältigen Geschlechteridentitäten
- ... Sicherheit vor Gewalt
- ... gleichgestellte Beteiligung von Frauen und Männern an allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens
- ... gleichgestellte Mitwirkung von Frauen und Männern an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen
- ... gerechte gesellschaftliche Ressourcen- und Aufgabenverteilung
- ... soziale Aufwertung weiblich bestimmter Tätigkeiten und Fähigkeiten
- ... Anerkennung weiblicher Autorität
- ... die Ablösung von Männlichkeit als dominantem gesellschaftlichem Strukturierungsmuster
- ... die Beteiligung von Frauen und Männern an der Transformation und Neugestaltung der Geschlechterverhältnisse.

## Gleichstellungspolitische Ansätze

Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist – implizit oder explizit – Thema verschiedener Politikbereiche. Im Rahmen der gegenwärtigen politischen Agenda werden geschlechterbezogene Fragestellungen noch immer primär als „Frauenfragen“ abgehandelt und nach wie vor als politisches Randthema verstanden. Durch die Strategie des Gender Mainstreaming soll die Geschlechterfrage nun aber in vielen Politikfeldern praktische Bedeutung gewinnen, die bisher nicht im Zentrum der Frauen- und Geschlechterforschung standen (Goldmann 2002, 11). In den meisten Politikbereichen wurde die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bisher weitgehend ausgeklammert und die geschlechterspezifische Wirkung von politischen Instrumenten und Maßnahmen noch nicht ausreichend wahrgenommen und thematisiert. Durch die Strategie des Gender Mainstreaming soll Gleichstellungspolitik heute in einem breiteren Rahmen positioniert und so „zum Mainstream“ gemacht werden.

Geschlechterbezogene Ungleichheiten können auf unterschiedliche Art und Weise politisch aufgegriffen werden. Von Wahl (1999) unterscheidet folgende Gleichstellungsansätze: Anti-Diskriminierung (Gleichbehandlung), affirmative Aktionen (Frauenförderung, Quotenregelung), "Expanding Opportunities" (flankierende sozialstaatliche Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit) und transformative Maßnahmen (wie sie etwa im Zuge von Gender Mainstreaming Prozessen entwickelt werden sollten).

## Gleichbehandlung und Frauenförderung

Im Rahmen von *Gleichbehandlung* geht es um gleichen Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit, um gleiche Behandlung von Frauen und Männern vor dem Gesetz, bei Bewerbungen, bei der Gewährung von Benefits. Kernstück der Strategie ist die Beseitigung jeglicher Form von direkter Diskriminierung. Eine reine Gleichbehandlungsstrategie kann jedoch bestehende Ungleichheiten nicht auf Dauer ausgleichen, denn zur Bekämpfung versteckter und indirekter Diskriminierungen bedarf es einer Bevorzugung des benachteiligten Geschlechtes (der Frauen). Wenn Ungleiche gleich behandelt werden, schafft das keine Gleichheit, sondern setzt die Ungleichheit fort (Pimminger 2001, 16).

*Frauenförderung* ist ein weiterer Ansatzpunkt zur Erreichung einer verbesserten Gleichstellung der Geschlechter. Frauenförderung richtet sich mit ihren Maßnahmen gezielt an die benachteiligte Gruppe Frauen. *Positive Aktionen* für Frauen sind befristete Maßnahmen, die auf eine Beseitigung und Vermeidung von Diskriminierungen, einen Ausgleich für Benachteiligung oder die bessere Berücksichtigung spezifischer Lebenslagen abzielen. Konkret geht es dabei etwa um Stellen, die spezifisch für Frauen ausgeschrieben werden. Frauenförderung wird auch über gesetzliche Regelungen und Vorgaben wie Gleichbehandlungsgesetze, Frauenförderprogramme, Mentoring, Quotenregelungen und die befristete Bevorzugung von Frauen angestrebt. Ziel ist es generell, Frauen an Positionen zu bringen, an denen sie bis dato unterrepräsentiert sind.

## Geschlecht – Sex – Gender

Mit dem englischen Begriff „Gender“ wird das soziale und kulturelle Geschlecht bezeichnet, das im feministischen Fachdiskurs der vergangenen Jahre in Abgrenzung zum biologisch-körperlichen Geschlecht („Sex“) positioniert wurde. Der Begriff „Gender“ verweist auf die gesellschaftlich geprägten Rollen von Frauen und Männern und bezieht sich auf

die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Chancen und Risiken, die mit der Geschlechterzugehörigkeit verbunden sind. Mit dem sozialen Geschlecht sind Erwartungen, Eigenschaften, Rollenbilder, Handlungsmuster etc. gemeint, die aufgrund gesellschaftlicher Prozesse Männern oder Frauen zugeschrieben werden. Biologisch bestimmt ist beispielsweise (bisher noch) die Tatsache, dass Frauen Kinder gebären. Wer die Kinder vorrangig großzieht, ist demgegenüber sozial festgelegt – und damit auch veränderbar<sup>9</sup>.

Eine „Gender-Perspektive“ einzunehmen heißt, beide Geschlechter und ihr soziales Verhältnis zueinander zu betrachten und zum Gegenstand politischer Veränderungsprozesse zu machen. Festgelegte geschlechterspezifische Verhaltensweisen werden thematisiert und hinterfragt. Geschlechterpolitik hat demnach die Veränderung eines Verhältnisses zum Ziel, zu dem zwei Seiten gehören, die weibliche und die männliche. Geschlechterpolitik geht beide Geschlechter etwas an.

### Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming wurde zwar seitens der EU Mitte der 1990er Jahre als neue Strategie für Gleichstellung eingeführt, doch ihre Ursprünge reichen weiter zurück. Erstmals diskutiert wurde das Konzept auf der 3. UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985<sup>10</sup>. Im Zuge der 4. UN-Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 wurde es zu einem zentralen Thema. Die Expertinnen der EU waren direkt an jenem Prozess beteiligt, der im Bekenntnis der Beijinger Konferenz zum Gender Mainstreaming endete (Rubery und Fagan 1998).

#### Gender Mainstreaming als politisch-institutioneller Prozess

Die Europäische Kommission definiert Gender Mainstreaming als "Systematische Einbeziehung der jeweiligen Situation, der Prioritäten und der Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Politikfeldern, wobei mit Blick auf die Gleichstellung von Frauen und Männern sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen an diesem Ziel ausgerichtet werden und bereits in der Planungsphase wie in der Durchführung, Begleitung und Bewertung der betreffenden Maßnahmen deren Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt werden." (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1998a).

Die EU verfolgt mit der Strategie des Gender Mainstreaming einen „top-down-Ansatz“, d.h. das Ziel Gleichstellung soll primär über die Verankerung in Richtlinien und über gesetzliche Vorgaben zum Thema gemacht werden. "Top-down" meint einerseits die Verwaltungsebene, also eine sukzessive Verankerung der Verpflichtung zur Animierung und Installierung von Gender Mainstreaming Prozessen auf internationaler, nationaler, föderaler, regionaler und lokaler Ebene. „Top-down“ meint aber auch ein „trickle down“ innerhalb von Organisationen und Institutionen ausgehend von der Leitungsebene. In diesem

<sup>9</sup> Im aktuellen wissenschaftlichen Diskurs wird auch das „natürliche“ Geschlecht als soziale Konstruktion aufgefasst (einen guten und ausführlichen Überblick über die Diskussion gibt etwa Maihofer 1995). Argumentiert wird in diesem Zusammenhang unter anderem, dass auch die biologische Geschlechterzugehörigkeit in vieler Hinsicht nicht eindeutig ist und die Trennung in zwei biologische Geschlechterkategorien ebenfalls eine soziale Konstruktion darstellt. Darüber hinaus spiegeln sich auch in der Gestalt, in der wir unsere Körper wahrnehmen bzw. die wir unseren Körpern verleihen, gesellschaftliche Strukturen und Trends wieder, die auf eine klare geschlechterspezifische Differenzierung hinarbeiten. Nicht zuletzt ist auch die Sexualität in unserer Gesellschaft biologisch entlang der sozialen Differenzierung von Frau und Mann in Form der heterosexuellen Norm verankert.

<sup>10</sup> Allerdings wurde Gender Mainstreaming dort in einem breiteren Begriffsverständnis, als es in der EU derzeit angewendet wird, diskutiert. Vgl. Kapitel 4.2 zum Empowerment-Konzept, das die Grundlage dieses erweiterten Verständnisses bildete.

Sinne sind besonders die Leitungsebenen öffentlicher Institutionen aufgerufen, über Geschlechterfragen nachzudenken.

Entsprechend der EU-Definition ist Gender Mainstreaming als ein politisch-institutioneller Prozess zu verstehen. Gender Mainstreaming bringt neue Wege der Planung, des Herankehens an politische Programme, Verlagerungen in der organisatorischen oder institutionellen Kultur mit sich und soll in der Folge zu Veränderungen in den Gesellschaftsstrukturen führen (Europarat 1998). Im Mittelpunkt stehen der politische Prozess und dessen (Re)Organisation. Wenn also öffentliche Institutionen mit einem Prozess des Gender Mainstreaming beginnen, werden die initiierten Veränderungen oft nicht unmittelbar nach außen hin sichtbar. Vielfach verändern sich dadurch lediglich organisationsinterne Prozesse und Vorgangsweisen, nicht aber die Zielsetzungen selbst. Das Arbeitsmarktservice (AMS) folgt organisationsintern beispielsweise den Prinzipien des Gender Mainstreaming – nach außen hin lässt sich in der Zielformulierung und Angebotsstruktur der Qualifizierungsmaßnahmen bisher jedoch noch selten ein Geschlechterbezug erkennen, der sehr offensiv gleichstellungsorientiert angelegt ist. Frauen werden noch immer primär in „frauentypischen“ Sparten geschult und vermittelt. Würde man Gender Mainstreaming in diesem Zusammenhang weiterführen, würde es stärker darum gehen, den geschlechterspezifischen Platzierungen am Arbeitsmarkt, an denen das AMS mit seinem Angebot beteiligt ist, gegenzusteuern.

Die EU konzentriert sich in ihrer Gleichstellungspolitik derzeit sehr klar auf Maßnahmen des Gender Mainstreaming einerseits und frauenfördernde Aktionen und Maßnahmen andererseits. Während erstere auf eine geschlechterspezifische Sichtweise von Prozessen und Entwicklungen fokussieren, stellen zweitere Frauen und ihre Benachteiligung in den Mittelpunkt. Beide Ansätze ergänzen einander notwendigerweise. Denn obwohl Gender Mainstreaming zum neuen Modebegriff geworden ist, sollte nicht alles, was zum Abbau der Ungleichheiten von Frauen und Männern getan werden kann, unter dieser Strategie subsummiert werden. Vielmehr sollte anerkannt werden, dass Frauenförderung erst die Voraussetzungen für ein entsprechendes Vorhandensein von Expertinnen schafft. Das Fachwissen der Expertinnen, die sich schon länger mit Frauenförderung auseinandersetzen, ist notwendig, um geschlechterspezifische Prozesse und Entwicklungen entsprechend der Idee des Gender Mainstreaming verstehen und aufarbeiten zu können.

Eine gewisse Präzision in der begrifflichen Definition ist auch hinsichtlich der Kommunikation des Themas Gleichstellung hilfreich. In bestimmten Bereichen kann es zielführend sein, bestehende Ungleichheitsstrukturen über explizite Frauenfördermaßnahmen und andere affirmative Maßnahmen (etwa Quotenregelungen) abzubauen, in anderen Bereichen, wie etwa der Reorganisation politischer Prozesse und Organisationsstrukturen, kann die Strategie des Gender Mainstreaming zweckmäßiger sein.

Um das geschlechterpolitische Ziel der Gleichstellung zu erlangen, ist insgesamt ein Bündel an Maßnahmen geschnürt aus Gleichbehandlung, Frauenförderung, flankierenden Maßnahmen und Gender Mainstreaming notwendig. In Kapitel 4.1 wird die Relevanz der verschiedenen Strategien und Maßnahmen für die Umsetzung der Gleichstellung im regionalpolitischen Kontext ausgeführt.

## AkteurInnen der Gleichstellungspolitik

Ähnlich wie Regionalpolitik i.e.S. stellt Gleichstellungspolitik i.e.S. einerseits ein eigenes Politikfeld dar, mit eigenen Institutionen, Akteurinnen, klaren Themen, Zielen und Instrumenten. Geschlechterpolitik i.w.S. ist andererseits aber auch, ähnlich wie Regionalentwicklung(spolitik) i.w.S. als Querschnittsmaterie zu bezeichnen: Geschlechterpolitik wird auch über die politischen Interventionen fachbezogener Sektorpolitiken betrieben.

<b>AkteurInnen auf den verschiedenen räumlichen Umsetzungsebenen von Gleichstellungspolitik in Österreich</b>			
<b>Bundesebene</b>	<b>Landesebene</b>	<b>Regionale Ebene</b>	<b>Kommunale Ebene</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Frauenministerium Staatssekretariat FF Frauenminister/in</li> <li>• GBH-Anwältin Bund</li> <li>• GBH-Beauftragte in Bundeseinrichtungen</li> <li>• Beauftragte/r für GM in Ministerien</li> <li>• Frauenabteilung, Frauensprecherin der Sozialpartner</li> <li>• Frauensprecherin der Bundespartei</li> <li>• Bundesfrauengruppe NGO-Einrichtung</li> <li>• Frauenbeauftragte der BGS-AMS</li> <li>• Verantwortliche für Frauenprojekte nationaler Bildungseinrichtungen</li> <li>• Beauftragte / Koordinationsstelle für GM im ESF</li> <li>• BeraterIn für GM in Organisationen</li> <li>• EvaluatorIn für GM Prozesse nationaler Organisationen &amp; Programme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Frauenbüro Frauenbeauftragte, Frauenreferentin</li> <li>• Regionale GBH-Anwältin</li> <li>• GBH-Beauftragte Land</li> <li>• Beauftragte/r für GM im Land</li> <li>• Frauenreferentin, Frauenvertreterin der Sozialpartner</li> <li>• Frauensprecherin der Landespartei</li> <li>• Landesfrauengruppe NGO-Einrichtung</li> <li>• Frauenbeauftragte der LGS-AMS</li> <li>• Verantwortliche für Frauenprojekte von Bildungsträgern auf Landesebene</li> <li>• Beauftragte / Koordinationsstelle für GM im TEP (NÖ)</li> <li>• Gender TrainerIn für Institutionen</li> <li>• EvaluatorIn für GM Prozesse bereichsübergreifender Programme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regional/Projektmanagerin für CG (Szb, OÖ)</li> <li>• Frauen/Mädchenberatung</li> <li>• Frauenbeauftragte Bezirksverwaltung</li> <li>• Regionalmanagerin für GM (ehem. Szb)</li> <li>• Frauenvertreterin der Sozialpartner</li> <li>• Frauenbeauftragte der RGS-AMS</li> <li>• Trägervereine regionaler Qualifizierungs- und Bildungseinrichtungen für Frauen</li> <li>• Beauftragte für GM im regionalen TEP (Stmk)</li> <li>• BeraterIn für GM von Projekten</li> <li>• EvaluatorIn für GM Prozesse in regionalen Projekten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Frauenbüro Wien / Frauenbeauftragte Großstädte sonst</li> <li>• Frauenhaus</li> <li>• GBH-Beauftragte Stadt / Gemeinde</li> <li>• Frauenvertreterin Gemeinde (Vlb)</li> <li>• Ortsbäuerin Betriebsrätin</li> <li>• Frauengruppe der lokalen Partei</li> <li>• Frauengruppe NGO-Einrichtung</li> <li>• Frauen/Mädcheninitiative</li> </ul>
<p>GM = Gender Mainstreaming; CG Chancengleichheit; GBH Gleichbehandlung; FF = für Frauenfragen  AMS = Arbeitsmarktservice; BGS Bundesgeschäftsstelle; LGS Landesgeschäftsstelle; RGS Regionale GS  ESF = Europäischer Sozialfonds, TEP = Territorialer Beschäftigungspakt  NÖ = Niederösterreich; OÖ = Oberösterreich, Szb = Salzburg, Stmk = Steiermark, Vlb = Vorarlberg</p>			

Die Mehrzahl der Einrichtungen und Funktionen in Österreich, die sich explizit mit Frauen- und Gleichstellungspolitik beschäftigen, wurde erst in den letzten 10 bis 15 Jahren geschaffen. Eigenständige, institutionalisierte Gleichstellungspolitik wird zunehmend nicht mehr nur auf Bundesebene betrieben, sondern findet heute zumindest ansatzweise auf



allen räumlichen Ebenen statt. Viele Einrichtungen und Funktionen im Bereich von Gleichstellungspolitik wurden und werden in den letzten Jahren „top down“ dezentralisiert und regionalisiert. So wurden etwa unter Bezugnahme auf das „Vorbild“ Frauenministerium auf Bundesebene vor gut 10 Jahren in den Bundesländern, etwas später auch in vielen Landeshauptstädten und anderen größeren Städten so genannte Frauenbüros eingerichtet. Analog verlief der Prozess bei der Installierung von Gleichbehandlungsbeauftragten: von der Bundesebene über die Landesebene zur Bezirks- und Gemeindeebene<sup>11</sup>. Auch das Arbeitsmarktservice (AMS) sowie die verschiedenen Sozialpartnereinrichtungen und Parteien verfügen heute über dezentralisierte Strukturen von „Frauenbeauftragten“ (Frauenabteilungen, -referentinnen, -sprecherinnen, -vertreterinnen).

**Vernetzungen der AkteurInnen auf den verschiedenen räumlichen Umsetzungsebenen von Gleichstellungspolitik in Österreich**

Bundesebene	Landesebene	Regionale Ebene	Kommunale Ebene
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Konferenz Frauenbeauftragte Länder</li> <li>• Arbeitsgruppe von Frauenreferentinnen Frauenbeauftragten Frauenvertreterinnen</li> <li>• Plattform GM-Beauftragte in den TEPs</li> <li>• (EQUAL-)Partnerschaft Frauenbeauftragte Länder</li> <li>• Netzwerk Fraueneinrichtungen</li> <li>• Frauenlobby</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Treffen GBH-Frauenbeauftragte aus Dienststellen Land</li> <li>• Arbeitsgruppe von Fachabteilungen zu Gleichstellungsfragen</li> <li>• Netzwerk Sozialeinrichtungen Land</li> <li>• (EQUAL-)Partnerschaft GM-ExpertInnen Land</li> <li>• Frauenforum Frauenrat</li> <li>• Frauentreffpunkt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Netzwerk Frauensprecherinnen der Gemeinden (VlbG)</li> <li>• Arbeitsgruppe für Soziales in Regionalmanagements</li> <li>• Regionale Mentoring-Gruppen</li> <li>• (EQUAL-)Partnerschaft regional zu Genderfragen</li> <li>• Regionales Frauennetzwerk</li> <li>• Frauenlobby NÖ</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsgruppe zu frauenrelevanten Themen</li> </ul>

GM = Gender Mainstreaming; GBH Gleichbehandlung

AMS = Arbeitsmarktservice; BGS Bundesgeschäftsstelle; LGS Landesgeschäftsstelle; RGS Regionale GS

TEP = Territorialer Beschäftigungspakt

NÖ = Niederösterreich; VlbG = Vorarlberg

Prozesse der Regionalisierung, Dezentralisierung und Lokalisierung institutioneller Einrichtungen im Bereich der Gleichstellung haben in den letzten Jahren auch in Österreich zu einer enormen Vervielfältigung der Zahl an AkteurInnen geführt, die explizit an der Gleichstellung von Frauen und Männern arbeiten<sup>12</sup>. Dies führt nicht nur zu einer generellen räumlichen Diffundierung gleichstellungspolitischer Anliegen, sondern verbessert auch die Qualität politischer Gestaltungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten. So sorgen etwa die zunehmenden Vernetzungen gleichstellungspolitischer Akteurinnen, die auf gleichen räumlichen und institutionellen Ebenen tätig sind, wie etwa die Vernetzungen der Landesfrauenbeauftragten, der Frauenreferentinnen verschiedener Sozialpartnereinrichtungen, der Beauftragten für Gender Mainstreaming in den Beschäftigungspakten oder der Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen mittlerweile für einen sehr ausgeprägten „Best

<sup>11</sup> In Deutschland verlief der Prozess übrigens räumlich betrachtet umgekehrt. Zuerst gab es die Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen, dann erst jene auf Landes- und Bundesebene (Köpl 1999).

<sup>12</sup> Auch die AkteurInnen der Gleichstellungspolitik auf EU-Ebene sowie auf internationaler Ebene sind von enormer Relevanz für die Gleichstellungspolitik in Österreich. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf eine Inkludierung dieser übernationalen Ebenen in der Übersicht verzichtet.

Practice“-Transfer zwischen Regionen. Sie erhöhen gleichzeitig auch die Durchsetzungsmacht für bestimmte gleichstellungspolitische Anliegen. Wie Expertinnen relativ häufig betonen, ist der Verweis auf die „anderen“, die eine bestimmte Einrichtung, ein bestimmtes Projekt oder eine bestimmte Vorgehensweise schon etabliert haben, auch in der Gleichstellungspolitik sehr nützlich. Sobald etwa in einem Bundesland eine Einrichtung durchgesetzt war (Frauenbeauftragte, Gleichbehandlungsbeauftragte), war es viel leichter, auch in anderen Bundesländern entsprechende Forderungen durchzusetzen.

Politische Aushandlungs-, Gestaltungs- und Umsetzungsprozesse finden insgesamt zunehmend in einem räumlichen Mehrebenensystem statt (Fallend et al. 2001a, 58) und auch Gleichstellungspolitik wird immer stärker von den Vernetzungen über verschiedene räumliche Ebenen hinweg geprägt. Damit verbunden intensiviert sich derzeit ein „interkultureller“ Austausch- und Lernprozess in Bezug auf geschlechterpolitische Erfahrungen und Strategien, der die „Innovationsfähigkeit“ im Politikbereich deutlich erhöht. Wie ExpertInnen aus den verschiedensten gleichstellungspolitischen Zusammenhängen immer wieder versichern, erweitern sowohl der internationale als auch der interregionale Austausch von Erfahrungen im eigenen Land den geschlechterpolitischen Blickwinkel enorm.

Gerade im Bereich von Regionalentwicklung werden die wechselseitige Abhängigkeit und der daraus resultierende Koordinationsbedarf von internationaler Politik, EU-Politik sowie nationaler, regionaler und lokaler Politik besonders spürbar und relevant. Das regionalpolitische Setting ist aus gleichstellungspolitischer Perspektive insofern neu und spannend, als sich in diesem Setting nicht unbedingt AkteurInnen mit grundsätzlich ähnlich gelagerten gleichstellungspolitischen Anliegen treffen. Zu prüfen ist, unter welchen Voraussetzungen das Zusammentreffen von Akteurinnen und Akteuren mit unterschiedlichen gleichstellungspolitischen Visionen im regionalpolitischen Setting produktiv genutzt werden kann, um am gemeinsamen Ziel, sprich dem Abbau geschlechterbezogener Hierarchien, zu arbeiten (Kapitel 4.1). Eine grundlegende Fragestellung der Studie ist es daher, wie die neuartigen Vernetzungen zwischen den AkteurInnen von Gleichstellungspolitik auf regionaler Ebene genutzt werden können, um gleichzeitig

- die Zugangs- und Verweilbedingungen für Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern (den Gleichheitsaspekt von Gleichstellung zu fördern),
- Stützungsstrukturen, die sich frauenspezifischen Problemlagen widmen, aufzubauen (den Differenzaspekt von Gleichstellung zu fördern) und
- Projekte zu initiieren, über die für Frauen und Männer Neues geschaffen und „ausprobiert“ wird (den Vielfaltaspekt von Gleichstellung zu fördern).

## **1.2 Regionalentwicklung und Regionalpolitik in Österreich: Begriffsklärung und Merkmale des Politikfeldes**

Regionalpolitik ist in Österreich seit mehreren Jahrzehnten als eigenständiges Politikfeld etabliert und konnte auch durch den Beitritt zur EU ihren Stellenwert bestätigen. Erklärtes Ziel der EU ist es, wirtschaftlich benachteiligte Regionen mittels strukturpolitischer Instrumente zu fördern, um deren Integration in den europäischen Wirtschaftsraum zu unterstützen. Für diese Zielsetzung sind beträchtliche Mittel im EU-Haushalt vorgesehen. In Österreich hat der EU-Beitritt für die Regionalpolitik, die nun großteils mit der Durchführung der EU-Strukturfondspolitik betraut ist, einen Bedeutungszuwachs gebracht und in

vielen Bereichen des Politikfeldes einen dynamischen Entwicklungsprozess ausgelöst. Vor dem Hintergrund der Zielsetzung dieser Studie, die Relevanz einer höheren Gleichstellungsorientierung für die Regionalentwicklung aufzuzeigen, ist es angebracht, zu Beginn einige grundsätzliche Überlegungen zum Politikfeld anzustellen. Insbesondere soll geklärt werden:

- was unter Regionalpolitik, Regionalentwicklung und Region zu verstehen ist;
- wie die historische Entwicklung der Zielsetzungen, Schwerpunkte und Strategien im Politikfeld verlaufen ist;
- welche Trends, Herausforderungen und Aufgabenfelder zur Zeit in der Regionalpolitik verhandelt werden;
- wie die Akteurs- und Institutionenlandschaft konstituiert ist und
- welche regionalpolitischen Instrumente zur Steuerung eingesetzt werden.

### **Begriffsverständnis von Regionalpolitik, Region und Regionalentwicklung**

Regionalpolitik ist als ein Politikfeld zu verstehen, in welchem die politische Auseinandersetzung um Fragen und Probleme der regionalen Entwicklung stattfindet und welches öffentliches und staatliches Handeln nach sich zieht. Regionalpolitik bezieht ihren Namen von dem mit der Politik gemeinten Zielgegenstand, also der *Region* (und nicht, wer mit dieser Politik betraut ist oder wo diese Politik stattfindet).

Unter Regionalpolitik ist auf einer sehr allgemeinen Ebene die politische Gestaltung, Steuerung, Kontrolle, aber auch Initiierung gesellschaftlicher (d.h. sozialer, kultureller und wirtschaftlicher) Prozesse auf der regionalen Ebene zu verstehen. Über die Regionalpolitik wird die politische Steuerung des sozioökonomischen Wandels auf regionaler Ebene versucht. Innerhalb dieses sehr breiten Begriffsverständnisses (welches man auch als Regionalpolitik i.w.S. bezeichnen könnte) hat sich ein spezifisches Verständnis von Regionalpolitik als *regionale Wirtschaftspolitik* entwickelt (Steiner 2002, 734).

Grundsätzlich bestehen divergierende Auffassungen und unterschiedliche Interpretationen hinsichtlich der Frage, was Regionalpolitik beinhaltet bzw. was Gegenstand politischen Handelns in einer Region ist oder sein sollte. Darauf aufbauend gibt es auch sehr unterschiedliche Auffassungen dazu, in welche Richtung, mit welcher Prioritätensetzung, unter Einschluss welcher AkteurInnen und mit welchen Instrumenten regionale Entwicklungsprozesse von öffentlicher Seite her unterstützt werden sollten. Dieses Verständnis hängt sehr wesentlich von den AkteurInnen und von der politischen Steuerungsebene ab.

Regionalpolitik bezieht sich grundsätzlich auf all jene Aspekte öffentlichen Handelns, die die räumliche Entwicklung beeinflussen oder betreffen. Ihre Aufgabe ist es, positive, sprich gesellschaftlich wünschenswerte regionale Entwicklungsprozesse (Regionalentwicklung) zu initiieren und zu gestalten. Konzepte wie „Eigenständige Regionalentwicklung“, „Nachhaltige Regionalentwicklung“, „Systemische Regionalentwicklung“ und „Innovationsorientierte Regionalentwicklung“ die den regionalpolitischen Diskurs in Österreich in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten prägten, fokussieren auf bestimmte Ausprägungen derartiger im Politikfeld als „wünschenswert“ erachteter gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse. Sie spiegeln den aktuellen Diskussionsstand relevanter Wissenschafts-(teil)disziplinen und gesellschaftlicher Strömungen wider, ergänzen einander nicht immer, laufen parallel und stützen sich in der Regel auf ein (mehr oder weniger empirisch abgesichertes) Theoriegebäude, das je nach Erkenntnislage und -stand auch Überarbeitungen

und Reformulierungen unterworfen wird<sup>13</sup>. Das in der Studie verfolgte und präzisierte Konzept einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ ist in diesem Sinne darauf angelegt, den gesellschaftspolitisch grundsätzlich als „wünschenswert“ erachteten Entwicklungsprozess hin zu einer verbesserten Gleichstellung von Frauen und Männern auf die regionale Ebene „herunterzubrechen“, sprich in seiner Bedeutung für regionale Entwicklungsprozesse zu präzisieren und auf regionalpolitischer Ebene zu verankern.

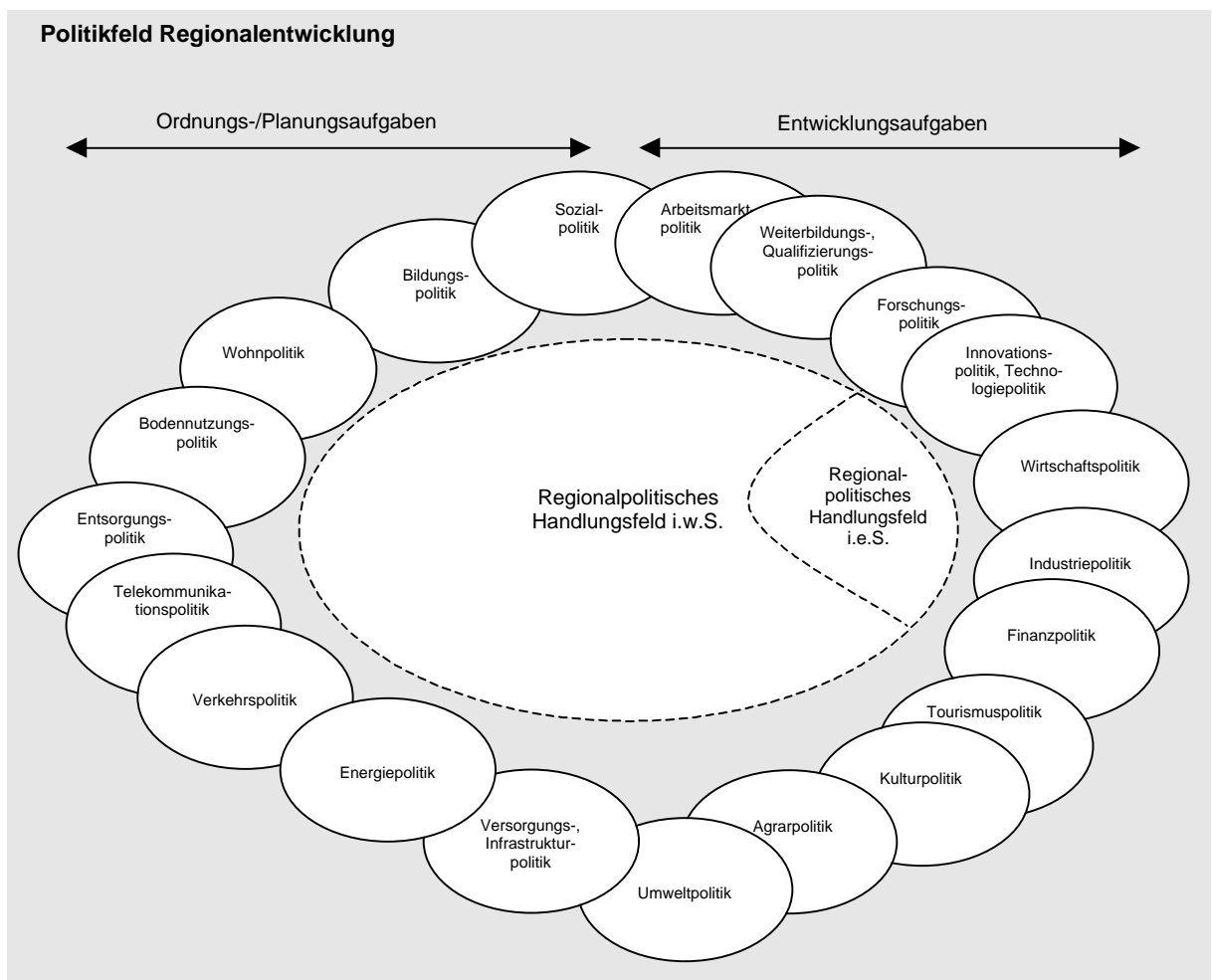
Prinzipiell – auf einer abstrakt-normativen Ebene betrachtet – arbeitet Regionalpolitik aufgrund ihres räumlichen Fokus querschnittsorientiert, integrativ und sektorübergreifend und ist mit unterschiedlichen thematischen Aufgaben und Handlungsfeldern betraut (Schremmer 2000, 28). Um die Aufgabe der Regionalentwicklung wahrnehmen zu können, steht Regionalpolitik im Spannungsverhältnis zu anderen räumlich orientierten Politiken und raumbezogenen Aufgaben, insbesondere der Raumordnung(spolitik) mit ihren raumordnerischen Aufgaben wie der Raumplanung<sup>14</sup> (Schindegger 1999, 17). In Österreich wird von einem engen Verhältnis zwischen räumlichen Ordnungs-, Planungs-, und Entwicklungsaufgaben ausgegangen, die in vielen Fällen ein gemeinsames Vorgehen wünschenswert und notwendig machen<sup>15</sup>. Dabei zeigen sich in jüngster Zeit in Österreich paradigmatische Verschiebungen in Richtung eines grundlegenden Verständnisses, auch bisher eher ordnungs- und planungspolitische Aufgaben als Teil einer umfassenderen Entwicklungsaufgabe zu sehen (vgl. Schwarz 1993, 5; Haas 1998, 172). Zumindest impliziert klingt dies auch im rezenten „Raumentwicklungskonzept 2001“ durch.

Neben den „räumlichen Politiken“ steht Regionalpolitik auch mit verschiedenen Sektorpolitiken in Verbindung, deren Lenkungsmaßnahmen meist zwar keinen expliziten Raumbezug verfolgen, deren Politiken aber räumliche Wirkungen ausüben können. Sie haben „nicht primär oder überhaupt nicht die räumlichen Gesamtverhältnisse, sondern die Lösung eines sachpolitischen Problems im Auge“ und auch zumeist keine Verpflichtung zur Berücksichtigung der räumlichen Auswirkungen (Schindegger 1999, 17). U.a. üben folgende Politikfelder neben der Regionalpolitik i.e.S. mit ihrem Instrumentarium Einfluss auf die Gestaltung räumlicher Entwicklungsprozesse aus: Aktive Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Industriepolitik, Raumordnungspolitik, Agrarpolitik, Technologiepolitik, Kulturpolitik und Verkehrspolitik. Den genannten Sektorpolitiken lassen sich dabei grundsätzlich eher ordnungspolitische und eher entwicklungspolitische Aufgaben zuordnen, wobei diese Einteilung nicht als strikter Handlungsrahmen gedacht ist, sondern als erforderliche Herangehensweise an Aufgaben verstanden werden sollte. Eine zentrale Aufgabe der Regionalpolitik ist es, diese Sektorpolitiken für die räumlichen Wirkungen ihrer Politik zu sensibilisieren und in Hinblick auf gesamtgesellschaftlich wünschenswerte regionalpolitische Ziele zu koordinieren. Einige der genannten Sektorpolitiken haben mittlerweile regional wirksame Instrumente entwickelt und damit zu einer regionsspezifischeren Ausrichtung ihrer Politiken beigetragen.

<sup>13</sup> Als Beispiel sei hier auf die Entwicklungsphasen und die Veränderungen in der theoretischen Konzeption für die „Eigenständige Regionalentwicklung“ verwiesen. Für Heintel (1998, 43) entwickelte sich deren Begriffsstruktur von den 1950er bis zu den 1990er Jahren mehrmals über folgende Synonyme: „Dritter Weg“, „Pädagogik der Befreiung“, „Self-Reliance“, „Collective Self-Reliance“, „Autozentrierte Entwicklung“, „Eigenständige Regionalentwicklung“, „Endogene Regionalentwicklung“ und „Sustainable Development“.

<sup>14</sup> In Österreich als örtliche Raumplanung und überörtliche Raumplanung (Regionalplanung und sektorale Landesplanung) etabliert.

<sup>15</sup> Die Meinungen über den Stellenwert der einzelnen Politikfelder differieren. Während sich bei Schindegger (1999, 194) im Begriffssystem weitestgehend ein Nebeneinander der genannten Aufgaben ableiten lässt, ist bei Faßmann (2001) eine Hierarchie der Politikbereiche (reichend von Wirtschaft- und Sozialpolitik über Regionalpolitik, Raumordnung, Raumplanung, Landes-, Stadt und Regionalplanung) identifizierbar.



Regionalpolitik agiert im Spannungsfeld vielfältiger politischer, wirtschaftlicher, technologischer und sozialer Veränderungen und Verflechtungen, die es aktiv für die Regionalentwicklung zu nutzen gilt. In Österreich hat sich ein regionalpolitisches Verständnis herauskristallisiert, das Regionalpolitik hauptsächlich als „Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung“ (Schindegger 1999, 201) versteht, als „Summe aller regional wirksamen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen“ (Faßmann 2001), als „Regionalförderungspolitik“ (Steger 2000) oder „regionale Strukturpolitik“ (Axt 2000, 19f). Regionalpolitik i.e.S. versteht sich in diesem Sinne als ein thematisch eingegrenztes politisches Aufgabenfeld mit wirtschaftlichem Schwerpunkt. Ihrem Grundverständnis nach basiert die Regionalpolitik in Österreich jedoch auch bei der Verfolgung wirtschaftlicher Zielsetzungen auf einer ganzheitlichen Betrachtung, die physische Gegebenheiten, soziokulturelle Rahmenbedingungen und ökologische Zusammenhänge im regionalen Umfeld berücksichtigt (Sapper 1997, 9). Dieses breite Verständnis von Regionalpolitik führt zu teilweise konträren Sichtweisen der Europäischen Kommission und Österreich über geeignete Ansätze für eine erfolgreiche Regionalpolitik (Sapper 1997, 24ff; Schwarz 1997a, 50ff). Die in Österreich derzeit in den meisten Bundesländern verfolgte regionalpolitische Strategie einer Kombination aus endogenen und innovationsorientierten Entwicklungsansätzen (Schwarz 2001a, 256) ließ sich jedoch im Großen und Ganzen mit den regionalpolitischen Leitthemen, die für den europäischen Wirtschaftsraum in der vergangenen und aktuellen Planungsperiode im Rahmen der Strukturfondspolitik „als Hilfestellung für strukturell benachteiligte Teilräume“ (Schwarz 1997b, 70) konzipiert wurden, vereinbaren.

Auch der Regionsbegriff, der eigentliche Zielgegenstand der Regionalpolitik, ist derzeit dynamischen Veränderungen unterworfen. Akteure im Politikfeld sind zunehmend mit der Relativität des Regionsbegriffes in Abhängigkeit u. a. von der gewählten Maßstabs- bzw. Steuerungsebene oder der zu bewältigenden Aufgabe konfrontiert. In der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion werden Regionen nicht mehr primär als territoriale, durch administrative Zugehörigkeit abgegrenzte Gebiete gesehen, sondern werden als gesellschaftlich konstituierte sozioökonomische Beziehungen im Raum verstanden (vgl. etwa Benz 1998; Bock 2002). Regionen sind nach dieser Vorstellung subjektive, alltagsweltliche Gebilde, die sich in offenen sozialen Prozessen durch „das Handeln von AkteurInnen, ihre Interaktionen, Intentionen, Einstellungen, ihre emotionalen Bindungen und Überzeugungen“ (Bock 2002, 10) bilden. Gleichzeitig sind sie jedoch immer auch Resultat struktureller institutionalisierter Rahmenbedingungen, die etwa durch administrative Vorgaben entstehen<sup>16</sup>.

Der Bedeutungswandel im Regionsbegriff zeigt auch Auswirkungen auf das regionalpolitische Selbstverständnis und das darauf bezogene Handeln. Aktuell wird auch in Österreich über Regionen als „wirtschaftliche Entwicklungssysteme“ (Lukesch 1999), als „regionale Produktionssysteme“ (Steiner 2002) und als „regionale Innovationssysteme“ (Tödtling 1998) diskutiert. Regionale Entwicklungspolitik wird damit zunehmend als systemische Aufgabe begriffen, in der es primär darum geht, kooperatives Handeln zwischen den im System Agierenden sowie mit „Außenstehenden“ zu stärken<sup>17</sup>. Vor diesem Hintergrund richtet sich Regionalpolitik zunehmend auf Hilfestellungen beim Aufbau institutioneller Strukturen aus, die den regionsinternen und regionsübergreifenden Vernetzungsstrukturen förderlich sind. Das neue „systemorientierte“ Regionsverständnis

- verdeutlicht die Flexibilität von Regionsbildungen,
- macht die Vielfalt an Akteurinnen und Akteuren sichtbar, die an regionalen Entwicklungsprozessen beteiligt und zu beteiligen sind,
- erlaubt Sichtweisen, die das für den regionalpolitischen Prozess wichtige Zusammenspiel von Akteurinnen und Akteuren auf verschiedenen räumlichen Ebenen erkennen und berücksichtigen lässt,
- erleichtert es, „grenzüberschreitende“ (i.w.S.) Regionsbildungen zu erkennen, in den Mittelpunkt zu stellen und zu fördern.

In der Praxis zeichnet sich in der Regionalpolitik tatsächlich eine immer flexiblere Regionsabgrenzung bzw. Regionsbildung ab, die in Abhängigkeit von der zu lösenden Frage oder Problemstellung erfolgt oder eine thematische Interessensgemeinschaft darstellt. Auch die Repräsentanz nach außen erfolgt entsprechend flexibel, denkt man etwa an die Euregio-Regionen, an Tourismusregionen oder an Regionsverbände und denkt man daran, wie hierbei die Region(sgröße) unterschiedlich definiert wird. Unter anderem aufgrund dieser Entwicklungstendenzen werden immer mehr und immer vielfältigere Verflechtungsräume für sozioökonomische Entwicklungsprozesse wahrgenommen. Dem ungeachtet bleiben aber administrative Grenzen weiterhin ein wichtiger Bezugsrahmen, wenn etwa in

<sup>16</sup> Beispielhaft lässt sich das auch an der Aufwertung des Regionsbegriffs durch die EU im Zuge der Schaffung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) im Jahr 1975 und der Begründung der gemeinschaftlichen Regionalpolitik zeigen. Regionen, d.h. „de facto alle Institutionen, die den Anspruch erheben konnten, diesbezügliche Interessen zu vertreten“ erhielten in diesem Prozess neue Bedeutung (Kiefer 2000, 36).

<sup>17</sup> Über eine Reihe von Auftragsstudien, die sich mit dem Thema „Systemische Regionalentwicklung“ beschäftigen (vgl. etwa Bratl et al. 2002), hat die Abteilung IV/4 Regionalpolitik im Bundeskanzleramt rezent einen wichtigen Impuls zur Forcierung eines derartigen „systemischen Ansatzes“ in der österreichischen Regionalentwicklung gesetzt.

Fragen der Erfolgskontrolle von Maßnahmen relevante Indikatoren zu bestimmten Gebietskörperschaften in Beziehung gesetzt werden.

### Historische und aktuelle Strategien der Regionalpolitik in Österreich

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg lag der Fokus der regionalpolitischen Bemühungen in Österreich auf dem Wiederaufbau und der Errichtung bzw. Modernisierung der materiellen Infrastruktur, insbesondere in weniger erschlossenen Gebieten Österreichs. Ziel der Politik war es, über die damit verbundene (erhoffte) Mobilisierung von Arbeit und Kapital für einen Ausgleich regionaler Disparitäten zu sorgen. Der Rückgang der hohen Wachstumsraten im Verlauf der 1970er Jahre zeigte dann recht deutlich die beschränkte Wirksamkeit staatlicher Entwicklungsplanung „von oben“, die sich bis zu Beginn der 1980er Jahre vornehmlich auf Förderungen für Betriebsansiedlungen und Infrastrukturinvestitionen konzentrierte (Sapper 1997, 10f). Die Frage nach den Mitteln, die „tatsächlich“ zur Verringerung der Disparitäten zwischen Zentren und Peripherien geeignet sind, rückte verstärkt in den Mittelpunkt. Es kam zur Einrichtung einer eigenen Abteilung für Regionalpolitik im Bundeskanzleramt, deren Aktivitäten sich auf die Koordination regionalpolitisch relevanter Aktivitäten „von unten“ und die gezielte Entwicklung und Förderung innovativer Ansätze ausrichteten, um der Komplexität regionaler Problemlagen besser gerecht zu werden.

Anfang der 1980er Jahre setzte sich schließlich ein neues Paradigma in der Regionalpolitik durch, das auf die Entwicklung endogener regionaler Potenziale abzielte. Unternehmensförderung und Infrastrukturverbesserung wurden und werden zwar noch immer als notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung gesehen, sie reichen jedoch nicht, aus um langfristig stabile regionale Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen. Die Akteure in den Regionen sollten gezielt ermutigt werden, selbst Maßnahmen zur Bewältigung ihrer regionsspezifischen Probleme zu ergreifen. Zur Stimulierung „endogener“ regionaler Entwicklungsprozesse wurden seit Mitte der 1970er Jahre schrittweise spezielle Regionalbeihilfen eingeführt, Kooperationen zwischen Bund und Ländern bei Regionalförderungen initiiert, neue Instrumente wie Regionalberatung erprobt und die Erstellung regionaler Entwicklungsprogramme gefördert. Die „Aktivierung des „endogenen Potentials“ konzentrierte sich im Verlauf der 1980er Jahre dabei primär auf zwei Typen von „Problemregionen“. Einerseits wurde die Strategie der „endogenen Erneuerung“ zur Einleitung eines Prozesses technologischer und institutioneller Restrukturierung in „alten“ Industriegebieten wie der Obersteiermark genutzt (Steiner 2002, 738f). Andererseits wurde eine eigene Förderschiene für die „Eigenständige Regionalentwicklung“ in ländlichen Regionen eingerichtet. Mit einem breiten, nicht nur rein ökonomisch verstandenen Entwicklungsbegriff setzte das Konzept der „Eigenständigen Regionalentwicklung“ bzw. die damit verbundene „Bewegung“ wichtige Akzente für die Weiterentwicklung des regionalpolitischen Selbstverständnisses und ihres Instrumentariums – besonders in ländlichen Gebieten. Viele der in dieser Zeit in Österreich entwickelten Ansätze – etwa die Errichtung von „Regionalmanagements“ für die Initiierung und beratende Begleitung regionaler Entwicklungsprojekte – konnten auch international reüssieren<sup>18</sup>. Schwarz (1997a, 43) spricht in diesem Zusammenhang in Niederösterreich von der Entstehung einer „Regionalpolitik des mittleren Weges“, die auch zur wichtigen Grundlage für die heute noch praktizierte „partnerschaftlich-kooperativen Regionalentwicklungsstrategie“ wird. „Projektidee und –initiative kommen aus der Region – professionelle Betreuung/Finanzierung seitens der

<sup>18</sup> Etwa in der OECD, wo der besondere Stellenwert ländlicher Regionen vermittelt werden konnte (OECD 1996 und 1999).

Zentralstellen, d.h. die Verbindung des bottom-up- mit dem top-down-Ansatz“ (Schwarz 1997a, 43)

In den 1990er Jahren zentrierten sich die regionalpolitischen Strategien zunehmend explizit auf die (Weiter)Entwicklung des endogenen *regionalökonomischen* Potenzials, das Ziel eines regionalen „Disparitätenausgleichs“ verliert an Bedeutung. Technologie- und Innovationsförderung, basierend auf einer intensiven regionalen Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, werden zur zentralen Strategie regionaler Entwicklungspolitik (Steiner 2002, Schwarz 2001a, 254). Ziel ist es, das vorhandene Potenzial an Unternehmertum, Qualifikationen und Wissen für „regionale Lernprozesse“ zu mobilisieren. Argumentative Basis für die zunehmend stärkere Orientierung der Wirtschaftspolitik auf die Förderung von Kooperationen und Informationsflüssen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik – insbesondere im „Hochtechnologie“-Bereich – sind u. a. die Verkürzung von Produktzyklen, die wachsende Komplexität der Technologien und der durch die Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft verstärkte Wettbewerb. Die Einbindung in regionale Netzwerke bei gleichzeitiger überregionaler und internationaler Verflechtung derselben wird für innovationsorientierte Lernprozesse immer wichtiger erachtet. Die Regionalpolitik in den 1990er Jahre ist infolge der zunehmenden Integration in die internationalen Märkte immer weniger kleinräumig ausgerichtet und setzt zunehmend (auch) auf die Bedeutung von Außenbeziehungen. Besonderes Augenmerk wird in Österreich auf die Stärkung der „interregionalen“ Vernetzungen mit den Nachbarstaaten gelegt.

Mit dem Beitritt zur EU im Jahr 1995 setzte ein nachhaltiger Umbruch in der österreichischen Regionalpolitik ein, der die zügige Einbindung in eine gesamteuropäische Regionalpolitik nach sich zog<sup>19</sup>. Die allgemeinen Zielsetzungen der EU-Regionalpolitik sind der Abbau der räumlichen Disparitäten und die Angleichung des regionalen Wohlstandsniveaus durch die Steigerung des regionalen Wirtschaftswachstums, die Aktivierung der endogenen Potenziale, die Stärkung der regionalwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und den Zugang zu moderner Infrastruktur und technischem Wissen<sup>20</sup>. Vorrangige Ziele für die Planungsperiode 2000 bis 2006 sind

- die Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit,
- die gezielte Ausweitung und qualitative Verbesserung der Beschäftigung in Abstimmung mit der europäischen Beschäftigungsstrategie,
- die Förderung strukturschwacher und ländlicher Gebiete sowie
- die Erneuerung städtischer Gebiete.

<sup>19</sup> Vgl. etwa Sapper (1997) aus Sicht des Bundes, Schwarz (1997a) für Niederösterreich, Lichtenauer-Kranich (1997) für Oberösterreich, Slamanig (1997) für Kärnten, Wedral (1997) für das Burgenland.

<sup>20</sup> Die Regionalpolitik der EU basiert auf finanzieller Solidarität. Ein Teil der Beiträge der Mitgliedsstaaten zum Gemeinschaftshaushalt wird an benachteiligte Regionen und soziale Gruppen umverteilt. Für den Zeitraum 2000-2006 steht dafür ein Drittel des Gemeinschaftshaushalts zur Verfügung, insgesamt 213 Milliarden Euro: 195 Milliarden aus den vier Strukturfonds (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Europäischer Sozialfonds, Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei, Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – Abteilung Ausrichtung); 18 Milliarden aus dem Kohäsionsfonds. Die Strukturfonds sind auf genau definierte „vorrangige“ Ziele ausgerichtet: 70% der Mittel werden zur strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand eingesetzt, in denen 22% der Bevölkerung der Union leben (Ziel 1); 11,5% der Mittel dienen der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen, in denen 18% der europäischen Bevölkerung leben (Ziel 2); 12,3% der Mittel sind für die Modernisierung der Bildungs- und Ausbildungssysteme und zur Beschäftigungsförderung außerhalb der Ziel-1-Regionen (in denen diese Maßnahmen bereits Teil der Anpassungsstrategien sind) eingesetzt (Ziel 3). ([http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/intro/regions2\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/intro/regions2_de.htm))



Österreich ist über das Ziel 1-Programm Burgenland und die Ziel 2-Programme in Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien in die regionale Strukturfondspolitik der EU eingebunden. In den förderwürdigen Problemregionen wird schwerpunktmäßig in Industrie und Gewerbe, in Tourismus und Freizeitwirtschaft, in wirtschaftsnahe Infrastruktur und in Umwelt- und Energiebelange investiert, wobei materielle Investitionen, Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie Softmaßnahmen im Vordergrund stehen (Schwarz 2001b).

Darüber hinaus sind in Österreich auch Gemeinschaftsinitiativen wie INTERREG III, LEADER+, EQUAL und URBAN II verankert, die mit unterschiedlichen inhaltlichen Zielen auch regionale Wirkungen entfalten. Die sektorübergreifenden Gemeinschaftsinitiativen der EU entsprechen insgesamt recht gut den Intentionen der österreichischen Regionalpolitik. In der ersten Strukturfondsperiode 1995-99 erwies sich aber das stark sektoral ausgerichtete Förderinstrumentarium, das die österreichischen Kofinanzierungen leisten sollte, als Nachteil bei der Projektumsetzung (Sapper 1997, 26). Für die Gemeinschaftsinitiativen der laufenden Periode wurden aus diesem Grund zentrale Anlaufstellen eingerichtet, die die Förderungsmöglichkeiten von Einzelprojekten ausloten und koordinieren.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass das Einbinden der österreichischen Regionalpolitik in die Strukturfondspolitik der EU

- zu einem erheblichen Anstieg der Finanzmittel führte, die explizit für regionalpolitische Aktivitäten eingesetzt werden,
- eine räumliche Ausweitung der Fördergebiete brachte,
- die Durchsetzung eines stärker ökonomisch ausgerichteten Verständnisses von Regionalpolitik beschleunigte,
- den flächendeckenden Aufbau von Regionalmanagement-Einrichtungen als Instrumente des breiteren österreichischen Verständnisses von Regionalentwicklung ermöglichte,
- zum Aufbau partnerschaftlicher Netzwerke in der österreichischen Verwaltung über die verschiedenen räumlichen Ebenen hinweg beitrug,
- eine zunehmende Leitbild-, Ziel- und Projektorientierung in der österreichischen Regionalpolitik förderte,
- die strategische Konsistenz im Sinne einer abgestimmten Ausrichtung regionalpolitischer Interventionen auf ausgewählte Leitstrategien und Leitprojekte stärkte,
- die Begleitung und Evaluation regionalpolitischer Interventionen einleitete,
- die Entwicklung neuartiger Problemlösungsansätze im Rahmen innovativer Projekte beförderte und
- neuartige Formen vernetzter Partnerschaften sowie internationaler Vernetzungsaktivitäten initiierte.

Als wesentliche, nicht nur regionalpolitische, sondern auch raumordnungspolitische Fragen bzw. Problemstellungen werden im Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2001 folgende definiert: der Standort Österreichs in Europa, die nachhaltige Nutzung von Ressourcen, der räumliche Ausgleich und die soziale Integration, Mobilität und Verkehr sowie Probleme städtischer und ländlicher Regionen (ÖROK 2002). Trotz dieser sehr umfassenden „erwünschten“ Leitziele regionaler Entwicklung, orientiert sich Regionalpolitik heute – nicht zuletzt durch die Einbindung in die EU-Regionalpolitik – relativ klar an der Stärkung des *ökonomischen* Entwicklungs- und Wachstumspotenzials der Regionen aus. Das Leitziel der Herstellung und Absicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse wurde

abgelöst von der Aufgabe der Verbesserung der regionalen Anpassungs- und Innovationsfähigkeit im internationalen Wettbewerb (Steiner 2002, 734). Und dennoch: Die lange Tradition „Eigenständiger Regionalentwicklung“ führt dazu, die Impulse der EU in Österreich auch „eigenständig“ zur Verbreitung und Umsetzung eines „breiteren“ regionalpolitischen Verständnisses zu nutzen – wie sich am flächendeckenden Ausbau von Regionalmanagements, der vertieften Auseinandersetzung mit den ökologischen Zusammenhängen regionalpolitischer Interventionen oder im Aufbau „begleitender“ Evaluationsprozesse bei den regionalen Strukturfondsprogrammen manifestiert.

### **Akteurs- und Institutionenlandschaft in der Regionalpolitik<sup>21</sup>**

Regionalpolitik war in Österreich nie explizit in der Zuständigkeit einer einzigen staatlichen Institution. Regionalpolitisch relevante Kompetenzen verteilen sich immer auf eine Vielzahl staatlicher Maßnahmenträger auf Bundes- und Landesebene. Auch die Gemeinden und Sozialpartner wurden immer als wichtige Akteure angesehen (Sapper 1997, 9). In den 1970er Jahren wurden die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), in der Vertreter aller „staatlichen“ Akteure raumrelevanter Politik auf Basis freiwilliger Übereinkunft vertreten sind, und die Abteilung IV/4 Regionalpolitik im Österreichischen Bundeskanzleramt eingerichtet, um die Tätigkeiten der verschiedenen öffentlichen Körperschaften zu koordinieren. Eine gewisse formale Funktion zur Koordination erhielten beide Einrichtungen erst im Zuge des Beitritts zur EU. Derzeit ist das Bundeskanzleramt etwa für die finanzielle Abwicklung und die Finanzkontrolle im EFRE verantwortlich sowie die Vertretung Österreichs in regionalpolitischen Entscheidungs- und Beratungsgremien auf EU-Ebene<sup>22</sup>. In der ÖROK ist derzeit das Sekretariat für die Koordination der regionalen Zielprogramme der EU eingerichtet.

Regionalpolitik passiert heute im Spannungsfeld von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Während früher die AkteurInnen aus dem politisch-administrativen System sowie einzelne aktive „Persönlichkeiten“ in den Regionen im Politikfeld dominierten, ist mittlerweile ein breites Spektrum an AkteurInnen und Institutionen aus dem öffentlichen, halböffentlichen, nichtstaatlichen und privaten Bereich eingebunden. Für diese Vervielfältigung der Akteurs- und Institutionenlandschaft sind u.a. die Ausdifferenzierung der Aufgaben und Zuständigkeiten, die zunehmende Professionalisierung und der höhere Organisationsgrad des Politikfeldes verantwortlich (Steiner 2002; Heintel 2001, 194). Insbesondere die von der EU forcierten „Partnerschaften“ von EU-weiten, nationalen, regionalen und lokalen AkteurInnen haben zu einer Ausweitung und gleichzeitigen Spezialisierung der mit Regionalpolitik befassten Institutionen und Organisationen geführt. Dies macht zwar einen hohen Koordinations-, Informations- und Abstimmungsbedarf erforderlich (Heintel 2001, 193), trägt gleichzeitig aber auch zu einer leichteren räumlichen Diffusion von Politiken bei (Fallend et al 2001, 3). In diesem Zusammenhang entstehen spezialisierte Informations-, Koordinations-, Beratungs-, Forschungs-, Evaluierungs- und Ausbildungseinrichtungen, die das Politikfeld zunehmend „professionalisieren“.

Die Rahmenbedingungen für die (EU-)Regionalpolitik in Österreich werden in erster Linie durch Akteure des politisch-administrativen Systems auf den Steuerungsebenen des Bundes und der Länder bereitgestellt. Auf der Bundesebene sind es im Wesentlichen

<sup>21</sup> Zu einem Überblick über regionale Entwicklungsinstitutionen in Österreich vgl. auch Steiner und Jud (1998).

<sup>22</sup> In der Strukturfondsperiode 1995-99 lag auch die Programmverantwortung gegenüber der EU beim Bundeskanzleramt, in der laufenden Strukturfondsperiode ist diese auf die jeweiligen Landesregierungen übergegangen.

folgende (öffentliche) Institutionen, die regionalpolitisch tätig sind bzw. das Politikfeld mit ihrer Arbeit berühren<sup>23</sup>:

- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK)
- Bundeskanzleramt Abteilung IV/4 Regionalpolitik
- Diverse Ministerialabteilungen
- Bundesförderstellen

Auf der Landesebene sind mit der Durchführung von regionalpolitischen Aufgaben meist spezifische Abteilungen betraut (etwa Raumplanungs- oder Wirtschaftsabteilungen). Die regionalpolitischen Aufgaben wurden in einigen Ländern in den letzten Jahren aber auch in eigene Institutionen (Entwicklungsagenturen) ausgelagert, die als Gesellschaften des Landes nicht nur die operative Abwicklung von Fördermaßnahmen wahrnehmen, sondern auch regionalpolitische Initiativen setzen (etwa KWF – Kärnten, ECO-PLUS – Niederösterreich, WIBAG – Burgenland).

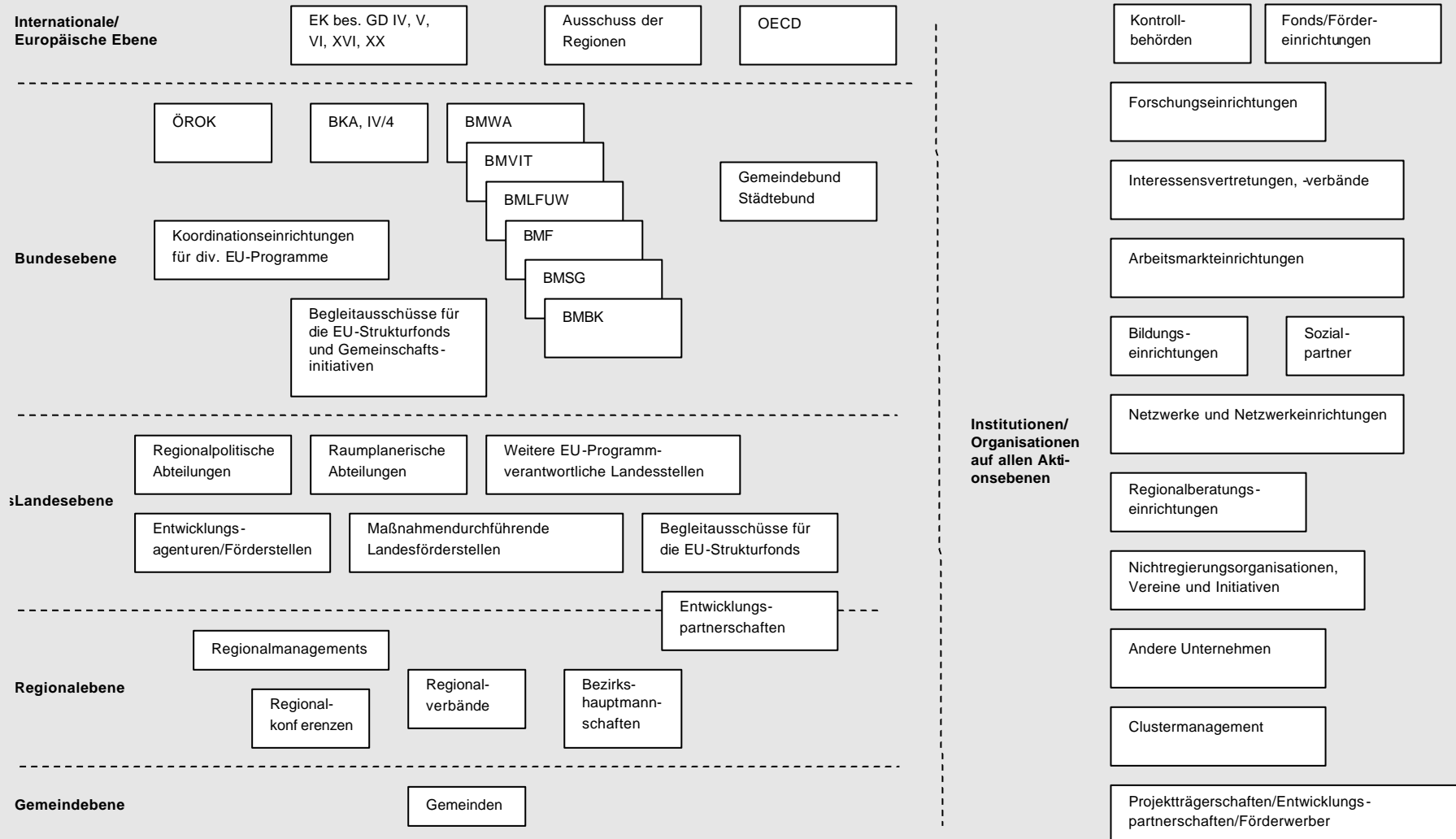
- Diverse Abteilungen der Landesregierungen (primär Wirtschaftsförderungsabteilungen, Raumordnungs- und Raumplanungsabteilungen)
- Ausgliederte Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsagenturen
- Landesförderstellen

Innerhalb des von der EU bzw. den österreichischen Partnern bereitgestellten Rahmens findet sich auf regionaler Ebene im Politikfeld aufgrund der Breite der angesprochenen Handlungsfelder mittlerweile eine vielfältige Akteurs- und Institutionenlandschaft, die an der Umsetzung, Abwicklung und Realisierung regionalpolitischer Maßnahmen beteiligt sind:

- Gemeinden
- (Universitäre) Forschungseinrichtungen
- Arbeitsmarkt- und Bildungseinrichtungen
- Einrichtungen der Regionalberatung (Regionalmanagements, Dorferneuerung)
- Vereine und Initiativen (Regionalvereine, LEADER-Gruppen, ...)
- (Entwicklungs)Partnerschaften (EQUAL, TEP)
- Gemeinde- und Städtebund
- Regionalkonferenzen
- Regionalverbände
- Projektträgerschaften
- Privatunternehmen
- Diverse Vertretungseinrichtungen der Sozialpartnerschaft
- Beratungseinrichtungen, -organisationen

<sup>23</sup> Hier soll nicht in aller Detailgenauigkeit darauf eingegangen werden. Schwarz (1997b, 72) bringt etwa einen schematischen Überblick über das mit der EU-Regionalpolitik verbundene institutionelle Organisationssystem in Niederösterreich für die Strukturfondsperiode 1995-99.

## Umsetzungsebenen der Regionalpolitik in Österreich



In Ergänzung an Schwarz 2001a

Nach ihrer interessensmäßigen Einbindung, die unterschiedliche Handlungsspielräume nach sich ziehen, sind folgende AkteurInnen zu unterscheiden:

- FachbeamtlInnen diverser Landes- und Bundesdienststellen
- VertreterInnen der Fördereinrichtungen
- SozialpartnerInnen
- BürgermeisterInnen
- Landeshauptleute
- Bezirkshauptleute
- VertreterInnen der EU
- Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte
- VertreterInnen von NGOs
- UnternehmerInnen
- RegionalmanagerInnen
- ClustermanagerInnen, ManagerInnen von regionalen Zentren
- ProjektträgerInnen
- BeraterInnen
- EvaluatorInnen
- Wissenschaftliche ExpertInnen

Als intermediäre Einrichtungen sind vor allem die Regionalmanagements in den einzelnen Regionen mit wichtigen Aufgaben der Regionalpolitik betraut, indem sie regionale Akteure bei der Entwicklung und Umsetzung regionaler Strategien und Projekte unterstützen. Sie haben eine zentrale Vernetzungsfunktion in den Regionen inne und bilden einen wichtigen Beitrag zur regionalen Systementwicklung (Baumfeld et al. 1998). Regionalmanagements wurden den Ländern Mitte der 1990er Jahre vom Bundeskanzleramt als Strategie im Zuge der Umsetzung der EU-Strukturfondsprogramme empfohlen. Bis 1999 wurden die Regionalmanagement-Stellen vom Bund mitfinanziert. Die Bundesförderung nahm über den Programmzeitraum (1995-1999) sukzessive ab, der Anteil an der Finanzierung durch die Länder (technische Hilfe der EU) und durch andere Trägerorganisationen (Gemeinden, Fremdenverkehrsverbände, Interessensverbände, Sponsoring) stieg im selben Ausmaß an. Ziel war es, dass die Regionalmanagement-Stellen auf diesem Wege selbsttragend werden. Besondere Bedeutung hat die Einbindung der Gemeinden der jeweiligen Region in die Trägerorganisation, um die Akzeptanz in der Region zu gewährleisten. Regionalmanagements sind mittlerweile als neue regionale Partner etabliert, einige diversifizieren zunehmend die angebotenen Leistungen und greifen dabei auch auf das Know-how unterschiedlich stark in das Regionalmanagement eingebundener Personen und Institutionen zurück (vgl. Kapitel 3.3).

### **Instrumente der Regionalpolitik**

Unter den politischen Steuerungstypen (wie Gebote/Verbote, Anreize, Überzeugung/Information/Aufklärung sowie Vorbildern) wurde in der Regionalpolitik vor allem auf Anreizsysteme zurückgegriffen, um die gesetzten Ziele zu realisieren. Lange Zeit waren die dominanten Mittel der Steuerung finanzielle Maßnahmen in Form von Infrastrukturinvestitionen, Kapitalanreize in Form regional differenzierter Fördersätze, Subventionen in Form von Investitionszuschüssen oder Krediten. Bereits ab Mitte der 1970er Jahre wird in Österreich jedoch auch mit Instrumenten der Information (Beratung) sowie „Best Practice“ (Vorzeigeprojekten) gearbeitet. In den 1980er Jahren erfolgte eine Ausweitung u.a. auf spezifische Angebote wie Beratungsleistungen, Informationsangebote oder andere ent-

sprechende Dienstleistungs- und Sachangebote (Kooperationsförderung, Innovationsförderung, Schaffung attraktiver Infra- und Dienstleistungsstrukturen). Diese wurden vor allem im Rahmen der „Förderungsaktion zur Eigenständigen Regionalentwicklung“ (FER) des Bundeskanzleramtes eingesetzt und „getestet“ (vgl. Gerhardter und Gruber 2001).

In den 1990er Jahren differenzierte sich das Instrumentenspektrum, mit dem regionale Entwicklungs- und Veränderungsprozesse beeinflusst bzw. mitgestaltet werden sollten, weiter aus. Förderung immaterieller Infrastruktur im engeren Sinn, d.h. ein wirtschaftsrelevantes Förderungs- und Beratungssystem, gewann an Bedeutung. Die Instrumente reichen heute von mehr oder weniger komplexen Beratungsdienstleistungen, über Technologie- und Innovationszentren bis zu Qualifizierungsmaßnahmen. Diese kommen in engem Zusammenspiel mit jenen Sektorpolitiken zum Einsatz, deren Maßnahmen- und Instrumentenspektrum räumliche oder regionale Wirkungen erwarten lassen und wirtschaftsnah sind. Die „Regionale Innovationsförderung“ (RIF), die die Errichtung von „Impulszentren“ förderte, und die „Regionale Innovationsprämie“ (RIP), als ihr betriebsspezifisches Korrelat, waren in der ersten Hälfte der 1990er Jahre beispielsweise solche wichtigen Förderinstrumente einer explizit regional verstandenen Industriepolitik des Bundes (Schremmer und Tödtling 1996)<sup>24</sup>.

Gleichzeitig begann in den 1990er Jahren auch die Auseinandersetzung mit dem Instrumentarium der EU-Regionalpolitik. Seit dem Beitritt zur EU sind die Förderleistungen für regionale Problemgebiete in ein einheitliches Fördersystem eingebettet – zumindest dann, wenn Förderungen der EU lukriert werden sollen. Zentrale Eckpunkte des Fördersystems sind dabei die Ausschüttung von Geldern<sup>25</sup> in den förderwürdigen Problemregionen auf Basis von „Einheitlichen Programmplanungsdokumenten“ (EPPDs), die von den einzelnen Bundesländern erstellt werden. In den EPPDs sind die wichtigsten Entwicklungsziele und daran anschließende Maßnahmenschwerpunkte dargestellt. Gemeinsam mit den „Ergänzungen zur Programmplanung“ (EzPs), in denen u.a. die Förderrichtlinien detailliert werden, dienen sie als Grundlage für Projektförderungen. Die Vergabe der Förderungen erfolgt über die so genannten „Maßnahmenverantwortlichen Förderstellen“. Neben traditionellen Fonds des Bundes zur Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten in Österreich (ERP-Fond, Bürges Förderbank u.Ä.) zählen dazu auch verschiedene Landesförderstellen, die ausgegliederten Wirtschafts- und Entwicklungsagenturen der Länder sowie diverse sonstige Stellen (vgl. Kapitel 3.3). Die Förderungen, die mehrjährig ausgeschüttet werden können, sind ihrerseits an Projektspezifizierungen gebunden und werden von Monitoring- und Evaluierungsverfahren begleitet – in vieler Hinsicht neuen Instrumenten in der österreichischen Regionalpolitik (Holzinger 2001). Damit hat sich durch den Beitritt zur EU in der regionalpolitischen Förderpraxis in Österreich ein „zielgerichtetes, konzeptionell-systemhaftes und integriertes“ Vorgehen herausgebildet (Haas 1998, 171).

Daneben gibt es weiterhin viele innovations- und technologiebasierte Förderungsschienen, die zwar nicht spezifische regionalpolitische Ziele verfolgen oder etwa eine spezifische Region fördern, die aber doch Einfluss auf regionale Entwicklungsprozesse nehmen. „Regionalpolitik war in Österreich immer eine Mischung aus wirtschaftsbezogenen Elementen einer breit angelegten Raumordnungspolitik und einer regional wirksamen, teils explizit dahingehend gestalteten, teils mit indirekten Wirkungen versehenen allgemeinen Wirtschaftspolitik mit starken industrie- und technologiepolitischen Aspekten“ (Steiner

<sup>24</sup> 1999 liefen diese Instrumente aus und wurden durch die „Regionale Impulsförderung 2000“ (RIF 2000) ersetzt, die darauf abzielt, die innovativen Potenziale in bestehenden Impulszentren zu stärken.

<sup>25</sup> entsprechend der EU-Strukturfondsverordnungen mit nationaler und subnationaler Beteiligung

2002, 745). Die explizit regionalpolitisch orientierten Instrumente des Bundes (FER, RIF, RIP), die auf die Stärkung des regionalen Entwicklungs- und Innovationspotenzials abzielen, wurden bzw. werden durch verschiedenste allgemeine technologie- und innovationspolitische Aktivitäten ergänzt, die zunehmend ebenfalls auf die Förderung „regionaler Kooperationen“ Wert legen.<sup>26</sup> Ihre Intention ist primär die Stärkung branchenbezogener Innovationspotenziale.

Eine weitere Veränderung im Instrumenteneinsatz im Bereich der Regionalpolitik ergab sich durch ein zunehmendes „eigenständiges“ regionalpolitisches Engagement der Landesregierungen. Auch die Wirtschaftspolitik in den Bundesländern setzt heute auf eine Förderung regionaler Netzbildung – im speziellen auf „Clusterbildung“ in zukunfts-trächtigen „regionalen Potenzialfeldern“, um deren Innovationsfähigkeit zu stärken<sup>27</sup>. Im Rahmen der Wirtschaftspolitik der Länder wird darüber hinaus, vielfach unterstützt durch Mittel aus den Strukturfonds, auch noch massiv der Auf- und Ausbau neuer regionaler Technologie-, Gründer- oder Innovationszentren gefördert.

Zusammenfassend sind damit folgende zentrale Kennzeichen der Veränderung in der Regionalpolitik in Österreich festzuhalten:

- Einbindung ins räumliche Mehrebenensystem der EU Regionalpolitik
- Verstärkte Leitbild- und Zielorientierung
- Monitoring und Evaluierung als neue politikbegleitende Instrumente
- Zentrierung auf regionale „Potenzialfelder“
- Innovations- und Lernorientierung
- Zunehmende Zentrierung auf Vernetzungsaktivitäten
- Zunehmende Bedeutung regionsübergreifender Vernetzungsstrukturen
- Forcierung der Kooperation regionaler AkteureInnen
- Konsensorientierung mit Ansätzen zu Lobbyismus
- Regionalisierung von Sektorpolitiken
- Dezentralisierung sektor- und regionalpolitischer Institutionen
- Zunehmende Lokalisierung von Sozialpolitik
- Vertiefte Integration sektoraler Politiken auf der regionalen Ebene
- Ausdifferenzierung der Akteurslandschaft
- Ausdifferenzierung der Projektgrößen
- Fortschreitende Professionalisierung im Politikfeld
- Diversifizierung der Aufgaben der Regionalmanagements
- Institutionenvernetzung und Ausbildung von „Governance“-Strukturen

<sup>26</sup> Zu nennen sind etwa die Kompetenzzentrenprogramme „K-plus“, „K-ind“ und „K-net“ oder die Aktionsprogramme zur Kooperation bzw. zum Transfer zwischen (Fach)Hochschulen und Wirtschaft.

<sup>27</sup> Clusterbildung stellt ein Instrument der Wirtschaftsförderung dar, das vor allem auf „weiche“ Faktoren, wie die Entwicklung von Humankapital, Bereitstellung von Risikofinanzierung, Kooperationsausbau oder Förderung der internationalen Vernetzung, abzielt (Steiner 2002, 754). Auf der nationalen Ebene sind Clusteransätze unter anderem dazu geeignet, technologische Stärken des österreichischen Wirtschaftsstandortes im internationalen Wettbewerb zu identifizieren, die in der Folge etwa in die Technologiepolitik Eingang finden oder auch die Auswahl von Fachhochschulstandorten oder Kompetenz- und Technologiezentren beeinflussen. Clusterbildung auf der regionalen Ebene zielt primär auf die Kooperation von Unternehmen, von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie von anderen vor- und nachgelagerten Dienstleistungsunternehmen ab und steht in einem meist engen regionalen Verbund. Ausgehend von branchenbezogenen, industriellen Clustern (etwa im Bereich der „automotive industries“ oder der Holzindustrie und -verarbeitung) ist mittlerweile eine Vielzahl an anderen, auch stärker themenzentrierten Clustern entstanden (Kapitel 2.3), einige davon mit einem relativ kleinräumigen Bezug, einige mit bereits starker Internationalisierung (Tödtling 2001).

Regionalpolitik in Österreich hat sich damit von einer anfänglichen Verteilungspolitik hin zu einem ausdifferenzierten, vor allem regionalökonomisch ausgerichteten Politikfeld entwickelt, das aufgrund seiner Querschnittsfunktion mit einer Reihe anderer Sektorpolitiken zusammenarbeitet. In klar definierten Strukturen und mit einem abgestimmten Instrumentenset wird versucht, regionale Entwicklungsprozesse mitzugestalten und zu initiieren, die die Anpassungsfähigkeit der regionalen Wirtschaftsstruktur an veränderte Umweltbedingungen sicherstellen sollen. Zentraler Fokus sind der Aufbau und die Stärkung „regionaler Innovationssysteme.“ Angesetzt wird bei vorhandenen Entwicklungspotenzialen. Förderung von regionalen Technologie-, Gründer-, Innovationszentren, die eine „Inkubator“-Funktion für innovatives Unternehmertum ausüben sollen, von Kooperation, Vernetzung und Clusterbildung stellen wichtige aktuelle Strategien auf diesem Weg dar. Die Rolle der Regionen und ihrer Akteure hat durch den Beitritt zur EU eine Aufwertung erfahren hat, die sich beispielhaft an der relativ flächendeckenden Errichtung der Regionalmanagementstellen festmachen lässt.

### 1.3 Was bedeutet Regionalentwicklung aus einer gleichstellungsorientierten Sicht?

Anknüpfend an die Überlegungen zu Gleichstellung und Gleichstellungspolitik und unter Bezugnahme auf die Ausführungen zur Regionalpolitik und -entwicklung in Österreich soll im Folgenden die inhaltliche Verbindung zwischen Gleichstellung und Regionalentwicklung hergestellt werden. Dabei werden in einem ersten Schritt Gründe und Faktoren beleuchtet, warum Gleichstellungsfragen derzeit an Bedeutung in der Regionalentwicklung gewinnen. In einem zweiten Schritt wird daraus das der Studie zugrunde liegende Verständnis einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ abgeleitet.

#### **Zur Verbindung zwischen Gleichstellung und Regionalentwicklung**

Sowohl Gleichstellungspolitik als auch Regionalentwicklung zielen auf die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen ab. Gleichstellungspolitik sieht ihre Aufgabe in der Veränderung der asymmetrischen Geschlechterstrukturen, Regionalentwicklung richtet ihre Aufmerksamkeit auf die Stärkung regionaler Entwicklungspotenziale. Die Herstellung einer unmittelbaren Verbindung bzw. eines expliziten Zusammenhanges zwischen Raumstrukturen und Geschlechterstrukturen erfolgte bis dato vorrangig in der geographischen und planungsbezogenen Frauen- und Geschlechterforschung, weder in der Regionalpolitik(forschung) noch in der Gleichstellungspolitik(forschung) werden die Zusammenhänge zwischen „Geschlecht“ und „Raum“ bisher in größerem Ausmaß thematisiert.

In den folgenden Ausführungen soll dargestellt werden, welche aktuellen Gründe und Faktoren dafür sprechen, Gleichstellungsfragen und die Strukturkategorie Geschlecht auf die Agenda des regionalpolitischen Handelns zu setzen. Folgende Faktoren werden für wichtig erachtet:

- soziokulturelle und sozioökonomische Faktoren, die räumlich (regional) relevant sind,
- politisch-administrative Faktoren, die im regionalpolitischen Feld wirken, und
- inhärente Faktoren der Regionalpolitik und Regionalentwicklung, die aus deren nicht wahrgenommener Geschlechterspezifität resultieren.



- *Soziokulturelle Entwicklungen*

Die Organisation der Geschlechterverhältnisse wie auch gesellschaftliche Ideale sind in Bewegung. Das Verhältnis von Frauen und Männern zueinander hat sich verschoben, beigetragen haben dazu Emanzipationsbestrebungen der Zweiten Frauenbewegung und der allgemeine Wertewandel in der Gesellschaft. So besteht mittlerweile ein weitgehender gesellschaftlicher Konsens darüber, Gleichstellung erreichen zu wollen. Mit dem veränderten Partnerschafts- und Heiratsverhalten, der veränderten Ausbildungs- und Berufswahl, den veränderten Familien- und Zusammenlebensformen von Frauen und Männern geht auch eine Verschiebung und Veränderung des damit verbundenen kulturellen Wertesystems einher. Viele dieser Veränderungen entwickeln sich mit unterschiedlicher Intensität (etwa generationenabhängig) und wirken mit einer räumlich unterschiedlichen Dynamik, etwa in Abhängigkeit vom Lebensort (nach Siedlungsgröße, Agglomerationsnähe oder -ferne). Aufgrund dieser Entwicklungen ist es durchaus realistisch davon auszugehen, dass das räumlich differenzierte Bild der soziokulturellen Wertigkeiten und Verhaltensformen auch geschlechterspezifische Potenzial- und Problemräume entstehen lässt. Orte also, wo diese Entwicklungen zu spezifischen Problemen, aber auch neuen Potenzialen führen, Orte aber auch, wo Gleichstellung mehr oder weniger lebbar wird. Viele dieser Entwicklungen bilden bei genauer Betrachtung eigentlich eine legitime Basis für regionalpolitisches Handeln.

- *Sozioökonomische Entwicklungen*

Die generelle Entwicklungstendenz in Richtung hin zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft ist auch in Österreich mittlerweile signifikant. Der Rückgang der landwirtschaftlichen und industriellen Arbeitsplätze und die Zunahme der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich hat dabei räumlich unterschiedliche Auswirkungen gezeigt und regionspezifische Problemsituationen erzeugt, die sich auch auf den regionalen Arbeitsmärkten widerspiegeln.

Wie zahlreiche Studien belegen, bestehen in Österreich noch immer gravierende Ungleichheiten in den Lebenssituationen von Frauen und Männern<sup>28</sup>. Nicht nur, aber vor allem im Arbeitsbereich ist die Geschlechtertrennung verglichen mit anderen europäischen Staaten sehr ausgeprägt (Rubery et al. 1999). Berufe, Branchen, Betriebe, Arbeitsplätze, aber auch Versorgungs- und Hausarbeiten sind im Allgemeinen relativ eindeutig entweder als „typisch weiblich“ oder „typisch männlich“ zu bezeichnen oder werden zumindest so „gedacht“. Die Wirtschafts- und Arbeitsstrukturen sind in diesem Sinne noch immer von einer hohen geschlechterbezogenen Differenzierung geprägt.

Sozioökonomische Umstrukturierungsprozesse, die sich in verschiedenen Branchen, Berufen und Betrieben einer Region oder eines Landes in unterschiedlicher Dynamik manifestieren, sind in Österreich in der Regel daher auch mit differenzierten Auswirkungen auf Frauen und Männer verbunden. Die Krise der Verstaatlichten Industrie, die branchenbezogene Verteilung der Arbeitsplatzgewinne und -verluste im Zuge der Ostgrenzöffnung oder die Abwanderung von Industriearbeitsplätzen aus dem ländlichen Raum betrafen regional gesehen immer stärker entweder das eine oder das andere Geschlecht.

<sup>28</sup> Bundesministerin für Frauenangelegenheiten 1995 (Frauenbericht Österreich 1995), Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2001 (Frauenbericht Oberösterreich 2000)

Frauen sind insgesamt ökonomisch nach wie vor schlechter gestellt. Das äußert sich in der Einkommenssituation, in einer unzureichenden Umsetzung ihrer Qualifikationen im Karriereverlauf, in prekäreren Arbeitsverhältnissen, in einer höheren Armutsgefährdung oder in ungenügenden Ressourcen für einen Vermögensaufbau – bei gleichzeitiger Hauptlast für familiäre Versorgungs- und Betreuungsaufgaben. Eine eigenständige Existenzsicherung oder eine individuelle Wohstandsentwicklung – wichtige Voraussetzungen angesichts abnehmender traditioneller normativer Verbindlichkeiten im Lebenszusammenhang – sind vor diesem Hintergrund nur eingeschränkt möglich. Regional differenzierte Benachteiligungsstrukturen und die regional unterschiedliche sozioökonomische Dynamik führen in Kombination zu regional deutlich differenzierten (regionalspezifischen) Problem- und Potenziallagen für Frauen und Männer, die in der Regionalpolitik verstärkt berücksichtigt werden müssen.

- *Politisch-administrative und institutionelle Gründe*

Fragen der Gleichstellung werden in Österreich schon länger politisch diskutiert und es können bereits mehrere Phasen der Politikgestaltung festgestellt werden (vgl. etwa Rosenberger 1992). Mittlerweile „sickert“ das Thema der Gleichstellung in immer mehr Politikfelder ein, unter anderem auch deswegen, weil zumindest vereinzelt auch Frauen im beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Leben höhere Positionen einnehmen und in diese Bereiche neue Ansprüche einbringen. Dadurch ist auch ein erstes Aufbrechen geschlossener Politiknetzwerke zu bemerken.

Frauen sind in vielen institutionellen Politikformen jedoch auch heute noch unterrepräsentiert. Insbesondere in jenen regionalpolitischen Gremien, die stark auf Gemeindevertreter (Bürgermeister) und Sozialpartner setzen, ist eine extreme Männerdominanz zu beobachten (Kapitel 3.3). Werden Frauen an regionalpolitischen Prozessen nicht beteiligt, so wird auf das Können, Wissen und die Fähigkeiten der Hälfte der Bevölkerung „verzichtet“. Eine Regionalpolitik, die Entwicklungsprozesse nachhaltig stärken will, kann auf das in den Frauen steckende Potenzial jedoch nicht wirklich verzichten.

Im zunehmenden internationalen Wettbewerb sind auch für die Politik und Verwaltung marktwirtschaftliche Kriterien wie Effizienz – im Sinne der „bestmöglichen Verwendung von Ressourcen und Gütern aus gesamtwirtschaftlicher Sicht“ (Dujmovits 2002, 22) und Effektivität zu zentralen Prinzipien geworden. Verwaltungsreformen beziehen sich auf diese Kriterien und fordern damit administrative Einheiten auf, ihre Leistungen zu optimieren. Wenn Politikgestaltung ohne Frauen gemacht wird, orientiert sie sich aus pragmatischen Gründen oft an einem sehr vereinfachten Frauenbild, welches der tatsächlichen und zunehmenden Vielfalt der Frauenleben nicht gerecht wird (vgl. Kapitel 3.3). Auch politisch relevante Problemstellungen, die unter Umständen durch die Geschlechterzugehörigkeit begründet sind, werden dadurch nur am Rande und in vereinfachter Form wahrgenommen. Dies kann auch im regionalpolitischen Kontext zu einer deutlichen Minderung der Relevanz, Effizienz und Effektivität der Interventionen beitragen.

Seit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags zählt die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter zu den zentralen Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft. Sie ist ein horizontales (übergreifendes) politisches Ziel, das bei allen Tätigkeiten berücksichtigt werden muss. Die von der EU forcierte Strategie des Gender Mainstreaming soll die administrativen Abläufe in den mit der Umsetzung von EU-Politik involvierten Organisationen so umgestalten, dass sie durch die Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen insgesamt

effizienter und effektiver werden. Mit Instrumenten wie dem Gender Budgeting wird etwa ermittelt, wie viele der öffentlichen Finanzmittel welchem Geschlecht zugute kommen bzw. über welche Ressourcen Frauen und Männer verfügen können. Wenn man bedenkt, welche beträchtlichen öffentlichen Mittel etwa über die Strukturfonds aktiviert, koordiniert und vergeben werden, ist es nicht verwunderlich, dass auch bei deren „Verausgabung“ immer stärker auf Kriterien der „Geschlechtergerechtigkeit“ geachtet werden sollte. Die Vorgaben der EU an die Mitgliedsstaaten, auch regionalpolitische Interventionen in Hinblick auf ihre „Gleichstellungseffekte“ zu evaluieren, dienen daher primär einmal der politischen Legitimation der Verausgabung ihrer eigenen Finanzmittel. Auch Österreich hat sich in nationalen und internationalen Abmachungen zur Gleichstellung der Geschlechter bekannt und in den letzten Jahren wurde in vielen Fachbereichen der Bundesverwaltung und in der Mehrzahl der Länder die Strategie des „Gender Mainstreaming“ als Leitziel für die Verwaltungen gesetzlich verankert<sup>29</sup>. Damit verbunden wird in Österreich der Druck steigen, auch die Ausgaben im Bereich der Regionalpolitik in Hinblick auf das Ziel der Geschlechtergleichstellung zu legitimieren.

Die erhöhte Erwerbs- und Bildungsbeteiligung von Frauen und die daraus entstehenden „Probleme“ haben dazu geführt, Gleichstellungsfragen von Frauen und Männern vor allem im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Bildungspolitik zu thematisieren. Andere Politikfelder – darunter auch die Regionalpolitik – haben einen Aufholbedarf im Vergleich zu diesen Politikfeldern, in denen die Problemwahrnehmung hinsichtlich Gleichstellungsfragen wahrscheinlich leichter fällt. Die Dynamik im Politikfeld und die immer vielfältigeren Akteurskonstellationen öffnen das Politikfeld aber grundsätzlich für das Einbringen und die mögliche Durchsetzung neuer, vom „Mainstream“ bisher nicht als zentral erachteter Themen<sup>30</sup>. Die in Österreich relativ flächendeckend installierten „Regionalmanagements“ stellen institutionalisierte „Katalysatoren“ für das Transportieren „neuer“ Anliegen in den regionalpolitischen Prozess dar und können auch als wichtige Ansprechpartner für den Transport des „gleichstellungspolitischen“ Anliegens genutzt werden.

Vorreiter in Sachen Gleichstellung sind im europäischen Vergleich die skandinavischen Länder, die mit einer Vielzahl an Projekten deutlich machen, wie geschlechterspezifische Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, in der Familie und in der Politik in Bewegung geraten können, um mehr Gleichstellung zu erreichen. Zwar kann etwa in Schweden ein anders strukturiertes Gleichstellungsregime (vgl. Duncan 1995) ausgemacht werden als in Österreich oder etwa in Deutschland, dennoch haben viele der in anderen Ländern wie etwa Schweden gesetzten Maßnahmen modellhaften Charakter, auch im Bereich der Regionalentwicklung<sup>31</sup>. Internationale Vernetzungen sorgen insgesamt zunehmend für einen Transport von „Best Practice“ zwischen den Ländern und Regionen. Auch in Österreich gibt es mittlerweile eine Reihe regionalpolitisch aktiver AkteurInnen, die mit ersten Projekten demonstrieren, wie sich gleichstellungsorientierte Maßnahmen in der Regionalpolitik umsetzen lassen (vgl. Kapitel 4.4). Bei der Verankerung einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ kann damit bereits auf sehr vielfältige nationale und internationale Erfahrungen zurückgegriffen werden.

<sup>29</sup> Siehe <http://www.imag-gendermainstreaming.at/> für einen umfassenden Überblick zur Verankerung von Gender Mainstreaming in der österreichischen Politik.

<sup>30</sup> wie sich etwa auch an der Behandlung der Frage des schonenden Umgangs mit natürlichen Ressourcen und deren nachhaltiger Nutzung zeigen lässt

<sup>31</sup> So wurde etwa mit der 3R-Methode in Schweden ein auch international häufig zitiertes Verfahren entworfen, um auf der lokalen Ebene Gleichstellungsfragen bei der Projektentwicklung zu thematisieren und einzubringen (vgl. für einen derartigen Aufgriff in Österreich etwa Pimminger 2001).

- *Maßnahmen und Instrumente zur Regionalentwicklung und regionalpolitisches Denken*

Im „Mainstream“ der Regionalentwicklung herrscht noch immer die Meinung vor, „dass Gender Mainstreaming-Kriterien überall, nur nicht in der Regionalpolitik anzuwenden wären“ (Holzinger 2002, 10). Immer wieder wird etwa die „Geschlechterneutralität“ von Investitionen in die Infrastruktur und von Betriebsförderungen betont, die für das Politikfeld Regionalentwicklung charakteristisch sind. Aus historischer Perspektive betrachtet ist es eigentlich verwunderlich, dass der Dialog über die Geschlechterspezifika von Regionalpolitik und Regionalentwicklung mit der gegebenen Vehemenz verweigert wird. In den regionalpolitischen Maßnahmen der 1970er Jahre etwa wurden deren geschlechterspezifische Wirkungen sogar ausdrücklich hervorgehoben. So war man sich laut Expertenaussagen in Österreich immer bewusst, dass die Förderung der Betriebsansiedlungen dieser Zeit – im nach hinein oft als Förderung von „verlängerten Werkbänken“ charakterisiert –, vorrangig der Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen im bzw. aus dem ländlichen Raum dienten, die im Bereich der Landwirtschaft keine Arbeit mehr fanden<sup>32</sup>. Da bisher jedoch noch keine Evaluierungen durchgeführt wurden, lässt sich zu den geschlechterspezifischen Wirkungen verschiedener wirtschafts- und regionalpolitischer Interventionen in Österreich, die im Verlauf der Nachkriegszeit getätigt wurden, derzeit wenig Konkretes sagen<sup>33</sup>. Auf alle Fälle weist der Diskurs über und zu Regionalpolitik in den letzten Jahren stark „männliche“ Züge auf: betont werden unter anderem die „technologische Innovationsfähigkeit“ oder das „neue Unternehmertum“ – sprich Konzepte, die zumindest in Österreich männlich konnotiert sind. Hegemonialer (männlicher) Fachdiskurs und regionalpolitische Praxis müssen jedoch nicht immer übereinstimmen. In diesem Sinne ist es dringend erforderlich aufzuzeigen, ob und wo sich zwischen diskursivem Ideal und praktischer Umsetzung „Lücken“ auftun, die „dem Weiblichen“ auch in der derzeitigen Regionalpolitik Raum geben.

Angesichts der Geschlechterdifferenzierung der österreichischen Gesellschaft ist es nachvollziehbar, dass auch die Regionalpolitik vor dem Hintergrund ganz bestimmter Vorstellungen zu „Weiblichkeit“ und „Männlichkeit“ agiert. Diese Vorstellungen beziehen sich darauf, wie Frauen und Männer sind, zu sein haben oder sein könnten und auch darauf, wie Frauenleben und Männerleben typischerweise verlaufen. Da sich die realen Lebenszusammenhänge bei Frauen und Männern derzeit vervielfältigen und auch die geschlechterbezogenen Identitäten der Menschen einem starken Wandel unterliegen, muss sich die Regionalpolitik damit auseinandersetzen, ob die in und über ihre Programme und Maßnahmen transportierten „Geschlechterbilder“ diesen Veränderungen auch (noch) entsprechen.

Aus diesen grundsätzlichen Zusammenhängen zwischen regionaler Entwicklung und Gleichstellung der Geschlechter lassen sich zusammenfassend folgende Grundargumente für eine verstärkte Orientierung von Regionalpolitik an Gleichstellungsfragen ableiten:

<sup>32</sup> Dieses Bewusstsein zur „Frauenspezifika“, die für die Regionalpolitik der 1970er Jahre in vielen Ländern typisch gewesen sein dürfte, war nicht überall „im vor hinein“ vorhanden. So beschreibt Doreen Massey (1984), dass die Verantwortlichen der Regionalpolitik in Großbritannien erst im Zuge von Evaluationen erkannten, dass über die von ihnen gesetzten Maßnahmen im Verlauf der 1970er Jahre in hohem Ausmaß gar keine „richtigen Arbeitsplätze“ geschaffen wurden, sondern „nur“ Arbeitsplätze für Frauen.

<sup>33</sup> Es kann jedoch festgestellt werden, dass die Generation an Frauen, die zwischen Ende der 1950er Jahre und Ende der 1970er Jahre geboren wurde, zu den besonderen Gewinnerinnen des Ausbaus der Bildungseinrichtungen zählt, der mit der regionalen (und sozialen) Ausgleichspolitik der 1970er Jahre in Verbindung zu bringen ist. Weiters ist zu vermuten, dass die Investitionen in die Umstrukturierung der Verstaatlichten Industrie seit den 1980er Jahren vornehmlich der Stabilisierung männlicher Arbeitsplätze dienten.

- Die Auseinandersetzung mit Veränderungen in den „Geschlechterbildern“ und der Dynamik in den geschlechterspezifischen Lebenszusammenhängen unterschiedlicher Kohorten und Sozialgruppen in den verschiedenen Regionen ist für den Lernprozess, wie sozioökonomische und soziokulturelle Prozesse in der Regionalpolitik aufeinander abgestimmt werden können, zunehmend unerlässlich.
- Prozesse ökonomischer Umstrukturierung produzieren regional differenzierte geschlechterspezifische Problemlagen und Entwicklungspotenziale, die in der Regionalpolitik verstärkt zum Thema gemacht werden müssen, um die Nachhaltigkeit regionaler Entwicklungsprozesse abzusichern.
- Eine Politikgestaltung, die ohne Frauen erfolgt und der tatsächlichen und zunehmenden Vielfalt der Frauenleben nicht gerecht wird, führt zu einer deutlichen Minderung der Relevanz, Effizienz und Effektivität regionalpolitischer Interventionen.
- Aufgrund gesetzlicher Vorgaben wird auch in Österreich der Druck steigen, die Ausgaben im Bereich der Regionalpolitik in Hinblick auf das Ziel der Geschlechtergleichstellung zu legitimieren.
- Die Akteurinnen aus dem Bereich von Frauen- und Gleichstellungspolitik, die zunehmend Zugang zum Politikfeld finden, werden gemeinsam darauf drängen, das Thema auf die Agenda von Regionalpolitik zu setzen.
- Internationaler und innerregionaler „Best Practice“-Transfer sorgen dafür, dass das „was andere schon für die Gleichstellung machen“ zunehmend thematisiert werden wird.
- Die Regionalpolitik ist mit der Frage konfrontiert, ob das, was sie im Auge hat, tatsächlich so einseitig „männlich“ ausgerichtet ist, wie es sich auf den ersten Blick präsentiert.
- Regionalpolitik wird sich zunehmend die Frage stellen müssen, ob die in und über ihre Programme und Maßnahmen transportierten „Geschlechterbilder“ den soziokulturellen und sozioökonomischen Veränderungen (noch) entsprechen.

### **Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung – zur Definition und Positionierung des Konzepts**

Was ist vor diesem Hintergrund nun unter einer gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung zu verstehen und wie kann dieses Konzept in der aktuellen regionalpolitischen Diskussion positioniert werden?

Das Konzept einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ strebt ein gleichgestelltes Zusammenleben von Frauen und Männer in ihrem räumlichen Umfeld an, sprich ein Zusammenleben, das frei ist von geschlechterbezogener Bevormundung, Ausbeutung, Benachteiligung, Gewalt oder Zwang. Es handelt sich dabei um eine integrative und querschnittsorientierte Herangehensweise, die sich neben der Gleichstellungsorientierung auch an der „Alltagsgerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ von regionaler Entwicklung orientiert.

Das Konzept zielt auf eine inhaltliche Neuausrichtung regionalpolitischer Arbeit, weil es eine bisher vernachlässigte Strukturkategorie, nämlich die des Geschlechts, erstmals dezidiert in die regionalpolitische Diskussion einbringt. Und indem das ins Visier genommen wird, zeigt sich auch die Ambivalenz zwischen dem regionalpolitischen Anspruch zur Verbesserung der Lebenssituation der „Gesamtheit der Bevölkerung“ beitragen zu wollen und den geschlechterspezifischen Voraussetzungen, unter denen dies versucht wird.

**Grundkonzept einer „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“**

„Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ kann als ein regionalpolitisches Konzept zur Gestaltung räumlicher Entwicklungsprozesse verstanden werden, das ein gleichgestelltes Zusammenleben von Frauen und Männern realisieren will und dabei besonders die Selbstbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen erweitern will. Sie hat das Ziel, die in der Regionalpolitik gesetzten Interventionen so zu adaptieren und zu erweitern, dass sie zur Verwirklichung einer nachhaltigen Geschlechterdemokratie beitragen.

Das Konzept muss grundsätzlich auf die Förderung all jener Dimensionen von Gleichstellung ausgerichtet sein, die grundlegend für ein gleichgestelltes Zusammenleben der Geschlechter sind: Selbstbestimmung der Einzelnen unabhängig von geschlechterbezogenen Rollenerwartungen, Anerkennung gleicher Rechte und Chancen für Frauen und Männer, Anerkennung von vielfältigen Geschlechteridentitäten, Sicherheit vor Gewalt, gleichgestellte Beteiligung von Frauen und Männern an allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens, gleichgestellte Mitwirkung von Frauen und Männern an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen, gerechte gesellschaftliche Ressourcen- und Aufgabenverteilung, soziale Aufwertung weiblich bestimmter Tätigkeiten und Fähigkeiten, Anerkennung (auch) weiblicher Autorität, Ablösung von Männlichkeit als dominantem gesellschaftlichem Strukturierungsmuster, Beteiligung von Frauen *und* Männern an der Transformation und Neugestaltung der Geschlechterverhältnisse.

„Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ muss sich insbesondere fragen, wie die neuartigen Vernetzungen zwischen den AkteurInnen von Gleichstellungspolitik auf regionaler Ebene genutzt werden können, um die Zugangs- und Verweilbedingungen für Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern und um Stützungsstrukturen aufzubauen, die frauenspezifischen „Problemlagen“ mildern helfen und ihr weibliches „Potenzial“ stärken. Sie muss insbesondere aber auch Projekte zu initiieren, über die für Frauen und Männer Neues geschaffen und „ausprobiert“ wird.

Wie die Gleichstellungspolitik gezeigt hat, ist für eine erfolgreiche Umsetzung der Ideen ein zentraler Ausgangspunkt, dass alle, insbesondere jene Personen, die Leitungs- und Entscheidungsfunktionen innehaben, für eine solche Geschlechterorientierung gewonnen werden müssen. Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung spricht damit nicht nur alle regionalpolitisch tätigen Personen- und -gruppen an. Sie richtet sich auch an Vertreter anderer räumlich-orientierter Aufgaben und Politiken wie Raumordnung oder Raumplanung, wo ebenfalls ein gleichstellungsorientiertes Vorgehen für das Gelingen des Ansatzes wichtig ist. Darüber hinaus soll das Konzept auch für GleichstellungsvertreterInnen Hilfestellung bieten, etwa wenn sie Begutachtungen oder Stellungnahmen vornehmen.

In welchem Umfeld muss sich die hier vorgestellte „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ positionieren? Welche Anforderungen sind aufgrund der regionalentwicklungspolitischen Trends bei der Konzeption, Formulierung und Umsetzung einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ wichtig?

„Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ muss

- die länderspezifischen, nationalen und internationalen Abmachungen zur Gleichstellung berücksichtigen und nutzen und ihre Umsetzung im regionalpolitischem Kontext fördern;
- einen Beitrag zur vertieften Analyse von und Auseinandersetzung mit geschlechterspezifischen Ungleichheitsstrukturen leisten, um Stärken aber auch Schwächen von Regionen hinsichtlich dieser Fragen einschätzen zu können;

- die Akteurszentrierung in der Regionalentwicklung für die Entwicklung adäquater Instrumente nutzen;
- die neuen regionalpolitischen Strukturen für die Integration des Ansatzes nutzen;
- neue Managementinstrumente zur besseren Verankerung der Gleichstellungsthematik im institutionellen Kontext der Regionalpolitik aufgreifen;
- den integrativen und ganzheitlichen Charakter einer Regionalpolitik i.w.S. forcieren;
- soziale Innovationen im Kontext der Innovations- und Lernorientierung im regionalen Gefüge fördern;
- sich mit gängigen regionalpolitischen Themen aus einer gleichstellungsorientierten Sichtweise auseinandersetzen;
- darauf drängen, bestehende formelle und informelle Vernetzungsstrukturen von Frauenorganisationen in die Regionalpolitik zu integrieren.

Damit räumliche Entwicklungsprozesse von einer Gleichstellungsorientierung profitieren können, erachten die Autorinnen der Studie es als nötig, einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen, der die bestehenden physisch-räumlichen, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Faktoren in ihrem Zusammenwirken und in ihren Wechselwirkungen berücksichtigt und die regionale Politik- und Gestaltungsarbeit auf den Lebenszusammenhang von Frauen und Männern bezieht. Regionalpolitisch ist die Gesamtheit der Problemstellung zu erfassen und nach Bedarf sektorübergreifend zu agieren. Die Überwindung der Geschlechterhierarchien ist als eine querschnittsorientierte Aufgabe zu sehen, die angesichts der zu beobachtenden Trägheit der beteiligten sozialen Systeme vielfältiger Interventionsschritte bedarf. Regionalpolitik, in einem erweiterten Sinn verstanden, hat in diesem Bereich bereits wichtige Erfahrungen und Kompetenzen herausgebildet.

Die Autorinnen der Studie gehen davon aus, dass Regionalpolitik in Österreich viele sozioökonomische Problemkonstellationen, die auf der regionalen Ebene relevant sind, derzeit nicht ausreichend in ihrer Geschlechterspezifität wahrnimmt und insbesondere das Ausmaß und die Varianz, die diese Geschlechterungleichheiten regional aufweisen, vernachlässigt. Dadurch werden viele Potenziale, die Frauen und Männer aufgrund ihrer vielfältigen Lebensentwürfe entwickelt haben, nicht gesehen und für die Regionsentwicklung nicht ausreichend genützt. Die Ignoranz der Geschlechterspezifität regionaler Entwicklungsprozesse und –potenziale verursacht gesellschaftliche Kosten, weil regionale Ressourcen und Potenziale brachliegen, regionalpolitische Interventionen an Effizienz verlieren, die demokratische und kulturelle Akzeptanz vermindert wird und damit letztlich auch regionale Problemlagen (re)produziert werden.

Im Sinne der mit der Studie verfolgten Zielsetzung, zum Aufbau von Gender-Kompetenz beizutragen, gilt es im Folgenden (vgl. auch Stiegler 1998)

- ein Bewusstsein zu schaffen, dass das Geschlechterverhältnis ein politisches Problem darstellt, das primär einer gesellschaftlichen und nicht einer privaten Lösung bedarf, und auch regionale Entwicklungspolitik ihren Beitrag zum Abbau von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern leisten kann und muss;
- eine Vorstellung zu entwickeln, wie Gender über gesellschaftliche Prozesse, wie sie die Interventionen im Rahmen regionaler Entwicklungspolitik darstellen, „gemacht“ wird und in welcher Weise Gender auf regionale Entwicklungsprozesse ein- und rückwirkt;

- Wissen aufzubauen, wie genderspezifische Analysen, basierend auf den vorliegenden Erkenntnissen und Ansätzen aus der Frauen- und Geschlechterforschung, in verschiedenen regionalen Zusammenhängen durchzuführen und zu interpretieren sind;
- Herauszuarbeiten, welche geschlechterhierarchische Beziehungsmuster bestimmten regionalen Entwicklungsprozessen zugrunde liegen, auf welchen einschränkenden Geschlechternormen regionalpolitische Interventionen vielfach aufbauen, sowie frauendiskriminierende Praktiken und Diskurse im Politikfeld aufzuzeigen;
- ein Bewusstsein zu schaffen, dass die Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung und die vielfältigen Erfahrungen von Frauen in die von regionaler Entwicklungspolitik verfolgten Visionen intensiver als bisher einfließen müssen, um die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu fördern.

#### 1.4 Fragen, die die Erstellung der Studie leiteten

Im Rahmen vieler Interviews, die die Autorinnen seit 1999 mit Expertinnen und Experten aus den Bereichen von Regionalentwicklung und Frauenpolitik führten, und im Rahmen der verschiedenen Tagungen zum Thema, an denen die Autorinnen teilgenommen haben, sind – in leichten Variationen – immer wieder die gleichen „offenen“ Fragen aufgetaucht. Diese steuerten auch die Auswahl der Schwerpunkte im Rahmen vorliegender Studie:

- Wie lassen sich die Anreize, die von der Gleichstellungspolitik der EU ausgehen, am besten in den regionalpolitischen Kontext hineinragen?
- Wie lässt sich verhindern, dass Angelegenheiten der Geschlechterpolitik immer wieder als reine „Frauenangelegenheiten“ definiert werden? Wie lassen sich auch die Männer vermehrt „ins Boot“ holen?
- Wie lässt sich verhindern, dass Frauen und ihre Anliegen immer wieder in den Sozialbereich abgeschoben werden? Wie lässt sich vermitteln, dass Geschlechterpolitik auch Wirtschaftspolitik ist (und umgekehrt)?
- Wie vermitteln wir am besten, dass Technologiezentren, Liftanlagen oder Dauerwürste nicht nur ein grammatikalisches sondern auch ein „soziales Geschlecht“ haben? Wie lässt sich auf möglichst einfache Weise zeigen, dass „hinter“ Infrastrukturmaßnahmen und betrieblichen Investitionsmaßnahmen Menschen stehen, Menschen, die bei genauem Hinsehen „typischerweise“ ein bestimmtes Geschlecht haben?
- Gibt es Daten, mittels derer gezeigt werden kann, welchen Einfluss regionalpolitische Maßnahmen im Infrastrukturbereich und betrieblichen Investitionsbereich auf die Gleichstellung von Frauen und Männern haben?
- Wie machen wir den regionalpolitischen Akteurinnen und Akteuren plausibel, dass es für die ökonomische und soziale Entwicklung der Regionen von Vorteil ist, wenn sie sich stärker als bisher üblich um die Gleichstellung von Frauen und Männern kümmern?
- Wie müssen planerische und politische Prozesse gestaltet sein, dass sich mehr Frauen als bisher aktiv an der Gestaltung der regionalen Entwicklung beteiligen (können)?
- Wie lässt sich vermitteln, dass Frauen nicht eines der großen „Probleme“ der Regionalentwicklung sind, sondern eine enorme Vielfalt an innovativen Potenzialen in sich tragen, denen die Politik bewusst mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen sollte?



- Wie lassen sich die klischeehaften Bilder von Frauen (und Männern), auf die in vielen regionalpolitischen Diskursen, Programmen und Maßnahmen Bezug genommen wird, revidieren, modernisieren und pluralisieren?
- Wie lässt sich vermitteln, dass es nicht ausreicht, immer wieder nur neue (Re)Qualifizierungsprogramme für Frauen zu erfinden? Wie kann die Regionalpolitik dahin gebracht werden, mehr „Grips“ an qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen zu verschwenden?
- Wie gehen wir mit der vom Geschlechterdiskurs der „Stammtische“ geprägten Mentalität all jener Bürgermeister um, die in der österreichischen Regionalpolitik relativ große Entscheidungsmacht haben?
- Wie können die für Förderungen verantwortlichen Personen animiert werden, den Spielraum, der in gesetzlichen Vorgaben und Förderrichtlinien steckt, in Hinkunft besser auszunutzen, um auch Frauenprojekte zu ermöglichen, die etwas abseits der männerzentrierten Standards liegen?

Mit den Grundlagen, die in der Studie zusammengestellt sind, sind sicher nicht alle dieser Fragen zu beantworten. Es sollen jedoch zumindest zu einigen dieser offenen Fragen Hilfestellungen bei der Beantwortung angeboten werden oder zumindest die Richtung angezeigt werden, in die die Antworten gehen könnten.

## 2 Räumliche Muster weiblicher Lebenszusammenhänge und geschlechter-spezifischer Ungleichheit

Wie internationale Untersuchungen zeigen, hat sich die ökonomische Situation von Frauen in den letzten Jahren weltweit eher verschlechtert als verbessert<sup>34</sup>. Die neoliberalen Globalisierungsprozesse stärken insgesamt „Männliches“ auf Kosten von „Weiblichem“<sup>35</sup>. Inwiefern gilt dies aber auch auf jener regionalen Ebene, der gerne die „Zwillingsrolle“ zur Globalisierung<sup>36</sup> zugeschrieben wird? Hinterlassen die globalen Entwicklungen, die sich derzeit eher negativ auf die Gleichstellung von Frauen auszuwirken scheinen, auch Spuren in den österreichischen Regionen? Stimmt die Aussage einer langjährigen Praktikerin aus dem Bereich der Regionalentwicklung in Österreich, dass *„wenn es um regionale Umstrukturierungsprozesse geht, (...) es (derzeit) immer zu Lasten von Frauen (geht)“*? Oder gibt es nicht doch Zeiten, Orte, Bereiche zu und in denen es zumindest für einzelne Gruppen von Frauen „ganz gut läuft“? Inwiefern gelingt es der „Innovationsorientierten Regionalpolitik“, nicht nur die Stellung der Regionen im globalen Wettbewerb zu stärken (Tödtling et al. 2000), sondern auch die negativen Folgen globaler neoliberaler Entwicklungsprozesse für Frauen klein zu halten?

Vor diesem Problemhintergrund wird im vorliegenden Kapitel der Frage nachgegangen, wie sich verschiedene sozioökonomische Entwicklungsprozesse der letzten Jahre in den Lebenssituationen von Frauen und Männern in unterschiedlichen regionalen Kontexten in Österreich niedergeschlagen haben. Entsprechend dem in Kapitel 1.1 dargestellten mehrdimensionalen Verständnis von Gleichstellung werden die räumlichen Muster der Gleichstellung von Frauen und Männern dabei aus drei Perspektiven analysiert:

- Mit welchen Ungleichheiten sehen sich Frauen im Vergleich zu Männern konfrontiert und welcher Dynamik unterliegen diese? (Gleichheitsperspektive)
- Welche Unterstützungsstrukturen für Frauen und die für den weiblichen Lebenszusammenhang typischen Problemlagen werden angeboten? (Differenzperspektive)
- Welche Lebensmuster, Geschlechtsidentitäten und Lebensverläufe abseits „traditioneller“ Geschlechterrollen entwickeln sich und werden diese auch politisch unterstützt? (Vielfaltperspektive)

*„Die Situation in den Regionen, die wissen wir auch. Da braucht man auch nicht für alles und jedes eine Statistik vorweisen. Die kennen wir aus Gesprächen und Erfahrungen.“*  
(Expertin Regionalpolitik - Verwaltung)

Im Rahmen der vorliegenden Studie werden keine detaillierten Analysen für einzelne Regionen in Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in verschiedenen Lebensbereichen durchgeführt. Derartige Untersuchungen liegen mittlerweile auch in und für Österreich für relativ viele Regionen vor. Verwiesen sei etwa auf die Frauenberichte, die es – in sehr unterschiedlicher regionaler Schwerpunktsetzung - mittlerweile für fast alle Bundesländer gibt.<sup>37</sup> Ausgangspunkt in vorliegender Studie sind die „typischen“ Charakte-

<sup>34</sup> Vgl. etwa UNIFEM (2000a) zu Daten zur Entwicklung der ökonomischen Situation von Frauen weltweit.

<sup>35</sup> Vgl. etwa Gibson-Graham (1996), Klingebiel und Randiera (1998), Wichterich (1998) oder Appelt und Sauer (2001) zur Auseinandersetzung mit der „Männlichkeit“ von Globalisierung.

<sup>36</sup> Grundlegende Argumente zur Zwillingsrolle von Globalisierung und Regionalisierung finden sich in Porter (1998).

<sup>37</sup> Auf den Homepages der Frauenbüros der verschiedenen Bundesländer (siehe gesammelte Links unter <http://www.ceiberweiber.at/>) gibt es zahlreiche Informationen, was in den einzelnen Bundesländern mittlerweile an Untersuchungen zur Lebenssituation von Frauen in verschiedenen regionalen Kontexten vorliegt.

ristika all jener sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungsprozesse, die mit der „post- oder spätmodernen“ bzw. der „postfordistischen“ Transformation einhergehen<sup>38</sup>. Ziel ist es, räumliche (regionale) Muster in der Struktur und Dynamik geschlechterspezifischer Ungleichheit, die mit den gesellschaftlichen Transformationsprozessen einhergehen, für Österreich aufzuzeigen. In Kapitel 3 wird dann der Frage nachgegangen, inwiefern Regionalpolitik die Prozesse, die in Hinblick auf die Entwicklung der Gleichstellung von Frauen und Männer zu beobachten sind, mitgestaltet und/oder umgestaltet.

Wie bereits in Kapitel 1.2 hingewiesen wurde, bilden sich regionale Zusammenhänge kontextabhängig zunehmend flexibel aus. Die Einbindung von Raum in die sozioökonomischen und politischen Transformationsprozesse folgt nicht mehr territorialen Prinzipien sondern Vernetzungsbedingungen. Auch die Einzelnen binden Räume zunehmend in Form von Vernetzungen in ihre alltäglichen Handlungen ein, die sich nur mehr wenig an administrativ vorgegebene „traditionelle“ Raumabgrenzungen halten. Regionale Daten, die die sozioökonomischen und politischen Strukturen in klar abgegrenzten administrativen Raumeinheiten beschreiben, haben vor diesem Hintergrund zunehmend weniger Aussagekraft. Die Darstellung der Lebenszusammenhänge von Einzelpersonen oder die Darstellung der ökonomischen Produktionsbedingungen für Einzelunternehmen sind beispielsweise mit derartigen Daten nur bedingt möglich.

Die Analyse der räumlichen Muster weiblicher Lebenszusammenhänge und geschlechterbezogener Ungleichheiten in diesem Kapitel basiert dennoch auf derartigen Regionaldaten. Nur auf der Ebene administrativer Einheiten liegen derzeit Statistiken in einem Umfang und in einer zeitlichen Abfolge vor, die es erlauben, allgemeinen Entwicklungsdynamiken auf regionaler Ebene nachzugehen – und um das Aufzeigen dieser geht es in vorliegender Studie. Erst das Wissen um die allgemeinen Entwicklungstrends erlaubt es, jene problematischen Grundtendenzen zu erkennen und herauszuarbeiten, auf die eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ in Hinkunft verstärkt ihr Augenmerk richten muss (Kapitel 2.4).

Zentrale regionale Bezugsbasis für die nachfolgenden Analysen ist die *Bezirksebene*. Auf Ebene der politischen Bezirke werden relativ viele Daten ausgewiesen, die Arbeitsmarktbezirke sind sogar explizit *die* relevante Ebene für die Gestaltung von Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungspolitik und für die Erhebung beschäftigungsrelevanter Daten. Diese Ebene ist im Vergleich zur Ebene der Bundesländer kleinräumig genug, um Differenzierungsmuster erkennen zu lassen, die etwa mit Veränderungen von Stadt-Land- und Stadt-Umland-Beziehungen oder mit unterschiedlichen Restrukturierungsdynamiken in verschiedenen Typen von Wirtschaftsregionen verbunden sind. Grundsätzlich gehen die Autorinnen davon aus, dass die NUTS 3-Regionen<sup>39</sup> am relativ besten jenen räumlichen Bezug treffen, der in und für die Lebensgestaltung der Einzelnen, aber auch für die Betriebe den relevanten „regionalen Kontext“ darstellt. „Region“ sollte in diesem Sinne als jene räumliche Bezugsebene verstanden werden, auf die hin die Einzelnen über längere Zeit ihre alltägliche Lebensführung ausrichten (können). Auf Ebene der NUTS 3-Regionen

<sup>38</sup> Grundlegend für die Diskussion um die Postmoderne in der Geographie vgl. Harvey (1990), zur spätmodernen Transformation aus geographischer Perspektive Werlen (1997), zur postfordistischen Transformation aus regionaler Perspektive Krätke (1996), aus Geschlechterperspektive McDowell (1999).

<sup>39</sup> NUTS: Nomenclature des Unités Territoriales, Systematik der statistischen Gebietseinheiten im Rahmen der Europäischen Union. Die NUTS 3-Ebene ist eine für Österreich „neue“ regionale Gliederung zwischen Bezirks- und Landesebene, die teilweise an traditionelle Gau- oder Viertels-Gliederungen in den verschiedenen Bundesländern anschließt. Im Allgemeinen werden über die NUTS 3-Gliederung etwa 2 bis 3 Bezirke zusammengefasst, in Ausnahmefällen auch traditionelle Bezirksgliederungen durchschnitten. Vgl. zur Gliederung Österreichs in NUTS-Regionen <http://www.statistik.at/karten/kartogramm/kartogramm104.shtml>.

liegen derzeit jedoch noch relativ wenige Daten vor. Die Bezugnahme auf die Bezirksebene trägt darüber hinaus der Tatsache Rechnung, dass Frauen traditionell kleinere Mobilitäts- und Pendelräume zugeschrieben werden.

Für weiterführende Detailanalysen sollte beachtet werden, dass die „relevante“ räumliche Bezugsebene sehr stark vom betrachteten Lebenszusammenhang abhängt. Analysen zur regionalen Situation in der Versorgung mit Kindergärten, die auf die Landes- oder Bezirksebene abstellen, sind wenig aussagekräftig, wenn es um Zugänglichkeit geht: Kleinkinder können nicht kilometerweit für Betreuung hin und her transportiert werden. Wohnortnähe ist in diesem Bereich sicher ein wichtiges räumliches Bezugskriterium. Wenn es um die Versorgung mit postuniversitären Forschungs- und Lehrorganisationen geht, kommt räumlicher Nähe / Distanz grundsätzlich eine andere Rolle zu.

In Kapitel 2.1 wird dargestellt, welches die zentralen Analysefelder und -dimensionen der Gleichstellung aus Sicht weiblicher Lebenszusammenhänge in den verschiedenen Lebensbereichen sind. Hervorgehoben werden insbesondere jene Aspekte, die aufgrund rezenter gesellschaftlicher Transformationsprozesse einen deutlichen regionalen Bezug (regionale Wirkung, regionale Vielfalt, regionale Steuerung) aufweisen. Wo es sinnvoll erscheint, wird dabei die Situation für Österreich vergleichend mit jener in der EU dargestellt.

In Kapitel 2.2. werden Daten und Indikatoren vorgestellt, die zur Analyse des Ausmaßes der Gleichstellung von Frauen und Männern in den für die Gleichstellung auf regionaler Ebene als besonders relevant erachteten Aspekten herangezogen werden können.

Aufbauend darauf wird in Kapitel 2.3 den räumlichen Mustern geschlechterbezogener Ungleichheit in den verschiedenen Lebensbereichen und ihrer Dynamik in Österreich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nachgegangen. Abgerundet wird das Kapitel mit einem zusammenfassenden Überblick über die Problemzonen in der regionalen Entwicklung, die sich derzeit aus Frauen- und Gleichstellungsperspektive feststellen lassen.

In einem eigenen File befindet sich eine Kartensammlung, die die Daten und Datenanalysen, auf Basis derer in Kapitel 2.3 und Kapitel 2.4 argumentiert wird, kartographisch umsetzen.

## 2.1 Der weibliche Lebenszusammenhang im Wandel

Ausgangspunkt für die konzeptionelle Entwicklung der Dimensionen, entlang derer die Analyse von Gleichstellung im regionalen Kontext erfolgt, sind jene Strukturen, die sich als wesentlich im und für den weiblichen Lebenszusammenhang<sup>40</sup> herausgestellt haben. Dieser Fokus auf den *weiblichen* Lebenszusammenhang ist sinnvoll und notwendig, weil

<sup>40</sup> Das Konzept des weiblichen Lebenszusammenhangs fokussiert die kollektive Betroffenheit der Frauen durch die ihnen aufgebürdete Reproduktions- bzw. Versorgungsarbeit (Prokop 1976). Diese Arbeitsleistung stellt ein identitätsstiftendes Moment in der Lebensplanung von Frauen dar und betrifft die Gruppe Frauen quasi kollektiv. Neben ihrer Verantwortlichkeit für Versorgungsarbeiten können weitere gemeinsame Merkmale des weiblichen Lebenszusammenhangs identifiziert werden: ihre Vermittlungstätigkeiten zwischen den Generationen, ihre Vereinbarungsleistungen von eigener beruflicher Arbeit und Versorgungsarbeit für die Familie, die Unterbewertung der von ihnen geleisteten Arbeit, aber auch ihre Betroffenheit durch Gewalt.

- bisherige Analysen der intra- und innerregionalen Muster von Lebenssituationen überwiegend aus Perspektive männlicher Lebensentwürfe gemacht wurden;
- weibliche Lebenszusammenhänge im Vergleich zu männlichen bis heute stärker differenzieren und stärker von Vielfalt und Diskontinuitäten geprägt sind;
- die für den weiblichen Lebenszusammenhang typischen Interdependenzen verschiedener Lebensbereiche einen erweiterten Analysefokus erfordern.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass all jene Charakteristika, die für den weiblichen Lebenszusammenhang schon länger bestimmend sind, zunehmend auch für die und in der Gestaltung männlicher Lebensentwürfe eine Rolle spielen.

Eine Voraussetzung für die Entwicklung und erfolgreiche Umsetzung von Strategien zur Gleichstellung ist ein besseres Verständnis der Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern und der daraus resultierenden Ungleichheiten. Empirische Befunde haben gezeigt, wie vielschichtig diese Ungleichheiten sind und dass sie in nahezu allen Lebensbereichen zu finden sind<sup>41</sup>.

Frauen sind aufgrund der ihnen zugeschriebenen Reproduktions- und Versorgungsarbeit und der daraus resultierenden Geschlechterrolle mit einer ungleich schwierigeren Erwerbssituation als Männer konfrontiert. Sie haben heute in vielen Ländern formal die bessere Qualifizierung, sind jedoch noch immer mit einem geschlechterspezifischen Ausbildungssystem konfrontiert. Frauen besuchen heute im überwiegenden Ausmaß allgemeine und kaufmännische Schulen; im Gegensatz zu den Männern, die in technischen Schulen noch immer dominieren. Frauen sind durch Berufsunterbrechungen und damit verbundene Phasen des beruflichen Wiedereinstieg mehr gefordert als Männer, sich beruflich zu (re)qualifizieren. Frauen sind in Folge zunehmend mehrfach qualifiziert. Der Ersteinstieg von Frauen in das Erwerbsleben ist noch deutlicher als jener der Männer durch unsichere flexible Berufseinstiegsphasen charakterisiert. Frauen arbeiten typischerweise in Kleinbetrieben und sind auch aus diesem Grund einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt. Die ungleich schwierigere Situation der Frauen im Erwerbsleben wirkt sich zunehmend auf ihre Bereitschaft aus, Familien zu gründen. Die Heiratsbereitschaft sinkt, Kindergeburten werden im Lebensverlauf aufgeschoben und die Kinderzahl reduziert. Immer mehr Frauen kennen zumindest Phasen als Alleinerzieherin. In Zusammenhang mit den Erfordernissen der Erwerbs- und Versorgungsarbeit erhöhen sich die Mobilitätsanforderungen und das tatsächliche Mobilitätsaufkommen. Das zweite Auto gewinnt in den österreichischen Haushalten an Bedeutung und die Österreicherinnen erledigen kaum noch weniger Wege mit dem Auto als die Österreicher. Frauen haben aufgrund des geschlechterspezifischen Lebenszusammenhangs auch spezifische Ansprüche an den Raum und dessen Nutzung entwickelt. Frauen sind jedoch noch immer weitgehend von regionalpolitischen und raumplanerischen Entscheidungsgremien ausgeschlossen und mit einer deutlich geringeren politischen Entscheidungsmacht im Vergleich zu den Männern ausgestattet.

Frausein kann nicht auf einzelne Lebensbereiche beschränkt gesehen werden, sondern ist integraler Bestandteil des gesamten Lebenszusammenhangs. „Das Geschlecht“ wirkt auf alle Lebensbereiche wie Bildungsbeteiligung, Erwerbs- und Versorgungsarbeit, politische Teilhabe, soziale Beziehungen, räumliche Mobilität und kulturelle Ausdrucksformen

---

<sup>41</sup> Neuere Grunddaten zu den geschlechterspezifischen Disparitäten in Österreich finden sich in Statistik Austria (2002).

ein. Da unsere Gesellschaft in vielen Aspekten noch immer klar patriarchal strukturiert ist, wirkt sich Geschlechtlichkeit insgesamt eher zum Nachteil der Frauen aus: Männer profitieren von ihrem Mannsein, Frauen haben auf Basis ihres Frauseins mit Benachteiligungen zu kämpfen.

Die enge Verschränkung der Geschlechterspezifik und Geschlechterungleichheit über verschiedene Lebensbereiche hinweg führte dazu, dass zumindest in den ersten Nachkriegsjahrzehnten von stark normierten „erwerbszentrierten männlichen“ und „familienzentrierten weiblichen“ Lebensläufen gesprochen werden kann, die institutionell verfestigt und abgesichert wurden. Über die Verankerung in den „Köpfen“ der Menschen und in den institutionellen Strukturen wirken sie auch heute noch auf die Möglichkeiten zur Lebensgestaltung ein (Aufhauser 1995a, 76ff). Im Zuge der spätmodernen gesellschaftlichen Transformationsprozesse lösen sich die klaren Vorgaben zur adäquaten Gestaltung „weiblicher“ bzw. „männlicher“ Lebensläufe jedoch zunehmend auf. Auch Frauen sind heute aufgefordert „ihre“ Entscheidungen in Bezug auf Ausbildung, Beruf, Arbeitsplatz, Wohnort, Partner, Kinderzahl u.Ä. zu treffen.

#### **Bastelbiographien – räumliche Planung muss auf Vielfalt von Lebensphasen abstellen**

Planung erfolgt vielfach aus Perspektive von und für typisch männliche Lebensalltage und Lebensentwürfe. [...] Im Verlauf der Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Moderne werden die Lebensläufe von Frauen und Männern jedoch immer vielfältiger und variantenreicher. Ein Grund dafür kann in der Schaffung neuer institutionalisierter sozialer Lebensphasen gesehen werden, die eine zunehmende Vielfalt an neuartigen Kombinationsmöglichkeiten über den Lebensweg zulässt. Kleinkindphase, Schulkindphase, Jugendlichenphase, Erwerbsphase, Ruhestandsphase, Phasen der Arbeitslosigkeit, der Karenz, des Lebens als SozialhilfeempfängerIn, der beruflichen Neuorientierung oder der Scheidung u.Ä. können als Bausätze biographischer Kombinationsmöglichkeiten verstanden werden, aus denen die Einzelnen auswählen und ihren eigenen Lebenslauf basteln müssen. Die Raumplanung muss auf die zunehmende Variationsbreite weiblicher und männlicher Lebensläufe abgestellt sein und eine möglichst große Offenheit, etwa in der Nutzungsfunktionalisierung von Räumen, zulassen.

(in Anlehnung an Aufhauser 1995b)

Im Verlauf der Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Moderne werden die Lebensläufe von Frauen und Männern auf alle Fälle immer vielfältiger und variantenreicher. Frauen und Männer müssen sich nicht mehr an einen klar vorgegebenen „geschlechtertypischen“ Lebenslauf halten, sie müssen sich, wie Ulrich Beck (1986) formuliert, ihre Biographien aus „Bausätzen“, die institutionell und lebensgeschichtlich vorgegeben sind, selbst zusammen basteln. Die neue Vielfalt an institutionalisierten Lebensphasen bringt eine Vielzahl an unterschiedlichen Ansprüchen an Raum mit sich, die sich ebenso rasch ändern wie die Lebensphasen selbst. Sie ergeben ein vielfältiges Muster an Lebenszusammenhängen, die bei Frauen unter anderem aufgrund ihrer traditionellen Verantwortung für die Versorgungs- und Familienarbeit stärker als bei Männer hervortreten. So wechseln etwa die räumlichen Mobilitätsbedingungen und –anforderungen recht deutlich über verschiedene, auch kurzfristige Lebensphasen hinweg. Schwangerschaft, Baby-Karenzzeit und Erwerbstätigkeit als Elternteil eines Kleinkindes sind derartige Lebensphasen, die relativ rasch aufeinander folgen und von sehr unterschiedlichen räumlichen Mobilitätszusammenhängen geprägt sind. Da Wohnung und/oder Erwerbsarbeitsplatz im Normalfall jedoch nicht mit jeder kurzfristigen Änderung der Lebensphase und in Abhängigkeit von den damit verbundenen „neuen“ Anforderungen gewechselt werden können, muss die Gestaltung von Räumen und Regionen zunehmend auf Lebensvielfalt ausgerichtet sein. Die neue Vielfalt an weiblichen und männlichen Lebenszusammenhängen, die sich abzeich-

net, ist dabei als regionale Qualität und Chance zu begreifen, die auch zu einer Erhöhung der regionalen Innovationsfähigkeit beiträgt.

### **Zentrale Bereiche weiblicher Lebenszusammenhänge und raumwirksamer geschlechterspezifischer Ungleichheit**

Aufgabe der vorliegenden Studie ist es nicht, den Vernetzungen, die für Frauen- und Männerleben im Detail typisch sind, nachzugehen<sup>42</sup>. Der Fokus der Analysen in vorliegender Studie sind die räumlichen Entwicklungen, die von den raumwirksamen Sektoralpolitiken und der Regionalpolitik im engeren Sinne vor allem bereichsweise gesteuert werden. Im Weiteren werden folgende Bereiche unterschieden, in denen die Strukturen und Entwicklungsdynamiken der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern untersucht werden.

#### **Zentrale Bereiche weiblicher Lebenszusammenhänge**

1. Bildung, Qualifikation, Wissen
2. Wirtschaften, Arbeiten, Beruf
3. Soziale Beziehungen, insbesondere Geschlechter- und Generationenbeziehungen
4. Raumnutzung und räumliche Mobilität
5. Politische Partizipation
6. Kulturelle Ausdrucksformen

#### • Bildung, Qualifikation, Wissen

Dieser Bereich wird auf regionaler Ebene über die bildungsbezogenen Sachprogramme der Raumordnung, die regionalen Schwerpunkte, die im Schulbereich derzeit verstärkt gesetzt werden, die Struktur der regionalen Qualifikationsangebote des Arbeitsmarktservice, sonstige (vor allem über den Europäischen Sozialfonds) geförderte Qualifizierungsangebote im betrieblichen Bereich sowie die regionalen (Territorialen) Beschäftigungspakte gesteuert.

#### • Wirtschaften, Arbeiten, Beruf

Das ist der Bereich, auf den sich die wirtschaftsorientierte Regionalpolitik im engeren Sinn bezieht. Es sind primär die regionalisierten Formen der neuen Innovations- und Technologiepolitik (Gründer-, Technologie-, Innovationszentren und Wirtschaftskluster), sowie die räumlich unterschiedlichen Wirkungen der Förderungen im unternehmensbezogenen Sektor, die die Dynamiken im Wirtschafts- und Arbeitsbereich auf regionaler Ebene derzeit steuern. Regional unterschiedliche Wirkungen ergeben sich darüber hinaus aus gewerberechtlichen und arbeitsmarktpolitischen Regelungen (etwa im Zusammenhang mit der Nachtarbeitsregelung oder den Regelungen zu den so genannten Ladenöffnungszeiten). Nicht zuletzt haben natürlich auch alle agrarpolitischen Maßnahmen, insbesondere jene, die sich explizit auf die Entwicklung des ländlichen Raumes beziehen, einen starken Einfluss auf die Ausgestaltung der wirtschaftlichen, arbeitsbezogenen und beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern auf regionaler Ebene.

<sup>42</sup> Zu Arbeiten der Autorinnengruppe in denen derartige Vernetzungen im Mittelpunkt stehen vgl. Aufhauser (1995a), Frauenbericht Oberösterreich (Amt der OÖ Landesregierung 2001), Herzog (2001), Schrittwieser (2002).

- Soziale Beziehungen, insbesondere Geschlechter- und Generationenbeziehungen

Im Bereich der Sozialpolitik wird in Österreich insgesamt sehr viel über die Landes- und Gemeindepolitik gesteuert. Regionale Wirksamkeit ist insbesondere der Infrastrukturpolitik der Länder und Gemeinden in Hinblick auf Gesundheitseinrichtungen, Kinder-, Behinderten- und Altenbetreuungseinrichtungen, Jugendzentren, Frauenberatungs- und Gewaltpräventionseinrichtungen zuzuschreiben. Darüber hinaus greift auch die Beschäftigungspolitik – etwa über lokale Beschäftigungsprojekte – in die Gestaltung der sozialen Beziehungen auf regionaler Ebene ein. Durch die explizite Verknüpfung von „Wirtschaft“ und „Hauswirtschaft“ in der bäuerlichen Landwirtschaft ist auch der Agrarpolitik ein starker Einfluss auf Geschlechter- und Generationenbeziehungen zuzuschreiben.

- Raumnutzung und räumliche Mobilität

Raumnutzung und räumliche Mobilität werden primär durch Raumordnungs- und Raumplanungsvorgaben sowie die Verkehrspolitik gesteuert. Indirekt sind auch Bereichen wie der Bildungspolitik (Schulstandorte), der Wirtschaftspolitik (Arbeitsplätze) oder der Wohnungspolitik (Wohnorte) stark steuernde Wirkungen auf regionale Muster der Raumnutzung und Mobilität zuzuschreiben.

- Politische Partizipation

Auf regionaler Ebene sind einerseits die organisatorischen Strukturen, die die Partizipation im Bereich von Raumplanung und Strukturpolitik bestimmen, und andererseits die regionalisierten Formen, in denen Parteien, Sozialpartner aber auch NROs (Nichtregierungsorganisationen) organisiert sind, für die regionale Entwicklungspolitik von großer Bedeutung.

- Kulturelle Ausdrucksformen

Im kulturellen Bereich auf regionaler Ebene steuern vor allem die „weiche“ Bereiche regionaler Entwicklungspolitik, insbesondere all jene Projekte, die sich der Stärkung regionaler Identität i.w.S. widmen.

Im Folgenden wird versucht darzustellen, welche Auswirkungen der gesellschaftliche Wandel auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in den verschiedenen Lebensbereichen insgesamt hatte - oder auch nicht hatte. Hervorgehoben werden dabei jene Dimensionen, die in den regionalen Kontext hineinwirken. Weiters wird aufgezeigt, in welchen gleichstellungsrelevanten Aspekten Österreich im europäischen Vergleich eher vorbildlich abschneidet und in welchen das Land eher nachhinkt.

#### **Ableitung der Analysefelder für die Gleichstellung von Frauen und Männern**

Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in den zentralen Bereichen raumwirksamer geschlechterspezifischer Ungleichheit:

- Bildung, Qualifikation, Wissen
- Wirtschaften, Arbeiten, Beruf
- Soziale Beziehungen, insbesondere Geschlechter- und Generationenbeziehungen
- Raumnutzung und räumliche Mobilität
- Politische Partizipation
- Kulturelle Ausdrucksformen



### **Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich Bildung, Qualifikation, Wissen**

- *Das Bildungssystem in Österreich ist weiterhin stark geschlechterspezifisch geprägt*

In Österreich sind die Phasen der Berufsausbildung und jene des Berufseinstiegs auch heute geprägt durch eine klare geschlechterspezifische Platzierung am Arbeitsmarkt. Als ein Schlüsselmerkmal, das die Berufswahlprozesse junger Menschen in ihrer Geschlechterspezifität steuert, ist die Organisation der schulischen Ausbildung anzusehen. Vor allem zwei Punkte sind in diesem Zusammenhang wesentlich: Erstens zeigen Ergebnisse der Geschlechterforschung, dass die schulische Ausbildung bei Frauen sehr stark über Faktoren der „Zugänglichkeit“ gesteuert wird, jene der Männer demgegenüber eher eine Frage des Könnens ist (Stiegler 1999, 15). Es ist daher davon auszugehen, dass dort, wo das Angebot im beruflichen Ausbildungsbereich sehr geschlechterspezifisch strukturiert ist, Mädchen dazu tendieren, „frauenspezifische“ Ausbildungen zu wählen. Offene, nicht klar geschlechterspezifisch ausgerichtete Ausbildungen wären für Mädchen insgesamt leichter „zugänglich“ als die in geschlechterspezifisch strukturierten Systemen als Alternative angebotenen „männerspezifischen“ Ausbildungsgänge. Zweitens ist festzuhalten, dass das österreichische Bildungssystem durch die relativ frühe berufliche Kanalisierung der Ausbildungen (meist im Alter von 15 Jahren) und die enorme berufliche Zersplitterung im mittleren und höheren Ausbildungsbereich, auch im europäischen Vergleich, besonders deutlich geschlechterspezifisch steuert (Lassnigg 1989, 7).

Auch rezente Umstrukturierungen im Bildungssystem in Österreich haben nicht zur Aufhebung der geschlechterbezogenen Grundstruktur geführt. Junge Frauen wählen aus einem breiten, in den letzten Jahren teilweise erneuerten Spektrum an Lehrberufen, noch immer größtenteils die klassischen weiblichen Lehrberufe Einzelhandelskauffrau, Bürokauffrau, Frisörin und Köchin<sup>43</sup>. Sowohl im mittleren als auch im höheren Fachschulbereich ist eine einseitige Konzentration der Mädchen im Bereich der kaufmännischen und wirtschaftsberuflichen Schulen zu beobachten, in den technischen Schulen sind noch immer primär Buben zu finden. Die Allgemeinbildenden Höheren Schulen sind eine geschlechterneutrale Alternative zum berufsbezogenen Schulangebot und dienen jungen Frauen besonders häufig als Sprungbrett in den akademischen Ausbildungsbereich. Weniger deutlich als im sekundären Bereich, aber deutlicher als in anderen europäischen Ländern, ist auch das tertiäre Bildungssystem in Österreich von einer relativ klaren Geschlechtersegregation gekennzeichnet. Einem Frauenanteil von 76% in philosophisch-humanwissenschaftlichen Studienfächern im Wintersemester 2000/2001 steht ein Anteil von 25% in technischen Studienfächern gegenüber (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2001). Die neuen Angebote im Fachhochschulbereich verstärken insgesamt ebenfalls die Geschlechterspezifität der Ausbildungswege im oberen Bildungsbereich (Finder und Lang 1999).

Die Zugänglichkeit zu Bildung, und damit verbunden insbesondere auch jene der Frauen zu Bildung, streut traditionell regional sehr stark. Trotz des enormen regionalen Ausbaus der Bildungseinrichtungen beginnend in den 1970er Jahren besteht im städtischen Raum auch heute noch insgesamt ein vielfältigeres Angebot als in ländlichen Regionen. Für Frauen, deren Bildungsverhalten deutlicher als jenes der Männer von der Zugänglichkeit

<sup>43</sup> Nach der Lehrlingsstatistik 2001 konzentrieren sich 42% der weiblichen Lehrlinge auf die 3 häufigsten Lehrberufe der Einzelhandelskauffrau, der Bürokauffrau und der Frisörin (Bundeswirtschaftskammer, Lehrlingsstatistik 2001).

bestimmt wird, ist das Angebot vor Ort vor allem auf der Sekundarstufe von relativ großer Bedeutung für die Bildungsbeteiligung insgesamt und die Art der Bildungswahl.

Regionalität gewinnt im Bereich der Erstausbildung jedoch zunehmend auch andere Bedeutungen. Regionale Schwerpunktbildungen erfolgen nicht mehr nur über das generelle Angebot im berufsbezogenen mittleren und höheren Schulbereich, die einzelnen Schulen – auch jene im allgemeinbildenden Bereich – setzen verstärkt selbst qualifikatorische Schwerpunkte. Im Oktober 2002 wurde darüber hinaus ein der Wirtschaftskammer angegliedertes Büro eröffnet, das Initiativen zur Bildung „regionaler Bildungscluster“ initiiert und betreut. Ein besonderes Anliegen sind zunehmende Vernetzungen zwischen dem schulischen Bereich und dem Wirtschaftsbereich. Auch in diesem Zusammenhang muss geprüft werden, ob die regionalen Clusterbildungen Unterschiede in der Geschlechterspezifik aufweisen (werden).

- *Die Bildungsbeteiligung der jungen Frauen in Österreich dürfte noch steigen*

Das Bildungsniveau ist in allen Mitgliedstaaten der EU in den letzten Jahrzehnten massiv angestiegen. Im Zuge dieser Entwicklung ist der Abstand in der formalen Qualifikation zwischen Frauen und Männern deutlich geschrumpft. Während etwa in der Altersgruppe der heute 50- bis 59-Jährigen nur 13% der Frauen, immerhin aber 21% der Männer über einen tertiären Ausbildungsabschluss verfügen, liegen die entsprechenden Werte in der Altersgruppe der derzeit 25- bis 34-Jährigen bei den Frauen bei 25% verglichen mit 23% bei den Männern (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, 32). In den meisten Ländern, mit Ausnahme von Österreich, Dänemark, Deutschland und Großbritannien, ist mittlerweile sogar von einem deutlichen Bildungsvorsprung der jungen Frauen zu sprechen.

Insgesamt gesehen hat sich auch in Österreich die Bildungsbeteiligung der Frauen in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht. Im europäischen Vergleich liegt sie dennoch sowohl im sekundären als auch tertiären Bereich noch immer unter dem Durchschnitt. Grundsätzlich ist daher zu erwarten, dass der Bildungsanstieg bei den Frauen in Österreich noch nicht abgeschlossen ist. Immerhin sind im Wintersemester 2000/2001 auch in Österreich bereits 58% aller erstzugelassenen ordentlichen HörerInnen an den Universitäten Frauen (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2001). Auch das mittlerweile recht gute Bildungsniveau der derzeitigen Müttergeneration dürfte sich in einem verbesserten Zugang der Töchtergeneration zu Bildung und Qualifikation auswirken.

- *Der Einfluss der Eltern verstärkt die geschlechterspezifische Berufswahl*

Die Österreicherinnen und Österreicher denken (noch immer) sehr klar in Geschlechterkategorien von „typisch weiblich“ bzw. „typisch männlich“. So werden etwa berufliche Tätigkeiten in Österreich deutlich stärker als in den meisten anderen Ländern der EU als eindeutig „weiblich“ oder „männlich“ klassifiziert<sup>44</sup>. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Mädchen von ihren Eltern noch immer relativ klar in Richtung klassischer Berufswahlen gefördert werden. Junge Frauen, deren Berufswunsch in einem klassisch weiblichen Berufsfeld liegt, gelingt es verhältnismäßig häufig, diesen Wunsch in die Praxis umzusetzen,

<sup>44</sup> Während EU-weit rund ein Drittel aller Personen der Meinung ist, der Beruf des Technikers sei primär etwas für Männer, sagen das in Österreich rund zwei Drittel aller Personen. Ähnliches gilt mit umgekehrten Geschlechtervorzeichen im Sozial- und Pflegebereich: EU-weit sagt nur jede dritte Person, dass Krankenpflege eine berufliche Tätigkeit speziell für Frauen darstellt, in Österreich sagen das drei Viertel aller Personen (Eurobarometer 44.3 1996, eigene Auswertung).

Berufswünsche junger Frauen in Richtung nicht typisch weiblicher Berufe können demgegenüber kaum umgesetzt werden (Herzog 2001, 124f). Es ist davon auszugehen, dass der Trend zur klassischen geschlechterspezifischen Berufswahl, der im Allgemeinen auch über das Elternhaus gefördert wird, nur über entsprechende Informations- und Unterstützungsstrukturen im schulischen und/oder außerschulischen Bereich aufgebrochen werden kann.

- *Mangelnde Anerkennung von und Auseinandersetzung mit Frauenstärken*

Frauen- und Männerwissen wird unterschiedlich bewertet. Trotz guter regionaler Bildungsversorgung und Erfolgsquoten werden die Qualifikation und das Wissen der Frauen im Ausbildungs- und Erwerbssystem bzw. im Alltag vielfach abgewertet. Klassische Tätigkeitsfelder von Frauen etwa im Büro-, Gesundheits- oder Betreuungsbereich werden inhaltlich zwar zunehmend aufgewertet – um Jobs in diesen Bereichen zu erhalten sind immer mehr sehr unterschiedliche Qualifikationen nachzuweisen. Dennoch münden diese Anforderungen häufig nicht in hochwertige und gut bezahlte Jobprofile. Erst in den letzten Jahren kommt es zu ersten Initiativen, die entsprechend hochwertige Ausbildungsgänge in diesen Bereichen anbieten. Gerade im höheren Bildungsbereich, in der tertiären und post-tertiären Ausbildung wird derzeit jedoch noch immer sehr stark auf die Bündelung und Vermittlung von Wissen gesetzt, das sich primär an männlichen Stärken ausrichtet<sup>45</sup>.

- *Frauen qualifizieren sich typischerweise mehrfach*

Bereits vor Beginn des Berufseinstieges, noch im Zuge der Berufs- und Ausbildungswahl sind die Weichen bei jungen Frauen in Richtung einer Mehrfachqualifikation gestellt: Es kommt relativ häufig vor, dass Mädchen im gewünschten Beruf keinen Lehrplatz finden und erst in einem zweiten Anlauf den entsprechenden Zugang zum Wunschberuf schaffen (Stiegler 1999, 15). Gerade im ländlichen Bereich ist es etwa auch heute durchaus noch üblich, dass Frauen zuerst die landwirtschaftliche Lehre am elterlichen Hof absolvieren („abarbeiten“) müssen, bevor sie einen „echten“ Beruf erlernen dürfen. Typisch sind auch Zwischenphasen in der Ausbildung die notwendig sind, bevor die gewünschte Fachausbildung (etwa im Sozialbereich) rein aus Altersgründen absolviert werden kann.

Insgesamt ist EU-weit zu beobachten, dass Frauen stärker als Männer das immer größere Angebot an allgemeinen und beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, 78). Typisch ist dabei, dass sich Frauen häufiger als Männer außerhalb betrieblicher Zusammenhänge (re)qualifizieren. Auch in Österreich ist es derzeit so, dass insgesamt mehr Männer in den Genuss betrieblich finanzierter Bildungsmaßnahmen kommen (Armstroff et al. 1999, 73).

Frauen sehen sich insbesondere nach einer Kinderpause im Zuge eines Wiedereinstiegs in das Erwerbsleben mit dem Bedarf nach Re-Qualifizierung konfrontiert. Ältere Frauen, die länger aus dem Erwerbsleben ausgestiegen sind, verfügen vielfach über gar keine abgeschlossene Erstqualifikation, zumindest über keine, die einen erneuten Jobantritt möglich machen würde. Bei den jüngeren Frauen ist es eher so, dass bestehende Qualifikationen (etwa im Gast- oder Hotelgewerbe) keine Erwerbsarbeit ermöglichen, die mit der für die Familie notwendigen Versorgungsarbeit vereinbar wäre. Im Zuge der europaweit

<sup>45</sup> Ein Blick auf die inhaltliche Ausrichtung der Fachhochschulen und die ersten Bildungscluster, die vom Bildungsministerium initiiert wurden, zeigen dies deutlich.

gestarteten Initiative im Beschäftigungsbereich (den Beschäftigungspakten) werden zunehmend auf Frauen zugeschnittene Re-Qualifizierungsmaßnahmen angeboten<sup>46</sup>.

Evaluierungen der öffentlich geförderten Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bemängeln im Allgemeinen deren „klassische“ Geschlechterspezifität<sup>47</sup>. Erst in den letzten Jahren werden vermehrt auch in Österreich Projekte initiiert, die versuchen, eine neue Vielfalt in die beruflichen Qualifizierungen der Frauen zu bringen. Die Projekte, die von den Frauen noch am ehesten angenommen werden, knüpfen dabei an vorhandene Stärken der Frauen an und setzen diese in neue, auch am Arbeitsmarkt gefragte Qualifikationen um.

Um Aussagen zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im Bildungs- und Qualifikationsbereich auf regionaler Ebene treffen zu können, sollten die geschlechterspezifischen Ausprägungen im Ausbildungssystem, in der Berufswahl, in der Wissensvermittlung sowie im Weiterbildungsbereich im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob und inwiefern Unterstützungsstrukturen im Bereich von Bildung und Qualifizierung vorhanden sind, die eine gleichstellungsorientierte Unterstützung bei Berufsentscheidungen anbieten, sowie Unterstützungsstrukturen die sich (auch) auf weibliches Wissen beziehen und dieses zu stärken versuchen.

#### **Relevante regionale Analysefelder im Bereich Bildung, Qualifikation, Wissen**

- Geschlechterspezifischer Zugang zum Ausbildungssystem
- Geschlechterspezifische Beteiligung an der Bildung
- Geschlechterspezifische Berufswahl
- Unterstützungsstrukturen für gleichstellungsorientierte Berufsentscheidungen
- Geschlechterspezifische Strukturen der Wissensvermittlung
- Geschlechterspezifische Strukturen des Weiterbildungssystems
- Unterstützungsstrukturen, die weibliche Stärken zu verwertbaren Qualifizierungen bündeln

#### **Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich Wirtschaft, Arbeit und Beruf**

- *Hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen mittlerweile auch in Österreich*

In Verbindung mit dem Wirtschaftsaufschwung in den 1990er Jahren konnten mehr Menschen Beschäftigung finden und die Unterschiede in der Beschäftigungsquote von Männern und Frauen haben sich verringert. Gleichzeitig steigen aber auch prekäre Formen der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002b, 15).

In Österreich stieg die Erwerbsquote der Frauen in den letzten 40 Jahren insgesamt und im Vergleich zu anderen Ländern vorerst nur sehr langsam: 1951 bis 1981 schwankte die Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen zwischen 49% (1951, 1971) und 53% bzw. 54% (1961, 1981). Im Verlauf der 1980er Jahre und Anfang der 1990er stieg die Erwerbsquote dann deutlich: auf 58% (1991) und 62% (1995). Dieses Niveau hielt sie bis

<sup>46</sup> Vgl. zu einer Übersicht über die Territorialen Beschäftigungspakte in Österreich <http://www.pakte.at/>.

<sup>47</sup> Vgl. etwa zuletzt für die ESF-geförderten Interventionen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002a). Zu Evaluierungen der Genderpolitik im Beschäftigungsbereich in Österreich vgl. u.a. Armstroph et al. (1999); Kozeluh et al. (2001); Leitner (2001); Mairhuber (2002).

Ende der 1990er Jahre (Statistik Austria 2002, 34). In vielen Ländern ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen – meist von einem niedrigeren Niveau aus – deutlich schneller und früher gestiegen. So hat etwa die Frauenerwerbsquote in den USA von 42% im Jahr 1960 auf mehr als 68% im Jahr 1990 zugenommen, jene in Schweden kletterte gar von 50% auf über 80% (Schmidt 1994, 12). Während es bei den jüngeren Frauen bildungsbedingt zu einem Rückzug aus der Erwerbstätigkeit kommt und auch die Erwerbsquoten der älteren Frauen bis in die 1990er Jahre sinken, steigen sie in den mittleren Altersklassen auch in Österreich seit den 1980er Jahren kräftig an. Im Jahr 2001 sind 74% aller 25- bis 54-jährigen Frauen in Österreich erwerbstätig, um 6 Prozentpunkte mehr als noch 1994. Im europäischen Vergleich liegt Österreich mit diesem Wert mittlerweile im oberen Drittel.

Als Ursache für die Zunahme in der Erwerbsbeteiligung der Frauen kann unter anderem ein Wandel in der Lebensorientierung der jüngeren Frauen identifiziert werden, wonach Frauen die Zukunftssicherung in der eigenen Erwerbstätigkeit und nicht mehr in der Ehe verankern (Amt der NÖ Landesregierung 1998a).

<b>Erwerbsquoten der Frauen und Männer im Alter von 25 bis 54 Jahren im Jahr 2001 in der EU</b>																
	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Frauen	67	66	80	72	53	53	71	64	53	64	73	75	75	78	81	74
Männer	87	86	88	87	89	86	89	89	86	93	93	91	90	85	85	88

(Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002b, Datenanhang nach Ländern)

- *Zunehmende Konzentration der Frauenbeschäftigung im Dienstleistungsbereich*

Die Beschäftigung der Frauen im Produktionssektor hat in Österreich eine lange Tradition, die im Vergleich etwa zu den Ländern in Nord- und Westeuropa relativ weit bis in die 1980er Jahre anhält. Erst in den 1990er Jahren kommt es auch in Österreich zu einer deutlichen Tertiärisierung in der Frauenbeschäftigung. Derzeit liegt der Anteil der Frauen, die im Dienstleistungsbereich beschäftigt sind, mit 80% um 7% höher als Anfang der 1990er Jahre und damit im EU-Durchschnitt. Der Tertiärisierungsgrad der Männerbeschäftigung liegt mit 51% demgegenüber (noch immer) deutlich unter den Werten in vielen anderen Ländern der EU und ist mit einem Anstieg um 2 % im Verlauf der 1990er Jahre auch nicht überdurchschnittlich gewachsen.

<b>Anteil der im Dienstleistungssektor beschäftigten Frauen und Männer an den jeweiligen Gesamtbeschäftigten 2001 in der EU (unselbständig Beschäftigte, in %)</b>																
	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A*	P	FIN	S	UK
Frauen	80	88	87	83	69	82	85	83	77	92	89	80	68	82	88	88
Männer	59	65	63	57	54	53	63	50	59	65	67	51	50	52	61	62

(Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002b, Datenanhang nach Ländern)  
 \*Daten für Österreich laut Mikrozensus 2000 ergänzt, da nicht im Beschäftigungsbericht der EU ausgewiesen

- *Frauenbeschäftigung überwiegend in Kleinbetrieben*

Frauen sind eher in Kleinbetrieben beschäftigt als Männer. Im EU-Durchschnitt sind 32 % der erwerbstätigen Frauen in einem Betrieb mit 2 bis 10 Beschäftigten beschäftigt. In Ös-

terreich ist der Anteil mit rund 42% überdurchschnittlich hoch. Der Anteil der Männer liegt mit 37% unter dem Frauenanteil in Österreich, im Vergleich mit den 15 EU-Ländern (Durchschnitt von 29%) ist der Anteil auch bei Männern überdurchschnittlich hoch.

<b>Anteil der erwerbstätigen Frauen und Männer die in Betrieben verschiedener Größe beschäftigt sind 1996 bzw. 1997 in Österreich und in der EU (in %)</b>					
	1 Personen-Betrieb	2-10 Beschäftigte	10-49 Beschäftigte	50-100 Beschäftigte	>100 Beschäftigte
Frauen in Österreich	11	42	17	10	3
Frauen im EU Durchschnitt	12	32	18	11	8
Männer in Österreich	7	37	21	12	4
Männer im EU Durchschnitt	13	29	17	11	8
(Eurobarometer 44.3 1996, Mikrozensus 1997, eigene Auswertung)					

- *Männerdominanz bei Unternehmensgründung*

In allen 15 EU-Ländern ist der Anteil der selbständigen Frauen geringer als jener der Männer. Mit 8% aller erwerbstätigen Frauen ist der Anteil der Selbständigen bei den Frauen nur halb so groß wie jener der Männer mit 16%. Österreich liegt mit einem Anteil der selbständigen Frauen von 5% und Männern von 9% deutlich unter dem Durchschnitt der 15 EU-Länder.

<b>Anteil der selbständig beschäftigten Frauen und Männer an den Gesamtbeschäftigten in der Industrie und im Dienstleistungssektor 2001 in der EU</b>																	
	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	
Frauen	7,9	9,4	3,6	6,2	16,7	11,8	4,9	6,4	15,3	5,5	6,5	5,3	12,9	6,2	5,0	6,6	
Männer	15,8	15,9	9,7	12,0	31,2	18,5	11,0	17,8	27,5	8,7	9,9	9,4	20,1	12,8	13,2	14,3	
(Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002b, Datenanhang nach Ländern)																	

- *Enorme Dynamik im Bereich der Teilzeitbeschäftigung in den 1990er Jahren*

Der Anteil der Frauen in Teilzeitbeschäftigung ist weitaus größer als der Anteil der Männer. Österreich liegt mit den Anteilen bei den Frauen derzeit etwas über dem EU-Durchschnitt, bei den Männern etwas darunter. Die Teilzeitbeschäftigung der Frauen hat sich insbesondere in den 1990er Jahren enorm ausgeweitet, von 19% im Jahr 1990 auf 29% im Jahr 2000 (entsprechend Daten der Statistik Austria 2002, 175) bzw. 34% (entsprechend Daten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002b).

<b>Teilzeitbeschäftigungsquoten in der EU 2001</b>																	
	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	
Frauen	33	37	32	39	7	17	30	31	17	26	71	34	16	17	36	44	
Männer	6	5	10	5	2	3	5	7	4	1	20	5	6	8	13	9	
(Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002b, Datenanhang nach Ländern)																	

- *Es fällt Frauen schwer, ihre zunehmend guten Qualifikationen in adäquate Arbeitsplätze umzusetzen*

Das Bildungsniveau der Frauen in der EU ist insbesondere in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen. Diese Entwicklung fördert die verstärkte Beteiligung von Frauen an wirtschaftlichen Aktivitäten in allen Mitgliedsstaaten, auch wenn das Potenzial von vielen Frauen nicht voll ausgeschöpft wird. Zu unbefriedigenden Ergebnissen kommt es, wenn Frauen nach einer Familienpause an einen Arbeitsplatz zurückkehren, der ihrem Qualifikationsniveau nicht entspricht, wenn sie weniger Fortbildungschancen oder weniger Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Karriere erhalten oder arbeitslos sind (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, 37ff). In Österreich liegt der Anteil der Frauen im Alter von 25 bis 34 Jahren mit mindestens Maturaabschluss an allen berufstätigen Frauen bereits 1991 bei 30% und damit doch deutlich über jenem der Männer mit nur 27%<sup>48</sup>.

- *Erwerbskarrieren von Frauen sind gekennzeichnet durch Umbrüche im Berufsverlauf*

Die Kanalisierung auf geschlechterspezifische Berufsfelder, die im Ausbildungsbereich beginnt, setzt sich im Erwerbsleben fort und führt zu deutlichen geschlechterspezifischen Unterschieden in der Entlohnung und im Sozialprestige. Auch Frauen werden bei ihrer Berufsplanung zunehmend jedoch von den Karrieremöglichkeiten beeinflusst. Vor allem junge Frauen bezeichnen die zu erwartenden Aufstiegschancen als wichtigen Einflussfaktor auf ihre Berufsentscheidung (Amt der OÖ Landesregierung 2001, 121). Auch Frauen wollen ihre Qualifikationen in adäquate berufliche Karrieren und damit verbundene Entscheidungsbefugnisse und Einkommen umsetzen. Frauen wollen nach der Karenz auch dann arbeiten, wenn Kleinkind(er) zu betreuen sind – zumindest in Teilzeiterwerbsverhältnissen. In der Realität verlieren viele Frauen spätestens in derartigen Teilzeitphasen den ihren Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz.

- *Wachsende Einkommensschere zwischen Frauen und Männern*

Im Erwerbsleben bieten sich Frauen aufgrund ihrer Versorgungstätigkeiten und der daraus resultierenden Mehrfachbelastungen geringere Erwerbschancen. Das Erwerbsleben von Frauen ist im Gegensatz zu dem der Männer durch die Ausübung niedrig bewerteter bzw. nicht bewerteter reproduktiver Tätigkeiten geprägt, was sich in einer schlechteren Erwerbsmöglichkeit und Einkommenserzielung widerspiegelt. Die vorhandenen Arbeitsplatzangebote für Frauen und die dominierenden Arbeitsbedingungen des Erwerbslebens orientieren sich kaum bis gar nicht an weiblichen Lebenszusammenhängen. Die Einkommensunterschiede von Frauen und Männern sind – neben echter direkter Diskriminierung – darüber hinaus vor allem auf die unterschiedliche Bewertung vergleichbarer weiblicher und männlicher Tätigkeiten, auf die grundsätzlich höhere Bewertung männlicher produktiver Tätigkeiten im Vergleich zu persönlichen Dienstleistungen sowie auch auf das branchenbezogene Lohnaushandlungssystem in Österreich zurückzuführen.

Im Jahr 1998 belief sich in der EU der Durchschnittsverdienst einer Frau in der Industrie und im Dienstleistungswesen auf 77% des Durchschnittsverdienstes eines Mannes. In Irland, Österreich und Großbritannien hingegen erreichten Frauen nur etwa 70% des Arbeitseinkommens der Männer. Österreich bildet in der Rangreihung der Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern eindeutig das Schlusslicht in Europa!

<sup>48</sup> Volkszählung 1991, eigene Auswertung

**Durchschnittsverdienst von Frauen in Prozent des Durchschnittsverdienstes von Männern 1995 bzw. 1998 in der EU**

	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Industrie & Dienstleist.	77	84	82	77	73	76	80	70	77	84	72	65	73	79	82	72
Industrie	72	80	95	76	79	76	81	73	81	74	78	69	72	81	92	70

(Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002c)

- *Frauenarbeitslosigkeit mittlerweile auch in Österreich höher*

In der EU sind durchschnittlich mehr Frauen als Männer arbeitslos. Die Arbeitslosenquote der Frauen liegt mit 9% um drei Prozentpunkte über jener der Männer mit 6%. Spitzenreiter sind Griechenland, Spanien und Italien, wo die Arbeitslosenquote der Frauen doppelt so hoch ist wie jene der Männer. Irland, Schweden und im besonderen Großbritannien weisen hingegen eine höhere Arbeitslosenquote bei den Männern im Vergleich zu den Frauen auf.

**Arbeitslosenquoten der Erwerbsbevölkerung nach Geschlecht 2001 in der EU**

	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Männer	6,4	6,0	3,8	7,7	6,7	7,5	7,1	3,9	7,3	1,7	1,9	3,0	3,2	8,6	5,2	5,5
Frauen	8,7	7,4	4,9	8,1	15,4	15,5	10,5	3,7	12,9	2,4	3,0	4,3	5,1	9,7	4,9	4,4

(Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002b, Datenanhang nach Ländern)

Weibliche Jugendliche (16%) sind häufiger arbeitslos als männliche (14%). Dieser Geschlechterunterschied ist bei der Bevölkerung im Alter über 25 Jahren noch größer. In Griechenland, Spanien und Italien liegt die Arbeitslosenquote unter den jungen Frauen bei knapp 30%. In Deutschland und Großbritannien hingegen ist der Anteil der jungen Arbeitslosen unter den Männern höher als unter den Frauen. Auch in Österreich ist ein hoher Geschlechterunterschied festzustellen. Die Arbeitslosenquote liegt bei den jungen Frauen fast zwei Prozentpunkte über jener der jungen Männer.

**Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach Geschlecht 2001 in der EU**

	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Männer	14,0	16,5	5,5	10,3	21,1	16,6	17,6	6,8	24,9	8,5	4,7	5,1	7,3	19,5	11,1	13,2
Frauen	16,0	19,1	9,5	8,3	35,8	27,9	21,8	6,3	32	6,3	6,3	6,7	11,8	20,0	11,2	10,3

(Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002b, Datenanhang nach Ländern)

Um Aussagen zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im Beschäftigungsbereich auf regionaler Ebene treffen zu können, erscheint es vor dem grob skizzierten allgemeinen Hintergrund besonders wichtig, auf folgende Analysefelder Bezug zu nehmen:

- Die Dynamik in der Erwerbsbeschäftigung der Frauen gibt unter anderem Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß eine Umgestaltung des regionalen Arbeitsmarktes in Richtung tertiärer Beschäftigung erfolgt.



- Die geschlechterspezifischen Unterschiede in der Tertiärisierung der Beschäftigung geben – insbesondere wenn sie sektoral weiter differenziert werden – unter anderem Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß Frauen aus den mehr oder weniger hoch bezahlten Produktionsbereichen aus- und in die mehr oder weniger niedrig bezahlten Dienstleistungsbereiche vor Ort einbezogen werden.
- Das Ausmaß der räumlichen Segregation der Arbeitsplätze von Frauen und Männern gibt Aufschluss, in welchem Ausmaß überhaupt zu erwarten ist, dass familienbezogene Aufgaben und Arbeiten zwischen Partnern gleichgestellt geteilt werden können.
- Die sektoralen Schwerpunkte, die über die Wirtschaftsförderung gesetzt werden, und deren Rückkoppelung an die sektoralen Beschäftigungsformen von Frauen und Männern geben einen Aufschluss über das Ausmaß der Förderungen, die direkt eher männlicher bzw. weiblicher Beschäftigung zugute kommen.
- Unterschiede in den betrieblichen Organisationsstrukturen (Betriebsgröße, öffentlicher versus privater Sektor) in denen Frauen und Männer arbeiten, geben unter anderem Aufschluss über Unterschiede in Jobrisiken.
- Die geschlechterspezifische Dynamik im Bereich der Unternehmensgründungen gibt Einblick, in welchem Ausmaß Frauen und Männer von den Förderungen für Unternehmensneugründungen profitieren.
- Die Dynamik in der regionalen Einkommensentwicklung gibt Aufschluss, in welchem Ausmaß Frauen bzw. Männer in jene höherrangigen Beschäftigungsbereiche eingeschlossen werden, die eine positive Einkommensentwicklung aufweisen, respektive in welchem Ausmaß Frauen bzw. Männer auf jene Jobbereiche verwiesen werden, die auch von der Politik mittlerweile explizit als Niedriglohnbereiche behandelt werden.
- Die Arbeitszeiten der Frauen sind insbesondere in Hinblick auf prekäre Arbeitsverhältnisse im Bereich geringfügiger Beschäftigung, auf prekäre Einkommenssituationen bei Teilzeitbeschäftigung, auf De-Qualifikationsprozesse in Verbindung mit reduzierter Arbeitszeit aufschlussreich.
- Geschlechterspezifische Unterschiede bei der Platzierung am Arbeitsmarkt etwa im Zuge des Berufseinstieges, lassen Rückschlüsse auf Defizite in der Gender-Sensibilität der regionalen Unternehmen zu.
- Knicke in weiblichen Berufskarrieren, die in Verbindung mit Familiengründungen stehen, lassen auf einen regionalen Bedarf schließen, Erwerbsbedingungen besser auf familiäre Erfordernisse abzustimmen.
- Unterschiede in der Dynamik der Arbeitslosigkeit bei jungen Frauen und Männern geben Aufschluss, ob und in welchem Ausmaß die Qualifikationen, die über das geschlechterdifferenzierte System der Erstausbildung erworben werden, geschlechterspezifisch auf die Erfordernisse der regionalen Arbeitsmärkte abgestimmt sind.
- Die Höhe der Arbeitslosigkeit bei WiedereinsteigerInnen gibt Aufschluss darüber, mit welcher Schnelligkeit frauenbezogene Qualifizierungen im regionalen Kontext „veralten“ bzw. mit welcher Dynamik ökonomische Restrukturierungsprozesse den Bereich der Frauenbeschäftigung betreffen.
- Das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein frauenbezogener Unterstützungsstrukturen im Zuge des Berufseinstieges, im Zuge von Unternehmensgründungen, für die Karriereplanung<sup>49</sup> oder beim Wiedereinstieg geben Aufschluss, welche Relevanz dem Gender-Thema auf dem regionalen Arbeitsmarkt zugesprochen wird.

<sup>49</sup> Derartige Einrichtungen vermitteln Betriebspraktika oder MentorInnen, die bei Berufseinstieg oder Karriereplanung zur Seite stehen, oder kümmern sich um die Implementierung von Gender Mainstreaming Prozessen in Betrieben.

**Relevante regionale Analysefelder im Bereich Wirtschaft, Arbeit und Beruf**

- Dynamik in der Erwerbsbeschäftigung der Frauen
- Grad der Tertiärisierung der Beschäftigung bei Frauen und Männern
- Sektorale Ausrichtung der Wirtschaftsförderung und der damit verbundenen impliziten / expliziten Geschlechterspezifika
- Betriebsstrukturen, in denen Frauen und Männer arbeiten
- Dynamik in der Unternehmensgründung bei Frauen und Männern
- Dynamik in den Erwerbseinkommen bei Frauen und Männern
- Räumliche Segregation der Arbeitsplätze von Frauen und Männern
- Arbeitszeiten und prekäre Beschäftigungsverhältnisse bei Frauen
- Platzierung im Zuge des Berufseinstieges bei Frauen und Männern
- Umbrüche in Berufskarrieren bei Frauen und Männern im Zuge des Wiedereinstiegs
- Arbeitslosigkeit bei Erwerbs-, WiedereinsteigerInnen, Älteren ArbeitnehmerInnen
- Frauenbezogene Unterstützungsstrukturen bei Berufseinstieg, im Zuge von Unternehmensgründungen, für die Karriereplanung, beim Wiedereinstieg

### **Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich soziale Beziehungen, Generationen- und Geschlechterbeziehungen**

- *Frauen als Trägerinnen der sozialen Arbeit*

Frauen sind in sozialen Tätigkeiten und sozialem Engagement im Vergleich zu den Männern überrepräsentiert, was zu Ungleichheiten im sozialen Gefüge zwischen Frauen und Männern führt. Frauen dominieren im Reproduktionsbereich, Männer hingegen im Produktionsbereich.

Besonders deutlich wird der Unterschied bei der Verteilung der Haus- und Familienarbeit. Die Versorgungstätigkeit und Familienarbeit wird in allen 15 EU-Ländern zum überwiegenden Teil von Frauen übernommen. Mütter mit Kind(ern) im Alter von 20 bis 49 Jahren nehmen zu 81%, Väter nur zu 49% Betreuungspflichten wahr. In den Ländern Griechenland, Portugal, Österreich und Spanien ist das Hausfrauenmodell, in dem Frauen die alleinige Verantwortung für den Haushalt und Pflegearbeit tragen, besonders stark verbreitet. Eine deutlich höhere Beteiligung der Männer bei der Kinderbetreuung ist in den Niederlanden, in Dänemark und in Deutschland festzustellen.

#### **Anteil der Männer und Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren, die Kinder haben und Betreuungspflichten wahrnehmen 1998 in der EU (in %)**

	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Männer	49	45	84	73	35	34	37	45	54	:	89	39	25	62	:	35
Frauen	81	83	95	92	94	84	61	89	89	:	99	90	78	81	:	76

(Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002c)

Frauen mit Kinderbetreuungspflichten gehen seltener (57%) einer Beschäftigung nach als Frauen ohne Kinderbetreuungspflichten (69%). Diese Situation trifft im besonderen Ausmaß auf Deutschland, Irland und Großbritannien zu. In Griechenland und Dänemark gibt es die geringsten Unterschiede zwischen Frauen mit und ohne Kinderbetreuungspflichten. Österreich hat die fünfthöchste Beschäftigungsquote sowohl bei den Frauen mit als auch

bei jenen ohne Kinderbetreuungspflichten im Vergleich der 15 EU-Länder. Als Gründe für diese Unterschiede können die ungleiche Versorgungsdichte mit Kinderbetreuungseinrichtungen, die unterschiedliche Verfügbarkeit von Teilzeitarbeit, die Sozialleistungen, die Steuergesetzgebung und die Einstellung zu Müttern identifiziert werden (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, 100).

<b>Beschäftigung von Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren mit bzw. ohne Kinderbetreuungspflichten 1998 in der EU (in %)</b>																
	EU	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Frauen mit B.	57	55	77	62	52	40	57	47	42	:	66	65	66	58	:	69
Frauen ohne B.	69	66	80	82	54	48	65	72	51	:	88	77	72	67	:	81

(Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002c)

Nach einer Studie zur Erhebung des sozialen Sicherungsnetzes in Österreich (ÖBIG 1999) wird der Hauptanteil an Pflege- und Betreuungsarbeit für pflegebedürftige Personen in der Regel in den Familien und zwar von Frauen geleistet. Die Pflege von Männern übernehmen die Partnerinnen, jene der Frauen ihre Töchter. Eine Auswertung des Mikrozensus hat ergeben, dass im Krankheitsfall des Mannes zu 64% die Partnerin und zu 20% die (Schwieger-)Tochter die Pflege übernimmt. Bei Erkrankung der Frau hingegen übernimmt der Partner nur in 28% der Fälle die Pflege. Die Hauptbetreuung wird von den (Schwieger-)Töchtern (40%) geleistet.

- *Fehlende soziale Unterstützungsstrukturen*

Soziale Infrastruktur in den Regionen unterstützt Frauen und Männern bei Versorgungs- und Betreuungstätigkeiten. Beratungsstellen, Pflegeeinrichtungen, Kommunikations- und Freizeitstrukturen unterstützen die sozialen Beziehungen und die soziale Einbindung in der Region. Frauen und Männer sind mit unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten, Verfügbarkeiten und Nutzungsformen sozialer Infrastruktur auf regionaler Ebene konfrontiert. Vielfach ist das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen für Klein- und Schulkinder bzw. an Einrichtungen für die Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen nicht vorhanden, oftmals mangelt es an der Abstimmung der Öffnungszeiten der Einrichtungen mit den tatsächlichen Erfordernissen in der Region. Es fehlt insbesondere auch die Möglichkeit, vorhandene Einrichtungen multifunktional zu nutzen. Derartiges würde die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Versorgungs- bzw. Familienarbeit für Frauen und Männer erleichtern und zu einer verbesserten Lebensqualität beitragen.

- *Unausgewogenes Geschlechterverhältnis in verschiedenen Altersklassen*

Regionen sind in unterschiedlichem Ausmaß mit einer für Frauen inadäquaten Aufenthaltsqualität ausgestattet. Manche Regionen „verweiblichen“ und andere Regionen „vermännlichen“, weil Frauen und Männer teilweise in unterschiedlichem Ausmaß weg- bzw. zuziehen. Verzerrungen im Geschlechterverhältnis in den verschiedenen Altersgruppen haben Auswirkungen auf das soziale Gefüge, etwa wenn keine altersadäquaten Partner bzw. Partnerinnen zur Partnerschaftsgründung vorhanden sind. Dies wirkt sich nicht nur auf Kinderzahlen aus, sondern hat auch Auswirkungen auf den Bedarf sozialer Einrichtungen.

Darüber hinaus stellen Frauen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung einen besonders hohen Anteil der älteren Menschen. EU-weit wird es bis 2010 doppelt so viele ältere Menschen (69 Millionen) wie 1960 (34 Millionen) geben. Von diesen 69 Millionen werden 40 Millionen Frauen sein (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, 72). Während Männer im „pflegebedürftigen“ Alter großteils (noch) von ihren Frauen versorgt werden, sind Frauen im „pflegebedürftigen“ Alter vielfach auf „fremde“ Hilfe angewiesen. Eine gute Versorgung mit institutionellen Einrichtungen im Bereich der „Altenpflege“ ist in diesem Sinne auch und vor allem Frauenpolitik.

Um Aussagen zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im sozialen Bereich auf regionaler Ebene treffen zu können, ist auf folgende Analysefelder Bezug zu nehmen:

- Die Dynamik in der Erwerbsbeteiligung der Frauen (insbesondere jene im Teilzeitbereich) gibt unter anderem Aufschluss darüber, in welcher Weise die Modernisierung des bürgerlichen Alleinverdienermodells auf regionaler Ebene voranschreitet<sup>50</sup>.
- Analysen zum sozialen Engagement und zur Versorgungs- und Familienarbeit geben Aufschluss, wie viel Frauen durch unbezahlte Arbeit zum Erhalt der Regionalwirtschaft beitragen.
- Das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein von Einrichtungen zur Unterstützung der Eltern- und Pflegearbeit gibt Aufschluss darüber, welcher Stellenwert weiblicher Erwerbstätigkeit und Eigenständigkeit im regionalen Kontext zugesprochen wird.
- Das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein von Beratungseinrichtungen gibt Aufschluss, ob und in welcher Form die spezifischen „Problemlagen“ der Frauen von der regionalen und lokalen Politik aktiv wahrgenommen werden.
- Geschlechterspezifische Unterschiede in der Nutzung der Angebote regionaler Einrichtungen verschiedenster Art geben Aufschluss über deren explizite oder implizite geschlechterspezifische Gestaltung.
- Die Analyse der sozialen Netzwerke von Frauen gibt Aufschluss über mögliche Ansatzpunkte für eine Verbesserung ihres „Empowerment“ auf regionaler Ebene (vgl. Kapitel 4.2).
- Verzerrungen in der Sexualproportion<sup>51</sup> in verschiedenen Altersgruppen geben Aufschluss über den Bedarf an spezifischen Sozialeinrichtungen auf regionaler Ebene (etwa Männerberatungseinrichtungen, Altenpflegeeinrichtungen, ...).

#### **Relevante regionale Analysefelder im Bereich soziale Beziehungen, Generationen- und Geschlechterbeziehungen**

- Dynamik in der Erwerbsbeteiligung der Frauen
- Unbezahltes soziales Engagement, unbezahlte Versorgungs- und Familienarbeit der Frauen
- Einrichtungen zur Unterstützung der Eltern- und Pflegearbeit
- Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Frauenhäuser, Familienberatungseinrichtungen
- Teilhabe von Frauen und Männern an den „Angeboten“ regionaler Einrichtungen (Vereine, Gesundheitszentren etc.)
- Soziale Netzwerke der Frauen
- Sexualproportion in verschiedenen Altersgruppen

<sup>50</sup> „Modernisierung des bürgerlichen Alleinverdienermodells“: Frauen entsprechen einerseits dem Bild einer „modernen“ Frau, indem sie sich über eine Teilzeitbeschäftigung am Erwerbsleben beteiligen, andererseits bleiben sie ihrer „traditionellen“ Rolle als abhängige Ehefrau verhaftet, indem sie weiterhin alleinverantwortlich die Versorgungsarbeiten im Haushalt wahrnehmen (sie arbeiten ja „nur“ Teilzeit) und ihr Teilzeiteinkommen keine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht (vgl. Amt der OÖ Landesregierung 2001, 67f).

<sup>51</sup> Zahl der Frauen auf Zahl der Männer

### **Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich räumlicher Mobilität**

- *Auf Frauen lastet zunehmender Mobilitätsdruck*

Mangelnde Verkehrsanbindungen bzw. Verkehrsteilnahmemöglichkeiten können gerade im ländlichen Raum für Frauen ein gravierendes Hindernis bei der beruflichen Orientierung und in Hinblick auf ihre Erwerbschancen sein, da Erwerbs-, Ausbildungs- und Fortbildungsorte nicht erreicht werden können. Frauen sind aufgrund ihres Lebenszusammenhanges im Vergleich zu Männern durch die Kombination von Versorgungs- und Erwerbsarbeit einem gesteigerten Mobilitätsdruck ausgesetzt. Die Funktionstrennung von Arbeit und Wohnen erhöht den Mobilitätsdruck und kann schließlich zu einer erhöhten Abwanderungsbereitschaft und zu einem regionalen Versorgungsdefizit beitragen.

- *Erwerbsbeteiligung der Frauen beeinflusst Wohnstandortwahl der Familien*

Die häufigsten Umzugsmotive (auch) von Frauen sind eigene Ausbildung, Arbeitsplatz, Partnerschaftsgründung und Verbesserung der Wohnsituation (Amt der OÖ Landesregierung 2001, 195ff). Im Gegensatz zu früher, ziehen Frauen aber heute nicht unbedingt mehr an den Wohnort des Mannes. Der eigene Arbeitsplatz und/oder das familiäre und sonstige Sozialnetz auf das Frauen etwa für Kinderbetreuung zurückgreifen können, bestimmt zunehmend die Wohnstandortwahl. Nach einer Ausbildung und im Zuge der Familiengründung kommt es daher zunehmend auch zum „Rückzug“ an den ursprünglichen Wohnort der Frauen – oder es wird ein „neuer“ gemeinsamer Wohnort gesucht, der ein gutes Sozialnetz „verspricht“ und von dem aus die Erwerbsorte beider Partner erreichbar sind.

Um Aussagen zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in Bezug auf räumliche Mobilität treffen zu können, ist es wichtig, auf folgende Analysefelder Bezug zu nehmen:

- Die Formen der Alltagsmobilität geben Aufschluss, inwieweit das regionale und lokale Verkehrsnetz auf die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen abgestimmt ist. Erledigen Frauen etwa viele „Einfachfahrten“ pro Tag, so ist das (auch) ein Indiz für eine zeitlich und funktional nicht auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Raum- und Verkehrsplanung.
- Intensives (weites) Erwerbspendeln von Frauen und Männern ist generell ein Hinweis auf Arbeitsplatzdefizite an den Wohnorten. Weites Erwerbspendeln von Männern zeigt das Ausmaß, in dem Frauen „vor Ort“ bei der Bewältigung der familiären Versorgungs- und Betreuungsarbeit „allein gelassen“ sind. Weites Erwerbspendeln von Frauen zeigt umgekehrt, ob und in welchem Ausmaß soziale Unterstützungsnetze am Wohnort vorhanden sind, die sie von Versorgungs- und Betreuungsarbeiten entlasten.
- Die Verfügbarkeit bzw. Nicht-Verfügbarkeit von Verkehrsinfrastruktur, die etwa spezifisch auf die Mobilitätsbedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Kranken oder Älteren abgestimmt ist, gibt Aufschluss, in welchem Ausmaß Frauen mit „Begleit-Mobilität“ belastet sind.
- Das Ab- und Zuwanderungsverhalten im Lebensverlauf zeigt an, für welche Lebenssituationen von Frauen bestimmte Regionen eine grundlegende „Aufenthaltsqualität“ bieten. An diese von den Frauen mit ihrem Mobilitätsverhalten gezeigte „positive“ Wertung regionaler Qualitäten sollte in der regionalen Entwicklungspolitik angeknüpft werden.

**Relevante Analysefelder im Bereich räumlicher Mobilität**

- Formen der Alltagsmobilität von Frauen
- Erwerbspendeln von Frauen und Männern
- Verfügbarkeit von zielgruppenadäquater Mobilitätsinfrastruktur
- Ab- und Zuwanderungsverhalten von Frauen und Männern im Lebenslauf

**Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in Bezug auf räumliche Nutzungsformen**

- *Fehlende Möglichkeiten der Raumaneignung und planerischen Teilhabe*

Männer haben einen „versorgten“ Alltag, jener von Frauen ist von „versorgenden“ Aktivitäten geprägt. Aufgrund einer Mehrfachbelastung aus Erwerbs- und Versorgungsarbeit sind die Sicherung kurzer Wege, räumliche Nutzungsmischung und die Sicherung von Erholungsgebieten zentrale Forderungen von Frauen (vgl. Kapitel 3.4). Vielfach fehlt es Frauen auch an „eigenen“ öffentlichen Räumen, in denen sie allein sein können oder sich treffen und austauschen können. Ausschlaggebend für die mangelnde Umsetzung von Frauenanliegen ist die fehlende Teilhabe von Frauen bzw. Vertretung von Frauenanliegen in räumlichen Planungsverfahren.

Um Aussagen zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in Hinblick auf räumliche Nutzungsformen treffen zu können, ist es wichtig, auf folgende Analysefelder Bezug zu nehmen:

- Die Teilhabe von Frauen an Planungsverfahren gibt Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß Frauen ihre sehr unterschiedlichen Anliegen und Bedürfnisse an Raumgestaltungen und Raumnutzungen einbringen können.
- Das Vorhandensein bzw. Nicht-Vorhandensein öffentlicher Räume in denen Frauen sich treffen und austauschen können, gibt Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß auf regionaler Ebene Ansatzpunkte für ein gemeinsames „Empowerment“ der Frauen (vgl. Kapitel 4.2) bereits aufgebaut sind.
- Die Segregation weiblicher und männlicher Arbeitsplätze gibt unter anderem Aufschluss über die Einseitigkeit oder Multifunktionalität von Flächennutzungen auf regionaler oder lokaler Ebene.
- Das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein multifunktional zu nutzender Räume (etwa Fußballplätze, die auch für Lauftraining und für Frauenfeste genutzt werden können u.v.ä.m.) zeigt an, inwiefern „öffentliche“ Orte bereits für die spezifischen Bedürfnisse von Frauen nutzbar gemacht wurden.

**Relevante Analysefelder in Bezug auf räumliche Nutzungsformen**

- Teilhabe von Frauen an Planungsverfahren
- Öffentliche Frauenräume
- Segregation weiblicher und männlicher Arbeitsplätze
- Vorhandensein multifunktional zu nutzender öffentlicher Räume

### Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im politischen Bereich

- *Frauen sind an den politischen Gremien weiterhin unterrepräsentiert und auf den entscheidenden Machtpositionen kaum zu finden*

Ein Anteil von einem Drittel in politischen Entscheidungsgremien gilt als „magische Grenze“, ab der es Frauen möglich ist, mit ihren Anliegen tatsächlich Gehör zu finden und diese auch eventuell durchzusetzen. Dieser Anteil wird in den meisten politischen Gremien in Österreich derzeit nicht erreicht. In den nationalen parlamentarischen Gremien der EU-Mitgliedstaaten ist derzeit nur jeder fünfte Sitz von einer Frau besetzt. Österreich liegt mit einem Anteil von rund 28% Frauen im nationalen Parlament immerhin im oberen Drittel in einer Rangreihung der 15 EU-Länder<sup>52</sup>. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Europäischen Parlament liegt mit 30% sogar leicht über dem EU-Durchschnitt – und knapp an der „magischen Grenze“.

An den entscheidenden Position „der Macht“ sind noch immer sehr wenige Frauen zu finden, wie die vielen rein männlichen Gruppenbilder auf verschiedensten „Gipfeln der Großen“ demonstrieren – nur sehr vereinzelt finden sich auf diesen Bildern mittlerweile auch ein oder zwei „Damen“. Auch Österreich hatte bis heute keine „Regierungschefin“. Die geringe Präsenz von Frauen an den Schalthebeln der Macht gilt jedoch nicht nur für und in den offiziellen politischen Gremien, sie ist teilweise noch ausgeprägter in jenen institutionellen Gremien, die stärker im „Hintergrund“ Politik machen: in der Sozialpartnerschaft, sowohl in der Arbeitnehmer- als auch Arbeitgebervertretung, oder in den Zirkeln der „Wirtschaftsbosse“.

- *Frauen engagieren sich außerhalb der offiziellen Politik*

Frauen sind grundsätzlich zwar an Politik interessiert, engagieren sich jedoch primär außerhalb der institutionalisierten politischen Strukturen. Sie engagieren sich in Umweltgruppen, Frauengruppen, lokalen Aktionsgruppen, die ihrem politischen Zugang eher zu entsprechen scheinen. Indiz für die „institutionelle Entgrenzung“ (Kade 1997, 19) von Frauenbildungsarbeit ist die Tatsache, dass die vom Umweltgipfel in Rio angestoßenen lokalen „Agenda-21“-Prozesse an vielen Orten von Frauen getragen werden. Diese Prozesse politischer Beteiligung sind gleichzeitig auch Prozesse politischer Bildung, ohne dass sie im institutionellen Rahmen von Erwachsenenbildungsinstitutionen stattfinden.

Die Rekrutierungsprozesse politischer Parteien verlaufen sehr stark über männliche Bündnisstrukturen und sind relativ stark auf den männlichen Zugang zu Politik zugeschnitten. Politische (Aus)Bildung erfolgt vielfach nach Rekrutierung. Um Frauen an die offizielle Politik heranzubringen, ist eher der umgekehrte Weg notwendig: Sie müssen erst „politisiert“, sprich in politische Bildungsprozesse eingebunden werden, ehe sie offen für ein Engagement in der offiziellen Politik sind.

Um Aussagen zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im politischen Bereich auf regionaler Ebene treffen zu können, ist es wichtig, auf folgende Analysefelder Bezug zu nehmen:

<sup>52</sup> Zu einem zusammenfassenden Überblick zur Situation der Frauen in den verschiedenen politischen Gremien europaweit vgl. <http://www.db-decision.de>.

- Die Präsenz von Frauen in politischen Entscheidungsgremien auf regionaler und lokaler Ebene gibt Aufschluss darüber, inwiefern eine stärkere Berücksichtigung und Durchsetzung von „Fraueninteressen“ in der offiziellen Politik überhaupt realistisch ist.
- Die politischen Aktivitäten von Frauen auf lokaler und regionaler Ebene zeigen an, in welcher Weise Frauen für politische Beteiligungsprozesse aktiviert werden können.
- Das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein von Einrichtungen zur politischen Aus- und Weiterbildung außerhalb der traditionellen Parteistrukturen gibt Aufschluss darüber, inwiefern (auch) dem „weiblichen Zugang“ zu Politik auf regionaler Ebene Rechnung getragen wird.

#### Relevante Analysefelder für die politische Teilhabe und Partizipationsformen

- Partizipation von Frauen an institutioneller Politik
- Formen politischer Aktivität von Frauen abseits formeller Strukturen
- Einrichtungen für politische Bildungsprozesse abseits traditioneller Parteistrukturen

### Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im kulturellen Bereich

- *Geringe Repräsentanz von Frauen im offiziellen Kulturbetrieb*

Kulturelle Ausdrucksformen haben für die Regionen eine identitätsstiftende Wirkung. Große kulturelle Spektakel wie Festspiele, Konzerte, Schauspiele werden zunehmend als regionale Impulsgeber verstanden. Mondseetage in Salzburg, Schlossspiele Kobersdorf im Burgenland, Schubertiade in Voralberg, Steirischer Herbst in Graz sind Beispiele mit unterschiedlichem räumlichen Wirkungsgrad. Die geringe Repräsentanz der Frauen in gestalterischen und künstlerischen Berufen, in KünstlerInnenportraits, in Kunstsammlungen und in Nachwuchsförderprogrammen verdeutlicht aber, dass die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Kunst und der Kulturförderung nicht gewährleistet ist (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2001, 281).

Es können folgende Analysefelder identifiziert werden, die Aufschluss geben über die Gleichstellungsorientierung auf regionaler Ebene im Kulturbereich:

- Die Zahl an weiblichen Kunstschaaffenden gibt Aufschluss über das künstlerische Potenzial in der Region.
- Der Anteil an Stipendien und Preisen, die Frauen erhalten oder ihre Beteiligung bei Ausstellungen geben Aufschluss darüber, inwiefern die von Frauen geschaffene Kunst in der Region auch von offizieller Seite wahrgenommen wird.
- Das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein eigener Orte für kulturelle Produktionen von Frauen gibt Aufschluss darüber, ob es Frauen möglich ist, ihre eigenen kulturellen Formen und Ausdrucksweisen außerhalb des männlichen Mainstream zu entwickeln.

#### Relevante Analysefelder in Bezug auf kulturelle Ausdrucksformen

- Weibliche Kunstschaaffende
- Stipendien, Preise, Ausstellungsbeteiligung von Frauen
- Verfügbarkeit von eigenen Frauenkulturorten



## 2.2 Informationen und Indikatoren zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf regionaler Ebene

Einige statistische Ämter (z.B. in Schweden) haben sich in den letzten Jahren mit der Frage auseinandergesetzt, welche Bedeutung ihrer Tätigkeit in Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter zukommt und wie sie im Rahmen ihrer eigenen Datenerhebung, -sammlung und -aufbereitung eine verbesserte Sensibilisierung für die Gender-Thematik (sowohl intern als auch nach außen) erreichen können. Geschlechteradäquate und geschlechtergerechte Statistiken – *Gender Statistics* – sollen dazu beitragen, geschlechterspezifische Ungleichheiten aufzudecken, geschlechterbezogene Stereotype zu entlarven und insgesamt das Verständnis für die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern zu erhöhen. Eine geschlechtergerechte Erhebung und Aufbereitung von Statistiken ist nicht nur notwendig, um die generelle Vergleichbarkeit zwischen Frauen und Männern zu gewährleisten, sie ist auch unerlässlich, um die Beteiligung und Teilhabe von Frauen und Männern in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft korrekt (angemessen) erfassen, messen und beurteilen zu können.

### Welche Anforderungen sind an Gender-Statistiken zu stellen?

Für die geschlechtergerechte Sammlung und Aufbereitung von statistischem Material in statistischen Ämtern sind folgende Punkte zentral (vgl. Hedman et al. 1996, 42):

- Die regelmäßige Erhebung von Informationen (Datensammlung) zumindest disaggregiert nach Geschlecht, Alter, wichtigen sozioökonomischen Merkmalen (wie Migrationsstatus, Familiensituation, soziale/ethnische Herkunft) und regionalem Kontext.
- Die Einbindung von Frauenorganisationen und Forschungsinstitutionen, die sich mit der Gender-Thematik beschäftigen, in die Entwicklung und die Erprobung angemessener Indikatoren(systeme) sowie die Förderung der Geschlechterforschung.
- Eigene MitarbeiterInnen, die für die Entwicklung und Umsetzung von Gender-Statistiken verantwortlich sind und die auch als ExpertInnen in den verschiedenen Abteilungen zum Einsatz kommen.
- Die Überarbeitung gängiger Begriffskonzepte und Definitionen mit Blick auf eine bessere Erfassung des von Frauen Geleisteten und des für Frauen Wichtigen, um zu einer Stärkung der Position der Frauen in der Gesellschaft beizutragen. So sind etwa Frauen weit öfter in Tätigkeiten eingebunden, die schwierig zu messen sind (z.B. durch die Gleichzeitigkeit von Versorgungstätigkeiten) oder die aufgrund unzureichender Begriffskonzeptionen (in der Vergangenheit) überhaupt ausgeblendet wurden<sup>53</sup>. Dies betrifft z.B. Definitionen und Konzepte zum Haushaltsvorstand, zur wirtschaftlich aktiven Bevölkerung, zur Sozialschicht, zur Stellung im Erwerbsleben, zur Klassifikation der beruflichen Stellung oder zum Verständnis von Arbeitslosigkeit.
- Es ist zu beachten, dass die Sammlung und Analyse von Statistiken niemals geschlechterneutral verläuft. Die Ergebnisse können durch mangelnde geschlechterspezifische Sensibilisierung, kulturelle Einstellungen und soziale Praktiken der Personen, die in die Datenerhebung und –aufbereitung eingebunden sind, beeinflusst werden.

<sup>53</sup> Eine Erhebung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes zeigte 1992 für Österreich auf: Für produktive Leistungen wurden von allen Personen ab 10 Jahren 19,1 Mrd. Stunden verwendet, wovon 11,0 Mrd. Stunden unbezahlte Hausarbeit ausmachte und 8,1 Mrd. Stunden bezahlte Erwerbsarbeit. Frauen erbrachten 7,7 Mrd. Stunden ohne Lohn, während Männer nur 3,3 Mrd. Stunden "spendeten". Der Wert dieser von Frauen erbrachten Arbeit wäre mit rund 500 Mrd. ATS anzusetzen. In der Erwerbsarbeit hingegen bekamen die Männer für 5,3 Mrd. Stunden bezahlt, während die Frauen nur für 2,8 Mrd. Stunden Lohn erhielten (Franz 1996).

### Welche Datenquellen bieten geschlechterbezogene regionale Informationen?

Auch wenn die offizielle Statistik in Österreich bisher nur bedingt auf die angesprochenen Punkte Rücksicht nimmt, liefert sie dennoch wichtige quantifizierte Informationen zur Lebenssituation von Frauen und Männern – auch auf regionaler Ebene. Auf welche Weise sollen nun aber die Informationen zur Lebenssituation der Frauen und zur geschlechterbezogenen Ungleichheit in den verschiedenen Bereichen, die in Kapitel 2.1 angesprochen wurden, gesammelt, analysiert und aufbereitet werden? Wo werden derartige Informationen (Daten) bereits gesammelt und analysiert? Wie sieht der Zugang zu Daten aus und wie gut sind sie aufbereitet? Welche Daten-, Wissens- und Informationsquellen können sinnvoller Weise für eine geschlechterspezifische Analyse auf regionaler Ebene herangezogen werden?

In der feministischen Forschung wurde und wird immer wieder betont, dass die Lebenssituationen der Frauen nur über eine Verknüpfung qualitativer und quantitativer Informationen adäquat zu erfassen sind<sup>54</sup>. Quantitative Informationen sind unter anderem dann nützlich und notwendig, wenn es darum geht,

- zu zeigen, in welchem Ausmaß die Partizipation von Frauen und Männern in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen differiert;
- herauszufinden, wie weit es Frauen möglich ist, mit den materiellen Ressourcen, die ihnen zur Verfügung stehen, ein eigenständiges Leben zu führen;
- Unterschiede in den materiellen Ressourcen aufzuzeigen, auf die Frauen und Männer in ihrer Lebensgestaltung zurückgreifen können: finanzielle Ressourcen, Ausbildungszertifikate, Eigentumsrechte u.Ä.
- zu ermitteln, in welchem Ausmaß Frauen und Männer für ihre Anstrengungen (ihre Arbeit) unterschiedlich „entlohnt“ werden: mit Geld, Benefits, Freizeit u.Ä.

Qualitative Informationen sind notwendig und nützlich, wenn es darum geht,

- herauszufinden, welche Normen, Konfliktpunkte und Machtmechanismen das Zusammenleben der Geschlechter in den verschiedenen Lebensbereichen steuern;
- mehr über den Umgang mit den oft sehr widersprüchlichen geschlechterspezifischen Normen, die in verschiedenen Handlungsfeldern herrschen, zu erfahren;
- aufzuzeigen, auf welche Weise Frauen und Männer ihre geschlechterspezifischen Identitäten über den Lebenslauf hinweg (um)gestalten.

Im Folgenden sollen wichtige Quellen, die in Österreich quantitative Daten zur Lebenssituation von Frauen und Männern auf regionaler Ebene bereitstellen, vorgestellt und in Hinblick auf ihre Brauchbarkeit für geschlechtersensible Regionalanalysen bewertet werden.

<sup>54</sup> Die Notwendigkeit einer Verknüpfung qualitativer und quantitativer Methoden der Informationsgewinnung und –aufbereitung wird zunehmend in allen Bereichen der Sozial- und Wirtschaftsforschung betont. „Angesichts der analytischen Grenzen, auf welche die Aussagekraft von auf Indikatoren gestützten Evaluierungsverfahren notgedrungen stößt, muss, wie auch in den Leitlinien der Europäischen Kommission zutreffend betont wird, auf komplementäre Untersuchungsdesigns und -methoden, insbesondere eher ‚qualitativ‘ auf Fallstudien gestützte Vorgehensweisen, insgesamt auf einen der jeweiligen Fragestellung und den verfügbaren Untersuchungsressourcen angepassten ‚Methodenmix‘ zurückgegriffen werden“ (Wollmann 1996, 7).

- *Volkszählungsdaten*

Volkszählungsdaten werden von der Statistik Austria erhoben und bereitgestellt. Regional detaillierte Tabellen – etwa auf Gemeindeebene – stehen primär über die ISIS-Datenbank (s.u.) zur Verfügung. Die Daten der Volkszählung liefern gleichstellungsrelevante Informationen zu Bildungsabschlüssen, zur Berufsausübung, zu den Arbeitswegen sowie zur Familien- und Wohnsituation. Als Vollerhebung stehen die Daten (theoretisch) auf sämtlichen räumlichen Aggregationsebenen (vom Baublock bis zum Bundesgebiet) zur Verfügung. Nur mittels Daten aus der Volkszählung war es bisher möglich, gleichstellungsrelevante Informationen zur Erwerbsbeteiligung von Frauen (differenziert nach Alter und/oder in Hinblick auf die berufliche Situation) auf kleinräumiger Ebene (Bezirksebene und darunter) flächendeckend für Österreich zu untersuchen. Die Volkszählungsdaten sind auch insofern spannend, als sie es erlauben, Entwicklungsmuster (in Form von 10-Jahres-Vergleichen) zu untersuchen.

Leider stehen die Daten, die für eine Analyse der Lebenssituation von Frauen und Männern im regionalen Kontext relevant wären, im Allgemeinen erst mit einer großen Zeitverzögerung zum Erhebungszeitpunkt zur Verfügung. So waren etwa die berufsbezogenen Daten aus der Volkszählung 1991 erst ab 1996/97 in der ISIS-Datenbank abrufbar. Gerade bei der Volkszählung 1991 fällt auch auf, dass viele Informationen auf kleinräumiger Ebene in den Segmenten der ISIS-Datenbank nicht differenziert nach dem Geschlecht zur Verfügung stehen. Derartige Daten sind nur über Sonderauswertungen zu erhalten. Darüber hinaus sind viele Dynamiken, die von Interesse sein können, nicht unbedingt über 10-Jahresvergleiche der Jahre 1971 – 1981 – 1991 – 2001 zu erfassen. So „fiel“ etwa der Eisernen Vorhang bereits Ende der 1980er Jahre, der Beitritt zur EU erfolgte Mitte der 1990er Jahre. Untersuchungen, die der Frage nachgehen, wie sich etwa der Beitritt auf die Dynamiken im Bereich der Gleichstellung auswirkte, sind daher nur bedingt mit den Daten der Volkszählung durchzuführen.

Da die Daten der Volkszählung 1991 bereits relativ „alt“ sind und relevante Vergleichsdaten aus der Volkszählung 2001 zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie noch nicht vorlagen, wird bei den nachfolgenden Analysen nur in zwei Ausnahmefällen auf diese Datenquelle zurückgegriffen. Einmal um darzustellen, dass das formale Bildungsniveau der jüngeren berufstätigen Frauen bereits Anfang der 1990er Jahre in vielen Regionen jenes der gleichaltrigen berufstätigen Männer übertraf. Zweitens um zu analysieren, wie sich das Geschlechterverhältnis zwischen Frauen und Männern im „Hauptalter der Partnerschaftsgründung“ im Verlauf der 1990er Jahre in den verschiedenen Regionen Österreichs veränderte.

- *ISIS-Datenbank*

Abgesehen von den Volkszählungsdaten ist über die ISIS-Datenbank der Statistik Austria auch noch eine Vielzahl anderer Statistiken abrufbar, die für spezielle Fragestellungen von Bedeutung sein können. Im Rahmen der vorliegenden Studie wurde unter anderem auf Daten aus der Schul- und Kindergartenstatistik sowie der Wanderungsstatistik zurückgegriffen.

Mit dem Beitritt zur EU und in Abstimmung mit den Vorschriften zur Vereinheitlichung der statistischen Datenbasen in den EU-Ländern wird für die Mehrzahl der personenbezogenen Daten in den offiziellen Statistiken auch in Österreich mittlerweile das Geschlecht

erhoben. In den von den statistischen Ämtern veröffentlichten Tabellen werden die Daten erst teilweise durchgehend geschlechterspezifisch ausgewiesen, sie sind aber zumindest aus den Datenbanken auch geschlechterspezifisch disaggregiert herauszuholen. In der ISIS-Datenbank wird zumindest bei neuen Daten-Segmenten darauf geachtet, dass auch eine geschlechterspezifische Ausweisung von personenbezogenen Daten erfolgt.

- *Mikrozensusdaten*

Vier mal jährlich werden von der Statistik Austria Informationen über die Lebenssituation von Frauen und Männern im Rahmen des so genannten Mikrozensus erhoben. Beim Mikrozensus handelt es sich um eine mündliche Befragung von etwa 65 - 70.000 Personen in Österreich. Neben der Erhebung allgemeiner Daten zur Familien-, Wohn- und Erwerbssituation, die laufend gemacht wird, gibt es im Zuge jedes Mikrozensus auch einen themenspezifischen Frageteil etwa zu Arbeitsbedingungen, Freizeitverhalten oder Berufsverläufen. Die Mikrozensus liefern viele Informationen zu verschiedensten Themen, die für die Gleichstellung relevant sind. Da es für Forschungszwecke möglich ist, die Individualdaten der Mikrozensus anonymisiert zu erhalten, können problemlos eigene geschlechterdifferenzierte Analysen in der unterschiedlichsten sozialen Differenzierung durchgeführt werden. Zu beachten ist, dass im Mikrozensus nur „Faktenfragen“ und keine „Einstellungsfragen“ gestellt werden. In diesem Sinne finden sich in den Mikrozensus auch keine Informationen zu „Geschlechternormen“.

Regionalanalysen sind mit den Daten der Mikrozensus sehr gut auf Bundeslandebene möglich, das Stichprobenschema (etwa 6 - 7.000 Befragungen pro Bundesland) eignet sich auch für Vergleiche zwischen den Bundesländern. Regionale Analysen unterhalb der Ebene der Bundesländer sind im Allgemeinen eher problematisch, da die Stichprobe unter Umständen sehr klein wird. Es kann etwa durch Interviewerausfälle zu regionalen Verzerrungen in der Stichprobe kommen und die auf die Bundeslandebene abgestimmten Hochrechnungsfaktoren können problematisch werden. Gut möglich sind aber unter anderem einfache „Stadt-Land-Vergleiche“. Detailinformationen zu den Themen der verschiedenen Mikrozensus und den Bezugsbedingungen für die Daten finden sich auf der Homepage des WISDOM (<http://www.wisdom.at/>).

- *Beschäftigungs- und Einkommensdaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger*

Über den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger sind arbeitsplatzbezogene Daten zur Zahl und den Medianeinkommen der unselbständig Beschäftigten nach sektoralen Gliederungen, nach Art des Beschäftigungsverhältnisses (geringfügig, Arbeiter, Angestellte/r) sowie nach Migrationsstatus (InländerIn/AusländerIn) erhältlich. Die Daten des Hauptverbandes sind durchgehend geschlechterspezifisch gegliedert. Auf Bezirksebene werden Daten nur selektiv zur Verfügung gestellt, da Unklarheiten in der regionalen Zuordnung von Arbeitgebern nur ansatzweise bereinigt werden können. Problematisch für die Analyse von zeitlichen Verläufen erweisen sich auch die sektoralen Neuordnungen, die immer wieder vorgenommen werden. Im Rahmen vorliegender Studie wurde für die Analysen zur Struktur und Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung und der Einkommen auf Daten des Hauptverbandes zurückgegriffen.

- *Lohn- und Einkommenssteuerstatistiken*

Seit einigen Jahren werden vom Finanzamt jährlich Lohn- und Einkommenssteuerstatistiken auch geschlechterspezifisch ausgewertet und über die Statistik Austria veröffentlicht (<http://www.statistik.at>). Die Daten der Steuerstatistik liefern Informationen zu den steuerpflichtigen Jahreseinkommen, zur Höhe der verschiedenen steuerlichen Abzüge, zum Wohnort, zum Geschlecht, zum Alter und zur erwerbsrechtlichen Stellung der SteuerzahlerInnen. Informationen zu Arbeitszeiten finden sich nicht in den Daten. Wohnortbezogene Auswertungen der Lohnsteuerstatistiken werden auf Anfrage vom Statistischen Dienst des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung durchgeführt. Im Zuge der Analysen im Rahmen vorliegender Studie wurde auf die Statistiken des Finanzamtes zur Zahl der Personen, die Pendlerpauschale beziehen, zurückgegriffen.

- *Daten des Arbeitsmarktservice (AMS)*

Auf die Grunddaten zu Beschäftigung und Einkommen, die der Hauptverband der Sozialversicherungsträger zur Verfügung stellt, wurde im Rahmen der Studie unter anderem über die AMIS-Datenbank (einem Gemeinschaftsprojekt des AMS Kärnten und WISDOM; <http://www.wisdom.at/>) zugegriffen. In dieser Datenbank sind unter anderem Informationen zur Familiensituation (Daten der Volkszählung 1991), zur Erwerbs- und Einkommenssituation (Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger) und Daten des Arbeitsmarktservice zur Situation im Bereich der Arbeitslosigkeit für die Jahre 1995 bis 2001 auf Bezirksebene abruf- und kartographisch umsetzbar. Leider sind viele der angebotenen Daten für Analysen zur Gleichstellung nicht wirklich brauchbar.

Seit kurzem ist eine Vielzahl der Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zur Beschäftigungssituation und eine Vielzahl an Daten des Arbeitsmarktservice zur Arbeitslosigkeit geschlechterspezifisch aufbereitet direkt über die Homepage der Bundesgeschäftsstelle des AMS (<http://www.ams.or.at/>) auch auf Bezirksebene verfügbare und abrufbar. Da auf die Daten jedes einzelnen Bezirkes extra zugegriffen werden kann bzw. muss, ist der Datenzugriff über das AMS Österreich sehr zu empfehlen, wenn Informationen über eine bestimmte Arbeitsmarkregion benötigt werden. Es sind auch kurze Bezirksprofile zur Situation im Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsbereich abrufbar. Mühsamer ist es, sich die Daten für alle Bezirke Österreichs über diesen Datenzugriff zu holen<sup>55</sup>. Insgesamt liefert diese Datenquelle aber sehr brauchbare Informationen zur Einschätzung der Gleichstellung auf regionaler Ebene.

- *Daten der Wirtschaftskammer*

Die Bundeswirtschaftskammer besitzt insbesondere detaillierte, regional differenzierte Daten zur Situation im Lehrbereich sowie zu Unternehmensgründungen. Für die Analysen in vorliegender Studie wurden von der statistischen Abteilung in dankenswerter Weise die geschlechterspezifischen Daten in der gewünschten Form aus der Datenbank geholt, unter anderem die Zahl an weiblichen und männlichen Lehrlinge in den verschiedenen Lehrberufen auf Bezirksebene sowie die Zahl an Betrieben, die nur weibliche bzw. männliche Lehrlinge ausbilden.

<sup>55</sup> Fehlende Informationen, anders aufbereitete Informationen, länger zurückreichende Informationen werden nach unseren Erfahrungen aber problemlos und rasch über alle Geschäftsstellen des AMS zur Verfügung gestellt.

- *Daten der Statistischen Ämter der Länder*

Berichte zur Lebenssituation der Frauen in Österreich liegen aus den Jahren 1985 und 1995 vor. Zuletzt wurde 2002 eine Zusammenstellung von frauenrelevanten Daten von der Statistik Austria publiziert<sup>56</sup>. Auch die statistischen Ämter der Landesregierungen verfügen in vielerlei Form über Grunddaten zur Lebenssituation der Frauen. Auf Drängen der Frauenbeauftragten der Länder werden diese Daten laufend erweitert und nachgeführt. Mittlerweile liegt in und für die meisten Bundesländer auch eine Reihe an Frauenberichten vor, die - in sehr unterschiedlicher regionaler Differenzierung - Aufschluss über die Lebenssituation der Frauen im jeweiligen Bundesland geben. Informationen zu den Daten, die auf Bundeslandebene vorhanden sind, sind am besten über die Frauenbüros in den einzelnen Bundesländern zu erfragen. Internet-Links zu den Frauenbüros finden sich gesammelt unter anderem unter <http://www.ceiberweiber.at/>. Die direkt über die Hompages der Statistischen Ämter der Länder abrufbaren Daten enthalten nur sehr beschränkt Informationen, die für Analysen aus Gleichstellungsperspektive brauchbar sind.

- *Daten des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR)*

Auch das Österreichische Institut für Raumplanung (ÖIR) hat eine Vielzahl an Informationen (Daten) auf regionaler Ebene (<http://www.oeir.at/>). Leider sind die meisten der Daten nur eingeschränkt für Gleichstellungsanalysen auf regionaler Ebene nutzbar. So liegen etwa Daten zur Fortschreibung der Berufstätigen nur entweder nach Geschlecht oder nach Alter, jedoch nicht nach beiden Merkmalen disaggregiert vor. Auch Daten wie beispielsweise die Bruttowertschöpfung, sind nicht geschlechterspezifisch disaggregiert<sup>57</sup>.

- *Daten der Social Surveys und Eurobarometer*

Informationen zu den Gender-Normen, die in den verschiedenen Ländern und Regionen Europas vorherrschen, finden sich in den Daten verschiedener Social Surveys (auf nationaler Ebene) und Eurobarometer Surveys (auf europäischer Ebene). In den letzten Jahren wurden im Rahmen derartiger Erhebungen immer wieder auch Einstellungen zu verschiedenen Aspekten der Gender-Thematik erhoben. Die Daten sind nur für Auswertungen nach sehr groben regionalen Kategorien geeignet (Stadt-Land, teilweise Bundeslandebene). Zentral verwaltet werden die Daten von der deutschen Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (<http://www.gesis.org/>).

- *EUROSTAT-Daten*

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) bietet vor allem geschlechterspezifisch gegliederte Daten zur Bildungs- und Beschäftigungssituation auf den NUTS-Ebenen. Ein Großteil der für kleinräumige Analysen sinnvoll verwendbaren Daten ist kostenpflichtig. Im Zuge der Analysen in vorliegender Studie wurde nicht auf EUROSTAT-Statistiken zurückgegriffen.

<sup>56</sup> Die Studie „Geschlechtsspezifische Disparitäten in Österreich“ ist über die Homepage der Statistik Austria <http://www.statistik.at/> abrufbar.

<sup>57</sup> In den Gender-Statistiken auf internationaler Ebene werden laufend Schätzungen zum Anteil der Frauen an der Wertschöpfung für die verschiedenen Länder vorgenommen (vgl. etwa UNIFEM 2000b).

In diesem Zusammenhang soll darauf hingewiesen werden, dass ein Teil der angeführten Datenquellen kostenpflichtig ist. Es bedarf für die Analyse der Gleichstellung von Frauen und Männern daher an entsprechenden Budgetmitteln.

Um die regionalspezifische Situation und deren Charakteristika zu erfassen, ist es unerlässlich, Frauen aus den Regionen verstärkt in die Forschungsprozesse sowie in Politik- und Planungsprozesse einzubeziehen. Oft lässt sich beobachten, dass Frauen vor Ort ganz bestimmte Strategien entwickeln, um ihre Lebensbedingungen zu beeinflussen. Das sind Informationen, die sich schwer aus quantitativen Datenerhebungen ablesen lassen, und die – als Erfahrungswissen oder Alltagswissen verstanden – dem im formalen Bildungssystem erworbenen Wissen unterlegen sind, immer noch als unerheblich gelten und aus der politischen und planerischen Praxis herausgehalten werden. Frauenforscherinnen oder Frauenorganisationen versuchen z.B. über qualitative Ansätze das Erfahrungswissen und Alltagswissen von Frauen zu dokumentieren und auch deren Relevanz für die Politikgestaltung aufzuzeigen. „Ein möglicher erster Schritt dazu besteht darin, Erkenntnisformen zu betrachten, die wir schon lange kennen und praktizieren, die jedoch dem analytischen Wissen gegenüber bisher als defizitär galten“ (Reichart 2000, 141). Denn, wenn Wissen die Gesamtheit der Kenntnisse und Fähigkeiten umfasst, die Individuen zur Lösung von Problemen einsetzen, zählen dazu sowohl theoretische Erkenntnisse als auch praktische Alltagsregeln und Handlungsanweisungen (Probst 1997 et al.).

#### Breite und Vielfalt von Informationsquellen

Archive – Fallstudien – Konsumartefakte – Tagebücher und Journale – Dokumente von Organisationen und Institutionen – Ethnographien – Fokusgruppen – Folklore – Genealogie – Symbole – Interviews – Landschaften – Musik – Erzählte Geschichte – Photographien – Straßennamen – Populärmedien – Befragungen – Video  
(Bäschlin 2002, 30)

Beispiele, wie das Erfahrungswissen der Frauen vor Ort besser für Planungsprozesse „nutzbar“ gemacht werden kann:

- Veranstaltung von Workshops, in denen die Frauen „Lebensgeschichten“ aus ihrer regionalen Erfahrungsperspektive heraus fertig schreiben<sup>58</sup>.
- Das Expertinnenwissen von Lehrerinnen, Betriebsrätinnen, Frauen, die in den verschiedenen religiösen, parteigebundenen, autonomen Frauengruppen vor Ort aktiv sind, nutzen.
- Sich auf die Suche nach weiteren weiblichen „Multiplikatorinnen“ vor Ort / in der Region (im Bereich der Sozialpartner, der Arbeitsmarktverwaltung, von Erwachsenenbildungseinrichtungen ...) begeben.

#### Was muss bei der Aufbereitung der geschlechterdifferenzierten Informationen beachtet werden?<sup>59</sup>

- Alle Statistiken sind in allen Untergruppierungen nach dem Geschlecht auszuweisen. Gefordert sind in diesem Sinne nicht Statistiken nach Alter *oder* Geschlecht sondern

<sup>58</sup> Vgl. etwa Kapeller et al. (1999) zur praktischen Anwendung einer derartigen Methodik.

<sup>59</sup> Vgl. dazu auch Hedman et al. (1996).

nach Alter *und* Geschlecht. Frauen sind nicht als Untergruppe „des Gesamten“ sondern als eigene Gruppe auszuweisen.

- Die geschlechterspezifische Bedeutung der Informationen muss klar herauskommen. D.h. etwa, dass in jeder statistischen Tabelle die Werte getrennt für Männer und Frauen auszuweisen sind und von der Darstellung der Gesamtwerte abzusehen ist, da diese nur verwirren und ablenken.
- Die Informationen müssen verständlich und leicht zugänglich aufbereitet sein, damit sie auch von jenen, die nicht über das relevante ExpertInnenwissen verfügen, genutzt werden können.
- Die Indikatoren, die verwendet werden, sollen möglichst einfach und anschaulich sein. Es ist auf eine leichte Verständlichkeit und Interpretationsmöglichkeit für alle Frauen (und Männer) und nicht nur für speziell ausgebildetes Personal zu achten. Das erleichtert die Beteiligung an Planungsprozessen und fördert die Mitsprachemöglichkeit.
- Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat sich der Einfluss des sozialen Wandels auf die Lebenslagen der Frauen teilweise sehr sprunghaft ausgewirkt. Veränderungen in den meisten Lebensbereichen waren weder österreichweit noch regional kontinuierlich und stetig. Es muss daher sehr gezielt darauf geachtet werden, auf welche Kohorte bzw. Altersgruppe von Frauen (und Männern) eine bestimmte Analyse abstellt.
- Bei der Sammlung, Analyse und Präsentation der Daten ist darauf zu achten, dass neben Alter und sozialer Herkunft auch ethnische Herkunft und Migrationsstatus stark differenzierende Einflüsse auf Geschlechternormen und Lebensbedingungen von Frauen ausüben.
- Bei heiklen Informationen von Expertinnen ist eine Anonymisierung besonders wichtig, da die geringe Zahl an Frauen in Entscheidungspositionen die Identifizierung erleichtern würde.

### **Wie können Umfang, Intensität und Dynamik von Gleichstellung in einer Region statistisch und qualitativ erfasst werden?**

Mittlerweile existieren auch in Hinblick auf Fragen der Gleichstellung und zur Messung deren Fortschritt in den verschiedenen Ländern der Erde auf internationaler Ebene relativ elaborierte Indikatorensysteme (vgl. etwa UNIFEM 2000b, für die Landwirtschaft z.B. FAO 1999 und 2001). Auch nationale Gleichstellungskommissionen verschiedener Länder bieten mittlerweile viele Informationen zur Einschätzung der Gleichstellungssituation in ihren Ländern und geben Einblick in die Ausarbeitung adäquater Indikatorensysteme<sup>60</sup>. Die im Rahmen der internationalen Projekte gesammelten Informationen (Daten) beziehen sich großteils auf die nationale Ebene.

Im Rahmen der Strukturfondsinterventionen der EU ist es ein Ziel, geschlechtersensible Indikatorensysteme zu erzeugen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000b, 58ff). Insgesamt ist festzuhalten, dass dem Gender-Aspekt bei der Erstellung der Indikatorensysteme für die derzeit laufende Programmperiode in den meisten Ländern Europas dennoch nur eine relativ geringe Aufmerksamkeit geschenkt wurde (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002a). Abgesehen davon, dass gewisse personenbezogene Daten auch nach dem Geschlecht erhoben werden, erfolgte in den seltensten Fällen eine Auseinandersetzung mit der Geschlechtersensibilität der Indikatoren im weiteren Sinne

<sup>60</sup> Vgl. etwa die Bemühungen der Equal Opportunities Commission für Großbritannien <http://www.eoc.org.uk/> oder des Status of Women Canada <http://www.swc-cfc.gc.ca/> sowie die Indikatorensysteme diverser Gender Audits, etwa jenes für Schottland [http://www.engender.org.uk/engender/gender\\_audit/](http://www.engender.org.uk/engender/gender_audit/).



von Gender Statistics (vgl. oben). Auch in Österreich hat eine derartige Auseinandersetzung (bisher) nicht stattgefunden. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Indikatorensysteme der Strukturfondsinterventionen primär die Wirksamkeit der Durchführung und des Mitteleinsatzes der Strukturfonds im Auge haben und vorrangig der Programm- und Maßnahmenbegleitung dienen. In diesem Sinne sind die Indikatoren auch eher auf die Messung des Outputs der verschiedenen Maßnahmen und Projekte hin konzipiert und weniger auf die Messung der kurz- und längerfristigen Wirkungen des gesamten Maßnahmenpaketes der Programme auf die Gleichstellung. Immerhin finden sich aber zumindest im Leitfaden der Europäischen Kommission zur Inkludierung des Gender Mainstreaming in die Strukturfondsprogramme einige gute Beispiele dazu, wie nicht nur Output und Ergebnis einzelner Projekte und Maßnahmen, sondern auch deren Wirkung auf die Gleichstellung erfasst werden kann<sup>61</sup>. Vor allem im Bereich der Entwicklungspolitik gibt es mittlerweile eine umfangreiche Literatur dazu, wie die für das Monitoring und die Evaluation verwendeten Indikatoren geschlechtersensibel gestaltet werden können (vgl. etwa Brambilla 2001).

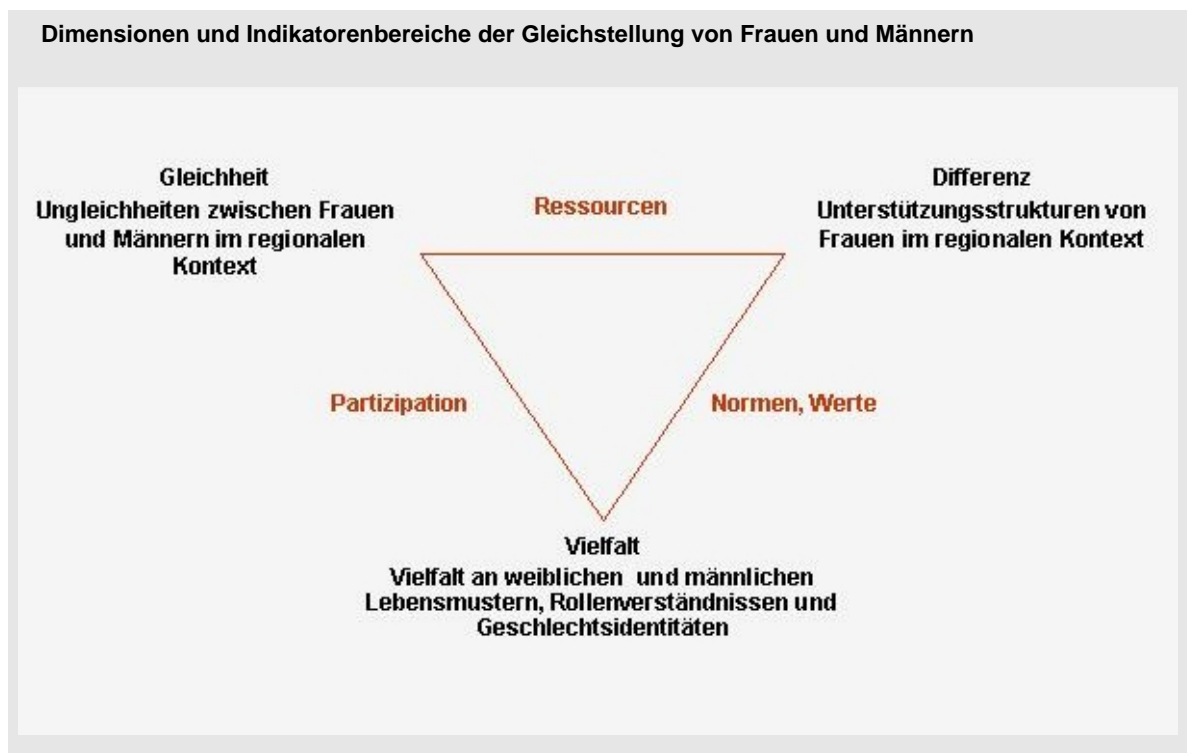
Bisher finden sich in der Literatur nur wenige dezidierte Hinweise zur Bildung von Indikatorensystemen, die auf die Spezifika der Gleichstellungsproblematik aus räumlicher Perspektive eingehen. Erwähnenswert ist die so genannte 3R-Methode, die in Schweden entwickelt wurde, um systematisch Ausgangsdaten für die Umsetzung des Gender Mainstreaming auf der kommunalen (lokalen) Ebene zu gewinnen. Die 3R der Methode beziehen sich auf die Bereiche *Repräsentation*, *Ressourcen* und *Realia*, deren Analyse gerade im lokalen Kontext besonders relevant erscheint. Im Bereich *Repräsentation* interessiert, wie die Geschlechter zahlenmäßig sowohl an den Entscheidungsprozessen als auch an der Umsetzung von Programmen, Maßnahmen und Projekten beteiligt sind. Im Bereich *Ressourcen* wird der Verteilung von relevanten Ressourcen auf Frauen und Männer nachgegangen und im Zuge der Analyse der *Realia* wird gefragt, wie es zu der bestehenden Geschlechterverteilung in Repräsentation und Ressourcenverteilung kommt bzw. wie das geändert werden kann. Mittlerweile wurde das Konzept mit dem Bereich *Restriktionen* zur 4R-Methode und mit dem Bereich *Rechte* zur 5R-Methode erweitert. Der Bereich *Restriktionen* dient der Identifizierung von möglichen Barrieren und Hemmnissen zur Umsetzung der Gleichstellung, im Bereich *Rechte* steht die Analyse der diskriminierenden Effekte von Gesetzen an<sup>62</sup>. Vor allem für lokale Projekte im Vorfeld von Maßnahmen zum Gender Mainstreaming hat sich diese Methode bereits bewährt (Swedish Association of Local Authorities 2002; Pimminger 2001, 51).

Im Zuge der Entwicklung von Indikatoren zur Einschätzung der Gleichstellung in den Regionen wird in der Studie primär auf die Bereiche fokussiert, die die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998b) favorisiert:

- *Beteiligung und Repräsentation*: die zahlenmäßige Beteiligung von Frauen im Vergleich zu Männern in den relevanten Subkategorien der in Kapitel 2.1 angesprochenen Analysefelder;
- *Ressourcen*: die Verteilung von und der Zugang zu entscheidenden Ressourcen wie Zeit, Raum, Information und Geld, politische und wirtschaftliche Macht, Wissen;

<sup>61</sup> Wirkungsindikatoren im Beschäftigungsbereich wären etwa der Abbau der beruflichen Segregation oder des Einkommensgefälles zwischen Frauen und Männern (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000b). Eine ausführliche Auseinandersetzung mit Indikatoren zur Messung der Gleichstellung im Beschäftigungsbereich findet sich in UMIST (2001).

<sup>62</sup> Gerade dem letzten Bereich dürfte aber auf der lokalen Ebene in Österreich, die keine gesetzgebende Funktion hat, eine geringere Bedeutung zukommen.



- *Normen und Werte*: die die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschlechteridentität einerseits und die gesellschaftlichen Gestaltungsprozesse andererseits beeinflussen;
- *Rechte*: die direkte und indirekte Diskriminierung.

Bei der Erstellung der Indikatoren zur Abschätzung der Situation in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Region wurde das Augenmerk primär auf die ersten drei Bereiche gelegt. *Normen und Werte* sind als ein Teil jener *Realia* zu verstehen, die die geschlechterspezifischen Partizipations- und Ressourcenverteilungsprozesse steuern. Auf Basis der in diesem Kapitel durchgeführten Analysen in den Bereichen *Partizipation* und *Ressourcen* erfolgt in Kapitel 3 eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Mechanismen, die die Geschlechterspezifität der Prozesse steuern, in Kapitel 4 folgen Überlegungen dazu, wie dies geändert werden kann. Auch auf rechtliche Grundlagen (Gesetze, Richtlinien) und deren steuernde Wirkung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im regionalen Kontext wird primär erst in Kapitel 3 und 4 eingegangen.

*Partizipations- und Beteiligungsprozesse* von Frauen hängen davon ab, ob und in welchem Ausmaß die Gleichstellung von Frauen bereits verwirklicht ist. Erst wenn Frauen „als Gleiche“ dasselbe Ausmaß an „Entscheidungsbefugnis und -willen“ zugestanden wird wie den Männern, werden sie sich auch im Prozess der regionalen Gestaltung engagieren. Beteiligung hängt aber auch davon ab, ob und in welchem Ausmaß es von den Einzelnen für wichtig und notwendig erachtet wird, sich in ihrer je spezifischen Individualität in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubringen. Die Verteilung der *Ressourcen* wird einerseits davon bestimmt, ob und in welchem Ausmaß Frauen in der Männerwelt „gleichgezogen“ haben, andererseits aber auch davon, wie hoch oder niedrig „das spezifisch Weibliche“ in der Gesellschaft bewertet wird. Art, Ausmaß und Intensität von geschlechterspezifischen Normen und Werten bilden sich in Abhängigkeit davon, welche

Bedeutung der Aufrechterhaltung der Differenz zwischen Weiblichem und Männlichem zugeschrieben wird. Mit der Wahrnehmung und Anerkennung von Unterschieden zwischen Frauen und zwischen Männern verlieren Geschlechterstereotype demgegenüber handlungsprägende und gesellschaftsgestaltende Kraft.

Bei der Auswahl, Bildung oder Verwendung von Indikatoren sollten auf alle Fälle immer folgende Punkte bedacht / Fragen gestellt werden (vgl. auch Brambilla 2001, 3):

- Sind die Indikatoren nach Geschlechtern disaggregiert?
- Behandeln die Indikatoren sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte einer Thematik?
- Bilden die Indikatoren die Sachverhalte umfassend und verzerrungsfrei ab?
- Ist die Validität (Gültigkeit) der Indikatoren gewährleistet?
- Werden Frauen/Mädchen und Männer/Buben ausreichend berücksichtigt?
- Wird auf wichtige Merkmale wie Alter, Kohorte, Ethnie und Bildung der jeweiligen Geschlechtergruppe ausreichend Rücksicht genommen?
- Wie wird Region/Raum erfasst?
- Wer entscheidet über die Indikatorenauswahl?

### **Welche Arten von Indikatoren sollten zur Erfassung welcher Phänomene gebildet werden?**

Wird der Umfang, die Intensität und die Dynamik der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern analysiert, so können je nach Fragestellung sehr unterschiedliche Aspekte von Chancengleichheit, Ungleichheit und Gleichstellung im Mittelpunkt stehen. Aus Sicht der Indikatorenbildung ist es wichtig, folgende Aspekte zu unterscheiden:

1. *die absolute Dimension eines Phänomens bei für Frauen / Männer*
  - Wie hoch ist das mittlere Einkommen der Frauen?
  - Wie viele Frauen mit akademischem Abschluss sind in der Region auf Jobsuche?
2. *die Gesamtbedeutung eines Phänomens für Frauen / Männer*
  - Welche Rolle spielt der Produktionssektor (noch) für die Frauen- bzw. die Männerbeschäftigung?
  - Wie viele der jüngeren Frauen / Männer schließen eine höhere Ausbildung ab?
3. *die Weiblichkeit / Männlichkeit eines Phänomens*
  - Wie stark ist die Beschäftigung in einer Region von Frauen / Männern dominiert?
  - Wie hoch ist der Anteil der Betriebe, die nur weibliche / männliche Lehrlinge ausbilden?
4. *die Vielfältigkeit eines Phänomens bei Frauen / Männern*
  - Wie groß ist die Vielfalt an Lehrberufen, aus denen Frauen wählen?
  - Wie viele Angebote zur Weiterqualifizierung gibt es spezifisch für Frauen in nicht-traditionellen Berufen?
5. *der Vergleich zwischen Frauen und Männern*
  - Wie hoch sind die Fraueneinkommen im Vergleich zu den Männereinkommen?
  - Wie sieht die berufliche Konzentration im Beschäftigungsbereich bei Frauen im Vergleich zu jener der Männer aus?

6. *der Grad der Segregation zwischen Frauen und Männern*
  - In welchem Ausmaß arbeiten Frauen und Männer auf verschiedenen Arbeitsplätzen?
  - In welchem Ausmaß liegen die Arbeitsplätze von Frauen und Männern räumlich auseinander?
7. *die Dynamik eines Phänomens bei Frauen / Männern*
  - Pendeln mittlerweile mehr oder weniger Frauen / Männer aus einer Region aus?
  - In welchem Ausmaß steigen oder fallen die Einkommen der Frauen / Männer?
8. *die geschlechterspezifischen Unterschiede in der Dynamik eines Phänomens*
  - Ist die Arbeitsplatzdynamik im Produktionsbereich bei den Männern eine andere als bei den Frauen?
  - Öffnet oder schließt sich die geschlechterspezifische Einkommensschere?
9. *die geschlechterspezifische Dynamik eines Phänomens*
  - „Verweiblicht“ oder „vermännlicht“ die Beschäftigung in einer Region (in einem bestimmten Sektor)?
  - Sind relativ mehr Frauen oder Männer vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen?

Die Art und Weise, wie Daten analysiert werden sollen, die Frage, welche Indikatoren sinnvoller Weise gebildet werden sollen, um mehr über die Struktur und die Dynamik im Gleichstellungsbereich zu erfahren, hängt ganz davon ab, welcher der oben angesprochenen Aspekte der Gleichstellung im Mittelpunkt steht. Bei der Zusammenstellung der Karten für die Studie wurde unter anderem auch darauf geachtet, aussagekräftige Beispiele für die verschiedenen Arten an Indikatoren zu finden, die geeignet sind, die räumlichen Muster der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern und in der Lebenssituation von Frauen (Männern) zu erfassen. Folgende Übersicht soll aufzeigen, was die Wahl bestimmter Indikatoren für die Interpretation der räumlichen Muster in Hinblick auf die Gleichstellung bedeutet.

- Der *Medianwert*<sup>63</sup> eignet sich gut zur Darstellung der Einkommenshöhe(n) auf regionaler Ebene. In der Studie beziehen wir uns auf das Medianeinkommen der unselbstständig Beschäftigten am Arbeitsort, um regionale Unterschiede in der absoluten Höhe der Einkommen der Frauen bzw. der Männer aufzuzeigen (Karte 15 und Karte 16).
- Die *absolute Verteilung eines Phänomens im Raum* kann (geschlechterdifferenziert) sehr gut über regional richtig platzierte Symbolstatistiken in Karten dargestellt werden. In der Studie verwenden wir derartige Karten, um etwa das Fehlen weiblicher EntscheidungsträgerInnen auf regionaler Ebene zu verdeutlichen (Karte 33)
- Der *Modus (häufigste Wert)* eignet sich etwa in Hinblick auf Berufe gut, um aufzuzeigen, wie sich regionale Strukturen im Wirtschaftsbereich auf einer sehr grundlegenden Ebene in Geschlechterverhältnisse umsetzen. So geben etwa die regional häufigsten Berufe (Berufsfelder) bei Frauen und Männern in einem ersten Schritt relativ gut Aufschluss über die sozial dominanten Geschlechterkulturen in einer Region.

<sup>63</sup> Das Medianeinkommen der Frauen liegt bei dem Wert, bei dem genau die Hälfte der Frauen darunter, die Hälfte der Frauen darüber verdient. Um Unterschiede in der Gesamtverteilung (etwa der Streuung von Einkommen zwischen Frauen und Männern auf regionaler Ebene) aufzuzeigen, kann der Median um Quartile und/oder Dezile ergänzt werden (vgl. beispielhaft dazu Amt der OÖ Landesregierung 2001, S. 155f). Das untere Quartil des Einkommens liegt bei dem Wert, bei dem genau ein Viertel der Frauen darunter, drei Viertel darüber verdienen. Das unterste Dezil des Einkommens liegt bei dem Wert, bei dem genau ein Zehntel der Frauen darunter, neun Zehntel darüber verdienen. Entsprechende Definitionen gelten für das obere Quartil und das oberste Dezil.

- Der Indikator „*Anteil (Prozent) der von einem Phänomen betroffenen Frauen (männer) an allen Frauen (Männern)*“<sup>64</sup> eignet sich, um zu aufzuzeigen, wie wichtig ein bestimmtes Phänomen für Frauen (Männer) ist. Diese Form der Indikatorbildung wurde in der Studie unter anderem gewählt um aufzuzeigen, welche Bedeutung die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion / im Dienstleistungsbereich in den verschiedenen Regionen für Frauen besitzt (Karte 10 und Karte 13).
- Der Indikator „*Veränderung in absoluten Prozentpunkten*“<sup>65</sup>, eignet sich, um die Dynamik eines bestimmten Phänomens aus Perspektive der Frauen zu beschreiben. Wir haben diese Form der Indikatorbildung in der Studie gewählt, um Unterschiede in der Dynamik der Frauenbeschäftigung in verschiedenen Regionen aufzuzeigen (Karte 7).
- Der Indikator „*Anteil der (Prozent) Frauen an einem Phänomen*“<sup>66</sup> eignet sich, um die Weiblichkeit / Männlichkeit eines Phänomens aufzuzeigen. Wir haben diese Form der Indikatorbildung in der Studie unter anderem gewählt, um Unterschiede in der weiblichen bzw. männlichen Prägung regionaler Arbeitsmärkte aufzuzeigen (Karte 8).
- Der Indikator „*absolute Veränderung des Frauenanteiles (Prozentwertes) an einem Gesamtphänomen*“ eignet sich, dazu aufzuzeigen, ob ein Phänomen immer weiblicher oder männlicher wird. Diese Form der Indikatorbildung wurde in der Studie unter anderem gewählt um zu zeigen, welche regionalen Arbeitsmärkte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre besonders stark „verweiblichten“ und welche (wieder) männlicher wurden (Karte 9).
- Der Indikator „*kumulierter Anteil (kumulierter Prozentsatz) der Frauen, in den ein, zwei, drei, ... zehn größten Ausprägungen eines Phänomens*“ gibt Aufschluss darüber, wie stark ein Phänomen bei Frauen auf einige wenige Ausprägungen konzentriert ist. Im Rahmen vorliegender Studie haben wir diesen Indikator verwendet, um aufzuzeigen, wie stark die beruflichen Konzentrationen bei Mädchen im Lehrbereich ausfallen (Karte 3).
- Der Indikator „*Gesamtzahl an Varianten in dem ein Phänomen auftritt*“ gibt Aufschluss über die Vielfältigkeit in einem Lebensbereich auf regionaler Ebene. In der Studie haben wir einen derartigen Indikator verwendet, um aufzuzeigen, wie groß bzw. klein die Vielfalt im Lehrbereich bei den jungen Frauen ist.
- Der Indikator „*Anteil der Frauen auf Anteil der Männer, die von einem bestimmten Phänomen betroffen sind*“ misst, ob ein Phänomen bei Frauen im Vergleich zu den Männern über- oder unterproportional auftritt. Im Rahmen der Studie haben wir den Anteil der jungen berufstätigen Frauen, die über eine gute Ausbildung (Matura) verfügen zu jenem der jungen berufstätigen Männer in Beziehung gesetzt, um zu zeigen, dass die berufstätigen jungen Frauen in vielen Regionen schon seit Beginn der 1990er Jahre eine deutlich bessere formale Qualifikation aufweisen als die jungen Männer (Karte 19).
- Den Indikator „*Veränderung in der absoluten Differenz zwischen der weiblichen und der männlichen Ausprägung eines Phänomens*“ eignet sich, um das Öffnen und Schließen von Gender-Gaps zu erfassen. In der Studie wird ein derartiger Indikator verwendet, um zu zeigen, in welchem Ausmaß sich die geschlechterspezifische Einkommensschere in verschiedenen Regionen Österreichs öffnet (Karte 18).

<sup>64</sup> Zahl der Frauen, die von diesem Phänomen betroffen sind / Gesamtzahl Frauen in der relevanten Bezugsgruppe. Multipliziert mit 100 ergibt das den Prozentsatz an Frauen, für die ein Phänomen zutrifft.

<sup>65</sup> Zahl der Frauen, die heute von einem Phänomen betroffen sind / Zahl Frauen, die vom Phänomen zu einem früheren Zeitpunkt betroffen waren)\* 100 - 100

<sup>66</sup> Zahl weiblicher Personen die von einem Phänomen betroffen sind / Gesamtzahl von Personen, die von einem Phänomen betroffen sind. Multipliziert mit 100: Wie viel Prozent der Personen, die von einem Phänomen betroffen sind, sind Frauen.

- Rangreihungen können sehr nützlich sein um Phänomene, die zu zwei Zeitpunkten oder für Frauen und Männer eine sehr unterschiedliche Höhe und Variationsbreite aufweisen „vergleichbar“ zu machen, sprich Niveau- und Streuungseffekte auszu-schalten. Im Rahmen vorliegender Studie ist auch eine Karte zur regionalen Dynamik der Erwerbsbeteiligung der Frauen inkludiert, für die die Bezirke nach der Höhe der Erwerbsquoten der Frauen getrennt für die zwei Zeitpunkte 1971 und 1991 gereiht wurden. Anschließend wurden Gruppen an Bezirken mit relativ hoher bzw. niedriger Erwerbsquote zu den beiden Zeitpunkten erstellt und „verkreuzt“ (Karte 25).

Folgende Anhaltspunkte können helfen, über die hier dargestellten Punkte hinausgehend regional relevante Analysefragestellungen zu identifizieren:

- Vergleiche zwischen ähnlich strukturierten Räumen durchführen, um Defizite bzw. Potenziale aufzudecken.
- Bekannte und/oder vermutete Ungleichheitsstrukturen, die in einer Region wirksam sind, näher untersuchen.
- Auffälligkeiten in Daten/Informationen nachgehen.
- Fehlenden Daten/Informationen nachgehen oder erheben.
- Einzelbeobachtungen oder lokal auftretende Probleme auch für die gesamte Region hinterfragen oder thematisieren.

### **Indikatoren zur Erfassung gleichstellungsrelevanter Strukturen in Bezug auf Bildung, Qualifikation und Wissen im regionalen Kontext**

Wie und auf welche Weise Indikatoren gebildet werden können, die sich zur Identifizierung der Art und des Ausmaßes der Gleichstellung von Frauen und Männern auf regionaler Ebene (bzw. deren Fehlen) eignen, wird im Folgenden beispielhaft für die in Bezug auf Bildung, Qualifikation und Wissen im regionalen Kontext als relevant erachteten Analysefelder dargestellt.

#### **Indikatoren zur Erfassung gleichstellungsrelevanter Strukturen im Bereich Bildung, Qualifikation und Wissen für die Gleichstellung in den abgeleiteten Analysefeldern**

- Analysefeld „Geschlechterspezifischer Zugang zum Ausbildungssystem“
- Analysefeld „Geschlechterspezifische Beteiligung an der Bildung“
- Analysefeld „Geschlechterspezifische Berufswahl“
- Analysefeld „Unterstützungsstruktur für gleichstellungsorientierte Berufsentscheidungen“
- Analysefeld „Geschlechterspezifische Wissensvermittlung“
- Analysefeld „Geschlechterspezifische Strukturen des Weiterbildungssystems“
- Analysefeld „Unterstützungsstrukturen zur Bündelung weiblicher Stärken zu beruflich verwertbaren Qualifizierungen“

#### *Analysefeld „Geschlechterspezifischer Zugang zum Ausbildungssystem“*

Zu achten ist generell auf eine Differenzierung der Analysen in Bezug auf Art und Höhe des Bildungsbereiches. Als besonders relevant für die Erstausbildung sind dabei die Differenzierungen im sekundären (mittleren und höheren) Schulbereich.

- Indikator *„Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler im Höheren Berufsbildenden Schulsystem vor Ort und dessen Verteilung nach Geschlecht sowie nach kaufmännischer (wirtschaftsbezogener) und technischer Ausrichtung“* (Karten 1 und 2)

Datenquelle: Schulstatistik, ISIS-Datenbank der Statistik Austria

Die Daten, so wie sie in den Karten 1 (für 2001) und 2 (für 1991) dargestellt sind, erleichtern es zu erkennen: (i) wie sich die Absolutzahlen im Höheren Berufsbildenden Schulbereich in den verschiedenen Regionen insgesamt verändert haben, (ii) wie die geschlechterspezifische Gesamtverteilung im Höheren Berufsbildenden Schulbereich in den Regionen aussieht und wie sie sich im Verlauf der 1990er Jahre veränderte, (iii) wie die Aufteilung im Höheren Berufsbildenden Schulbereich in den Regionen auf den kaufmännischen und den technischen Bereich aussieht, von welcher Geschlechterspezifität diese Aufteilung geprägt wird und welche Dynamik diese Geschlechterspezifität im Verlauf der 1990er Jahre aufwies.

Zu beachten ist, dass schulortbezogene Daten nicht wirklich etwas über die reale Bildungsbeteiligung der in der Region Lebenden aussagt. Der Anteil der Mädchen und Buben, die außerhalb der Region eine Schule besuchen, ist gerade in den peripheren Regionen (auch heute noch) sehr hoch.

- Indikator *„Vielfalt und Geschlechterspezifität im weiterführenden Schulangebot“*

Getrennt zu erheben für Altersstufe 14/15 Jahre (Ende 8. Schulstufe), 15/16 Jahre (Ende Schulpflicht), 17/18 Jahre (Ende berufsbezogener mittlerer Bildungsbereich), 18/19 Jahre (Ende höherer Erstausbildungsbereich), 24/25 Jahre (Ende akademische Erstausbildung)

Datenquelle: Schulstatistik, ISIS-Datenbank der Statistik Austria; Eigenerhebungen

Es wurden zu dieser Thematik im Rahmen vorliegender Studie keine Daten zusammengestellt.

#### *Analysefeld „Geschlechterspezifische Beteiligung an der Bildung“*

Zu achten ist in diesem Analysefeld insbesondere auf eine klare Bezugnahme auf die relevanten Altersgrenzen im österreichischen Bildungssystem (s.o.). In der statistischen Aufbereitung ist auch zu beachten, dass regionale Schulstatistiken aufgrund von Pendelverflechtungen im Ausbildungsbereich nicht unbedingt etwas über die Bildungsbeteiligung „vor Ort“ aussagen.

- Indikator *„Anteil der in einer Region wohnhaften jungen Frauen bzw. Männer, die in bestimmten Altersklassen (im Alter 15, im Alter 18, im Alter 20) noch in Erstausbildung sind“*
- Indikator *„Anteil der in einer Region wohnhaften jungen Frauen bzw. Männer, die von einer Stufe des Bildungssystems in die nächste übertreten“*

Datenquellen: Volkszählungsdaten, Mikrozensusdaten, ExpertInnengespräche mit LehrerInnen u.ä.

Es wurden zu dieser Thematik im Rahmen vorliegender Studie keine Analysen durchgeführt, da die Daten der Volkszählung 2001 dazu noch nicht vorliegen und kleinräumige Analysen des Mikrozensus in der von uns gewünschten Detailliertheit (auf Bezirksebene) nicht möglich sind.

*Analysefeld „Geschlechterspezifische Berufswahl“*

Zu achten ist in diesem Analysefeld generell auf eine Differenzierung der Analysen in Bezug auf soziale und ethnische Herkunft. Besonders deutlich von einer Geschlechterspezifik geprägt sind die Berufswahlprozesse im Lehrbereich.

- Indikator: *„Gesamtanteil an weiblichen Lehrlingen, die in den 10 häufigsten frauenspezifischen Lehrberufen in der Region eine Lehre beginnen“* (Karte 3)

Datenquelle: Lehrlingsstatistik der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer

Die Daten in Karte 3 zeigen, in welchen Regionen die Konzentration der weiblichen Lehrlinge auf einige wenige Lehrberufe besonders hoch ist.

Die Daten sind auf Einzelregionsebene unbedingt zu ergänzen durch genauere Analysen des „Konzentrationsverlaufes“: In welchem Ausmaß dominiert ein einzelner Lehrberuf? Wie hoch ist die Dominanz der drei häufigsten Lehrberufe? In welcher Form verläuft die Konzentrationskurve ab dem zweit-, viert- ...häufigsten Beruf?

- Indikator: *„Konzentrationsindex der weiblichen Lehrlinge auf die 10 häufigsten Lehrberufe (s. o.) zum Konzentrationsindex der männlichen Lehrlinge auf die 10 häufigsten Lehrberufe“* (Karte 4)

Datenquelle: Lehrlingsstatistik der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer

Die Daten in Karte 4 zeigen, in welchen Regionen es eine besonders hohe Konzentration im weiblichen Lehrbereich im Vergleich zu den Männern gibt und in welchen Regionen die Konzentration im Lehrbereich bei den Frauen im Vergleich zu jener bei den Männern eher unterdurchschnittlich ist.

- Indikator *„Häufigster Lehrberuf, den Frauen in einer Region wählen“*
- Indikator *„Zahl der Lehrberufe, in denen Frauen insgesamt zu finden sind“*

Datenquelle: Lehrlingsstatistik der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer

Der Modus (häufigster Lehrberuf) eignet sich gut, um den grundlegenden Einfluss der regionalen Wirtschaftsstruktur auf die Lehrsituation bei Frauen auszuloten. Der zweite Indikator ermöglicht eine Abschätzung der Angebotsvielfalt und deren Zugänglichkeit in einer Region.

- Indikator *„Vielfalt an Berufswünschen, die von Mädchen bzw. Buben im Alter von 15 Jahren geäußert werden“*
- Indikator *„Unterstützung, die Mädchen bzw. Buben in Abhängigkeit von der Geschlechterspezifik ihres erwünschten Ausbildungs- bzw. Berufsfeldes durch das elterliche und schulische Umfeld bzw. in ihren Freundeskreisen erhalten“*

Datenquelle: Befragungen, Tiefeninterviews bei SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern

Vgl. dazu beispielhaft die im Zuge der Erstellung des Frauenberichtes Oberösterreich zusammengetragenen und von Siegrun Herzog (2001) im Detail ausgewerteten Informationen.



*Analysefeld „Unterstützungsstruktur für gleichstellungsorientierte Berufsentscheidungen“*

- Indikator „Anzahl der Klassen der 8. bzw. 12. Schulstufe in der Region, die einen geschlechtersensiblen Berufsorientierungsunterricht erhalten“

Datenquellen: Schulen, Arbeitsmarktservice, Mädchenberatungseinrichtungen

Im Rahmen vorliegender Studie war es nicht möglich, zu dieser Thematik flächendeckend Daten zu erheben.

*Analysefeld „Geschlechterspezifische Wissensvermittlung“*

- Indikator „Anteil (Prozent) der Lehrbetriebe, die ausschließlich weibliche Lehrlinge ausbilden“ (Karte 5)
- Indikator „Zahl der Lehrbetriebe, die ausschließlich weibliche Lehrlinge ausbilden zur Zahl der Lehrbetriebe, die ausschließlich männliche Lehrlinge ausbilden“ (Karte 6)

Datenquelle: Lehrlingsstatistik der Österreichischen Wirtschaftskammer

Die Daten in Karte 5 zeigen, in welchen Regionen es insgesamt eine eher geschlechterdifferenzierte Ausbildung im Lehrbereich (bei den Frauen) gibt. Die Daten in Karte 6 zeigen demgegenüber, in welchen Regionen die Geschlechterspezifik im Lehrbereich eher weiblich, in welchen sie eher männlich dominiert ist.

*Analysefeld „Geschlechterspezifische Strukturen des Weiterbildungssystems“*

- Indikator „Anteil der Frauen, die Qualifizierungen in „nicht-traditionellen“ Bereichen erhalten haben, an allen Frauen in einer Region, die im Verlauf eines Jahres öffentlich geförderten Qualifikationsangebote in Anspruch nahmen“

Datenquelle: Arbeitsmarktverwaltung, Monitoring ESF; ExpertInnen-Interviews

Im Rahmen vorliegender Studie war es nicht möglich, flächendeckend für Österreich Daten zur Geschlechterspezifik des regionalen Weiterbildungsangebotes zu erheben.

- *Analysefeld „Unterstützungsstrukturen zur Bündelung weiblicher Stärken zu beruflich verwertbaren Qualifizierungen“*

Im Rahmen vorliegender Studie wird beispielhaft immer wieder auf Projekte verwiesen, die eine derartige Bündelung versuchen.

### 2.3 Räumliche Variation weiblicher Lebenszusammenhänge und geschlechterbezogener Ungleichheit in Österreich

Eine Regionalanalyse, die an Gleichstellung orientiert ist, muss primär einmal aufspüren, in welchen Bereichen es Frauen (und Männern) in bestimmten regionalen Kontexten an einer tatsächlich lebhaften Vielfalt fehlt und welche Barrieren es sind, die Frauen (und Männern) „andere“, alternative Lebenswege verstellen. Die Lebenszusammenhänge sind nicht in allen Regionen gleichermaßen strukturiert und die Regionalentwicklung muss in ihrer Maßnahmenplanung verstärkt auf die realen Ausformungen und Schwerpunkte der geschlechterspezifischen Ungleichheiten in den verschiedenen regionalen Kontexten Rücksicht nehmen. Im Folgenden werden einige grundlegende Muster in den räumlichen Strukturen der geschlechterbezogenen Ungleichheit in Österreich getrennt für die Bereiche (i) *Bildung, Qualifikation und Wissen*, (ii) *Wirtschaft, Arbeit und Beruf*, (iii) *soziale Beziehungen, Geschlechter- und Generationenbezüge*, (iv) *Mobilität* und (v) *politische Partizipation* identifiziert. Die Bereiche *Räumliche Nutzungsformen* und *kulturelle Ausdrucksformen* werden aufgrund weitgehend fehlender, flächendeckender Daten in diesem Kapitel nicht mehr behandelt. Es wird darüber hinaus auch nur beispielhaft auf jene Analysefelder und gleichstellungsrelevanten Dimensionen Bezug genommen, für die relativ einfach und flächendeckend Daten für Gesamtösterreich zu ermitteln waren (sind). Da es im Rahmen vorliegender Studie primär um die Identifizierung grundlegender Muster in der Dynamik der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern auf regionaler Ebene geht, werden auch nur sehr selektiv innerregionale Differenzierungen, kohortenspezifische Muster sowie soziale und ethnische Unterschiede angesprochen.

#### Analyse gleichstellungsrelevanter Strukturen für Frauen und Männer auf regionaler Ebene in den abgeleiteten Bereichen und Analysefeldern

- Bildung, Qualifikation, Wissen,
- Wirtschaften, Arbeiten, Beruf,
- Soziale Beziehungen, insbesondere Geschlechter- und Generationenbeziehungen,
- Raumnutzung und räumliche Mobilität,
- Politische Partizipation.

#### Lebensbereich Bildung, Qualifikation und Wissen

Unter der Voraussetzung, dass Regionalentwicklung das vorhandene Wissen nutzen und fehlendes Wissen fördern will, sind ein gleichberechtigter Zugang der Frauen zu Wissen und eine gleichberechtigte Mitbestimmung der Frauen bei den Bildungsinhalten erforderlich. Spezifische Bildungsangebote für Frauen dienen primär dazu, verinnerlichte Klischees aufzulösen, die sich immer in einer dem Zeitgeist entsprechenden Form zeigen und alte Hierarchien transportieren. Frauen sollen durch Aufklärung und Selbstreflexion eigene, selbstständige und selbstverantwortliche Lebensentwürfe erstellen und deren Umsetzung erwirken (Gieseke 1999). Die regionale Wissensbasis wird durch die Nutzung einer breiten Wissensbasis erweitert, gemeinsam mit Frauen können „andere“ Alternativen entwickelt und Fehlentscheidungen vermieden werden. Für folgende Analysefelder wurden in der Studie Daten erhoben:

**Regionale Analysefelder im Bereich Bildung, Qualifikation, Wissen**

- Geschlechterspezifischer Zugang zum Ausbildungssystem
- Geschlechterspezifische Berufswahl
- Geschlechterspezifische Strukturen der Wissensvermittlung

- Analysefeld „*Geschlechterspezifischer Zugang zum Ausbildungssystem*“

Besonders kritisch in Hinblick auf die Geschlechtertrennung im weiteren Arbeitsleben sind die Strukturen, die sich im berufsbildenden Schulbereich erkennen lassen. In den Karten 1 und 2 ist dargestellt, wie sich die Zahl der Schülerinnen (violett) und Schüler (grün) im berufsbildenden höheren Schulbereich (BHS) im Verlauf der 1990er Jahre entwickelte, getrennt nach kaufmännischem (hellere Farben) und technischem Bereich (dunklere Farben). Die Kreisgrößen spiegeln die Gesamtzahlen an SchülerInnen im BHS-Sektor und deren Entwicklung zwischen 1991 und 2001 in den Regionen wider. Was ist an besonderen Auffälligkeiten zu erkennen?

Junge Frauen besuchen erwartungsgemäß in allen Regionen eher die kaufmännischen als die technischen Schulen. Der Anteil der jungen Frauen in den Technischen Höheren Schulen ist in den meisten Regionen verschwindend gering, nur in den Großstädten gibt es auch technische Schulen, die stärker von Frauen besucht werden. Insgesamt zeigt sich, dass Frauen den BHS-Bereich gesamt gesehen immer stärker dominieren, insbesondere in den ländlichen Regionen, in denen auch 2001 primär kaufmännische Ausbildungen angeboten werden.

Frauen absolvieren im Gegensatz zu den jungen Männern die höhere Ausbildung eher in den Regionen vor Ort. Insbesondere in peripheren Regionen sind mehr als die Hälfte der SchülerInnen, die eine höhere Schule besuchen Frauen. In zentralen Stadtregionen sind deutlich mehr Männer als Frauen im BHS-Bereich zu finden. Wie auch aus Karten 30 und 31 (vgl. Lebensbereich Mobilität) ersichtlich, verläuft die Ausbildungsmobilität bei den Männern sehr klar in Richtung spezialisierter Ausbildungsregionen (z.B. Kuchl/Salzburg oder Leoben). Frauen hingegen konzentrieren sich in ihrer Ausbildungsmobilität stärker auf die regionalen Schulbezirke.

- Analysefeld „*Geschlechterspezifische Berufswahl*“

Mädchenlehrberufe weisen insgesamt eine höhere Konzentration auf als jene für Buben. Insgesamt konzentrieren sich im Österreichschnitt 78% (2001) der Mädchen auf 10 Lehrberufe, bei den Buben liegt der entsprechende Wert bei nur 54%. Eine relativ einseitige Lehrstruktur der Mädchen lässt sich in Teilen der Tiroler und Salzburger Alpen, in Kärnten, der Südwest- und Oststeiermark, dem Südburgenland, sowie in Teilen der Grenzregion und der Voralpen in NÖ erkennen (Karte 3). Eine klarere regionale Differenzierung lässt sich ausmachen, wenn die Konzentrationen im Lehrbereich für Frauen und Männer verglichen werden (Karte 4). Eine gegenüber den Männern im regionalen Kontext besonders hohe Konzentration im Lehrbereich zeigt sich in den meisten Bezirken Tirols, in weiten Teilen der Steiermark sowie im Umland von Wien. Im regionalen Vergleich liegt die Konzentration im Lehrbereich insbesondere in den Grenzregionen und in den peripheren alpinen Regionen bei den Männern über jener der Frauen.

Der häufigste Lehrberuf bei Mädchen 2001 in den verschiedenen Bezirken	
Frisörin	42 Bezirke: Eisenstadt Umgebung, Neusiedl am See, Oberpullendorf, St. Veit an der Glan, Baden, Bruck an der Leitha, Gänserndorf, Korneuburg, Mistelbach an der Zaya, St. Pölten, Tulln, Wiener Neustadt, Wien Umgebung, Eferding, Grieskirchen, Steyr Land, Urfahr Umgebung, Bruck an der Mur, Innsbruck Stadt, Innsbruck Land, Schwaz, Bludenz, Bregenz, Dornbirn, Wien 1, Wien 3, Wien 4, Wien 5, Wien 6, Wien 7, Wien 8, Wien 10, Wien 11, Wien 12, Wien 13, Wien 16, Wien 17, Wien 18, Wien 19, Wien 20, Wien 21, Wien 22
Köchin	39 Bezirke: Oberwart, Güssing, Jennersdorf, Feldkirchen, Hermagor, Klagenfurt Land, Spittal an der Drau, Wolfsberg, Amstetten, Gmünd, Horn, Krems an der Donau, Lilienfeld, Melk, Neunkirchen, Scheibbs, Waidhofen an der Thaya, Zwettl, Freistadt, Rohrbach, St. Johann im Pongau, Tamsweg, Zell am See, Deutschlandsberg, Feldbach, Fürstenfeld, Hartberg, Judenburg, Leibnitz, Leoben, Liezen, Mürzzuschlag, Murau, Radkersburg, Gröbming, Voitsberg, Weiz, Bad Aussee, Knittelfeld
Bürokauffrau	27 Bezirke: Mattersburg, Klagenfurt Stadt, Villach Stadt, Mödling, Linz Stadt, Steyr Stadt, Wels Stadt, Braunau am Inn, Gmunden, Kirchdorf an der Krems, Linz Land, Schärding am Inn, Vöcklabruck, Wels Land, Salzburg Stadt, Hallein, Salzburg Umgebung, Graz Stadt, Graz Umgebung, Kitzbühel, Kufstein, Feldkirch, Wien 2, Wien 9, Wien 14, Wien 15, Wien 23
Einzelhandelskauffrau (Lebensmittel)	6 Bezirke: Villach Land (L), Völkermarkt, Hollabrunn (L), Perg (L), Ried im Innkreis, Linz
Hotel- und Gastgewerbeassistentin	3 Bezirke: Imst, Landeck, Reutte
(Bundeswirtschaftskammer 2001, Lehrlingsstatistik)	

Dies lässt darauf schließen, dass die „Auswahl“ im Lehrbereich bei Frauen *und* Männern „in der Peripherie“ im Allgemeinen nicht besonders groß ist und dass sie bei den Männern vor allem in den zentralen Industrieregionen deutlich ansteigt. Im städtischen Bereich ist die Lehrsituation bei Frauen einerseits eine sehr konzentrierte (relativ viele Frauen in einigen wenigen Berufen im Büro- und Handelsbereich), andererseits insgesamt aber auch eine deutlich vielfältigere<sup>67</sup>.

Die Bezirke mit der größten Vielfalt an weiblichen Lehrberufen, sind Graz Stadt (96), Linz Stadt (81), Salzburg Stadt (73), St. Pölten (71), Bregenz (69), Gmunden, Feldkirch, Braunau/Inn, Ried/Innkreis (68), Klagenfurt Stadt (66), Amstetten (63), Vöcklabruck (62), Graz Umgebung (60), Innsbruck Stadt (60), Mödling (60), Weiz (59), Salzburg Umgebung (58), Wels Stadt (58) und Bludenz (57). Überraschend ist dabei weniger die deutlich größere Vielfalt in den großstädtischen Bereichen insgesamt, als die doch recht deutlichen Unterschiede etwa zwischen Graz und Innsbruck, das gute Abschneiden der „kleinen“ Hauptstädte St. Pölten und Bregenz sowie die große Vielfalt die sich für Bezirke wie Feldkirch, Braunau, Ried und Vöcklabruck, aber auch in Amstetten oder Weiz erkennen lässt.

Die Bezirke, in den die kleinste Vielfalt an weiblichen Lehrberufen zu finden ist, sind primär die „kleinen“ (städtischen) und/oder peripheren Bezirke: Lilienfeld, Horn, Wien 18, Wien 8, Wien 17 (24), Tulln (23), Murau (22), Bruck/Leitha, Klagenfurt Land, Hollabrunn (21), Bad Aussee, Hermagor (19), Radkersburg (17), Jennersdorf, Güssing (14), Mariazell (11), Eisenstadt Umgebung (10).

<sup>67</sup> Eine extrem hohe Konzentration (über dem Österreichschnitt von 42%) bei den Mädchen auf nur 3 Lehrberufe ist in Wien und der Steiermark festzustellen.

Berufswünsche von Frauen im Alter von 15 Jahren nach Kohorten in drei Regionen Oberösterreichs									
	19 bis 26-Jährige			27 bis 37-Jährige			38 bis 50-Jährige		
	L	R	V	L	R	V	L	R	V
Büroberufe	8%	4%	4%	7%	6%	6%	11%	6%	4%
Gastgewerbe	5%	7%	1%	2%	7%	5%	1%	7%	4%
Gesundheits- u. Sanitätsberufe	7%	11%	1%	9%	21%	20%	18%	13%	15%
Handel	-	7%	1%	6%	5%	4%	9%	7%	10%
keinen Beruf, weiß nicht, arbeiten	3%	9%	6%	2%	9%	9%	4%	8%	5%
Kinderbetreuung, Erziehung	12%	3%	12%	7%	10%	5%	10%	12%	9%
Schönheit, Körperpflege	2%	7%	12%	6%	12%	7%	8%	15%	12%
Künstlerisch-musische Berufe	10%	2%	4%	4%	4%	4%	3%	-	3%
Lehrkräfte	10%	6%	12%	10%	8%	5%	15%	9%	9%
Medizinische Berufe	7%	11%	5%	7%	3%	5%	3%	2%	3%
Schneiderin	-	2%	-	1%	5%	10%	3%	11%	4%
Summe der 10 häufigsten Gruppen	64%	69%	58%	61%	92%	80%	85%	90%	78%
Nennungen gesamt	60	99	78	100	119	82	101	125	93
L = Linz, R = Rohrbach, V = Vöcklabruck									
19 bis 26-Jährige = Geburtsjahrgänge 1973 bis 1980									
27 bis 37-Jährige = Geburtsjahrgänge 1962 bis 1972									
37 bis 50-Jährige = Geburtsjahrgänge 1949 bis 1961									
(Herzog 2001, 120)									

In einer Befragung von Frauen in Oberösterreich (Amt der OÖ Landesregierung, 2001) wurden die Berufswünsche, die Frauen im Alter von 15 Jahren hatten, erhoben. Die Daten zeigen beispielhaft, von welchen Dynamiken über Regionen und Kohorten in den Berufswahlprozessen von Frauen auszugehen ist. Die in der Untersuchung genannten Berufswünsche bewegen sich über alle Kohorten und Regionen hinweg zum Großteil innerhalb der traditionellen weiblichen Berufe. Dieser Trend wird verstärkt, weil sich die Umsetzung von Berufswünschen in nicht traditionellen Berufsfeldern vielfach als sehr schwierig darstellt: Das Angebot entsprechender Ausbildungsplätze für Frauen ist nicht vorhanden.

Dennoch zeigt sich bei den jüngeren Frauen zumindest eine gewisse Ausdifferenzierung der Berufswünsche. Junge Frauen tendieren zunehmend auch zu Berufen im Bereich Technik und Forschung. Diese Orientierung von Frauen an neuen Berufsfeldern ist in den mittel- bis großstädtischen, bzw. industriell, gewerblich orientierten Regionen stärker ausgeprägt als in den Regionen mit dominierendem Wirtschaftszweig in der Landwirtschaft. Insgesamt werden die sektoralen Berufswünsche der Frauen in Oberösterreich sehr stark von dem gesteuert, was mit dem Etikett „weiblich“ verbunden wird, sprich Tätigkeiten, die mit Menschen zu tun haben. Die Berufsfelder, in denen Frauen dominieren, variieren über die Altersgruppen der Frauen und über die Regionen. Ein Vergleich von drei Altersgruppen hat gezeigt, dass Frauen im Lebensverlauf ihre Präferenzen ändern.

In der Intensität des geschlechterbezogenen Denkens im Berufsbereich besteht übrigens keine regionale Differenzierung: Krankenpflege wird in Österreich sowohl in der Stadt als auch am Land als „Frauensache“ gesehen, Ingenieur-Sein ist auch in den Augen der städtischen Bevölkerung primär etwas für Männer<sup>68</sup>. Initiativen zum Aufbrechen geschlechterbezogenen beruflichen Denkens bei Jugendlichen und ihren Eltern sind daher in allen regionalen Kontexten wichtig.

<sup>68</sup> Eigene Analysen des Eurobarometer 44.3 (1996).

**Bevorzugte Berufsfelder von Frauen nach Altersgruppen in Oberösterreich**

	Linz			Rohrbach			Vöcklabruck		
	19-26	27-37	38-50	19-26	27-37	38-50	19-26	27-37	38-50
Bildung	18%	20%	13%	16%	8%	9%	15%	13%	11%
Büro, Verwaltung	8%	19%	19%	15%	21%	9%	16%	14%	12%
Gastgewerbe, Beherbergung	5%	3%	2%	9%	5%	9%	8%	6%	6%
Gesundheit, Pflege, Soziales	45%	31%	45%	33%	39%	35%	22%	40%	37%
Gewerbe	2%	1%	1%	1%	6%	5%	4%	-	1%
Industrie	-	-	-	1%	2%	2%	1%	-	1%
Landwirtschaft	-	1%	1%	5%	2%	13%	5%	5%	8%
Technik, Forschung	5%	15%	4%	4%	1%	2%	9%	1%	5%
Verkauf, Handel	3%	4%	7%	11%	14%	10%	12%	12%	13%
Sonstiges	15%	6%	6%	5%	1%	3%	9%	7%	5%
Weiß nicht	2%	2%	3%	1%	2%	2%	-	1%	3%
Fallzahl	67	113	121	104	126	127	101	94	112

Spaltenprozent; L = Linz, R = Rohrbach, V = Vöcklabruck

19-26 = 19 bis 26-Jährige 1999; 27-37 = 27 bis 37-Jährige 1999; 38-50 = 38 bis 50-Jährige 1999  
(Herzog 2001, 121)

- Analysefeld „*Geschlechterspezifische Wissensvermittlung*“

Anhaltende geschlechterspezifische Segregationen im Erwerbsbereich sind auch darauf zurückzuführen, dass die Vermittlung und Aneignung von Wissen bei Buben und Mädchen vielfach sogar räumlich völlig getrennt erfolgt. Karte 5 und Karte 6 stellen die räumliche Variation in der getrennten Wissensvermittlung bei Frauen und Männern beispielhaft für den Lehrbereich dar. Wie zu erkennen ist, ist eine geschlechtergetrennte Wissensvermittlung im Lehrbereich besonders charakteristisch für den großstädtischen Bereich einerseits, wo vor allem Frauen in ihrer Lehrausbildung unter sich sind, sowie die städtischen Umlandgebiete und die Grenzregionen in NÖ und Burgenland andererseits, wo vor allem Männer in ihrer Lehrausbildung unter sich sind.

**Lebensbereich Wirtschaften, Arbeiten und Berufsleben**

Wirtschaftlicher Wandel wird durch Vielfalt vorangetrieben. In wie fern diese Vielfalt für Frauen und Männer gleichermaßen im regionalen Kontext anzutreffen ist, welche Ungleichheitsstrukturen den Beschäftigungsbereich in den österreichischen Regionen charakterisieren und welche Unterstützungsstrukturen für Frauen nutzbar sind, wird über folgende Analysefelder dargestellt:

**Regionale Analysefelder im Bereich Wirtschaft, Arbeit und Beruf**

- Dynamik in der Erwerbsbeschäftigung der Frauen
- Grad der Tertiärisierung der Beschäftigung bei Frauen und Männern
- Geschlechterspezifik in der sektoralen Ausrichtung der Wirtschaftsförderung
- Dynamik in der Unternehmensgründung bei Frauen und Männern
- Dynamik in den Erwerbseinkommen bei Frauen und Männern
- Räumliche Segregation der Arbeitsplätze von Frauen und Männern
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse bei Frauen
- Umsetzbarkeit von Qualifikationen von Frauen
- Arbeitslosigkeit bei Frauen und Männern

- Analysefeld „Beschäftigungsdynamik“

Insgesamt ist die Zahl der unselbständig beschäftigten Frauen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in fast allen Regionen Österreichs deutlich gewachsen (Karte 7). Besonders dynamisch verlief die Beschäftigungsentwicklung in den oberösterreichischen und steirischen Bezirken, im Nordburgenland, in den Umländern der Großstädte. Eine besonders geringe Beschäftigungsdynamik zeigt sich im inneralpinen Raum. Die Daten spiegeln primär einmal die Dynamik in der Tertiärisierung der Beschäftigung Ende der 1990er Jahre auf den verschiedenen regionalen Arbeitsmärkten wider. Durch die Entwicklung des Tourismus erfolgte etwa die Tertiärisierung in den alpinen Regionen Österreichs bereits früher, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stagniert die Entwicklung. Ähnliches ist für die großstädtischen Regionen zu erkennen.

**Die 10 Bezirke mit der höchsten Beschäftigungsdynamik bei den unselbständig beschäftigten Frauen und Männern (ArbeiterInnen und Angestellte) 1997-2000**

Höchste Zuwachsraten bei den unselbständig beschäftigten Frauen		Höchste Zuwachsraten bei den unselbständig beschäftigten Männern	
Bezirk	Zunahme der Frauen- beschäftigung 1997-2000	Bezirk	Zunahme der Männer- beschäftigung 1997-2000
Jennersdorf	36%	Wien (Land)	30%
Radkersburg	32%	Graz (Land)	21%
Graz (Land)	25%	Radkersburg	20%
Wien (Land)	24%	Jennersdorf	18%
Fürstenfeld	20%	Horn	14%
Wels (Land)	19%	Wolfsberg	13%
Rohrbach	19%	Deutschlandsberg	13%
Klagenfurt (Land)	19%	Salzburg (Land)	12%
Hartberg	18%	Braunau	12%
Horn	18%	Freistadt	12%
Österreich	10%	Österreich	5%

(Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger, AMIS Datenbank 1997 und 2000)

**Beschäftigungsdynamik bei den unselbständig beschäftigten Frauen und Männern (Arbeiter und Angestellte) nach Bundesländern 1997-2000 in %**

Bundesland	Zunahme der Frauenbeschäftigung 1997-2000	Zunahme der Männerbeschäftigung 1997-2000
Steiermark	15%	7%
Burgenland	14%	7%
Oberösterreich	11%	5%
Voralberg	10%	5%
Niederösterreich	7%	5%
Kärnten	7%	5%
Tirol	7%	5%
Salzburg	6%	2%
Wien	5%	3%
Österreich	7%	5%

(Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMIS Datenbank 1997 und 2000)

- Analysefeld „*Grad der Tertiärisierung der Beschäftigung bei Frauen und Männern*“

Die Beschäftigungsstruktur der österreichischen Wirtschaft ist noch immer von einem starken Industriesektor dominiert, dessen Beschäftigungsanteil nun langsam schrumpft. In diesem Sektor dominieren mittlerweile „klassische“ Männerberufe im technischen Bereich, die Zugangsbarrieren für Frauen zum Produktionssektor sind in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen.

Die Einbrüche im produzierenden Gewerbe, insbesondere durch Schließungen klassischer Frauenindustriebetriebe im Bekleidungs- und Elektronikbereich, wirken sich auf die Frauenbeschäftigung zusätzlich negativ aus. Strukturschwache, meist ländliche Gebiete, außerhalb der Zentralräume bieten für Frauen im Vergleich zu städtischen Regionen ein noch geringeres Arbeitsplatzangebot.

#### ◀ Arbeitsplatzangebot in ländlichen Regionen

„Wenn in ländlichen Regionen, die ein, zwei, drei großen Produktionsbetriebe schließen, in denen Frauen gearbeitet haben, dann wird es sehr eng – insbesondere für jene Frauen, die sagen, sie wollen nichts mehr lernen. (...) (Es) gibt es dann wenig Alternativen: Gastgewerbe, Reinigung, Regalbetreuung in einem Supermarkt.“ (Regionale Arbeitsmarktexpertin)  
(Aufhauser 2001b)

Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen in strukturschwachen und ländlichen Gebieten sind zusätzlich durch eine Reduzierung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und ein teilweise noch geringes Wachstum des Dienstleistungsbereichs stark reduziert. Auch die Dynamik im Tourismusbereich, ursprünglich tragend für die Frauenbeschäftigung im alpinen Raum, hat deutlich nachgelassen. Der Dienstleistungssektor, insbesondere der öffentliche Dienstleistungsbereich, als (ehemalige) Wachstumsbranche der Frauenbeschäftigung konnte in diesen Gebieten den Rückgang der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im Industriebereich in den letzten Jahren nicht mehr kompensieren.

Die Industriebeschäftigung der Frauen ist generell dort (noch) hoch, wo es eine Tradition der Männerbeschäftigung im Industriebereich plus eine gute allgemeine Wirtschaftsdynamik gab (Karte 8). Das gilt insbesondere für die österreichischen „Industriebundesländer“ Oberösterreich und Steiermark. In Karte 9, die die Veränderung im Anteil der Frauen darstellt, die in der Sachgüterproduktion beschäftigt sind, ist nicht nur Rückgang der Frauenbeschäftigung in den klassischen „peripheren“ Gebieten zu erkennen, sondern ein sehr breit gestreuter Rückgang in allen Regionen etwa Niederösterreichs, Oberösterreichs und Salzburgs. Eine positive Dynamik in der Industriebeschäftigung der Frauen gibt es in der Obersteiermark sowie im Innsbrucker Umland (Swarowski!). Karte 10 zeigt die Dynamik von einer weiteren Perspektive: Zu einer deutlichen Vermännlichung der Sachgüterproduktion kommt es nicht nur in Bruck an der Mur oder Oberwart, sondern auch in Wien. Insgesamt ist im inneralpinen Raum auch in Bezug auf den Produktionsbereich eine weitere relativ deutliche Verschiebung der Arbeitsplätze hin zu den Männern festzustellen.

Die „Dienstleistungsregionen“ der Frauen sind der alpine Raum (mit Arbeitsplätzen im Tourismusbereich), die großstädtischen Regionen, der niederösterreichische Zentralraum sowie das Nordburgenland (Karte 11). Eine besondere Dynamik im Dienstleistungssektor in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist in Oberösterreich insgesamt, in der West- und Südsteiermark sowie an der Ostgrenze festzustellen (Karte 12).



**Sektorale Frauenbeschäftigung 2001 nach Bundesländern**

Bundesland	% unselbständig beschäftigte Frauen an den im Sektor Beschäftigten gesamt			% unselbständig beschäftigte Frauen im Sektor an allen unselbständig beschäftigten Frauen		
	Land- und Forstwirtschaft	Sachgüter-	Dienstleistungs-	Land- und Forstwirtschaft	Sachgüter-	Dienstleistungs-
Burgenland	35,0	27,7	56,4	3,1	21,4	80,0
Kärnten	33,6	22,9	57,7	1,3	17,4	88,4
Niederösterreich	33,7	24,4	53,6	1,9	19,9	83,7
Oberösterreich	33,4	23,8	55,2	1,0	22,9	84,3
Salzburg	29,9	25,3	54,4	0,6	15,1	93,0
Steiermark	37,2	23,2	56,9	1,4	19,9	85,8
Tirol	24,9	25,4	53,8	0,7	16,9	91,6
Vorarlberg	29,2	27,3	55,5	0,7	26,7	81,9
Wien	36,1	22,0	53,9	0,4	12,9	95,1
Österreich	33,5	24,7	55,1	1,0	18,5	89,4

(Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, ÖIR 2001)

**Sektorale Frauenbeschäftigung 1995 nach Bundesländern**

Bundesland	% unselbständig beschäftigte Frauen an den im Sektor Beschäftigten gesamt			% unselbständig beschäftigte Frauen im Sektor an allen unselbständig beschäftigten Frauen		
	Land- und Forstwirtschaft	Sachgüter-	Dienstleistungs-	Land- und Forstwirtschaft	Sachgüter-	Dienstleistungs-
Burgenland	39,3	30,4	55,3	4,2	27,4	72,4
Kärnten	27,7	22,7	57,8	1,2	19,4	85,5
Niederösterreich	34,1	24,1	53,5	2,0	24,3	79,1
Oberösterreich	36,2	24,5	53,5	0,8	24,9	79,4
Salzburg	26,1	24,3	53,5	0,7	16,3	91,1
Steiermark	33,7	23,0	56,2	1,3	21,6	82,2
Tirol	25,0	23,7	53,1	0,9	17,7	89,4
Vorarlberg	24,9	27,5	53,9	0,7	29,9	76,1
Wien	33,3	27,9	54,2	0,4	16,5	92,0
Österreich	32,4	25,2	54,5	1,1	21,1	85,4

(Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, ÖIR 2001)

- Analysefeld „Geschlechterspezifik in der sektoralen Ausrichtung der Wirtschaftsförderung“

Die sektoralen Schwerpunkte, die über die Wirtschaftsförderung gesetzt werden, und deren Rückkoppelung an die sektoralen Beschäftigungsformen von Frauen und Männern geben einen Aufschluss über das Ausmaß der Förderungen, die direkt eher männlicher bzw. weiblicher Beschäftigung zugute kommen.

Die Förderung von Wirtschaftsklustern stellt derzeit ein zentrales Instrument in der österreichischen Regionalpolitik insbesondere jener auf Länderebene dar. Aus Gleichstellungsperspektive sind die thematischen Ausrichtungen der Cluster und die direkten und indirekten Auswirkungen auf den weiblichen bzw. männlichen Beschäftigungsbereich von

Interesse. In Österreich sind beim *Innovation Austria Network* mit Stand August 2002 insgesamt 21 thematische Cluster plus 3 allgemeine Cluster-Managementeinrichtungen registriert<sup>69</sup>. Die Schwerpunkte der Cluster liegen im Bereich Automobilwirtschaft (3 Cluster) und im Bereich Holzwirtschaft (ebenfalls 3 Cluster). Einer der neueren Clusterbereiche ist die Gesundheitsversorgungswirtschaft mit einem Cluster in Linz, Oberösterreich, und zwei Clustern in Wien, wobei sich einer auf den Bereich Wellness tourismus spezialisiert. Insgesamt zeigt sich dennoch eine recht klare Ausrichtung der bisherigen Cluster auf männliche Beschäftigungsbereiche. Es liegen jedoch noch keine Detailuntersuchungen zur Beschäftigungsstruktur der an den Clusterstrukturen beteiligten Unternehmen vor.

Frauen sind auch als Unternehmerinnen in den österreichischen Gründer-, Technologie- und Impulszentren deutlich unterrepräsentiert. Eine Stichprobe bei 29 Zentren<sup>70</sup> lieferte eine durchschnittliche Anzahl von 2 Unternehmerinnen auf gesamt 23 durchschnittlich eingemietete Unternehmen. Mit 10% liegt der Anteil der Unternehmerinnen in diesen Zentren somit weit unter jenem der Unternehmensgründungen insgesamt in Österreich, die immerhin einen Frauenanteil von 30% aufweisen.

Cluster in Österreich		
AAC - Austrian Agricultural Cluster	Agrar	9210 Pörschach
ACstyria - Automobilcluster Steiermark	Automobil	8074 Grambach
Automobil-Cluster (TMG OÖ)	Automobil	4020 Linz
CDT - Cluster Diesel-Technologie (TMG OÖ)	Automobil	4020 Linz
ME <sup>2</sup> C micro electronic Cluster	Elektronik	9500 Villach
O.Ö. Energiesparverband, Oekoenergie Cluster	Energie	4020 Linz
Cluster Tiroler Niedrigenergiehaus	Energie, Wohnen	6020 Innsbruck
Gesundheits-Cluster (TMG OÖ)	Gesundheit	4020 Linz
IMC-International Medical Cluster	Gesundheit	1200 Wien
Invent Clustermanagement	Gesundheitstourismus	1080 Wien
Clustermanagement Holz	Holz	5020 Salzburg
Holzcluster Steiermark GmbH	Holz	8021 Graz
Möbel- und Holzbau Cluster (TMG OÖ)	Holz, Wohnen	4020 Linz
SIT/SIC Netzwerk der Kärntner Software/IT-Szene	Informationstechnologie	9020 Klagenfurt
Kunststoff-Cluster (TMG OÖ)	Kunststoff	4020 Linz
Cluster Digitale Medien	Medien	5020 Salzburg
Foodcluster in Österreich	Nahrungsmittel	20148 Hamburg
WIFI-Betriebsberatung, Lebensmittel-Cluster	Nahrungsmittel	4024 Linz
HSC-Cluster Hochgeschwindigkeitsbearbeitung Grossraming	Technologie	4463 Großraming
CPC Austria Informationszentrum für umweltgerechte Produktion	Umwelt	8042 Graz
Bioenergiecluster	Umwelt, Bioenergie	1030 Wien
Haus der Industrie	Management, Marketing	6020 Innsbruck
Clusterland (TMG OÖ)	Standortmarketing, -management	4020 Linz
OÖ Technologie- und Marketinggesellschaft.m.b.H	Standortmarketing, -management	4020 Linz
(http://www.inna.at, August 2002)		

<sup>69</sup> Plattform für Zentren, Innovation und Technologie, Gründungen und Finanzierung, unterstützt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (<http://www.inna.at>). Darüber hinaus werden in einzelnen Bundesländern viele weitere „Clusterinitiativen“ ausgewiesen, teilweise handelt es sich bei diesen jedoch nur um sehr vage und kleinräumige Vernetzungen von Betrieben der gleichen Branche, die bisher nur geringe Kooperationsaktivitäten entwickeln.

<sup>70</sup> von 72 Zentren, die mit Stand September 2002 beim *Innovation Austria Network* registriert waren

Unternehmerinnen und Unternehmer in 27 Gründer-, Technologie- und Impulszentren in Österreich				
	Zahl Unternehmer	Zahl Unternehmerinnen	Prozent Unternehmerinnen	Unternehmensbereich der Unternehmerinnen
A.I.Z. Aichfeldzentrum Steiermark	21	2	9%	Dienstleistungsbüro, Regionalmanagement
Access Industrial Park	7	1	13%	Sinus Fahrzeugkomponenten Entwicklungsgesellschaft
GIG - Gründer-, Innovations- und Gewerbezentrum	10	0	0%	
GITZ Gründer-Innovations-TechnoZ Blue Danube Park	31	1	3%	Kostümverleih
Gründer- und Dienstleistungszentrum Wirtschaftspark Bruck a. d. Mur	16	9	36%	BAB, Bauberatung, Finanzierung, Unternehmensberatung, Übersetzung, Werbung, TÜV, Arbeitsmedizin, Die Woche-Zeitung
Gründer- und Technologiezentrum Wels GmbH & Co KG	55	5	8%	
Gründerzentrum und Wirtschaftspark Liezen	12	1	8%	Büroservice
GTZ - Gründer- und Technologietransferzentrum	4	0	0%	
Kärnten Technologie GmbH	22	2	8%	Übersetzen, Transportlogistik
LANTECH Innovationszentrum	24	1	4%	Alpintechnologie
LIZ - Lavanttaler Innovationszentrum	20	0	0%	
Osttiroler Wirtschaftspark GesmbH	24	0	0%	
Produktions- und Dienstleistungszentrum Radkersburg-Laafeld	1	0	0%	
Regio-Tech Hochfilzen	5	1	17%	CallCenter
RIZ-Gründerzentrum Amstetten	8	1	11%	
S.I.G. Simmeringer Innovations- und Gründerzentrum	60	6	9%	
Steirischer Technologiepark Technologie- und Innovationszentrum Graz	11	2	15%	
TechCenter Linz-Winterhafen GmbH Gründerzentrum	15	3	18%	Medien, Design, EDV Training
Techno-Z Braunau	26	2	7%	Grenzüberschreitende Informationsstelle für EU-Förderungen, Beratung, Verkauf und Implementierung ERP-Systeme
Technologie- und Marketingzentrum Grambach (Steiermark)	37	2	5%	Architektin, Menschen mit Handicap
Technologie- & Schulungszentrum Niklasdorf	12	1	8%	Metallüberzüge
Technologie- & Wirtschaftspark Lebring	20	0	0%	
Technologiezentrum Eisenstadt	84	11	12%	Teletronic, Medienmanagement, EU-Förderung; Berufsberatung, Bezirksblatt, Architektur, E-Learning, Wirt- & Sozialwissenschaftl. Forschung, Funktionswerkstoffe, Reinigung, Personaldienstleistungen
Technologiezentrum Freistadt-Mühlviertel	9	3	25%	Berufsförderungsinstitut, Verein zur Förderung und Integration am Arbeitsmarkt, Telearbeits- und Seminarzentrum
TIC Steyr GmbH c/o FAZAT Steyr	14	0	0%	
TIZ-Kirchdorf	19	1	5%	Ausbildungs- & Beschäftigungsberatung
W.E.I.Z. Weizer Energie-Innovations-Zentrum GmbH	14	0	0%	
(Eigene Recherche 09/2002)				

Als unselbständig Beschäftigte finden Frauen in manchen der Technologiezentren jedoch durchaus „ihren Platz“. So sind etwa 57% der 1153 unselbständig Beschäftigten im Technologiezentrum Eisenstadt (Stand Februar 2003) weiblich. Unter anderem sind in diesem Zentrum relativ viele Beratungsfirmen und ein Call Center angesiedelt. Auch in den anderen (neuen) burgenländischen Technologiezentren liegt der Frauenanteil bei den unselbständig Beschäftigten um die 50%<sup>71</sup>.

- Analysefeld „Dynamik der Unternehmensgründungen bei Frauen und Männern“

Bei einem allgemeinen Trend zu einer verbesserten Gründungsbeteiligung von Frauen sind im Jahr 2001 in den Bundesländern Niederösterreich, Vorarlberg und Salzburg überdurchschnittlich viele Gründungen von Frauen festzustellen. Dort liegt der Frauenanteil bei den Unternehmensgründungen mit 35,8%, 34,5% und 34,2% etwas über dem Österreichschnitt von 33,8%. Der Anteil der weiblichen Unternehmensgründungen unterscheidet sich über die Bundesländer jedoch nur sehr geringfügig, die absolute Anzahl der Unternehmerinnen variiert hingegen sehr stark. Spitzenreiter ist Niederösterreich mit 1629 weiblichen Gründungen.

Unternehmensgründungen 2001 nach Bundesländern			
	Männer	Frauen	% Frauen an allen GründerInnen
Wien	2886	1466	33,7
Niederösterreich	2921	1629	35,8
Burgenland	509	247	32,7
Oberösterreich	1770	865	32,8
Steiermark	2319	1125	32,7
Kärnten	937	438	31,9
Salzburg	1093	568	34,2
Tirol	1184	593	33,4
Vorarlberg	528	278	34,5
Österreich	14147	7209	33,8
(Bundeswirtschaftskammer Österreich 2001, Unternehmensstatistik)			

- Analysefeld „Dynamik in der Einkommensentwicklung“

Die Dynamik in der regionalen Einkommensentwicklung nach Geschlecht gibt Aufschluss, in welchem Ausmaß Frauen und Männer in jene höherrangigen Beschäftigungsbereiche eingeschlossen werden, die eine positive Einkommensentwicklung aufweisen, respektive in welchem Ausmaß Frauen und Männer auf jene Jobbereiche verwiesen werden, die auch von der Politik mittlerweile explizit als Niedriglohnbereiche behandelt werden.

Karte 13 und Karte 14 zeigen die regionale Differenzierung der Einkommen bei Frauen im Vergleich zu jener bei den Männern im Jahr 2000. Es sind klare unterschiedliche Muster zu erkennen: Die höchsten Einkommen erreichen die Frauen in Westösterreich und in den Großstadregionen, die höchsten Einkommen der Männer finden sich in den (ehemals) „alten Industriegebieten“ der Steiermark und Oberösterreichs sowie generell im oberöster-

<sup>71</sup> Interne Kommunikation Frau Hammermüller, FrauenManagement Genossenschaft Niktisch.

reichischen Zentral- und Voralpenraum. Die niedrigsten Einkommen der Männer liegen teilweise dort, wo die Frauen die höchsten erreichen (nämlich im inneralpinen Raum). Die Grenzgebiete im Norden und Osten sind sowohl bei Männern als auch bei Frauen als Niedriglohngebiete zu bezeichnen.

Welche regionale Differenzierung in den geschlechtsspezifischen Einkommensunterschieden ergibt sich daraus? Karte 15 zeigt, dass die Schwankungsbreite beim Vergleich der mittleren Einkommen (Medianeinkommen) von Frauen und Männern mit Werten zwischen 50% und 78% doch recht erheblich ist. Die größten relativen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind im Jahr 2000 in den Bezirken Oberösterreichs und der Steiermark festzustellen. Die größten absoluten und relativen Einkommensunterschiede finden sich im Bezirk Steyr Stadt und im Bezirk Mürzzuschlag (die in diesen Bezirken beschäftigten Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten verdienen nur etwa die Hälfte dessen, was Männer verdienen). Die niedrigsten geschlechterspezifischen Einkommensunterschiede weisen das Wiener Umland, Landeck und Wien-Stadt auf.

**Medianeinkommen der Frauen im Vergleich zu jenem der Männer 1995 und 2000 nach Bundesländern**

Bundesland	Medianeinkommen der Frauen in Prozent des Medianeinkommens der Männer 2000	Medianeinkommen der Frauen in Prozent des Medianeinkommens der Männer 1995	Veränderung Prozent Medianeinkommen der Frauen am Medianeinkommen der Männer 1995-2000 (absolut)
Oberösterreich	61	63	-2,9
Steiermark	62	64	-3,0
Vorarlberg	65	67	-2,5
Niederösterreich	66	67	-1,4
Salzburg	67	69	-2,9
Burgenland	67	72	-6,0
Kärnten	68	70	-1,9
Tirol	69	70	-1,6
Wien	75	73	3,0

(Hauptverband der Sozialversicherungsträger; AMIS-Datenbank 1995 und 2000)

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat sich geschlechterspezifische Einkommensschere in fast allen Regionen Österreichs weiter geöffnet (Karte 16). Das Burgenland hat bei einem bereits recht niedrigen Einkommensniveau der Frauen im Jahr 1995 die größte relative Verschlechterung mit einem Rückgang von 6 Prozentpunkten beim Anteil der Fraueneinkommen am Männereinkommen zu verzeichnen. Negativer Spitzenreiter ist der Bezirk Oberpullendorf: statt 70% (wie 1995) verdienen die in diesem Bezirk beschäftigten Frauen heute im Mittel nur mehr 62% dessen, was Männer verdienen – ein Minus von 8 Prozentpunkten. Nicht viel besser sieht es in den Bezirken Oberwart und Jennersdorf aus. Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern öffnete sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, sprich im Verlauf der ersten Strukturfondsperiode in Österreich, besonders stark in den Grenzregionen im Norden und Osten, aber auch in den dynamischen Wirtschaftsregionen Oberösterreichs und der Steiermark.

Nur in 15 Bezirken kam es in diesem Zeitraum zu einer relativen Verbesserung der Fraueneinkommen im Vergleich zu den Männereinkommen. Die drei positiven Spitzenreiter sind der Bezirk Wien-Umland (die Frauen sind den Männereinkommen mit derzeit 78% um immerhin 8 Prozentpunkte näher als noch 1995), Leoben (+3 Prozentpunkte) und Wien-Stadt (+2 Prozentpunkte). Insgesamt zeigt sich, dass sich dort wo die Frauenein-

- Analysefeld „*Räumliche Segregation der Arbeitsplätze von Frauen und Männern*“

Die regionalen Unterschiede im Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen Beschäftigten geben Aufschluss über die „Weiblichkeit“ bzw. die „Männlichkeit“ regionaler Arbeitsmärkte (Karte 17). Relativ stark weiblich dominiert sind die inneralpinen, die großstädtischen sowie einzelne Regionen an der ungarischen und slowakischen Ostgrenze (Gänserndorf, Eisenstadt-Neusiedl, Oberwart, Jennersdorf, Wolfsberg) bzw. im Voralpenraum (Gmunden, Kirchdorf). Typisch männliche Arbeitsmärkte finden sich in den Stadt-Umland-Gebieten, in der Weststeiermark sowie in den Grenzgebieten zu Tschechien und Deutschland.

Karte 18 stellt dar, mit welcher Dynamik sich die „Geschlechtlichkeit“ der regionalen Arbeitsmärkte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre veränderte. Die Analyse der Dynamik im weiblichen Beschäftigungsanteil ist aus mehreren Gesichtspunkten interessant: Werden etwa weibliche Arbeitsmärkte immer weiblicher und männliche Arbeitsmärkte immer männlicher, so kann dies ein Indiz für positive Selbstverstärkungseffekte in Hinblick auf die Arbeitsplatzgenerierung sein (die gute Arbeit, die Frauen bzw. Männer im regionalen Kontext leisten, zieht immer mehr Arbeit an oder generiert sie selbst), sie kann ein Indiz für negative Selbstselektionsprozesse etwa in Bezug auf Migration (die Frauen ziehen weg, die Männer bleiben) und Erwerbspendeln sein (die Männer pendeln, die Frauen bleiben daheim), sie kann aber auch ein Indiz dafür sein, dass planerische Maßnahmen, etwa im Verkehrsbereich oder im Bereich der Betriebsansiedlung, in Richtung einer räumlichen Segregation weiblicher und männlicher Arbeitsplätze steuern. Aus Sicht der Gleichstellung von Frauen und Männern sind derartige Tendenzen der räumlichen Segregation von weiblichen und männlichen Arbeitsplätzen negativ zu beurteilen.

Die Dynamik in der Vermännlichung bzw. Verweiblichung der regionalen Arbeitsmärkte lässt sich über die Bundesländer hinweg nicht auf einen einfachen Nenner bringen. So wird etwa der Arbeitsmarkt im Nord- und Mittelburgenland immer männlicher. Im Bundesland Salzburg differenzieren sich die Arbeitsmärkte geschlechterspezifisch immer stärker aus: jener in der Landeshauptstadt wird (noch) weiblicher, jener des Umlandes (noch) männlicher. Während die Arbeitsmärkte der Landeshauptstädte zunehmend verweiblichen, verläuft die Beschäftigungsdynamik in Wien und im Wiener Umland zugunsten der Männer. Arbeitsmärkte verweiblichen jedoch nicht nur mit einer besonders guten Dynamik in der Frauenbeschäftigung, sie verweiblichen auch, wenn der regionale Arbeitsmarkt „einbricht“ und die Männer zunehmend auspendeln (vgl. etwa Tamsweg).

- Analysefeld „*Prekäre Beschäftigungsformen von Frauen*“

Österreichweit stellen Frauen 72% aller geringfügig Beschäftigten. Insgesamt zeigt sich im Bundesländervergleich eine relativ geringe regionale Variation in der Geschlechterspezifität der geringfügig Beschäftigten. Das Burgenland verzeichnet mit fast 80% den höchsten Wert, Wien mit 63% den niedrigsten Anteil. Detailliertere Analysen auf regionaler Ebene sind mit dem vorhandenen Datenmaterial (auch in Hinblick auf andere Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse) leider nicht möglich.

<b>Geringfügig Beschäftigte 2001 nach Bundesländern</b>					
	Unselbständig Beschäftigte Insgesamt	Geringfügig Beschäftigte insgesamt	Geringfügig beschäftigte Männer	Geringfügig beschäftigte Frauen	% Frauen an geringfügig Beschäftigten
Wien	767.491	43.357	16.182	27.175	63
Niederösterreich	520.963	30.190	8.174	22.016	73
Burgenland	80.971	4.352	898	3.454	79
Oberösterreich	539.116	32.942	8.002	24.940	76
Steiermark	432.799	31.305	8.252	23.053	74
Kärnten	192.786	13.241	3.307	9.934	75
Salzburg	213.795	17.088	4.670	12.418	73
Tirol	266.590	20.298	5.005	15.293	75
Vorarlberg	133.666	12.083	3.011	9.072	75
Österreich	3.148.177	204.856	57.501	147.355	72
(Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger 2001)					

- Analysefeld „*Umsetzbarkeit von Qualifikation*“

Geschlechterspezifische Unterschiede bei der Platzierung am Arbeitsmarkt etwa zu Erwerbseintritt lassen unter anderem Rückschlüsse auf Defizite in der Geschlechtersensibilität der regionalen Unternehmen zu. Knicke in weiblichen Berufskarrieren, die in Verbindung mit Familiengründungen stehen, weisen auf einen regionalen Bedarf hin, Erwerbsbedingungen besser auf familiäre Erfordernisse abzustimmen.

Die jungen berufstätigen Frauen in Österreich sind bereits seit Beginn der 1990er Jahre formal besser gebildet als die jungen berufstätigen Männer. In Karte 19 ist zu sehen, dass der Anteil der 25- bis 34-Jährigen berufstätigen Frauen, die einen Maturaabschluss hatten, bereits 1991 über jenem Anteil lag, den die Männer erreichten. Insbesondere in den zentralen alpinen Regionen und in Kärnten sind die jungen erwerbstätigen Frauen Anfang der 1990er Jahre formal deutlich besser gebildet als die jungen erwerbstätigen Männer. Der relativ geringste Bildungsvorsprung der jungen Frauen ist in den Städten zu finden.

<b>Die 10 Bezirke mit dem relativ geringsten formalen Bildungsvorsprung der jungen erwerbstätigen Frauen 1991</b>	
	Zahl der erwerbstätigen Frauen im Alter 25 bis 34 Jahre mit Maturaabschluss auf 100 erwerbstätige Männer der gleichen Altersklasse und Ausbildung
Eisenstadt Stadt	86
Rust Stadt	91
Linz Stadt	93
Krems Stadt	94
Dornbirn	94
Sankt Pölten Stadt	97
Innsbruck Stadt	97
Salzburg Stadt	98
Graz Stadt	98
Mödling	98
Österreich	111
(Statistik Austria, Volkszählung 1991)	

Karte 20 zeigt die „Weiblichkeit“ der akademischen Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Regionen<sup>72</sup>. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit der Akademikerinnen absolut deutlich höher als jene der Akademiker. In der Steiermark und in Kärnten insgesamt, in den Gebieten Niederösterreichs außerhalb des Zentralraumes und in Teilen Tirols haben es Akademikerinnen im Vergleich zu Akademikern augenscheinlich deutlich schwerer, auf den regionalen Arbeitsmärkten unterzukommen. Der Anteil der arbeitslosen Akademikerinnen hat in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre insbesondere in den inneralpinen Räumen und den Wiener Stadtumlandbezirken stark zugenommen.

Besondere Probleme, einen der Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden, haben in vielen Regionen auch die mittlerweile sehr zahlreichen weiblichen Absolventinnen der kaufmännischen und wirtschaftsberuflichen höheren Schulen. Es fehlt am Arbeitsplatzangebot für Frauen mit „Büro“-Qualifikationen, insbesondere in den alpinen und peripheren Regionen.

- Analysefeld „Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern“

Unterschiede in der Dynamik der Arbeitslosigkeit bei jungen Frauen und Männern geben Aufschluss, ob und in welchem Ausmaß die Qualifikationen, die über das geschlechterdifferenzierte System der Erstausbildung erworben werden, in unterschiedlichem Ausmaß auf die Erfordernisse der regionalen Arbeitsmärkte abgestimmt sind. Karte 21 zeigt, dass es erwartungsgemäß besondere Probleme für junge Frauen auf den Arbeitsmärkten an der Ostgrenze sowie in einigen der inneralpinen Regionen gibt. Besser im Vergleich zu den Männern geht es den jungen Frauen auf den zentralen und städtischen Arbeitsmärkten.

Die Frauenarbeitslosigkeit ist im Jahr 2001 mit mehr als 7% im inneralpinen Raum, in der Obersteiermark und in Südkärnten besonders hoch (Karte 22). Zwischen 1995 und 2000 nahm die Arbeitslosigkeit bei den Frauen vor allem im Burgenland, in der Oststeiermark, in Teilen des Voralpen- und Alpenraumes sowie im Waldviertel überdurchschnittlich zu (Karte 23).

Insgesamt gehen aber die Arbeitslosenzahlen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in weiten Teilen Österreichs absolut zurück (Karte 24). In Niederösterreich waren primär Männer von einer steigenden Arbeitslosigkeit betroffen, in den meisten Regionen Salzburgs demgegenüber Frauen.

### **Lebensbereich Soziale Beziehungen, Generationen- und Geschlechterbeziehungen**

Frauen leisten im Vergleich zu den Männern einen weitaus größeren Beitrag in Bereich der Versorgungs- und Familienarbeit. Inwiefern Frauen dabei Unterstützungsstrukturen auf der individuellen Ebene und der regionalen Ebene in Anspruch nehmen können bzw. Wege abseits der traditionellen Rollenbilder einschlagen können, wird anhand folgender Analysefelder und einzelner Indikatoren im regionalen Kontext dargestellt:

---

<sup>72</sup> Achtung: Die Fallzahlen auf denen die Karte beruht, sind für einzelne Bezirke sehr klein.



**Regionale Analysefelder im Bereich soziale Beziehungen, Generationen- und Geschlechterbeziehungen**

- Dynamik in der Erwerbsbeteiligung der Frauen
- Verteilung der Versorgungs- und Familienarbeit
- Einrichtungen zur Unterstützung der Eltern- und Pflegearbeit (Kinderbetreuungseinrichtungen)
- Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Frauenhäuser, Familienberatungseinrichtungen
- Teilhabe an Angeboten regionaler Einrichtungen (am Beispiel Gesundheitseinrichtungen)
- Sexualproportion in verschiedenen Altersgruppen

*Analysefeld „Dynamik in der Erwerbsbeteiligung der Frauen“*

Die Dynamik in der Erwerbsbeteiligung der Frauen gibt unter anderem Aufschluss darüber, wie sich das „bürgerliche Modell“ des Alleinverdieners im Zuge der Modernisierung regional ausbreitet und im Zuge spätmoderner Entwicklungen wieder auflöst. In Karte 25 ist dargestellt, wie sich die Erwerbsquoten der Frauen in der Altersklasse 25 bis 49 Jahre (im Hauptalter der Kinder- und Familienbetreuungsarbeit) zwischen 1971 und 1991 entwickelten. Zu erkennen ist ein Phänomen, das als (verspätete) „Hausfrauisierung“ im ländlichen Raum der Oststeiermark und Oberösterreichs bezeichnet werden kann. In diesen ländlich-bäuerlichen Regionen zählten die Erwerbsquoten der Frauen 1971 zu den relativ höchsten, 1991 dann zu den relativ niedrigsten. Den größten Schub in Richtung Auflösung der klassischen Alleinverdienereinfamilie machten in dieser Zeit die Umlandregionen der Großstädte mit. In den Großstädten selbst lag die Erwerbsquote der Frauen immer schon relativ hoch. Leider standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie noch keine altersdifferenzierten Erwerbsquoten der Frauen aus der Volkszählung 2001 zur Verfügung, die es erlaubt hätten, die rezenten Entwicklungsprozesse auf regionaler Ebene zu erfassen.

- Analysefeld „Verteilung der Versorgungs- und Familienarbeit“

Die im Familien- und Fertilitätssurvey (FFS) 1996 erhobenen Basisdaten geben Auskunft über die Verteilung der Versorgungs- und Familienarbeit in den Lebensläufen Erwachsener im Alter von 20 bis 54 Jahren in Österreich. Aufgrund der Untersuchungsstichprobe lassen sich die Daten nicht regional differenziert auswerten, sondern ausschließlich für Gesamtösterreich signifikante Aussagen ableiten. Die Ergebnisse zeigen in Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen, dass Frauen deutlich größere Anteile der Familienarbeit erledigen als Männer (Mikula und Freudenthaler 1999, 41). In der Studie wurden die Haushaltstätigkeiten „Kochen“, „Staubsaugen und Aufräumen“, „Einkaufen“, „Geschirrspülen“, „Wäsche waschen und Bügeln“ sowie die „Pflege älterer und pflegebedürftiger Familienangehöriger“ abgefragt. Bei anderen Tätigkeiten wie Behördenwegen ist ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis gegeben. Die Kinderbetreuung, sprich Tätigkeiten wie „um das Essen kümmern/Kleinkind füttern“, „Anziehen“, „Pflege bei Krankheit“ und „bei Hausaufgaben helfen“, werden ebenfalls primär von Frauen ausgeführt.

Unterschiede in der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung im Bereich der familiären Kleinkindbetreuung auf regionaler Ebene lassen sich zumindest ansatzweise über die Zahl der Karenzgeldbezieherinnen und -bezieher verdeutlichen. Die geringste offizielle Beteiligung der Männer an der Kindererziehung findet sich in Kärnten, wo 2002 nur 0,7% aller Karenzierten Männer waren. Auf eine zumindest etwas gleichgestelltere Arbeitsteilung im Bereich der Kindererziehung deuten die Zahlen von Wien hin, wo immerhin 3,2%

aller KarenzgeldbezieherInnen männlich ist. Wenn sich Männer an der Kleinkindbetreuung beteiligen, dann vor allem über Teilzeitkarenz. In Oberösterreich ist immerhin jede/r Fünfte der Teilkarenzierten männlich.

**Anteil karenzierter Väter 2002 nach Bundesländern (Stand Februar)**

	1. Karenzjahr		2. Karenzjahr		Karenzgeld gesamt		Teilzeitkarenzgeld	
	Leistungs- beziehende gesamt	davon Männer in %	Leistungs- beziehende gesamt	davon Männer in %	Leistungs- beziehende gesamt	davon Männer in %	Leistungs- beziehende gesamt	davon Männer in %
Burgenland	1564	0,9	967	2,0	2531	1,3	80	8,8
Kärnten	3414	0,3	2094	1,5	5508	0,7	230	4,8
Niederösterreich	9182	0,9	5951	2,8	15133	1,6	484	10,7
Oberösterreich	9553	0,5	6217	2,3	15770	1,2	419	20,5
Salzburg	3663	1,0	2380	2,5	6043	1,6	132	18,9
Steiermark	6922	0,8	4555	2,7	11477	1,5	246	11,4
Tirol	4763	0,9	3063	1,6	7826	1,2	129	14,7
Vorarlberg	2804	0,5	1670	1,4	4474	0,8	115	16,5
Wien	9395	1,9	5848	5,2	15243	3,2	438	18,3
Österreich	51260	0,9	32745	2,8	84005	1,7	2273	14,4

(AMS 2002, Arbeitsmarktdaten Juni 2002, S. 58ff)

- Analysefeld „*Kinderbetreuungseinrichtungen*“

Die Statistik Austria veröffentlicht jährlich eine Bestandsaufnahme zur Situation im Bereich der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen in den Bundesländern. Als Krippen (Säuglings- bzw. Kleinkinderkrippen) werden jene Einrichtungen bezeichnet, die Kinder von der achten Lebenswoche bis zum vollendeten dritten Lebensjahr betreuen. Kindergärten betreuen Kinder vom beginnenden vierten bis zum sechsten Lebensjahr. In Horten werden schulpflichtige Kinder außerhalb der Unterrichtszeiten betreut.

Eine besondere Bedeutung haben die täglichen Öffnungszeiten bzw. wöchentlichen Betriebszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen für die Verteilung der Familienarbeit. Fast alle Kinderkrippen haben ganztags geöffnet. In Vorarlberg hat nur eine von zwei Krippen ganztags geöffnet. In Wien werden alle 417 registrierten Krippen ganztags geführt.

**Krippen in Österreich 1994/95 und 2001/02 nach Bundesländern**

	Anzahl der Krippen 1994/95	Anzahl der Krippen 2001/02
Burgenland	3	20
Kärnten	8	9
Niederösterreich	6	15
Oberösterreich	33	56
Salzburg	11	52
Steiermark	10	60
Tirol	12	31
Vorarlberg	2	2
Wien	270	417
Österreich	355	662

(Österreichisches Statistisches Zentralamt 1995 und Statistik Austria 2002)

Krippen nach Betriebszeiten 2001/2002 nach Bundesländern								
	Gesamt	Ganztags	Ganzjährig geöffnet		Saisonal geführt	Geöffnet an ... Ta- gen pro Woche		
			Ganztags m. Mittags- unterbrechung	Halbtags		< 5	5	6-7
Burgenland	20	18	—	2	—	—	20	—
Kärnten	9	9	—	—	—	—	9	—
Niederösterreich	15	15	—	—	—	—	14	1
Oberösterreich	56	53	—	3	—	—	55	1
Salzburg	52	50	—	2	—	—	51	1
Steiermark	60	29	—	10	21	—	60	—
Tirol	31	26	1	4	—	—	29	2
Vorarlberg	2	1	1	—	—	—	2	—
Wien	417	417	—	—	—	—	416	1
Österreich	662	618	2	21	1	—	350	6

(Statistik Austria 2002)

Kindergärten nach Betriebszeiten 2001/02 nach Bundesländern								
	Gesamt	Ganztags	Ganzjährig geöffnet		Saisonal geführt	Geöffnet an ... Tagen pro Woche		
			Ganztags m. Mittags- unterbrechung	Halbtags		< 5	5	6-7
Burgenland	193	122	41	30	—	—	193	—
Kärnten	234	150	—	84	—	1	233	—
Niederösterreich	1083	738	333	12	—	—	1082	1
Oberösterreich	715	480	60	166	9	—	714	1
Salzburg	231	147	8	76	—	—	230	1
Steiermark	775	180	19	476	100	—	775	—
Tirol	434	57	255	122	—	2	426	6
Vorarlberg	230	18	172	39	1	2	228	—
Wien	768	749	—	19	—	—	766	2
Österreich	4663	2641	888	1024	110	5	4647	11

(Statistik Austria 2002)

Frauen äußern in zahlreichen Befragungen den Wunsch nach einer verbesserten Versorgung in der außerfamiliären Kinderbetreuung, nach mehr Betreuungseinrichtungen für Klein- und Schulkinder sowie nach flexiblen Betreuungszeiten (Amt der OÖ Landesregierung 2001, Amt der NÖ Landesregierung 1998a). Der Wunsch nach einem verbesserten Betreuungsangebot auch für 1 bis 3-jährige Kinder wird mit den verbesserten Zugangschancen zum Arbeitsmarkt nach der Karenzzeit begründet (ÖIF 1997).

Mütter von Kindergartenkindern sind zu einem geringeren Anteil erwerbstätig als Mütter von Krippenkindern. Im Bundesdurchschnitt sind im Berichtsjahr 2001/02 etwas mehr als die Hälfte (57%) der Mütter von Kindergartenkindern erwerbstätig. Im Berichtsjahr 1994/95 waren es noch unter 50%. Es zeigen sich deutliche Unterschiede nach Bundesländern. Am höchsten sind die Erwerbsquoten der Mütter der Kindergartenkinder in Wien (62%), Salzburg (61%) und im Burgenland (60%), am niedrigsten in Vorarlberg (44%) und in Tirol (47%). Im Vergleich zum Jahr 1994/95 haben sich die Erwerbsquoten der Mütter der Kindergartenkinder in den Bundesländern unterschiedlich entwickelt. In den Bundesländern Vorarlberg, Burgenland und Niederösterreich ist eine starke Zunahme, in Wien hingegen ein leichter Rückgang der Erwerbsquote festzustellen.

Kinderkrippen 1994/95 und 2001/02 nach Bundesländern und Erwerbstätigkeit der Mutter										
	Bgl	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stm	Tirol	Vbg	Wien	Öst
Eingeschriebene Kinder 1994/95	33	123	98	733	187	204	206	25	5651	7260
+ davon mit erwerbstätiger Mutter	97%	94%	95%	76%	80%	97%	85%	100%	78%	79%
Eingeschriebene Kinder 2001/2002	264	142	310	1320	768	681	533	49	8025	12092
+ davon mit erwerbstätiger Mutter	88%	74%	84%	89%	88%	93%	80%	100%	73%	78%
(Österreichisches Statistisches Zentralamt 1995 und Statistik Austria 2002)										

Kindergärten 1972/73 bis 2001/02 nach Bundesländern und Erwerbstätigkeit der Mutter										
	Bgl	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stm	Tirol	Vbg	Wien	Öst
eingeschriebene Kinder 2001/02	8050	11797	46247	39535	15034	29328	18466	10256	39726	218439
Müttererwerbsquoten 2001/02	59%	60%	57%	54%	61%	58%	47%	44%	62%	57%
1994/95	46%	54%	44%	44%	52%	47%	34%	27%	62%	47%
1972/73	51%	47%	34%	41%	39%	44%	22%	25%	66%	43%
Veränd. Müttererwerbsquote in Prozentpunkten 2001/02 zu 1994/95	13%	6%	13%	11%	9%	11%	13%	17%	0%	10%
(Österreichisches Statistisches Zentralamt 1995 und Statistik Austria 2002)										

- Analysefeld „Frauen- und Mädchenberatungsstellen“

In der regionalen Verteilung der Frauen- und Mädchenberatungsstellen<sup>73</sup> ist traditionell ein beträchtliches Ost-West-Gefälle feststellbar. Während im Burgenland und NÖ (fast) flächendeckend Einrichtungen vorhanden sind, ist im „Netzwerk der Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen“ im Bundesland Vorarlberg keine spezifisch für Frauen zuständige Beratungseinrichtung eingetragen, in Tirol scheint eine Einrichtung auf, ebenso in der Steiermark und in Salzburg. Tatsächlich gibt es in allen Bundesländern mittlerweile mehrere Fraueneinrichtungen, die nicht im Netzwerk der Mädchen- und Frauenberatungseinrichtungen dabei sind, aber — wie etwa das FEMAIL in Vorarlberg – vom Bundesministerium für Gesundheit, Frauen und Soziales mittlerweile explizit als Frauenberatungseinrichtung eingestuft sind. In Salzburg gibt es flächendeckend in allen Bezirken Fraueneinrichtungen „Frau und Beruf“, denen eine ähnliche Funktion zukommt wie den „traditionellen“ Frauenberatungseinrichtungen, wenn auch mit einem expliziteren Schwerpunkt im Bereich von Wiedereinstieg und Qualifizierung. Auch in Tirol gibt es mittlerweile einige Einrichtungen, wie etwa BABSI in Reutte, die primär Frauenberatung im klassischen Sinne machen. In der Steiermark gibt es tatsächlich relativ wenige „klassische“ Frauenberatungseinrichtungen (nur in Graz). Flächendeckend auf NUTS 3-Ebene existieren (ähnlich wie in Salzburg) mittlerweile aber Einrichtungen, die sich primär der Frauenqualifizierung im regionalen Kontext widmen. Eine deutlich bessere und vor allem flächendeckende Ausstattung als bei Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen ist bei Familienberatungseinrichtungen gegeben.

<sup>73</sup> Siehe die Homepages der einzelnen Frauenbüros der Bundesländer zu Listen mit allen relevanten Frauen- und Mädcheneinrichtungen.

- Analysefeld *„Teilhabe von Frauen und Männern an regionalen Einrichtungen am Beispiel von Gesundheitseinrichtungen“*

Wie zahlreiche Studien zeigen, sind Gesundheit bzw. Krankheit(en) bei Frauen und Männern unterschiedlich geprägt. Obwohl etwa viele Frauen eine Frauenärztin einem Frauenarzt vorziehen würden, ist eine flächendeckende Versorgung bei weitem nicht gegeben. So gibt es Österreichweit 823 praktizierende Gynäkologen, aber nur 221 Gynäkologinnen. Viele dieser haben darüber hinaus keinen Krankenkassenvertrag. Insbesondere in den ländlichen Regionen und in den südlichen Bundesländern haben viele Frauen gar keine Wahl, als zu einem männlichen Gynäkologen zu gehen.

- Analysefeld *„Sexualproportion in verschiedenen Altersgruppen“*

Insgesamt kommen Österreichweit auf 100 Männer im Hauptalter der Partnerschaftsgründung<sup>74</sup> 97 Frauen. Ein ausgewogenes, eher positives Verhältnis von Frauen zu Männern ist in Tirol, in Salzburg mit Ausnahme des Bezirkes Hallein, in den Städten und Stadt-Umland Bezirken Villach und Klagenfurt in Kärnten, im westlichen Teil des oberösterreichischen Zentralraums (Linz, Wels, Gmunden) sowie in Wien und in den an Wien angrenzenden niederösterreichischen Bezirken (Korneuburg, Gänserndorf, Baden, Tulln usw.) festzustellen (Karte 26). Einen deutlichen Männerüberhang weisen Gebiete auf, die stärker von einer landwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur geprägt sind und die traditionellen Industrieregionen. In besonderem Ausmaß „männlich“ sind die Bezirke der Steiermark, Kärntens sowie die Grenzregion Oberösterreich/Niederösterreich. Vielen Bezirke Kärntens, der Steiermark, Oberösterreichs, Salzburgs und Tirols „vermännlichen“ darüber hinaus zunehmend (Karte 27).

### Lebensbereich „räumliche Mobilität“

Frauen und Männer weisen zum Teil ein unterschiedliches Mobilitätsverhalten auf. Frauen verzichten insgesamt noch immer häufiger auf das Auto. Der Mobilitätsdruck aus der Mehrfachbelastung durch Erwerbs- und Versorgungstätigkeiten verändert jedoch zunehmend auch das alltägliche Mobilitätsverhalten von Frauen. Im Lebensverlauf betrachtet zeigen sich darüber hinaus auch Unterschiede im Wanderungsverhalten von Frauen und Männern. Im Folgenden wird auf folgende Analysefelder im regionalen Kontext eingegangen:

#### Relevante Analysefelder für die Dimension Vielfalt an Mobilitätsformen

- Alltagsmobilität von Frauen
- Erwerbspendeln von Frauen und Männern
- Abwanderungs- und Zuwanderungsverhalten von Frauen und Männern im Lebenslauf

- Analysefeld *„Alltagsmobilität von Frauen“*

Das Verkehrsverhalten von Frauen und Männern ist unterschiedlich hinsichtlich der Verkehrsmittelwahl, des Verkehrsaufkommens, des Verkehrszweckes. Frauen bewegen sich häufiger als Männer zu Fuß, mit dem Fahrrad und den Öffentlichen Verkehrsmitteln.

<sup>74</sup> in der Studie im Alter zwischen 25 und 34 Jahren angesetzt

Frauen legen 29% ihrer Wege zu Fuß zurück, Männer nur zu 13% (Verkehrsclub Österreich 1996). Fußgänger- und Radverkehrsnetze sollen daher nicht nur in der Umgebung von Freizeiteinrichtungen oder an Zielen der Erholung ausgerichtet werden, sondern bei der Erschließung von Siedlungen und sonstigen Einrichtungen Berücksichtigung finden. Da Frauen häufiger zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, ist ein vernetztes optimiertes Nahverkehrssystem zur inner- und zwischenörtliche Erschließung abseits von Hauptachsen für Frauen bedeutsam, da auf diese Weise „fußläufige“ Entfernungsradien und Radfahrdistanzen gewährleistet werden.

Verkehrsmittelwahl von Frauen und Männern (ohne Wien)		
Verkehrsmittel	Frauen	Männer
Auto lenkend	33%	59%
Auto mitfahrend	14%	6%
Bus/Bahn	16%	13%
Zu Fuß	29%	13%
Fahrrad	8%	6%
(Verkehrsclub Österreich 1996)		

Eine Befragung zum Mobilitätsverhalten in Oberösterreich (Amt der OÖ Landesregierung 2001, 217) hat ergeben, dass Frauen zumindest in den mittleren Altersklassen heute zu einem überwiegenden Teil einen Führerschein besitzen und zur Bewältigung der im Alltag notwendigen Mobilität mittlerweile auch das Auto entsprechend nutzen (können bzw. müssen) – insbesondere wenn sie am Land leben.

Führerscheinbesitz von Frauen			
Führerschein	Oberösterreicherinnen im Alter 19 bis 50 Jahre	Österreicherinnen gesamt	Österreicher gesamt
Ja, besitze Führerschein	94%	66%	80%
(Verkehrsclub Österreich 1996, Amt der OÖ Landesregierung 2001)			

In Verkehrserhebungen unterscheidet sich der Mobilitätsaufwand nach Anzahl der zurückgelegten Wege für Frauen und Männer nur geringfügig (Frauen legen 3,3 Wege pro Tag, Männer legen 3,6 Wege pro Tag zurück, VCÖ 1996). Werden Wege nach deren Wegzweck gesplittet und auch kurze Distanzen berücksichtigt, ändert sich das Verhältnis. In einer Erhebung des Mobilitätsaufkommens bei Frauen in Oberösterreich, wurde festgestellt, dass Frauen durchschnittlich 4 Wege pro Tag zurücklegen (Amt der OÖ Landesregierung 2001, 222).

Die zurückgelegten Wege dienen meist nicht ausschließlich einem Zweck, sondern Frauen unternehmen sehr häufig Wege, die mehrere Zwecke gleichzeitig verfolgen. Idealerweise werden Wegeketten gebildet und z. B. das Einkaufen mit dem Arztbesuch, sonstigen Erledigungen und einem Spaziergang verknüpft. Gerade in ländlichen Regionen wird dies immer schwieriger, Frauen erledigen dort zunehmend (viele) Einzelfahrten (Amt der OÖ Landesregierung 2001, 223). Häufige Verkehrszwecke für Frauen sind dabei Begleitedienste für Kinder und Ältere. Eine bessere Abstimmung der „Betriebszeiten“ verschiedener Einrichtungen in den Regionen ist dringend gefordert, um Frauen vom Mobilitätsdruck, mehrere tägliche Einzelfahrten (Wege) durchführen zu müssen, zu entlasten.

Verkehrwegezwecke von Frauen und Männern in Oberösterreich 1998		
Wegzweck	Frauen*	Männer*
Zur Arbeit	10,8%	17,7%
Dienstlich, geschäftlich	1,5%	6,1%
Ausbildung, Schule	7,2%	6,9%
Einkauf	15,5%	8,7%
Private Erledigung	8,5%	4,5%
Freizeit	13,6%	13,4%
Nach Hause	42,7%	42,7%
Gesamt	100,0%	100,0%
*Personen ab 6 Jahre (Herry und Snizek 1999, Verkehrserhebung OÖ 1998)		

Voraussetzungen für Mehrfachwege in kleineren und größeren Städten sind fußgängerfreundlich gestaltete Verbindungen von Wohngebieten und Orts(teil)zentren, die räumliche Bündelung von Versorgungseinrichtungen in der Nähe von Erwerbs- oder Wohnorten sowie ein weitgehend verkehrsberuhigter Einkaufsbereich. In Umgebungen mit sicheren, weit verzweigten Fußwegenetzen wird der Begleitaufwand für Kinder reduziert und damit die Selbständigkeit der Kinder gefördert und deren Sicherheit im öffentlichen Raum erhöht. Der Verkehrszweck bestimmt im Allgemeinen die Wahl des Verkehrsmittels. Versorgungstätigkeiten werden heute insbesondere im ländlichen Raum fast ausschließlich motorisiert zurückgelegt. Daher sollten die Ortsteilzentren insgesamt gut erreichbar und zum Teil verkehrsberuhigt sein. Orts(teil)zentren können auf diese Weise eine attraktive Alternative zum Einkauf in Einkaufszentren am Ortsrand darstellen. Die bessere Erschließung der Orts(teil)zentren mit öffentlichen Verkehrsmitteln und deren Attraktivitätssteigerung sind nicht nur aus Familiensicht von Bedeutung (größere Aktionsradien für Kinder, weniger Begleitwege, ...), sondern auch für die älteren Menschen in der Region.

- Analysefeld „*Erwerbsspendeln von Frauen und Männern*“

Zahlreiche Mobilitätserhebungen haben ergeben, dass die Pendeldistanzen in den letzten Jahrzehnten räumlich zugenommen haben, der zeitliche Aufwand jedoch aufgrund beschleunigter Verkehrsmittel nahezu gleich geblieben ist. Frauen legen trotz dieser Tendenz im Allgemeinen kürzere Wegdistanzen beim Erwerbsspendeln zurück als Männer. Die Wegdistanzen verkürzen sich insbesondere bei Frauen mit Kindern. Der Grund wird in dem hohen Anteil der weiblich Beschäftigten im Dienstleistungssektor gesehen (Camstra 1995). Frauen mit Kleinkindern pendeln im Durchschnitt nur über sehr kurze Distanzen. Das Pendelaufkommen steigert sich bei Frauen erst wieder mit dem Erwachsenwerden der Kinder. Wie Schrittwieser (2002) zeigt, pendeln junge Frauen (zumindest in Oberösterreich) mittlerweile aber durchaus auch knapp nach der Karenz, solange die Kinder noch relativ klein sind, relativ weit „zurück“ an ihren alten Arbeitsplatz.

Wie der in Karte 28 dargestellte Anteil an Frauen an allen unselbständig Beschäftigten, die eine Pendlerpauschale in Anspruch nehmen, zeigt, pendeln Frauen heute im Osten und Süden Österreichs „auch weiter“ zu ihrem Arbeitsplatz – und zwar in einem annähernd ähnlichen Ausmaß wie Männer (Karte 29). Relativ hohe Anteile an Frauen, die relativ weit zu ihrem Arbeitsplatz pendeln finden sich auch im westlichen oberösterreichischen Zentralraum, im oberösterreichisch-salzburgischen Grenzraum sowie im Einzugsbereich der Landeshauptstädte Innsbruck, Klagenfurt und Graz. Im inneralpinen Raum sind es über-

wiegend Männer, die weit pendeln. Hier ist in vielen Regionen die Zahl der Frauen, die Pendlerpauschale in Anspruch nehmen, nur etwa halb so hoch wie jene der Männer.

- Analysefeld „*Ab- und Zuwanderungsverhalten von Frauen und Männern im Lebenslauf*“

Frauen und Männer weisen unterschiedliche Lebensverlaufsmuster auf, die sich auch räumlich in unterschiedlicher Weise manifestieren. Männer sind von einem vielfach linear geordneten Karriereverlauf im Erwerbsleben geprägt, für Frauen hingegen ergeben sich Diskontinuitäten, die sich aus der Mehrfachbelastung durch Familien-, Versorgungs- und Erwerbsarbeit ergeben (Nebenführ 1997).

Mit dem Alter verändert sich das Mobilitätsverhalten und ist in folgende Phasen einzuteilen (Aufhauser 1995a, 203):

- Hohe Mobilität im Kleinkindalter aufgrund von wohnungsbezogener Wanderung in der Familienerweiterungsphase,
- niedrige Mobilität im Schulkindalter in der Familienkonsolidierungsphase,
- ansteigende Mobilität in der Einstiegsphase in das höhere Ausbildungssystem und Familiengründung,
- hohe Mobilität in der Phase der beruflichen Standortbestimmung und Familienerweiterung,
- fallende Mobilität in der Phase der Familienkonsolidierung,
- erhöhte Altersmobilität aufgrund der Erwerbskarriere und später aufgrund des Übertritts in den Ruhestand,
- erhöhte Mobilität aufgrund von Pflegebedürftigkeit im hohen Alter.

Dieser Zyklus manifestiert sich auch in einem räumlichen Muster aus geschlechter- und kohortenspezifischem Wanderungsverhalten (Karten 30 bis 32). Junge Frauen und Männer wandern primär in Stadtregionen, die höhere Ausbildungsmöglichkeiten und ein Mehr an Arbeitsplätzen etwa im Bürobereich bieten. Auffällig sind der Bezirk Oberpullendorf und Innsbruck Land unter den Spitzenreitern mit einer positiven Wanderungsbilanz bei den jungen Männern, jedoch einer negative Wanderungsbilanz bei den jungen Frauen und Wels Stadt mit einer positiven Wanderungsbilanz bei den jungen Frauen und einer leicht negativen bei den jungen Männern. Die größeren Städte als Orte der „Infragestellung von Geschlechterordnungen“ (Ernst 2003) ziehen zumindest junge Frauen auch heute noch stärker an als junge Männer.

Die Tendenz, in die Großstadt zu wandern, hält bis zum Alter von 24 Jahren an. In der Phase der Familiengründung verlassen viele Frauen die Städte wieder. Sie verlagern ihre Wohnorte dabei in einem größeren Ausmaß als Männer auch in das erweiterte Stadt-Umlandgebiet (Karte 32). Negative Wanderungsbilanzen auch bei den jungen Erwachsenen kennzeichnen weite Teile Südösterreichs (die Bundesländer Steiermark und Kärnten), das Südburgenland, Teile des Mühl- und Waldviertels und Osttirol.



**Die 10 Bezirke mit den positivsten Wanderungsbilanzen bei den 15 bis 19-Jährigen 2000**

Frauen im Alter von 15-19 Jahren		Männer im Alter von 15-19 Jahre	
Bezirk	Wanderungsbilanz	Bezirk	Wanderungsbilanz
Wien	1079	Wien	987
Graz (Stadt)	275	Graz (Stadt)	239
Innsbruck (Stadt)	148	Linz (Stadt)	86
Salzburg (Stadt)	140	Innsbruck (Stadt)	57
Linz (Stadt)	94	Bregenz	55
St. Poelten (Stadt)	65	Wr. Neustadt (Stadt)	44
Klagenfurt (Stadt)	54	Oberpullendorf	43
Wr. Neustadt (Stadt)	47	Linz (Land)	35
Bregenz	41	Baden	31
Linz (Land)	39	Salzburg (Stadt)	31
Krems (Stadt)	30	St. Poelten (Stadt)	30
Wels (Stadt)	30	Innsbruck (Land)	24

(Statistik Austria 2000, Meldestatistik)

### Lebensbereich politische Teilhabe und Partizipationsformen

Der Austausch und die Kommunikation aller gesellschaftlicher Gruppen und Individuen müssen sich in der politischen Teilhabe widerspiegeln. Frauen sind bisher mit einer Ausgeschlossenheit vom politischen Bildungsprozess einerseits und der Teilhabe an formellen Entscheidungs- und Machtstrukturen andererseits konfrontiert. Im Folgenden werden relativ selektiv Ungleichheitsstrukturen und deren räumliches Muster aufgezeigt.

#### Relevante Analysefelder für die politische Teilhabe und Partizipationsformen

- Partizipation von Frauen in institutioneller Politik
  - Einrichtungen für politische Bildungsprozesse abseits traditioneller Parteistrukturen
- Analysefeld „*Partizipation von Frauen in institutioneller Politik*“

Die politischen Entscheidungen sind in Österreich insgesamt durch die dominierende Präsenz männlicher Entscheidungsträger geprägt – insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene. In den Landtagen schwankt der Anteil der Frauen mittlerweile zwischen einem Sechstel (Tirol, NÖ) und einem Drittel (Salzburg, Wien). In letztgenannten Bundesländern dürfte jene magische Grenze erreicht sein, ab der sich die Politik verstärkt (auch) mit Fraueninteressen auseinandersetzt bzw. auseinandersetzen muss.

Obwohl den Frauen eine hohe Kompetenz für „das Lokale“ zugesprochen wird, ist ihre Präsenz in den Gemeinderäten insgesamt deutlich niedriger als auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Insgesamt sind nur 14% aller österreichischen GemeinderätInnen weiblich (Hofer und Wolfgruber 1999). In vielen Gemeinden Österreichs ist noch immer keine einzige Frau im Gemeinderat vertreten, die höchsten Werte werden in den größeren Städten erreicht (vgl. etwa Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2001, 213f). Unter den neun österreichischen „Landeschefs“ findet sich derzeit eine Frau, unter ein Prozent der österreichischen BürgermeisterInnen sind weiblich (Steininger 2000).

Auch in den Vertretungen der Sozialpartner sind die Frauen insgesamt stark unterrepräsentiert, auf regionaler Ebene zeigt sich das besonders deutlich. Beispielhaft ist das in Karte 33 für die Wirtschaftskammer Österreich dargestellt: Nur 4 der 83 Bezirksstellen werden von Frauen geleitet. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch für die Vertretungen der anderen sozialpartnerschaftlichen Einrichtungen oder im Verwaltungsbereich bei den Bezirkshauptleuten.

Sehr rasch dürfte sich an dieser Situation auch nichts ändern. Wollen sich Frauen an den politischen Gremien beteiligen, sind sie vielfach mit ihrer Geschlechterrolle als „Familienfrau“ konfrontiert. Insbesondere das Bild einer „Mutter“ lässt sich für viele Österreicherinnen und Österreicher noch immer schwer mit dem Bild einer Parlamentarierin, Ministerin oder gar Bürgermeisterin vereinen – und zwar sowohl in ländlichen als auch in großstädtischen Regionen.

<b>Personen, die der Meinung sind Politik wäre primär etwas für Männer nach Regionstyp 1996</b>		
	Personen, die sagen, diese Tätigkeit wäre primär etwas für Männer	
	ParlamentarierIn	BürgermeisterIn
Österreich	29%	51%
Ländliche Regionen	32%	51%
Städtische Regionen	13%	40%
Gemischte Regionen	26%	54%
Wien	39%	52%
(Eurobarometer 44.3, 1996, eigene Auswertung)		

Wie in Kapitel 3.3 gezeigt wird, spiegelt sich die geringe Einbindung der Frauen in die Lokalpolitik und in die Vertretungsstrukturen verschiedener institutioneller Einrichtungen auf regionaler Ebene in den „entscheidenden“ Gremien der Regionalpolitik (etwa bei den Regionalmanagements) recht deutlich wider (vgl. Kapitel 3.3). In zwei Drittel der im Rahmen dieser Studie befragten Regionalmanagementstellen sind fast ausschließlich Männer im Vorstand.

- Analysefeld *„Einrichtungen für politische Bildungsprozesse abseits traditioneller Parteistrukturen“*

Um die politischen Entscheidungsgremien mit mehr Frauen besetzen zu können, bieten verschiedene Landesregierungen auf Initiative der jeweiligen Frauenreferentin spezielle Politiklehrgänge für Frauen und Mädchen auch außerhalb parteigebundener Strukturen an. Diese wollen Mädchen und Frauen explizit nicht nur zur Teilnahme an politischer Bildung, sondern zur aktiven Mitgestaltung in politischen Gremien motivieren.

<b>Politiklehrgänge - Parteiunabhängige politische Bildung für Frauen und Mädchen 2000</b>	
Name des Angebots	Ort/Bundesland
„Auf die Plätze, Frauen, los!“ Politiklehrgang für Frauen, seit 1999	Salzburg
„girls in politics“, Politiklehrgang für Schülerinnen, seit 2000	Salzburg
„Frauen in die Politik!“, Politiklehrgang für Frauen, seit 2000	Linz / Oberösterreich
„Powerful Girls go Politics“, Polittraining für Mädchen, seit 2000	Linz / Oberösterreich
„Nüsse knacken - Früchte ernten, Frauen erobern die Politik“, 2001	Wörgl / Tirol
(Eigene Auswertung, Internetrecherche)	

Neben diesen Politiklehrgängen, die darauf angelegt sind, Frauen für die offizielle Politik „fit“ zu machen, gibt es auch eine Reihe politischer Bildungseinrichtungen mit frauenorientierten Bildungsangeboten deren primäres Ziel es ist, frauenrelevante Informationen zu sammeln und im Rahmen von Veranstaltungen Mädchen und Frauen Raum zu geben, ein eigenständiges politisches Bewusstsein zu entwickeln.

Politische Bildungsangebote für Frauen und Mädchen 2002	
Initiative	Ort/Bundesland
AEP-Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft	Tirol/Innsbruck
Ariadne-Österreichische Nationalbibliothek	Wien
DokuGraz-Frauendokumentations-, Forschungs- und Bildungszentrum	Graz / Steiermark
Efeu	Wien
Frauenakademie der katholischen Sozialakademie	Wien
Frauensolidarität	Wien
Frauenhetz	Wien
Fraueninformationszentrum femail	Feldkirch / Vorarlberg
Frauenservice Graz	Graz / Steiermark
Frida-Verein zur Förderung und Vernetzung frauenspezifischer Informations- und Dokumentationseinrichtungen in Österreich	Wien
Frauengetriebe	Bergenz / Voralberg
Gendup-Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung	Salzburg
Haus der Frauen	St. Johann / Salzburg
Johanna Dohnal Archiv	Wien
Netzwerk Frauenbildung	Wien
Projektgruppe Frauen	Klagenfurt / Kärnten
Renner Institut-Fachbereich Frauen und Politik	Wien
Rosa-Luxemburg-Institut	Wien
Rosa-Mayreder-College	Wien
Stichwort-Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung	Wien
(www.politsche_bildung.at/upload/pb_frauen.pdf)	

## 2.4 „Problemzonen“ in der regionalen Entwicklung aus Sicht der Gleichstellung von Frauen und Männern

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Lebenszusammenhänge von Frauen stark verändert. Die höhere Qualifikation von Frauen, ihr Eingebundensein in die Erwerbsarbeit und gesetzliche Bestimmungen zum Abbau von Diskriminierungen haben dazu beigetragen, dass sich weibliche Lebenszusammenhänge zunehmend differenzieren und von Vielfaltigkeit und Diskontinuitäten geprägt sind.

Gleichstellungsorientierung in der regionalen Entwicklung ist als Strategie einer sich wechselseitig positiv beeinflussenden Regional-, Gleichstellungs-, Beschäftigungs-, Sozial-, Kultur-, Verkehrs-, Raumordnungs-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik zu verstehen. Diese zielt darauf ab, regionale Unterstützungsstrukturen für Frauen bereitzustellen, eine Vielfalt an Lebenszusammenhängen durch das Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen zu unterstützen, bestehende soziale Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu beseitigen und somit die Lebensstandards und die Lebensqualität zu verbessern. Um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen, ist es nötig, die weiblichen Lebenszusammenhänge in ihrer regionalen Vielfalt wahrzunehmen und als regionale Qualität und Chance zu begreifen.

Eine „Gleichstellungsorientierte Regionalpolitik“ ist in diesem Sinne gefordert immer wieder aufzuspüren, in welchen Bereichen es Frauen (und Männern) in bestimmten regionalen Kontexten an einer tatsächlich lebberen Vielfalt fehlt, welche Barrieren es sind, die Frauen (und Männern) „andere“, alternative Lebenswege verstellen. Die geschlechterspezifischen Ungleichheiten wirken nicht in allen Regionen gleichermaßen und/oder in die gleiche Richtung. Die Regionalentwicklung sieht sich mit differenzierten geschlechterspezifischen Ungleichheiten konfrontiert. Sie muss sich Fragen nach geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, nach den regionalen Variationen und nach der innerregionalen Differenzierung (nach Kohorten, nach sozialer Herkunft und sozialem Status, nach ethnischer Zugehörigkeit etc.) stellen.

Im Folgenden werden die problematischen Tendenzen der regionalen Entwicklungen zusammengefasst und Fragestellungen angeführt, die zu einer gleichstellungsorientierten, regionalen Entwicklung hinführen könnten.

- Zunehmende Trennung von weiblichen und männlichen Arbeitsmärkten

In vielen regionalen Zusammenhängen verstärkt sich die räumliche Trennung weiblicher und männlicher Arbeitsplätze. Diese Entwicklung reproduziert und zementiert nicht nur die horizontale und vertikale Segmentierung der Geschlechter am Arbeitsmarkt, sondern erschwert auch eine gleichgestellte Aufteilung der familiären und haushaltsbezogenen Versorgungsarbeit.

- Männliche Monostrukturen durch Clusterpolitik und Technologiezentren

Regionalpolitische Interventionen wie die Unterstützung von Clusterbildungen, Gründungsförderungen oder die Errichtung von Technologiezentren stärken im Allgemeinen die Ausbildung männerdominierter Arbeitszusammenhänge. Zumindest als Unternehmen profitieren Frauen unterproportional von derartigen Interventionen.

- Zunehmende regionale Auseinanderentwicklung von Frauen- und Männereinkommen

In vielen Regionen ist ein zunehmendes Auseinanderdriften der Einkommen von Frauen und Männern zu beobachten. Dies gilt insbesondere auch für jene Regionen, in denen eine wirtschaftlich relativ erfolgreiche export-, technologie- und innovationsorientierte Regionalpolitik betrieben wird. Frauen partizipieren zwar am wirtschaftlichen Erfolg dieser Regionen, indem sich auch ihre Erwerbschancen erhöhen, finden sich jedoch zunehmend auf Arbeitsplätzen im versorgungsbezogenen Dienstleistungsbereich, in denen die Einkommen eher sinken als steigen, die kein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen, deren Existenz stark mit der ökonomischen Kaufkraft korreliert und die daher in rezessiven Phasen stark gefährdet sind.

- Zunehmende Trennung von weiblichen und männlichen Bildungsbereichen auf regionaler Ebene

Im Bildungsbereich lässt sich ebenfalls eine zunehmende räumliche Ausdifferenzierung weiblicher und männlicher Ausbildungsstrukturen erkennen. Insbesondere im höheren Bildungsbereich in den ländlich-peripheren Regionen ist eine zunehmende „Verweiblichung“ allgemeiner und kaufmännischer Ausbildungsgänge zu beobachten, junge Männer nehmen vermehrt spezialisierte Ausbildungsangebote wahr. Der Ausbau von Fachhoch-

schulen und die im Bildungsbereich angestrebten „Clusterbildungen“ befördern diesen Prozess derzeit.

- Standortentwicklung vernachlässigt Frauen

Der Vergleich der relativen Anteile der berufstätigen Frauen und Männern mit Maturaabschluss im Alter von 25 bis 34 Jahre zeigt bereits 1991, dass rund 10% mehr Frauen als Männer einen Maturaabschluss haben. Ein besonders hohes relatives Bildungsniveau der Frauen ist beispielsweise in den Bezirken des zentralen Alpenraums, festzustellen. Der relativ geringste Bildungsvorsprung der Frauen ist in städtischen Bezirken gegeben. Die regionale Standortentwicklung vernachlässigt das „Humankapital“, über das die Frauen verfügen. Insbesondere die jungen Frauen, die mittlerweile sehr gute Qualifikationen erwerben, finden in vielen regionalen Kontexten wenige adäquate Arbeitsplätze.

- In einigen Regionen ist ein deutlicher „Männerüberschuss“ gegeben

Frauen wandern aus Regionen, die keine adäquaten „Angebote“ bereitstellen, zunehmend ab bzw. kehren nach höheren Ausbildungen nicht mehr in diese Regionen zurück. Nicht nur in den inneralpinen, stärker landwirtschaftlich geprägten Regionen, sondern auch in Industrieregionen etwa der Steiermark zeigt sich damit verbunden ein immer stärkerer „Männerüberschuss“ bei den im Hauptalter der Partnerschaftsfindung und Familiengründung stehenden Altersgruppen.

- Mangelnde Standortentwicklung im Bereich der Versorgungswirtschaft

Auch aufgrund fehlender oder ungenügender Ausstattung mit sozialer Infrastruktur kann die Erwerbsbeteiligung von Frauen nur langsam steigen. Die Versorgungstätigkeiten und sozialen Dienste in den Regionen werden weiter primär von Frauen getragen, führen zu Mehrfachbelastungen und binden Frauen stärker als Männer an den Wohnort. Die mangelnde Standortentwicklung im Bereich der Versorgungswirtschaft geht zu Lasten der Frauen.

- Fehlen von Frauen in der regionalen und lokalen Politik

Frauen sind auf lokaler und regionaler Ebene noch immer kaum in politischen Entscheidungsfunktionen zu finden. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Frauen in derartigen Positionen und Funktionen ist in Österreich in den meisten Regionen noch immer sehr gering.

- Mobilitätsorientierung und Funktionalisierung

Frauen sind im verstärkten Maße durch Erwerbs- und Versorgungstätigkeit einem Mobilitätsdruck ausgesetzt. Dieser verstärkt sich durch die zunehmende räumliche Funktionstrennung von Arbeit, Bildung und Wohnen zu. Das Wanderungsgeschehen zeigt für junge Männer eine erhöhte Ausbildungsmobilität in Ausbildungsregionen für spezialisierte Qualifizierungen. In Zusammenhang mit einer Familiengründung ziehen auch gut gebildete Frauen zunehmend ins erweiterte städtische Umland bzw. an die „Peripherie“. Da die wenigen Arbeitsplätze „vor Ort“, die der guten Ausbildung der Frauen adäquat wären, noch immer eher an Männer als an Frauen gegeben werden, müssen sich die Frauen zunehmend entscheiden, entweder auf ein ihrer Ausbildung adäquates Einkommen zu

verzichteten oder – nach einer Familienkarenz – eventuell sehr weit an ihre „alten“ Arbeitsplätze zu pendeln.

- Fehlende alltagsgerechte Raumnutzung

Die Nutzung von Räumen unterliegt einer Funktionstrennung, die keineswegs am Alltag von Frauen ausgerichtet ist. Regionale Arbeits-, Versorgungs- und Freizeitstrukturen sind räumlich nur mangelhaft integriert. Aufgrund weiter Pendelradien der Männer müssen Frauen den Alltag zunehmend alleine managen. Sie sind darüber hinaus oft „mehrfach“ am Tag unterwegs, um ihren familiären Versorgungs- und Betreuungsaufgaben nachzukommen.

- Mangelnde Nutzung kultureller Ressourcen

Das kulturelle Leben in den Regionen fördert das Selbstbewusstsein und bietet Impulse für die regionale Entwicklung. Frauen und Männer sind am kulturellen Leben und künstlerischen Schaffen, das auch gesellschaftliche Positionen mitbestimmt, bisher im Wesentlichen in geschlechterspezifischer Form beteiligt, Frauen werden nur unzureichend unterstützt.

So wie „ein gemeinsames Europa auf den Ausgleich regionaler und sozialer Disparitäten bedacht sein muss, um unerwünschte Konsequenzen (verstärkte Arbeitskräftewanderung, Peripherisierungsprozesse, wachsende soziale Ungleichheit) zu verhindern“ (ÖROK 2002, 1), ist auch die Regionalpolitik in Österreich insbesondere aufgrund des eher schlechten Abschneidens in vielen für die Gleichstellung relevanten Dimensionen im Vergleich der 15 EU-Länder aufgefordert, geschlechtsspezifische Ungleichheiten auszugleichen. Die für eine Gleichstellungsorientierung problematische regionale Entwicklung bedarf einer neuen Zielrichtung,

- die ihr Augenmerk nicht nur auf eine Stärkung der regionalen Exportwirtschaft richtet, sondern auch auf die regionale Versorgungswirtschaft, die die Lebensqualität in der Region für alle sichert,
- die nicht nur auf regionale Stärken, sondern auch auf regionalen Ausgleich setzt,
- die sich statt an Qualifikations- und Wirtschaftsklustern expliziter als bisher an der Stärkung einer umfassenden regionalen Wissensbasis orientiert,
- die nicht ausschließlich eine Mobilitätsorientierung, sondern auch regionale Zugänglichkeiten zum Ziel hat,
- die weiter auf regionale Kooperationen setzt, aber besser als bisher auch auf den Einschluss weiblicher Akteurinnen achtet.

Eine Regionalentwicklung, die Gleichstellungsorientierung verfolgen will, ist daher gefordert, auch aktuelle Leitideen der Regionalentwicklung zu hinterfragen – mit dem Ziel die mögliche Geschlechterspezifik der regionalen Entwicklungsziele aufzudecken. Folgende Fragen sind als Denkansatz in diese Richtung zu verstehen:

**Fragenkatalog zur Ersteinschätzung der Regionalpolitik aus Genderperspektive**

- Zielt die österreichische innovationsorientierte Regionalpolitik auf beide Geschlechter ab?
- Sind in den Gründungs-, Innovations- und Technologiezentren auch Unternehmerinnen ansässig?
- Wird durch die Verteilung der Technologie- und Innovationsförderung die Trennung der Arbeitsmärkte forciert?
- Gibt es Arbeitsplätze in der Region, in denen die zunehmend besser gebildeten Frauen ihre Qualifikationen auch umsetzen könn(t)en?
- Zielen unsere Bildungscluster auf beide Geschlechter ab?
- Setzen unsere Bildungsangebote auch bei vorhandenen regionalen Stärken der Frauen an?
- Bündeln wir Traditionelles mit Nicht-Traditionellem für Frauen und Männer?
- Fördern wir frauenspezifische Ansprüche?
- Gibt es ausreichende Unterstützungsstrukturen für Frauen in der Region? Gibt es ausreichend Angebote für Männer in der Region? (z.B. Frauenärztinnen, Kinderversorgungseinrichtungen, Männer- und Frauenberatungsstellen)
- Gibt es spezifische Infrastrukturangebote in der Region, die speziell die Vernetzung von Frauen fördern? (z.B. Fraueneinrichtungen)
- Fördern wir die Teilhabe von Frauen in Entscheidungsgremien?
- Wie fördern wir mit den regionalpolitischen Entscheidungsstrukturen eine verstärkte Beteiligung von Frauen am politischen Geschehen?
- Fördern wir mit der verkehrsmäßigen Stärkung von Pendelachsen tatsächlich die berufliche Verankerung beider Geschlechter?
- Unterstützen wir mit den Raumstrukturen und der propagierten Standortentwicklung ein geschlechterspezifisches Wanderungsverhalten, das sich für Frauen im Lebenslauf langfristig nachteilig auswirkt?
- Fördern wir die Teilhabe von Frauen an Planungsverfahren?
- Bieten wir Frauen in Flächenwidmung und Bebauungsplänen Möglichkeiten der multifunktionalen Rauman eignung und -gestaltung?
- Fördern wir die Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen in der Region?

### 3 Der Beitrag räumlicher Politik zur (Re)Produktion geschlechterspezifischer Ungleichheitsstrukturen

Frauen und Männer werden bei der Verwirklichung einer eigenständigen und selbstgewählten Form der Lebensführung durch zahlreiche strukturelle, politische und gesellschaftliche Bedingungen beeinflusst. In diesem Kapitel wird analysiert, welche Auswirkungen räumliche Politik auf die (Re)Produktion geschlechterspezifischer Ungleichheitsstrukturen hat. Folgende Fragestellungen sind zentral: Haben räumliche Strukturen tatsächlich einen Einfluss auf Geschlechterbeziehungen? Auf welche Weise verstärken räumliche Strukturen die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern? Wie müssen räumliche Strukturen gestaltet sein, damit sie emanzipatorisch wirken und zu einer Gleichstellung der Geschlechter beitragen?

Im ersten Teil des Kapitels wird dargestellt, wie das Zusammenwirken sozialer und räumlicher Strukturen theoretisch gefasst werden kann und auf welche Weise insbesondere die räumlicher Planung inhärenten Formen von Dichotomisierung und Funktionalisierung auf das Geschlechterverhältnis einwirken. Im Anschluss an die theoretischen Ableitungen wird untersucht, in welcher Form und in welchem Ausmaß Dichotomisierungen und Funktionalisierungen auch in Planungsdokumenten und -konzepten der österreichischen Regionalpolitik zu finden sind und auf welche Weise diese geschlechterspezifische Strukturen der Ungleichheit reproduzieren. Um die Verankerung der Frauen im derzeitigen regionalpolitischen Setting in Österreich darzustellen, werden auf lokaler und regionaler sowie Landes- und Bundesebene Fragen wie Beteiligung von Frauen, verhandelte Themen, Entscheidungsstrukturen sowie der Umgang mit Frauenprojekten und -initiativen analysiert. In Folge wird anhand ausgewählter regionalpolitisch relevanter Handlungsfelder der Frage nachgegangen, wie sich deren Raumbezug gestaltet, und ob bzw. wie mit diesem Funktionalisierungen und Dichotomisierungen einhergehen, die die Reproduktion von Geschlechterhierarchien befördern. Abschließend werden Argumente ausgeführt, die zeigen, wie Gleichstellung mit anderen Faktoren (regionaler) Entwicklungsprozesse zusammenspielt, um die Kosten für die Regionalentwicklung, die aus geschlechterbezogenen Ungleichheiten entstehen können, deutlich zu machen und den Nutzen herauszuarbeiten, der mit einer höheren Orientierung an Gleichstellung einhergeht.

#### 3.1 Das Verhältnis von Geschlecht und Raum – eine theoretische Betrachtung

„The gendering of space and place, and the role that space and place play in the making of gender, matter. (...) It matters because the decisions that are made about our everyday lives, based in outmoded ideas of gender, are fixed in our everyday places and spaces.“ (Domosh and Saeger 2001, xxiii)

##### Gesellschaft, Geschlecht und Raum

Zentrale Ansatzpunkte für das der Studie zugrunde liegende Verständnis des Verhältnisses von Geschlecht und Raum sind Pierre Bourdieu's (1983 und 1991) Ressourcenkonzept, Martina Löw's (2001) Konzeption von Raumstrukturen als gesellschaftliche Strukturen und die Bedeutung, die Diskursen und diskursiver Macht für die Gestaltung gesellschaftlicher Beziehungen im Poststrukturalismus zugeschrieben wird.



Pierre Bourdieu's (1991) Untersuchungen über den Umgang verschiedener sozialer Schichten und Ethnien mit Raum geben wichtige Anregungen zur Frage nach der Eingebundenheit des Geschlechterverhältnisses in den Raum. Sowohl materielle wie symbolische Aneignung des Raumes hängen nach Bourdieu von der Verfügung über ökonomisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital ab. Je größer diese Kapitalien bzw. Ressourcen sind, umso ausgeprägter ist die Dominanz im Raum. Unter ökonomischem Kapital sind nicht nur Geld und Vermögen, sondern unter anderem auch der mit diesen zusammenhängende Besitz an Grund und Boden oder die Verfügung über schnelle, bequeme Transportmittel zu verstehen. Das soziale Kapital ist bestimmt über die gesellschaftliche Position, den Status und Beziehungen. Das kulturelle Kapital beinhaltet Wissen und Habitus, die Menschen zum angemessenen Gebrauch des Raumes befähigen. So ist etwa der Zugang zu Professionen, zu Architektur und Raumplanung von ausschlaggebender Bedeutung für das Gestalten des Raumes und für das Setzen von Symbolen im Raum. Im symbolischen Kapital spiegeln sich Machtpositionen wider, die gesellschaftliche Akteure erlangen können.

Ausgehend von diesem Konzept kann die These formuliert werden, dass die Verfügung über ökonomische, soziale, kulturelle und symbolische Kapitalien oder Ressourcen die Voraussetzung bildet, sich Raum anzueignen. Dem Raum ist damit auch eine geschlechterspezifische Hierarchisierung eingeschrieben, denn Frauen haben aufgrund ihrer benachteiligten gesellschaftlichen Position und der damit verbundenen eingeschränkten Verfügung über die genannten Kapitalien weniger Möglichkeiten und Macht, sich an der Gestaltung und der Produktion von Raum zu beteiligen. Ein stärkeres Mitmischen von Frauen in der Planung und eine bessere Integration von Frauen in die Produktion und Konstituierung von Raumstrukturen sind jedoch dringend gefordert. Raumbezogene Politik kann die Ressourcen, die es Frauen ermöglichen, sich intensiver an der räumlichen Gestaltung zu beteiligen, auf vielfältige Weise stärken: So sind etwa Frauen seltener als Männer in institutionelle Strukturen eingebunden, die die Partizipation an Planungsprozessen finanziell abdecken<sup>75</sup>. Die Bezahlung von Reisekosten und Arbeitszeit für Frauen (und Männer), für die deren Abgeltung nicht anderweitig sicher gestellt ist, könnte die Beteiligung von Frauen an regionalplanerischen Prozessen deutlich stärken. Der Aufbau von sozialem Kapital könnte über die explizite Bereitstellung und/oder Förderung von Infrastruktur erfolgen, die es Frauen ermöglicht, sich zu treffen<sup>76</sup>. Über den Aufbau von Informationsstrukturen, die spezifisch darauf ausgerichtet sind, das Wissen der Frauen im Bereich von Regionalpolitik auszuweiten, kann kulturelles Kapital aufgebaut werden, das die Barrieren niedriger macht, die eine Teilnahme der Frauen am regionalpolitischen Prozess bis heute behindern<sup>77</sup>. Klare rechtliche Regelungen und Aufgabendefinitionen stärken die Machtpositionen der Frauen (ihr symbolisches Kapital) in den verschiedenen Entscheidungsgremien<sup>78</sup>.

<sup>75</sup> So ist etwa die Teilnahme der Vertreterinnen von Frauen-NGOs in den Begleitausschüssen der Strukturfondsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen der EU in Österreich bisher reines „Privatvergnügen“. Die Einrichtungen, aus denen diese Frauen kommen, verfügen meist nicht über eine öffentliche Grundfinanzierung, die die finanziellen Kosten der Beteiligung trägt.

<sup>76</sup> Frauenräume, Ressourcen- oder Kompetenzzentren für Frauen, Equipment für die elektronische Vernetzung u.Ä.

<sup>77</sup> Beispiel Strukturfondsprogramme: Aufbau von institutionellen Strukturen, die spezifisch an Frauen und Frauenorganisationen gerichtete Informationen bereitstellen und verbreiten, auf welche Weise die bereitgestellten öffentlichen Finanzmittel für die Anliegen der Frauen und der Gleichstellung genutzt werden können.

<sup>78</sup> Frauen- oder Gleichstellungsabteilungen könnten automatisch in die Begutachtung regionalpolitisch relevanter Gesetze und Programme einbezogen werden – wie es etwa seit kurzem in Salzburg passiert. Gender Mainstreaming Expertinnen könnte nicht nur die Beteiligung, sondern ein Vetorecht zugestanden werden. Geschlechterspezifische Parität in verschiedenen Entscheidungsgremien könnte gesetzlich vorgeschrieben werden.

In Anlehnung an Bourdieu argumentiert auch Löw (2001), dass sich aufgrund ungleicher Verteilungen von Ressourcen und Zugangschancen für verschiedene soziale Gruppen ungleiche Möglichkeiten ergeben, an der Schaffung, Gestaltung und Veränderung von Räumen mitzuwirken. Finanzielle Mittel, soziale Positionen und Wissen bilden für Individuen ausschlaggebende Ressourcen, sich an der Konstitution von Raum zu beteiligen. Höhere soziale Klassen verfügen gegenüber niedrigeren sozialen Klassen – genauso wie Männer gegenüber Frauen – über bessere Zugangsmöglichkeiten zu den genannten Ressourcen und sind daher stärker in die Gestaltung von Räumen eingebunden.

#### **Geschlechterspezifische Wissensreservate**

„Menschen, die über eine hohe Position in der sozialen Hierarchie verfügen, wird mehr Raum, und zwar symbolisch und materiell, zugesprochen als jenen, die niedrigere Positionen innehaben“. Auch Wissen stellt eine Dimension dar, über die Zugangsmöglichkeiten bzw. Ausschlüsse organisiert werden. „Je nach Wissensspektrum können unterschiedliche Räume geschaffen werden mit den damit einhergehenden Machtverhältnissen.“ Als Beispiel dafür kann die Existenz geschlechterspezifischer Berufswahl gesehen werden, die u.a. die geschlechterspezifischen Wissensreservate reproduziert.

(Löw 2001, 213)

Sehr klar konzipiert Martina Löw das Verhältnis von räumlichen und gesellschaftlichen Strukturen. Sie fasst räumliche Strukturen explizit als einen Teil der gesellschaftlichen Strukturen auf. „Neben politischen, ökonomischen, rechtlichen etc. Strukturen existieren demnach auch räumliche (und zeitliche) Strukturen. Sie gemeinsam bilden die gesellschaftliche Struktur“ (Löw 2001, 171f). Ihre Raumkonzeption selbst umfasst dabei zwei Elemente: Raum wird als „relationale (An)Ordnung von Menschen und sozialen Gütern an Orten“ verstanden und gleichzeitig als deren Synthese. Räume entstehen für sie im gesellschaftlichen und individuellen Handeln. Löw's Konzeption erleichtert das Verständnis mehrerer Aspekte, die für die Konstitution der Beziehung von Geschlecht und Raum wesentlich sind.

- Als Teil der gesellschaftlichen Strukturen spiegeln räumliche Strukturen die sozialen, ökonomischen, politischen Strukturen einer Gesellschaft wider, und damit auch das diesen inhärente Geschlechterverhältnis. Es ist daher davon auszugehen, dass sich Veränderungen in ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen, also auch Neugestaltungen in den Geschlechterbeziehungen, die durch ökonomische oder politische Transformationsprozesse vorangetrieben werden, in räumlichen Strukturen niederschlagen (sollten).
- Umgekehrt ist davon auszugehen, dass auch räumliche Strukturen einen Einfluss auf andere Bereiche gesellschaftlicher Strukturen ausüben. Wie im Folgenden noch ausführlicher gezeigt wird, hatte etwa die Art und Weise, wie die Industriegesellschaft über die Ausdifferenzierung von Betriebs- und Wohnorten ihre ökonomischen Strukturen in räumliche Strukturen umsetzte, einen prägenden Einfluss auf die Gestaltung der Geschlechterbeziehungen.
- Die Umstrukturierungsprozesse in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verlaufen zeitlich nicht immer parallel und konfliktfrei. Räumlich-materielle Strukturen und normative Strukturen reagieren langsamer auf Veränderungsdruck als soziale Strukturen. In diesem Sinne kommt räumlichen Strukturen eine konservierende Funktion in Beziehung auf den sozioökonomischen Wandel zu. In der Auseinandersetzung mit der Beziehung von Geschlecht und Raum muss es daher auch darum gehen, her-

auszufinden, inwiefern sich in den räumlichen Strukturen, mit denen wir derzeit konfrontiert sind, Formen von Geschlechterbeziehungen widerspiegeln (etwa die Alleinverdienerfamilie), die sich real bereits „überlebt“ haben.

- In der Analyse des Verhältnisses von Geschlecht und Raum ist es wichtig, die Mechanismen genauer zu betrachten, über die individuelles raumbezogenes Handeln und gesellschaftliche Raumstrukturen ineinander greifen. Unter Bezugnahme auf den Poststrukturalismus ist davon auszugehen, dass die Analyse raumbezogener gesellschaftlicher Diskurse eine geeignete Methode darstellt, die typischen Strukturierungsformen und -mechanismen zwischen raumbezogenem Handeln und gesellschaftlicher Raumgestaltung aufzudecken<sup>79</sup>. In diesem Sinne muss der Auseinandersetzung mit den im regionalpolitischen Feld derzeit dominierenden Diskursen um das Verhältnis von „Globalisierung und Regionalisierung“, um „Innovationsorientierte Regionalentwicklung“, um „neue regionale Partnerschaften und Kooperationsformen“, um die wachsende Bedeutung „regionaler Vernetzung“ u.Ä. im Folgenden eine besondere Bedeutung zukommen<sup>80</sup>.
- Martina Löw's Verständnis von Raum als relationale (An)Ordnung von Menschen und sozialen Gütern an Orten und gleichzeitig als deren Synthese, erleichtert es auch, Orte wie etwa Technologiezentren, als konkrete „räumliche Sammelstelle“ innovativer Unternehmen und UnternehmerInnen zu verstehen und gleichzeitig als regionalpolitische Metapher für „modernes Unternehmertum“, über das regionale Entwicklung stimuliert werden kann.

Die Konstitution von Raum bringt Verteilungen hervor, die unterschiedliche Personengruppen begünstigen und andere benachteiligen. Räume sind daher oft Orte sozialer Auseinandersetzung (Löw 2001). Aufgabe einer „Gleichstellungsorientierten Regionalpolitik“ ist es, über die Stärkung des Zugangs zu Ressourcen oder „Kapitalien“ die räumliche Gestaltungsmacht der Individuen zu fördern und so zu einer gerechteren Teilhabe an Raum und am Prozess der räumlichen Gestaltung beizutragen. „Gleichstellungsorientierte Regionalpolitik“ muss sich auch damit auseinandersetzen, inwiefern die von ihr mitproduzierten räumlichen Strukturen einer Modernisierung der Geschlechterbeziehungen im Wege stehen. Wie im Folgenden gezeigt wird, wirken die räumlichen Strukturen der Moderne primär über die ihnen eingeschriebenen Dichotomisierungen und Funktionalisierungen auf die Geschlechterbeziehungen zurück. Regionalpolitik muss besonders darauf achten, ob und in welchem Ausmaß die im Politikfeld dominierenden Diskurse Dichotomisierungen und Funktionalisierungen in sich tragen, die ein asymmetrisches Geschlechterverhältnis reproduzieren.

Das Verständnis des Verhältnisses von Geschlecht und Raum, auf dem die nachfolgenden Auseinandersetzungen aufbauen, geht zusammengefasst davon aus,

<sup>79</sup> Vgl. Strüver (2002) zur Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Poststrukturalismus für die Geographie aus Genderperspektive.

<sup>80</sup> Im Sinne des französischen Historikers und Philosophen Michel Foucault (1973<sup>6</sup>) sind Diskurse als inhaltlich-thematisch abgrenzbare, strukturierte und institutionalisierte Formen der Bedeutungsproduktion zu verstehen (Keller 2001). Diskursanalyse stellt unter anderem folgende Fragen (Aufhauser 2001a): Was sind die spezifischen Formen der Bedeutungsproduktion und die inhaltlichen Themen, die einen Diskurs kennzeichnen? Wie, wann und unter welchen Bedingungen kommt es zur Institutionalisierung dieser Formen der Bedeutungsproduktion? Welche Gegenstände und Begriffe werden über die institutionellen Formen der Sinngebung produziert, die den Diskurs kennzeichnen? Welche Instanzen nehmen am Diskurs teil, welche tragen ihn, welche werden langfristig institutionalisiert? Wer spricht an welchen institutionellen Plätzen von welcher Position aus? Wie ist das Feld der Aussagen organisiert, in dem bestimmte Begriffe in einer bestimmten Form auftauchen und zirkulieren? Welche Typen an Abhängigkeiten bestehen zwischen verschiedenen Aussagen bzw. Aussagengruppen? Wie erfolgreich sind bestimmte Diskurse, sprich welche Außenwirkung haben sie?

- dass die, die über ein Mehr an gesellschaftlichen Machtressourcen verfügen (traditionell sind das Männer), die materielle Gestaltung von Raum entsprechend jener Bedürfnisse, Ansprüche und Vorstellungen regeln, die die Gestaltung ihrer eigenen Lebenszusammenhänge erleichtert;
- dass die gesellschaftlich Mächtigeren nicht nur die materiell-physische Ausstattung von Raum sehr stark bestimmen, sondern auch die Diskurse, die die Nutzbarkeit, die Zugänglichkeit, die Verfügbarkeit und die Symbolik von Raum festlegen;
- dass räumliche Strukturen im Allgemeinen einen konservierenden Effekt auf Geschlechterbeziehungen ausüben und dass den Diskursen im regionalpolitischen Feld sowohl konservierende als auch transformierende Kraft zukommen kann.

### Dichotomisierungen der Moderne und ihre räumlichen Wirkungen

Räumliche Planung und Entwicklung sind immer als Ausdruck und Ergebnis der engen Beziehung zwischen Gesellschaft und Raum zu sehen. An ihnen lassen sich Entwicklungen und Werthaltungen einer Gesellschaft ablesen und in ihnen spiegeln sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse wider. In unseren patriarchalisch strukturierten Gesellschaften sind geschlechterspezifische Hierarchisierungen und Diskriminierungen impliziert, die ihre Ausprägungen und Vereindeutigungen im Zuge der neuzeitlichen Modernisierung und der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft erfuhren. Dies äußert sich – auch heute noch – in den unterschiedlichen politischen, rechtlichen und ökonomischen Teilhabechancen und Positionen von Frauen und Männern. Die dichotome Weltansicht der Moderne führt(e) zu engen geschlechterspezifischen Zuschreibungen und Deutungen – „Mann – Frau“, zur Zuweisung von gesellschaftlichen Orten – „Öffentlich – Privat“ und daraus abgeleitet, zu anderen Wertungen und Hierarchisierungen wie etwa „Kultur – Natur“, „Zentrum – Peripherie“ oder „Stadt – Land“. Im Folgenden sollen die Ursprünge dieser Dichotomien in der Moderne sowie deren benachteiligende Konsequenzen für Frauen dargestellt und deren (Nach-)Wirkungen in der räumlichen Gestaltung und Entwicklung aufgezeigt werden.

Typologie: Eigenschaften, die Männern und Frauen zugeschrieben werden		
Männlich		Weiblich
Sachbezogen		Menschenbezogen
Objektiv		Subjektiv
Instrumentell		Expressiv
Abstrakt		Konkret
Universalistisch	versus	Kontextuell
Differenziert		Ganzheitlich
Rational		Emotional
Egoistisch		Altruistisch
prinzipienorientiert		Wertorientiert
(nach Klinger 2000, 50)		

### Die Entstehung der „Moderne“

Die „Moderne“<sup>81</sup> wird als gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Transformationsprozess in Europa im Zuge der „Doppelrevolution“ – französische und industrielle Revolution – etwa zwischen 1750 und 1850 gesehen, der bis in die heutige Zeit andauert (Offenbartl 1995, 11). Der Übergang der traditionell-feudalen Gesellschaftsordnung in einen modernen Industriekapitalismus war durch die Entstehung von Märkten, die kapitalistische Produktionsweise und eine aufkommende Demokratisierung, die Herausbildung der Geldwirtschaft, die zunehmende soziale und räumliche Mobilität, die Agglomeration in den großen Städten und durch die funktionalen Differenzierungen von sozialen und räumlichen Lebensbereichen gekennzeichnet (Cyba 1998, 156). Parallel zur industriellen Revolution und mit den großen politischen Revolutionen wurde versucht, die Ideale der Aufklärung in reale Politik, Strukturen und Organisationen umzusetzen. Allerdings galten die im Zuge dieser Entwicklung formulierten Menschenrechte wie Emanzipation, Autonomie und Egalität nur für die eine – männliche – Hälfte der Gesellschaft. Die aufstrebenden Naturwissenschaften halfen genau zu diesem Zeitpunkt, den Gedanken einer grundlegenden biologischen Differenz zwischen den Geschlechtern „wissenschaftlich“ aufzubauen, zu belegen und in der Gesellschaft zu verankern. Die „alte“ soziale Grunddifferenzierung zwischen Herr und Knecht (bzw. Herrin und Magd) wird abgelöst von jener zwischen Mann und Frau.

### Die Herausbildung hierarchischer Dichotomisierungen

Die Naturalisierung und Essentialisierung von Geschlechterzugehörigkeit<sup>82</sup> und des daraus resultierenden Geschlechterverhältnisses sind durch das strukturelle Problem jeglicher Dichotomisierung gekennzeichnet, nämlich, des Vorranges der einen Hälfte und des Nachranges der anderen Hälfte. Aus dieser Konstellation heraus erscheint es logisch, dass im männlich dominierten und orientierten Selbstverständnis der modernen Gesellschaft der (männlichen) Öffentlichkeit der Vorrang vor der (weiblichen) Privatheit zukommt und dass die männlichen Eigenschaften für wichtiger gehalten werden als die weiblichen (Klinger 2000, 51).

Den sozioökonomischen Hintergrund für die Ausdifferenzierung der Sphären von Öffentlichkeit (Politik und Ökonomie) und Privatheit bildete die Trennung zwischen Berufsarbeit und Hausarbeit (Appelt 2000, 14). Während sich die Herstellung von Gütern aller Art im Übergang zur industriellen Produktion aus dem Kreislauf und Stoffwechsel mit der Natur emanzipierte und zunehmend artifizielle Züge annahm, blieb die Herstellung des „Lebens“ archaisch, an die unveränderlichen Gesetze der Natur gebunden. Das Auseinandertreten von „produktiv“ gewordener Arbeit mit der Güterherstellung im Betrieb und der im häuslichen Bereich verbleibenden reproduktiven Arbeit scheidet die Geschlechter deutlicher als zuvor entlang der Linie der Dichotomisierung von Kultur/Gesellschaft und Natur (Klinger 2000, 43)<sup>83</sup>.

<sup>81</sup> Ausführliche Darstellungen zur räumlichen und zeitlichen Abgrenzung der Moderne sind in Richter (2001, 252f) sowie Offenbartl (1995, 11ff) nachzulesen.

<sup>82</sup> In der feministischen Essentialismus-Debatte steht die die Natur des Geschlechts bzw. der Geschlechter im Mittelpunkt. Es geht um die Frage, ob Frauen oder Männer geschlechterspezifische angeborene invariable Eigenschaften besitzen, aus denen (normative) Konsequenzen hinsichtlich ihres Verhaltens, Handelns und ihrer Stellung in der Gesellschaft abgeleitet werden können oder müssen (Klinger 1999, 96f).

<sup>83</sup> Unter *Produktion(sarbeit)* wird die gezielte und bewusste Kombination von Arbeit und technischen Mitteln zur Herstellung von Nahrung, Gütern, Dienstleistungen verstanden. *Reproduktion(sarbeit)* ist definiert als die tägliche Erneuerung menschlicher Ressourcen über Generationen hinweg, um physisch und psychisch am Produktionsprozess teilnehmen zu können.

### Dichotomisierung von Natur und Kultur

Die Gegenüberstellung von Natur und Kultur ist gleichzeitig eine Gegenüberstellung von Frau und Mann, da die Frau in der Natur verhaftet bleibt, während sich der Mann von der Natur gänzlich entfernt. Letztendlich ist die Frau eine der ‚natürlichen‘ Ressourcen, die die Verwirklichung der Ziele des Menschen/Mannes ermöglichen. Die Herrschaft von Männern über Frauen wird so als natürliche und notwendige Dominanz des Mannes über die Frau in der Lebenswelt verankert. Die notwendigen Beweise für die Naturnähe der Frau liefert die Wissenschaft. Die Dominanz entsteht dadurch, dass sich die Kultur über die Natur erhebt. Politische Emanzipation der Frau ist nach diesem Konzept nicht wünschenswert, ja widernatürlich.

(Offenbartl 1995, 155f)

In der Folge erscheint die Frau allem entgegengesetzt, was Moderne ausmacht. Indem sie Ursprung und Herkunft, Natur und Tradition symbolisieren soll, erscheint sie als geschichtslos, individualitäts- bzw. bewusst(seins)los und arbeitslos, denn Geschichte, Individualität, Bewusstsein und Arbeit gelten als die wesentlichen Merkmale der (männlichen) Moderne (Klinger 2000, 51). Diese Konstellation von unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionierung der Geschlechter bedeutet(e) für Frauen den Ausschluss von allen gesellschaftlichen Rollen und Funktionen, sie „privatisierte“ sozusagen die Frauen und verwehrte ihnen den Zugang zur Öffentlichkeit, zum politischen Raum (Appelt 1995, 9).

Aufgrund von veränderten geschlechter-hierarchischen Arbeitsmustern und zunehmenden Partizipationschancen von Frauen existiert diese strikte Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit in unserer Gesellschaft nicht mehr, dennoch gilt sie noch immer als grundlegend systembildend und systemstabilisierend (Holland-Cunz 2000, 378). Aus Frauenperspektive scheint es sinnvoll, eine Revision der Begriffe vorzunehmen. „Privatheit“ sollte für alle erwachsenen Personen dieselbe Bedeutung haben, und alle sollten denselben Zugang zu Öffentlichkeit haben. Die Verwobenheit der beiden Orte muss stärker herausgestrichen werden, damit es zu einer „weiblichen Befreiung aus der Privatheit“ und zu einer „Ent-Patriarchalisierung des Öffentlichen“ kommt. Dabei geht es nicht um eine Auflösung von Öffentlichkeit und Privatheit, sondern um deren Reorganisation – letztlich um den gleichberechtigten Zugang zu den Ressourcen unserer Gesellschaft (Appelt 1995, 9; Holland-Cunz 1993, 47).

### Feministische Utopie

„In den vorwiegend basisdemokratisch strukturierten feministischen Utopien der 1970er Jahre werden die Vergesellschaftung des Privaten und die Privatisierung des Öffentlichen idealtypisch phantasiert. Die utopische Kommune entprivatisiert die vormals Frauen zugeschriebenen reproduktiven Arbeiten und macht sie zu Gemeinschaftsaufgaben, die in ihrer Form personenbezogen und intim bleiben. Nähe und Bindung bleiben gesellschaftlich erhalten, doch nicht als alleinige Verantwortlichkeit der Frauen. Die Privatisierung der Sphäre des Öffentlichen zeigt sich in der kleinteiligen, dezentralen, anarchistisch-orientierten, kommunalisierten politischen Entscheidungsstruktur, die keinerlei Berufspolitik kennt und in der Integrität, Verantwortlichkeit, Gemeinsinn und geschwisterliche Bindungen dominieren. Utopias BürgerInnen agieren öffentlich in einer Weise, die aus heutiger Sicht vor allem privaten Räumen vorbehalten ist: Sie sind offen, aufrichtig, zwanglos, unbefangen, unkontrolliert, spontan, emotional und leidenschaftlich.“

(Holland-Cunz 2000, 379)

## Die Funktionalisierung von Raum

In Raum- oder Regionalentwicklungskonzepten, Förderprogrammen und in der politischen Maßnahmengestaltung wird manifest, was eine Gesellschaft mit dem ihr zur Verfügung stehenden Raum vor hat, wie sie ihn nutzen will, welche sozialen Gruppen über wie viele Ressourcen verfügen sollen und wie sie erstrebenswerte räumliche Entwicklungen definiert. Gesellschaftliche Vorstellungen zu Weiblichkeit und Männlichkeit, zur Beziehung zwischen den Geschlechtern, insbesondere zur Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern finden auf diese Weise auch in der Regionalentwicklungspolitik ihren Niederschlag. Über die Errichtung von Technologiezentren findet beispielsweise ein bestimmtes Bild von Männlichkeit („der Erfinder“) seinen räumlichen Ausdruck.

Das Denken der Moderne schlägt sich in vielfacher Weise in den Raumstrukturen nieder. So äußert sich die Ausdifferenzierung und Funktionalisierung der gesellschaftlichen Sphären auch in einer entsprechenden Ausdifferenzierung und Funktionalisierung der diesen gesellschaftlichen Bereichen zugeordneten Räume. Dies stellt sich beispielsweise in der Trennung öffentlicher und privater Räume, in der Funktionalisierung der Räume passend zu den funktionalisierten männlichen Lebensbereichen (Wohnorte, Arbeitsorte, Freizeitorte etc.) sowie in der Funktionalisierung der verschiedenen Räume im privaten Bereich (Wohnungen) dar.

Das Konzept der Trennung der Grundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Bildung, Versorgung und Freizeit ist bereits in der Charta von Athen aus dem Jahr 1933 formuliert. Sie wird häufig als Manifest der funktional zonierte Stadt dargestellt und kritisiert. Aus Frauensicht wird dieses städtebauliche Leitbild als Ausdruck einer androzentrischen Sichtweise verworfen. Es konzipiert die Wohnung als einen Ort der Nicht-Arbeit, der Erholung. Die Wohnung als Arbeitsort (für Frauen) wird großteils ausgeblendet. Diese Aufspaltung in Erwerbsarbeit und Versorgungsarbeit sowie die Hierarchisierung der Sphären Öffentlichkeit und Privatheit entlang der Geschlechterlinie in patriarchalen Gesellschaften manifestieren sich auch baulich-räumlich (Sturm 1997).

### Zonierte Stadt

„Die funktional zonierte Stadt ist Ausdruck der gesellschaftlichen Organisation und Bewertung von Arbeit in kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaften“. Auf diese Weise wurde eine Raumordnung produziert, die Frauen als Teil der Privatheit vergesellschaftet. Die Wohnung wurde zur Lebenssphäre der Frauen. Moderne Wohngebiete sollten als „Orte des Rückzuges“ nicht mehr in den Stadtkernen angesiedelt sein. Die Wohnung als Sinnbild des Privaten, des Weiblichen bekam ihren Platz an der Peripherie.

(Sturm 1997, 162)

Zunehmend unterliegen auch Regionen einer derartigen Funktionalisierung. Es werden Arbeitsregionen und Freizeitregionen geschaffen oder Teile von Regionen dazu erklärt – Vorstellungen von Region, die in hohem Maße Mobilität erzeugen und einem Ort, einem Raum meist nur eine primäre Funktion zugestehen.

### Funktionalisierung von Regionen

„Ein gutes Beispiel hierfür ist der Steirische Autocluster. Als Firmennetzwerk, das sich ständig erweitert und das Autoproduzenten und Hersteller von Autoteilen aus der ganzen Welt zur Gründung von Niederlassungen in der Steiermark veranlasst, ist der Cluster für die Region von essentieller wirtschaftlicher Bedeutung. Dennoch wird er nicht einfach als eine Wirtschaftsstruktur gesehen und gedacht: Hört man Leute über den Autocluster reden, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass offensichtlich von einer *Ansiedlung*, von einem *überdimensionierten Firmengelände* die Rede ist. Man spricht so über ihn, als ob er eine eigene Einheit wäre – „Wie geht es dem Autocluster eigentlich?“ – ; ein eigenes kleines Land, *ein eigener Raum*. Tatsächlich erlebt er sich ja auch so; als ein Funktionsraum, der durch Kommunikation und Aktion konstituiert wird und durch die Internationalität der beteiligten Firmen weit über die Steiermark hinaus reicht.“

(Eigner 2002)

Es ist ein Leitbild, das eine großflächige Trennung der Nutzungen propagiert, hohe Mobilität voraussetzt und damit all jene Bevölkerungsgruppen benachteiligt, die aus verschiedenen Gründen ortsgebunden sind. Den gängigen Planungsleitbildern liegen männliche Alltage und Erwerbsbiographien zugrunde. Sie sind charakterisiert durch eine weitgehende Freistellung von Versorgungsarbeit und eine vollständige Eingebundenheit in die Erwerbsarbeit. Der Verkehr, der durch männliche Erwerbsmuster entsteht, ist primär der Pendelverkehr zwischen dem Wohn- und dem Arbeitsort. Frauen dagegen kombinieren aufgrund der Wahrnehmung vielfältiger Aufgaben meist relative kurze Wege zu Wegeketten zwischen verschiedenen Orten. Die verschiedenen Lebensbereiche zu vereinbaren erweist sich angesichts der komplexen Raum-Zeit-Strukturen der Alltagsmobilität von Frauen oft als schwierig (Bauhardt 1997) und steht diametral zu den tatsächlich vorzufindenden und für sie tatsächlich nutzbaren Strukturen im Raum.

### ◀ Verkehrsmittelwahl von Frauen

„(Die besser qualifizierten Frauen) müssen einfach sehr mobil sein. Und das ist wieder das Problem der Mobilität. Durch diese Streusiedlungen ist ja der öffentliche Verkehr kaum interessant – nicht nur für die Frauen, allgemein. Die Mobilität, die gegeben sein muss, aber durch diese Streusiedlungen sehr schwierig ist, das ist ein großes Problem.“ (Expertin Frauenpolitik)

(Aufhauser 2001b)

### ◀ Mobilitätsbedürfnisse von Frauen

„Was ein Riesenproblem für Frauen ist, dass sie nicht mobil sind. Wenn Sie sich anschauen, die Umlandgemeinden der Stadt – viele junge Familien ziehen einfach auch aus der Stadt hinaus, weil das Preisniveau und der Wohnungsmarkt so teuer sind in der Stadt. Die leben dann meistens am Land mit kleinen Kindern, haben kaum Möglichkeiten, weil der Mann mit dem Auto während des Tages nicht da ist. Der öffentliche Verkehr ist äußerst eingeschränkt. Wenn es an der Lokalbahn liegt, geht es noch eher, aber alles andere ist ein Problem. ... Innergebirg ist sowieso eine Katastrophe, weil da kommst du halt einmal am Tag aus deinem Tal heraus, aber nie mehr hinein, so ungefähr.“ (Expertin Frauenpolitik)

(Aufhauser 2001b)



### Verwobenheit von Dichotomisierung, Funktionalisierung und Hierarchisierung

Eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ interessiert sich auch für andere Dichotomien, die einen räumlichen Fokus haben, wie „Zentrum – Peripherie“ oder „Stadt – Land“. Wenngleich in den österreichischen Raumordnungsgesetzen lange Zeit Ausgleichsziele formuliert waren, kam und kommt es zu unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den verschiedenen Regionen des Landes. Frauen sind vielfach einer doppelten Marginalisierung ausgesetzt, wenn sie in benachteiligten peripheren Regionen leben (Oedl-Wieser 2000, 14).

#### Doppelte Marginalisierung – Frauen in der Peripherie

„Die zentrale Administration bürokratisiert den grundsätzlich komplementären, gleichgewichtigen (gleich wichtigen!) Austausch zwischen Stadt und Land und übervorteilt das Urbane. Für die Städter ist das Land im Nahraum zwar gehegtes Umfeld, aber dennoch Herrschaftsraum, geschützter Zubringer von Rohstoffen und begehrter Raum zur Regeneration. Aus diesem Blickwinkel sind Landfrauen mit ihren Problemen und Wünschen das Binnenland des Landes, die Peripherie der Peripherie.“

(Menne 1994, 211f)

Erst Anfang der 1980er Jahre wurde die von den Zentren ausgehende Vereinheitlichung der Lebensräume massiv in Frage gestellt. Die Definitionsmacht des Städtischen über das Ländliche/die Peripherie wurde vielerorts nicht weiter akzeptiert. Der Eigenwert nichtstädtischer Strukturen und die Bedeutung innerregionaler Potenziale und Ressourcen wurden für sich entdeckt (Asamer-Handler und Reiner 2000, 197). Diese Reflexions- und Emanzipationsprozesse in den Regionen wurden durch Konzepte einer „Eigenständigen Regionalentwicklung“ (Kapitel 1.2) unterstützt, welche sich ihrerseits durch Erfahrungen in der Praxis ständig weiterentwickelten. Auch wenn diese Konzepte in den regionalpolitischen Alltag Eingang gefunden haben, so konstruieren Zentren doch immer wieder periphere Regionen, in dem sie beispielsweise ihre Nutzungsform festlegen.

#### Konstruktion des Oberpinzgau als „ökologischer Ausgleichsraum“

„Wenn auch der Begriff Provinz im Zusammenhang mit dem Oberpinzgau – wohl primär aus Gründen der regionalen sprachlichen Traditionen – niemals eine Rolle spielt, so ist der Region doch imagemäßig ein Bündel von Eigenschaften zugeordnet, die (wertfrei betrachtet) mit „abgelegen“, „rückständig“, „entwicklungsschwach“ – also „provinziell“ – umrissen werden können. Für die planifikatorische Durchdringung dieses Raumes ... heißen die zentralen Belege: „Pinzgauplan“ und „Nationalpark Hohe Tauern“. Auch lässt sich argumentieren, dass mit der Rollenzuteilung für den Oberpinzgau als ökologischer Ausgleichsraum mit limitierten Entwicklungsmöglichkeiten eine Form der interregionalen Kostenexternalisierung stattgefunden hat. Der Städter, der sich im Nationalpark an einem staatlich geschützten Naturschauspiel *geistig erbauen* (Haslauer) soll, erwirtschaftet und veranlagt sein Einkommen außerhalb der Region in den prosperierenden Dienstleistungs-, Gewerbe und Industriezentren. Eine realistische Aussicht auf einigermaßen ausgeglichene „Terms-of-trade“ zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre besteht angesichts der Entwicklungsbeschränkungen freilich nicht.“

(Steger 2000, 83/87)

Ein weiteres Beispiel illustriert, welchen Stellenwert die wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zu anderen Bereichen regionaler Entwicklung wie etwa der Lebens- und Umweltqualität einnimmt:

**Nebeneffekt Lebens- und Umweltqualität**

Die Wirtschaftsstruktur soll im gesamten Landesgebiet und in seinen Teilräumen ständig verbessert werden, insbesondere die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen, die Arbeitsplatz- und Einkommenssituation sowie, als wünschenswerter Nebeneffekt, die Lebens- und Umweltqualität“. (NÖ EPPD Ziel 2, Kap. 9, 1)  
(Amt der NÖ Landesregierung 2001)

Die räumliche Organisation des Alltags von Frauen und Männern ist sehr stark von Dichotomisierungen geprägt, deren Ursprung in den Ideen der Aufklärung und Moderne zu suchen ist.

◀ **Frauen im ländlichen Raum – eine etwas „andere“ Sicht**

*„Frauen auf dem Land haben einen Radius von 50 km im Kopf, geistig weitaus mobiler als andere Frauen. Sie wissen, dass sie zur Welt gehen müssen und dass die Welt nicht zu ihnen kommt.“*  
(Expertin Regionalentwicklung)  
(Hinterleitner 2002)

Ein Ziel einer „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ ist es, zur Dekonstruktion der aufgezeigten Dichotomien beizutragen. Dichotome Strukturen sollen in allen Bereichen und Sphären und vor allem auch im räumlichen Kontext aufgedeckt, die ihnen implizite Hierarchisierung bewusst gemacht und Ansatzpunkte für andere Herangehensweisen in den Planungsdiskurs eingebracht werden. Es müssen Strategien entwickelt werden, die die Chancen vergrößern, dass es zu keiner Verfestigung dichotomen Denkens in Plänen und Programmen kommt. Die stärkere Beteiligung von Frauen bzw. allgemein von Expertinnen „des Alltags“, an Planungs- und Programmprozessen ist eine gute Möglichkeit von funktionalisierenden Zugängen und Betrachtungsweisen bei der Gestaltung politischer Interventionen wegzukommen.

### 3.2 Räumliche Entwicklungsprogramme und -konzepte – eine geschlechterspezifische Analyse

Die Tatsache, dass sich die Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern sehr unterschiedlich gestalten, bedingt, dass sich regionalpolitische Maßnahmen und Instrumente auch unterschiedlich auf die Geschlechter auswirken. In den diversen, für verschiedene räumliche Ebenen formulierten Leitbildern, Entwicklungsprogrammen oder Konzepten sowie in der Maßnahmengestaltung wird offenbar, wie mit den vorhandenen räumlichen und gesellschaftlichen Ressourcen umgegangen werden soll, wer und in weiterer Folge in welchem Ausmaß daran teilhaben kann/soll und wie räumliche Entwicklung definiert wird. Die Entwicklung von Strategien für die räumliche/regionale Gestaltung ist wesentlich von der Struktur, den Werthaltungen und den Machtverhältnissen in einer Gesellschaft geprägt. Dies soll Ausgangspunkt dafür sein, anhand einiger exemplarischer Beispiele – Leitbild NÖ 1998<sup>84</sup>, EPPD Ziel 2 NÖ<sup>85</sup>, EPPD Ziel 2 Salzburg<sup>86</sup>, Regionalwirtschaftliches

<sup>84</sup> „Leitbild für die räumliche Entwicklung des Landes Niederösterreich – Raumordnung und Regionalpolitik“ (Amt der NÖ Landesregierung 1998a; im weiteren Leitbild NÖ 1998)

<sup>85</sup> „Einheitliches Programmplanungsdokument für Ziel 2 des Landes Niederösterreich für die Programmplanungsperiode 2000 – 2006“, in der Fassung vom 26.7.2001 (Amt der NÖ Landesregierung 2001; im weiteren EPPD Ziel 2 NÖ)

Leitbild OÖ 1999<sup>87</sup> – aufzuzeigen, ob und wie sich die in Kapitel 3.1 dargestellten Dichotomisierungen, Funktionalisierungen und Hierarchisierungen in ihnen widerspiegeln und wie auf diesem Wege möglicherweise geschlechterspezifische Segregation und Ungleichheit fortgeschrieben werden.

### **Wie wird die „Geschlechterproblematik“ in räumlichen Programmen, Leitbildern und Konzepten thematisiert?**

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass in internationalen und nationalen Raumentwicklungskonzepten wie dem EUREK 1999<sup>88</sup> oder dem ÖREK 2001<sup>89</sup> keine expliziten Aussagen zu Gleichstellungs- oder Genderfragen getroffen werden. In einigen Planungszielen wie etwa der „Polyzentrischen Entwicklung“ (EUREK 1999, 21, § 71), dem „Gleichwertigen Zugang zu Infrastruktur und Wissen“ (EUREK 1999, 27f, § 107ff) oder dem „Ausbau familienergänzender Betreuungseinrichtungen“ (ÖREK 2001, 76f §263) sind jedoch Strategien festgeschrieben, die auch auf eine gleichberechtigte Teilnahme und Teilhabe von BürgerInnen abzielen. In Leitbildern, Programmen oder Konzepten, die auf Bundesländerebene bzw. auf regionaler Ebene abgefasst sind, werden Frauen- oder Gender-Fragen zwar teilweise angesprochen, dabei wird aber meist nicht sehr differenziert vorgegangen. Frauen werden in erster Linie als Problemgruppe des Erwerbsarbeitsmarktes behandelt, in Zusammenhang mit unzureichenden Kinder- und Altenbetreuungseinrichtungen genannt oder in Verbindung mit geringer Mobilität gesehen. Es wird dabei nicht auf die Unterschiedlichkeiten und die Vielfalt von Frauenleben in den Regionen Bezug genommen, sondern lediglich ihr „Anders-Sein“ im Vergleich zu den Männern thematisiert und festgeschrieben (EPPD Ziel 2 NÖ, Kapitel 5 und 6; EPPD Ziel 2 Salzburg, 34ff)<sup>90</sup>.

Das in seinen Formulierungen sehr allgemein gehaltene „Leitbild NÖ“ etwa beinhaltet keinerlei frauenspezifische oder geschlechterbezogene Aussagen – weder in Bezug auf die regionalen Arbeitsmärkte noch bei den als äußerst wichtig bezeichneten Humanressourcen. In Hinblick auf eine Verbesserung der Lebenssituation für Frauen findet sich wenig im Leitbild, außer indirekt bei den angestrebten Verbesserungen im Bereich der Nahversorgung oder im Ziel der Verkehrsvermeidung durch eine sinnvolle Siedlungsentwicklung.

### **Inwieweit setzen sich Dichotomien, Funktionalisierungen und Hierarchisierungen in den Programmen, Leitbildern und Konzepten fort?**

Wie bereits ausgeführt wurde, sind räumliche Planung und Entwicklung immer auch als Ausdruck der Beziehung zwischen Gesellschaft und Raum zu sehen. Es spiegeln sich in ihnen die Werthaltungen einer Gesellschaft und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse wider. Wie tief das dichotome Denken verankert ist, sollen die folgenden Beispiele illustrieren.

<sup>86</sup> „Einheitliches Programmplanungsdokument für Ziel 2 des Landes Salzburg für die Programmplanungsperiode 2000 – 2006“, Fassung vom 26.7.2001 (Amt der Salzburger Landesregierung 2001; im weiteren EPPD Ziel 2 Salzburg)

<sup>87</sup> „Regionalwirtschaftliches Leitbild Oberösterreich“ (Palme 1999; im weiteren Regionalwirtschaftliches Leitbild OÖ 1999)

<sup>88</sup> „Europäisches Raumordnungskonzept 1999“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1999; im weiteren EUREK 1999)

<sup>89</sup> „Österreichisches Raumordnungskonzept 2001“ (ÖROK 2002; im weiteren ÖREK 2001)

<sup>90</sup> Einen kompakten Überblick über die Behandlung der Chancengleichheit in den österreichischen Strukturfondsprogrammen, Gemeinschaftsinitiativen und im „Österreichischen Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes 2000 – 2006“ (BMLF 2000) gibt auch Lichtenauer-Kranich (2002, 11ff).

Im Regionalwirtschaftlichen Leitbild OÖ 1999 wird explizit zwischen zwei Wirtschaftsbe-  
reichen differenziert, die in einem hierarchischen Verhältnis zu einander stehen:

- der regionalen Exportwirtschaft, der die Funktion des Wachstumsmotors für die ge-  
samte Wirtschaft einer Region zugesprochen wird und deren Hauptziel eine dynami-  
sche Spezialisierung ist und
- der regional orientierten Versorgungswirtschaft, deren Funktion die Unterstützung der  
Exportwirtschaft ist, indem sie für eine Hebung der Standortqualität über Angebots-  
vielfalt und Diversifizierung sorgt.

Die Wirtschaftsstruktur setzt sich demnach aus Bereichen zusammen, die Güter und  
Dienstleistungen herstellen, die überwiegend außerhalb der Region nachgefragt werden –  
regionale Exporte, und solchen, die der Versorgung der regionalen Wohn- und Arbeitsbe-  
völkerung dienen. Die regionale Exportwirtschaft sollte langfristig wettbewerbsfähig und  
spezialisiert sein. Die regional orientierte Wirtschaft sollte möglichst vielfältig sein und zu  
einer attraktiven Standortqualität beitragen (Regionalwirtschaftliches Leitbild OÖ 1999,  
17). Diese zweigleisige Strategie einer regionalen Entwicklung birgt im Zuge ihrer Umset-  
zung natürlich auch Implikationen bezüglich der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung in  
sich. In der wachstumsorientierten, meist technisch dominierten Exportwirtschaft erhalten  
erfahrungsgemäß vornehmlich Männer einen Arbeitsplatz, auf den niedrig entlohn-  
ten Arbeitsplätzen insbesondere der regional orientierten Dienstleistungswirtschaft werden  
überwiegend Frauen beschäftigt.

Ein weiteres Beispiel für die (Re-)Konstruktion von Dichotomien im regionalwirtschaftli-  
chen Kontext ist im EPPD Ziel 2 NÖ (Kapitel 9, 7) zu finden, wo unterschiedliche Ent-  
wicklungsstrategien für zentrale und periphere Räume vorgeschlagen werden:

#### **Ganzheitliche regionale Entwicklungsstrategie als Ergänzung**

„Ergänzung der Sektoralstrategien (Schwerpunkte 2 u. 3), welche tendenziell stärker in den besser  
entwickelten Teilen des Programmgebietes greifen, durch eine ganzheitliche regionale Entwik-  
lungsstrategie (Schwerpunkt 1) mit dem vorrangigen Ziel einer Aktivierung der endogenen Poten-  
tiale, einschließlich der Humanressourcen, in den strukturschwachen Gebieten.“ (EPPD Ziel 2 NÖ,  
Kapitel 9, 7)

(Amt der NÖ Landesregierung 2001)

#### **Welche Geschlechterbilder werden in den Programmen, Leitbildern und Konzepten verwendet?**

Am Beispiel der beiden EPPD's NÖ und Salzburg soll in Folge analysiert werden, welche  
geschlechterspezifischen Bilder zur Anwendung kommen und welche Auswirkungen die  
angestrebte Entwicklungsstrategie – in beiden Fällen jene der Innovations- und Technolo-  
gieorientierung – auf Frauen und Männer haben kann/wird.

Im EPPD Ziel 2 NÖ wird die Innovations- und Technologieausrichtung der regionalen  
Entwicklungspolitik als zentral für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Im nieder-  
österreichischen Ziel 2-Gebiet sind die einzelnen Regionen mit sehr unterschiedlichen  
Problemen hinsichtlich der Unternehmens- und Qualifizierungsstruktur, des Arbeitsplatz-  
angebotes, des Pendelns, der (versteckten) Arbeitslosigkeit etc. konfrontiert, die sich folg-

lich auch in der Stärken-/Schwächen-Analyse widerspiegeln. In diesem Stärken-/Schwächen-Profil wird allerdings kaum differenzierter auf spezifische Problemlagen etwa bezüglich der Geschlechter oder verschiedener Altersgruppen eingegangen. Diese undifferenzierte Darstellung in wichtigen Bereichen wie Bildung, Beschäftigungszahlen oder Produktion auf regionaler Ebene ist auch im EPPD Ziel 2 Salzburg (Kapitel 2.2 - 2.4) festzustellen. Gerade für eine strategische Ausrichtung der Regionalentwicklung ist jedoch eine differenzierende und tiefer gehende Regionalanalyse unbedingt notwendig, da nur über diese wichtige Aussagen für zukünftige Erfordernisse und Entwicklungen getroffen werden können.

Für die Mobilisierung der endogenen Potenziale (Priorität 1) wird beispielsweise im EPPD Ziel 2 NÖ rund ein Viertel, für die Priorität 2 „Entwicklung von Gewerbe und Industrie, Innovation/Technologie“ werden 57% des gesamten Interventionsvolumens veranschlagt. Bei einem Teil der Maßnahmen von Priorität 1 und beim Großteil der Maßnahmen von Priorität 2 ist zu erwarten, dass die Investitionen vornehmlich in Bereiche und Branchen fließen, in denen zum überwiegenden Teil Männer beschäftigt sind. Der Zugang zu Arbeitsplätzen in den technik- und innovationsorientierten Branchen ist für Frauen erfahrungsgemäß wesentlich schwieriger als für Männer – auch bei gleichwertiger Qualifikation. Die Einstellungsbarrieren für Frauen sind vielfach durch Vorurteile, Intoleranz und kulturell bedingte Geisteshaltungen bedingt (Braithwaite 1999, 8). Das bedeutet auch weiter, dass viele Frauen in den Regionen für ihre Arbeitsstelle überqualifiziert sind, weil sie in ihrem eigentlichen Berufsfeld keine Arbeit finden.

#### **Vorraussetzungen für eine nachhaltig wettbewerbsfähige moderne Wirtschaft**

„Um eine nachhaltig wettbewerbsfähige moderne Wirtschaft in den Programmgebieten zu ermöglichen, sind Infrastruktureinrichtungen für die Unterstützung von Firmenprojekten im Bereich Forschung und Entwicklung, regionale und nationale Kooperationen sowie Internationalisierungsprojekte notwendig. ... Moderne Industrien, insbesondere aber moderne Dienstleistungsunternehmen bedürfen über die traditionelle Basis-Infrastruktur hinaus zusätzliche Infrastrukturen, wie etwa wirtschaftsnahe Dienstleistungen, moderne Kommunikationsinfrastrukturen (z.B. Breitbandkommunikation), vielfältige Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, Networking-Möglichkeiten, Technologietransfereinrichtungen, Logistikzentren, regionale Businessflugplätze, aber auch Tourismus- und Freizeiteinrichtungen und andere „weiche“ Standortfaktoren.“ (EPPD Ziel 2 NÖ, Kapitel 9, 11)

(Amt der Niederösterreichischen Landesregierung 2001)

Mit High Tech, Innovation, Technologie- und Kompetenzzentren oder „neuem Gründerboom“ wird im Allgemeinen ein sehr spezifisches Bild von Männlichkeit vermittelt (Massey 1995, Aufhauser 2000)<sup>91</sup>. Zumindest dem Idealbild nach, sind die Mieter dieser Zentren männlich, weiß, jung und technische Genies ohne familiäre Verpflichtungen. Tatsächlich sind in vielen der neuen regionalen „Impulszentren“ auch nur sehr wenige weibliche Unternehmerinnen oder Gründerinnen angesiedelt. Die meisten der Technologiezentren sind architektonisch modern, nüchtern und repräsentativ gestaltet, während alltagsinfrastrukturelle Einrichtungen wie etwa Geschäfte vollkommen fehlen. Darüber hinaus sind diese Zentren meist in Gewerbegebieten außerhalb des Ortes angesiedelt, die ohne Auto nicht erreichbar sind. Aufgrund der meist multiplen Aufgabenbereiche der Frauen in Beruf und

<sup>91</sup> Die Verbindung zwischen „Technologie“ und „Männlichkeit“ ist im west- und mitteleuropäischen Raum deutlicher ausgeprägt als derzeit etwa in Südeuropa inklusive Frankreich (Rubery et al. 1999, 192), in Teilgebieten der ehemaligen RGW-Staaten, aber auch in den höheren Schichten (Kasten) einzelner Länder des Südens. Junge, besser gebildete Frauen in diesen Ländern orientieren sich stärker als die österreichischen Frauen an einem Konzept von „moderner Weiblichkeit“ zu dem auch Wissen über und Umgang mit Technologie zählt.

Familie ist ein solcher Arbeitsplatz nicht gerade dazu geeignet, Erwerbs- und Versorgungsarbeiten sinnvoll miteinander zu vereinbaren. Die oft explizite „internationale“ Ausrichtung dieser Einrichtungen birgt auch die Gefahr in sich, dass sie, regional betrachtet, nicht entsprechend eingebunden sind und sozusagen als „Aliens auf der grünen Wiese“ mit dem Rest der Welt zusammenarbeiten, nicht jedoch als regionale Akteure agieren oder als regionale Treffpunkte mit offenen Nutzungsstrukturen gelten.

Im EPPD Ziel 2 NÖ werden nicht nur einseitige männliche Geschlechterbilder (re-) produziert – die in den Technologie- und Innovationszentren Arbeitenden scheinen etwa keine Versorgungsarbeiten wahrzunehmen, sondern auch sehr einseitige und einschränkende weibliche. So werden Frauen explizit nur als „Teilnehmende am Erwerbsarbeitsmarkt“ oder als „Problemgruppe des Erwerbsarbeitsmarktes“ genannt und im Vergleich zu den Männern als „minder-qualifiziert“ bezeichnet. Bei der geschlechter-differenzierten Darstellung der „Wohnhaft Berufstätigen 1991 nach höchster abgeschlossener Ausbildung“ (EPPD Ziel 2 NÖ, Kapitel 5, Tabellen 5.2 – 5.4) in den vier Vierteln des Programmgebietes werden die Frauen als schlechter qualifiziert ausgewiesen als die Männer. Allerdings wurde dabei keine altersmäßige Differenzierung vorgenommen, wodurch nur eine bedingte Aussagekraft über die tatsächlichen Verhältnisse erreicht wird (vgl. Kapitel 2). Tatsächlich sind die jungen Frauen, die in den niederösterreichischen Programmgebieten leben, zumindest formal oft besser gebildet als die gleichaltrigen Männer.

Auch die Tatsache, dass Frauen weniger verdienen als Männer, lässt nicht von vornherein den Schluss zu, dass sie schlechter ausgebildet sind. Woran es fehlt, ist vielfach die Umsetzbarkeit ihrer Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt. Im EPPD Ziel 2 NÖ (Kapitel 6, 15f) wird die Komplexität des weiblichen Lebenszusammenhanges in Verbindung mit den Beteiligungschancen von Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt dargestellt. Die traditionelle geschlechterspezifische „Arbeitsteilung“ in den niederösterreichischen Haushalten verringert tendenziell die Vermittelbarkeit von weiblichen Arbeitskräften, insbesondere aus Pendlerhaushalten. Viele Frauen in Problemregionen sind durch die Abwanderung der Billiglohnfertigung arbeitslos geworden oder durch die stark sinkende ökonomische Tragfähigkeit der Landwirtschaft gezwungen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen.

Obwohl Frauen in der Stärken/Schwächen-Analyse als „Problemgruppe“ des Arbeitsmarktes ausgewiesen werden und obwohl im Programm ein allgemeines Bekenntnis zur „Chancengleichheit der Geschlechter als vorrangiges gesellschaftspolitisches Ziel formuliert wurde (Kapitel 9, 10), finden sich in den einzelnen Maßnahmen der vier Schwerpunkte des EPPD Ziel 2 NÖ keine Angaben, ob spezielle oder positive Aktionen für Frauen vorgesehen sind, um ihre berufliche (Wieder-)Eingliederung und Förderung zu forcieren. In der beigefügten Ex-Ante Evaluierung zur Querschnittsfrage „Chancengleichheit von Frauen und Männern“ wird davon ausgegangen, dass bei einer erfolgreichen Umsetzung des EPPD Ziel 2 in NÖ ein vermehrtes Angebot an Arbeitsplätzen zu erwarten ist und Frauen daran „automatisch“ mitpartizipieren können. Es werden daher auch keine spezifischen Aktionen für Frauen gefordert. Wie in Kapitel 2 dargestellt wird, stellt sich diese „Automatik“ aber nicht immer ein.

Im EPPD Ziel 2 Salzburg wird darauf verwiesen, dass mit den Mitteln der Strukturfonds auf die Verbesserung bzw. Sicherung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern hingearbeitet werden soll. Dies soll, in Anlehnung an die Vorstellungen der EU, durch den Zugang zum und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, durch Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt, durch die allgemeine und berufliche Bildung, durch die Förderung

des Unternehmertums der Frauen und durch die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben erreicht werden. Hinsichtlich des Stellenwertes der Querschnittsfrage „Chancengleichheit von Frauen und Männern“ (Kapitel 2.2.6) sei angemerkt, dass im EPPD Ziel 2 Salzburg auf drei Seiten die Situation der Chancengleichheit abgehandelt wird, während für die Beantwortung der Querschnittsfrage „Analyse der Umweltsituation“ (Kapitel 2.2.5) ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben wurde und die Darstellung der Umweltsituation im Zielgebiet dadurch etwa dreizehn Seiten umfasst.

### **Revisionierte Geschlechterbilder**

Im Sinne von revidierten bzw. rekonstruierten Geschlechterbildern ist es notwendig, dass die Rahmenbedingungen, institutionellen Strukturen und Handlungsweisen im Rahmen der Regionalentwicklung so gestaltet sind, dass eine Vielfalt von Lebensformen von Frauen und Männern ermöglicht wird. Hemmende Faktoren oder Machtbeziehungen in dieser Entwicklung sollten sich nicht mehr so leicht entfalten können, sondern sich in fördernde Faktoren umwandeln. Hinsichtlich des weiblichen Geschlechterrollenbildes sollte darauf hingearbeitet werden, dass auch die Potenziale (statt nur die Probleme) der Frauen erkannt werden, Frauen als wissend und fähig (statt als minder qualifiziert) gesehen werden und dass Frauen als handlungsfähig und -willig im regionalpolitischen Geschehen wahrgenommen werden.

## **3.3 Die Verankerung der Frauen im österreichischen regionalpolitischen Setting**

Die Präsenz der Frauen im Bereich der Regionalplanung, Regionalentwicklung und Regionalpolitik in Österreich hat sich in den letzten Jahren zwar verbessert, es besteht jedoch nach wie vor ein deutlicher „gender-gap“ in diesem Politikfeld – und zwar auf allen räumlichen Ebenen. Im Folgenden sollen daher auf der Ebene der Gemeinde/der Region und auf der Landes- und Bundesebene Fragen wie Beteiligung von Frauen, verhandelte Themen, Entscheidungsstrukturen sowie der Umgang mit Frauenprojekten und -initiativen auf lokaler/regionaler Ebene analysiert werden. Damit sollen Unterschiede bei der Akzeptanz von Frauen in regionalpolitischen Tätigkeitsfeldern, aber auch hinsichtlich des unterstellten Rollenbildes auf den unterschiedlichen räumlichen Ebenen aufgezeigt werden.

### **Die Situation von „Fachfrauen“ auf Bundes- und Landesebene**

Aus Sicht von Gleichstellung ist zu fragen, inwieweit Frauen sowohl in den „alten“ als auch in den „neuen“ Strukturen von Regional(entwicklungs)politik (vg. Kapitel 1.2) verankert sind und welchen Einfluss sie im Rahmen ihrer jeweiligen Funktionen und Aufgabenbereiche in einzelnen Gremien, Ausschüssen, Partnerschaften u.Ä. auf die regionale Gestaltung nehmen können. Frauen sind heute auf vielfältige Weise und auf verschiedenen räumlichen Ebenen im Bereich von Regionalentwicklung tätig, es lassen sich dennoch starke Unterschiede etwa in Hinblick auf die Einbindung in die politische Struktur oder im Einbringen von Fachkompetenz von Frauen erkennen. Dies soll am Beispiel der Begleitausschüsse<sup>92</sup> zu den österreichischen Strukturfondsprogrammen und Gemeinschaftsinitiativen (GI) dargestellt werden.<sup>93</sup>

<sup>92</sup> „Die Begleitausschüsse werden von dem Mitgliedstaat im Einvernehmen mit der benannten Verwaltungsbehörde und nach Anhörung der Partner eingesetzt. Diese tragen für eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern Sorge.“ (Abl. Nr. L161/1 Verordnung (EG) Nr. 1260/1999, Artikel 35(1)).

<sup>93</sup> Die quantitative Darstellung beruht auf einer Auswertung der Namenslisten der Begleitausschüsse nach Geschlecht und Organisation, Stand Sommer 2002.

### Zur Beschickung der Begleitausschüsse aus Genderperspektive

- Begleitausschüsse der österreichischen Strukturfondsprogramme insgesamt

In den Begleitausschüssen der Strukturfonds in Österreich zeichnet sich hinsichtlich des Anteils an nominierten Männern und Frauen ein Verhältnis von 2:1 ab. Dies ist zwar eine deutliche Verbesserung des Geschlechterverhältnisses im Vergleich zur vorhergehenden Programmplanungsperiode (1994 – 1999) wo das Verhältnis noch bei 3:1 lag (Oedl-Wieser 2000, 183). Es gilt jedoch auch, dass sich die Beschickungspraktiken einiger Behörden und Organisationen nicht sehr wesentlich verändert haben. Dies gilt vor allem für die EU-Kommission und für die eingebundenen Sozialpartner. Hier werden fast ausschließlich oder zum überwiegenden Teil Männer in die Begleitausschüsse entsandt. Die nominierten Mitglieder der Bundesverwaltung sind zu gleichen Teilen Männer und Frauen, d.h. hier kann bereits von einer Geschlechterparität gesprochen werden. Bei den einzelnen Landesverwaltungen gibt es in dieser Hinsicht große Unterschiede, es werden jedoch noch immer zu einem größeren Anteil Männer als Frauen in diese Gremien nominiert. Während bei den Sozialpartnern von einer Dominanz der Männer gesprochen werden muss, zeigt sich bei der Vertretung der NGO's ein gegenteiliges Bild. Da eine der NGO-VertreterInnen aus dem Umweltbereich und eine explizit aus dem Frauenbereich kommen muss, dominieren die Frauen bei den NGO-Vertretungen in den Begleitausschüssen sehr deutlich. Daraus muss gefolgert werden, dass in diesem wichtigen Kontroll- und Entscheidungsgremium, in dem Entscheidungen über die Strukturfondsmittelverteilung sowie deren Umschichtung fallen, die Beteiligung und der Einfluss der Frauen geringer ist als jener von Männern, aber auch die Macht- und Ressourcenausstattung zwischen den einzelnen VertreterInnen sehr unterschiedlich gelagert ist. Dadurch, dass sie etwa keine Förderungsstelle vertreten, haben die NGO-VertreterInnen eine sehr geringe Machtposition. Wenngleich nicht ausgeschlossen werden darf, dass Frauen im Zuge der Vorbereitungsarbeiten verstärkt zu diesen Begleitausschusssitzungen ihre Expertise und Meinung einbringen, so ist doch das unausgewogene Verhältnis von Männern und Frauen (2:1) von sichtbarer Bedeutung.

- Begleitausschüsse für die österreichischen Gemeinschaftsinitiativen

Die Zusammensetzung der Begleitausschüsse der einzelnen Gemeinschaftsinitiativen nach Geschlecht ist sehr unterschiedlich. Bei der GI EQUAL ist eine Dominanz der Frauen gegenüber den Männern feststellbar (2:1). In diesem Begleitausschuss ist auch die einzige weibliche Repräsentantin der EU vertreten. Bei der GI LEADER+ sind wiederum dreimal so viele Männer wie Frauen im Begleitausschuss. Diese Ungleichgewichtigkeit im Geschlechterverhältnis ist bei allen vertretenen Behörden und Organisationen gegeben. Bei URBAN II Wien schaut das Verhältnis zugunsten der Frauen aus, bei URBAN II Graz verhält es sich umgekehrt. Bei den Begleitausschüssen zu INTERREG IIIA sind zu etwa zwei Drittel Männer und einem Drittel Frauen vertreten, wobei sich bei den entsendeten Sozialpartnern und bei den sonstigen Organisationen noch ein stärkeres Ungleichgewicht zeigt.

### ◀ Zur Beteiligung in regionalpolitischen Gremien

*„Ja, wir sind eigentlich im Ziel 1-Begleitausschuss, da sitzen wir drinnen. Regionalpolitisch aber sonst ... Ich habe so einen Katalog, wo wir überall dabei sind, nur das ermöglicht oft gar nicht die Zeit, dass wir wirklich an allem teilnehmen. Wir sind auch in der ARGE Alpen-Adria vertreten, es wäre zwar eine Sitzung nächste Woche, nur ist es mir nicht möglich, da teilzunehmen. Und dann ist natürlich die Wertigkeit: bringt das dann dort so viel, dass ich sage, ich bin dann wieder 3 Tage weg? Ich denke mir dann, was ist mir wichtiger. Das ist einfach jetzt ein Personalproblem.“ (Frauenbeauftragte)*

*„Man kann sagen 95% Männer, teilweise kann man sagen 99% Männer. Es gibt sicher genug Sitzungen, wo das so ist. Nachdem ich auch nicht an allen teilnehmen kann, weil das so massiv ist monatlich, teilweise zu gleichen Zeitpunkten. Ich suche mir dann die aus, wo ich mir denke, da kann ich noch am ehesten etwas tun, im ESF-Bereich, weil der Landwirtschaftsbereich und der große EFRE, da kann ich fast gar nichts bewegen. Da gibt es dann sicher Sitzungen, wo nur Männer sind.“ (Frauenbeauftragte)*



#### Themen in regionalpolitischen Gremien

*„Ich habe da nicht die Themen. Die Themen sind dort so vorgegeben. Dadurch, dass ich selbst nicht Förderstelle bin, wird das eher von der Frau M. oder vom AMS gelenkt. Oder im Landwirtschaftsbereich, da muss ich ehrlich sagen, da bin ich auch in der Materie zu wenig drinnen, dass ich sagen kann, da oder dort kann man was machen. Das ist, wenn jemand sich da in das reinarbeiten kann, vielleicht möglich. Mir ist es von meiner Kapazität nicht möglich. Da kann ich nur sagen, ich schaffe eine Bewusstseinsbildung.“ (Frauenbeauftragte)*

(Aufhauser 2001b)

Die politische Partizipation von Frauen ist in Österreich in den klassischen politischen Betätigungsfeldern wie etwa Parteien, Gewerkschaften, Gemeinderat oder auch in wirtschaftlich relevanten Positionen traditionell sehr niedrig. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung – Fachbereich Raum- und Regionalplanung – stellt sich die Situation differenzierter dar. Hier sind bereits zahlreiche Fachfrauen tätig. So werden bereits vier<sup>94</sup> von neun Regionalplanungs- bzw. Raumplanungsabteilungen der Länder von Frauen geleitet. Bei den SachbearbeiterInnen liegt der Anteil der Frauen jedoch noch immer oft sehr deutlich unter jenem der Männer<sup>95</sup>.

Eine wichtige Funktion in Hinblick auf die Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern nehmen die Frauenbeauftragten (Frauenreferentinnen, Leiterinnen der Frauenbüros) der Länder ein. Seit Beginn der 1990er Jahre wurden in allen Landesregierungen „Frauenstellen“ eingerichtet. Diese koordinieren und initiieren frauenpolitische Aktivitäten auf Landesebene. Im Sinne von Gender Mainstreaming werden sie zunehmend in vielfältige legislative, haushaltstechnische und planerische Belange der Länder eingebunden. Dies bedeutet eine neue Fülle von wahrzunehmenden Aufgaben, die zwar aus gleichstellungspolitischer Sicht durchaus wichtig sind, die Stellen sind jedoch fast immer personell unterbesetzt und verfügen meist über sehr begrenzte finanzielle Mittel. D.h. es fehlt oftmals an personellen Ressourcen, um sachkundig in allen Gremien und an allen Arbeitsgruppen teilnehmen zu können bzw. die Aktivitäten müssen sich auf das „Dabei sein“ beschränken. Dies zeigt sich auch im Bereich der Regionalpolitik. Die Frauenbeauftragten der Länder wurden in den letzten Jahren vermehrt in regionalpolitische Fragestellungen, die auf Landesebene ausgehandelt werden – etwa in die Erstellung der Strukturfondsprogramme – eingebunden. Da die Frauen meist Expertinnen in Sozial- oder Rechtsfragen sind, müssen sie sich in sachpolitische Fragen der Regional- oder Wirtschaftspolitik erst einarbeiten. Im Rahmen der „Konferenz der Landesfrauenbeauftragten“ kommt es zwar mittlerweile zu einem regen Erfahrungs- und Wissensaustausch, es fehlen jedoch offizielle Strukturen, die den Informations- und Wissensaustausch zwischen den ExpertInnen der Gleichstellungspolitik und jenen aus der Regionalpolitik befördern. Es muss darauf hingewirkt werden, die vielfach in personeller und finanzieller Hinsicht reduzierten Handlungsspielräume der Frauenbeauftragten zu erweitern und aufzuwerten, zumal in fast allen Bundesländern (mit Ausnahme Kärnten und Wien) die Verpflichtung zum Gender Mainstreaming in der Landesgesetzgebung mittlerweile verankert wurde<sup>96</sup>. Die Akzeptanz der Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten in den Ländern ist insgesamt schon sehr weit fortgeschritten. Dennoch fehlen oft die Mittel, um beispielsweise Fachexpertisen zuzu-

<sup>94</sup> in den Bundesländern Oberösterreich, Niederösterreich, Steiermark und Wien

<sup>95</sup> Bei der Kärntner Landesregierung gibt es lediglich eine Frau unter 14 SachbearbeiterInnen.

<sup>96</sup> Nach Vorarbeiten der Landesfrauenreferenten/innenkonferenz wurde in der Landeshauptleutenkonferenz am 12.11.2002 der Beschluss gefasst, dass sich die Landeshauptleute zu Gender Mainstreaming als Methode in der Politik und der Verwaltung der Länder bekennen. Zum Stand der Umsetzung dieses Bekenntnisses vgl. [http://www.imag-gendermainstreaming.at/bmsg/imag/index.htm?bundesland/main\\_bl.htm](http://www.imag-gendermainstreaming.at/bmsg/imag/index.htm?bundesland/main_bl.htm)

kaufen, oder um im regionalpolitischen Bereich über die Bewusstseinsbildung hinaus arbeiten zu können.

Auf Landesebene werden so genannte „Fachfrauen“, die in den verschiedensten Bereichen tätig sind, in ihrer Kompetenz mittlerweile kaum mehr angezweifelt. D.h. auf dieser Ebene zählt die fachliche Kompetenz und nicht der Lebensentwurf der Frauen. Auf regionaler Ebene jedoch sind die Rollenerwartungen an Frauen stärker ausgeprägt. Hier wird neben der fachlichen Kompetenz der Frauen auch sehr stark das familiäre Umfeld bzw. deren persönlicher Lebensentwurf in die Beurteilung der Kompetenz miteinbezogen. Die mangelnde Akzeptanz von Frauen in regionalpolitisch relevanten Positionen hängt stark mit Bildern zusammen, die mit solchen Entscheidungspositionen verbunden sind. Auf lokaler oder regionaler Ebene wird es Frauen mit Familie aufgrund ihrer „Versorgungspflichten“ vielfach noch immer übel genommen, wenn sie sich verstärkt politisch betätigen. Gängige Argumente sind, dass die Familie vernachlässigt wird, dass die Kinder darunter leiden, dass die Frauen nicht über die nötige fachliche und politische Kompetenz verfügen, der Verantwortung nicht gewachsen sind, etc. Das bedeutet, dass hier die geschlechterspezifischen Rollenbilder noch sehr stark verankert sind und der Aktionsradius der Frauen und Männer dadurch wesentlich bestimmt wird (Hofer und Wolfgruber 1999).

### **Die Situation von Fach-/Frauen auf regionaler und lokaler Ebene**

Der Beitritt zur EU brachte nicht nur eine finanzielle Ausweitung der regionalen Wirtschaftsförderung mit sich, sondern führte auch dazu, dass neue institutionelle Einrichtungen wie etwa Regionalmanagement-Stellen, die in Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen AkteurlInnen die regionale Entwicklung vorantreiben und unterstützen sollen, mehr oder weniger flächendeckend in allen Regionen Österreichs eingerichtet wurden. In den Anfängen der Regionalmanagements in den 1980er Jahren haben vor allem sehr initiative und engagierte Persönlichkeiten, unterstützt durch die Abteilung IV/4 des Bundeskanzleramtes, diese Stellen aufgebaut und in der Region verankert. Mittlerweile hat sich das Berufsfeld professionalisiert und das regionalpolitische Politikfeld insgesamt stark verändert. Im Zusammenwirken zwischen Bundesländern und BKA<sup>97</sup> wurden mittlerweile 34 Regionalmanagements in Österreich eingerichtet. Um die Akzeptanz in den Regionen so gut wie möglich abzusichern, wurde darauf hingewirkt, dass die Gemeinden in den Trägerorganisationen (Regionalverband oder -verein) maßgeblich vertreten sind (Huber 1996). Die politische Praxis zeigt, dass eine Kooperation und Kommunikation auf regionaler Ebene – etwa zwischen den Kommunen – immer öfter notwendig wird.

Da in den regionalen Gremien und auf kommunaler Ebene sehr oft Entscheidungen getroffen werden, die weitreichende Folgen für die Lebensqualität von Frauen und die Aufenthaltqualität in einer Region haben, ist es notwendig, Frauen verstärkt in diese lokalen/regionalen Entscheidungsgremien einzubinden. Durch eine entsprechend angemessene Zahl – ab einer kritischen Masse von etwa 30% – von weiblichen Repräsentanten in diesen Gremien würden die Chancen erhöht werden, dass die Forderungen und Anliegen der Frauen im regionalen Kontext verstärkt thematisiert werden und Berücksichtigung finden. Diese Entwicklung erscheint auch aus demokratiepolitischer Sicht erforderlich. In welchem Ausmaß und mit welchen Ressourcen sind nun aber Frauen auf der regionalen Ebene und in den neu errichteten Institutionen tatsächlich beteiligt?

<sup>97</sup> Der Bund hat sich mittlerweile aus der Finanzierung der Regionalmanagements zurückgezogen. Finanziert werden diese Stellen nunmehr durch die Trägerorganisationen Gemeinden, Länder, Fremdenverkehrsverbände, Interessenverbände, vereinzelt auch durch Sponsoring etwa von Banken.

**Frauen- und Männeranteil absolut an den Begleitausschüssen zu Ziel 1, Ziel 2, Ziel 3 und in den Gemeinschaftsinitiativen (URBAN II, EQUAL, LEADER+, INTERREG IIIA2)**

Begleitausschüsse	Anzahl der Mitglieder			Bundesverwaltung		Landesverwaltung		Sozialpartner		NGO's		Sonstige*	
	m	w	ges	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Ziel 1 Burgenland	33	8	41	6	4	13	1	6	1	1	1	7	1
Ziel 2 Kärnten	22	14	36	5	8	5	4	6	-	1	1	5	1
Ziel 2 Niederösterreich	26	17	43	6	6	10	4	4	2	-	3	6	2
Ziel 2 Oberösterreich	24	14	38	6	6	8	4	5	-	-	2	5	2
Ziel 2 Salzburg	21	14	35	6	6	4	5	5	-	-	1	6	2
Ziel 2 Steiermark	33	13	46	6	8	13	2	6	-	-	1	8	2
Ziel 2 Tirol	27	13	40	6	6	7	3	5	-	1	2	8	3
Ziel 2 Vorarlberg	18	16	34	7	6	3	4	3	2	-	1	5	2
Ziel 2 Wien	20	15	35	6	6	4	3	4	2	-	-	6	3
Ziel 3 <sup>1</sup>	21	16	37	6	7	2	2	8	4	-	-	5	3
EQUAL	5	12	17	1	6	2	-	2	4	-	-	-	2
LEADER+	30	9	39	6	2	15	4	4	1	-	1	5	1
Urban II Graz	9	5	14	-	1	5	2	4	1	-	2	-	1
Urban II Wien	8	12	20	-	2	4	4	3	2	-	1	1	3
INTERREG IIIA <sup>2</sup> - Slowakei	25	13	38	7	5	6	2	3	1	1	3	8	2
INTERREG IIIA <sup>2</sup> – Slowenien	25	11	36	8	4	4	1	4	-	1	2	8	4
INTERREG IIIA <sup>2</sup> – Tschechien	25	12	37	7	5	6	2	4	-	-	2	8	3
INTERREG IIIA <sup>2</sup> – Ungarn	25	16	41	7	5	6	2	4	1	1	2	7	6

\* Sonstige Organisationen: EU-Kommission, Ziel 1: Bürges Förderungsbank, WIBAG, ERP-Fonds, Österr. Hotel Tourismusbank GmbH, Forschungsförderungsfonds, Österreichischer Gemeindebund, Städtebund, Bundessozialamt; Ziel 2: s. Ziel 1 sowie Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, Kommunalkredit AG, ECO-PLUS Ges.m.b.H., Datenverarbeitung Tirol; Ziel 3: s. Ziel 1 und 2 sowie Bundesdachverband für soziale Unternehmen, Caritaszentrale Österreichs, Österreichische Gemeinschaft für Rehabilitation. GI EQUAL: s.o. sowie EQUAL-Büro Österreich, ÖROK; GI LEADER+: s.o. Umweltdachverband, Dr. WIBMER OEG Beratungs- und Dienstleistung für EU-Fragen; GI Urban II: s.o. sowie Wiener Integrationsfonds, Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, GI INTERREG IIIA: s.o., div. Regionalmanagements, ÖIR-Management-Dienste GmbH.

<sup>1</sup> Inklusive Ersatzmitglieder (18 Personen). Diese besitzen kein Stimmrecht, außer wenn das nominierte Hauptmitglied nicht anwesend ist. Die Ersatzmitglieder können aber grundsätzlich bei jeder Sitzung anwesend sein.

<sup>2</sup> Nur österreichische Mitglieder und EU-Kommissionsmitglieder

Eigene Auswertung der von der ÖROK übermittelten Namenslisten der Begleitausschüsse, Stand Sommer 2002

Etwa drei Viertel der Regionalmanagement-Stellen<sup>98</sup> werden in den einzelnen Bundesländern bis jetzt von Männern geleitet<sup>99</sup>. Es arbeiten allerdings bereits sehr viele Frauen im Projektmanagement in den unterschiedlichsten und vielfältigsten Aufgabenfeldern – zum Teil auch in Leitungsfunktion. Darüber hinaus wurden in einzelnen Bundesländern (Salzburg, OÖ) Spezialistinnen für Genderfragen im Regionalmanagement eingesetzt<sup>100</sup>. Die Entscheidungs- und Beratungsgremien dieser Regionalmanagements sind jedoch in überwiegendem Maße mit Männern besetzt, da sie als gewählte Bürgermeister oder Gemeindevertreter die Mitgliedsgemeinden im Regionalverband vertreten. Der Umstand, dass lediglich 0,4 % der österreichischen BürgermeisterInnen (Steinger 2000) und 14 %

<sup>98</sup> Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Ergebnisse einer exemplarischen Telefonbefragung bei den österreichischen Regionalmanagements im Sommer 2002.

<sup>99</sup> In Oberösterreich werden bereits 3 von 5 Regionalmanagements von Frauen geführt.

<sup>100</sup> Projektmanagerinnen für Chancengleichheit im Pinzgau und Lungau; Regionalmanagerinnen für „Arbeit und Soziales“ in Oberösterreich

der GemeinderätInnen Frauen sind (Hofer und Wolfsgruber 1999), führt zu diesen Verhältnissen. Kreisky (1995, 621) spricht in diesem Zusammenhang von „Bürgermeisterdominanz und Stammtischkultur“ in den ländlichen Regionen Österreichs. Aussagen von RegionalmanagerInnen bestätigen dies, wenn sie berichten, dass in den Gemeinden die Sensibilisierung für Gender Mainstreaming, Gleichstellungsfragen und frauenpolitische Anliegen kaum vorhanden ist. *„Es muss von oben zum Thema gemacht werden, um überhaupt bis unten durchzudringen“* war in diesem Zusammenhang die Aussage eines Regionalmanagers. Aber auch sonst werden nur vereinzelt Frauen für diese Gremien nominiert, dies gilt sowohl für sonstige politische Vertreter als auch für die Sozialpartner auf lokaler und regionaler Ebene. Dies spiegelt etwa die allgemeine „Ausschlusspraxis“ von Frauen auf allen Ebenen der sozialpartnerschaftlichen Gremien wider (Kreisky 1995, 621). Die wenigen weiblichen Nominierten sind meist im Bereich Soziales, Kultur, Fremdenverkehr, Gesundheit zu finden. Sie werden aber nicht für Ressorts nominiert, die über eine große Entscheidungsmacht verfügen oder einen großen Etat verwalten. Eine Folge von diesen Einstellungen ist, dass Frauenprojekte und Fraueninitiativen auf lokaler Ebene oft belächelt und nicht ernst genommen werden. Es gestaltet sich sehr schwierig, eine längerfristige Finanzierung für solche Projekte aufzustellen. Andererseits könnte in Zukunft gerade die Umsetzung des Gender Mainstreaming die Chancen verbessern, solche Projekte einzufordern und Chancengleichheit auf lokaler Ebene zu thematisieren.

Derzeit stellt sich die Situation noch so dar, dass zwar Gleichstellungs- oder Gender Mainstreaming-Beauftragte mittlerweile in viele regionalpolitische Gremien eingebunden werden, diese allerdings mit einigen gravierenden Problemen zu kämpfen haben. Denn ihre weibliche Stimme steht einer Überzahl von männlichen gegenüber, ihre Stimme muss die ganze Vielfalt an Fraueninteressen in einer Region abdecken, und ihre Stimme hat oft wenig Gewicht, weil sie meist nicht zu den Geld gebenden Stellen gehören und auch sonst über wenig Machtressourcen wie etwa Sanktionsmöglichkeiten verfügen (Aufhauser und Hafner 2003). So gibt es beispielsweise in OÖ Regionalmanagerinnen für „Arbeit und Soziales“ und im Pinzgau und Lungau in Salzburg jeweils eine „Projektmanagerin für Chancengleichheit im Regionalmanagement“. Die finanzielle und personelle Ausstattung dieser Stellen ist jedoch äußerst gering und die Akzeptanz von Seiten der etablierten lokalen/regionalen Institutionen und Akteure war für längere Zeit nicht gegeben. Dies äußerte sich beispielsweise darin, dass es vorkommt, dass die Frauen zu wichtigen Sitzungen nicht eingeladen werden<sup>101</sup>.

### **Notwendige Zusammenarbeit von Gleichstellungsexpertinnen und regionalpolitischen AkteurInnen**

Neben den institutionalisierten Frauen-, Gleichstellungs- oder Gender Mainstreaming Expertinnen gibt es auf regionaler Ebene und auf Landesebene eine ansehnliche Zahl an bestehenden Fraueninitiativen und Frauennetzwerken<sup>102</sup>. Sie sind in vielen Bereichen tätig wie etwa im psychosozialen Dienst, sie dienen als Service- und Informationsstellen (etwa für Rechtsberatung) oder bieten Beratung und Qualifizierung für arbeitslose/-suchende Frauen an. Das Spektrum dieser Tätigkeiten ist sehr vielfältig, allerdings gibt es bis jetzt zuwenig Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen regionalpolitischen Akteu-

<sup>101</sup> Im Jahr 2000 wurde im Pinzgau eine „Regionalmanagerin für Gender Mainstreaming“ engagiert. Die neue Jobbezeichnung „Regionalmanagerin für Chancengleichheit im Regionalmanagement“ trägt den Erfahrungen der letzten Jahre vor Ort Rechnung, dass ein durchgängiges „Gendern“ aller in der und für die Region geplanten Projekte unrealistisch (nicht machbar) ist. Die neue Aufgabe besteht explizit in der Initiierung von Projekten, die die Chancengleichheit von Frauen im öffentlichen Bereich und jene der Männer im privaten Bereich fördern.

<sup>102</sup> Die Dichte der Fraueninitiativen und Fraueninstitutionen variiert in den einzelnen Bundesländern.

Innen. Die Expertinnen werden meist nur zu den Themen Beschäftigung und Soziales zur Mitarbeit eingeladen, sind jedoch sonst kaum in den regionalentwicklungspolitischen Diskurs eingebunden. Aus Sicht einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ muss die innerregionale Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen regionalen AkteurInnen, die sich für die Verbesserung der Situation der Frauen und im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter engagieren, verstärkt werden und der Weg von einer sektorpolitischen hin zu einer integrierten Sichtweise beschritten werden. Insbesondere gilt es etwa auch die Zusammenarbeit engagierter Frauen über parteipolitische, berufsständische und religiöse Grenzen hinweg zu fördern.

### 3.4 Wie (re)produziert Regionalpolitik die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern? Über den Raumbezug und die geschlechterspezifische Wirkung regionaler Politikfelder

Wenn von raumbezogenen Politiken gesprochen wird, sind im Allgemeinen Regionalpolitik, Raumordnungspolitik und die damit in enger Verbindung stehenden Sektoralpolitiken – Industriepolitik, Verkehrspolitik, sonstige Infrastrukturpolitik – gemeint. Dabei wird oft vernachlässigt, dass grundsätzlich alle Politikfelder einen Raumbezug aufweisen – sprich räumlich bzw. raumkonstituierend wirksam sind. Von sektorpolitischen Maßnahmen gehen, ebenso wie von privatwirtschaftlichen Aktivitäten – häufig als „nicht kalkuliertes Nebenprodukt“ – erhebliche Wirkungen auf die Raumverhältnisse aus, die (sektoral)politisch Verantwortlichen haben in der Regel jedoch keine rechtliche Verpflichtung, die Auswirkungen ihres Handelns auf die räumlichen Gesamtverhältnisse mit zu berücksichtigen (Schindegger 1999, 17). Im aktuellen österreichischen Raumentwicklungskonzept ÖREK 2001 (ÖROK 2002) wird explizit auf die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung der Raumwirksamkeit von Sektoralpolitiken hingewiesen. Ähnliches lässt sich auch für die geschlechterspezifischen Wirkungen politischer Maßnahmen feststellen, die im Allgemeinen nicht wahrgenommen werden. Die ungleichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern finden in den zentralen Handlungsfeldern der Regionalpolitik kaum Berücksichtigung, obwohl im weiblichen Lebenszusammenhang zahlreiche Bereiche identifiziert werden können, die sehr wohl regionalpolitische Relevanz aufweisen (vgl. Kapitel 2). Aufgrund der unterschiedlichen Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern – sprich dem unterschiedlichen Eingebundensein in Erwerbs- und Versorgungsarbeit, unterschiedlicher Mobilitätsmöglichkeiten, differierender Einkommen(smöglichkeiten), verschiedenartiger Qualifikationen etc. – wirken sich politische Maßnahmen und Instrumente auf Frauen- und Männerleben jedoch auch unterschiedlich aus.

Eine stärkere regionale Orientierung von Politik ist ein Trend, der zusehends Politikfelder betrifft, die ursprünglich auf der nationalen Ebene verhandelt wurden, immer häufiger werden aber auch für kommunale Angelegenheiten und Aufgaben Lösungen in regionalen Politikprozessen gesucht. Zwar überwiegen derzeit die ökonomischen Fragestellungen vor politischen und sozialen. Aber es gesellen sich im regionalen Kontext zunehmend auch arbeitsmarktpolitische und qualifikationsorientierte Themen zu einer regionalisierten Strukturpolitik, in Österreich etwa verdeutlicht durch die im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) durchgeführten Maßnahmen und Programme im Beschäftigungsbereich. Dies verdeutlicht, dass neben Wirtschaftsinteressen auch Verteilungsfragen anstehen und Umweltinteressen sowie kulturelle Anliegen einzubeziehen wären (Kujath 1998, 31). „Es spricht somit vieles dafür, dass die Regionen als Handlungsräume nicht nur in wirtschaftspolitischer, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht an Bedeutung gewinnen“

(Bock 2002, 35). Regionalisierung meint aber nicht nur die Neuverteilung von Aufgaben anderer Körperschaften an die Region, so wäre Regionalisierung zu einseitig verstanden. Mit Regionalisierung ist vielmehr auch eine neue Form des kooperativen Politikmachens verknüpft, bei der Regionen „variable Kontexte für die Kooperation zwischen öffentlichen und privaten, staatlichen und kommunalen Organisationen“ (Benz 1998, 110) bilden.

Anhand ausgewählter sektoralpolitischer Handlungsfelder, die für die Regionalentwicklung unseres Erachtens zentral sind, werden im Folgenden der Raumbezug und die daraus resultierenden geschlechterspezifischen Wirkungen exemplarisch dargestellt. Auf diese Weise soll herausgearbeitet werden, wie die unterschiedlichen Politikfelder zur (Re)Produktion der räumlichen Muster geschlechterspezifischer Ungleichheitsstrukturen, die in Kapitel 2 beschrieben werden, beitragen. Zentrale Frage ist, wo und auf welche Weise die einzelnen Politikfelder einen Raumbezug schaffen, der den spezifischen Ansprüchen von Frauen (und auch von Männern) nicht gerecht wird?

### Raumordnungspolitik

Raumordnungspolitik wird als die konkrete Ausprägung jener Politik(en), die zur Erreichung der raumordnerischen Zielvorstellungen eingesetzt werden, verstanden (Schindegger 1999, 33). Raumordnung ist eine auf die Fläche verteilte Gesellschaftspolitik (Faßmann 2001), denn in der räumlichen Ordnung spiegeln sich gesellschaftliche Zielsetzungen und das politische Handeln des Staates wider. Durch die Raumordnung wird Gesellschaftspolitik betrieben – und damit auch Geschlechterpolitik.

Im ÖREK 2001 wird der Raumordnungspolitik zwar generell das Ziel zugeschrieben, für die Verwirklichung sozialer Integration mitverantwortlich zu sein (gemeinsam mit anderen Sektorpolitiken), doch nur im Sinne einer Schaffung von strukturellen Rahmenbedingungen für den Erhalt der sozialen Kohäsion. Damit wird ihr aber nur indirekter Einfluss auf das soziale Gefüge der Gesellschaft zugesprochen. Gemäß dem Verständnis von Löw (2001; vgl. Kapitel 3.1) sind jedoch auch räumliche Strukturen ein Teil der gesellschaftlichen Strukturen. Es ist daher davon auszugehen, dass raumstrukturierende Politiken, wie die Raumordnungspolitik, sehr wohl direkte Auswirkungen auf soziale Verhältnisse haben und daher auch geeignet sind, zu einer Veränderung (oder Zementierung) der Geschlechterverhältnisse beizutragen.

Durch Raumordnung werden Flächen und Regionen strukturiert. Strukturierung bedeutet immer auch Funktionalisierung, Dichotomisierung und Hierarchisierung, wie bereits zu Beginn des Kapitels dargestellt wurde. Der aktuelle Trend zur Entstehung monostrukturierter Funktionsräume fördert die soziale Ungleichheit, denn:

#### Mobilität

„... der Wechsel von einer Funktionsinsel zur anderen erfolgt [dabei] hauptsächlich über den motorisierten Individualverkehr. Für jene Bevölkerungsgruppen, die nicht über Verkehrsmittel verfügen, bedeutet die Verinselung des Raums eine Verringerung von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten.“ (ÖREK 2001, 76 §261)

„Zu den Zielen der Raumentwicklungspolitik zählt eine ausgewogene räumliche Struktur, ohne funktionelle und gesellschaftliche Segregation und ohne Herausbildung entfernter, monostrukturierter Funktionsinseln. Damit wird die Integration der Bevölkerung gefördert und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.“ (ÖREK 2001, 82 §287)  
(ÖROK 2002)

Die Geschlechterspezifität der durch die Raumordnungspolitik geschaffenen Muster findet im ÖREK 2001 keine Beachtung. Im Rahmen der Raumentwicklung wird die gesellschaftliche Ungleichheit erst dann zum Problem, wenn sie mit einer räumlichen Segregation zusammenfällt. Als Beispiel sei hier die Abwanderung genannt, die in einigen Bezirken der Steiermark eine explizite geschlechterspezifische Ausprägung hat. Finden Frauen keine entsprechenden Strukturen und Rahmenbedingungen vor, die ihnen eine Aufenthaltsqualität in der Region gewährleisten, weil beispielsweise Arbeitsplätze, die der Ausbildung adäquat wären, fehlen, die soziale Infrastruktur unzureichend ist oder ihnen eine gleichgestellte Position im Sozialgefüge der Region nicht erreichbar scheint, bleibt oft nur mehr die Abwanderung. Hinsichtlich der Lebensmobilität von Frauen ist zu beobachten, dass es besonders in der Familiengründungsphase eine erhöhte Wanderungsdynamik in das erweiterte städtische Umland gibt. Die meist monofunktional strukturierten Suburbanisierungsgebiete und fehlende Arbeitsplätze – insbesondere für qualifizierte Frauen – in den peripheren Umlandgebieten tragen in der Folge zu einem erhöhten Mobilitätsdruck für Frauen bei.

#### **Ausgewogene räumliche Strukturen**

„Raumentwicklungspolitik muss langfristig danach trachten, ausgewogene räumliche Strukturen zu schaffen. Ziel muss es sein, eine räumliche Verteilung von Nutzungsfunktionen zu erreichen, die es allen sozialen Gruppen ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben in gleichberechtigter Weise teilzunehmen.“ (ÖREK 2001, 78 §266)  
(ÖROK 2002)

Aus Sicht einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ sollten Frauen und ihre Ansprüche an Raum und Raumentwicklungspolitik expliziter Bestandteil dieses Zieles werden.

#### **Wirtschaftspolitik – Innovations-, Technologie- und Industriepolitik**

Regionale Wirtschaftspolitik als Kernbereich der Regionalpolitik i.e.S. ist in Österreich derzeit sehr stark innovations- und technologieorientiert ausgerichtet (Kapitel 1.2). Aufgrund der engen Vernetzung werden die sektoralen Politikfelder Wirtschafts-, Innovations-, Technologie- und Industriepolitik hier in Kombination dargestellt.

In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für Regionalpolitik einschneidend verändert: EU-Integration, Ostöffnung und Globalisierung führten zu einer verschärften wirtschaftlichen Konkurrenz und zu einer Beschleunigung der industriellen und betrieblichen Umstrukturierung (Tödtling 1998). In Österreich lassen sich seit den 1970er Jahren mehrere Phasen der Umstrukturierung unterscheiden, die sich auch regional unterschiedlich auswirkten: Die erste Phase in den 1970er Jahren betraf primär arbeitsintensivere Industrien (Grundstoffindustrie) in Großstädten, in peripheren Gebieten und in den alten Industriegebieten. In den 1980er Jahren (zweite Phase) setzte sich der starke Beschäftigungsabbau im industriellen Sektor fort – über 20% der Arbeitsplätze wurden abgebaut. Im Verlauf der 1990er Jahre (dritte Phase) waren die Arbeitsplatzverluste in kapitalintensiven Branchen besonders stark und betrafen auch wieder verstärkt die Zentralräume (Oberösterreichischer Zentralraum, Graz, Rheintal) und Wien. Rationalisierungsmaßnahmen und Betriebsstillegungen in der Eisen- und Stahlindustrie, der Metallindustrie sowie in der Elektronik- und Textilindustrie führten primär in den alten Industriegebieten in der Obersteiermark, dem südlichen Burgenland, dem Süden Niederösterreichs und dem Weinviertel zum Abbau von Industrie-arbeitsplätzen. Aber auch die

Agglomerationen sehen sich mit verstärkten Arbeitsplatzeinbußen konfrontiert. Für die Regionalpolitik (bzw. die regionalisierte Industriepolitik) bedeutet das, Voraussetzungen für einen positiven Strukturwandel in den betroffenen Regionen zu schaffen.

Was die Geschlechterspezifik der genannten Umstrukturierungen betrifft, ist anzumerken, dass die Arbeitsplatzverluste in der Industrie grundsätzlich Frauen und Männer betreffen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten. Frauenarbeitsplätze gingen vor allem in den so genannten „Verlängerten Werkbänken“ verloren, die in den 1970er Jahren v.a. in der Textil-, Bekleidungs- und Elektronikindustrie in ländlich-peripheren Regionen (etwa im Waldviertel, im Burgenland und in der oberösterreichischen Grenzregion), teilweise aber auch noch in den großstädtischen Agglomerationen angesiedelt wurden. Vom Rückgang der Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie waren dagegen primär Männer betroffen.

Die ökonomische Umstrukturierung der vergangenen Jahre hat bestimmte regionale Muster geschaffen, die sich geschlechterspezifisch differenzieren. Aus gleichstellungspolitischer Perspektive ist daher zu fragen, ob technologie- und innovationsorientierte Ansätze (die Errichtung und das Management von Technologie-, Gründer- und Innovationszentren oder die Förderung von Wirtschaftsklustern), Frauen und Männer gleichermaßen einschließen. Die Datenanalyse weist im Bereich der Beschäftigungsdynamik auf eine verstärkte Auseinanderentwicklung weiblicher und männlicher Arbeitsmärkte auf regionaler Ebene hin. Auch im Auseinanderdriften der Frauen- und Männereinkommen ist in wirtschaftlich erfolgreichen, export- und innovationsorientierten Regionen eine besondere Dynamik zu beobachten. In den alten bzw. mittlerweile wieder neuen Industriegebieten der Steiermark und Oberösterreichs etwa liegen die Medianeinkommen der Frauen am deutlichsten unter jenen der Männer.

Unter dem Begriff „Innovations- und Technologiepolitik“ werden vielfältige Maßnahmen verstanden, die dazu beitragen, die Modernisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur voranzutreiben (Steffen 1993). „Innovation sollte dabei in einem breiteren Sinn verstanden werden und sowohl technologische Neuerungen (neue und verbesserte Produkte und Verfahren) als auch organisatorische, institutionelle und soziale Neuerungen umfassen“ (Tödtling 1998, 63). „Innovation“ und „Technologie“ sind zumindest in der österreichischen Gesellschaft stark männlich konnotierte Begrifflichkeiten und werden im Rahmen der regionalpolitischen Interventionen auch relativ klar mit „männlichen“ Interpretationen versehen. Innovations- und Technologiepolitik konzentriert sich in Österreich sehr stark auf exportorientierte Branchen im Industriebereich, die von männlichen Arbeitsplätzen dominiert werden.<sup>103</sup> Das politische Handlungsfeld der Innovations- und Technologiepolitik ist dennoch weitgehend als „geschlechterneutral“ konzipiert – eine Auseinandersetzung mit der der Politik zugrunde liegenden Geschlechterspezifik erfolgt nicht und die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse stellt kein explizites Ziel dieses Politikbereiches dar. Von Politikfeldern, die mit beträchtlichen öffentlichen Mitteln operieren, könnte dies eigentlich erwartet werden. Die scheinbar geschlechterlose Politik zeigt bei näherer Betrachtung enorme geschlechterspezifische Auswirkungen – sie wirkt nicht geschlechterneutral, vielmehr ist sie von einer Geschlechterblindheit gekennzeichnet (Döge 2001b).

Regionale Innovationsfähigkeit und deren nachhaltige Sicherung ist das zentrale Leitbild in den neuen regionalwirtschaftlichen Konzepten der 1990er-Jahre. Technologie-, Gründer-, Impuls-, Innovations- und Kompetenzzentren sowie Clusterbildung entlang regiona-

<sup>103</sup> In Verbindung damit ist etwa in Österreich eine relative Gründungsschwäche im Dienstleistungsbereich festzustellen (Engeln et al. 2002).



ler Stärken (Spezialisierungsbereiche) werden als Motor für die Entwicklung von Regionen gesehen – sie sollen die regionale Wettbewerbsfähigkeit steigern und damit verbunden auch Beschäftigungseffekte auslösen. Tatsächlich wird im Zuge der Errichtung derartiger Zentren bzw. bei der Initiierung von Clusterprozessen derzeit in Österreich noch relativ stark auf regionale „Stärken“ (Spezialisierungen) gesetzt, die insgesamt eher als „Männerdomänen“ bezeichnet werden können. Insbesondere als Unternehmerinnen, Gründerinnen und für den Technologie- und Innovationstransfer als wichtig erachtete Partnerinnen sind Frauen in den „regionalen Innovationssystemen“, die mit den Interventionen angestoßen werden (sollen), bisher stark unterrepräsentiert. Insgesamt zeigt sich, dass der Frauenanteil in den neu errichteten Zentren umso höher ist, je weiter sie sich vom Idealtypus „High Tech“ entfernen, sprich, je breiter und dienstleistungsorientierter sie ausgerichtet sind, je offener und übersichtlicher die Kommunikationsstrukturen gestaltet sind, je besser die regionale Ein- und Anbindung ist, je mehr es nicht nur um Beteiligung am globalen Wettbewerb sondern (auch) um regionale Entwicklung geht (Aufhauser 2000). So finden sich etwa deutlich mehr weibliche Gründerinnen in zentral (innerstädtisch) angesiedelten Zentren als in denjenigen, die zwar an Autobahnknoten, aber weit von sonstigen infrastrukturellen Einrichtungen liegen.

#### Technologien als Träger von Sozialstrukturen

„Technologien sind das Ergebnis einer Reihe spezifischer Entscheidungen, die von einer bestimmten Gruppe von Menschen an bestimmten Orten zu bestimmten Zeitpunkten zu ihren eigenen Zwecken getroffen werden. Daher tragen Technologien die Spuren dieser Menschen und des gesellschaftlichen Zusammenhangs, in dem sie entwickelt wurden.“

(Wajcman 1994, 40f, zitiert nach Döge 2001b)

Der Prozess der Technikgestaltung ist von einer quantitativen Überzahl von Männern gekennzeichnet, was zu einem eingeschränkten Technikbegriff führt, der weitgehend auf Maschinen reduziert wird und den Prozess der Gestaltung zu wenig mit einbezieht. Technik wird auf diese Weise als „Männerkultur“ etabliert und technische Kompetenz mit Männlichkeit verbunden (Döge 2001b). Eine Vertreterin einer Förderstelle für Technologie stimmt dem teilweise zu, indem sie *„mönchische Bereiche der Technik, wie der Maschinenbau oder so etwas“* identifiziert, *die „einfach Männerdomänen sind und bleiben werden“*. Ob Innovations- und Technologiepolitik die Frauen erreicht, hängt vor allem vom zugrundeliegenden Innovationsbegriff ab und wie er interpretiert und gefördert wird. Der Begriff wird zwar oft noch in den Richtlinien der Förderprogramme breit gestreut, in gradueller Abstimmung verwendet und beinhaltet auf dem Papier auch beispielsweise Innovationen sozialer Art für geförderte Unternehmen. *„Soziale Innovation ist möglich, aber das gibt es bisher, an sich, so gut wie gar nicht. Ist aber von uns seitens der Programmrichtlinien nicht ausgeschlossen. Also – es ist keineswegs so, dass sich der Innovationsbegriff in den Programmen auf einen ganz rein technischen Innovationsbegriff eingrenzt.“* (Expertin Technologiepolitik) Demgegenüber steht die Praxis, in der es üblich ist, Innovationen aber primär so zu verstehen. Innovative Personalpolitik oder innovative Arbeitszeitmodelle beispielsweise werden nicht unbedingt als etwas gesehen, das über spezifische Innovationsprogramme gefördert werden sollte. Dabei ist die Einführung neuer Technologien eben nicht ausschließlich im Bereich der Maschinen zu sehen – es handelt sich vielmehr um einen sozialen Prozess, der auf die Kooperation von Menschen, ihre Leistungsfähigkeit und Motivation setzt (Knapp 2001, 7). „Innovationslosigkeit“ in sozialen Fragen ist den Bemühungen oft eingeschrieben: *„Wobei da schon zugegeben werden muss – es bedarf oft einiger Phantasie in diesem Bereich. Und das haben Projektwerber selten.“* (Expertin Technologiepolitik)

Mit der Clusterpolitik wird seit den 1990er Jahren auf die Strategie einer regionalen Spezialisierung miteinander verflochtener wirtschaftlicher Aktivitäten gesetzt. Die Schaffung von Synergien und die Steigerung der Produktivität durch die Zusammenarbeit von Unternehmen im Produktions- und Dienstleistungsbereich mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen steht dabei im Vordergrund (Steiner 2002, 740). Die Clusteridee hat unter anderem dazu beigetragen, dass die regionale Ebene neue Bedeutung als wirtschaftlich relevanter Faktor gewonnen hat – denn räumliche Nähe ist eine Voraussetzung für Innovation und wirtschaftliche Dynamik geworden (Steiner 2002, 743). Es wird davon ausgegangen, dass die Wettbewerbsfähigkeit einer Region sowie die Fähigkeit, sich an geänderte Strukturen und Rahmenbedingungen anzupassen, in hohem Maße mit der Innovationsfähigkeit ihrer Wirtschaft zu tun haben (Tödtling 1999).

Innovations- und Technologiepolitik sollte zukünftig auch soziale (und ökologische) Folgewirkungen mitdenken. In diesem Sinne geht es weniger darum, Frauen zu animieren, sich in den Technologiezentren anzusiedeln, als zu überlegen, wie das hochwertige Infrastrukturangebot zu gestalten ist, dass auch Frauen ihre innovativen Ideen einbringen und umsetzen können. An sich sind Frauen in den meisten Technologie- und Gründerzentren als Unternehmerinnen heute sehr willkommen. So wie viele Technologie- und Gründerzentren derzeit gestaltet sind, sind sie für die typische Gründerin jedoch oft zu teuer. Frauen fühlen sich in den Zentren darüber hinaus oft aber auch vom ganzen Umfeld her schlicht und einfach nicht „wohl“. Dem „Repräsentativen“ ziehen Frauen oft das „Alltagspraktische“ vor. Insgesamt sollte es sehr stark darum gehen, gängige Denkmuster zu durchbrechen und Bilder von Weiblichkeit und Männlichkeit zu revidieren, die letztlich zu dichotomen Bewertungen führen – wie etwa „Innovation ist männlich“. Das Durchbrechen von Denkmustern heißt, vor allem Projekte zu initiieren, die bewusst unkonventionelle Verbindungen herstellen. Beispielhaft wäre hier etwa das Projekt FIT (Frauen in die Technik) zu nennen, das gezielte Berufsorientierung für Mädchen und junge Frauen in technischen Berufen und Ausbildungen auf universitärer Ebene anbietet. Das Projekt wird derzeit in mehreren Bundesländern durchgeführt.

#### **Telepark mit Arbeitswohnungen und Seniorenbetreuung**

Der Telepark Bärnbach in der Steiermark ist ein Projekt, das versucht, Innovation in einem breiteren Verständnis umzusetzen. Im Stadtzentrum von Bärnbach wurde ein Telepark errichtet, in dem nicht nur Büros, sondern auch „Arbeits-Wohnungen“ mit Breitband-Internet-Anschluss untergebracht sind. Die NutzerInnen des Teleparks können auf ein breites Angebot an sozialer Infrastruktur in der direkten Wohn- bzw. Arbeitsumgebung zurückgreifen.

*„Rundherum habe ich die Infrastruktur, die ich brauche, von den Kinderbetreuungseinrichtungen, über die Senioreneinrichtungen, über alles was man braucht.“ (Experte Kommunalplanung)*  
(Aufhauser 2001b)

Ein Beispiel dafür, wie einseitiges Denken und traditionelle Dichotomien aufgebrochen werden können, stellt das Projekt des Vereins NOWA in der Steiermark dar. Frauenbeschäftigung wurde hier explizit mit neuen Technologien in Verbindung gebracht und im überkommunalen Regionalverbund verankert.

### ◀ Frauen und neue Technologien als öffentliches Thema auf Gemeindeebene

*„Ich habe mit einer Kollegin das Konzept geschrieben und währenddessen ist uns klar geworden, dass wir einen regionalen Träger haben wollen. Weil das Konzept so ausgerichtet ist, dass es Frauenbeschäftigung und Frauenarbeitslosigkeit oder Förderung von Frauen im Bereich neue Technologien einfach als politikübergreifendes Thema sieht und dass dieses Thema nicht privatisiert werden sollte, sondern eher ein öffentliches Thema sein sollte. Das heißt wir wollten einen öffentlichen Trägerverein haben. Der Trägerverein besteht aus der Stadt Graz und 24 Gemeinden von Graz-Umgebung. Die haben diesen Zusammenschluss gemacht mit dem sie sozusagen die Botschaft geben, dass sie etwas für Frauenbeschäftigung tun.“ (Expertin Beschäftigungspolitik) (Aufhauser 2001b)*

## Beschäftigungspolitik

Unter dem Begriff Beschäftigungspolitik werden mehrere Politikfelder zusammengefasst: Arbeitsmarktpolitik<sup>104</sup>, Bildungspolitik und Qualifizierungspolitik. Zur Frage, ob und in welcher Weise Regionalpolitik auch beschäftigungspolitisch wirkt, existieren in der Fachdiskussion durchwegs unterschiedliche Standpunkte (vgl. etwa kritisch Frankenfeld 2002). Die Autorinnen vertreten die Meinung, dass von regionalpolitischen Maßnahmen immer auch beschäftigungspolitische Effekte ausgehen, auch wenn diese nicht immer unmittelbar und kurzfristig messbar sind. Beschäftigungspolitik wurde zwar immer als ein zentrales Handlungsfeld der Regionalpolitik verstanden, die institutionelle Verklammerung ist jedoch erst in den letzten Jahren ansatzweise gelungen. Die „Territorialen Beschäftigungspakte“, die mittlerweile in allen Bundesländern in Österreich installiert wurden<sup>105</sup>, stellen beispielsweise eine derartige institutionalisierte Verknüpfung her und thematisieren Beschäftigungspolitik in engem Zusammenhang mit dem regionalen Arbeitsmarkt.

Beschäftigungspolitik wirkt durch ihre Maßnahmen und Instrumente unterschiedlich auf die Lebenszusammenhänge von Frauen und Männern. Die spezifische Situation von Frauen wird meist unter dem Aspekt der so genannten „Vereinbarkeitsproblematik“, also der Eingebundenheit in Erwerbs- und Versorgungsarbeit, wahrgenommen und thematisiert. Diese doppelte Eingebundenheit in Arbeitszusammenhänge trifft zwar auf viele Frauen zu, ist aber bei weitem nicht das einzige Spezifikum, das aus einer Geschlechter-Perspektive für die regionale Beschäftigungspolitik relevant ist. So sind Frauen nicht nur Mutter und/oder erwerbstätig, sondern auch Lernende, Selbständige, Alleinerziehende, Pendlerin etc. – Identitäten, aus denen sich spezifische Ansprüche an beschäftigungspolitische Maßnahmen ableiten lassen. Das Maß aller Dinge ist hier aber allzu oft die männliche Sicht: *„Ich denke, der Unterschied ist der, dass Männer also in erster Linie freier sind, sie sind eigentlich vom ganzen Umfeld flexibler, wollen in erster Linie auch Vollzeitstellen, und da haben sie schon mehr Chancen. Und sie müssen auf keine Kinder, auf nichts müssen sie Rücksicht nehmen, die können einfach arbeiten. Von der Ausbildung her, denke ich, dass ein kleiner Unterschied besteht, dass Männer bessere Ausbildungen haben, Ausbildungen, die abgeschlossen sind, das fehlt bei Frauen immer wieder, aber der Unterschied ist nicht sehr groß.“ (Expertin Arbeitsmarkt).*

<sup>104</sup> Aktive Arbeitsmarktpolitik setzt tendenziell eher sozialpolitische Maßnahmen zum Ausgleich benachteiligender Strukturen am Arbeitsmarkt. Frauen werden dabei als besondere Problemgruppe gesehen, die spezifischer Förderung und Qualifizierung bedarf. Bis Anfang der 1990er Jahre war die Arbeitsmarktpolitik in Österreich zentral gesteuert. Heute wird über Maßnahmenswerpunkte im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Wesentlichen auf Landesebene entschieden. Im räumlichen Mehrebenensystem von Beschäftigungspolitik (Aufhauser und Hafner 2003), übt darüber hinaus die Beschäftigungspolitik der EU, etwa über die von ihr forcierte Erstellung Nationaler Beschäftigungspakte, einen zunehmend deutlichen Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik aus.

<sup>105</sup> Homepage der Österreichischen Beschäftigungspakte [www.pakte.at](http://www.pakte.at)

Beschäftigungspolitik schafft einen Raumbezug, indem sie Bildungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen in Verbindung zum (regionalen) Arbeitsmarkt setzt bzw. eben diese Verbindung vernachlässigt. Aus Interviews mit Arbeitsmarktexpertinnen und -experten geht hervor, dass es vielfach an dieser Verbindung mangelt. Allzu oft wird am Bedarf des regionalen Arbeitsmarkts "vorbei" qualifiziert. Betroffen sind oft Frauen, die aufgrund einer veränderten Lebenssituation den Arbeitsplatz wechseln wollen oder müssen oder (mehrmals) ihre Erwerbslaufbahn unterbrechen und sich beim Wiedereinstieg mit veränderten Qualifikationsanforderungen konfrontiert sehen. Angesichts dieser Problematik macht es Sinn, Frauenqualifikation in Verbindung mit den Bedürfnissen der in einer Region ansässigen Betriebe zu bringen – eine Strategie, die beispielsweise die arbeitsmarktpolitische Initiative NOWA in der Steiermark schon länger verfolgt<sup>106</sup>. Auch im Land Salzburg wurde etwa ein Beschäftigungsprojekt initiiert, das vorhandene Fachkräfte in der Region mit dem Bedarf der Wirtschaft in Verbindung bringen will.

#### **Innovatives Arbeitszeitprojekt**

Im Land Salzburg (vorwiegend in den Tourismusregionen Pongau und Pinzgau) besteht ein enormer Personalbedarf im Gastgewerbe, der im Fachkräftebereich nicht befriedigend abgedeckt werden kann. Auf der anderen Seite sind gerade Frauen in diesen Regionen oft in Gastgewerbe-Berufen ausgebildet und suchen einen entsprechenden Arbeitsplatz. Problematisch für Frauen mit Kinderbetreuungspflichten sind jedoch die Arbeitszeiten in dieser Branche, die sich oft nicht mit den Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen vereinbaren lassen. Um die Bedürfnisse der Wirtschaft sowie der arbeitssuchenden Frauen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, hat die regionale Geschäftsstelle des AMS Bischofshofen das Projekt „Jobsharing - Arbeitszeitanpassung im Gastgewerbe“ initiiert. Die zugrundeliegende Idee sieht vor, dass sich zwei Frauen einen Arbeitsplatz teilen und ihn sich von den Arbeitszeiten her so gestalten, dass sich die Kinderbetreuung (gegebenenfalls auch wechselseitig) organisieren lässt. Das Projekt richtet sich primär an die gehobene Gastronomie, die besonderen Wert auf Qualität und Kontinuität ihres Personals legt.

(AMS Zell am See & Verein „Frau und Arbeit“ Zell am See; Aufhauser 2001b)

In regionalen Qualifizierungsmaßnahmen wird auf regionale Arbeitsmarktspezifika insgesamt jedoch noch zu wenig eingegangen. So erfolgt die Qualifizierung noch immer vorwiegend "geschlechterverträglich", d.h. Frauen erhalten Schulungen in Bereichen, in denen primär auch Frauen beschäftigt sind. Diese Strategie macht zwar sozial durchaus Sinn, denn der Nachfrage des Arbeitsmarktes als auch zum Teil dem Wunsch der Frauen selbst wird damit nachgekommen. Die Chancen von Frauen auf Beschäftigung sind in traditionellen Frauenberufen in der Regel tatsächlich besser. Regional ist diese Strategie jedoch oft nicht geeignet, um die Beschäftigungschancen der Frauen zu erhöhen, denn vielfach existieren in den traditionellen Frauenbranchen schlichtweg zu wenige Arbeitsplätze. Laut Expertinnen trifft dies etwa in vielen Regionen auf den „klassischen“ Bürobereich zu (etwa im Salzburger Pinzgau oder in den Regionen Oberösterreichs außerhalb des Zentralraumes).<sup>107</sup> Auch die horizontale Segregation am Arbeitsmarkt wird durch eine geschlechtertypische Vermittlung reproduziert. Es sollte also vielmehr darum gehen, Frauenbeschäftigung in qualifizierten und zukunftsorientierten Bereichen zu erhöhen und auch in jenen Branchen zu fördern, die sich im Zuge des Strukturwandels neu herausbilden (Steffen 1993, 174).

<sup>106</sup> Mittlerweile haben sich in allen NUTS 3-Regionen der Steiermark ähnliche Einrichtungen etabliert, die auf eine Abstimmung von Qualifizierungsangeboten und „regionalem Bedarf“ achten - bei gleichzeitiger Sicherstellung unternehmensübergreifend verwertbarer Qualifizierungsprofile.

<sup>107</sup> Regional enorm unterschiedlich eingeschätzt werden demgegenüber die Chancen für Frauen etwa im Altenpflegebereich.

Bildungspolitische Maßnahmen tragen ein hohes Potenzial hinsichtlich einer gleichstellungsorientierten Politikgestaltung in sich. Sie können aber auch zur Reproduktion der Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern beitragen, indem beispielsweise die geschlechterstereotype Schul- und Lehrstellenwahl verfestigt wird.

#### **Wissen als Standortfaktor**

„Die Wettbewerbsfähigkeit einer Region wird nicht mehr nur durch die Ausstattung mit den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bestimmt, sondern zunehmend durch den neuen Produktionsfaktor „Wissen und Qualifikation“. Die Ausstattung einer Region mit Schulen, Universitäten, und Forschungseinrichtungen bildet daher nicht nur eine Schlüsselgröße des regionalwirtschaftlichen Erfolgs, sondern liefert auch einen Beitrag zum räumlichen Ausgleich und zur sozialen Kohäsion.“ (ÖREK 2001, 76 §263)

„Dabei ist auf die regionale Abstimmung zwischen der Qualifikationsnachfrage und Qualifikationsbedarf verstärkt Rücksicht zu nehmen. Ein „zu viel“ an Wissen gemessen an den Anwendungsmöglichkeiten in der Region kann zu Abwanderung und Entzug von Entwicklungspotenzialen führen, auf der anderen Seite kann eine zu enge Orientierung am Bedarf der regionalen Wirtschaft zur Konservierung bestehender Strukturen führen. Es müssen daher Anpassungsmechanismen und -strategien gefunden werden, die auf der Elastizität des Ausbildungssystems basieren.“ (ÖREK 2001, 72 §274)

(ÖROK 2002)

Das regionale Bildungsangebot und die Erreichbarkeit von weiterführenden Schulen wurde in den 1950er und 1960er Jahren als besonders wichtiger Einflussfaktor auf das Bildungsverhalten der ansässigen Bevölkerung erkannt (ÖIR 2000, 20). In der Folge wurde seit Mitte der 1960er Jahre ein umfangreiches Schulausbauprogramm umgesetzt, das zahlreiche Bildungseinrichtungen in die Regionen brachte. Auf regionaler Ebene kristallisiert sich heute eine zunehmende Trennung von weiblichen und männlichen Bildungsbereichen heraus. Die Daten zeigen, dass Mädchen – vor allem am Land – eher berufsbildende höhere Schulen besuchen, großteils mit kaufmännischen Abschlüssen. Diese Schultypen sind regional relativ gleichmäßig verteilt – während Buben ihre Ausbildung fokussiert auf einzelne Regionen mit Ausbildungsschwerpunkten (etwa Kuchl, Leoben) erlangen. Die gute regionale Verteilung der Schulstandorte ermöglicht es Mädchen einerseits einen BMS- oder BHS-Abschluss in der Region zu erlangen, trägt andererseits aber auch zur Verfestigung der geschlechterspezifischen Schulwahl bei.

Spätestens mit dem Aufkommen des Fachhochschulsektors in Österreich seit Mitte der 1990er Jahre, ist die Regionalisierung der Bildungspolitik allgemein „sichtbar“ geworden. Angepasst an den Bedarf der Wirtschaft, wurden und werden Fachhochschulen gegründet, die unter Anderem der Bevölkerung vor Ort die Möglichkeit bieten sollen, eine zukunftsorientierte Qualifikation zu erwerben und insgesamt zur Aufwertung der Regionen als Wirtschaftsstandorte beitragen. Frauen nehmen das Qualifikationsangebot der Fachhochschulen – je nach Schwerpunktsetzung – unterschiedlich an. Sie sind in diesem Bildungssektor generell jedoch weitaus weniger vertreten als Männer (Finder und Lang 1999). Das Vorhandensein einer Fachhochschule wirkt sich insofern räumlich aus, als Absolventinnen und Absolventen häufig in der Region einen Arbeitsplatz suchen. Es ist also nicht damit getan, das Qualifikationsangebot zu regionalisieren, es müssen auch entsprechende Arbeitsplätze vorhanden sein, um Frauen tatsächlich eine Chance zu geben, ihre erworbenen Qualifikationen adäquat umsetzen zu können.

Haben Frauen bereits gute Qualifikationen erlangt, mangelt es oft an der Umsetzbarkeit dieser Qualifikationen am regionalen Arbeitsmarkt. Vor allem gut gebildete Frauen finden oft keine Möglichkeit, ihre Qualifikationen in der Region, in der sie leben, in adäquate Jobs umzusetzen. Dies gilt vor allem für periphere und inneralpine Regionen. Niedrige Frauenerwerbsquoten und hohe Anteile ausschließlich haushaltsführender Frauen sind Indikatoren für die mangelnde Einbindung der Frauen in Erwerbsarbeit.

### Verkehrspolitik

Im ÖREK 2001 (§270) erfolgt ein klares Bekenntnis zur Förderung ausgewogener räumlicher Strukturen, mit der Herstellung von „Nähe“ und der Vermeidung großflächiger Segregation als wesentliche planerische Strategieelemente zur Vermeidung von räumlicher Exklusion. „Denn die ‚erzwungene‘ Mobilität, die entsteht, weil Funktionsräume getrennt und die Entfernung zu Infrastrukturen zunehmen, zwingt dazu, immer größere Entfernungen zu überwinden und benachteiligt jene, die in entlegenen Räumen mit unzureichender verkehrlicher Anbindung leben oder über keine Verkehrsmittel verfügen.“ (ÖROK 2002, 78f)

Die Verkehrspolitik ist wahrscheinlich einer jener Politikbereiche, dessen Raumbezug am offenkundigsten ist. Mobilität resultiert primär aus der räumlichen Trennung der Grundfunktionen Arbeiten, Wohnen, Bildung, Versorgung und Freizeit, die Individuen im Laufe eines Tages überwinden müssen, um ihren unterschiedlichen Tätigkeiten nachzugehen. Die siedlungsstrukturellen Ausprägungen sind zum Teil natürlich Auslöser von Verkehr – durch Verkehr wird die Funktionstrennung von Räumen jedoch auch immer wieder aufs Neue reproduziert. In manchen Regionen ist das Pendeln zwischen Arbeits- und Wohnort über größere Distanzen zu einem verbreiteten Muster geworden. Und es sind primär Männer, die dieses Muster leben. Vielen Frauen ist es aufgrund ihrer überwiegenden Verantwortlichkeit für die Versorgung von Familienmitgliedern oft nicht möglich, zwischen Arbeitsplatz und Wohnort über weitere Strecken zu pendeln. Dies soll jedoch nicht über die Tatsache hinweg täuschen, dass zunehmend auch (junge) Frauen Erwerbspendlerinnen sind und täglich weitere Strecken mit dem PKW zurücklegen (vgl. Schrittwieser 2002). Aufgrund der unterschiedlichen Arbeitsalltage von Frauen ergeben sich unterschiedliche Mobilitätsanforderungen und Ansprüche an die Verkehrspolitik.

Verkehrsplanung und Verkehrspolitik waren lange Zeit – und sind nach wie vor – eine von männlichen Akteuren dominierte Sparte. Die Langfristigkeit der Maßnahmen (etwa im Straßenbau) und die hohe finanzielle Dotierung sind charakteristisch für diesen Politikbereich. In jüngster Zeit gibt es einige Versuche, Frauen und ihre Mobilitätsansprüche in den Mainstream dieses politischen Handlungsfeldes zu integrieren. Studien zeigen die unterschiedlichen Mobilitätsbedingungen auf, mit denen Frauen konfrontiert sind. Und auch auf Ebene verkehrspolitischer Konzepte tut sich langsam etwas. Der Beirat zu "Frauen und Verkehr", der im Bundesministerium für Verkehr und Innovationen gegründet wurde, stellt beispielsweise einen solchen Versuch dar. Dennoch orientieren sich die Verkehrsplanung und Verkehrspolitik nach wie vor primär am männlichen Alltag.

Die traditionelle Verkehrspolitik betrachtet Geschwindigkeit und Beschleunigung als anzustrebendes Zeitmuster. So schnell wie möglich von A nach B zu gelangen, wird als oberstes Ziel angesehen, an dem sich der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur maßgeblich orientiert. Im Rahmen einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ verlangt Verkehrspolitik nach einer Neuorientierung sozialer Zeit. Langsamkeit und Entschleunigung

sind Bewegungsformen einer Verkehrspolitik, die die reproduktiven Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt (Bauhardt 1997, 167). Nahräumliche Bezüge kennzeichnen die Alltagsmobilität der Mehrheit der Bevölkerung und sollten daher in einem umfassenden Verständnis von Verkehrspolitik Beachtung finden. Die Vorstellung einer „Region der kurzen Zeit- und Raumdistanzen“ kann als verkehrspolitisches Leitbild fungieren, das Entwicklungen im Sinne der Alltagsgerechtigkeit anpeilt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Frauen zum Teil ein anderes Mobilitätsverhalten haben als Männer, als Gruppe jedoch nicht unbedingt als immobil einzustufen ist. So wird beispielsweise öffentlicher Verkehr immer wieder als „weiblich“ bzw. als „etwas für alte Menschen oder Kinder“ konstruiert. Ein oft gebrauchtes Argument lautet, Frauen haben weniger Zugang zu einem Auto als Männer, folglich muss der öffentliche Verkehr ausgebaut werden, um die Mobilitätsbedingungen für Frauen zu verbessern. Diese Beurteilung mag für manche Regionen (laut Expertinneninformation vor allem im inneralpinen Raum) zwar tatsächlich noch zutreffen, trägt der realen Vielfalt weiblicher Mobilitätsmuster jedoch zu wenig Rechnung und führt auch zu kontraproduktiven Ansätzen der Problemlösung. Eine Untersuchung in Oberösterreich zeigt, dass die Frauen im Haupterwerbsalter vor allem in ländlichen Regionen heute überwiegend einen Führerschein haben und im Regelfall auch über ein (eigenes) Auto verfügen (Amt der OÖ Landesregierung 2001, 186). Die Versorgungswege können im ländlichen Raum ohne Auto auch kaum mehr bewältigt werden. Ein oder zwei öffentliche Verkehrsverbindungen pro Tag entlang einzelner Zentralrouten entschärfen das Mobilitätsproblem der Frauen nicht wirklich. Dazu bedarf es „originellerer“ Lösungen, die auf den regionalen Kontext sehr genau abgestimmt werden müssen. Die „Ortstaxi“, die mittlerweile in einigen Gemeinden angeboten werden, sind derartige – positive – Ansätze.

#### **P'Taxi – eine Alternative im öffentlichen Verkehr**

In verschiedenen Orten Österreichs gibt es mittlerweile Angebote, Taxifahrten zu öffentlich subventionierten Tarifen in Anspruch zu nehmen. Seit Juli 1994 ist etwa in Perchtoldsdorf das Ortstaxi, kurz P'Taxi, in Betrieb. Im Gegensatz zu einer Buslinie kann dieses Verkehrsmittel ungeachtet eines Fahrplanes sowie einer bestimmten Streckenführung jederzeit (rund um die Uhr) und überall für Fahrten im Ortsgebiet und zur S-Bahn nach Liesing in Anspruch genommen werden. Die Benützungsberechtigung ist lediglich an den Besitz der P'Card gebunden. Mit dieser kostet etwa eine Ortsfahrt €2,20.

(<http://www.markt-perchtoldsdorf.at/vorteil/service.htm#pcarde>)

#### **Vernetzte Frauenwege**

Im Projekt „Netze machen mobil“ (Büro Tilia) wurden die Mobilitätsbedingungen von Frauen in mehreren Gemeinden Österreichs erforscht. Im Rahmen des Projektes wurden Frauen aufgefordert, die Wege, die sie an einem Tag zurücklegen, aufzuzeichnen. Auf diese Weise wurden die Frauenwege im Ort in Form von vernetzten Wegeketten skizziert und Erkenntnisse über die spezifischen weiblichen Mobilitätsbedingungen generiert.

([www.tilia.at](http://www.tilia.at))

Aus gleichstellungspolitischer Perspektive ist auch die verkehrspolitische Stärkung von Pendelachsen zu hinterfragen, die sich an einer bestimmten Art von Mobilität orientiert und hauptsächlich Personen ohne Versorgungspflichten als ihre Zielgruppe sieht. Sie stärkt einfache Wohn-Arbeitsort-Beziehungen auf Kosten vernetzter Mehrfachwege.

## Agrarpolitik

Die Agrarpolitik, eine Sektorpolitik mit großer räumlicher Wirkung, hat sich seit dem Beitritt zur EU stark verändert. Ab dem Jahr 1995 wurde die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) für Österreich bestimmend. Die EU-Mitgliedstaaten können zwar in einem gewissen Rahmen den Umfang mancher Förderprogramme selbst bestimmen (z.B. Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums - ÖPUL, Ausgleichszulage, Artikel 33 etc.), eine „nationale“ Agrarpolitik im engeren Sinn besteht jedoch nicht mehr. Seit dem Jahr 1995 hat die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich etwa um 9%<sup>108</sup> abgenommen. Der Nebenerwerb bzw. die Erwerbskombination haben in der Landwirtschaft in Österreich schon eine lange Tradition und sind weit verbreitet – auf ca. 60% der landwirtschaftlichen Betriebe (BMLFUW 2002, 63). Eine EU-weite Vergleichsstudie zeigt, dass die Zahl der weiblichen Betriebsleiter in Österreich mit 29% die höchste in der ganzen EU ist (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002d). Bei den von den Frauen geführten Betrieben handelt es sich überwiegend um kleinere bis mittlere Betriebe. Dieser Umstand ist vor allem auch dadurch zu erklären, dass Frauen auf den Nebenerwerbsbetrieben die Betriebsleitung übernehmen, während die Männer einer außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit nachgehen.

Dieser hohe Anteil an Betriebsleiterinnen<sup>109</sup> mutet auch deshalb so erstaunlich an, da die Betriebsleitung auf landwirtschaftlichen Betrieben europaweit männlich konnotiert ist (Shortall 2002; O'Hara 1995). Die dominierende Bewirtschaftungsform stellt nach wie vor der landwirtschaftliche Familienbetrieb dar. Er ist vor allem dadurch charakterisiert, dass die Arbeit auf dem Hof von der bäuerlichen Familie geleistet wird und dass es keine Trennung von „Arbeiten“ und „Wohnen“ gibt. Dies lässt erkennen, dass es sich beim landwirtschaftlichen Familienbetrieb sowohl um eine wirtschaftliche als auch um eine soziale Einheit handelt (Oedl-Wieser 2000). Innerhalb der bäuerlichen Arbeitsorganisation gab es seit jeher symbolisch und tatsächlich „typische weibliche und männliche Räume“ (Redclift und Whatmore 1990, zitiert nach Goldberg 1999, 169). Beim Bauern dominiert eindeutig die Hofarbeit<sup>110</sup>, während das weibliche Arbeitsfeld uneingeschränkt und vielfältig ist. Diese meist als „Mithilfe“ der Bäuerin im Betrieb bezeichnete produktive Arbeit, die neben der Haushalts- und Versorgungsarbeit geleistet wird, geht in den meisten Fällen über eine eigentliche „Mithilfe“ hinaus und ist unentbehrlich für den Hof. Darüber hinaus unterliegen die weiblichen und die männlichen Arbeitsbereiche am Hof einer unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewertung, wobei Männerarbeit mit einem höheren Sozialprestige verbunden ist.

Aber nicht nur die geschlechterspezifische Arbeitsteilung und die Bewertung der Arbeitsleistung bergen Benachteiligungen für Frauen in sich, sondern auch die Verfügbarkeit über die betrieblichen Ressourcen. In den überwiegenden Fällen heiraten Frauen auf den Betrieb ein und müssen sich an ein vorgegebenes Milieu anpassen (Oedl-Wieser 1997, 140ff). Nach österreichischer Erbsitte werden die Höfe nach wie vor vorwiegend patrilinear vererbt, das heißt, an die Söhne weitergegeben<sup>111</sup>. Töchter erben erst dann, wenn kein männlicher Erbe vorhanden ist oder die Söhne kein Interesse an der Übernahme zeigen.

<sup>108</sup> Statistische Umstellung 1999 – Erfassung nur mehr von Betrieben > 1 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (früher 1 ha landwirtschaftliche Fläche).

<sup>109</sup> Die Betriebsleitung auf einem landwirtschaftlichen Betrieb sagt nichts über die realen Eigentumsverhältnisse aus.

<sup>110</sup> Das Phänomen der männlichen Verweigerung der Familienarbeit nimmt bei Männern im bäuerlichen Bereich ein extrem hohes Ausmaß ein (Goldberg 1999, 328).

<sup>111</sup> Die gesetzliche Gleichstellung von Frauen und Männern erfolgte in Österreich 1991. Die gesetzliche Erbfolge tritt allerdings erst dann in Kraft, wenn kein Übergabevertrag oder Testament vorhanden ist.



Ein weiterer Aspekt, der die geschlechterspezifische Arbeits- und Machtverteilung auf den Höfen verfestigt, liegt in der dualen Ausbildungsschiene im landwirtschaftlichen Bereich – landwirtschaftliche Ausbildung für Männer, hauswirtschaftliche Ausbildung für Frauen. Denn auch nach der gesetzlichen Erbfolge wird der-/diejenige bevorzugt, welche(r) über die fundiertere landwirtschaftliche Ausbildung verfügt.

Die interne Dynamik des landwirtschaftlichen Familienbetriebes ist also geprägt durch eine geschlechterspezifisch ausgerichtete (i) Arbeitsteilung, (ii) Entscheidungsfindung, (iii) Bewertung bzw. Stellenwert der Arbeitsleistung sowie (iv) Kontrolle über Ressourcen. Dem Bauern obliegt nach wie vor die Rolle des Entscheidungsträgers und jene des Repräsentanten nach außen (Oedl-Wieser 2000, 26).

Diese männliche Präsenz setzt sich folglich auch in der Agrarpolitik fort. In der landwirtschaftlichen Interessensvertretung und in diversen landwirtschaftlichen Vereinigungen (Genossenschaften, Maschinenringe etc.) dominieren auf allen Ebenen die männlichen Vertreter, dies gilt auch für die Parteipolitik. Wenngleich Bäuerinnen in Österreich einen sehr hohen Grad an Vernetzung und Organisation aufweisen, so ist ihre politische Einflussnahme doch sehr begrenzt. Ortsbäuerinnen werden beispielsweise von den Bäuerinnen gewählt, haben jedoch kein politisches Mandat inne. Der Ortsbauernobmann hingegen ist überwiegend auch parteipolitisch verankert und verfügt über entsprechenden politischen Einfluss. Dieses Bild setzt sich auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene fort: die gewichtigen agrarpolitischen Themen werden fast ausschließlich von männlichen Interessensvertretern und Politikern wahrgenommen (Oedl-Wieser 1997, 178ff; Rossmann 2000, 11ff). Es muss resümierend von einer männlich dominierten agrarischen Öffentlichkeit gesprochen werden.

Im Sinne einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ ist zu fragen, inwieweit agrarpolitische Maßnahmen für Frauen benachteiligende Strukturen verfestigen helfen oder der Weiterentwicklung der Chancengleichheit von Frauen und Männern entgegenstehen.

Die Agrarpolitik gehört in der Europäischen Union zu jenen Politikbereichen, welche am meisten vergemeinschaftet ist. Die EU-Agrarpolitik umfasst im Wesentlichen zwei Schienen, die Gemeinschaftliche Agrarmarktpolitik (GAP) und die „Politik für den ländlichen Raum“ – als so genannte 2. Säule der GAP. Es kam zwar in den letzten zehn Jahren zunehmend zu einer Verlagerung von Fördermitteln weg von der Produktionsförderung hin zu Direktzahlungen. In der Förderperiode 2000 – 2006 wurden EU-weit 90% der Ausgaben aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) jedoch weiterhin für die Markt- und Preispolitik und lediglich 10% für die Agrarstrukturpolitik veranschlagt. Die Marktpolitik soll zwar durch Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes flankiert und ergänzt werden<sup>112</sup>, diese Aufforderung schlägt sich im Wesentlichen jedoch in einem einzigen Artikel nieder (Artikel 33). Primär gilt es, durch den Artikel 33<sup>113</sup> die Chance neuer Einkommensquellen der Landwirtschaft, des landwirtschaftlichen Gewerbes und des Dienstleistungssektors auszubauen und Beschäftigung in ländlichen Räumen zu sichern und zu schaffen (BMLFUW 2002, 168). Die Maßnahmen zielen im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Tätigkeiten und deren Umstellung

<sup>112</sup> ABI. L 160/80 Verordnung (EG) Nr. 1257/1999

<sup>113</sup> Artikel 33 Maßnahmen: Vermarktung bäuerlicher Qualitätsprodukte, Erhaltung des ländlichen Erbes und Dorfentwicklung, Diversifizierung sowie Neuausrichtung, Innovation und Kooperation im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich, wasserbauliche und kulturtechnische Maßnahmen, Verkehrserschließung ländlicher Gebiete, Kulturlandschaft und Landschaftsgestaltung (BMLFUW 2002, 168f).

überwiegend auf die landwirtschaftliche Diversifizierung ab. Gerade im Bereich der Diversifizierung liegt ein wichtiges Arbeitsfeld für Frauen in der Landwirtschaft. EU-weit sind für diese Maßnahmen für die Periode 2000 – 2006 4,7% des GAP-Budgets veranschlagt, in Österreich 3,1% des Budgets des Programms für die ländliche Entwicklung.

Das folgende Beispiel soll illustrieren, wie vielfältig Diversifizierungsaktivitäten von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben sind und welche Wege der Vernetzung und Kooperation unter ihnen gegangen werden. Bemerkenswert ist, dass es eine Start-Up-Förderung des ESF<sup>114</sup> für ein Bäuerinnenprojekt gab und der Aufbau der Initiative vom Regionalforum Steyr/Kirchdorf und von der OÖ Landeslandwirtschaftskammer unterstützt wurde. Kritisch ist derzeit die finanzielle Absicherung für „Frauenprojekte“ im landwirtschaftlichen Bereich einzuschätzen – auch deshalb weil ESF-Förderungen und EAGFL-Förderungen wieder stärker getrennt wurden.

#### Bäuerinnen Service

Das [www.BaeuerinnenService.at](http://www.BaeuerinnenService.at) ist eine Initiative von Bäuerinnen aus der Region Steyr/Kirchdorf. Sie haben sich zu einem vernetzten Dienstleistungsverein mit Sitz in Kremsmünster zusammengeschlossen. Angeboten werden „Köstliches vom Bauernhof“ wie etwa Brot und Gebäck und „Kunstvolles von Bäuerinnen“ – Kerzenkunst, Konditorkunst oder Mode nach Maß.

Die Servicevermittlung und Verrechnung von Leistungen, die gewerberechtlicher Voraussetzungen bedürfen, erfolgen durch den Verein, der die dafür notwendigen Gewerbeberechtigungen innehat. Wo es rechtlich notwendig ist, werden die Aufträge in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer und dem Maschinenring abgewickelt. Das Serviceangebot wächst mit der Anzahl der beteiligten Bäuerinnen. Der Verein möchte keinesfalls bestehende Betriebe konkurrenzieren, sondern betrachtet seine Tätigkeit als Angebotsergänzung, die zu einer fruchtbaren Kooperation mit Wirtschaftstreibenden und Institutionen führen soll und somit das kleine Wirtschaftsgefüge und den ländlichen Raum zum Wohl der Konsumenten stärken kann. Das regional begonnene Vorhaben soll in ganz Oberösterreich ausgebaut werden.

Hinsichtlich der Einbeziehung der Chancengleichheit von Frauen und Männern wird in der Verordnung der EU zur Entwicklung des Ländlichen Raumes<sup>115</sup> folgendes ausdrücklich festgeschrieben: „Die Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Tätigkeiten und deren Umstellung können Folgendes betreffen: ... – die Beseitigung von Ungleichheiten und die Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen, insbesondere durch Beihilfen für Vorhaben, die von Frauen initiiert und durchgeführt werden.“

In Österreich wurde im „Programm zur ländlichen Entwicklung“ bei der Beschreibung der Lage des ländlichen Raumes zwar auf die mangelnde Chancengleichheit von Frauen und Männern eingegangen (BMLF 2000, 21), allerdings fand dies in der Ausformulierung der Maßnahmen keinen Niederschlag – auch nicht in den Maßnahmen zu dem oben genannten Artikel 33. Diese wären am ehesten dazu geeignet, spezifische Aktionen für Frauen zu formulieren, bzw. Vorkehrungen zu treffen, dass Frauen aktiv zur Mitarbeit eingeladen und dass sie unterstützt werden, Förderungen im Rahmen des Programms zur ländlichen Entwicklung zu beantragen. Diese Nichtberücksichtigung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Programmen zur ländlichen Entwicklung ist EU-weit gegeben (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002a). Es zeigt sich hier, dass

<sup>114</sup> Dieses Projekt wurde im Zuge der ersten österreichischen Strukturfondsperiode gefördert, in der in den Ziel 5b-Gebieten die Finanzierung von Projekten noch aus allen drei Strukturfonds möglich war.

<sup>115</sup> ABI. L 160/80 Verordnung (EG) Nr. 1257/1999; Art. 2

die Benachteiligung von Frauen im ländlichen Raum/in der Landwirtschaft zwar in den Situationsanalysen thematisiert wird, in weiterer Folge jedoch keine aktiven Schritte gesetzt werden, diese Diskriminierung aufzuheben. D.h. diese Programme tragen durchaus dazu bei, in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis strukturkonservierend zu wirken.

Aufgrund des großen und wahrscheinlich noch zunehmenden Problemdrucks in der Landwirtschaft bedarf es sowohl von agrarpolitischer als auch von förderungspolitischer Seite großer Anstrengungen, dieses Arbeitsfeld für Frauen attraktiv(er) zu gestalten. Dabei kommt man nicht umhin, dass Männer zunehmend mehr die Bereitschaft mitbringen müssten, die in der Landwirtschaft gängigen Männlichkeitsstereotype zu verändern. Damit würden sich auch die Chancen für Frauen erhöhen, ein selbstbestimmteres und gleichberechtigteres (Arbeits-)Leben im regionalen Zusammenhang zu führen.

### Sozialpolitik

Im Bereich der Sozialpolitik werden die Beziehungen zwischen den Geschlechtern, zwischen verschiedenen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen und zwischen den Generationen explizit thematisiert. Sie wird in der Regel als besonders geeignet angesehen, implizit oder explizit auf das Geschlechterverhältnis zu wirken, sozial ausgleichend einzugreifen und benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Sozialpolitik ist auch der Politikbereich, der den Frauen zugestanden wird – hier dürfen sie mitreden, hier sind sie in die entsprechenden (regionalen) Strukturen eingebunden.

#### Sozialstammtische als regionale Frauennetzwerke

Im Salzburger Pinzgau – finden regelmäßig Sozialstammtische statt, wo sich sämtliche sozial- und arbeitsmarktpolitische AkteurInnen der Region zum Informationsaustausch treffen, sich Vernetzungsstrukturen bilden und Projektideen entstehen. Dieses Netzwerk ist ein etablierter Treffpunkt für Frauen in der Region, wird jedoch bisher nicht als regionalpolitisch bedeutend wahrgenommen. An vielen dieser Stammtische wird auch die Gewaltfrage im regionalen Kontext thematisiert. (Expertin Frauenpolitik)  
(Aufhauser 2001b)

Sozialpolitik übt über ihre Instrumente und Maßnahmen maßgeblichen Einfluss auf die Lebensgestaltung von Frauen (und Männern) aus. So können etwa sozialpolitische Rahmenbedingungen das Erwerbsverhalten von Frauen mitbestimmen, indem sie durch bestimmte Sozialleistungen oder steuerliche Erleichterungen Anreize für eine verstärkte Erwerbsbeteiligung schaffen bzw. den Rückzug der Frauen aus dem Arbeitsmarkt fördern (Kapeller et al. 1999).

Über das Vorhandensein sozialer Infrastruktureinrichtungen wird der Raumbezug dieses Politikbereiches manifest. Soziale Infrastruktur umfasst grundsätzlich Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Gesundheitszentren, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Weiterbildungsstätten, Jugendzentren, Fraueneinrichtungen, Beratungseinrichtungen, Altenpflegeheime u.Ä. Die Ausstattung einer Region mit den genannten Einrichtungen bestimmt die regionale Aufenthaltsqualität für die einzelnen Bevölkerungsgruppen maßgeblich mit und hat Einfluss auf die regionale Ausprägung der „Möglichkeitsstrukturen“ von Frauen. Die Ausstattung einer Region mit derartigen Einrichtungen variiert sehr stark, wobei grundsätzlich in Städten eine bessere Ausstattung mit sozialer Infrastruktur gegeben ist.

Auch in vielen ländlichen Regionen haben sich jedoch seit den 1980er Jahren spezielle Einrichtungen für Frauen und Mädchen etabliert, anfangs getragen von Frauen, die der „autonomen“ Frauenszene zuzurechnen sind. Die thematischen Schwerpunkte dieser Einrichtungen richten sich – etwa im Beratungsbereich – idealer Weise nach der regionalen Bedürfnislage. So mussten etwa manche der Einrichtungen, die sich ursprünglich primär als Beratungsinstitutionen für Frauen „beim Wiedereinstieg“ verstanden, aufgrund der regionalen Problemlage verstärkt auf Beratungen im Bereich „häusliche Gewalt“ umstellen, andere wiederum verlagerten den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten vom „Frauen“- in den „Mädchen“-Bereich, weil dort die zentralen Ansatzpunkte für Veränderungen ausgemacht wurden. Insgesamt zentrieren sich die Aktivitäten der Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen in den verschiedenen Regionen Österreichs heute auf ein sehr vielfältiges Angebotsbündel aus Gewalt-, Scheidungs-, Berufs-, Wiedereinstiegs- und Qualifikationsberatung und kombinieren diese recht intensiv mit Vernetzungsaktivitäten in der Region (zu anderen „Sozialeinrichtungen“, zu Betrieben, zu institutionellen Einrichtungen wie etwa dem AMS) und auf überregionaler Ebene (zu anderen Frauen- und Mädcheneinrichtungen, zu Landes- und Bundesstellen). Sie beteiligen sich darüber hinaus auch zunehmend sehr initiativ an internationalen Kooperationsprojekten (vgl. Kapitel 4.4).

#### **frauen.unternehmen.was**

Im Rahmen des Projektes „frauen.unternehmen.was“ – einer Interessensgemeinschaft von Frauen im Oberkärntner Raum – ist geplant, die Sozialeinrichtungen (Rotes Kreuz, Caritas, Essen auf Rädern, Ärzte etc.) an einen Tisch zusammenzubringen und ein abgerundetes Betreuungspaket für alte Menschen, das auf die regionalen Spezifika zugeschnitten ist, zu entwickeln.

([www.equal-esf.at](http://www.equal-esf.at))

Als besonders gravierendes Problem wird die Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen in ländlichen Regionen gesehen. Im Gespräch mit Expertinnen kristallisiert sich immer wieder die Kinderbetreuung als regional relevantes Problem heraus, das die Gestaltungsmöglichkeiten der Frauen in Hinblick auf den Erwerbsbereich massiv mitbestimmt. Oftmals entscheidet die männlich dominierte Lokalpolitik, ob und in welcher Form es eine Kinderbetreuungseinrichtung gibt.

Zu den Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sind auch Räume zu zählen, die, ohne für bestimmte Nutzungsfunktionen bestimmt zu sein, allen Bewohnerinnen offen stehen, um beispielsweise gemeinsam Gymnastik zu machen, Feste zu feiern, Diskussionsrunden zu veranstalten oder im Internet zu surfen. Die Nutzung kann zeitlich variabel gestaltet werden und auf diese Weise verschiedenen Alters- und Interessensgruppen offen stehen.

Im Sinne einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ sollten bestehende Frauennetzwerke im Sozialbereich stärker in den regionalen Dialog einbezogen werden und mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Frauenberatungseinrichtungen müssen als Expertinnen, die um regionale Problemlagen Bescheid wissen, stärker in den regionalen Entwicklungsprozess integriert werden.

#### ◀ Fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen als regionale Problemlage

*„[...] eine größere Problematik ist sicher da im ländlichen Raum, dass ich die Kinderbetreuungseinrichtungen nicht habe. Dass Frauen, auch wenn sie sich verwirklichen möchten, egal ob beruflich, persönlich – sobald sie Kinder haben, besteht immer das Handicap: Wie lasse ich die Kinder betreuen, wenn ich jetzt nicht da bin? Und dass jetzt die einzige Krabbelstube im Oberpinzgau auch noch geschlossen hat, die Kleinkindbetreuung. Es gibt im ganzen Oberpinzgau keine Einrichtung, wo Kinder unter drei Jahren betreut werden. In den Kindergärten werden sie teilweise erst ab vier oder fünf Jahren genommen. Dann sperren die Kindergärten wirklich punkt zwölf Uhr zu. Manche sperren zwar am Nachmittag wieder auf, aber da muss ich in der Zwischenzeit meine Kinder abholen. Also das ist ein zentrales Thema.“ (Expertin Frauenbeschäftigung)*

*„Wir haben halt keinen Ganztagskindergarten, das fehlt noch bei uns in R., was eigentlich total wichtig wäre. ... Gemeinden haben kein Geld. Und was hat sie denn gezwungen? Es gibt zum Beispiel Gemeinden, die Gemeinde E., die hat sich angeschaut, wie viel sie für Sondernotstand und Notstandshilfe dazuzahlt, weil es keine Kinderkrippe gibt. Das war dann ein Rechenbeispiel, nein, es ist billiger, wenn wir einen Raum stellen und die Frauen haben jetzt eine Kinderkrippe, die tadellos funktioniert. Das war bei der Gemeinde E. so. Da muss man sagen, dass ist ein offener Bürgermeister, der hat einfach für das ein Gehör gekriegt. In R. scheint sich das nicht zu rechnen, wenn man da eine Kinderkrippe einrichtet. Oder sind sie so verschlossen, dass sie sagen, nein, das wollen sie trotzdem nicht. Die Frauen in E. haben ja laufend mit dem Bürgermeister Kontakt. Und vielleicht ist das eine Spezialität von unserer Region, ich weiß es nicht. In Bezug auf Frauen und soziale Einrichtungen sind die Politiker, wenn ich es nobel ausdrücken darf, sehr zurückhaltend. Außer man kann damit gut dastehen, dann funktioniert es tadellos.“ (Expertin Regionalpolitik)*

(Aufhauser 2001b)

### Kulturpolitik

Die geringe Repräsentanz von Frauen in gestalterischen und künstlerischen Berufen, in Künstlerporträts, in Kunstsammlungen und in Nachwuchsförderprogrammen macht deutlich, dass von einer Gleichstellung von Frauen und Männern im Kulturbereich noch nicht gesprochen werden kann (Amt der OÖ Landesregierung 2001, 245).

Im Rahmen von regionaler Entwicklung kann die Kulturpolitik eine wichtige Impulsgeberin sein. Eine der Funktionen von Kulturpolitik im regionalen Kontext besteht in der Gewährleistung eines ausreichenden Freiraums für die Entfaltung der kreativen Fähigkeiten der BewohnerInnen. Die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen trägt zur Förderung des kreativen Potenzials, und damit zur Innovationsfähigkeit einer Region bei. Aufgabe einer regionalisierten Kulturpolitik sollte es sein, strukturelle Voraussetzungen zu schaffen und Mittel bereitzustellen, um ein Umfeld zu schaffen, das den Menschen Kreativität ermöglicht. „Kulturpolitik muss die Gleichheit der Geschlechter berücksichtigen und dabei die Gleichheit der Rechte der Frauen und ihre Freiheit zur Meinungsäußerung voll anerkennen und sicherstellen, dass ihr Zugang zu Positionen garantiert ist, auf denen Entscheidungen getroffen werden“ (UNESCO 1998).

Die regionale Kulturplattform (KUPF) etwa setzt sich im Rahmen ihrer gesamten Tätigkeit für eine gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen in allen Themenbereichen ein. Eine geschlechterspezifische Herangehensweise beinhaltet nicht nur, eigene Räume für Frauen, sondern auch das Mitgestalten aller Themen durch Frauen und damit die besondere Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenssituationen. Mit der Herausgabe einer Studie zur Teilnahme von Frauen am Kulturbetrieb hat die KUPF Grundlagenarbeit für Frauen in der oberösterreichischen Kunst- und Kulturszene geleistet.

**KUPF – Kulturplattform Oberösterreich**

Die KUPF setzt sich für eine Verbesserung der Finanzierung frauenspezifischer Aktivitäten im Kulturbereich ein. Ziel der KUPF ist es, Frauen in der oberösterreichischen Kunst- und Kulturszene jenen Platz zu schaffen, der ihnen zusteht. In Kooperation mit dem Verein FIFTITU% wurde im März 1999 die frauen.kultur.woche organisiert, die oberösterreichweit forderte „Platz da! Platz für Frauen in Kunst und Kultur“ und demonstrierte, dass Frauen als Kulturarbeitenden und Künstlerinnen spannende und vielfältige kulturelle Aktivitäten setzen.

(<http://www.kupf.at/>)

Die Beziehung von Frauen zur Region, in der sie leben, gestaltet sich vielfältig. Sie ist von Spannungen gekennzeichnet – etwa dem Wunsch, als junges Mädchen die Region zu verlassen, wieder zurück zu kommen, sich zu Hause oder fremd zu fühlen. Die regionale Kultur trägt zur Identität der BewohnerInnen bei bzw. manifestiert sich über die kulturellen Ausdruckformen.

**Pinzgauer Frauen-Kulturprojekt zum Thema Heimat**

Im Pinzgau hat sich über mehrere Jahre eine „Schreibgruppe“ von Frauen gebildet, die jenseits von idyllischen Heimatgedichten ihre eigene, authentische Sprache zum Ausdruck bringen will:

„[...] Wenn ich Heimat denke, denke ich an die Zeit mit vierzehn. Schule, nicht wissen wozu, mit welchem Ziel. Phantasie und Wand. Brett vorm Kopf. (Wenn du 24 bist, wirst du verheiratet sein und drei Kinder haben). Nicht Wunsch, nicht Ziel, nur als einzig denkbare Gegebenheit. Dorf, verheiratet, drei Kinder. Dann nichts. Das ist das Ende der Vorstellung. Sie verlassen die Kirche im Brautgewande und schreiten über die Stiege zum Wirtshaus hinunter. Dann die Kinder. Dann? [...]“

(Nöbauer 1992, 81)

**◀ Frauen beleben die regionale Kulturszene**

*„Wenn ich Ihnen sage, z.B. im Veranstaltungskalender von der Gemeinde H., alles was Gelb gekennzeichnet ist, macht diese Fraueninitiative, d.h. das bringt Breite, Tiefe, Abwechslung ins Kulturprogramm. Als Regionalmanagement unterstütze ich das deshalb, weil das eben sehr kreative Leute sind, weil wir auch gezielt genderrelevante Sachen machen wollen. [...] Weil das der Beitrag dieser Frauen sein kann, sie sind Kulturträger, die sind der soziale Kitt, weil es nicht sein kann, wenn ich mich am Abend unterhalten will und ein Musical schauen will, das ist kein Problem, ich bin in einer Stunde in Klagenfurt, aber so etwas sollte auch hier möglich sein.“ (Experte Regionalentwicklung)*

(Aufhauser 2001b)

### 3.5 Was bringt Gleichstellung? Kosten-Nutzen-Argumente für die Forcierung einer Gleichstellungsorientierung von Regionalentwicklung

Die Berücksichtigung von Gleichstellungsorientierung wird von politischen und regionalen AkteurlInnen oft als zusätzliche Aufgabe wahrgenommen. Sie wird als Auflage verstanden, die in der Entwicklung und Umsetzung von regionalen Programmen, Leitlinien, Strategien, Maßnahmen und Projekten neben anderen Fragestellungen, wie etwa der Umweltverträglichkeit, auch noch erfüllt werden sollte. In Zeiten ökonomischer Krisen ist politischen AkteurlInnen oft nicht ganz einsichtig, warum nun auch noch der Geschlechteraspekt beachtet werden sollte. Eine gleichstellungsorientierte Vorgangsweise sei in Zeiten anzu-

wenden, in denen es wirtschaftlich gut läuft, meinen viele. Doch internationale Beispiele zeigen, dass die Orientierung an der Gleichstellung der Geschlechter neben politischen und sozialen vor allem auch ökonomische Vorteile für die Entwicklung eines Landes, einer Region bzw. eines Unternehmens mit sich bringt. Im folgenden Abschnitt werden Argumente ausgeführt, die Gleichstellung in ihrem Zusammenspiel mit anderen Faktoren regionaler Entwicklungsprozesse aufzeigen und so den Nutzen bzw. den Gewinn für die Regionalentwicklung deutlich machen.

### **Gleichstellungsorientierung als Nutzen verstehen**

"Gender inequality holds back the growth of individuals, the development of countries and the evolution of societies, to the disadvantage of both women and men." (United Nations Population Fund, 2000, zitiert nach Löffström 2001, 3)

Die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Gleichstellung von unterschiedlichen sozialen Gruppen stehen in direktem Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum eines Landes bzw. einer Region. Der Zusammenhang ist ein wechselseitiger: so führt einerseits Wirtschaftswachstum häufig zu einer besseren Gleichstellung der Geschlechter, andererseits ist auch eine positive Korrelation in die umgekehrte Richtung zu beobachten. Gleichstellung von Frauen und Männern hat auch ökonomisches Wachstum zur Folge (Löffström 2001, 4). Die bestmögliche Nutzung der Humanressourcen steht bei dieser Argumentation im Mittelpunkt. Eine Gesellschaft braucht die Beteiligung aller Mitglieder, um sich optimal zu entwickeln. Das bedeutet, wenn Frauen verstärkt in den Arbeitsmarkt eintreten und so die Frauenerwerbstätigkeit zunimmt, steigt dadurch auch die wirtschaftliche Produktivität. In Zeiten rückläufiger Geburtenzahlen und steigender Anteile älterer Menschen, wird die Beteiligung der Frauen an der Erwerbsarbeit und damit an der Produktivität der Wirtschaft immer entscheidender. Doch dieser Zusammenhang ist nicht wirklich neu.

Schweden hat bereits in den 1930er Jahren erkannt, dass die Gleichstellung der Geschlechter auf lange Sicht zur ökonomischen und sozialen Stabilität des Landes beiträgt. Ein dramatischer Rückgang der Geburtenrate veranlasste die Politik dieser Zeit verstärkt zum Ausbau sozialstaatlicher Rahmenbedingungen, die eine Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Elternschaft garantieren sollten. Erwerbstätige Mütter wurden als "social fact" akzeptiert und die Politikgestaltung erfolgte nach demokratischen und feministischen Kriterien (Sommestadt 2001, 2). Diese Verknüpfung ökonomischer und demographischer Argumente wurde auch in der Nachkriegszeit zum Ausbau von staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen zur Unterstützung erwerbstätiger Mütter herangezogen. Seit den frühen 1970er Jahren hat sich das Doppelverdiener-Modell in Schweden etabliert.

Ländervergleichende Studien zeigen, dass der Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt in enger Verbindung steht mit der Entwicklung der Geburtenzahlen. Länder, die es Frauen und Männern ermöglichen, ihre multiplen Rollen von Erwerbstätigkeit und Familie zu vereinbaren, weisen eine positive Dynamik der Geburtenrate auf. Demgegenüber ist in Ländern wie Spanien, Italien oder Japan, die es bisher verabsäumt haben, den multiplen Rollen von Frauen und Männern entsprechend Rechnung zu tragen, ein massiver Geburtenrückgang, verbunden mit einer dramatischen Überalterung der Bevölkerung, zu beobachten (Sommestadt 2001, 3). Der aktuelle Babyboom in Frankreich dürfte unter anderem auf das gute Angebot und die Akzeptanz der außerhäuslichen Kinderbetreuung zurückzuführen zu sein.

Neben dem Angebot an sozialer Infrastruktur zur besseren Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit sind weitere wichtige Faktoren zu identifizieren, die die Frauenerwerbstätigkeit beeinflussen: Lohnpolitik, Steuersystem, Sozialversicherungssystem und sozial-ökonomische Anreizsysteme. Die regionale Ebene hat zwar weder auf das Steuersystem eines Landes Einfluss, noch werden Löhne regional ausgehandelt. Die regionale Ebene, setzt man sie auf Ebene der Länder an, hat aber sehr wohl Einfluss auf die Versorgung mit sozialer Infrastruktur und sonstigen Stützungsstrukturen, die den Lebensalltag von Frauen und Männern beeinflussen. Unter diesem Gesichtspunkt werden ein gemeindeübergreifendes Agieren und die Kooperation zwischen Gemeinden in Sachthemen, etwa bei der Gestaltung des öffentlichen Verkehrs oder der Schaffung von Versorgungsinfrastruktur immer wichtiger.

Aktuelle Ansätze aus dem Management-Bereich (Personalentwicklung) und neue Tendenzen in der Unternehmensberatung greifen ebenfalls den Nutzen-Aspekt der Geschlechterpolitik auf. Das „Diversity-Konzept“ ist beispielsweise eine Unternehmensphilosophie aus den USA, die auf die Vielfalt der MitarbeiterInnen setzt. Frauen werden im Zusammenhang mit kultureller Vielfalt zur speziellen Humanressource für ein Unternehmen. Sie sollen eine neue (weibliche) Sichtweise einbringen und müssen ihr „Anderssein“ nicht verstecken, sondern sollen es bewusst ins Unternehmen einbringen (Nohr 2002, 52). Dieses Konzept ist rein ökonomisch und an Effizienzkriterien ausgerichtet und sein Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter wird daher von Gleichstellungsexpertinnen sehr kritisch beurteilt (Schunter-Kleemann 2001, 15ff). Auch familienorientierte innerbetriebliche Maßnahmen werden durchwegs in Zusammenhang mit einem ökonomisch messbaren Nutzen gebracht. Zahlreiche "Best-practice-Beispiele" zeigen, dass eine an der Gleichstellung von Frauen und Männern orientierte familienbewusste Personalführung nicht zu einer Belastung der Unternehmen führt, sondern vielmehr zu einer Förderung der Unternehmensziele beitragen kann (Hammer-Strizek 2001). Management von „Diversity“ – unter anderem im Sinne von Geschlechtervielfalt – wird zunehmend auch im Rahmen regionalpolitischer Aktivitäten gefragt sein. Denn – wie im theoretischen Diskurs der Regionalpolitik derzeit oft betont wird – „Vielfalt und Unterschiedlichkeit sind (...) die Hauptquellen des wirtschaftlichen Fortschritts im Kontext einer wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft“ (Steiner 2002, 743).

In der Regionalpolitik wird die Berücksichtigung der Dimension Geschlecht unter anderem dann relevant, wenn es um die Relevanz, Effizienz und Effektivität von öffentlichen Fördergeldern geht (vgl. auch Kapitel 1.2). Fries (2000) identifiziert die optimale Nutzung des Humanpotenzials als ein besonderes Anliegen der EU-Strukturfondspolitik. Zur bestmöglichen Wirkung der Strukturfonds ist es aus einer regionalwirtschaftlichen Sichtweise notwendig, alle AkteurInnen in den Regionen einzubinden. Darüber hinaus bringt die Einbindung größtmöglicher Bevölkerungsteile in Zieldefinitionen und Maßnahmenplanung auch eine verbesserte Relevanz, Effektivität und Nachhaltigkeit regionaler Entwicklungsprozesse mit sich, weil die unterschiedlichen Interessen und Ansprüche verschiedener Bevölkerungsgruppen durch eine breite Beteiligung besser repräsentiert werden.

Die Lebensqualität der Bevölkerung einer Region zu verbessern wird im Allgemeinen als eine zentrale Aufgabe der Regionalentwicklung gesehen. Eine möglichst hohe Aufenthaltsqualität in der Region für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen, bedeutet auch der Abwanderung bestimmter Gruppen (Junge, Qualifizierte, Frauen etc.) vorzubeugen und so das vorhandene Humanpotenzial in der Region zu halten und zur Entfaltung zu brin-



gen. Argumente der gesteigerten Lebensqualität durch Gleichstellungsorientierung werden vor allem von PolitikerInnen häufig gebraucht. In den Mittelpunkt gestellt werden das Wohl aller BewohnerInnen und die Legitimation der Politiken unter Berücksichtigung möglichst vieler Interessensgruppen. Die folgende Zusammenstellung von Aussagen regionaler PolitikerInnen zeigt auf, in welchem Spektrum die Bedeutung von Gleichstellung für die Regionalentwicklung argumentiert wird.

#### PolitikerInnen zur Bedeutung der Gleichstellung in der Regionalentwicklung

##### Effektivität, Wirtschaftlichkeit

*"Denn ein starker Wirtschaftsstandort ist ohne die 52% der Erwerbstätigen, die die Frauen stellen, nicht denkbar."* (Landeshauptmann)

##### Lebensqualität

*"Als künftiger Wirtschaftslandesrat werde ich mich dafür einsetzen, dass Frauen in der Wirtschaft Chancengleichheit vorfinden. Denn eines ist sicher: dort wo Frauen im Berufsleben bereits aktive Partnerinnen sind, bringen sie in den Entscheidungsprozess Fragen der Lebensqualität und der Solidarität zwischen den Generationen ein."* (Wirtschaftslandesrat)

*"Wir von der Politik, alle wie wir hier sitzen, wollen ja, dass die Lebensqualität gesteigert wird. [...] Wir haben eine gute Lebensqualität, weil das Gesundheitswesen, die Umwelt ist in Ordnung, der Kultur- und Sportbereich ist da. Aber was wir noch brauchen, ist eine bessere Qualifizierung und Job-Chancen für unsere Frauen."* (Wirtschaftslandesrat)

##### Nachhaltigkeit

*"Um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, sind wirtschaftliche Ziele, soziale Belange und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen, ausgehend von der Vision der Chancengleichheit und Gerechtigkeit der Geschlechter, Generationen und Länder. [...] Der frauenpolitische Handlungsbedarf bezieht sich auf folgende Eckpunkte: die geschlechterbezogene Diskriminierung muss beendet werden, es bedarf eines gleichberechtigten Zugangs zu Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten, Frauen sind an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen umfassend zu beteiligen. Damit ist vollkommen klar: Das Thema Zukunft ist zuallererst auch ein Frauenthema. Ohne zufriedenstellende Antworten auf diese Herausforderung wird eine nachhaltige Entwicklung der gesamten Gesellschaft nicht möglich sein."* (Frauenlandesrätin)

##### Effektivität, Nachhaltigkeit

*"Ich glaube, dass Regionalentwicklung und Nachhaltige Entwicklung nicht auf das Können, Wissen und die Fähigkeiten der Hälfte der Bevölkerung verzichten darf. Frauen sind ein Teil der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Identität einer Region. Zwischen dem Entwicklungsstand einer Region und der Integration von Frauen besteht ein direkter Zusammenhang. Im Entwicklungsleitbild OÖ [...] wird deutlich nachgewiesen, dass je wirtschaftsschwächer eine Region, desto geringer ist der Anteil an Frauen an den Erwerbstätigen und desto geringer ist der Anteil der Frauen mit niedriger Bildung und Ausbildung."* (Expertin EU-Regionalpolitik)

(Frauenstiftung Steyr 2000; eigene Zusammenstellung)

Fragen der Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit können und sollen nicht ausschließlich ökonomisch argumentiert werden. Österreich hat sich, wie zahlreiche andere Staaten, zu gewissen rechtlichen Verpflichtungen in Hinblick auf die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern bekannt. Und auch auf Verwaltungsebene verfolgen bereits fast alle Bundesländer die Umsetzung von Gender Mainstreaming.

Die Ausrichtungen der Argumente für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern können im Wesentlichen folgendermaßen zusammengefasst werden:

**Argumentationslinien für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern**

## Legislativ

- EU-Rechtslage
- Rechtliche Grundlagen auf Bundes- und Landesebene

## Demokratiepolitisch

- Glaubwürdigkeit
- Politische Legitimation
- Moralische Verpflichtung

## Ökonomisch

- Generationenvertrag
- Relevanz, Effizienz, Effektivität
- Nachhaltigkeit

## Gesellschaftlich

- Lebensqualität
- Gesellschaftlicher Mehrwert
- Soziale Gerechtigkeit
- Soziale Kompetenz

(Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an UNDP 2000)

**Gesellschaftliche Kosten durch geschlechterbezogene Ungleichheit**

Wird der Gleichstellung der Geschlechter keine ausreichende Bedeutung beigemessen, können Kosten entstehen, die sich für die Gesellschaft insgesamt, für eine Region oder für Individuen negativ auswirken. Bestehende Ungleichheitsstrukturen zwischen Frauen und Männern sind also nicht nur aus demokratiepolitischer Perspektive bedenklich, sie verursachen auch ökonomische Kosten für die Volkswirtschaft, die regionalwirtschaftliche Produktivität oder äußern sich in Form von Transaktionskosten auf individueller Ebene.

Kosten entstehen etwa dann, wenn

- vorhandene Potenziale nicht ausreichend genutzt werden oder
- Potenziale von Frauen brach liegen.

Ausgehend von Kapitel 2 werden die bestehenden geschlechterbezogenen Ungleichheitsstrukturen an dieser Stelle aufgegriffen. Darüber hinaus wird dargestellt, wie sie zum Brachliegen bzw. zu einer marginalen Entfaltungsmöglichkeit von Frauen in der Gesellschaft führen und sich zum Nachteil der Regionen auswirken. Gesellschaftliche Kosten weisen verschiedene Dimensionen auf. Sie können legislative, ökonomische, soziale, ökologische und demokratiepolitische Aspekte betreffen. Auswirkungen dieser Ungleichheitsstrukturen auf regionale Systeme sind weitgehend unbekannt. Daher wird an dieser Stelle primär auf eine Zusammenstellung gesellschaftlicher Kosten zu den Bereichen Arbeitsmarkt, Ausbildung, Versorgungswirtschaft, Abwanderung und Gesundheit eingegangen. Die regionsspezifische Betroffenheit von diesen Kosten ergibt sich in Abhängigkeit von Intensität und Ausprägung der Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern.

**Arbeitsmarkt- und ausbildungsbezogene Kosten**

- Mangelnde Umsetzbarkeit beruflicher Qualifikationen

Das Bildungsniveau der Frauen ist in den vergangenen Jahrzehnten stärker gestiegen als jenes der Männer. Dennoch schlägt sich die höhere Qualifikation der Frauen nicht in entsprechendem Ausmaß im Berufsleben nieder. Frauen sind auch bei gleichem Bildungsniveau in niedrigeren Berufshierarchien anzutreffen als Männer. Lediglich 4,6% der BHS-Absolventinnen sind im Jahr 2000 als hochqualifizierte und führende Angestellte tätig, während es bei den BHS-Absolventen 21,7% sind (Statistik Austria 2002, 162).

Aus einer Befragung in Oberösterreich geht hervor, dass 35% der befragten Frauen ihre Qualifikationen nicht so umsetzen können, wie es ihrer Berufsausbildung entspricht (Amt der OÖ Landesregierung 2001, 97). Vor allem die in Linz befragten Frauen im Alter zwischen 27 und 50 Jahren fühlen sich in ihrer beruflichen Tätigkeit unterfordert (42%) und können ihre erworbenen Qualifikationen nicht in entsprechenden Jobs umsetzen. Frauen haben vor allem dann Schwierigkeiten, ihre Qualifikationen beruflich umzusetzen, wenn sie eine Ausbildung außerhalb der traditionell weiblichen Sparten aufweisen.

Frauen unter ihren beruflichen Qualifikationen einzusetzen bedeutet eine massive Vergeudung von Humanressourcen, denn die Investitionen, die in die Ausbildung der Frauen seitens des Staates aber auch seitens der Familien bzw. der Frauen selbst getätigt werden, schlagen sich nicht in einer entsprechenden beruflichen Position und in damit verbundenen Einkommen nieder.

- Mangelhafte Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Frauen, die Kinder zu versorgen haben, stellen andere Anforderungen an den Arbeitsplatz als Frauen ohne Betreuungspflichten. Diese spezifischen Bedürfnisse betreffen zum einen die Arbeitszeit, zum anderen die Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen.

Eine Befragung von Frauen in Oberösterreich zeigt, dass 47% der Befragten Erwerbsarbeit und Familienarbeit am liebsten über ein längerfristiges Teilzeitarbeitsmodell kombinieren wollen, vorausgesetzt die Kinderbetreuung wäre geregelt und die Rückkehr an einen guten Arbeitsplatz möglich. Lediglich 12% würden voll aus dem Erwerbsleben aussteigen wollen, um sich ganz der Kinderbetreuung zu widmen. Die Ausstiegswünsche unterscheiden sich jedoch deutlich vom realen Ausstiegsverhalten: rund ein Drittel der Frauen bleibt nach der Geburt eines Kindes längerfristig zu Hause (Amt der OÖ Landesregierung 2001, 69ff).

Frauen sehen sich aufgrund unzureichender Rahmenbedingungen mit notwendigen Unterbrechungen ihrer Erwerbslaufbahnen konfrontiert – obwohl sie eigentlich eine Vereinbarkeit von Erwerbs- und Versorgungsarbeit anstreben würden. Seitens der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden "Wiedereinsteigerinnen" verstärkt gefördert. Neu- bzw. Höherqualifizierungen werden notwendig, da vorhandene Qualifikationen rasch veralten. Erfahrungen aus den skandinavischen Ländern zeigen jedoch, dass die Reintegration von Berufsrückkehrerinnen mit einem höheren finanziellen Aufwand verbunden ist als Maßnahmen zur Förderung des Verbleibs von Müttern mit Kleinkindern am Arbeitsmarkt (Fagan und Rubery 1996).

Aus den genannten Strukturen ergeben sich insofern Kosten für die Gesellschaft, als Frauen mit Versorgungsaufgaben dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkt zur Verfügung stehen bzw. aufgrund mangelnder Rahmenbedingungen keine Möglichkeit finden, ihre Berufstätigkeit überhaupt fortzusetzen. Aus der Datenanalyse wie auch aus Interviews mit ExpertInnen geht hervor, dass dieses Problem regional unterschiedliche Ausprägungen aufweist, insgesamt betrachtet jedoch ein generelles Problem für Frauen im regionalen Kontext darstellt.

- Mangel an adäquaten Arbeitsplätzen in der Region

In ländlichen Regionen besteht häufig aufgrund der Dominanz eines Wirtschaftssektors ein stark eingeschränktes Arbeitsplatzspektrum für Frauen. Gerade für besser gebildete Frauen ist es schwierig, in der Region entsprechend ihrer Ausbildungen erwerbstätig zu sein. Zahlreiche Frauen entscheiden sich angesichts der eingeschränkten Auswahl an Arbeitsplätzen oft fürs "Zuhausebleiben" bzw. sehen sich genötigt, niedrig qualifizierte Jobs anzunehmen. Eine zu geringe Vielfalt an Arbeitsplätzen für Frauen in einer Region führt zur Vergeudung von Humanressourcen, da Frauen, die erwerbstätig sein wollen, oft keine entsprechende Beschäftigung finden.

- Mangelnde Ausschöpfung des weiblichen Gründungspotenzials

Das Potenzial weiblicher Unternehmensgründung ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Im internationalen Vergleich ist der Anteil der Gründerinnen in den Ländern hoch, die insgesamt gründungsaktiver sind. Weltweit zählen Mexiko, Australien zu den Ländern mit den höchsten Gründungsraten – in Belgien, Japan und wird am seltensten gegründet. Gründungsbezogene Rahmenbedingungen in den jeweiligen Staaten sowie Gründungschancen und -potenziale können als Erklärungen für das unterschiedliche Gründungsverhalten gesehen werden. Es besteht ein statistisch nachweisbarer Zusammenhang zwischen dem Umfang der Gründungsaktivitäten und dem Wirtschaftswachstum (Sternberg et al. 2001). Existenzgründungen tragen wesentlich zum Wachstum einer Volkswirtschaft bei, sichern Investitionen und schaffen Arbeitsplätze. Aus einer Studie der deutschen Ausgleichsbank geht die Bedeutung weiblicher Unternehmensgründungen hervor: im Zeitraum von 1990 und 2000 konnten rund 620.000 Arbeitsplätze von Gründerinnen geschaffen werden, das sind rund fünf Arbeitsplätze pro Gründerin (Bornmann 2001, 8). Frauen gründen also nicht ausschließlich, wie häufig angenommen wird, Ein-Frau-Betriebe, sondern leisten auch einen wertvollen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Im Rahmen der Regionalentwicklung sollte es verstärkt darum gehen, den Wirtschaftsfaktor Unternehmerin besser zu nutzen und vorhandenes Gründungspotenzial für die regionale Wirtschaft zu aktivieren.

#### **AURORA – Qualifizierungsinitiative zur Gründung von Kleinunternehmen**

Das Projekt „Aurora“ der Frauenstiftung Steyr wurde im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative NOW (New Opportunities für Women) abgewickelt (Laufzeit Dezember 1995 bis März 1998). Besondere Beachtung galt der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Gründung von Kleinunternehmen in der Region Steyr-Kirchdorf. Arbeitslose Frauen aus der Region wurden in der Entwicklung von Geschäftsideen unterstützt, die zum Großteil auch umgesetzt wurden.

(<http://www.frauenstiftung.at/>)

- Individuelle Kosten durch Inflexibilität von ArbeitgeberInnen

Durch fehlende flexible Arbeitszeitstrukturen wird es Frauen oft erschwert, Versorgungs- und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen und Arbeitszeiten sind häufig nicht kompatibel, besonders wenn Pendelzeiten vom Wohn- zum Arbeitsort anfallen. Der Vergleich mit Schweden zu Beginn dieses Kapitels macht deutlich, wie sehr sich die gesellschaftliche Wahrnehmung in der Frage der Kinderbetreuung unterscheidet. Während in Schweden die Betreuungsaufgaben als „gesellschaftliche

Verantwortung“ gesehen werden, wird in Österreich die Verantwortung für die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern sehr stark auf die individuelle Ebene abgeschoben.

### ***Kosten durch Abwanderung***

Das Phänomen des „Brain drain“ ist in Österreich vor allem aus peripheren Gebieten bekannt. Gemeint ist damit die Abwanderung gut gebildeter Frauen und Männer aus bestimmten Regionen. Der „Brain drain“ steht in erster Linie in Zusammenhang mit der mangelnden Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen für besser Gebildete in den betroffenen Regionen und damit auch mit mangelnden Lebensperspektiven. Wenn jedoch hochqualifiziertes „Humankapital“ abwandert, hat das in erster Linie negative Auswirkungen auf das regionale Gefüge, besonders unter dem Gesichtspunkt der „regionalen Wissensbasis“. Darüber hinaus fehlen beispielsweise spezifisch gebildete Frauen für Managementaufgaben in Frauenprojekten oder in der Regionalentwicklung.

Auch mangelnde Gleichstellung kann als ein Faktor für die Abwanderung von Frauen gesehen werden (Fuchshofer et al. 2001). Im regionalen Kontext sind die Lebensqualität und die Möglichkeiten und Perspektiven, die in einer Region gegeben sind, ausschlaggebend für die Aufenthaltsqualität der BewohnerInnen. Österreichs Regionen sind noch nicht dramatisch durch die Abwanderung von Frauen betroffen – doch in einzelnen Bezirken etwa der Obersteiermark hat die Abwanderung von Frauen in der Familiengründungsphase bereits deutliche Muster hinterlassen.

### ***Gesundheitliche Kosten***

Die hohe Belastung durch die Verpflichtung zur Pflegeleistung von Familienangehörigen ist eine weitere Benachteiligung für viele Frauen, die oft hohe physische und psychische Anforderungen mit sich bringen. Frauen, besonders am Land, sind vielfach dem Zwang ausgesetzt, Probleme für sich zu behalten. So kommt es zu einer massiven Privatisierung von Problemen, auf die oft mit Scham und Rückzug reagiert wird (Loibl 2000) und denen oft nur im anonymen empfundenen städtischen Umfeld begegnet werden kann.

Im Salzburger Frauengesundheitsbericht wird den sozialen und ökonomischen Benachteiligungsstrukturen von Frauen gemeinsam mit den traditionellen Rollennormierungen eine tendenziell krankmachende Realität bescheinigt. Von den Frauen selbst wird vor allem mangelndes Selbstbewusstsein und die Tendenz zur Selbstaufopferung als krankmachend wahrgenommen. Ein zentrales Resultat des Salzburger Frauengesundheitsberichtes ist: "Frauen, die allgemein mit ihrem Leben zufrieden sind, sind gesünder. Frauen mit hohen Unzufriedenheitswerten leiden deutlich mehr an diversen Erkrankungen und müssen sich häufiger Operationen unterziehen" (ISIS und Solution 2000, 41). Als besonders belastete Gruppen sind Alleinerzieherinnen, Ausländerinnen, Bäuerinnen, Arbeiterinnen, ältere Frauen und Frauen mit Behinderungen auszumachen. Sprich: Aus der Zusatzbelastung durch Haus- und Familienarbeit resultieren auch gesundheitliche Beschwerden der Frauen.

Auf regionaler Ebene ist primär die Versorgung und Ausstattung mit medizinischer und psycho-sozialer Infrastruktur von Bedeutung. Für das Bundesland Salzburg gilt: "Besonders jene Regionen, die weiter von den Bezirksstädten bzw. von der Landeshauptstadt entfernt sind, zeichnen sich durch eine Unterversorgung spezifischer medizinischer wie auch psychologischer oder sozialer Angebote aus" (ISIS und Solution 2000, 60f). Im

Rahmen der genannten Studie stellte sich das Fehlen verschiedener Fachärzte und Fachärztinnen, wie etwa GynäkologInnen, NeurologInnen, PsychiaterInnen, ÄrztInnen für Psychosomatik und KinderärztInnen als besonders problematisch heraus.

### ***Kosten durch Einbruch der Versorgungswirtschaft***

Frauen haben die Entwicklung hin zu einer gesteigerten Individualisierung nicht auf Kosten der Abgabe sozialer Verantwortung realisiert: Sie sind nach wie vor die Trägerinnen von Erziehungsarbeit, Alten- und Krankenpflege sowie ehrenamtlicher sozialer Arbeit. Frauen stehen der Gesellschaft jedoch nicht mehr in gleichem Maße als "Naturressource" zu Verfügung. Sie haben die starke Zuschreibung ihrer sozialen Rolle auf Bindung und Regelungskompetenz für soziale Fürsorge durch eine stärkere Wahrnehmung individueller Rechte aufgebrochen. Frauen stellen heute zunehmend Forderungen an gesellschaftliche Solidarität (beispielsweise Kindergartenplätze) und an eine veränderte Umverteilung von sozialer Verantwortung. Männer drängen den Großteil sozialer Verantwortung meist nach wie vor auf das andere Geschlecht und in den privaten Bereich ab. Aus diesem Grund gehen die modernen Lebensformen von Frauen, zwischen Individualität und sozialer Verantwortung für die Versorgungsarbeit, häufig mit noch mehr Arbeit einher (Jung 1997).

Auf Basis der Zeitverwendungserhebung aus dem Jahr 1992<sup>116</sup> wurde eine monetäre Bewertung der unentgeltlichen produktiven Leistungen in Privathaushalten vorgenommen. Obwohl diese Leistungen großen Wert für die Wohlfahrt eines Landes darstellen, scheinen sie im offiziellen Brutto-Inlandsprodukt (BIP) nicht auf. 70% der Haushaltsproduktion wird demnach von Frauen erbracht – sie leisten damit den Großteil der in der offiziellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht erfassten Arbeit. Inklusive der bezahlten Erwerbsarbeit erbringen Frauen 55% aller produktiven Leistungen (in Beruf und Haushalt), was einem monetären Wert von rund 3,3 Mrd. ATS entspricht (Franz 1996).

Ehrenamtliches Engagement befindet sich in einem Wandlungsprozess: das Muster des selbstlosen Handelns wird zunehmend durch Erwartungen an wechselseitige Hilfe abgelöst (etwa Dienstleistungstauschbörsen). Soziales Engagement ist abhängig von der jeweiligen Lebensphase. Neben finanziell abgesicherten Frauen, deren Kinder aus dem Haus sind, engagieren sich auch Arbeitslose, Jugendliche, PensionistInnen und Mütter mit kleinen Kindern im sozialen Bereich (Krüger 1993). "Eine politische Gestaltung dieses Potenzials muss an diesen neuen Mustern von Engagement für 'soziale Zeit' ansetzen und entsprechende Anreizsysteme für seine Entfaltung entwickeln" (Jung 1997, 6).

Durch die Abdrängung der Versorgungswirtschaft in den Privatbereich oder in die Schwarzarbeit entgehen der Volkswirtschaft Einnahmen – individueller Aufwand und Belastungen steigen. Eine Professionalisierung in diesem Bereich würde auch eine Diversifizierung, qualitative Aufwertung von Arbeitsleistungen und soziale Innovationen mit sich bringen. „Die Expansion der Arbeit im Dienstleistungsbereich ist nicht durch billige Arbeit sondern nur durch Innovation, Qualität, Professionalität der Beschäftigten und einen zunehmenden Einsatz von neuen Technologien zu bewältigen. Niedriglohnstrategien, die derzeit breit diskutiert werden, werden von vielen Expert/innen problematisiert“ (Goldmann 2002, 33). Statt auf „Lohnspreizung“ zu setzen, indem soziale Dienstleistungen verhäuslicht werden und die gesamte Dienstleistungsbranche unter Lohndruck gesetzt wird, ist die institutionelle Anpassungsfähigkeit zu erhöhen. „Danach kann die Expansion

<sup>116</sup> Derzeit liegen keine aktuelleren Daten für Österreich gesamt vor.

von Niedriglohn und Niedrigqualifiziertenbeschäftigung in Zukunft nur gestoppt und zu einem sich selbst tragenden Beschäftigungsbereich ausgebaut werden, wenn es gelingt, die Erwerbsquote und dies meint hier insbesondere die Frauenerwerbsquote zu erhöhen, denn nur in diesem Fall werden die tief sitzenden kulturellen Verhaltensmuster in Frage gestellt und können überwunden werden“ (Goldmann 2002, 34).

### **Kosten durch Funktionalisierung von Räumen**

Durch die Funktionalisierung von Regionen und Flächen steigt das Verkehrsaufkommen. Um vom Wohnort zum Arbeitsort zu gelangen, müssen Wege zurückgelegt werden, es entstehen Kosten zur Raumüberwindung. Damit einher geht eine Beeinträchtigung der Lebensqualität. Es entstehen Opportunitätskosten durch den entgangenen Nutzen einer alternativen Zeitverwendung (Arbeit, Freizeit) (Kanatschnig und Fischbacher 2000).

Aus den dargelegten Argumenten lässt sich einerseits ein Trend zur Ökonomisierung gleichstellungspolitischer Anliegen ableiten, andererseits wird aber auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, Gleichstellungsfragen nicht losgelöst von rechtlichen und moralischen Werten und Normen zu beurteilen. Im Gespräch mit regionalen AkteurInnen wurde immer wieder vermittelt, wie wichtig es wäre, die Gleichstellung der Geschlechter als Gewinn für die Gesellschaft zu sehen und zu verkaufen – wenn möglich mit ökonomischen Argumenten, die sich durch Daten belegen lassen. Es ist uns jedoch ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass es nicht ausschließlich immer zu einer „Win-Win-Situation“ kommen kann, wenn es um die Neuverhandlung der Geschlechterverhältnisse auf regionaler Ebene geht. In vielen Bereichen ist schlicht eine Umverteilung von Ressourcen und Macht nötig, die bisher benachteiligten Gruppen – meist den Frauen – ihren Anteil zugesteht. Ökonomisch betrachtet, könnten Männer daher eher zu den Verlierern zählen, geht man davon aus, dass eine stärkere Einbindung in Versorgungstätigkeiten auf Kosten des Erwerbseinkommens geht. In sozialer Hinsicht gehören sie aber eher zu den Gewinnern, denn eine erhöhte Eingebundenheit in Versorgungstätigkeiten kann auch einen Gewinn sozialer Kompetenz bedeuten und eine Reduktion der Erwerbsarbeit mehr Lebensqualität und Freiraum. Insgesamt sollte es darum gehen, einen größeren sozialen Ausgleich zwischen den Geschlechtern anzustreben.

<b>Gesellschaftliche Kosten geschlechterspezifischer Ungleichheitsstrukturen</b>				
Arbeitsmarkt- & ausbildungs- bezogene Kosten	Kosten durch Ab- wanderung	Gesundheitliche Kosten	Kosten durch Einbruch der Ver- sorgungs- wirtschaft	Kosten durch Funktionalisie- rung von Räu- men
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vergeudung von Humanressourcen</li> <li>▪ Mangelnde Ausschöpfung des weiblichen Gründungspotenzials</li> <li>▪ Individuelle Kosten durch fehlende Rahmenbedingungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ „Brain Drain“</li> <li>▪ Schwächung der regionalen Wissensbasis</li> <li>▪ Schwächung der sozialen, ökonomischen und kulturellen Strukturen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Steigende Investitionen für medizinische und psychosoziale Infrastruktur</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Entgang steuerlicher Einnahmen etwa durch Schwarzarbeit</li> <li>▪ Hohe Transferleistungen (Wiedereingliederungskosten, Sozialhilfe, etc)</li> <li>▪ Kosten im Sozialbereich durch ungenütztes Professionalisierungspotenzial</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ gesteigertes Verkehrsaufkommen</li> <li>▪ erhöhte Umweltbelastung</li> <li>▪ Beeinträchtigung der Lebensqualität</li> <li>▪ Individuelle Opportunitätskosten durch Pendlerdasein</li> </ul>

## 4 Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“

In diesem Kapitel wird zu Beginn auf die unterschiedlichen Gleichstellungspositionen und auf deren Bedeutung im Rahmen von Regional(entwicklungs)politik eingegangen. Im Zuge dessen werden auch die Chancen und Risiken des Gender Mainstreaming diskutiert. Anschließend folgen eine Analyse der vielfältigen Planungsansätze „von, für und mit Frauen“ im internationalen Kontext sowie eine Darstellung jener Grundprinzipien, zu denen sich eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ nach Meinung der Autorinnen bekennen sollte. Das Kapitel schließt mit der Diskussion von Interventionsmöglichkeiten in der Regionalentwicklungspolitik im Allgemeinen sowie in den regionalen Strukturfondsprogrammen und Gemeinschaftsinitiativen der EU im Besonderen, die für die Umsetzung einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ für bedeutsam eingeschätzt werden.

### 4.1 Ansätze zur Gleichstellung auf der regionalen Ebene

Was bedeuten die unterschiedlichen Gleichstellungspositionen für die Regionalpolitik? In welcher Weise können sie im regionalpolitischen Kontext umgesetzt werden? Basierend auf dem in Kapitel 1.1 dargelegten mehrdimensionalen Konzept von Gleichstellung gehen die Autorinnen dieser Studie davon aus, dass im Rahmen von Regionalentwicklung grundsätzlich alle drei Aspekte der Gleichstellung von Frauen und Männern – Gleichheit, Differenz und Vielfalt – gefördert werden können und sollen. Die regionale Ebene wird dabei als besonders geeignet erachtet, zur Förderung von Gleichstellung im Sinne von Vielfalt beizutragen.

Grundlegende Fragestellung im Folgenden ist es zu evaluieren, auf welche Weise die verschiedenen Strategien und Instrumente, die die Gleichstellungspolitik kennt, sprich

- rechtliche Regelungen und Sensibilisierungsmaßnahmen zur Sicherstellung der Gleichbehandlung von Frauen
- affirmative Maßnahmen der Frauenförderung wie Quotenregelungen, die befristete Bevorzugung von Frauen, die Ausschreibung und Finanzierung spezifischer Frauenstellen und –einrichtungen, die Erstellung von Frauenförderplänen, die Initiierung von Mentoring-Programmen, der Aufbau von frauenzentrierten Vernetzungsstrukturen;
- flankierende sozialstaatliche Maßnahmen insbesondere in Verbindung mit den Versorgungsleistungen der Frauen;
- transformative Maßnahmen, wie sie etwa über Gender Mainstreaming Prozesse entwickelt werden sollen;

im regionalpolitischen Kontext eingesetzt werden können, um gleichzeitig

- die Zugangs-, Verweil- und Aufstiegsbedingungen für Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern (den *Gleichheitsaspekt von Gleichstellung* zu fördern),
- Stützungsstrukturen, die sich frauenspezifischen Problemlagen und Potenzialen widmen, aufzubauen und dem „Weiblichen“ dadurch insgesamt mehr Anerkennung zu verleihen (den *Differenzaspekt von Gleichstellung* zu fördern) und
- Projekte zu initiieren, über die für Frauen und Männer Neues geschaffen und „ausprobiert“ wird, so dass Innovationen in den regionalen Geschlechterkulturen erleichtert werden (den *Vielfaltaspekt von Gleichstellung* zu fördern).



### Maßnahmen zur Umsetzung von Gleichheit, Differenz und Vielfalt

Schwerpunktmäßig waren die verschiedenen Strategien und Ansätze, die verfolgt wurden, um Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu erreichen, anfangs immer mit gewissen Grundpositionen zur Interpretation von Geschlecht und Geschlechtlichkeit verbunden. Der Gleichheitsgedanke wurde primär über die Strategie der Gleichbehandlung aufgegriffen und verfolgt, die Auseinandersetzung mit der Differenz zwischen Frauen und Männern fand in der Frauenförderung seine politische Entsprechung und die Diskussion um Vielfalt ist hauptsächlich in Verbindung mit Sensibilisierungsmaßnahmen zu sehen. Wie in der folgenden Tabelle dargestellt wird, lassen sich aber alle vorab geschilderten Ansätze mit den verschiedenen „Gender“-Positionen und deren gleichstellungspolitischen Zielen verbinden.

Maßnahmen zur Umsetzung von Gleichheit, Differenz und Vielfalt			
	Gleichheit	Differenz	Vielfalt
Ausgangsposition	Frauen = Männer Frauen und Männer unterscheiden sich nicht grundlegend	Frauen ≠ Männer Frauen und Männer unterscheiden sich grundlegend	Frauen ≠ Männer Frau und Mann sind keine sozial eindeutigen Kategorien
Gleichstellungspolitisches Ziel	Schaffung von Rahmenbedingungen, die Frauen und Männern die gleichen Partizipationschancen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sichern	Gleichberechtigte Anerkennung und Berücksichtigung des typisch Weiblichen bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen, die über gesellschaftliche Macht entscheiden	Auflösung der Bedeutung von Geschlecht für die Strukturierung der Lebenszusammenhänge und die Formen der Lebensgestaltung, Förderung einer Geschlechtervielfalt
Strategien und Instrumente zur Erreichung verbesserter Gleichstellung			
Gleichbehandlung	Soll sicherstellen, dass Frauen und Männer gleich behandelt werden (an Frauen und Männer gleiche Maßstäbe angelegt werden)	Soll sicherstellen, dass typisch Weibliches auch (mit)bewertet wird (an Frauen und Männer andere Maßstäbe angelegt werden)	Soll sicherstellen, dass auch Gender Atypisches zum Zug kommt (dass "typisch" Weibliches <i>und</i> Männliches Maßstab für Frauen <i>und</i> Männer ist)
Quotenregelungen	Demokratiepolitisch notwendig, weil die Veränderung der Rahmenbedingungen zu langsam ist, um eine angemessene Partizipation der Frauen zu gewährleisten	Um sicherzustellen, dass das typisch Weibliche in allen politischen Prozessen, Programmen und Maßnahmen in entsprechendem Umfang vertreten ist	Um sicherzustellen, dass die Interessen von Frauen in einer ähnlichen Vielfalt vertreten sind wie jene der Männer
Frauenförderung	Notwendig, um für ungleiche Ausgangsbedingungen zu kompensieren	Notwendig, damit Frauen ihre eigenen Empowerment-Strukturen aufzubauen können	+ Männerförderung, um geschlechteratypische Lebensformen lebbar zu machen
Umgestaltung sozioökonomischer und institutionell-politischer Rahmenbedingungen	Rahmenbedingungen (sozial, infrastrukturell ...) müssen so umgestaltet werden, dass Frauen der Zugang zu höheren sozialen Positionen erleichtert wird	Rahmenbedingungen (sozial, infrastrukturell ...) müssen explizit stärker als bisher auf die typischen Bedürfnisse und Lebenszusammenhänge von Frauen ausgerichtet werden	Rahmenbedingungen (sozial, infrastrukturell ...) sind so zu gestalten, dass sie für Frauen und Männer verschiedenster Alters-, Sozial- und ethnischer Zugehörigkeit nutzbar sind
Gender Mainstreaming	Um das Nachdenken über geschlechterdifferenzierende Rahmenbedingungen zu fördern und an deren Auflösung zu arbeiten	Um zu Erreichen, dass frauenspezifischen Bedürfnissen in der Maßnahmengestaltung gleiche Relevanz zugemessen wird wie jenen von Männern	Um für die vielfältige Bedeutung von Geschlecht im Politikfeld zu sensibilisieren und die Auflösung hierarchischer Festlegungen einzuleiten

Wie kann Regional(entwicklungs)politik die gleichstellungspolitischen Strategien und Ansätze nun aber konkret aufgreifen?

### **Förderung des Gleichheitsaspektes von Gleichstellung**

Politische Maßnahmen, denen die Vorstellung einer Geschlechtergleichheit zugrunde liegt, zielen primär auf den *Abbau von Barrieren*, die Frauen den Zugang zu bestimmten – insbesondere höheren – sozialen Positionen erschweren, den Abbau von Barrieren, die eine gleiche Beteiligung der Frauen an sozialer und räumlicher Mobilität behindern oder den Abbau von Barrieren, die einer gleichen Inanspruchnahme von Fördermitteln durch Frauen im Wege stehen. Das Gleichheitskonzept bezieht sich in seinen politischen Forderungen im Allgemeinen auf eine verbesserte Beteiligung der Frauen an den von männlichen Interessen geprägten und primär von Männern geschaffenen gesellschaftlichen Strukturen. Die Forderung nach verbesserter Gleichstellung im Rahmen der bestehenden Strukturen impliziert daher auch die Übernahme männlicher Normen, Bewertungen und Prioritäten.

Im derzeitigen regionalpolitischen Kontext könnten Gleichheitsaspekte von Gleichstellung etwa durch Programme und Maßnahmen befördert werden, die den Zugang von Frauen zu technischen Berufen erleichtern, die Unternehmen für das große „Potenzial“ sensibilisieren, das in den Frauen steckt, die gezielt Frauen animieren, sich als Unternehmerinnen in den Technologie- und Innovationszentren anzusiedeln, die bestehende „männerbündische“ Formen an Vernetzungen durch die explizite Hereinnahme von Frauen und Fraueneinrichtungen aufbrechen.

In der institutionalisierten Regionalpolitik ist die Gleichheitsdimension etwa bei Personalfragen zu berücksichtigen. Um Frauen und Männer gleichermaßen an der Politik- und Maßnahmengestaltung zu beteiligen, werden beispielsweise Gleichbehandlungsrichtlinien oder Quotenregelungen für die Besetzung von Regionalmanagementstellen oder die Zusammensetzung von Beiräten und Gremien vorgeschlagen.

### **Förderung des Differenzaspektes von Gleichstellung**

Politische Maßnahmen, denen die Vorstellung einer Geschlechterdifferenz zugrunde liegt, zielen primär auf den Aufbau von Stützungsstrukturen, die sich frauenspezifischen Problemlagen und Potenzialen widmen, um Frauen und dem „Weiblichen“ insgesamt mehr Autorität und Anerkennung zu verleihen. Frauen und das „typisch Weibliche“ sollen in einem den Männern ähnlichen Ausmaß Ressourcen erhalten, um die Welt nach ihren Vorstellungen (mit)gestalten zu können.

Im derzeitigen regionalpolitischen Kontext könnten Differenzaspekte von Gleichstellung etwa durch Programme und Maßnahmen befördert werden, die auf eine verstärkte Professionalisierung und eine damit verbundene einkommensmäßige Aufwertung typisch „weiblicher“ Tätigkeitfelder (etwa im Sozialbereich) ausgerichtet sind, die die ökonomische Bedeutung sozialer Innovationen hervorheben, die Frauen die Schaffung von Gründerinnen- oder Innovationszentren nach eigenen Vorstellungen ermöglichen, die Frauen in den Regionen Raum, Zeit und sonstige Ressourcen zur Verfügung stellen, um ihre eigenen Visionen von Regionalentwicklung zu erarbeiten.

Bezogen auf die Karrieregestaltung der ExpertInnen in den verschiedenen Institutionen im Politikfeld (RegionalmanagerInnen, RegionalpolitikerInnen, VerwaltungsfachbeamtenInnen, ...) könnten etwa Regelungen entwickelt werden die garantieren, dass Frauen (und Männer) nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung wieder in ihren angestammten

Arbeitsbereichen tätig sein können – auch dann, wenn sie (übergangsweise) die Arbeitszeit reduzieren wollen. Gespräche mit ExpertInnen haben gezeigt, dass dies in den verschiedenen öffentlichen und intermediären Einrichtungen im Politikfeld zur Zeit nicht oder nur bedingt möglich ist.<sup>117</sup>

### **Förderung des Vielfaltaspektes von Gleichstellung**

Die Regionalplanung und Regionalpolitik kann Geschlechtervielfalt fördern, indem sie sich bewusst macht, dass Frau und Mann keine homogene Sozialgruppe mit klaren „weiblichen“ oder „männlichen“ Identitäten darstellen – und deshalb auch keine einheitlichen Bedürfnisse oder Ansprüche von Frauen bzw. Männern an Planung oder Politik abgeleitet werden können. Um das vielfach unbewusste Einfließen „vereinfachter“ und „einschränkender“ Geschlechterrollenbilder zu vermeiden, müssen Gender Mainstreaming Prozesse im Politikfeld in Gang gesetzt werden, die sicherstellen, dass Frauen und Männer aus den verschiedensten Lebenszusammenhängen am Planungsprozess von Programmen und Maßnahmen beteiligt sind. Insbesondere bei den auf Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur, Technologie und Innovation zentrierten Aktivitäten muss der realen Vielfalt an Frauen- und Männeridentitäten stärker als bisher Rechnung getragen werden.

Politische Maßnahmen, die Geschlechtervielfalt zum Ziel haben, müssen Prozesse und Projekte in Gang setzen, die in einer sensibel an den regionalen Kontext angepassten Form „Neuartiges“ für Frauen und Männer initiieren. Aufbauend auf in der Region vorhandenen Anknüpfungspunkten, muss jenes „Gender-Atypische“ besonders unterstützt und gefördert werden, das zur Auflösung der „erstarrten“ Geschlechterkulturen beiträgt, die Innovationsprozesse in der Regionalentwicklung hemmen. Mögliche Beispiele für die Förderung des Vielfaltaspektes von Gleichstellung sind etwa Programme und Maßnahmen, die Qualifizierungsprofile anbieten, in denen soziale und technische Fähigkeiten gleichzeitig angesprochen und vermittelt werden, die sich explizit mit dem „Problem“ der Kombination einer qualifizierten Beschäftigung (etwa im High Tech Bereich) mit familiären Verpflichtungen (bei Frauen und Männern) auseinandersetzen, die die Möglichkeiten einer verstärkten Partizipation von Vätern an Karenzzeiten ausloten, die im Zuge der Planung von Gründer-, Innovations- oder Technologiezentren explizit Frauen beteiligen.

Die Vielfalt der Geschlechteridentitäten im regionalen Entwicklungsprozess zu berücksichtigen heißt aber auch, beispielsweise bei der Zuordnung von Projektverantwortlichkeiten und –zuständigkeiten innerhalb der regionalpolitischen Institutionen darauf zu achten, dass die traditionelle Zuteilung von Sozial- und Bildungsprojekten an Frauen und von Technologie- und Infrastrukturprojekten an Männer bewusst aufgelöst wird.

### **Die räumliche Dimension bei der Förderung von Gleichstellung**

Die derzeit typische Gestaltung von Regionalpolitik in einem Mehrebenen-System zwischen globaler und lokaler Ebene ist im Zusammenhang mit Gleichstellungsfragen sehr nützlich. Im Politikfeld treffen Akteure und Akteurinnen aus den verschiedensten institutionellen und sozialen Zusammenhängen aufeinander, die von sehr verschiedenen Vorstellungen dazu ausgehen, was Gleichstellung von Frauen und Männern eigentlich bedeutet, was es impliziert und worauf Maßnahmen schwerpunktmäßig abzielen sollten. In der Studie wird davon ausgegangen, dass dieses Zusammentreffen von Akteurinnen und Akteu-

<sup>117</sup> Eine erwähnenswerte positive Ausnahme stellen die Regelungen zu Arbeitszeit und Aufgabenverteilungen im ERP-Fonds dar.

ren im regionalpolitischen Kontext produktiv genutzt werden kann, um am gemeinsamen Ziel, nämlich dem Abbau geschlechterbezogener Hierarchien, zu arbeiten. Es wird vorgeschlagen, im räumlichen Mehrebenen-System von Regional- und Frauenpolitik, das sich in der Zusammensetzung der regionalpolitischen Gremien widerspiegelt, gleichstellungspolitische Forderungen entsprechend folgender Überlegungen zu verankern (vgl. auch Aufhauser und Hafner 2003):

Verankerung von Gleichstellungspolitik im politischen Mehrebenensystem	
Maßstabsebene	Gleichstellungs politisches Ziel
nationale Ebene	Gleichheit von Frauen und Männern
lokale Ebene	Differenz zwischen Frauen und Männern
regionale Ebene	Vielfalt von Frauen und Männern

Auf globaler, europäischer und nationaler Ebene wird im Rahmen von Geschlechterpolitik vor allem die Gleichheit von Frauen und Männern betont: jene als Menschen im Kampf um Frauenrechte auf internationaler Ebene bzw. jene als StaatsbürgerInnen im Kampf um die rechtliche und soziale Absicherung auf nationaler Ebene. Die Handlungsfähigkeit der Akteure und Akteurinnen, die auf europäischer und nationaler Ebene verankert sind, wird primär von politischen Ressourcen und damit einhergehenden rechtlichen Kompetenzen bestimmt. An die mit legislativer und finanzieller Macht ausgestatteten Akteure und Akteurinnen im Politikfeld sollten daher Aufforderungen gerichtet werden, die gleichberechtigte Partizipation der Frauen an politischen Prozessen und an den Finanztöpfen über gesetzliche Rahmenbedingungen und finanzielle Zuteilungen sicherzustellen.

Auf lokaler Ebene werden Gleichstellungsfragen vor allem aus Perspektive von sozialer Differenz diskutiert. Die politischen Diskussionen auf dieser Ebene müssen sich daher auf Fragen der sozialen Integration bzw. des sozialen Ausschlusses zentrieren. Die Handlungsfähigkeit der Akteure und Akteurinnen, die primär aufgrund ihrer „lokalen“ Verankerung im Politikfeld Regionalentwicklung mitwirken, wird von den „sozialen Ressourcen“, über die sie verfügen, und den über diese vermittelten Geschlechterbildern bestimmt. Das Handeln der Bürgermeister – insbesondere in Kleingemeinden – wird etwa relativ stark von dem bestimmt, was „am Stammtisch“ verhandelt wird. Über diesen werden traditionell eher „konservative“ Geschlechterbilder weitergegeben. An die lokalen Akteure und Akteurinnen im Politikfeld (sowie all jene, denen es primär um soziale Gestaltungsprozesse geht<sup>118</sup>) sind daher primär Anforderungen zu richten, in denen es – entsprechend der von ihnen sozial wahrgenommenen Gender-Probleme – um die praktischen „gender needs“ im Sinne von Alltagsgerechtigkeit, Versorgung mit Betreuungseinrichtungen, Beratungseinrichtungen für Frauen (etwa im Gewaltbereich), Qualifizierungsprogramme in typischen Frauenbereichen u.Ä. geht.

Eingebettet zwischen institutionalisierter Frauenpolitik auf nationaler Ebene und jenen patriarchalen Strukturen, die die lokalen Stammtische dominieren, ist die regionalpolitische Ebene jene, die sich nach Meinung der Autorinnen am ehesten dafür eignet, vereinlichende Stereotype „richtiger“ Lebensgestaltung von Frauen bzw. Männern aufzubre-

<sup>118</sup> Da es auf nationaler Ebene auch um die funktionale Abstimmung der gesellschaftlichen Teilbereiche geht, kann in den Staaten, in denen ein „Brotverdiener-Hausfrauen“-Modell (Duncan 1995) kulturell sehr stark dominiert, auch auf nationaler Ebene eine sehr stark geschlechterdifferenzierende Politik betrieben werden. Entsprechend kann eine Perspektive der Geschlechterdifferenz auch das Handeln der in nationalstaatlichen Institutionen verankerten Akteure und Akteurinnen bestimmen. Auch darauf ist im Politikfeld zu achten.

chen und Geschlechtervielfalt zu fördern. Die Aushandlungsprozesse im regionalpolitischen Feld werden sehr stark von den ökonomischen Ressourcen bestimmt, über die die einzelnen Akteure und Akteurinnen verfügen (können). Gleichstellungspolitische Anliegen, die sich an die Akteure und Akteurinnen im Politikfeld Regionalentwicklung richten, deren Handeln explizit von „regionalökonomischen“ Überlegungen geleitet wird, sollten daher auch „ökonomisch“ argumentiert werden (vgl. auch Kapitel 3.5). Es ist klar zu machen, dass Impulse für Innovationen in die sozial „zementierten“ Geschlechterkulturen vor Ort notwendig sind, um die Nachhaltigkeit des regionalökonomischen Innovationsprozesses sicherzustellen.

<b>Verankerung von Gleichstellung im räumlichen Mehrebenensystem von Regionalpolitik</b>		
Nationale Ebene	„Männerbund“	Macht basierend auf politischen Ressourcen
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gleichberechtigte Partizipation „am Kuchen“ einfordern</li> <li>• Projekte zur Förderung der Integration von Frauen in die „Männerwelt“</li> <li>• Frauen Raum geben, ihre eigenen Ansprüche zu verwirklichen</li> </ul>		
Lokale Ebene	„Stammtisch“	Macht basierend auf sozialen Ressourcen
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anerkennung / Förderung frauenspezifischer Ansprüche</li> <li>• Projekte, die Unterstützungsstrukturen für Frauen schaffen</li> <li>• Auf Unterstützung autonomer Frauenstrukturen achten</li> </ul>		
Regionale Ebene	„Konferenz“	Macht basierend auf ökonomischen Ressourcen
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufbrechen des traditionellen Denkens von Weiblich/Männlich</li> <li>• Projekte, die „unkonventionelle“ Lebens- und Erwerbsformen stützen</li> <li>• Anknüpfung an Vorhandenes</li> </ul>		
(Aufhauser 2002)		

Regionalpolitik ist in diesem Sinne gefordert, einerseits die bestehende Vielfalt – etwa in Bezug auf weibliche Lebensformen – zu erkennen und positiv lebbar zu machen. Andererseits muss eine „Gleichstellungsorientierte Regionalpolitik“ auch darauf abzielen, Geschlechtervielfalt bewusst herzustellen, zu initiieren und zu fördern.

### Die zeitliche Dimension bei der Förderung von Gleichstellung

Wie in Kapitel 1.1 dargestellt, ist auch Regionalentwicklung als eine Form gesellschaftlicher Entwicklung in unterschiedliche Zeithorizonte eingebettet, welche die jeweiligen Zielsetzungen politischer Entwicklungsstrategien und -maßnahmen mitbestimmen sollten.

Der Zeithorizont ist bei der Maßnahmenplanung mitzudenken und die Zieldefinition entsprechend dem zeitlichen Rahmen zu gestalten. Die jeweilige Zielsetzung gleichstellungsfördernder Strategien kann nach Wirkungsdimension in kurz-, mittel- und langfristig unterschieden werden. Die Ziele Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und Gleichstellung von Frauen und Männern sind als Zwischenziele auf dem Weg zu einer nachhaltigen Geschlechterdemokratie zu verstehen. Der Grundsatz der *Chancengleichheit* kann dabei sowohl als handlungsleitend als auch als Zielorientierung verstanden werden (Kreimer und Leitner 2002). Im Verständnis, das dieser Studie zugrunde liegt, wird Chancengleichheit primär handlungsleitend und als kurzfristiges Ziel verstanden.

Das längerfristige Ergebnis einer „gleichgestellten“ Gesellschaft ist die *Geschlechterdemokratie*. In diesem Verständnis von Demokratie gelten gleiche Rechte für verschiedene

gesellschaftliche Gruppen. Dies bedeutet primär die Auflösung männlicher Herrschaftsverhältnisse. Die Verwirklichung des Ziels der Geschlechterdemokratie verlangt eine *neue Geschlechterkultur*, deren Werte, Normen und soziale Praktiken das volle Potenzial aller Gesellschaftsmitglieder zur Entfaltung bringen können. Frauen und Männer müssen in einen sinnvollen Dialog eintreten, um am Wandel aktiv mitwirken zu können (Hagemann-White 2000b).

#### **Zeitliche Dimension der Gleichstellung am Beispiel einer Mädchenklasse in einer HTL**

Durch die Einführung einer reinen Mädchenklasse in einer HTL wird kurzfristig die Chancengleichheit zwischen Mädchen und Buben in Hinblick auf die Zugangschancen zu einer technischen Ausbildung hergestellt. Der Berufseintritt nach Ausbildungsende gestaltet sich für Frauen jedoch im Allgemeinen schwieriger, da die Arbeitgeber oft noch nicht bereit sind, Frauen als Technikerinnen zu akzeptieren und gleichwertig zu entlohnen. Mittelfristig müssen auch Maßnahmen gesetzt werden, die UnternehmerInnen das technische Potenzial der Mädchen und Frauen kennenlernen lassen. Von einer echten Gleichstellung kann hier mittel- bzw. langfristig noch nicht gesprochen werden. In einer gelebten Geschlechterdemokratie sollte das Geschlecht keine Rolle mehr für die Berufswahl spielen. Mädchen und Buben wählen gleichermaßen aus den zur Verfügung stehenden Ausbildungsmöglichkeiten aus und können ihre Berufe gleichwertig umsetzen.

Eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“, wie sie in dieser Studie konzipiert wird, soll in ihrem Wirkungsfeld mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten und Maßnahmen dazu beitragen, dass die Verwirklichung einer nachhaltigen Geschlechterdemokratie voranschreitet.

#### **Chancen und Risiken von Gender Mainstreaming**

Das Bekenntnis der EU zum Gender Mainstreaming brachte und bringt wesentliche Implikationen für die Europäische Regional- und Strukturpolitik, für die Umsetzung von lokalen und regionalen Entwicklungsprogrammen mit EU-Kofinanzierung und für die räumliche Planung im Allgemeinen mit sich (Booth 1999, 10).

Der Gender Mainstreaming-Ansatz wird in der Fachöffentlichkeit jedoch keineswegs ausschließlich positiv bewertet. Die Kritik bezieht sich primär auf folgende Punkte:

- die Umsetzung von Gender Mainstreaming konzentriert sich in erster Linie auf die Arbeitsmarktpolitik,
- Einführung von Gender Mainstreaming führt zur Abschaffung frauenpolitischer Strukturen und Programme.

Der Gender Mainstreaming-Ansatz schreibt zwar eine geschlechterbezogene Perspektive vor, nicht jedoch, mit welcher Geschlechter(ziel)vorstellung in dieser Perspektive gedacht wird.

Dieses „neue Konzept“ mit dem „fremden Namen“, bei dem nicht klar ist, ob es sich nun um eine Strategie, ein Konzept oder etwa einen Leitfaden handelt, wird von Frauen daher sehr ambivalent diskutiert. Einerseits wird die große Gefahr gesehen, dass Gender Mainstreaming dazu benutzt wird, um das bisher auf frauen- und gleichstellungspolitischen Ebene Erreichte wieder zu beseitigen – und zwar mit dem Argument, dass die reine Frauenförderung doch eine veraltete und überholte Strategie sei. Weiters werden Grenzen des Gender Mainstreaming darin geortet, dass die Interpretation und Umsetzung des Begriffs

nur eingleisig erfolgt, d.h. dass von den ursprünglich zwei Schienen – durchgängiger Einbezug einer Geschlechterperspektive und Fortführung frauenspezifischer Programme und Politiken – meist nur erstere zur Anwendung kommt. Aber auch die Einbeziehung der Geschlechterperspektive erfordert eine Zuteilung adäquater Mittel, z.B. alleine für die Erhebung und Auswertung von geschlechter-disaggregierten Daten. Weiters sind für das Einfordern von Gender Mainstreaming im beruflichen und politischen Alltag beträchtliche emotionale und soziale Ressourcen nötig, für die bis jetzt noch viel zu wenig Mittel umverteilt wurden.

Es werden von Frauen auch positive Aspekte mit dem doch eher vagen und uneindeutigen Begriff Gender Mainstreaming in Verbindung gebracht. Zum einen wird die Möglichkeit der Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung der bisherigen Gleichstellungspolitik erhofft, weil Gender Mainstreaming einen vertikalen durch einen horizontalen Politikan-satz ersetzt (Goldmann 2002, 60). Zum anderen wird ein Potenzial des Gender Mainstreaming darin gesehen, dass der Blick auf Aktionsfelder oder Sektorpolitiken gelenkt wird, die lange Zeit als „geschlechtsneutral“ galten wie z.B. die Verkehrs- oder Stadtplanungspolitik. Eine stärkere Berücksichtigung von Geschlechter-Differenzen in diesen Bereichen kann mittelfristig zur Realisierung praktischer und strategischer Interessen von Frauen und zur Transformation von Geschlechterverhältnissen beitragen. Darüber hinaus wird dem Gender Mainstreaming als „Top down“-Strategie auch von den Seiten der so genannten institutionellen Frauen einiges abgewonnen. Sie können sich argumentativ auf die Verpflichtung zum Gender Mainstreaming auf allen politischen Ebenen berufen. Ob dies zukünftig auch Verbesserungen für ihre personelle und finanzielle Ressourcenausstattung bringt, bleibt abzuwarten.

#### **Ansatzpunkte für Gender Mainstreaming im regionalen Kontext**

- Stärkung der Zugänglichkeit des regionalen Exportsektors für Frauen
- Aufbrechen des technologiezentrierten Denkens im Innovationsbereich
- Stärkere Einbindung „weicher“ Bereiche in unternehmensbezogene Vernetzungen wie Cluster
- Orientierung an „versorgenden Alltags“ bei der Planung von Innovations-, GründerInnen-, Technologiezentren
- Stärkung „autonomer“ Frauenprojekte auf lokaler Ebene
- Stärkere Orientierung auf „harte“ Qualifikationen bei Frauen, auf „weiche“ bei Männern
- Förderung innovativer Prozesse im regionalen Versorgungssektor
- Frauenbezogene Organisations- und Managementstrukturen
- Ansetzen bei den realen, vielfältigen Qualifikationen und Stärken der Frauen
- Bündelung „traditioneller“ und „neuartiger“ Frauenqualifikationen auf regionaler Ebene

## 4.2 Planungsansätze „von, für und mit Frauen“ im internationalen Kontext

Die Entwicklung von Planungsansätzen betreffend die Bedürfnisse bzw. Ansprüche von Frauen an Raum und ihre verstärkte Partizipation an Planung und Umsetzung nahm ihren Ausgang in den 1970er Jahren. Initiative Planerinnen in den USA und in Europa begannen infolge der eigenen Betroffenheit und Frustration über die räumliche Trennung und Funktionalisierung der verschiedenen Aspekte des täglichen Lebens wie Wohnen, Arbeiten, Versorgen einen Diskurs über eine „Planung für und mit Frauen“, der in weiterer Folge zu einer Reihe unterschiedlicher planerischer Ansätze führte. Bedeutende Impulse für eine verstärkte Einbindung von Frauen und ihren Bedürfnissen und Anforderungen in das Politik- und Planungsgeschehen im lokalen/regionalen Kontext gingen aber auch von Ansätzen aus, die ihren Entstehungszusammenhang in der Auseinandersetzung mit Entwicklungsbemühungen für Frauen in so genannten „unterentwickelten“ Ländern haben. Wichtige Beispiele hierfür sind etwa der „Empowerment“-Ansatz<sup>119</sup>, der erstmals 1985 auf der UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi vorgestellt wurde, oder der „Gender-Planning“-Ansatz<sup>120</sup>, der ein Set von Instrumenten und Techniken zur Integration der Gender-Perspektive in die Entwicklungsplanung darstellt (Oedl-Wieser 2000, 41; Reeves 2002, 201).

Das folgende Zitat von Caroline Moser verdeutlicht die Notwendigkeit, sich in der Planung mit Lebenszusammenhängen von Menschen und deren alltäglicher Bewältigung zu befassen. Und auch die gegenwärtig sehr heftig geführte Diskussion um die vielfältigen Differenzen zwischen Frauen und der Umgang mit dieser Vielfalt stellt eine aktuelle Herausforderung für die Planung und Politik dar.

### **Forderung nach Sensibilität für Vielfalt von Lebensrealitäten**

„Despite the common rhetoric of planning for people, in much of current policy and practice, based on western planning theory, there is an almost universal tendency to make broad, generalised assumptions, despite the empirical reality of the particular planning context.“

(Moser 1993, zitiert nach Reeves 2002, 201)

Im folgenden Abschnitt sollen Planungsansätze für Frauen vorgestellt werden, die sich sowohl in ihrer Zielgruppenorientierung als auch in ihrer strategischen Ausrichtung, d.h. dem Ausmaß der gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen, voneinander unterscheiden. Einerseits zielen die Ansätze auf bauliche, infrastrukturelle Verbesserungen für Frauen und auch Männer ab, andererseits geht es vor allem im „Entwicklungszusammenhang“ darum, durch Planung und strategische Projektarbeit Frauen den Zugang zu existentiellen Ressourcen zu ermöglichen.

### **Frauenfreundlich, -gerecht, -sensitiv – Ansätze für Frauen in der Planung**

Die Anforderungen von Frauen an die Planung sind komplex. Sie richten sich primär auf die Vernetzung alltäglicher Zusammenhänge von Wohnen und Arbeiten, auf bauliche und strukturelle Kleinteiligkeit der Nutzungen, sowie Maßstäblichkeit, Übersichtlichkeit und Überschaubarkeit (Zibell 1993, 163). Aufgrund ihrer Komplexität und Ganzheitlichkeit ist es jedoch schwierig, die Anforderungen von Frauen an die Planung zu katalogisieren. Je nach Lebenszusammenhang und Lebensort/Region existieren unterschiedliche Bedürfnisse und damit unterschiedliche Zielvorstellungen der Frauen an die Planung.

<sup>119</sup> Das Empowerment-Konzept wurde vom Süd-Netzwerk DAWN – „Development Alternatives with Women for a New Era“ – erstmals auf der UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 vorgestellt (Wichterich 2000, 259).

<sup>120</sup> Der „Gender-Planning“-Ansatz fand primär in der von Caroline O.N. Moser (1993) entwickelten Form Umsetzung.



Ein frauenorientiertes Konzept von Lebensqualität rückt die reproduktiven Bedürfnisse des sozialen Zusammenlebens in den Mittelpunkt. Einkaufen, Kinderbetreuung, Erziehungs- und Beziehungsarbeit, Altenpflege, Arztbesuche, Besorgungen, Hausarbeit, Kochen etc. werden im Allgemeinen unter dem Begriff „Versorgungsarbeit“ subsummiert, die überwiegend von Frauen erledigt wird. PlanerInnen sind aufgefordert, einerseits die überwiegende Zuständigkeit von Frauen für diesen Arbeitsbereich wahrzunehmen und zu berücksichtigen, andererseits jedoch die Zuständigkeit von Frauen für diesen Bereich nicht auf Dauer fortzuschreiben bzw. durch ihre Arbeit zu verfestigen und zu reproduzieren.

Die Erkenntnis der Benachteiligung von Frauen in ihrer Lebensführung durch räumliche Strukturen hat zur Entwicklung unterschiedlicher Planungsansätze geführt, deren Anliegen es ist, die Bedürfnisse bzw. Ansprüche von Frauen an Raum zu thematisieren und in den Mittelpunkt des Planungsinteresses zu stellen. Diese Planungsansätze können grob in frauenfreundliche, frauengerechte und feministische Ansätze und gender-sensitive Planung untergliedert werden (Overkamp und Thomas 1998; Grüger 2000, 29).

#### Frauenfreundliche, frauengerechte und feministische Planungsansätze

**Frauenfreundliche Ansätze** rücken die Alltage von Frauen in den Mittelpunkt des Planungsinteresses – die Reproduktionssphäre wird hervorgehoben, an ihr soll sich Planung orientieren. Grundsätzlich positiv zu beurteilen ist, dass in diesen Ansätzen auf das Vorhandensein unterschiedlicher Lebenssphären und Alltage von Frauen und Männern hingewiesen wird und die Ausrichtung „normaler“ Planung am männlichen Lebensmodell, das sich um Erwerbsarbeit konstituiert, kritisiert wird. Frauenfreundliche Planungsansätze beschränken sich jedoch auf die kurzfristige Verbesserung der Lebensalltage von Frauen – Aufwertung der Küche als Arbeits- und Aufenthaltsraum, das Vorhandensein ausreichender Kinderbetreuungsangebote, eine Verkehrsplanung, die den Wegmustern von Frauen gerecht wird, die Entschärfung von „Angsträumen“, funktionsgemischte Stadtteile, die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen etc. – die geschlechterspezifische Arbeitsteilung bzw. Rollenzuweisung wird nicht in Frage gestellt.

**Frauengerechte Planungsansätze** greifen die Vielfalt an weiblichen Lebensentwürfen und die daraus resultierenden unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener sozialer Gruppen von Frauen auf. Das Ziel frauengerechter Planung ist die Schaffung räumlicher Strukturen, die Frauen die Wahl zwischen verschiedenen Lebensmodellen ermöglichen. Auch die Schaffung expliziter Frauenräume, quasi als Ausgleich zur Benachteiligung von Frauen durch die vorherrschenden räumlichen Strukturen, in denen sie ungestört und unkontrolliert eine weibliche Eigenständigkeit entwickeln können, gehört zu den Forderungen der frauengerechten Planung.

Einen Schritt weiter in Richtung der Verwirklichung strategischer Ziele zum Abbau der Benachteiligung von Frauen gehen **feministische Planungsansätze**. Sie wollen raumstrukturelle Voraussetzungen schaffen, die allen Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen, also auch zu ökonomischen und finanziellen Ressourcen und Machtpositionen. Die feministischen Ansätze setzen sich stärker als die frauenfreundlichen bzw. frauengerechten Ansätze mit den gender-spezifischen Hierarchien auseinander, die Räumen eingeschrieben sind. Sie thematisieren insbesondere auch die Verschiebungen in den Machtbalancen zwischen Männern und Frauen im Planungsbereich die notwendig sind, um die Festschreibungen jener Dichotomisierungen und Hierarchisierungen aufzulösen, die moderner Planung inhärent sind und die geschlechterspezifische Ungleichheiten (re)produzieren und zementieren.

Bei der **geschlechtergerechten, gender-sensitiven Planung** bzw. dem **Gender-Planning** geht es um das Erforschen und Aufzeigen der sozialen Beziehungen zwischen Frauen und Männern. Vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit gibt es konkrete Ansätze zum Gender-Planning, die sich auch als Etablierung einer neuen, alternativen Planungstradition verstehen. Es wird dabei etwa von *strategischen* und *praktischen* Bedürfnissen der Geschlechter ausgegangen, wobei zweiten kaum transformatives Potenzial zur Änderung der Geschlechterverhältnisse zugestanden werden kann, erstere jedoch durchaus dazu geeignet sind. Mit der Unterscheidung von praktischen und strategischen Bedürfnissen integriert Gender-Planning frauengerechte / frauenfreundliche und feministische Ansätze.

Frauenorientierte Politik stellt die aus dem Alltag der Frauen abzuleitenden Bedürfnisse in den Mittelpunkt und hat im Bereich der baulich-räumlichen Planung grundsätzlich den Vorteil, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen eine Verbesserung der Lebensqualität für Frauen wie für Männer bedeuten, also zu einer erhöhten Alltagsgerechtigkeit beitragen. Frauen profitieren zwar aufgrund ihrer Lebensweise und der Nähe zur Versorgungsarbeit stärker davon als Männer – funktionsgemischte Stadtteile, kürzere Pendelwege etc. verbessern aber auch die Lebensqualität der Männer und ermöglichen es ihnen, sich verstärkt an der Versorgungsarbeit zu beteiligen. Um die Hierarchien zwischen den Geschlechtern nachhaltig abzubauen, reicht es jedoch nicht, Frauen die räumliche Mobilität im Alltag „zu erleichtern“. Erst der Einbezug einer Genderperspektive in die Planungspraxis ermöglicht es, die der Planung inhärenten Hierarchisierungen, die auch auf das Geschlechterverhältnis (etwa die geschlechterspezifische Arbeitsteilung) wirken, zu erkennen und stärker auf Geschlechtervielfalt hinzuarbeiten.

Als ein Beispiel für frauengerechte Planungsansätze soll der „New Everyday Life“-Ansatz, der von Planerinnen und Soziologinnen im skandinavischen Raum entwickelt wurde, im Folgenden kurz erläutert werden.

#### **Der „New Everyday Life“-Ansatz – eine konkrete Utopie von frauengerechter Planung**

Die Diskussionen über die „Planung für Frauen“ begannen unter engagierten Planerinnen in den USA und in Europa bereits Ende der 1970er Jahre. Die eigenen Erfahrungen, die eigene Betroffenheit und die Frustration über die Trennung der verschiedenen Aspekte des täglichen Lebens wie Wohnen, Arbeiten, Versorgen und die Kritik an dieser räumlichen Funktionalisierung führten beispielsweise 1979 zur Organisation der ersten Nordischen Konferenz für Wohnen und Bauen in Kungälv, Schweden<sup>121</sup>. Hier entstand eine auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtete Vision von Leben und Wohnen, der „New Everyday Life“-Ansatz (NEL) (Horelli und Vepsä 1994, 201).

Die Vision von NEL umfasst eine harmonische, kreative und gerechte Gesellschaft, in der die Erziehung der Menschen, die Natur und die Kultur nicht den Interessen der Ökonomie und Produktion unterworfen sind. Die Vision zeichnet eine mosaikhafte Gesellschaft in zahlreichen selbst verwalteten Einheiten. Neben der Kritik an der funktionalistischen Planungstradition wurde auch die geringe Präsenz der Frauen in der repräsentativen Demokratie, das Ignorieren der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von Männern und Frauen, Kindern und Älteren, und die Unfähigkeit von zentralisierten Entscheidungen, die Probleme des Alltags zu lösen, problematisiert. Eine interdisziplinäre skandinavische Forscherinnengruppe arbeitete in weiterer Folge an einem Konzept für NEL. Das zentrale Element des NEL-Projekts ist der intermediäre Bereich, eine Struktur, die zwischen dem Staat, dem öffentlichen Sektor, dem privaten Sektor und den Haushalten liegt. Der intermediäre Bereich vermittelt zwischen der privaten, der öffentlichen, der formalen und der informellen Sphäre des Lebens. Er ermöglicht es, Reproduktion, Produktion und weibliche und männliche Lebensformen in einer neuen Form zu organisieren. Als zentral für die praktische Entwicklung des intermediären Bereichs wird die Integration von Wohnen, Versorgung, Arbeiten in Raum und Zeit angesehen. Dies soll durch die räumliche Nähe dieser einzelnen Aspekte des täglichen Lebens geschehen. Der intermediäre Bereich soll sich zu einer integrativen, funktionalen, sozialen, organisatorischen, ökonomischen, geographischen und vielleicht sogar einer politischen Einheit herausbilden in der die BürgerInnen aktiv agieren können.

(Horelli und Roininen 1997, 5ff)

Vereinzelt gab es in Skandinavien innovative Pilotprojekte, die gezielt auf die Belange von Frauen im regionalen Kontext eingingen. Im norwegischen Projekt „Mobilizing women in local planning and decision-making“ etwa wurde Anfang der 1990er Jahre versucht, frauengerechte Planung in sechs peripheren Landgemeinden umzusetzen. Durch die aktive

<sup>121</sup> Diese Konferenz wurde vom „Nordic movement of Women in planning“ durchgeführt.

Einbeziehung der Bedürfnisse und der Meinung der Frauen in das lokale/regionale Politik- und Planungsgeschehen sollte versucht werden, die Lebensverhältnisse der Frauen zu verbessern und die Organisation des Alltags für die Frauen zu erleichtern, um so einer verstärkten Abwanderung von Frauen entgegenzuwirken (Sæterdal und Takle 1991, Amdam 1996).

In der ersten Hälfte der 1990er Jahren wurden zahlreiche internationale Konferenzen<sup>122</sup> zum Thema „Frauen, Raumplanung und urbane Politik“ abgehalten, die zu einer breiteren Sensibilisierung für das Thema beitrugen und zur Vernetzung von Teilnehmenden aus den Bereichen der Politik, der Verwaltung und der Universitäten sowie von praktizierenden PlanerInnen und von Frauen, die an der Basis arbeiten, führten (Gilroy 1999, 5f; Horelli 2000, 36).

#### Der EuroFEM-Ansatz – ein europäisches Projekt

Das NEL-Konzept beeinflusste als theoretisches Konzept, welches die Auswirkungen der räumlichen Trennung der täglichen Aktivitäten sowie die eingeschränkten Möglichkeiten von Frauen, ihr Leben selber zu gestalten und zu kontrollieren, thematisierte und dies als funktionalistisch und strukturell entlarvte, Mitte der 1990er Jahre den EuroFEM-Ansatz<sup>123</sup>. Dieser wurde mit Frauen aus zahlreichen europäischen Ländern entwickelt.

(Horelli 2000, 37)

Das Netzwerk EuroFEM – ein Netzwerk von Frauen, die in der lokalen und regionalen Entwicklung arbeiten – hat sich zum Ziel gesetzt, die Sichtbarkeit von Frauenprojekten auf europäischer Ebene zu erhöhen, Erfahrungen auszutauschen und ein Netzwerk für Frauen-/Genderprojekte aus ganz Europa aufzubauen. Die Projekte sollen das Potenzial haben, die Mainstream-Debatten in der lokalen und regionalen Entwicklung zu beeinflussen und die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern zu verbessern. Die vier wichtigsten Themen in diesem Zusammenhang sind für EuroFEM:

- die Reorganisation des alltäglichen Lebens
- eine gender-sensitive Umwelt durch Planung und Entwicklung
- gender-sensitive Modelle der Partizipation und Integration
- eine gender-sensitive Arbeitsplatzschaffung.

(Gilroy 1999, 6)

Die Erfahrungen aus allen, jedoch zum Teil sehr unterschiedlichen, europäischen Projekten zeigen die Notwendigkeit auf, dass administrative Grenzen überschritten und die funktionalistische Trennung von Verantwortungsbereichen überwunden werden müssen, um das Ziel einer gender-sensitiven bzw. Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung schneller zu erreichen.

(Horelli et al. 2000)

#### „Ermächtigungsstrategien“ für Frauen im internationalen Kontext

In den 1970er Jahren gelang es erstmals, beeinflusst von den Gleichberechtigungsforderungen der westlichen Frauenbewegung und untermauert von intensiver entwicklungslandsderbezogener Frauenforschung, Frauen als Zielgruppe in die entwicklungspolitische Diskussion einzubringen. Der Beitrag der Frauen zum Entwicklungsgeschehen wurde sichtbar gemacht. Es entstand die Forderung nach „Integration der Frauen in die Entwicklung“

<sup>122</sup> Council of Europe: „Participation by women in decisions concerning regional and environmental planning“ in Athen (1990); „The Challenges facing European Society with the approach of the year 2000. Role and representation of women in urban and regional planning aiming at sustainable development“ in Örnköldsvik, Schweden (1994); Netherlands Institut for Physical Planning: „Emancipation in physical planning, housing and mobility“ unterstützt von der EU-Kommission; OECD-Konferenz: „Women in the City: Housing, Mobility and Urban Services“ in Paris (1995).

<sup>123</sup> Das „EuroFEM - Gender and Human Settlements Network“ gruppierte sich im Zuge der internationalen Veranstaltungen zum Thema Frauen, Raumplanung und urbane Politik“ Mitte der 1990er Jahre. EuroFEM wurde vom Finnischen Umweltministerium und durch das „Vierte mittelfristige Aktionsprogramm zur Chancengleichheit von Männern und Frauen 1996-2000“ der EU unterstützt.

bzw. bescheidener, aber zutreffender, in die Entwicklungsprojekte. Der Ansatz des „Women in Development“ (WID) blieb jedoch weitgehend den vorherrschenden Geschlechterrollenzuweisungen und Modernisierungsstrategien verhaftet. Die Schritte vom WID-Ansatz zum GAD-Ansatz („Gender and Development“) und schließlich zum Gender Mainstreaming in der Entwicklungsarbeit wurde notwendig, da es zu einer anhaltenden Marginalisierung von „Frauenfragen“ auf der Ebene der finanzieller Ressourcen und im Zugang zu Informationen und Entscheidungen kam (Braunmühl von 2002, 18). UNIFEM<sup>124</sup> formulierte Gender Mainstreaming in Folge als eine Doppelstrategie: Geschlechterdifferenzierung und Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen von Frauen und Männern und frauenspezifische Maßnahmen dort, wo sich Engpässe hinsichtlich des Zugangs und der Kontrolle von Ressourcen ergeben.

Auf der 3. UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 wurde über das Süd-Frauen Netzwerk DAWN der in der frauenpolitischen entwicklungsbezogenen Diskussion neue Begriff „empowerment“ in die Debatte eingebracht. Empowerment formulierte eine Vision von Selbstermächtigung, Zugewinn an Gestaltungsmacht und Transformation patriarchaler Geschlechterverhältnisse. Dieser Ansatz zur Mobilisierung und Politisierung von Frauen fand weltweite Beachtung und entfachte in Folge weitreichende Diskussionsprozesse. Empowerment wurde rasch zum legitimierenden Referenzpunkt des Gender and Development-Ansatzes (GAD) (Braunmühl von 2001, 4; Oxaal and Baden 1997).

#### **Empowerment stellt auf die Bildung weiblicher Gegenmacht ab**

Empowerment bedeutet die Bildung von Gegenmacht und die kollektive Selbstermächtigung zur Überwindung struktureller Beschränkungen, welche die Autonomie und Selbstbestimmung verhindern. Es verfolgt eine Neudefinition von Macht, welche als Verfügungsrecht über Ressourcen, Entscheidungs- und Gestaltungsrecht in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen angesehen wird, ohne daraus Herrschaft über andere abzuleiten.

Empowerment verfolgt in seiner Konzeption langfristige strategische Perspektiven: es stellt die Frage nach der Macht neu und nach der Veränderung von Machtverhältnissen – zwischen den Geschlechtern, innerhalb einzelner Gesellschaften und zwischen den Nationen und Machtblöcken. Die Selbstorganisation von Frauen, von der Grassroot- bis zur internationalen Ebene, wird dabei als zentrale Strategie der Machtbildung betrachtet.

(nach Wichterich 2000, 259)

Entsprechend des Konzeptes von Empowerment sollen sowohl praktische Alltagsbedürfnisse der Frauen wie z.B. Gesundheit, sicheres Wohnen, Ernährung, Einkommen etc. befriedigt, gleichzeitig aber auch strategische Interessen hinsichtlich einer langfristigen Veränderung politischer, sozialer und Geschlechterverhältnisse verfolgt werden. Statt in Einzelprojekten nachholende Entwicklung für Frauen organisieren zu wollen, soll in *allen* Projekten und darüber hinaus in allen Politikbereichen das Potenzial für eine gleichberechtigte Partnerschaft von Männern und Frauen eruiert und realisiert werden. Hier finden sich also die ersten Ansätze für das so genannte Gender Mainstreaming in der Entwicklung und Planung (Wichterich 1996, 33; Oedl-Wieser 2000, 43).

Als ein Ansatz für die Umsetzung von Empowerment sei der „Gender-Planning“-Ansatz vorgestellt, der in den 1990er Jahren von Caroline Moser entwickelt wurde. Sie charakterisiert Gender-Planning folgendermaßen:

<sup>124</sup> UNIFEM: Frauenfonds der Vereinten Nationen „The fund was created to provide direct support for women's projects, and to promote the inclusion of women in the decision making processes of mainstream development programmes“ (Anderson 1993, zitiert nach Braunmühl von 2001, 3).

**Gender-Planning als soziales und politisches Konfliktfeld**

„The goal of gender planning is the emancipation of women from their subordination, and their achievement of equality, equity and empowerment. ... It includes several critical characteristics. First, it is both political and technical in nature. Secondly, it assumes conflict in the planning process. Thirdly, it involves transformative processes. Fourthly, it characterizes planning as ‚debate‘.“

(Moser 1993, 87ff)

Die Ursachen für die Schwierigkeiten bezüglich der Entwicklung und Umsetzung eines gender-orientierten/-sensitiven Ansatzes sieht Moser (1993, 5f) darin begründet, dass Geschlecht nur ungern als Strukturkategorie in männlich dominierten Planungsprozessen angesehen wird, dass die praktische Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse der Frauen- und Genderforschung in Planungsleitfäden unzureichend verläuft und dass sich die verschiedenen Planungsdisziplinen sehr widerstandsfähig gegenüber neuen Inhalten erweisen. Ihrer Meinung nach wird die Marginalisierung von Frauen und „gender“ in der Planungstheorie und Planungspraxis solange anhalten, bis es gelingt, theoretische frauenspezifische Belange und Erkenntnisse in die Politik und in einen adäquaten Planungsrahmen einzubinden und eine eigene Planungstradition und eine Planungsmethodik zu begründen.

Sowohl der „Empowerment“-Ansatz als auch der „Gender-Planning“-Ansatz wurden bzw. werden mittlerweile von vielen AkteurInnen – Vereinte Nationen, in der Europäischen Union<sup>125</sup>, nationale Regierungen, Entwicklungshilfeorganisationen, NGO's, Beratungsinstitute im Bereich der Regionalplanung und -entwicklung u.v.a. – in unterschiedlichen Kontexten und Disziplinen verwendet. Ihre ursprüngliche Bedeutung jedoch, ihr Konfrontationspotenzial und ihre Entwicklungs- und gesellschaftskritische Substanz haben sie in diesem weltweiten Akklamationsprozess mittlerweile zu einem großen Teil bereits eingebüßt.

### 4.3 Grundsätze einer Gleichstellungsorientierung in der Regionalentwicklung

Bevor mögliche Interventionsmöglichkeiten und Strategien in der Regionalentwicklungspolitik, in den regionalen Strukturfondsprogrammen sowie den Gemeinschaftsinitiativen der EU vorgestellt und diskutiert werden, sollen Grundsätze für eine Gleichstellungsorientierung in der Regionalentwicklung, wie sie sich aus den internationalen Ansätzen und den vorangegangenen Kapiteln herauskristallisieren, formuliert werden. Das bisher Gesagte verdeutlicht, wie wichtig es ist, Regionalpolitik und -entwicklung in einer integrativen Sichtweise zu konstituieren und umzusetzen. Wenn die Probleme und Bedürfnisse von Frauen und Männern nicht beachtet und deren Interessen nur unzulänglich eingebunden werden, sind Legitimitätsprobleme und regionalpolitisches Desinteresse die Folge. Eine der Zielsetzungen einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ ist darin zu sehen, mehr Demokratie in der Regionalpolitik und in der regionalen Entwicklung zu fordern und Wege einer möglichen Umsetzung aufzuzeigen. Folgende Grundsätze werden für eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ als wichtig erachtet:

<sup>125</sup> Der gender-planning-Ansatz wurde ab Mitte der 1990er Jahre auch verstärkt bei Fragen der Integration der Gender-Perspektive in die Konzeption, Umsetzung und Evaluierung der Struktur- und Regionalpolitik der EU herangezogen und rezipiert (Braithwaite 1996; Horelli und Roininen 1997; Horelli 1997).



- Grundsatz 1: Ermöglichung von selbstbestimmten Lebensentwürfen von Frauen und Männern

Die individuelle Lebensplanung und -gestaltung von Frauen und Männern hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Sie wird von vielfältigen sozio-kulturellen, wirtschaftlichen und raumbezogenen Einflussfaktoren bestimmt. Aufgrund der dichotom-hierarchischen Verfasstheit unserer Gesellschaft und der darin implizierten Benachteiligungen für Frauen – und hier vor allem die den Frauen zugewiesene Verantwortlichkeit für den Versorgungsbereich – ist die Verwirklichung von selbstbestimmten Lebensentwürfen für Frauen vielfach schwieriger zu realisieren als für Männer. Die geschlechterbezogenen Ungleichheiten stehen den Forderungen von Frauen nach *Freiheit* von auferlegten Einschränkungen aufgrund des Geschlechts, nach *Selbstbestimmung* – sich selbst Ziele zu setzen und die eigene soziale Rolle zu bestimmen – und nach *Autonomie* – Erringung des sozialen Status durch eigene Leistung, Wahl eines eigenen Lebensstils und der sexuellen Präferenz – entgegen. Eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ soll die strukturellen Bedingungen dahingehend beeinflussen, dass ein selbstbestimmtes Leben für Frauen und Männer leichter möglich wird und sich ein anderes – egalitäres – Verhältnis zwischen den Geschlechtern entwickelt.

- Grundsatz 2: Dekonstruktion von Geschlechterbildern

Im Rahmen von gleichstellungsorientiertem Handeln muss die ungleichgewichtige gesellschaftliche Positionierung der Geschlechter in Frage gestellt werden und einer Rekonstruktion oder Neukonstruktion unterzogen werden. Jede Frau, jeder Mann soll demnach ihre/seine Geschlechterrolle, ihr/sein Leben, nach eigenen Vorstellungen gestalten können, ohne auf sozial und kulturell normierte Rollen festgelegt zu werden.

- Grundsatz 3: Förderung einer Vielfalt an Lebensformen von Frauen und Männern

Gleichstellungsorientiertes Handeln im regionalen Kontext zielt darauf ab, die strukturellen Dimensionen des Geschlechterverhältnisses und in weiterer Folge die Vielfalt von Frauenleben im räumlichen und regionalen Kontext sichtbar zu machen. Die Abkehr von der Betrachtung der Frauen als homogene Gruppe und die Hinwendung zur Wahrnehmung der Differenzen zwischen den Frauen, die sich aus ihrer unterschiedlichen sozialen, altersmäßigen, ethnischen und kulturellen Zugehörigkeit ergeben, soll zukünftig fester Bestandteil der Regionalentwicklung und -planung sein.

- Grundsatz 4: Berücksichtigung regionaler Ungleichheitsstrukturen bei der Politikgestaltung

Neben der dualistischen Geschlechterhierarchie und deren nachteiligen Auswirkungen für Frauen sollen im regionalpolitischen Handeln den Unterschieden in den regionalen Ungleichheitsstrukturen wesentliche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die vielfältigen räumlichen Disparitäten in Hinblick auf das wirtschaftliche (Entwicklungs-)Potenzial, die infrastrukturelle Anbindung, die naturräumliche Ausstattung und die Lage einer Region, erfordern differenzierte und problemadäquate Entwicklungs- und Gestaltungskonzepte.

- Grundsatz 5: Alltagsgerechtigkeit im Mittelpunkt von regionalpolitischen Strategien und Maßnahmen

Der Alltagsgerechtigkeit von planerischen Maßnahmen soll im regionalpolitischen Kontext ein zentraler Stellenwert eingeräumt werden. Die Aufenthalts- und Lebensqualität für Frauen und Männer in der Region sollte im Vordergrund stehen. Der auf diese Weise angestrebte Wandel in der Planungskultur und in den Planungsinhalten sollte neben den sozialen Nachhaltigkeitsaspekten auch ökologische Aspekte einbeziehen.

- Grundsatz 6: Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Region für Frauen und Männer in allen Lebensphasen durch integrative Sichtweise

Für eine verstärkte Gleichstellungsorientierung in der Regionalentwicklung ist eine integrative bzw. querschnittsorientierte Herangehensweise erforderlich. Das Zusammenwirken von räumlichen mit so genannten „nicht-räumlichen Politiken“ wie etwa Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- oder Frauenpolitik bzw. das Aufzeigen der räumlichen Effekte dieser genannten Politikfelder erscheinen aus Sicht einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ notwendig. Auf Ebene der Befriedigung von Grundbedürfnissen und dem Recht auf persönliche Entfaltung fordert eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ die soziale Anerkennung bzw. Aufwertung aller Arbeits- und Wirtschaftssphären – Erwerbs- und Versorgungsarbeit, Profit- und Versorgungsökonomie – als gleichwertige gesellschaftliche Bereiche. In Fragen der Raumnutzung und des Wohnens will sie eine verstärkte Mitgestaltung von Frauen in konkreten Planungsprozessen ermöglichen. Nicht zu vernachlässigen sind auch Aspekte wie Eigentumsrechte und die Nutzung von Räumen – in physisch-baulicher wie auch in zeitlicher Hinsicht. Die Möglichkeit, eine Ausbildung zu bekommen, sich weiterzubilden und persönlich entwickeln zu können, aber auch die Anerkennung und Weitergabe informellen Frauenwissens, sind in einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ zu garantieren. Die integrative Berücksichtigung der genannten Aspekte regionalpolitischen Handelns im Rahmen einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“, hat die Erhöhung der Aufenthaltsqualität in allen Lebensphasen in der Region für Frauen und Männer zum Ziel.

Betrachtungsebenen der Grundbedürfnisse, -werte und Themen-/Lebensbereiche, die im Laufe eines Frauenlebens Bedeutung haben		
	Regionale/Individuelle Lebenszyklen	Innen-/Außenbeziehungen und deren Mitgestaltung
<i>Individuelle Bedürfnisse</i>		
• Arbeiten und Wirtschaften	Zukunft	
• Raum zur Lebensentfaltung (Wohnen, öffentlicher Raum)	Gegenwart	Alltagsmobilität
• Lernen und Lehren		Lebensmobilität
• Erholung und Muße	Vergangenheit	
<i>Grundwerte</i>		
• Materielle Sicherheit	Jung-Sein	Friede
• Emotionale bzw. soziale Sicherheit	Erwachsen-Sein	Soziale Geborgenheit und Sicherheit
• Persönliche Freiheit und Meinungsfreiheit	Alt-Sein	
• Entfaltungsmöglichkeiten bzw. kulturelles Erleben	Alltagszeiten – Besondere Zeiten (Krisen-, Notzeiten)	Mitsprache, Mitbestimmung, Repräsentation
• Sinn- bzw. Wertfindung		
• Gesundheit und Umweltqualität		Autonomie – Abhängigkeit
(in Anlehnung an Kanatschnig et al. 1999, 28)		

- Grundsatz 7: Hinarbeiten auf eine sozioökonomische Umstrukturierung der Gesellschaft unter Einbeziehung von Aspekten der Nachhaltigkeit und des Vorsorgenden Wirtschaftens

Die Zielsetzung einer zukunftsorientierten Regionalentwicklung sollte darin bestehen, ökologische, wirtschaftliche und gleichstellungspolitische Strategien erfolgreich miteinander zu verknüpfen und so den unterschiedlichen Planungsprinzipien – wie beispielsweise vorausschauendem Planen, systemischem Denken und ganzheitlicher Betrachtungsweisen sowie Umgang mit der Vielfalt gesellschaftlicher Lebens- und Arbeitsbedingungen – Rechnung zu tragen. Eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ unterstützt eine vorsorgende Planung, die der Langfristigkeit und mangelnden Korrigierbarkeit etwa von Großprojekten mit hohem technologischem Aufwand kritisch gegenübersteht. Mehr Flexibilität und Korrigierbarkeit bei Planungsvorhaben sowie deren (nah-)räumliche Orientierung und Überschaubarkeit sind also gefordert.

- Grundsatz 8: Bewusstseinsbildung für Geschlechterfragen und die Gleichstellungsrelevanz von Regionalentwicklung

Bei der Implementierung von Gleichstellungsorientierung in der Regionalentwicklung stellt sich die Frage nach den (Macht)Positionen von Frauen in regionalen Planungs- und Entwicklungsprozessen, als Planende, Politikerin, Expertin, Betroffene und ehrenamtlich Engagierte. Es gilt, den institutionellen Rahmen, in dem Regionalentwicklung stattfindet, zu überdenken: Wer plant was aus welchen Interessen und mit welchen Zielen? Wer sind die AkteurInnen und wer die Zielgruppen? Es gilt, „andere“ Sichtweisen und Schwerpunktsetzungen – wie etwa frauenzentrierte – in regionale Entwicklungsprozesse einzubringen, und vor allem auch zu hören und zuzulassen.



- Grundsatz 9: Schaffung eigener Frauenräume

Neben der Einbeziehung von Frauen in die gängigen raumplanerischen und regionalpolitischen Kommunikationsforen und Gremien fordert eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ die Bereitstellung expliziter Frauenräume. Dies können beispielsweise Veranstaltungen sein, wo Frauen sich gegenseitig austauschen, ihre Erfahrungen und Ansprüche artikulieren und selbstbestimmt Strategien zur Realisierung diskutieren können. Es können dies aber auch real gebaute Räume sein bzw. Räume, die zu unterschiedlichen Zeiten von verschiedenen Interessensgruppen genutzt werden können.

- Grundsatz 10: Förderung von Frauen als Meinungsbildnerinnen im regionalen Entwicklungsprozess

Eine auf Gleichstellung der Geschlechter hin orientierte Regionalentwicklung soll eine Politik der Ermächtigung und Aktivierung von Frauen verfolgen, damit sie ihr Leben und ihre Umwelt ihren Anforderungen und Wünschen gemäß (mit-)gestalten können. Dazu ist es nötig, eine entsprechend große Zahl an weiblichen Meinungsbildnerinnen in den regionalen Entwicklungsprozess zu integrieren.

- Grundsatz 11: Förderung eines geschlechterdemokratischen Dialogs im regionalen Kontext

Das Hinwirken auf eine gelebte Geschlechterdemokratie kann als langfristige Zielsetzung einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ gesehen werden. Dafür ist eine neue Geschlechterkultur notwendig, deren Werte, Normen und soziale Praktiken das volle Potenzial aller Gesellschaftsmitglieder zur Entfaltung bringen können. Dazu muss das heutige Verhältnis zwischen Frauen und Männern, das in abgeschwächter Form noch immer von Dominanz und Unterordnung geprägt ist, überwunden werden. Wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung einer gelebten Geschlechterdemokratie ist, dass beide Geschlechter, Frauen *und* Männer, in einen sinnvollen Dialog eintreten und am Wandel aktiv mitwirken.

- Grundsatz 12: Anwendung bewährter Frauenförderungsinstrumente sowie neuer Strategien wie etwa Gender Mainstreaming

Im Rahmen förderungspolitischer Maßnahmen für Frauen ist eine mehrgleisige Strategie zu verfolgen. Grundsätzlich soll an bewährten frauenpolitischen Förderinstrumenten festgehalten werden und ergänzend dazu neuere Strategien wie etwa das Gender Mainstreaming verstärkt miteinbezogen werden. Dabei soll besonders darauf geachtet werden, dass durch diese Maßnahmen die Disparitäten zwischen den Frauen abgebaut und nicht noch verstärkt werden. Ein wesentlicher Aspekt sollte jedoch auch sein, dass Frauen nicht nur Klientel der Förderpolitik sind, sondern dass sie sich selber mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen in Planungsprozesse einbringen können.

#### 4.4 Interventionsmöglichkeiten in der Regionalentwicklungspolitik, in den regionalen Strukturfondsprogrammen und Gemeinschaftsinitiativen der EU

Der Beitritt zur EU kann nach Meinung vieler Expertinnen als wichtige, gesamt betrachtet durchaus positive Zäsur für die Gleichstellungspolitik in Österreich gesehen werden. In vielen Bereichen, unter anderem in jenem der Regionalentwicklung, hat die von der EU verfolgte Gleichstellungspolitik die Thematisierung von Geschlechterfragen auf einer breiteren Basis überhaupt erst initiiert und möglich gemacht.

Der Prozess einer verstärkten Auseinandersetzung mit „Frauenfragen“ im regionalen Kontext in Österreich begann damit, dass eine Reihe von Fraueneinrichtungen und -initiativen ab Mitte der 1990er Jahre die von der EU unter anderem über das „Vierte mittelfristige Aktionsprogramm für Chancengleichheit von Männern und Frauen (1996-2000)“ bereitgestellten Finanzmittel nutzten, um im Rahmen internationaler Partnerschaften innovative Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte zu entwickeln. Aufgrund der regionalen Verankerung der Mehrzahl der Fraueninitiativen waren diese Projekte von Anfang an von einem sehr klaren regionalen Bezug geprägt. Die von der EU bereitgestellten Mittel wurden darüber hinaus auch dazu genutzt, um erste Vernetzungen zwischen den regional verankerten Frauen- und Mädcheneinrichtungen einzuleiten. Aufbauend auf den Erfahrungen aus den ersten regionalen Projekten im Bereich von Qualifizierung und Beschäftigung und aufbauend auf den durch die EU-Fördermittel ermöglichten regionalen, nationalen und internationalen Vernetzungen hat sich mittlerweile auch in Österreich eine sehr aktive und kompetente Szene an nichtstaatlichen Frauen-Organisationen (NROs) und privaten Projektträgern entwickelt, die laufend eine Vielzahl an Frauen- und Gleichstellungsprojekten mit Regionalbezug initiiert und trägt. Ein Großteil dieser Projekte wird derzeit über Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL und verschiedener Beschäftigungspakte kofinanziert.

Erst sehr zögerlich kommt es auch zur Entwicklung von regionalen Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die über Gelder aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) vor allem im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen INTERREG III und URBAN bzw. über Gelder aus dem Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL) vor allem im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ gefördert werden. Rezent tut sich jedoch sehr viel: Mittlerweile ist etwa in allen 56 österreichischen LEADER-Regionen Gender Mainstreaming explizit als strategisches Ziel angeführt. Um dieses Ziel umzusetzen, steht allen LEADER-Regionen eine Gender Expertin der Netzwerk-Servicestelle für Erstberatungen bei der gendergerechten Entwicklung von Projekten zur Verfügung. Darüber hinaus hat sich auch eine Arbeitsgruppe gebildet, die Kriterien und Maßnahmen für die Verwirklichung von Chancengleichheit in der Regionalentwicklung zusammenstellt (Fidlschuster 2003). In den INTERREG-Programmen wird an der Institutionalisierung von Gender Mainstreaming Prozessen erst gearbeitet, in URBAN Graz wurde die Gender Mainstreaming Begleitung bereits finanziell und institutionell sichergestellt.

Unter anderem in Verbindung mit einer ersten thematischen Zwischen-Evaluierung „aus Perspektive der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern“ der Ziel 3 und Ziel 4 Maßnahmen, die über den ESF in der Periode 1995-1997 kofinanziert wurden (Armstrong et al. 1999), intensivierten sich die Auseinandersetzungen mit Geschlechterfragen im beschäftigungspolitischen Bereich in Österreich insgesamt. In diesem Bereich schreitet auch die Institutionalisierung von Prozessen des Gender Mainstreaming derzeit recht zügig

voran. So wurde etwa im Österreichischen Arbeitsmarktservice ein Prozess des Gender Mainstreaming in Gang gesetzt, der im Zuge der räumlichen Dezentralisierung bei der Maßnahmenentwicklung und –umsetzung auch auf regionaler Ebene spürbar wird. Für die Begleitung und Umsetzung des Gender Mainstreaming im ESF wurde darüber hinaus eine eigene Koordinationsstelle eingerichtet, die auch den Prozess des Gender Mainstreaming in den regionalen Beschäftigungspakten begleitet und koordiniert<sup>126</sup>.

Die Vorgaben der Europäischen Kommission zu den über die Strukturfonds finanzierten Programmen und Gemeinschaftsinitiativen haben schließlich dazu geführt, dass die Auseinandersetzung mit Gleichstellungsfragen und Prozessen des Gender Mainstreaming auch im Bereich der Regionalpolitik i.e.S. seit Ende der 1990er Jahre voranschreitet. Entsprechend den Vorgaben der Europäischen Kommission wurden die Frauenbeauftragten der Bundesländer eingeladen, sich an der Entwicklung und Begutachtung der regionalen Zielprogramme zu beteiligen. In allen Ziel 1- und Ziel 2-Programmen der Bundesländer der laufenden Strukturfondsperiode (2000-2006) finden sich Bekenntnisse zur Gleichstellung von Frauen und Männern, zumindest grobe Analysen zur Situation der Frauen auf den regionalen Arbeitsmärkten und Ex-Ante-Evaluierungen, die sich auf – insbesondere im Vergleich zur Analyse der Wirkungen im Umweltbereich – relativ wenigen Seiten auch darum bemühen, die geschlechterbezogenen Auswirkungen der Maßnahmen abzuschätzen. Auf die Programm- und Maßnahmengestaltung selbst hatten diese Analysen jedoch letztlich einen relativ geringen Einfluss (Lichtenauer-Kranich 2002). Auch bei den Indikatoren für das Monitoring der über den EFRE geförderten Interventionen ist dort, wo es aufgrund der Intervention möglich wäre, keine Aufschlüsselung nach Geschlecht vorgesehen<sup>127</sup>. Neben den Frauenbeauftragten wurde auf Drängen der Europäischen Kommission mittlerweile auch in jedem Bundesland je eine Vertreterin der nichtstaatlichen Frauenorganisationen in die Begleitausschüsse für die Ziel 1- und Ziel 2-Programme nominiert.

Trotz der durch die Gleichstellungspolitik der EU ausgelösten Dynamiken in verschiedenen regionalentwicklungspolitisch durchaus sehr relevanten Bereichen und trotz der Vielzahl an innovativen Frauenprojekten mit Regionalbezug, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, ist das Genderthema im „Mainstream“ der Regionalpolitik derzeit noch nicht wirklich angekommen. Die Einbeziehung der Frauenbeauftragten in die Programmierung der regionalen Strukturfondsprogramme und der nichtstaatlichen Frauenorganisationen in die Begleitausschüsse hatte primär einmal den Effekt, dass das Interesse dieser Frauen an regionalpolitischen Fragen geweckt wurde und sie bereits eine Reihe von Tagungen (mit)initiierten und mitgestalteten, die sich dem Thema „Frauen bzw. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung“ widmeten. So fanden etwa auf Initiative der Frauenstiftung Steyr bereits zwei Tagungen zum gegenständlichen Thema statt: im April 2000 unter dem Titel „Chancengleichheit und Regionalentwicklung: Regionale Netzwerke als Antwort auf europäische Herausforderungen“ (Frauenstiftung Steyr 2000) und im November 2002 unter dem Titel „Baustelle Chancengleichheit: Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung“ (Frauenstiftung Steyr 2002). Das Österreichische Institut für Raumplanung organisierte im November 2000 eine Plattform zum Thema „Gender Mainstreaming: Regionalentwicklung mit starken Partnerinnen“ in Wien. Vom Frauenbüro des Landes Salzburg wurde im September 2002 in Kooperation mit der Abteilung Raumplanung des Landes Salzburg und dem Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen (SIR) eine Tagung unter dem Titel „Wir planen für Männer und Frauen: Gender Mainstreaming

<sup>126</sup> Die Einrichtung dieser Koordinationsstelle (vgl. <http://www.gem.or.at>) wird von der EU als Best Practice Beispiel hervorgehoben (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002a).

<sup>127</sup> Durchsicht der Indikatoren für die regionalen Zielprogramme (Indikatorenliste EFRE-Monitoring vom 18. Mai 2001).

in der Regionalentwicklung“ in Salzburg veranstaltet (Frauenbüro des Landes Salzburg 2002). Darüber hinaus finden in letzter Zeit auch viele kleinere Veranstaltungen statt, in denen es im weiteren Sinne ebenfalls um „Frauenförderung im regionalen Kontext“ geht<sup>128</sup>. Männliche Akteure aus dem regionalpolitischen Bereich waren bisher auf diesen Tagungen noch relativ wenige vertreten.

Die Vorgabe der Europäischen Kommission, sich im Zuge der Zwischenevaluierung der regionalen Strukturfondsprogramme neuerlich mit dem Thema Gender Mainstreaming und den Wirkungen der Programme auf die Gleichstellung von Frauen und Männern auseinanderzusetzen, sowie der Druck von in die regionalpolitischen Gremien entsandten und mittlerweile relativ gut vernetzten Frauenvertreterinnen hat jedoch eine Dynamik erzeugt, die die Diskussion um Geschlechterfragen im Rahmen regionaler Entwicklungspolitik derzeit stark vorantreibt.

Im Folgenden werden Interventionsmöglichkeiten im Rahmen der Regionalentwicklungspolitik diskutiert. Dabei soll auch darauf eingegangen werden, wie die regionalen Strukturfondsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen der EU eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“ unterstützen können.

Diese Interventionsmöglichkeiten sind als Sammlung von Ideen und Vorschlägen der Autorinnen der Studie zu verstehen, ergänzt um Beiträge von TeilnehmerInnen zweier Workshops<sup>129</sup>. Darüber hinaus werden sie durch Erfahrungsberichte von ExpertInnen (Aufhäuser 2001b) ergänzt bzw. durch – soweit vorhanden – aktuell laufende oder abgeschlossene „Good Practice“-Projekte illustriert.

Interventionen im regionalpolitischen Bereich sollten grundsätzlich

- ... die Vielfalt der Akteurslandschaft in Österreich berücksichtigen und für Interventionen nützen,
- ... öffentliche, halböffentliche und private AkteurInnen der Bundesebene, der Landesebene, der Regionsebene und der Gemeindeebene einbinden,
- ... adäquat auf die Zuständigkeiten, Aufgaben und Möglichkeiten der jeweiligen Ebene abgestimmt und für diese gestaltet sein,
- ... in erster Linie bei den vorhandenen institutionellen Strukturen selbst ansetzen, Vorhandenes erweitern oder neu bündeln, und wenn nötig, strukturverändernd wirken,
- ... auf den Kontextbezug, auf die Organisationen, Entscheidungswege und Zielgruppen in der Regionalpolitik achten und in diesen Bereich wirksam werden,
- ... in integrativer Zusammenarbeit von Regionalpolitik und anderen (raumwirksamen) Sektorpolitiken entstehen,
- ... zur Reflexion des Geschlechterbezuges bei allem führen, was im Zuge des institutionellen Handelns geschieht.

<sup>128</sup> Beispielhaft zu nennen sind etwa für Niederösterreich eine Veranstaltung zum „Regionalen Mentoring für Frauen“ im Juni 2002, die EUREGIO Tagung „Frauen – Jugend – Grenzregionen“ im Oktober 2002 oder die Veranstaltungsreihe „Frauen wollen mehr“ im Februar/März 2003, die sich der Situation der Frauen im Erwerbsbereich in den verschiedenen Regionen Niederösterreichs widmete. Auch für die anderen Bundesländer vervielfältigen sich derzeit die Veranstaltungen zum Thema.

<sup>129</sup> ExpertInnen-Workshop zu den „Barrieren und Optionen für die Implementierung einer verstärkten Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalentwicklung“ am 11. Juli 2002 in Wien und Workshop zu den „Geschlechterbildern, die die regionale Entwicklungsplanung steuern“ im Rahmen der Tagung „Wir planen für Männer und Frauen – Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung“ am 20. September 2002 in Salzburg.

**Maßnahmenbereiche für eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“**

- Geschlechterbilder und -denken sowie Raumbilder und -denken
- Regionalpolitisches Setting und EU-Strukturfondspolitik
- Beteiligung und Know-how von Frauen im regionalpolitischen Diskurs
- Statistische Datenbasis und Ist-Analyse
- Gleichstellungspolitisches Setting und regionale Gleichstellungspolitik
- Einbindung von Fraueninitiativen, -netzwerken und Expertinnen in die Regionalpolitik
- Arbeits- und Wirtschaftsbeteiligung von Frauen in Regionen

**Geschlechterbilder und Geschlechterdenken sowie Raumbilder und Raumdenken**

Das Bürgermeisteramt – ein Amt für Frauen oder Männer? Krankenpflege – eine Arbeit für Frauen oder Männer? Die Einstellungen zu diesen Fragen haben viel mit den Bildern zu tun, die wir von Frauen und Männern im Kopf haben.<sup>130</sup> Die Vorstellungen, welche Berufe für Männer und welche für Frauen als geeignet angesehen werden, spiegeln unsere Geschlechterbilder in den Köpfen wider. Die Sensibilisierung für die uns inhärenten Vorstellungen, Bilder und Rollen von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft, insbesondere im persönlichen Arbeits- und Privatumfeld, wird von GleichstellungsexpertInnen als Voraussetzung für Gleichstellungsdenken und -arbeiten angesehen. Sie sprechen auch oft davon, die „geschlechtersensible Brille“ oder „Genderbrille“ aufzusetzen. Auch dem Gender Mainstreaming ist eine solche Vorgehensweise eingeschrieben. Zielsetzung sollte sein, zur Bewusstseinsbildung für Gleichstellungsfragen beizutragen und Ungleichheiten, aber auch Gleichheiten zwischen den Geschlechtern aufzuspüren. Personen und Institutionen, die in ihrem engeren oder weiteren Umfeld mit Gleichstellungsfragen konfrontiert sind, sind aufgefordert, diese Sensibilisierungsarbeit zu leisten. Wichtig dabei ist, es als ein Vorgehen zu verstehen, das Frauen und Männer gleichermaßen betrifft. Es reicht meist nicht aus, wie viele Beispiele zeigen, eine einzelne Person oder Abteilung für Gender Mainstreaming einzusetzen, sondern es sind sämtliche Personen – Frauen und Männer – in dieses Vorgehen einzubeziehen. Insbesondere sind jene für Sensibilisierungsmaßnahmen zu gewinnen, die Leitungs- und Entscheidungsfunktionen innehaben.

Wie raum- und sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, sind auch die Bilder und Vorstellungen, die wir mit Räumen verknüpfen, als immanenter Teil der Raumstrukturen zu verstehen und zu einem Teil für die Raumkonstituierung und daraus resultierende mögliche Aneignungsformen mitverantwortlich. Im Allgemeinen wird die Bedeutung, die wir Räumen beimessen, aber nicht reflektiert und oft nur angesichts von problematischen räumlichen Entwicklungsprozessen zum Thema gemacht. Dabei kann die Sensibilisierung und aktive Auseinandersetzung mit unseren Raumbildern und unserem Raumdenken dazu beitragen, Raumstrukturen zu hinterfragen und neue (nachhaltigere) Entwicklungswege für Räume zu entdecken.

<sup>130</sup> 1996 wurde europaweit die Frage erhoben: Sind diese Berufe bzw. Verantwortlichkeiten Ihrer Meinung nach eher etwas für Frauen oder Männer?

Beruf/Verantwortlichkeit	Zustimmung in Europa	Zustimmung in Österreich	Für wen?
Bürgermeister	1/5	1/2	für Männer
Banker	1/4	1/2	für Männer
Krankenschwester	1/3	3/4	für Frauen
Ingenieur	1/3	2/3	für Männer

(Eurobarometer 44.3 1996; eigene Auswertung)

Die Regionalpolitik steht in vielfältiger Weise mit den Geschlechterstrukturen unserer Gesellschaft in Beziehung und in verschiedenen Zusammenhängen werden Gleichstellungsfragen in der Regionalentwicklung bereits artikuliert, diskutiert und zum (Teil-)Ziel regionalpolitischer Interventionen gemacht. Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über Ideen/Vorschläge/Möglichkeiten, in welchen Formen Sensibilisierungsarbeit geleistet werden könnte. Sie sind darüber hinaus als Orientierungshilfe den einzelnen erarbeiteten Gleichstellungsdimensionen zugeordnet, um zu zeigen, dass es unterschiedliche Wege gibt, um ins Geschlechterdenken Bewegung zu bringen. Wie bereits ausgeführt, stehen die verschiedenen Gleichstellungsdimensionen in enger Wechselwirkung miteinander.

<b>Ideen und Vorschläge für Interventionen im Bereich Geschlechterbilder und Geschlechterdenken/Raumbilder und Raumenten</b>	
Übergreifendes Gleichstellungsziel stärken	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erarbeitung einer regionalen bzw. institutionellen Vision der Gleichstellung (Gleichstellungspolitisches Leitbild)</li> <li>• Erarbeitung von nachhaltig orientierten Zukunftsideen für eine Region unter Beteiligung von Männern <i>und</i> Frauen</li> </ul>
Gleichheitsdimension stärken	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Dichotomisierendes Geschlechterdenken aufzeigen und hinterfragen bspw. über „Geschlechterdemokratische Dialoge“</li> <li>• Informationskampagne über Ungleichheitsstrukturen</li> </ul>
Differenzdimension stärken	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aktionen unterstützen, die „typische“ Frauenarbeit in ihrer Bedeutung für die Regionalentwicklung sichtbar machen</li> <li>• Positive Aspekte „des Weiblichen“ erkennen und hervorheben</li> <li>• „Frauenwissen“ bewusst aufnehmen und fördern</li> <li>• Erstellung eines regionalen Frauenkalenders</li> <li>• Sensibilisierungsmaßnahmen</li> <li>• „Klischeehaftigkeit“ der Wahrnehmung der Geschlechterverhältnisse in verschiedenen Raumkontexten aufzeigen</li> </ul>
Vielfaltdimension stärken	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ungewöhnliche Kombinationen propagieren, um vom Denken entlang traditioneller Frauen- und Männerbilder wegzuleiten</li> <li>• Männliche „Zugpferde“ zur Förderung des Gleichstellungsgedankens finden und präsentieren</li> <li>• Interkulturelle/interregionale Austauschprojekte forcieren</li> <li>• Transnationale Projekte forcieren</li> <li>• Vorbilder/Patenschaften/Mentoring als generationen- und geschlechterübergreifende Maßnahme für Frauen/Mädchen und Männer/Burschen fördern</li> <li>• Gezielte Entwicklung identitätsstiftender Maßnahmen für alle Generationen, Altersgruppen, Sozialschichten, Ethnien</li> </ul>

Größte Bedeutung hat in diesem Zusammenhang, wie auch Projektumsetzungen zeigen, eine Vorgehensweise, die sensibel und mit ausreichenden Zeitressourcen ausgestattet ist. Es sollte auf keinen Fall eine radikale Abweichung von vorhandenem Denken und Verhalten provoziert werden, sondern eine Bewusstmachung aktueller Bilder von Geschlechterverhältnissen und Raumbezügen. Dem Affirmations- und Transformationscharakter möglicher Maßnahmen in diesem Bereich muss große Bedeutung beigemessen und es müssen zielgruppenadäquate Kommunikationstools aufgegriffen bzw. entwickelt werden. So erschwert etwa eine Reihe an Verständigungsproblemen derzeit augenscheinlich die Kommunikation zwischen den Praktikerinnen aus der „Frauenszene“ und den AkteurInnen der institutionalisierten Regionalpolitik. Wenn etwa in der Frauenpolitik vom „regionalen Kontext“ gesprochen wird, so bezieht sie sich primär einmal auf die Geschlechternormen, mit denen die Frauen bzw. Männer „vor Ort“ in ihrer Lebensgestaltung

konfrontiert sind. Wenn die Regionalpolitik derzeit auf den „regionalen Kontext“ Bezug nimmt, so rekurriert sie vorrangig auf die Frage, wie die Vernetzungen zwischen den ökonomisch relevanten Aktivitäten, Akteuren und Institutionen auf regionaler Ebene gestaltet werden können, damit innovative Prozesse in Gang gesetzt werden. Sensibilisierungsmaßnahmen müssen diese Verständnisunterschiede klar machen und offensiv aufgreifen.

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie über Kommunikation Vorstellungen zu Geschlechterbilder und -denken, zu Raumbildern und -denken thematisiert werden können. Die hier genannten Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt der vielfältigen Projekte, die in dem Bereich bereits stattfinden oder stattgefunden haben.

#### **Genderbus Oberösterreich**

Der Genderbus ist ein Informationsbus, der „Aufklärungsarbeit“ in Sachen Chancengleichheit leistet und im Jahr 2002 durch ganz Oberösterreich fuhr. Der Bus ist mit einem PC, einer Videoanlage sowie mit umfassenden Informationsmaterialien zum Thema Gender Mainstreaming ausgestattet. Mit dem Projekt wird das Ziel verfolgt, die Bedeutung von Chancengleichheit hervorzuheben, zu sensibilisieren und die dadurch entstehenden Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Frauen und Männer sichtbar zu machen. Im Jahr 2002 wurden in über 100 Gemeinden Oberösterreichs über 5000 Gespräche zum Thema Gleichstellung geführt.

Mehr Informationen: <http://www.chancengleichheit.at>

#### **Projekt Chiron - Chancengleichheit in der Region Mühlviertler Alm**

Die Mühlviertler Alm ist ein Regionalverband aus acht Gemeinden des Gerichtsbezirkes Unterweißenbach im Bezirk Freistadt. Das Projekt Chiron soll der Region Impulse für die zukünftige Entwicklungsdynamik liefern. Die Projekthalte sind Vernetzung bestehender Frauen- und Männerinitiativen, Organisation von Impuls- und Sensibilisierungsveranstaltungen zum Thema Chancengleichheit in der Region und im Anschluss die Umsetzung der dabei formulierten Leitsätze. Chiron sieht sich als Partnerin der Gemeinden bei der Unterstützung und Umsetzung von Gender Mainstreaming und will dabei die kommunalen Kommunikationsstrukturen nutzen.

Mehr Informationen: <http://www.muehlviertleralm.at>

#### **Egalité**

Mit Unterstützung des Büros für Frauenfragen des Landes Oberösterreich wurde im Herbst 1998 bis Frühling 1999 auf Initiative der Frauenstiftung Steyr das Projekt Egalité durchgeführt. Es zielte darauf ab, den Erfahrungstransfer und den Dialog zwischen regionalen AkteurInnen zu Frauen- und Gleichstellungsfragen in Gang zu setzen, regionale Stärken und Entwicklungspotenziale der Frauen zu identifizieren und Projektansätze zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen zu entwickeln. Im Dialog- und Transferprozess wurden die jeweilige Ausgangssituation, das Wissen über die Geschlechterverhältnisse in der Region sowie Instrumente und Strategien hin zu einer verbesserten Gleichstellung von Frauen und Männern in der Regionalentwicklung diskutiert. Es konnte mit dem Projekt ein Beitrag zur Regionalentwicklung geleistet werden, der das ökonomische und soziale Zusammenwachsen der beteiligten AkteurInnen nachhaltig förderte.

(Hinterleitner 2001)

#### **Gender-Border-Lines**

Ziel von Gender-Border-Lines ist es, die Grenzen des sozialen Geschlechts sichtbar zu machen. Hierzu geraten kulturelle Rituale in das Blickfeld, die der Konstitution des sozialen Geschlechts dienbar sind. Grenzüberschreitungen gehören ebenso dazu – sie spiegeln die kulturell und sozial geprägten Geschlechtermerkmale. Die soziokulturelle Konstitution des Geschlechts innerhalb von Gesellschaften wird entlang zweier Regionen (und dreier Sprach-Kulturen) auf dem Weg von Graz nach Triest (Österreich, Slowenien, Italien) dargestellt. Die Analyse von sozialen Geschlechtergrenzen und Strukturmerkmalen, die maßgeblich an der Konstitution des Geschlechts „Frau“ / „Mann“ beteiligt sind, passiert im Vergleich zwischen den Kulturen und innerhalb der Kulturen.

Mehr Informationen: [http://www.kfunigraz.ac.at/vwlwww/kreimer/peripherie/texte/gender\\_border\\_lines.htm](http://www.kfunigraz.ac.at/vwlwww/kreimer/peripherie/texte/gender_border_lines.htm)

**„Das internationale Austauschprogramm für die Frau auf dem Lande“**

Das Austauschprogramm für die Frau auf dem Lande stellt eine Möglichkeit dar, neue Länder, Menschen und Kulturkreise kennen zu lernen. Es bietet Gelegenheit, Einblick in das Leben in einer ländlichen Region eines anderen Landes zu erhalten. Das Programm sieht einen 2- bis 3-wöchigen Aufenthalt im Gastland vor, und zwar in einem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb, der dem eigenen Betrieb ähnlich ist. Als Bäuerin mag es interessant sein, wie in Finnland das Getreide angebaut und das Vieh aufgezogen wird. Im Gastland lebt man mit der Familie gemeinsam und lernt somit auch den Alltag in diesem Land kennen. Die Teilnehmerinnen des Austauschprogramms besorgen und bezahlen die Reise ins Gastland bis zum Zielort selbst. Teilnehmende Länder: Österreich, Deutschland, Finnland

Mehr Informationen: <http://www.agrar.net>, <http://www.dlv-onlinede.de>, <http://www.maajakotitalousnaiset.fi>

**Raumwahrnehmung – wie sehen wir die Bodenseeregion**

Veranstaltung im Rahmen des Jahresthemas „Lebensräume – Lebensträume, Raum sinnvoll nutzen“ der Bodensee Agenda 21

Die zentrale Frage des Workshops heißt: Wie nehmen wir den Raum um uns herum wahr und welchen Einfluss haben unsere Wahrnehmungsmuster wieder auf die Raumentwicklung? Uns interessiert, wie eine nachhaltige Entwicklung der Region Bodensee aussehen müsste. Aber um hier Ziele zu formulieren, ist es wichtig, die eigene Wahrnehmung des Raumes zu überprüfen. Es führt zu sehr unterschiedlichen Zielsetzungen der regionalen Entwicklung, ob ich den Raum als Ferienregion, als Landwirtschaftsregion oder als Hightech-Region ansehe. Dazu wollen wir mit der Bodensee Agenda 21 schwerpunktmäßig das Thema Flächennutzung aufgreifen: Flächenverbrauch, Siedlungsstrukturen, gesellschaftliche Trends und persönliche Verhaltensweisen mit Einfluss auf die Flächennutzung, und so weiter. An diesem Referenzthema wollen wir auch die Ziele einer nachhaltigen Regionalentwicklung fest machen. Der Kurs widmet sich in mehreren Blöcken den theoretischen und praktischen Grundlagen, die wir brauchen, um unsere Wahrnehmung von Raum reflektieren zu können. Das beinhaltet:

- Raum und Wahrnehmung als Begriffe
- Raumwahrnehmung als Handeln
- Praktische Erkundungen im „Umraum“

Mehr Informationen: [www.vorarlberg.at/zukunftsbuero](http://www.vorarlberg.at/zukunftsbuero)

**Regionalpolitisches Setting und EU-Strukturfondspolitik**

Über die Förderung von Gleichstellungsorientierung kann das regionalpolitische Setting gestärkt werden, indem etwa neue Impulse für regionale Entwicklungsprozesse entstehen. Von hoher Priorität ist es daher, Interventionen im zentralen regionalpolitischen Handlungsfeld, der Umsetzung der EPPD's im Rahmen der EU-Strukturfondspolitik zu den Ziel 1- und Ziel 2-Gebieten und in den Gemeinschaftsinitiativen zu setzen und damit auch von regionalpolitischer Seite unterstützend auf die Ziel 3-Entwicklungsziele einzuwirken. Aber auch im regionalpolitischen Setting selbst sind Interventionen nötig und wichtig. ExpertInnen haben dafür folgende Begründungen genannt:

- Das regionalpolitische Handlungsfeld erscheint vielfach diffus, z.T. auch aufgrund der Akteurslandschaft, die breit gestreut ist, auf unterschiedlichsten Ebenen agiert und über vielfältige Geld-, Informationsflüsse und Vernetzungsstrukturen verfügt. Die Zugänglichkeit zu jenem Wissen, das für eine Beteiligung notwendig ist, ist für Frauen, die nicht in regionalpolitischen Institutionen tätig sind, sehr schwierig. Die informellen Netzwerke, über die dieses Wissen ebenfalls transportiert und mitgestaltet wird, sind in Österreich darüber hinaus noch immer stark männerbündisch strukturiert.



- Problematisch am wirtschaftlich orientierten Herzstück von Regionalpolitik wird erachtet, dass kein eigenständiger regionalpolitischer Diskurs unter Frauen zu Stande kommt (bzw. wieder verloren gegangen ist) und sich nur wenige Frauen die theoretische und praktische Auseinandersetzung damit zutrauen. Vielfach erscheinen die Zielsetzungen und die Bedingungen der Teilnahme alltagsfern, sodass keine direkte Beziehung zu den eigenen Vorstellungen und Anliegen herstellbar ist und der Wunsch nach einer größeren Einbindung von Seiten der Frauen auch gar nicht geäußert wird.
- Viele „typische „Frauenprojekte“ sind zwar durchaus mit den Grundanliegen regionaler Strukturpolitik zu verknüpfen, das Kofinanzierungsinstrumentarium, das in Österreich für die Umsetzung der Projekte fixiert wurde, knüpft jedoch größtenteils an die „klassischen“ Finanztöpfe und –instrumente der Wirtschaftsförderung an. Die Richtlinien der verschiedenen kofinanzierenden Förderstellen zur Fördervergabe orientieren sich im Allgemeinen an reinen Wirtschaftsaspekten und sind daher nur schwer für integrative Frauenprojekte – die typischerweise soziale, kulturelle und ökonomische Aspekte gleichzeitig aufgreifen – zugänglich und nutzbar.

Der konkrete Rahmen der EPPDs zu den Ziel 1- und Ziel 2-Programmen wird unter anderem aufgrund der oben genannten Bedingungen und Gründe derzeit nicht ausreichend für Projekte von und für Frauen genutzt. Viel zu oft wird explizit oder implizit davon ausgegangen, dass Frauen zumindest indirekt von den gesetzten Maßnahmen und Projekten profitieren. Wird die Größenordnung der öffentlichen Finanzmittel betrachtet, die im Bereich der regionalen Strukturfondsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen umgesetzt werden, so ist es aus regionalökonomischen und demokratiepolitischen Gründen nicht ausreichend, auf indirekte Partizipation der Frauen an den Ausgaben zu hoffen. Insbesondere kann und darf nicht davon ausgegangen werden, dass über „kleine“ (anderweitige) Fördertöpfe ausreichend Finanzmittel bereit gestellt werden können, um all jene Impulse an Veränderung in die herrschenden „Geschlechterverhältnisse“ hineinzutragen, die für eine nachhaltige Innovationsfähigkeit der Regionalwirtschaft notwendig sind.

Die Schnittstelle bzw. Verbindung speziell zwischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik findet zuwenig Beachtung bei strukturpolitischen Aktivitäten. Meseke (2002, 98) formuliert diesen Zusammenhang folgendermaßen: „Wichtig für einen frauenpolitischen Blickwinkel ist, dass der EFRE keine Personen fördert, sondern Strukturen und Investitionen. Das bedeutet, dass eine unmittelbare Einbeziehung von frauenspezifischen Ansätzen schwieriger ist und argumentativ über die Wirkungen vermittelt werden muss, die durch diese Interventionen erfolgen. Es ist also zu unterscheiden zwischen beispielsweise den Arbeitplatzeffekten im Rahmen von Infrastrukturförderungen und den „eigentlichen“ Zielsetzungen, dem Bau von Straßen oder einer Brachflächensanierung. Beide – die unmittelbaren und die mittelbaren Auswirkungen – müssen unter geschlechtsspezifischen Fragestellungen analysiert werden. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass es sich hierbei um ein Tabu-Thema handelt, das aller Voraussicht nach die jetzige Programmperiode überleben wird“.

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Unzulänglichkeiten erachten die Autorinnen dringend Maßnahmen für notwendig, die

- die Implementierung einer Gleichstellungsorientierung auf allen administrativen Ebenen unterstützen,
- die Bedingungen zur aktiven Teilnahme von Frauen am regionalpolitischen Diskurs verbessern,

- mehr Transparenz in den regionalpolitischen Wissens- und Informationsfluss bringen,
- das Ineinandergreifen und Abstimmen von Ziel 1- bzw. Ziel 2-Strukturfondsmaßnahmen mit Ziel 3-Maßnahmen verbessern,
- zur Erhöhung der Zahl der Frauen- und Gleichstellungsprojekte führen, die über EFRE-Mittel finanziert werden,
- die Schnittstellen zwischen Innovationen in der Sozial- bzw. Versorgungswirtschaft und jenen in der Exportwirtschaft ausloten,
- die Geschlechterspezifika von regionalpolitischen Maßnahmen mitdenken und die scheinbare Geschlechterneutralität regionaler Strukturpolitik aufdecken.

Konkret ließen sich diese Forderungen etwa über folgende Ansätze in den Entwicklungszielen, Themen und Maßnahmen integrieren und verwirklichen:

**Ideen und Vorschläge für Interventionen in den Entwicklungszielen, Themen und Maßnahmen der Regionalpolitik**

- Stärkung der Zugänglichkeit des regionalen Exportsektors für Frauen
- Aufbrechen des technologiezentrierten Denkens im Innovationsbereich
- Aufbrechen der Tabus hinsichtlich der scheinbar geschlechterneutralen Förderkategorien von Infrastrukturen und Investitionsförderungen
- Stärkere Einbindung „weicher“ Bereiche in unternehmensbezogene Vernetzungen wie Cluster
- Stärkere Orientierung an „versorgenden Alltags“ bei der Planung von Innovationszentren
- Gründerinnenzentren
- Clusterbildung im Dienstleistungsbereich
- Regionale Kreativitätszentren statt regionaler Innovationszentren
- Gewerbehöfe für Frauen
- Schaffung von regionalen Ressourcen-Zentren für Frauen
- Kleinprojektfinanzierung erhalten bzw. ausbauen
- Gründungsberatungen stärker auf die Bedürfnisse von Frauen orientieren
- Stufenpläne für die Erreichung von Gleichstellungszielen in der Regionalpolitik erstellen
- Nahverkehrsorientierung auch bei internationalen Großprojekten stärken
- Förderstellen mit Anreizsystemen für Gleichstellungsorientierung ausstatten
- Institutionalisierung einer Gleichstellungsstelle für Planungsagenden
- Geschlechterparitätisch besetzte Begleitforen-, -gremien und -ausschüsse
- Maßnahmen zur aktiven Rekrutierung von Frauen als Unternehmerinnen / Mitarbeiterinnen in Technologiezentren
- Förderung innovativer, gleichstellungsorientierter Personal-, Arbeitszeit- und Gehaltspolitik von Unternehmen
- Förderung innovativer Prozesse im regionalen Versorgungssektor
- Fachhochschulstrukturen verstärkt für Frauen öffnen
- Nutzen wissensbasierter Entwicklungsziele explizit mit und für Frauen

In der laufenden Strukturfondsperiode könnten nach Ansicht der Autorinnen folgende Ideen und Überlegungen zu mehr Gleichstellungsorientierung beitragen:

#### **Ideen und Vorschläge für Interventionen im Rahmen der Strukturfonds**

- Die Materie „Strukturpolitik der EU“ im mehrdimensionalen Verwaltungsapparat transparenter machen und gezielter an Außenstehende kommunizieren
- Vereinfachung der Verwaltungsabläufe beginnend bei der Einreichung von Projekten
- Entsendung von mehr (Fach)Frauen als ExpertInnen in die Begleitausschüsse der Länder und des Bundes
- Technische Hilfe für Gender-Training, Gender-Sensibilisierung, Gender-Kompetenz nutzen
- Technische Hilfe zum Aufbau fachlicher Kompetenzen bei den NGOs nutzen
- Über Maßnahmen zur Publizität Relevanz des Themas Gleichstellung vermitteln
- Finanzielle Vorleistungen von finanzschwächeren ProjektträgerInnen abgelden
- Programmverantwortliche Stellen und kofinanzierende Förderstellen über Gleichstellung und Gender Mainstreaming informieren und schulen
- Transparenz über geplante und durchgeführte Projekte mit EFRE Mitteln erhöhen (für die Öffentlichkeit zugängliche EFRE-Projekt Datenbank schaffen)
- Stärken-Schwächen-Analysen auf Basis der Beratung durch regional verankerte Frauen- und Gleichstellungsexpertinnen überarbeiten
- Offensive Informationsvermittlung
- Finanzierung weiterer Studien und Untersuchungen innerhalb der Interventionen

#### **Klassifizierung von Projekten in Hinblick auf Gleichstellungsorientierung**

Vielfach wird auch bei der Bewertung der Gleichstellungsorientierung von Maßnahmen und Interventionen im strukturpolitischen Bereich von „geschlechterneutralen“ Auswirkungen ausgegangen, was für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern nicht zuträglich ist. Die EU versucht mit der Klassifikation „gleichstellungspositiv“, „gleichstellungsorientiert“ oder „gleichstellungsneutral“ immerhin einen Schritt weiter zu gehen.

Eine Alternative zu diesen Bewertungskategorien könnte darin bestehen, bei der Beurteilung eines Projektes explizit danach zu fragen, ob es die Diskriminierung von Frauen verstärkt, reproduziert oder vermindert. Der Vorteil dieser Bewertungskategorie bestünde darin, dass dabei nicht der Anschein erweckt wird, als würden beide Geschlechter gleichermaßen von Diskriminierungen betroffen sein, wie dies im Zuge der Gender Mainstreaming Debatte in letzter Zeit häufig der Fall ist (Meseke 2002, 106). Es zeigt sich aber, dass es bei den meisten Interventionen um den Abbau der Diskriminierung von Frauen (und anderer gesellschaftlich benachteiligten Gruppen) gehen muss. Die OECD empfiehlt daher die Klassifikation in die Diskriminierung „verstärkende“, „reproduzierende“ und „aufhebende“ Initiativen (Meseke und Armstroff 2001, 27).

### Gmoa-Bus

Mehr Mobilität und trotzdem weniger Verkehr im Dorf – wie geht das?

Die Gemeinde Pötsching im Burgenland zeigt mit ihrem Modellprojekt zur Frauenmobilität auf, wie die Reduzierung von Begleit- und Erledigungsweegen gelingen kann. Vor allem Kinder und ältere Menschen haben es oft schwer, ohne Hilfe ihre Wege und Termine zum Einkaufen, zum Arzt, zur Schule, zum Sport wahrzunehmen. Meist sind sie auf Personen angewiesen, die sie mit dem Auto bringen und holen. Dies produziert eine Form von Mobilität, die neben persönlichen Einschränkungen auch zu mehr Autoverkehr im Dorf führt. Für Begleit- und Erledigungswege im Ort legen PötschingerInnen rund 39.000 Kilometer pro Jahr mit dem PKW zurück. Allein für die Wege zur Schule, zum Kindergarten und zurück werden 1.300 Stunden im Auto verbracht.

Der „Gmoa-Bus“ ist ein bedarfsorientiertes, flexibles Bus-Taxi, das jede/n innerhalb von Pötsching einfach und schnell an ihr/sein Wunschziel chauffiert. Weniger Begleit- und Erledigungswege mit dem PKW bedeuten weniger Dorfverkehr und damit weniger Gefahren auf der Straße. Auch die Umwelt wird es danken. Ein behindertengerechter Kleinbus mit 8 Sitzplätzen, eine spezielle Entwicklung für dieses Projekt, wurde angeschafft. Charakteristika sind bedarfsorientierte Tür-zu-Tür-Routen mit einem zentralen Standplatz im Zentrum sowie möglicher auch telefonischer Voranmeldung zehn Minuten vorm Abfahrtstermin. Das Projekt, in dem primär Frauen als Fahrerinnen beschäftigt sind, wurde zum vollen Erfolg, zum auch international weit beachtetem Modellprojekt und mit Preisen ausgezeichnet. Im ersten Jahr der Inbetriebnahme verzeichnete man über 25.000 Fahrten, mehr als manche Kleinstadt über ihren öffentlichen Verkehr erreicht.

Mehr Informationen: <http://www.poetsching.info/gmoabus.htm>

### Just GEM

Das Projekt „Just GEM“ hat sich zum Ziel gesetzt, Gleichstellung und Gender Mainstreaming in den arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten von Organisationen und Unternehmen zu verankern. Strukturverändernde Prozesse sollen in Gang gesetzt werden und in Zukunft eine umfassende Gleichstellungspolitik in der steirischen Arbeitsmarktpolitik forcieren.

Zielsetzungen von „Just GEM“:

- Beseitigung geschlechtsspezifischer Benachteiligung am Arbeitsmarkt,
- Verankerung von Gender Mainstreaming in arbeitsmarktpolitisch relevanten Organisationen und Unternehmen
- Stärkung der Handlungskompetenz aller beteiligten Organisationen, Unternehmen und AkteurInnen vor Ort im vereinbarten Strategiefeld

Aus einer regionalpolitischen Perspektive betrachtet ist die Einbindung von Regionalmanagements in die Durchführung konkreter Pilot-Aktionen in einem integrierten Prozess besonders hervorzuheben, sowie die geplante Überleitung der positiven Ergebnisse in die allgemeine Politik.

Zielgruppe sind Gender Mainstreaming-Beauftragte, VertreterInnen des oberen und mittleren Managements relevanter regionaler Organisationen und Unternehmen, MaßnahmenträgerInnen, Opinion Leader, politische RepräsentantInnen und die Öffentlichkeit.

Geplante Maßnahmen:

- Pilotprojekte zum Kompetenzerwerb zum Thema Gender Mainstreaming durch Maßnahmen der Bewusstseinsbildung, Schulungen, Begleitung, Coaching und Evaluierung
- Erhebung konkreter Daten und soziokultureller Rahmenbedingungen zur Identifikation der Handlungsfelder für Gender Mainstreaming
- Entwicklung und Umsetzung regionaler Pilotprojekte zur Implementierung von Gender Mainstreaming in arbeitsmarktpolitisch und regional relevanten Organisationen und Unternehmen

Mehr Informationen: <http://www.equal-esf.at/>

**GesiR – Gendersensible Regionalentwicklung**

Ziel dieses Projekts ist es, eine gendersensible Perspektive und Praxis in die Regionalentwicklung einzuführen. Im niederösterreichischen Pilotprojekt ist die nachhaltige Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ein zentraler Bestandteil.

GesiR interveniert auf drei Ebenen und will Gender Mainstreaming verankern in regionalen Entwicklungsprogrammen und Förderrichtlinien des Landes, in regionalen Entwicklungsorganisationen und in regionalen Projekten.

Auf Landesebene soll die Strategie des Gender Mainstreaming in alle Förderrichtlinien und regionalen Entwicklungsprogramme des Landes integriert werden. Die regionalen Entwicklungseinrichtungen werden bei der Integration von Gender Mainstreaming in ihren Strukturen und Arbeitsprozessen unterstützt. Sie sollen in Zukunft den Gedanken des Gender Mainstreaming als Multiplikatorinnen zwischen dem Land und regionalen AkteurInnen vermitteln. Auf Projektebene wird im Regionalmanagement Mitte/West gendersensible Unternehmensorganisation und -kultur entwickelt. Das Regionalmanagement Waldviertel will eine Unterstützungsstruktur für Gender Mainstreaming aufbauen, Bewusstseinsarbeit leisten und Beratung für regionale Projektträger anbieten.

Die Projekte folgen zwei regionalpolitischen Kernthemen:

- Gender Mainstreaming und die Umstrukturierung alter Industriegebiete (Triestingtal)
- Gender Mainstreaming und die Umsetzung einer gründungs- bzw. technologieorientierten Regionalpolitik

Strategien:

- Verknüpfung von Regional-, Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Interventionen
- Weiterentwicklung der endogenen zur gendersensiblen Regionalentwicklung

Zielgruppen der Interventionen:

- EntscheidungsträgerInnen, MultiplikatorInnen, BeraterInnen, RaumplanerInnen
- WiedereinsteigerInnen und Personen mit Betreuungspflichten (überwiegend Frauen)
- Personen, die eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf anstreben
- Beschäftigte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen
- Unternehmen

Mehr Informationen: <http://www.equal-esf.at/>

**Beteiligung und Know-how von Frauen im regionalpolitischen Diskurs**

Vielfach wird der Förderung der Verbindung von fachlicher Expertise (Regionaler Entwicklungspolitik) und Gender Expertise zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auch die Beteiligung am regionalpolitischen Diskurs gelingt oft nicht. Häufig werden die Erfahrungswerte von Frauen als nicht relevant für Planungs- und Entwicklungsprozesse erachtet: Ein Beispiel: Frauen wissen oft sehr gut aufgrund der Hauptlast an Versorgungsaufgaben über innerstädtische und innerkommunale Verkehrsprobleme Bescheid, werden aber nicht als meinungsbildende Gruppe für Verkehrsfragen in diesem Bereich gesehen. Insgesamt kann als problematisch gewertet werden, dass

- zu wenig geschulte Fachkräfte/BeamtInnen/PolitikerInnen um Gender Mainstreaming Bescheid wissen,
- Verantwortlichkeiten für Gleichstellungsorientierung in Institutionen oft nur an einer Person hängen – meistens einer Frau – und wenig Engagement von Männern in diesen Fragen gezeigt wird,
- die Kombination des Themas Regionale Entwicklungspolitik und Gender Expertise in Ausbildungscurricula zu Regionalentwicklung noch weitgehend fehlt,
- Entscheidungsstrukturen in Regionen stark auf das Bürgermeisteramt zugeschnitten sind und in Vorständen wenig Frauen zu finden sind,

- Jurys und andere Entscheidungsorgane in regionalen Entwicklungseinrichtungen, Fördereinrichtungen des Bundes und des Landes oft nur mit Fachmännern besetzt sind und sich oft keine Fachfrauen „finden lassen“,
- Meinungen von Personen, die in weniger machtvollen Positionen stehen – die etwa aus dem NGO-Bereich kommen, generell eher als weniger bedeutsam gewertet werden als Meinungen von Personen mit „signifikanter“ Machtausstattung,
- Frauen mit ihren vielfältigen und unterschiedlichen Erfahrungen als Meinungsbildnerinnen oft übersehen werden,
- Quotenregelungen zur Erreichung einer höheren Beteiligung von Frauen vielfach stark abgelehnt werden.

#### **Vorschläge und Ideen zu Interventionen im Bereich Beteiligung und Know-how von Frauen im regionalpolitischen Diskurs**

- Bildungsstrukturen für regionalpolitisches und gleichstellungspolitisches Know-how integrieren
- Regionale Ansprechpartnerinnen für Gleichstellungsfragen institutionalisieren
- Kommunale Frauenbeauftragte flächendeckend verankern und ihre Vernetzung fördern
- Stufenpläne und Quotenvereinbarungen zu Erreichung einer Frauenquote von 30 bis 40% in allen regionalpolitisch relevanten Gremien
- Auseinandersetzung mit und Ansetzen bei vorhandenen Stärken der Frauen im regionalen Kontext
- Setzen auf Qualifizierungen, die traditionelle und neuartige Frauenqualifikationen auf regionaler Ebene bündeln
- Frauen und Männer für Gleichstellungsorientierung in Institutionen schulen
- Zu Sitzungen männliche und weibliche VertreterInnen paarweise entsenden
- Politiklehrgänge für Frauen ausbauen
- Sitzungs- und Gremienzeiten besser auf Zielgruppe „Personen mit Versorgungspflichten“ abstimmen

#### **Winterschule für Hanf und Flachs**

Die Wiederbelebung des traditionellen Hanf-, Flachs-, Nessel- und Färbepflanzenanbaues, sowie die Verarbeitung der Rohstoffe vor Ort und damit verbunden die Nutzung der heimischen, natürlichen Ressourcen, sind das Ziel des im Frühjahr 1999 gegründeten Vereins der Winterschule für Hanf und Flachs. Gefördert aus Mitteln des Landes Kärnten und des ESF liegt das Hauptaugenmerk auf der Verbesserung der Wertschöpfungsmöglichkeiten sowie der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Zurzeit ist es möglich, eine Ausbildung zu Flachs- und Hanfanbau und -verarbeitung und zu ProjektmanagerInnen zu machen.

Mehr Informationen: <http://www.7-freunde.net/schloss-manndorf/>

#### **FrauenRatschlag – Region Stuttgart**

Der Frauenratschlag ist ein Netzwerk von Frauen aus den Bereichen Kommunalverwaltung, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Gewerkschaften, Kontaktstellen Frau & Beruf, Fachfrauen und Politikerinnen. Es ist ein deutschlandweit einmaliges Modell der konstruktiven Einmischung von Frauen in Politikfelder, die auf den ersten Blick keine geschlechtsspezifischen Aspekte aufweisen. Ziel der Zusammenarbeit ist die Einbeziehung der frauen- und geschlechterspezifischen Fachöffentlichkeit in Planungsprozesse. Erreicht wird das über:

- Initiierung von Modellprojekten: Frauen als Innovationspotenzial für Wirtschaftsförderung
- Erarbeitung geschlechtsspezifischer ausgewiesener Basisdaten: Strukturdatenatlas
- Verfassen von Stellungnahmen und Empfehlungen
- Initiierung von Dialogstrukturen, z.B. Workshops „Frauenbelange in Regionalplanungsverfahren“

Mehr Informationen: <http://www.region-stuttgart.de>

### **Kompetenzzentrum CHAD – Chancengleichheitspolitik in der Arbeits- und Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts**

CHAD ist eine Beratungs- und Entwicklungsagentur zur Gender-Mainstreaming- Verankerung in der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in Deutschland. Beratung und Begleitung bei der Umsetzung der Chancengleichheitspolitik in Betrieben, Organisationen sowie im kommunalen oder regionalen Bereich stehen im Vordergrund. Angesprochen sind damit AkteurInnen aus Politik und Gewerkschaften, Verwaltung, Betrieben, Branchen, Institutionen oder Verbänden. Das Kompetenzzentrum wird gebildet durch ein Team von erfahrenen Beratern und Beraterinnen für Arbeitsmarkt-, Struktur- und Chancengleichheitspolitik. Das Anliegen ist, Gender-Aspekte in zentrale Themen der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik zu integrieren, Ideen zu praxisrelevanten Projekten zu entwickeln und bei der konkreten Umsetzung der Projekte zu beraten und (auch wissenschaftlich) zu begleiten. Das Kompetenzzentrum sorgt sowohl für eine Mobilisierung und Sensibilisierung als auch für eine Informationsvermittlung und Kompetenzentwicklung. Das Tätigkeitsspektrum umfasst im Einzelnen:

- Beratung bei der Konzeption und Umsetzung von betriebs-, branchen- und regionsbezogenen Gemeinschaftsinitiativen zur Gleichstellungspolitik
- Systematische Aufbereitung der Instrumente und Bewertungsschemata für wirksame Strukturförderung mit Gleichstellungsimplicationen
- Bundesweite Aktivitäten und Diskurse für die europäische Idee des Gender Mainstreaming

Mehr Informationen: <http://www.chancengleichheit-21.de/index.html>

### **Statistische Datenbasis und Ist-Analyse**

Für die Umsetzung gleichstellungsorientierter Regionalentwicklung ist eine gute Datenbasis zu den Geschlechter(un)gleichheitsstrukturen unentbehrlich. Zahlen stützen in den meisten Fällen Argumente, die oft zu weitreichenden Entscheidungen führen. Um angemessene Aussagen über den Stand der Frauen- und Männererwerbsarbeit in Regionen machen zu können, sind geschlechterspezifische und regionale Daten etwa nach Branchen, Vollzeit/Teilzeit, Qualifikation, Arbeitslosigkeit oder über Berufswahlprozesse zwingend notwendig, die darüber hinaus auch in ihrer Dynamik untersucht werden müssen. Nur so kann ein Überblick über die wichtigsten Segmente der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern in der Region geschaffen werden. Auch für strukturpolitische Maßnahmen bildet eine gute Ist-Analyse der regionalen Situation eine wichtige Entscheidungshilfe. Auf Basis solcher Argumente können nachdrücklich Maßnahmen und Projekte etwa zugunsten von Frauen eingefordert werden. Für die EU-Strukturfondspolitik kann damit aber auch das Fundament gestärkt werden, fondsspezifische und „gleichstellungspolitische“ Ziele in Übereinstimmung zu bringen.

#### **Ideen und Vorschläge zur Intervention im Bereich „Statistische Datenbasis und Ist-Analyse“**

- Verpflichtung, Daten geschlechtersensibel zu erheben
- Lebenszyklusbezogene und alltagsgerechte Sichtweise bei der Datenerhebung einnehmen
- Regionale Präsentation von Forschungsergebnissen fördern
- Einbindung regionaler Forschungseinrichtungen in die Datenerhebung
- Verbesserte Medienarbeit
- Datenkataloge mit geschlechterspezifischen Datenquellen erstellen
- Entwicklung eines qualitativen und quantitativen Indikatorensystems zur Ermittlung des Fortschritts hinsichtlich des Abbaus von Diskriminierungen
- Veränderung der bisherigen Systematik bestehender Erhebungsverfahren und Statistiken im Sinne von „Engendering Statistics“
- Geschlechterspezifische Regionalanalysen finanzieren
- „Mapping Gender“ – Visualisierung geschlechterspezifischer Ungleichheitsstrukturen
- Maßnahmen zur verbesserten Verknüpfung von statistischen Ergebnissen mit geschlechtersensiblen Entwicklungszielen und der Ausrichtung von Projekten

### Observatoria

Gender Mainstreaming – eine Strategie zur Verringerung der Einkommensdifferenz  
Observatoria ist ein Projekt des Netzwerks österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen. In dem Projekt soll die Erfahrung von NGOs, die im Frauenbereich tätig sind, zur Implementierung und Verbreitung des Prinzips Gender Mainstreaming in Österreich und den Partnerländern (Frankreich, Niederlande, Italien und Spanien) beitragen. Zentral ist dabei die Suche nach neuen Wegen zur Verringerung der Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen und die Vernetzung relevanter AkteurInnen.

Ziele sind

- Information über Gender Mainstreaming verbreiten
- Regionale Beobachtungsgremien im Bereich Gender Mainstreaming einrichten
- Die Auswirkung von Maßnahmen im Bereich der Einkommensdifferenz zwischen Männern und Frauen überprüfen

- Vorschläge zur Verringerung der Einkommensdifferenz erarbeiten

Aktivitäten im Rahmen des Projektes:

- Regionale Schulungen und Fachtagungen zum Thema "Gender Mainstreaming"
- Aufbau und Betreuung von Arbeitsgruppen im Bereich Gender Mainstreaming in 6 Bundesländern und 4 transnationalen Partnerländern
- Entwicklung von Gender Mainstreaming-Instrumenten (tools) zur Überprüfung von Maßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Verringerung von Einkommensdifferenzen zwischen den Geschlechtern
- Aufbau eines online-Observatoriums zur Beobachtung der Entwicklung der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt

In den ersten Projektmonaten wurden 10 regionale Arbeitsgruppen in sechs österreichischen Bundesländern und vier transnationalen Partnerländern aufgebaut. Diese regionalen Plattformen vernetzen insgesamt 90 AkteurInnen aus den institutionellen und nicht institutionellen Bereichen der Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik. Darunter: Frauenreferentinnen der Länder und des Arbeitsmarktservice, Gleichbehandlungsbeauftragte, Gender Mainstreaming Beauftragte, VertreterInnen der Sozialpartner und Mitarbeiterinnen von Fraueneinrichtungen. Nach einer Einschulung zu Theorie und Instrumenten des Gender Mainstreaming arbeiten sie anhand ausgewählter Fragestellungen zur Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern.

Mehr Informationen: <http://www.telecom.at/femwien/netzwerk/welcome.htm>

### Gleichstellungspolitisches Setting und regionale Gleichstellungspolitik

Natürlich müssen auch Anforderungen und Möglichkeiten diskutiert werden, die am gleichstellungspolitischen Setting selbst ansetzen. Einerseits ist in vielerlei Hinsicht das gleichstellungspolitische Umfeld von den Ressourcen her nicht ausreichend daraufhin vorbereitet oder ausgestattet, Gleichstellungsfragen vertikal über die unterschiedlichsten Sektorpolitiken oder – wie im hier diskutierten Fall – über die verschiedenen raumwirksamen Politiken erfolgreich umsetzen. Andererseits gibt es in vielen regionalpolitisch relevanten Politikfeldern großen Bedarf, angesichts der legislativen Veränderungen – etwa mit der Einführung von Gender Mainstreaming in Landesregierungen – mit adäquaten Maßnahmen zu reagieren. Als problematisch oder risikobehaftet für eine erfolgreiche Umsetzung von Gleichstellungsorientierung werden dabei folgende Punkte identifiziert:

- Kommunikation von Gleichstellung: es muss sich nicht immer um „win-win“-Situationen handeln, auch moralische oder demokratiepolitische Argumente zählen
- Keine ausreichende Dotierung für Gender Mainstreaming
- Bevorzugung des Begriffs Gender Mainstreaming unter Ausblendung anderer Gleichstellungsbegriffe
- Trotz neuer „Gender“-Begrifflichkeit, wird Gleichstellung als Frauenfrage behandelt



- Abdrängen von Gleichstellungsprojekten in Modellprojekte, die zu wenig Breitenwirkung für den Mainstream erzielen
- Sehr unterschiedliches, teilweise sehr enges Verständnis von Gleichstellung
- Auseinandersetzung mit Männern dominiert das Zeitbudget
- Gender Mainstreaming fokussiert sehr stark auf die Innenperspektive von Institutionen
- Präzisierung der Begrifflichkeiten und Maßnahmenkonzepte (Gender Mainstreaming, Frauenförderung, Gleichbehandlung, ...) notwendig
- Mangelnde Zusammenführung von „Best Practice“-Projekten etwa in Form von Kompetenzzentren, Informationsplattformen etc. fehlt
- Aufhängen des Gender Mainstreaming an Einzelprojekten kostet viel Zeit und Energie
- Einsparen frauenspezifischer Maßnahmen zugunsten von Gender Mainstreaming

#### **Ideen und Vorschläge für Interventionen in gleichstellungspolitischem Setting und regionaler Gleichstellungspolitik**

- Vergabe von Expertisen der Frauen- oder Gleichstellungsabteilungen muss finanziell besser gesichert werden
- Aufbau eines ExpertInnenpool für Gleichstellungsfragen
- Finanzielle und personelle Ausstattung der Frauenbüros der Länder verbessern
- Frauen- und Gleichstellungsstellen in den Regionen weiter ausbauen und finanziell und personell adäquat ausstatten
- Schaffung regionaler Kompetenzzentren für Gleichstellung und Regionalentwicklung
- Einrichtung einer Koordinationsstelle für Gender Mainstreaming im EFRE
- Einrichtung einer Koordinationsstelle für Gender Mainstreaming im EAGFL
- Einrichtung einer Fondsübergreifende Koordinierungsstelle für Gleichstellungsfragen für die EU-Strukturfonds
- Einrichtung von Regionalmanagementstellen für Frauenangelegenheiten bzw. Gender Mainstreaming
- Förderung überregionaler Vernetzungen der regionalen Gleichstellungsexpertinnen
- Entwicklung von einfachen Checklisten zum „Gendern“ von Projekten und Maßnahmen
- Erarbeitung von Richtlinien für ein Gender Impact Assessment von Großprojekten
- Forschungsvorhaben in Gleichstellungsfragen unterstützen

#### **gender now – Gender Mainstreaming in Niederösterreich**

gender now ist die regionale Koordinationsstelle des Niederösterreichischen Beschäftigungspaktes zur Umsetzung des Gender Mainstreaming. gender now bietet Information, Beratung, Wissenstransfer, Vernetzung und Analyse zur regionalen Umsetzung der Gender Mainstreaming-Strategie. Es ist gedacht für ProjektträgerInnen, regionale AkteurInnen, politische EntscheidungsträgerInnen, Unternehmen und alle Personen in Niederösterreich, die an Gender Mainstreaming interessiert sind. gender now unterstützt die arbeitsmarktpolitisch relevanten AkteurInnen dabei, die Gender Mainstreaming-Strategie in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereichen umzusetzen, koordiniert die regionale Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie im Niederösterreichischen Beschäftigungspakt. Die Stelle wurde im April 2002 eingerichtet.

Mehr Informationen: [www.gendernow.at](http://www.gendernow.at)

**Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming (IMAG GM)**

In der IMAG GM sind alle Ressorts des Bundes, die Parlamentsdirektion, der Rechnungshof, der Verfassungsgerichtshof, der Verwaltungsgerichtshof, die Volksanwaltschaft sowie die Gewerkschaft vertreten. Den Vorsitz hat derzeit die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, die Geschäftsführung obliegt der Frauensektion, Abteilung II/1 im BGF. Ziel der IMAG GM ist es, den Prozess des GM in allen Ressorts und auf allen politischen Ebenen zu unterstützen und zu begleiten. Zu ihren vielfältigen Aufgaben zählen der Austausch von Informationen und nachahmenswerten Initiativen in den Ressorts sowie von in- und ausländischen „Best Practice“-Beispielen, die Entwicklung von Kriterien für die Umsetzung der GM-Strategie sowie die Begleitung und Evaluierung laufender Projekte, Maßnahmen und Gesetze hinsichtlich der Anwendung der GM-Zielsetzungen.

Mehr Informationen: [www.imag-gendermainstreaming.at](http://www.imag-gendermainstreaming.at)

**Koordinationsstelle Gender Mainstreaming im ESF**

Die GeM-Koordinationsstelle ist Informationsdrehscheibe und Plattform zum Thema Gender Mainstreaming und Chancengleichheit am Arbeitsmarkt. Begleitung bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming im ESF durch Information, Vernetzung und Beratung. Die Koordinationsstelle Gender Mainstreaming im ESF wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen des Ziel 3-Programmes eingerichtet und begleitet mit Information, Vernetzung und Beratung. Sie betreut auch die Plattform TEPGEM der Gender Mainstreaming ExpertInnen der Territorialen Beschäftigungspakte.

Mehr Informationen: <http://www.gem.or.at/>

**Bodensee Agenda 21 „Lebensräume – Lebensträume, Raum sinnvoll nutzen“**

Dahinter verbirgt sich die ganze Palette der Fragen, die das unmittelbare Umfeld jedes Einzelnen betreffen. Thematisiert werden daher die Zersiedelung der Landschaft, die Konflikte durch die konkurrierende Flächennutzung von Wohnen, Verkehr, Landwirtschaft, Freizeit und Erholung im Spannungsfeld mit den veränderten Ansprüchen an die Wohnqualität, die Abnahme der Nahversorgungsinfrastruktur in kleineren Gemeinden und die daraus resultierenden sozialen Folgen für die Menschen der Region.

Durch die Veranstaltungsreihe sollen die damit zusammenhängenden Fragen aufgegriffen und anhand von guten Beispielen Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Geplant ist zudem, zusammen mit den Teilnehmern grenzüberschreitend Pilotprojekte ins Leben zu rufen, um für die Region maßgeschneiderte Lösungswege zu entwickeln.

Bei der Erstellung des Bodenseeleitbildes durch die Internationale Bodensee-Konferenz ging es darum, grenzüberschreitende längerfristige Entwicklungsperspektiven zu formulieren, um die unverwechselbare Eigenart dieses Raumes zu erhalten und weiter zu entwickeln. Da war es nahe liegend, dieses Leitbild unter das Ziel der Nachhaltigkeit im Sinne einer Agenda 21 zu stellen. Ein ganzheitlicher Ansatz sollte um einen Ausgleich zwischen Sozial-, Wirtschafts- und Umweltaspekten bemüht sein. Im Jahr 1999 hat die Internationale Bodensee-Konferenz somit beschlossen, das Projekt „Bodensee Agenda 21“ zu starten. Dazu wurde eine Projektsteuerungsgruppe eingesetzt, der Vertreter aller Mitgliedsländer und -kantone angehören. Um die Verbindung mit der kommunalen Handlungsebene der Lokalen Agenda 21 herzustellen, und dieser auch dienend zur Verfügung zu stehen, wurde schließlich im Dezember 2000 beschlossen, rund um den See sogenannte „regionale Anlaufstellen“ einzurichten. In Vorarlberg übernimmt diese Aufgabe das Büro für Zukunftsfragen.

Mehr Information: <http://www.regio-bodensee.net/agenda/>

**Niederösterreichische Expertinnendatenbank – NED**

Die NÖ Landesakademie hat im Sommer 1998 als Pilotversuch für mehr Frauenbeteiligung gemeinsam mit dem NÖ Frauenreferat des Amtes der NÖ Landesregierung 4000 Frauen aus allen gesellschaftsrelevanten Zielgruppen eingeladen, sich an der 1. NÖ-Expertinnen-Datenbank, kurz NED, zu beteiligen. Sowohl die Einschreibung in einer allgemeinen Adressdatei (NED I) für die Zusendung themenrelevanter Veranstaltungshinweise als auch die Aufnahme in einen Expertinnen-Pool (NED II), deren Mitglieder nach 25 spezifischen Fachgebieten via Internet abrufbar sind, ist seither möglich. Die NÖ Expertinnendatenbank verfolgt das Ziel, die Frauenbeteiligung in der öffentlichen Diskussionskultur zu erhöhen und ein zukunftssträchtiges Netzwerk zu entwickeln, das die Kommunikation der Frauen untereinander erleichtert. Weiteres Ziel ist als Dienstleister für andere Institutionen zur Verfügung zu stehen, die Expertinnen für öffentliche Vorträge, Expertisen oder sonstige relevante Aufgaben suchen.

Mehr Informationen: [www.ned.noelak.at/fs\\_ned.html](http://www.ned.noelak.at/fs_ned.html)

Darüber hinaus fordern die an der Umsetzung von Gender Mainstreaming beteiligten ExpertInnen, aus unterschiedlichen institutionellen Zusammenhängen der Regionalentwicklung i.w.S., die Anreiz- und Sanktionsfähigkeit von Maßnahmen in diesem Bereich zu erhöhen. Dabei beziehen sie sich in ihrer Argumentation in der Mehrzahl auf Anreize und Sanktionen finanzieller Art. Begründet wird das damit, dass in diversen legislativen Vorgaben – Gesetzen, Verträgen, Programm- und Förderrichtlinien – die Beachtung von Gender Mainstreaming beschlossen wurde und sie daher auch aufgefordert sind, deren Einhaltung sicherzustellen und zu überprüfen. Um dieses Vorhaben nicht im Sand verlaufen zu lassen und damit letztendlich wichtige Gleichstellungsziele zu untergraben, fordern sie verstärkt begleitende Maßnahmen, die die Entschließung für Gender Mainstreaming unterstützen.

- Sanktions- und Anreizfähigkeit von Gendermaßnahmen stärken
- Sensibilisierung der Privatwirtschaft (zumindest der geförderten Betriebe) für Gleichstellungsfragen erhöhen
- Öffentliche Fördervergabe unter strikter Berücksichtigung der Gleichstellungsproblematik und der legislativen Vorgaben

**Landesregierung Oberösterreich: Fragenkatalog für die Erstellung von Landesgesetzen**

Der Oberösterreichische Landtag hat im Juli 2001 eine um den Gesichtspunkt des Gender Mainstreaming erweiterte Ergänzung des „Leitbilds für die Erarbeitung von Normen“ verabschiedet. Darin wird die Landesregierung ersucht, künftig bei allen Landesgesetzen, die als Regierungsvorlagen dem Landtag vorgelegt werden, sowie bei allen von der Landesregierung zu erlassenden Verordnungen und sonstigen Rechtsvorschriften – entsprechend dem Leitbild für die Erarbeitung von Normen – eine kritische Überprüfung der Entwürfe unter dem Gesichtspunkt des Gender Mainstreaming vorzunehmen. Unter Punkt III dieses Leitbildes wird vorgeschlagen, zur Überprüfung der Auswirkungen von Gesetzesvorlagen u.Ä. die folgenden beiden Fragen zu berücksichtigen: (1) Haben die geplanten Regelungen unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer („Gender Mainstreaming“)? (2) Sind die Unterschiede sachlich gerechtfertigt? Wie kann die Chancengleichheit hergestellt oder sichergestellt und wie können benachteiligende Unterschiede verhindert werden?

Mehr Informationen: [www.ooe.gv.at/recht/wie/](http://www.ooe.gv.at/recht/wie/)

### Einbindung von Fraueninitiativen und -netzwerken und Expertinnen in die Regionalpolitik

Fraueninitiativen und -netzwerke werden immer noch ungenügend in die regionalpolitische Arbeit eingebunden. Wie viele Untersuchungen zeigen, leisten aber viele Frauennetzwerke und Fraueninitiativen in ihrer Arbeit wichtige Gleichstellungsarbeit und sind in vielerlei Hinsicht in der jeweiligen Sachthematik mit den Problemen und mit den Potenzialen von Frauen besonders auf der regionalen Ebene vertraut. Fraueninitiativen werden von unterschiedlicher Seite initiiert oder betrieben. In vielen Fällen stehen berufs- und bildungsbezogene Themen in Mittelpunkt, aber auch Themen wie Zusammenleben, Wohnen und Alltagsbewältigung, Gesundheit und Sport, Kunst und Kultur, Integrationsarbeit (vgl. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung 2001, S. 224ff). Zwar besteht in den meisten Fällen der regionalpolitische Wille, Fraueninitiativen und -netzwerke einzubinden, doch bleiben die Hürden und Barrieren groß. Von Seiten der Initiativen wird als zentrale Problematik die Ausstattung mit Ressourcen beurteilt. „Ohne Struktur – kein Macht“ lautet vielfach der Tenor der betroffenen Frauen, die den fehlenden Einfluss primär auf diese Weise erklären. Gefordert sind daher Maßnahmen, die die Einbindung der Fraueninitiativen in das regionale Entwicklungsgeschehen weiter fördern und die zu einer erhöhten Teilnahme von Frauen als Expertinnen im regionalen Entwicklungsprozess führen.

#### Ideen und Vorschläge zur Einbindung von Fraueninitiativen und -netzwerken und Expertinnen in die Regionalpolitik

- Förderung von autonomen Frauenstrukturen, -vernetzungen als Beitrag zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft
- Institutionelle Unterstützungsstrukturen für Fraueninitiativen und -netzwerke aufbauen
- Förderprogramme zur weiteren Professionalisierung der Angebote von Fraueninitiativen
- Finanzielle Ausstattung der Fraueninitiativen verbessern oder absichern
- Frauenbeteiligung in regionalpolitischen Entscheidungsgremien erhöhen (mit „Sitz und Stimme“)
- Stärkung der Frauennetzwerke durch bessere Ressourcenausstattung und Einbindung in regionalpolitische Entscheidungsprozesse
- Autorität von Frauen in regionalpolitischen Entscheidungsgremien stärken
- Zeitliche Entwicklungsziele – z.B. über einen Stufenplan – für die Einbindungsmaßnahmen festlegen
- Verpflichtendes Hearing / Einholen von Stellungnahmen regionaler Frauenorganisationen zu Planungen
- Frauen, die außerhalb der Region Karriere gemacht haben, als Expertinnen für und in die Region einbinden/zurückholen
- Anderen Politikzugang von Frauen aufgreifen
- Frauenbezogene Organisations- und Managementstrukturen fördern
- Regionale Frauenstammtische zu Fachthemen und über Parteigrenzen hinweg,
- Maßnahmen zur Wahrnehmung und Anerkennung von unentgeltlichem Engagement
- Regionale Kompetenzzentren für Frauen
- Regionale Mentoring-Programme
- Ansetzen von Maßnahmen bei den realen, vielfältigen Qualifikationen der Frauen

### Regionales Mentoring für Frauen in Niederösterreich

Seit Jahren werden v.a. Frauen durch eigene Mentoring-Programme in Österreich und Europa dabei unterstützt, beruflich voranzukommen und um sich in männerdominierten Arbeitsfeldern besser zu behaupten. Auf Initiative des NÖ Frauenreferates wurde 1999 im Rahmen eines EU-Pilotprojektes das "Regionale Mentoring Programm für Frauen in Politik und Öffentlichkeit" unter dem Motto "Lernen am Vorbild erfolgreicher Frauen!" ins Leben gerufen. Ein neues, den regionalen Anforderungen in NÖ angepaßtes Mentoring-Modell für Frauen wurde dabei in Zusammenarbeit mit Organisationen in Deutschland, den Niederlanden und Spanien entwickelt und ein Jahr lang erprobt. Das große Interesse der Frauen in NÖ und die erreichten Erfolge führten zum Entschluss des Frauenreferates das Programm als frauenförderndes Modell weiter zu führen.

Ziele des Projektes sind (1) die Förderung von Frauen im regionalen Lebenszusammenhang. Langfristig soll dies die ausgewogene Mitwirkung von Frauen in regionalen und kommunalen Strukturen bewirken und eine stärkere Teilhabe von Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungen ausbauen. (2) Die Idee des Mentorings – als effiziente und kostengünstige Methode der Frauenförderung – soll im öffentlichen Bewusstsein, vor allem in regional und kommunal tätigen Organisationen, Vereinen, Behörden und Unternehmen verankert werden. Nachfolge-Mentoring-Programme und Mentoring-Treffs für Frauen werden von den Programm-PartnerInnen durch Beratung und die Bereitstellung von Materialien und Infrastruktur unterstützt. (3) Das Regionale Mentoring Programm legt einen Grundstein für ein verstärkt eigenverantwortliches Handeln von Frauen in Hinblick auf individuelle Weiterbildung, gemeinsames Netzwerken und die Nutzung und Öffnung von Ressourcen zur gegenseitigen Unterstützung. Zur gegenseitigen Unterstützung und Vernetzung von Frauen in den Regionen und Vierteln wurde und wird die Gründung von Mentoring-Treffs von der NÖ Dorferneuerung unterstützt.

Mehr Informationen: <http://www.regionalesmentoring.at>

### Begegnungszentrum NOREIA – Ein Zentrum für regionale Entwicklung

Das Begegnungszentrum NOREIA versteht sich als Kontakt-, Kommunikations- und Interaktionszentrum in der Region Hermagor und will einen Beitrag zur regionalen Entwicklung und zum Ausgleich des Gefälles zwischen Stadt und Land leisten – mit den Schwerpunkten Frauen, Familie, Kultur und Ökologie. Ziele sind:

- Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, sowie von Erwerbs- und Zuerwerbsmöglichkeiten für Frauen
- Vermittlung von Bildungsinhalten in den Bereichen Gesundheit, Psychologie, Familie, Erziehung, Frauen, Sprachen, Kultur, Kunst und Kunsthandwerk
- Verbesserung der individuellen Lebensbedingungen von Frauen durch Bewusstseinsbildung und Förderung von Selbstentfaltungsmöglichkeiten
- Förderung des künstlerischen und kunsthandwerklichen Potenzials von Frauen und Kindern in der Region
- Vernetzung zwischen von Frauen initiierten Organisationen
- Nutzung regionaler Ressourcen und Unterstützung ökologischer Produktionsweisen
- Vernetzung zwischen ökologisch orientierten NRO (Nicht-Regierungs-Organisationen)

Die Ziele der Initiative werden zum einen über weiterbildende Veranstaltungen, wie Vorträge, Kurse, Seminare, zum andern über einen themenbezogenen Austausch in Interessensgruppen umgesetzt. Ferner bietet das Begegnungszentrum NOREIA Erstberatungen zu bestimmten Fragestellungen, vermittelt Informationen und Kontakte zu bestehenden Dienstleistungseinrichtungen und Behörden, führt eine Babysitterbörse und betreut den regionalen Talentaustauschkreis Kärnten.

Im Bereich Kultur, Kunsthandwerk und Vermarktung hat sich eine Gruppe von ca. 20 Frauen zu einer Vermarktungsgemeinschaft zusammengefunden, um sich gegenseitig in ihrem kreativen Gestalten zu unterstützen. Im Begegnungszentrum NOREIA betreiben sie einen Natur- und Kunsthandwerksladen, in dem künstlerische, kunsthandwerkliche sowie nach ökologischen Kriterien erzeugte Produkte zum Verkauf angeboten werden. Ferner werden das ganze Jahr hindurch Kunstausstellungen (grenzüberschreitend), Beiträge auf Messen sowie auch ein reichhaltiges und attraktives kulturelles Veranstaltungsangebot organisiert. NOREIA trägt mit seinem Veranstaltungsangebot maßgeblich zum kulturellen Leben der Region bei.

Mehr Informationen: <http://www.novacarnica.at>

**Vernetzungsprojekt der „drei länder frauen“**

Die Gleichstellungsstellen Liechtenstein, St. Gallen und das Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung haben mit dem Projekt „drei länder frauen“ ein aktuelles, grenzüberschreitendes Informationsmedium über die frauenrelevante Vielfalt der internationalen Bodenseeregion geschaffen. Es soll einen Überblick über Fraueninitiativen, Institutionen und Organisationen in Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen geben und als Plattform von ihnen genutzt werden. Frauenorganisationen und -institutionen machen ihre Angebote für Frauen sicht- und abrufbar. Frauen können auf einen aktuellen Veranstaltungskalender in der Bodenseeregion zugreifen. Ziele des Vernetzungsprojektes sind

- Aufbau eines Netzwerkes von Beratungs- und Informationsstellen für Frauen- und Mädchen
- Erstellung einer länderübergreifenden Liste mit Kontaktadressen und Angeboten über alle Informations- und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen
- gemeinsames Bearbeiten und Durchführen von Projekten und Weiterbildungsangeboten
- gemeinsames Angebot von Veranstaltungen
- verstärkte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen öffentlichen und privaten Einrichtungen

Mehr Informationen: <http://www.3laenderfrauen.org>

**Arbeits- und Wirtschaftsbeteiligung von Frauen in Regionen**

Ein wichtiger Schritt zu mehr Gleichstellungsorientierung von regionalpolitischen Maßnahmen ist, die Erwerbsarbeits- und Wirtschaftsbeteiligung von Frauen quantitativ zu erhöhen und qualitativ zu verbessern und zwar sowohl in der Beschäftigung als auch in der Selbständigkeit. Aus ExpertInnensicht sind folgende Entwicklungen als problematisch einzustufen:

- Unzureichende Thematisierung der konkreten Probleme von Frauen auf regionalen Arbeitsmärkten
- Unzureichende Berücksichtigung der vorhandenen Qualifikationen der Frauen bei der Konzeption von Maßnahmen
- Langsameres Reagieren der Politik auf hohe Arbeitslosigkeit bei Frauen im Vergleich zu Männern
- Unzureichende Teilhabe von Frauen an Zukunftsbranchen
- Fehlende flankierende Maßnahmen zur Frauenerwerbstätigkeit
- Fehlende hochwertige soziale Infrastruktur
- Fehlende Umsetzungschancen für Frauenqualifikation
- Mangelnde spezifische Förderung von Frauen
- Starke Trennung zwischen Frauen- und Männerarbeit und zunehmende räumliche Segregation weiblicher und männlicher Arbeitsplätze
- Frauenentleerung von Regionen als Unzufriedenheit mit regionalen Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen

### Ideen und Vorschläge zur Intervention in der Erwerbs- und Wirtschaftsbeteiligung von Frauen in Regionen

- Qualifizierung in Verbindung zu Arbeitsmarkt setzen
- Unternehmen gezielt auf die vorhandenen Qualifikationen der Frauen hinweisen
- Regionale Mischung von Frauen- und Männerarbeitsplätzen erhöhen
- Multifunktionale Nutzung von Räumen zum Wohnen und Arbeiten
- Möglichkeit der Teilung von Vollzeitarbeitsplätzen
- Verbesserung des Regionalen Zeitmanagements
- Hochwertige und innovative soziale Infrastruktur: Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztages-schulen, Horte, Einrichtungen für pflegebedürftige ältere Menschen
- Alters- und gemeindeübergreifende Kinderbetreuungseinrichtungen
- Umsetzung von Innovationen in vorsorgender Wirtschaft
- Vermittlung gender-atypischer Feriapraktika
- Regionales Mentoring beim Berufseinstieg
- Unterstützung von Frauen bei der Umsetzung der erworbenen Qualifikationen
- Stärkere Einbindung der Eltern in Informationen zur Geschlechterspezifik von Berufswahlprozessen
- Beratungsleistungen für Gründerinnen/Unternehmerinnen verbessern
- Frauenwissen professionell nutzen/einsetzen
- Maßnahmen zur Förderung einer geschlechtergerechten Eltern- und Pflegearbeit
- Aktive Förderung der Männerkarenz

### FrauenManagement gemeinnützige regionale Genossenschaft m.b.H. Nikitsch

Die Idee für die Gründung eines Frauenunternehmens resultiert aus der 10-jährigen Geschichte des "Burgenländischen Frauensommers" von 1987 bis 1996. Frauen wollten ihre vielseitigen Potenziale, die sie häufig für soziale und ehrenamtliche Tätigkeiten einsetzen, auch wirtschaftlich nutzen. Die Unternehmensform der Genossenschaft bietet den Frauen den Vorteil sich mit geringem Kapital und Risiko am Unternehmen zu beteiligen und aktiv mitzugestalten. Genossenschafterinnen sind Frauen in verschiedensten Lebenszusammenhängen – Unternehmerinnen, Hausfrauen, Berufstätige, Jungunternehmerinnen, Arbeitslose, Pensionistinnen, Bäuerinnen etc. Die FrauenManagement Genossenschaft als wirtschaftliches Unternehmen ist Rechtsträgerin für Projekte, Vernetzungs- und Kontaktstellen für Aktivitäten von Frauen im gesamten Burgenland. FrauenManagement wurde 1997 gegründet, z.Z. sind 73 Genossenschafterinnen beteiligt, die einen einmaligen Genossenschaftsanteil von EUR 87,21 leisten. Ziel des Unternehmens ist, die wirtschaftliche Situation von Frauen in folgenden Bereichen zu verbessern:

- Frauen und Selbständigkeit
- Frauen und Arbeitsmarkt
- Frauen und Chancengleichheit

Es ist gedacht für Frauen

- ... die Ideen in Wirtschaft, Dorf, Region, Kultur usw. verwirklichen wollen
- ... die berufliche Veränderungen anstreben
- ... die vorhaben, wieder ins Berufsleben einzusteigen
- ... auf dem Weg in die Selbständigkeit
- ... die ein Zusatzeinkommen erwirtschaften wollen
- ... die Leistungen von anderen Frauen in Anspruch nehmen wollen.

Mehr Informationen: <http://www.energiemuehle.at/frauenmanagement/>

### Regionale Sozialwirtschaft als Chance für Frauen

Steyr-Kirchdorf ist eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen Österreichs und seit langem eine Region, die sich intensiv mit Regionalentwicklung auseinandersetzt. Die größte Dynamik geht von mehreren industriellen Großbetrieben aus, die auch von Seiten der Regionalentwicklung gefördert werden. Von der positiven Entwicklung im industriellen und handwerklichen Bereich haben die männlichen Arbeitnehmer im Vergleich zu den Frauen erheblich mehr profitiert, was sich in der weitaus geringeren Einkommenshöhe der Frauen und deren höherer Arbeitslosigkeit zeigt. Dagegen gibt es nur spärliche Ansätze zur Entwicklung der Beschäftigungsfelder für Frauen. Die Entwicklungen im sozialwirtschaftlichen Bereich, der v.a. Frauen anspricht, liegen im Vergleich zu den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen zurück. Zwar entstanden in den vergangenen Jahren Arbeitsplätze in der Sozialwirtschaft, deren Nachhaltigkeit und damit die dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen gelang jedoch nur zum Teil. Dieser Entwicklung soll nun mit der EQUAL-Partnerschaft „Regionale Sozialwirtschaft als Chance für Frauen“ gegengesteuert werden.

Zielsetzung:

- Überwindung der Isolation einzelner Projekte und Träger und Bündelung bestehender regionaler Ressourcen
- Berücksichtigung frauenspezifischer Bedürfnisse und Aufwertung der Leistung der in diesem Sektor Tätigen
- Aufdeckung von Angebotsdefiziten durch Erhebungen und Vergleichsstudien und Nutzung von Marktnischen zur Wettbewerbs-Positionierung der Region am Markt

Als sozialwirtschaftlich aktive Branchen mit hohem Entwicklungsbedarf wurden der (touristische) Kultur- und Bildungsbereich identifiziert, der Bereich der Familiendienstleistungen sowie der Bereich der Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote.

Strategien:

Aufwertung der Sozialwirtschaft als regionaler Wirtschaftsfaktor durch Professionalisierung

Sichtbarmachen ihrer Leistungen für die Region und deren BewohnerInnen.

Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlage von Arbeitsplätzen in der Sozialwirtschaft

Geplante Maßnahmen und Aktivitäten beziehen sich auf das Ausloten regionaler Potenziale und Ressourcen, die Nutzung geeigneter Beschäftigungsnischen und die Entwicklung neuer Dienstleistungen - etwa durch den Aufbau eines Impulszentrums, durch Weiterbildungs- und Professionalisierungsangeboten und durch die Entwicklung neuer Kooperationsmodelle. Das Projekt stellt eine wichtige Ergänzung der Entwicklungsarbeit in der Region dar, weil Schnittstellen der Sozialwirtschaft zu Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und Regionalentwicklung genutzt werden.

Mehr Informationen: <http://www.equal-esf.at> bzw. [www.regionalforum.at](http://www.regionalforum.at)

### Business Advisers for Women in Sweden

Das „Business Adviser for Women“-Programm ermöglicht es Frauen, ihr eigenes Unternehmen zu gründen und aufzubauen. Es ist als Kleinbetriebsberatung für Frauen in ihrer eigenen Umgebung konzipiert. Die Beratungskräfte sind geschult, Beratungen für Unternehmensgründungen in allen möglichen Sparten durchzuführen und die Vereinbarkeit von Unternehmen und Familie zu ermöglichen. „Business Advisers for Women“ war eines der 11 Best Practice Beispielen des schwedischen Beschäftigungspaktes. Begonnen wurde im Jahr 1994 in 62 Gemeinden. Das zweite Programm wurde 1997 in 33 Gemeinden für zwei Jahre anberaumt, wurde aber in vielen Gemeinden auf vier Jahre ausgedehnt. Bis zu hundert „Business Advisers for Women“ sind im Einsatz, können Supervision und Weiterbildung in Anspruch nehmen und werden wissenschaftlich begleitet. Die Beratungskräfte sind über ganz Schweden miteinander vernetzt und – falls Spezialfragen zu lösen sind – kann eine geeignete Beratungskraft dafür gefunden werden (NUTEK 2001, 47f).

Mehr Informationen: <http://www.nutek.se>



**TEPGEM**

Die TEPGEM ist eine interne Arbeitsplattform für das gemeinsame Projekt der TEPs zum Thema Gender Mainstreaming.

Mehr Informationen: <http://www.pakte.at>

**nowa - Netzwerk für Berufsausbildung**

Der überparteiliche und gemeinnützige Verein "Regionale Wirtschafts- und Qualifizierungsinitiative Graz und Graz-Umgebung" mit Sitz in Graz will sich aktiv für Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen einsetzen. Die Mitgliedsgemeinden der Region verfolgen mit nowa vielfältige Ziele, u.A.:

- Verbesserung der beruflichen Perspektiven von Frauen
- Erschließung neuer, zukunftssträchtiger und wirtschaftsorientierter Ausbildungs- und Berufsbereiche
- Förderung von praxisorientierter und wirtschaftsorientierter Ausbildung
- Vernetzung regionaler Wirtschafts-, Bedarfs- und Potenzialstrukturen (Regionalentwicklung)

Eines der erfolgreichen Projekte ist der auch von der EU geförderte „nowa – Dienstleistungspool“. Zielsetzung war es, einen Dienstleistungspool zu schaffen, in dem die Frauen den Betrieben der Region maßgeschneiderte unternehmensnahe Dienstleistungen anbieten. nowa bietet darüber hinaus für interessierte Frauen in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft entwickelte Ausbildungswege an. Aktuell sind das Ausbildungen zur Facharbeiterin im Metallbereich, zur Datenbankentwicklerin und zur interkulturellen Logistik-Assistentin. Der Mitgliedsbeitrag für Gemeinden beträgt 0,162 € pro EinwohnerIn im Jahr, 24 Gemeinden beteiligen sich zurzeit an dem Projekt in der Region.

Mehr Informationen: <http://www.nowa.at/>

## 5 Resümee: „Sichtbar werden Frauen nur, wenn ich genau hinschaue“

„Ich habe mir vorgenommen (...), den Menschen zu zeigen, dass sie weit freier sind, als sie meinen; dass sie Dinge als wahr und evident akzeptieren, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte hervorgebracht worden sind und dass man diese so genannte Evidenz kritisieren und zerstören kann. Etwas in den Köpfen der Menschen zu verändern – das ist die Aufgabe des Intellektuellen.“  
(Michel Foucault 1982)

Seit „*die Frauen durch die Europäischen Programme in sind*“, wird die so genannte Frauen- bzw. Geschlechterfrage erstmals in Österreich auch in Bezug auf Regionalentwicklung und Regionalpolitik diskutiert. Zusammengefasst lässt sich festhalten: Frauenpolitik situiert sich über verschiedenste Projekte zunehmend sehr bewusst im regionalen Kontext, die institutionalisierte Regionalpolitik nimmt den Dialog zur Geschlechterfrage noch eher zurückhaltend auf. Das Gemeinsame von Frauen- und Regionalpolitik zentriert sich derzeit primär auf Qualifizierungsprojekte. Eine Reihe an Verständigungsproblemen erschwert dabei augenscheinlich die Kommunikation zwischen den Praktikerinnen aus der „Frauenszene“ und den Akteurinnen der institutionalisierten Regionalpolitik. Wenn etwa in der Frauenpolitik vom „regionalen Kontext“ gesprochen wird, so bezieht sie sich primär einmal auf die Geschlechternormen, mit denen die Frauen bzw. Männer „vor Ort“ in ihrer Lebensgestaltung konfrontiert sind. Wenn die Regionalpolitik auf den „regionalen Kontext“ Bezug nimmt, so rekurriert sie vorrangig auf die Frage, wie die Vernetzungen zwischen den ökonomisch relevanten Aktivitäten, Akteuren und Institutionen auf regionaler Ebene gestaltet werden können, damit innovative Prozesse in Gang gesetzt werden. Auch das Verständnis von Gleichstellung und das, was als die wesentlichen Ansatzpunkte für Geschlechterpolitik gesehen werden, unterscheiden sich bei den Akteurinnen aus der Frauenszene und jenen aus den institutionalisierten Politikbereichen im Allgemeinen: Hauptziel der institutionalisierten Gleichstellungspolitik ist es, durch die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen, die Frauen nicht diskriminieren, durch Gleichstellungsgesetze, Quoten und Frauenförderpläne, Chancengleichheit für Frauen beim Zugang zu den verschiedenen Teilen des Bildungs-, Erwerbs- und Politikbereiches herzustellen. Im Rahmen lokaler Frauenprojekte stehen demgegenüber die Stärkung des Selbstbewusstseins der Frauen, die Stärkung der Solidarität unter Frauen und der Schutz der Frauen vor männlicher Gewalt - als zentrale Voraussetzungen für eine gleichgestellte Teilhabe der Frauen am gesellschaftlichen Leben und dessen Gestaltung – im Mittelpunkt.

Die Materialien, die im Rahmen vorliegender Studie zusammengestellt wurden, sollen vor diesem Hintergrund auch zu einer Klärung der Kommunikationsprobleme beitragen, die zwischen Frauen- und Regionalpolitik zu beobachten sind. So haben wir uns einerseits bemüht, Charakteristika des Politikfeldes Regionalentwicklung, die für die Implementierung einer Gender Perspektive wichtig sind, herauszuarbeiten. Andererseits sind auch die unterschiedlichen Perspektiven, von denen aus Geschlechterpolitik gemacht werden kann und gemacht wird, sehr detailliert dargestellt. Die bewusste Auseinandersetzung mit letzteren hat im regionalen Kontext eine besondere Relevanz. Auf regionaler Ebene treffen sich die neoliberalen Vorstellungen der EU zur Gleichstellung, die konservativen bzw. sozialdemokratischen Vorstellungen zu Chancengleichheit, die in verschiedenen nationalen Institutionen in unterschiedlichem Ausmaß verankert sind, der (häufig) frauendiskriminierende Geschlechterdiskurs, der die Stammtische dominiert, und die aus der Frauenszene kommende Forderung nach einem lokalen Empowerment der Frauen durch die Schaffung autonomer Frauenräume. In der Studie wird davon ausgegangen, dass die

Verankerung von Gleichstellungsorientierung in der regionalen Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn die unterschiedlichen institutionellen, sozialen und politischen Hintergründe der verschiedenen Akteure und Akteurinnen im Politikfeld und die darauf basierenden Unterschiede im „Geschlechterdenken“ explizit berücksichtigt werden. Die wichtigsten Ergebnisse der Studie sollen abschließend noch einmal aus folgenden Blickwinkeln beleuchtet werden:

- Was sind zentrale Punkte, die die Auseinandersetzung mit Gleichstellung im regionalen (regionalpolitischen) Kontext in Österreich derzeit steuern? (Kapitel 5.1)
- Was sind für Frauen und die Implementierung von Gleichstellung förderliche, was problematische Strukturen der österreichischen Regionalpolitik? (Kapitel 5.2)
- Was sind Rahmenbedingungen, auf die geachtet werden muss, damit Regionalentwicklung in Zukunft gleichstellungsorientierter als bisher verlaufen kann? (Kapitel 5.3)
- Was sind wichtige Forschungsfragen, die weiter verfolgt werden sollten? (Kapitel 5.4)

### 5.1 Zentrale Bezugspunkte für die Auseinandersetzung mit Gleichstellung im regionalpolitischen Kontext in Österreich

Im Laufe der Projektarbeit, bei der Auswertung der Literatur und der Gespräche mit ExpertInnen aus den verschiedensten Bereichen der Regionalpolitik, kristallisierten sich einige zentrale Punkte im Umgang mit Chancengleichheit, Gleichstellung, Frauenförderung und Gender Mainstreaming im regionalpolitischen Kontext heraus, die die Schwerpunkte, die in der Studie gesetzt wurden, relativ stark steuerten. Insbesondere sind dies

- der Einfluss, den die Vorgaben der Europäischen Kommission auf die konkrete Ausgestaltung der Gleichstellungspolitik in Österreich ausübt;
- der große Einfluss, den die „konservativen“ Geschlechterdiskurse, die an den lokalen Stammtischen dominieren, durch die Dominanz der Bürgermeister in den regionalen Entscheidungsgremien noch immer haben;
- die Schwierigkeiten, die es vielen Akteurinnen und Akteuren im Bereich der Regionalpolitik macht, die „Menschen“ (und deren Geschlecht) hinter Infrastrukturmaßnahmen und betrieblichen Investitionsmaßnahmen zu erkennen;
- die Erkenntnis, dass das „Gendern“ der derzeit dominierenden regionalpolitischen Prioritäten nachhaltiger wirken und damit wichtiger sein dürfte als das „Gendern“ einzelner regionalpolitischer Maßnahmen und Projekte;
- die – trotz vorhandener Daten – bislang fast völlig fehlende Auseinandersetzung mit der Geschlechterspezifik regionaler Entwicklungsprozesse;
- die Lernprozesse, die im Zuge der Verankerung von Gender Mainstreaming im arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Bereich sowie im Zuge der zunehmenden Vernetzung der Fraueninitiativen bereits in Gang sind.

#### **Ausgangspunkt der Studie ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Vorgaben der EU zur Gleichstellung in den Strukturfonds**

Der Beitritt zur EU hat sich insgesamt als wichtiger Katalysator für die Auseinandersetzung mit Gleichstellungsfragen in der österreichischen Politik erwiesen. Wie Expertinnen und Experten recht einhellig versichern, war und ist es erst durch die Vorgaben der Europäischen Kommission möglich geworden, die Frauen- und Geschlechterfrage in der öster-

reichischen Regionalpolitik zum Thema zu machen. Die Schwerpunktsetzungen und Konkretisierungen im Themenbereich Chancengleichheit und Gleichstellung, die die Europäische Kommission in verschiedenen Verordnungen, Aktionsprogrammen, Richtlinien, Mitteilungen und Begutachtungsverfahren laufend vornimmt, bilden in diesem Sinne einen zentralen Angelpunkt für die Diskussion der „Geschlechterfrage“ im regionalpolitischen Kontext in Österreich.

### **Die Geschlechterpolitik der EU, die die „Gleichheit“ von Frauen und Männern betont, stößt vor allem bei den Bürgermeistern auf Unverständnis und Widerstand**

Das Verständnis der EU von Gleichstellung, so wie es in den verschiedenen Dokumenten zum Ausdruck gebracht wird, ist auf die Schaffung von „Chancengleichheit“ ausgerichtet. Bei den von der Europäischen Kommission forcierten Maßnahmen geht es in diesem Sinne primär einmal um den Abbau von Barrieren, die eine gleichgestellte Teilhabe der Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen behindern. Die von der EU forcierte Perspektive der „Chancengleichheit“ basiert dabei auf der Vorstellung einer grundlegenden „Gleichheit“ von Frauen und Männern. Die Gesellschaft, der Staat hat nach diesem Verständnis Vorsorge zu treffen, dass Frauen und Männern die gleichen Rechte als Menschen und StaatsbürgerInnen gesichert und der gleichgestellte Zugang zu allen Lebensbereichen ermöglicht wird.

Die „Gleichheitsperspektive“ ist eine enorm wichtige, aber nur eine der möglichen Perspektiven auf Gleichstellung. Tatsächlich unterscheiden sich die Leben, die Lebenszusammenhänge, die Interessen, die Bedürfnisse und die Ansprüche von Frauen und Männern in unseren Gesellschaften in vielem recht deutlich. Nachhaltige Gleichstellung erfordert in diesem Sinne auch eine Auseinandersetzung mit dem „typisch anderen Weiblichen“ und dessen verstärkte gesellschaftliche Anerkennung. Gerade im regionalpolitischen Setting ist es wichtig, auch die Perspektive des „weiblichen Anderen“ im Auge zu haben, da es die Perspektive ist, die den Geschlechterdiskurs zumindest auf lokaler Ebene bestimmt. Sowohl an den lokalen Stammtischen als auch in der lokalen Frauenszene zentrieren sich die Auseinandersetzungen um die „Geschlechterfrage“ stark auf die Unterschiede, die zwischen Frauen und Männern auszumachen sind.

Es ist davon auszugehen, dass insbesondere die Bürgermeister, die in vielen Entscheidungsgremien auf regionaler Ebene dominieren, in ihrem Geschlechterdenken stark von der Perspektive der „Geschlechterdifferenz“ beeinflusst sind. Die Geschlechterpolitik der EU, die sehr stark die „Gleichheit von Frauen und Männern“ betont, stößt in diesen Gremien daher immer wieder auf Unverständnis und heftigen Widerstand. *„Wir haben unsere Frauen schon so gerichtet, wie wir sie brauchen“*. Insbesondere die Bürgermeister aus kleineren Gemeinden stehen teilweise unter massivem Druck der lokalen Stammtische im Zuge der Förderung von Frauen nur ja nicht an den herrschenden Geschlechterhierarchien und Geschlechterbildern zu rütteln.

### **Die Frauenprojekte in Österreich konzentrieren sich derzeit noch stark auf den Qualifikationsbereich und auf Geschlechtertypisches**

In Verbindung mit den Strukturfonds richtet sich das Augenmerk der EU sehr gezielt auf die gleichgestellte Integration der Frauen in den Erwerbsbereich. In den Arbeitspapieren und Leitfäden werden explizit fünf Themenbereiche angeführt, in denen bzw. über die die Gleichstellung vorangetrieben werden soll: (i) beim Zugang zu bzw. der Teilhabe an allen

Bereichen des Arbeitsmarktes, (ii) in der allgemeinen und beruflichen Bildung, (iii) bei Unternehmensgründungen und –ausweitungen, (iv) über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie (v) über die ausgewogene Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Zumindest laut diesen Vorgaben geht es nicht nur um eine allgemeine Erhöhung der Erwerbsquoten der Frauen, sondern auch um den Abbau der horizontalen und vertikalen Segregation der Geschlechter am Arbeitsmarkt und die politische Mitbestimmung von Frauen. Auch Projekte zum Ausbau von Betreuungseinrichtungen, zur innerbetrieblichen, überbetrieblichen und regionalen Abstimmung von Arbeitszeiten und/oder Öffnungszeiten von Versorgungseinrichtungen, zum besseren „Gendern“ innerbetrieblicher Karrierepfade u. Ä. finden im Gleichstellungskonzept der EU grundsätzlich ihren Platz.

Die Verantwortlichen für jene Programme, Maßnahmen und Initiativen, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanziert werden, haben die Gelegenheit, die die Vorgaben der EU im Bereich der Geschlechterpolitik boten, in den letzten Jahren sehr intensiv aufgegriffen und genutzt, um gezielt Prozesse des Gender Mainstreaming in der österreichischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Gang zu setzen. Insgesamt ist festzuhalten, dass sich auch die über den ESF (mit)finanzierten „Frauenprojekte“ derzeit noch relativ stark auf den Qualifizierungsbereich i.e.S. konzentrieren. Darüber hinaus wird im Zuge dieser Qualifizierungen noch immer zu wenig auf die Auflösung der geschlechterspezifischen Platzierungen am Arbeitsmarkt geachtet. Erst in den letzten zwei Jahren kommt es – primär über die ESF-kofinanzierten Gemeinschaftsinitiativen und Beschäftigungspakte – auch verstärkt zur Initiierung und Umsetzung von Projekten, die auf andere Aspekte der Gleichstellungsförderung im Beschäftigungsbereich abzielen.

Aufgrund der deutlich kürzeren Geschichte der Verankerung von Frauenförderung bzw. Gender Mainstreaming im Vergleich zum ESF ist es nicht verwunderlich, dass die Verantwortlichen für die Programme, Maßnahmen und Initiativen, die vom Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) und dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) gespeist werden, die Gelegenheit, über die Strukturfonds zu mehr Gleichstellung beizutragen, bis jetzt nur in sehr bescheidenem Maße genutzt haben. Entsprechend den Vorgaben der EU wird in den über diese Fonds kofinanzierten Programmen für die Strukturfondsperiode 2000-2006 immerhin ein Bekenntnis zum Gender Mainstreaming abgelegt und in den Problemanalysen und Strategiekapiteln auch die Bedeutung von Chancengleichheit und Gleichstellung hervorgehoben. In die Strategieentwicklung und Maßnahmenplanung fanden diese Analysen jedoch nur marginal Eingang. Frauen werden in den Programmen primär als Problemgruppe mit geringer Qualifikation und eingeschränkten Mobilitätsmöglichkeiten wahrgenommen. Die in den Programmen verankerten Maßnahmen zur Frauenförderung beschränken sich dementsprechend auf Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Als innovative Unternehmerinnen, Managerinnen oder regional bedeutsame Akteurinnen werden Frauen in den Programmen nicht explizit angesprochen.

**Zentrale Themen die in der Frauenprojektszene für wichtig erachtet werden, haben im erwerbszentrierten Konzept von Gleichstellung, das die EU forciert, keinen Platz**

Themen wie die Stärkung weiblichen Selbstbewusstseins, das Empowerment von Frauen durch die Schaffung von weiblichen Vernetzungsstrukturen oder die Eindämmung männlicher Gewalt, deren grundlegende Bedeutung in der regionalen und lokalen „Frauenprojektszene“ immer wieder hervorgehoben wird, sind deutlich schwieriger mit dem Gleichstellungskonzept der EU zu vereinbaren. Von Seite der Frauenprojekte wird immer wieder

geklagt, das wichtige „vorbereitende“ Module, die der Abklärung und allgemeinen Stabilisierung der Lebenssituation von Frauen dienen, aufgrund „der Richtlinien“ nur sehr schwer in z.B. Qualifizierungsprojekten unterzubringen sind.

**Frauenförderung ist nicht Komplimentärstrategie zu Gender Mainstreaming, sondern im regionalpolitischen Kontext vielfach dessen erstes Ergebnis**

Von der Europäischen Kommission wird betont, dass die Forcierung der Gleichstellung von Frauen und Männern zwei Parallelstrategien erfordert: Erstens, die Initiierung von Gender Mainstreaming Prozessen, sprich die Initiierung von organisationsinternen Prozessen die sicherstellen, dass bei allen von den Organisationen entwickelten und umgesetzten Maßnahmen auf eine geschlechtersensible Gestaltung geachtet wird. Zweitens, bedarf es daneben weiterhin explizit spezifischer Aktionen und Maßnahmen für Frauen – sprich der herkömmlichen Frauenförderung. Durch die Betonung der Notwendigkeit der „Doppelstrategie“ versucht die Europäische Kommission zu verhindern, dass Gender Mainstreaming zum Anlass genommen wird, die Mittel für Frauenförderung zusammenzustrichen.

Die von der Europäischen Kommission argumentierte Differenzierung zwischen Gender Mainstreaming und Frauenförderung erzeugt im Moment in der regionalpolitischen Praxis in Österreich eher Verwirrung und Unklarheit. So gab es etwa im Rahmen der österreichischen Regionalpolitik bisher keine explizite Frauenförderung. Gender Mainstreaming kann in diesem Sinne gar nicht zum Abbau der Mittel für Frauenförderung führen. Im Gegenteil: Gender Mainstreaming macht diese überhaupt erst möglich. *„Gender Mainstreaming heißt für die: Frauen wollen was“*. Obwohl diese Formulierung den grundlegenden Intentionen von Gender Mainstreaming eigentlich widerspricht, ist sie im Sinne eines „dann müssen wir den Frauen (eben auch) was abgeben“ im Moment recht nützlich. Die Männerdominanz ist in vielen Maßnahmen so groß, dass Frauen realistischerweise nur über eigene „Förderschienen“ angesprochen werden können. Zumindest im regionalpolitischen Kontext scheint es daher sinnvoll davon auszugehen, dass Gender Mainstreaming Prozesse in einem ersten Schritt wahrscheinlich zu einem deutlichen Ausbau spezifischer Fördermaßnahmen führen müssen, bei denen die Ansprüche und Bedürfnisse der Frauen im Mittelpunkt stehen.

**Insbesondere im Bereich der Wirtschafts-, Technologie- und Agrarpolitik müssen Gender Kompetenzen erst erworben und verankert werden**

In der Wirtschafts-, Technologie- und Agrarpolitik, dort wo es um viel Geld, um Innovationsförderung, Unternehmensgründung, Hochtechnologie und landwirtschaftliche Subventionen geht, wurde bis jetzt noch wenig über den Beitrag zur Gestaltung der Geschlechterbeziehungen diskutiert. *„Je stärker das auf die gewerbliche und industrielle Wirtschaft ausgerichtet ist, umso schwieriger ist es, einen echten Gender-Aspekt einzubringen.“* Die Geschlechterspezifik des eigenen Handelns wird in diesen wirtschaftsnahen Politikbereichen bisher vielfach ignoriert (*„Wir haben jetzt eh die Arbeitsgruppe Soziales gegründet“*), teilweise auch explizit verweigert (*„Die Wirtschaftspolitik hat wirklich andere Sorgen“*). Wenn eine Auseinandersetzung stattfindet, so ist diese oft mit großer Unsicherheit behaftet (*„Wie finde ich die Männer und Frauen hinter einer Abwasseranlage?“*) und hat sich darüber hinaus immer wieder auch mit aktiven Widerständen auseinander zu setzen (*„Frauenförderung ist Wirtschaftsverhinderung“*). Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass das Leugnen der geschlechterspezifischen Bezüge eine durch-

aus „sinnvolle“ männliche Strategie darstellt, um die Ungleichheit und Hierarchie zu den Frauen aufrechtzuerhalten bzw. immer wieder herzustellen. Vor diesem Hintergrund ist auch verständlich, dass die Männer „*nur schwer ins Boot zu bringen sind*“.

Die Auseinandersetzung mit der Strategie des Gender Mainstreaming in der regionalen Wirtschaftspolitik (und den mit dieser verbundenen Bereichen der Verkehr-, Technologie-, Innovations- und Agrarpolitik) ist insofern wichtig, weil dadurch für mehrere Aspekte sensibilisiert werden kann, die für das Verständnis von Gleichstellung wesentlich sind: erstens, dass auch Männer ein Geschlecht haben; zweitens, dass in einer geschlechterdifferenzierten Gesellschaft grundsätzlich alle politischen Maßnahmen einen Geschlechterbezug aufweisen; drittens, dass dieser Geschlechterbezug bei der Auswahl und Gestaltung von Maßnahmen mehr als bisher üblich thematisiert werden muss.

**Es fällt vielen Akteurinnen und Akteuren im Bereich der Regionalpolitik schwer, die Menschen „hinter“ Infrastrukturmaßnahmen und betrieblichen Fördermaßnahmen zu erkennen**

Auch wenn Bereitschaft und Interesse da ist, sich mit Fragen der Geschlechterspezifität des eigenen Tun im Sinne des von der EU geforderten Gender Mainstreaming auseinander zu setzen, herrscht bei den Akteurinnen und Akteuren aus den oben angesprochenen Teilbereichen regionaler Politik Unsicherheit: Haben Straßen, Schilifte, Abwasserkanäle, Maschinen, Technologiezentren oder Dauerwürste tatsächlich in irgendeiner Form „ein Geschlecht“? Gibt es mehr oder weniger geschlechtergerechte Formen von Straßenbau, Liftanlagen oder Abwasserkanälen? Können Technologiezentren tatsächlich so konzipiert werden, dass sie weiblichen Gründerinnen mehr Raum öffnen? Wohin führt es, wenn sich Regionalpolitik anstatt mit Fragen der Wirtschaftsentwicklung mit „feministischen“ Anliegen beschäftigt? Werden „*gegenderte Projekte*“ und die, die diese Projekte vertreten, genauso ernst genommen? Würde ein Regionalverein nicht sogar „*in ein falsches Licht rücken*“, wenn im Vorstand 50% Frauen wären?

Die in den letzten Jahren zu den Beratungen über regionalpolitische Programme und Maßnahmen hinzugezogenen Expertinnen aus dem Bereich der Frauen- und Gleichstellungspolitik sollen jene Gender-Expertise einbringen, die notwendig ist, um die angeführten Fragen nach der Relevanz von Geschlechterpolitik für und im regionalen Kontext zu beantworten. Obwohl die meisten der in die Gremien geholten Frauen keine Expertinnen für Regionalentwicklung sind, haben viele mittlerweile gelernt, die Menschen hinter Infrastruktur- und betrieblichen Fördermaßnahmen zu erkennen und mit diesen die Geschlechterspezifität der verschiedensten Maßnahmen zu argumentieren.

Auf die Frage „Wir entwickeln gerade eine Dauerwurst. Wie kann man die wohl Gendern?“ schlägt Elke Szalai (2002) vor, folgende Checklist durchzuspielen: Wie schaut die Arbeitsteilung auf den am Projekt „Dauerwurst“ teilnehmenden Höfen und Betrieben aus? Welche Gruppe von Personen wird durch das Projekt ein Mehr an Arbeit zu leisten haben? Wie sehen die Produktionswege der Dauerwurst aus? Wer geht in den Stall? Wer wurstet? Wer verkauft die Dauerwurst? Wo wird die Wurst verkauft? Wer profitiert vom neuen Produkt ökonomisch?

**Leider fehlt es häufig an der Bereitschaft, sich auf tiefergehende Analysen der Geschlechterspezifität, die in regionalpolitischen Maßnahmen steckt, einzulassen**

Bei den Akteurinnen und Akteuren im Bereich der Regionalentwicklung fehlt es häufig nicht nur an Informationen zu den geschlechtsspezifischen Wirkungen regionalpolitischer Maßnahmen, es fehlt vielfach auch an der Bereitschaft, darüber nachzudenken, welches

Geschlecht die Menschen haben, auf deren Betreiben und in deren Interesse etwa bestimmte Infrastruktur- und Fördermaßnahmen initiiert werden; welches Geschlecht die Menschen haben, deren Beschäftigung direkt oder indirekt mit den geplanten Investitionen zusammenhängt; welches Geschlecht die Menschen haben, die ein Mehr an Arbeit und welches die Menschen haben, die ein Mehr an Einkommen von bestimmten Projekten und Investitionen zu erwarten haben. *„Das ist ein Bereich, wo man aufpassen muss, dass man sich nicht lächerlich macht“*, denn im Detail ist Gender-Expertise in Zusammenhang mit Einzelprojekten oft nicht wirklich gefragt. Die Expertinnen versuchen teilweise gar nicht mehr, mit komplexeren Argumentationen zur Geschlechterspezifität von Einzelmaßnahmen durchzudringen: *„Was bringt es mir, ich muss ja immer auch die Wirkung bedenken.“* Da den Frauen darüber hinaus relativ einfach die Expertise im Bereich von Regionalentwicklung abgesprochen werden kann, fällt es auch leicht, ihre Argumentationen ins Lächerliche zu ziehen (*„Müssen wir jetzt einen eigenen Schilft für Frauen bauen?“*) – insbesondere dann, wenn sie diese Argumentationen nicht mit detailreichen Statistiken untermauern können.

### **Es fehlen Daten, die es erlauben würden, die Geschlechterspezifität regionalpolitischer Impulse im Detail nachzuweisen und zu argumentieren**

Teilweise fehlen die Daten tatsächlich, die es erlauben würden, den geschlechterspezifischen Wirkungen regionalpolitischer Maßnahmen im Detail nachzugehen. Manche der Wirkungen liegen beim etwas genaueren Hinschauen aber eigentlich auf der Hand. Wie in der Studie gezeigt wird, profitieren primär männliche Unternehmer (und von männlichen Beschäftigten dominierte Betriebe) von regionalpolitischen Interventionen wie Gründer- und Technologiezentren oder Prozessen der Clusterentwicklung. Auch wenn es um den Bau einer Straße, einer Seilbahn oder eines Abwasserkanals geht, ist leicht nachzuvollziehen, dass die direkten Beschäftigungseffekte, die sich im Zuge der Investition ergeben, eindeutig in den typischen Männerbranchen liegen. Unklar ist, ob und in welchem Ausmaß die Investitionen über „Multiplikatoreffekte“ nicht doch auch - wie in der Regionalökonomie gerne argumentiert wird - der Frauenbeschäftigung zugute kommen. Nach dem Wissensstand der Autorinnen gibt es bislang noch keine Studie in Österreich, die den indirekten Beschäftigungseffekten regionalpolitischer Interventionen in ihrer Geschlechterspezifität nachgeht.

Entsprechend der groben Untersuchung der Geschlechterspezifität regionaler Entwicklungsmuster in Kapitel 2.3 lassen sich zumindest für die Steiermark für die zweite Hälfte der 1990er Jahre derartige Multiplikatoreffekte zwischen Investitionen in den „männlichen“ exportorientierten Produktionsbereich und den „weiblichen“ Dienstleistungsbereich vermuten. Die Frauenbeschäftigung wächst in den Regionen, die unter anderem aufgrund des Erfolges des steirischen „Autoclusters“ ökonomisch gut dastehen, besonders dynamisch. Gleichzeitig kommt es in diesen Regionen aber auch zu einer immer stärkeren Auseinanderentwicklung männlicher und weiblicher Einkommen.

Wie die Erfahrungen der Gender-ExpertInnen gezeigt haben, ist es anstrengend und nicht wirklich zielführend, die geschlechterspezifischen Wirkungen jeder einzelnen regionalpolitischen Maßnahme gesondert zu argumentieren. Die empirischen Analysen in vorliegender Studie konzentrieren sich daher auch darauf zu zeigen, welche geschlechterspezifischen Wirkungen mit der derzeit dominierenden regionalpolitischen Prioritätensetzung insgesamt verbunden sind. Es geht, wie in der Frauen- und Geschlechterpolitik immer wieder argumentiert wird, nicht nur oder primär um den gleichen bzw. gleichgestellten



Zugang der Frauen zu den „Töpfen der Männer“, sondern um eine geschlechtergerechte Adaptierung dieser Töpfe. Genau aus diesem Grund ist es so wichtig, Frauen an der Gestaltung der Richtlinien für die allgemeinen Fördertöpfe mitwirken zu lassen bzw. gesonderte Fördertöpfe für Frauenprogramme und –projekte bereitzustellen, deren Aufteilung von Frauen selbst gestaltet und verwaltet wird.

**Wichtige Informationen zur geschlechterspezifischen Dynamik regionaler Entwicklungsprozesse fehlen, die Daten- und Wissenslage zu den Lebenssituationen, Qualifikationen, Restriktionen und Erfahrungen von Frauen und Männern ist aber besser als vielfach vermutet**

Entsprechend den Vorgaben der EU werden auch in Österreich mittlerweile alle personenrelevanten Statistiken nach dem Geschlecht aufgeschlüsselt erhoben. Eine durchgehende geschlechterspezifische Ausweisung der gesammelten Daten ist bisher aber dennoch nicht durchgängig üblich<sup>131</sup>. Dies macht den Weg zu den Informationen teilweise etwas mühsam<sup>132</sup>. Grundsätzlich ist auch festzuhalten, dass eine Vielzahl an Informationen, die Aufschlüsse über die Lebenssituation der Frauen geben könnten und/oder zur Charakterisierung der Geschlechterverhältnisse nützlich wären, von den statistischen Ämtern nicht erhoben werden<sup>133</sup> bzw. sich auch zahlenmäßig teilweise schwer erfassen lassen<sup>134</sup>. In diesem Sinne ist die Datenlage zur Erfassung und Darstellung der sozioökonomischen Entwicklungsprozesse in ihrer geschlechterspezifischen Ausprägung auf regionaler Ebene zwar nicht als zufrieden stellend zu bezeichnen, sie ist aber deutlich besser, als vielfach vermutet. Auch auf relativ kleinräumiger regionaler Ebene steht darüber hinaus viel Wissen in Form von Daten, Studien, Erfahrungen, sei es verschriftlicht oder auch „nur“ im Kopf von Experten und Expertinnen zur Verfügung, das genutzt werden kann, um mehr über die Lebenssituationen, Qualifikationen, Restriktionen, Erfahrungen oder auch Utopien von Frauen und Männern vor Ort zu erfahren.

**Eine echte Auseinandersetzung mit der Geschlechterspezifik regionaler Entwicklungsprozesse erfolgt trotz vorhandener Daten nicht**

Daten zur Lebenslage von Frauen und Männern in Österreich sind zwar vorhanden, teilweise liegen sie sogar gut und kompakt aufbereitet auf regionaler Ebene vor, dennoch fehlen echte Auseinandersetzungen mit der Geschlechterspezifik regionaler Entwicklungsprozesse. So haben etwa bei vielen der Kapitel zur „Situation im Bereich der Gleichstellung“, die im Zuge der Programmierungen für die laufende Strukturfondsperiode zusammengestellt wurden, die Frauenbeauftragten der Länder mitgeschrieben. Die Problemstellungen, mit denen Frauen konfrontiert sind, sind in vielen Programmen daher relativ präzise angesprochen. In die Gestaltung der Schwerpunkte und Maßnahmen haben die dargestellten Probleme und die angesprochenen Potenziale der Frauen dennoch keinen Eingang gefunden.

<sup>131</sup> Als positive Ausnahmen sind etwa die Datenaufbereitungen des Arbeitmarktservice und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zu nennen. Auch die personenbezogenen Daten aus der Steuerstatistik werden mittlerweile durchgängig geschlechterspezifisch aufbereitet.

<sup>132</sup> So verfügt etwa die Bundeswirtschaftskammer über sehr detaillierte Daten zur Lehrausbildung auf Bezirksebene, die Daten müssen jedoch extra aus der Datenbank angefordert werden.

<sup>133</sup> So gibt es etwa auf regionaler Ebene nur wenige Informationen zum Ausmaß der unbezahlten Arbeit die Frauen und Männer leisten.

<sup>134</sup> Die Datenlücke wird teilweise über spezifische Frauenberichte gefüllt, die mittlerweile nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Ebene der Länder mehr oder weniger flächendeckend vorliegen.

Im Rahmen der Ex-Ante Evaluierung der Strukturfondsprogramme war auch gefordert, die geschlechterspezifischen Wirkungen der einzelnen Maßnahmenschwerpunkte abzuschätzen. Bei manchen dieser Einschätzungen ist nicht klar, ob sie eher von Optimismus, Unkenntnis oder Zynismus geprägt sind. So wird etwa im EPPD Niederösterreich dem „Schwerpunkt 2: Entwicklung von Gewerbe und Industrie, Innovation/Technologie“ eine besondere Rolle für die Chancengleichheit zugesprochen: Frauen mit Familie könnten von den in diesem Schwerpunkt gesetzten Maßnahmen besonders profitieren, da die Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze ansteht. Wie in der Studie gezeigt wird, ist der Anteil der Unternehmerinnen und weiblichen Beschäftigten gerade in den neuen „regionalen“ Zentren für Innovation und Technologie teilweise extrem unterdurchschnittlich. Der „technische“ Fokus, der das „Erfinder“-Image dieser Zentren typischerweise prägt, passt nicht wirklich zum Frauenbild, das in Österreich dominiert. Darüber hinaus ist auch die regionale Einbindung der „Innovations“-Zentren (von der Lage oder von den Zuliefer- und Absatzverflechtungen her) oft nicht gegeben.

Die allgemein fehlende Auseinandersetzung mit der Geschlechterspezifik regionaler Entwicklungsprozesse erschwert es, Besonderheiten in der Entwicklung der Geschlechterbeziehungen vor Ort (im positiven wie im negativen Sinne) zu erkennen. Was in den Programmen relativ durchgängig fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit den Spezifika, die das Zusammenleben von Frauen und Männern in den einzelnen Regionen steuern. Ein Anliegen der Studie war es daher, einige wenige grundlegende Charakteristika zur Geschlechterspezifik regionaler Entwicklungsprozesse zusammenzustellen, die es ermöglichen, die Richtung in der sich die Gleichstellung in einer bestimmten Region entwickelt, in einem ersten Schritt mittels einfacher Indikatoren einzuschätzen.

### **Klischeehafte Bilder von schlecht qualifizierten, räumlich immobilen, an regionaler Mitgestaltung nicht interessierten Frauen sind charakteristisch**

Wenn in regionalwirtschaftlichen Programmen und Maßnahmen von und über Frauen gesprochen wird, so wird immer wieder auf einfache, klischeehafte Frauenbilder zurückgegriffen, etwa die schlechte Qualifikation der Frauen, ihre räumliche Immobilität oder das Nicht-Interesse der Frauen an regionaler Politik und Mitgestaltung – und dies sogar dann, wenn die Daten bei genauem Hinsehen anderes anzeigen. Diese Ignoranz, sich mit den Details der Geschlechterverhältnisse (etwa dessen unterschiedlicher Gestaltung in den verschiedenen Alters- oder Sozialgruppen) auseinander zu setzen, erschwert es, die Geschlechterspezifik regionaler Entwicklungsprozesse zu erkennen und zu interpretieren. Das ist aber unerlässlich, um regionale Entwicklungsprozesse effektiv, effizient und gleichstellungsorientiert gestalten zu können.

### **Gender Mainstreaming wurde als Leitlinie bereits in den Landespolitiken verankert**

Die Vorgaben der Europäischen Kommission zu Gleichstellung und Gender Mainstreaming haben auf alle Fälle bereits deutliche Spuren in der österreichischen Politik hinterlassen. So wurde mittlerweile in fast allen österreichischen Bundesländern Gender Mainstreaming als verbindliche Leitlinie der Landespolitik verankert. Damit verbunden sollte sich in den nächsten Jahren zunehmend auch eine geschlechtersensible(re) Maßnahmengestaltung in den durch die Länder gestalteten und für die regionale Entwicklung wichtigen Bereichen der Verkehrs-, Wirtschafts- oder Raumordnungspolitik durchsetzen.

### **Die Frauenbeauftragten der Länder halten den Diskurs zum Thema in Gang**

Im Zuge der Ziel 1- und Ziel 2-Programmierungen wurden in den meisten Bundesländern die jeweiligen Frauenbeauftragten kontaktiert. Diese sitzen derzeit auch in den Begleitausschüssen zu den Programmen, auf Drängen der Europäischen Kommission mittlerweile gemeinsam mit jeweils einer Vertreterin der Frauen-NROs der Bundesländer. Die Einbeziehung der Expertinnen für Frauenfragen in die regionalen Strukturfonds ist insofern wichtig, als diese zu einer treibenden Kraft für die Aufrechterhaltung und Intensivierung des Diskurses zum Thema „Frauen und Regionalentwicklung“ in Österreich wurden. Getragen von gut funktionierenden informellen Netzwerken der Frauenbeauftragten und Frauen-NROs der Bundesländer erfolgte im Verlauf der letzten Jahre ein intensiver Austausch von Erfahrungen und Projektideen zum Thema. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL kam es aufbauend auf diesen Vernetzungen zur Gründung einiger Projektpartnerschaften, die sich explizit dem Thema widmen: das Projekt GeSIR in Niederösterreich, das Projekt Just GEM in der Steiermark, das Projekt Frauenförderung und Gender Mainstreaming im Burgenland, das Projekt EQUALIZE in Kärnten, das Projekt F&MPower in Vorarlberg, das Projekt Chancengleichheit in Salzburg, das Projekt Regionale Sozialwirtschaft als Chance für Frauen in Oberösterreich, das Projekt WoMen in Tirol, das Projekt FEMPOWERMENT in Wien (vgl. <http://www.equal-esf.at/>).

### **Den Expertinnen für Frauenfragen in den regionalpolitischen Gremien fehlt es an Informationen, Finanzmitteln und klaren Aufgaben**

Obwohl es in den letzten Jahren eine recht intensive Auseinandersetzung der Expertinnen für Frauenfragen mit dem Thema „Regionalpolitik“ gab und gibt, hat die Einbeziehung der Frauenbeauftragten der Länder in die Vorbereitung letztlich enttäuschend wenig Spuren in den Prioritätensetzungen und Maßnahmen der regionalen Strukturfondsprogramme hinterlassen. Vielleicht war auch gar nicht mehr zu erwarten: die Frauenbeauftragten mussten sich Expertinnenwissen im Bereich von Regionalpolitik und Strukturfondsförderung recht kurzfristig und in Selbstorganisation aneignen, die Frauenabteilungen verfügen über keine großen Fördertöpfe, die als „Joker“ in die Diskussion über Maßnahmen und deren Finanzierung eingebracht werden können, die Leitlinien der EU zur Einbeziehung der Gender Mainstreaming Perspektive in die Strukturfondsprogramme wurden zu spät veröffentlicht, um noch Einfluss auf die Programmerstellung ausüben zu können.

Auch die Einbeziehung der Vertreterinnen der Frauen-NROs in die Begleitausschüsse zu den Strukturfondsprogrammen ist bisher noch nicht sehr effizient: es fehlt an Informationsstrukturen, die diese Frauen-Expertinnen in die „Geheimnisse“ von Regionalpolitik und Strukturfondsprogrammierung einweisen, es fehlt an Geldmitteln um diesen Frauen ihre Arbeitszeit zu bezahlen und es fehlt an klaren Vorstellungen über die Aufgabe der Frauen in den Ausschüssen.

### **In der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist Gender Mainstreaming mittlerweile relativ gut institutionell verankert**

Zur Initiierung und Begleitung von Gender Mainstreaming Prozessen im ESF wurde eine eigene Koordinationsstelle (<http://www.gem.or.at>) eingerichtet, die von der EU als „Best Practice“-Beispiel geführt wird. Als derzeit einzige institutionalisierte Ansprechstelle für Gender Mainstreaming in den Strukturfonds in Österreich hat sie sich auch zur informellen Erst-Informationsdrehscheibe für Anfragen zu den regionalen Strukturfonds entwickelt.

**Die Förderung innovativer Projekte, die auf Geschlechtervielfalt im Erwerbsbereich abzielen, erfolgt primär über Aktionsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen**

Die Fördergelder, die im Rahmen der Aktionsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen der EU zur Verfügung stehen, haben sich als besonders effektiv für die Initiierung innovativer Frauenprojekte erwiesen, die explizit auf eine Erhöhung der Geschlechtervielfalt abzielen. Insbesondere im Bereich der Qualifizierung von Frauen werden mit diesen Fördergeldern laufend sehr positive Impulse gesetzt. Als besonders wichtig für Frauen erwiesen sich die Gelder, die im Rahmen des 4. und 5. Aktionsprogramms der EU zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern bereitgestellt wurden, sowie die Gemeinschaftsinitiative (EMPLOYMENT) NOW (in der Periode 1995-99) und EQUAL (für die derzeit laufende Periode 2000-2006). Auch explizite „Kleinprojekttöpfe“ werden von den Frauen intensiv genutzt.

**Die Einbindung in internationale und überregionale Netzwerke stärkt die Position der Frauen**

Leider ist immer wieder ungeklärt, ob und wie die teilweise sehr erfolgreichen Frauenprojekte nach einer Impuls-Finanzierung durch die EU fortgeführt werden können. Als zentral haben sich in diesem Zusammenhang die internationalen und nationalen Vernetzungsaktivitäten erwiesen, die im Rahmen der Aktionsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen gefordert sind. Diese haben nicht nur den Gender-Blick der involvierten Frauen erweitert, sondern auch das Selbstbewusstsein gestärkt, für die Projekte einzeln oder gemeinsam eine bessere politische Unterstützung einzufordern. „Best Practice“-Auszeichnungen der EU etwa stärken die argumentative Position für weiterführende Projekt-Finanzierungen durch Bundes- oder Landesstellen in Österreich.

**Die formellen und informellen Frauennetze in Österreich sind in den letzten Jahren stark angewachsen**

Über die Aktionsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen der EU wurden nicht nur internationale Vernetzungen der österreichischen Fraueninitiativen gefördert, sondern auch zahlreiche Vernetzungen innerhalb Österreichs. Im Zuge der „Regionalisierung“ der Sektorpolitiken (etwa im Rahmen der regionalen Pakte in der Beschäftigungspolitik) spielen diese Vernetzungen eine zunehmend wichtige Rolle. Sie sollten auch im Rahmen der Regionalpolitik in Zukunft besser genutzt werden.

**5.2 Förderliche und problematische Strukturen für die Implementierung einer Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalpolitik**

Die Suche nach den für Frauen und die Implementierung von Gleichstellung positiven und förderlichen bzw. hemmenden und problematischen Strukturen muss einerseits bei den Charakteristika ansetzen, die die Dynamik im „Politikfeld Regionalentwicklung“ derzeit bestimmen, sowie andererseits bei den räumlichen Mustern, die in der Entwicklung der geschlechterspezifischer Ungleichheit zu beobachten sind. Welche institutionellen Charakteristika sollten im Zuge der Einbindung einer verstärkten Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalpolitik in Zukunft beachtet werden?

### **Um im derzeitigen regionalpolitischen Diskurs wahrgenommen zu werden, muss Gleichstellung als ökonomische Frage behandelt und vermittelt werden**

Regionalpolitik zielt auf die politische Steuerung des sozioökonomischen Wandels auf regionaler Ebene. Derzeit zentriert sich der Mainstream-Diskurs im Politikfeld immer stärker auf die Frage, wie die regionale Exportwirtschaft so gestärkt werden kann, dass sie im globalen Wettbewerb besteht. Fragen des regionalen Ausgleichs oder der regional gleichwertigen Lebensbedingungen, wie sie etwa den Diskurs der 1970er Jahre bestimmten, treten in den Hintergrund.

Bis jetzt wird die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern in Österreich primär als soziales und weniger als ökonomisches Thema diskutiert. Dadurch fällt es der Regionalpolitik auch schwer, die Bedeutung der Geschlechterfrage für die eigenen Anliegen zu erkennen. Die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern verursacht jedoch Kosten, die auch auf regionale Entwicklungsprozesse rückwirken: Die „Humanressourcen“ der zunehmend gut gebildeten Frauen werden vergeudet, wenn sie keine adäquaten Erwerbsmöglichkeiten finden. Die Regionen, die Frauen wenig zu bieten haben, verlieren große Teile weiblicher Bevölkerungskohorten durch Abwanderung. Mit der Abwanderung der Frauen ist auch eine Schwächung der sozialen, ökonomischen und kulturellen Basis verbunden, die die regionale Versorgungswirtschaft trägt.

Um im derzeitigen regionalpolitischen Diskurs „Gehör“ zu finden, reicht es augenscheinlich nicht, sich in den Forderungen nach mehr Gleichstellungsorientierung auf „Gerechtigkeit“ zu beziehen. Es muss die grundlegende Bedeutung einer gleichstellungsorientierten Geschlechterpolitik für die Innovationsfähigkeit einer Regionalwirtschaft erkannt, dargestellt und argumentiert werden. Frauen als wichtiges Potenzial einer Innovationsorientierten Regionalentwicklung zu begreifen, dürfte dabei eigentlich nicht schwer fallen: Das Wissen der Frauen „vor Ort“ bildet einen unverzichtbaren Bestandteil jener regionalen Wissensbasis, die für Innovationen nutzbar gemacht werden sollte. Vor allem das Gründungspotenzial, das in den Frauen steckt, wird derzeit noch viel zu wenig gefördert. Frauen können darüber hinaus mit einem leicht „anderen“ Blick für jene Irritationen im regionalen System sorgen, die notwendig sind, um Innovationsprozesse auszulösen.

Das aus der Betriebswirtschaft kommende Konzept des „Diversity Management“ wird derzeit immer häufiger verwendet, um die ökonomische Bedeutung einer vielfältigen „Belegschaft“ auch im regionalen Kontext hervorzuheben<sup>135</sup>. „Diversity Management“ heißt, die Vielfalt des betrieblichen Personals zu erkennen, im Zuge der betrieblichen Organisationsprozesse bewusst zu nutzen und auch bei Neuaufnahmen zunehmend auf den Mehrwert von „Neuartigem“ zu achten. Diese Argumentation lässt sich relativ einfach auch auf den regionalen Kontext umlegen: Frauen in ihrer Vielfalt sind als wichtige Bestandteile und „Schmiermittel“ regionaler Innovations- und Lernprozesse zu sehen.

### **Mündet „Mainstream Regionalentwicklung“<sup>136</sup> in ein „Mainstream Männlichkeit“?**

Noch vor zwei Jahrzehnten war Regionalpolitik etwas für „benachteiligte“ Regionen bzw. für Regionen mit Schwierigkeiten bei der ökonomischen Restrukturierung. Heute wird praktisch von allen Regionen Regionalpolitik betrieben, um im regionalen Wettbewerb, der sich im Zuge der Globalisierung immer mehr verschärft, bestehen zu können. In fast allen

<sup>135</sup> Derzeit laufen etwa in Österreich drei EQUAL-Partnerschaften zum Thema „Managing Diversity“.

<sup>136</sup> Heintel 2001

Regionen Österreichs steht dabei im Moment die „Stärkung der regionalen Innovationsfähigkeit“ im Mittelpunkt der regionalpolitischen Anstrengungen. Um die Vernetzung, Interaktion und Kooperation der innovativsten Akteure (und Akteurinnen) der regionalen Wirtschaft zu fördern, werden Technologie-, Gründer-, Impuls- und Innovationszentren errichtet, Clusteraktivitäten auf regionale Stärken zentriert, Beratungs- und Informationsinfrastrukturen aufgebaut. Diese Aktivitäten konzentrieren sich derzeit in Österreich stark auf „männliche“ Produktionssektoren und Branchen: nur etwa 10% aller UnternehmerInnen in den neuen Zentren sind Frauen, die Clusteraktivitäten sind bisher noch sehr stark auf männliche Produktionsbereiche ausgerichtet, die Beratungs- und Informationsinfrastrukturen orientieren sich selten an den teilweise „etwas anderen“ Bedürfnissen und Ansprüchen von Frauen. Solange die „innovationsorientierte Regionalentwicklung“ ihren Fokus nicht erweitert (s. u.), besteht tatsächlich die Gefahr, dass das „Mainstreaming von Regionalentwicklung“ zu einer deutlichen Ausweitung ökonomischer Entwicklungsmuster führt, die primär „Männliches“ stärken. Die Einkommen von Frauen und Männern entwickeln sich in jenen Regionen besonders deutlich auseinander, die laut derzeit üblicher Interpretation im regionalpolitischen Diskurs „erfolgreiche“ ökonomische Restrukturierungsprozesse durchmach(t)en.

„Mainstream Regionalentwicklung“ hat dennoch auch positive Effekte für Frauen. Idealerweise eröffnen sich dadurch in allen Regionen Chancen für Frauen (und Männer), relativ alltagsnahe Forderungen in eine Politikarena einzubringen, die ihrerseits wieder soweit von den lokalen Stammtischen entfernt ist, dass zumindest ein Andenken alternativer (neuer) Formen von Weiblichem und Männlichem möglich wird.

### **Innovationsorientierte Regionalpolitik muss sich öffnen**

Derzeit wird der regionalpolitische Diskurs sehr stark von einem binären Denken geprägt, das zwischen regionaler Export- und Versorgungswirtschaft eine eindeutige Trennlinie zieht und auch klare Hierarchien zwischen den beiden Wirtschaftssektoren aufbaut.<sup>137</sup> In der Realität zeigt sich immer wieder, dass dieses binäre Sektordenken im wirtschaftlichen Bereich mit einer klaren geschlechterspezifischen Zuweisung von Frauen und Männern an die beiden Sektoren verbunden ist: Männer finden sich verstärkt auf gut entlohten Arbeitsplätzen in der exportorientierten Produktion, Frauen werden auf die niedrig entlohten Arbeitsplätze in jenen persönlichen Dienstleistungsbereichen verwiesen, die zunehmend das Rückgrad der regionalen Versorgungswirtschaft bilden.

Innovationsförderung im Rahmen von Regionalpolitik bezieht sich derzeit relativ einseitig auf den exportwirtschaftlichen Sektor und vernachlässigt die vielfältigen Vernetzungen und Überschneidungen, die zwischen den beiden Wirtschaftssektoren bestehen. Um auch Frauen verstärkt in das regionale „Innovations- und Lernsystem“ einzubeziehen, ist ein Aufbrechen dieses binären Denkens in mehrere Richtungen notwendig.

- Österreich weist eine relative Gründungsschwäche im Dienstleistungsbereich auf. Eine verstärkte Förderung von innovativen Gründungen im produktionsnahen Dienstleistungsbereich und eine stärkere Förderung von innovativen Gründungen von Frauen könnten sich vor diesem Hintergrund wunderbar ergänzen.
- Die Innovationsförderungen konzentrieren sich derzeit sehr stark auf typisch männliche Stärken im Produktionsbereich. Um Frauen verstärkt in das regionale Innovati-

<sup>137</sup> Im regionalwirtschaftlichen Entwicklungsleitbild Oberösterreich (Palme 1999) ist ein derartiges Modell sehr konsequent ausgeführt.

onssystem einzubeziehen, müssen unter anderem „weibliche Nischen“ in der Produktion (etwa in Zusammenhang mit Umwelttechnologie, Logistik u. Ä.) stärker aufgegriffen werden.

- Um Frauen „vor Ort“ tatsächlich stärker einzubinden, ist es notwendig, nicht nur die (internationalen) „Außenvernetzungen“ der regionalen Innovations- und Impulszentren zu fördern, sondern stärker auf die Vernetzungen in die regionale Wirtschaft vor Ort zu achten.
- Auch die direkte Kooperation mit Frauen-Einrichtungen vor Ort kann zu einer Stimulierung der weiblichen Partizipation im regionalen Innovationssystem führen.
- Nicht nur Innovationen im so genannten exportwirtschaftlichen Sektor, auch solche im versorgungswirtschaftlichen Sektor können die regionale Wirtschaft ankurbeln. Ein gutes Beispiel dafür ist der „Gmoa-Bus“ von Pöttching im Burgenland. Um den lokalen Mobilitätsbedarf der Bevölkerung vor Ort abzudecken, wurde gemeinsam mit einer Fahrzeugfirma ein eigenes Niederflur-Busmodell entwickelt, das sich längerfristig zu einem richtigen „Exportschlager“ entwickelte. Auch Innovationsförderung im versorgungswirtschaftlichen Sektor kann sich daher regionalpolitisch „lohnen.“
- Auch die Instrumente der Vernetzung, Beratung und Clusterbildung sind in den versorgungswirtschaftlichen Bereich hinein auszuweiten.

### **Der mit dem ökonomischen Wandel verbundene soziale Wandel wird im regionalpolitischen Diskurs viel zu wenig thematisiert**

„Die Regionen brauchen Diskussionen, die vor allem auf Veränderung und weniger auf fertige Produkte ausgerichtet sind.“ (Thierstein 1997, 7). Veränderungen benötigen Veränderung oder Veränderung auslösende Impulse. Veränderungen im Bereich der Geschlechterbeziehungen können einen extrem wichtigen „innovativen“ Impuls für Veränderungen im ökonomischen Bereich darstellen. Die Zusammenhänge zwischen ökonomischem und sozialem Wandel werden im regionalpolitischen Diskurs bisher jedoch viel zu wenig thematisiert. Es wird weder gefragt, wie sozialer Wandel am besten für Impulssetzungen im regionalen Innovationssystem genutzt werden könnte, noch wird gefragt, wie sich die ökonomische Restrukturierungsprozesse, die gefördert werden, im sozialen System niederschlagen (könnten).

Nehmen Sie nur das Bild, das typischerweise mit „High Tech Gründern“ verbunden wird. Überlegen Sie selbst einmal, wie innovationsfreudig jene Herkunftsfamilie sein muss, die die High Tech Gründer hervorbringt, von denen derzeit so viel gesprochen wird, und wie innovationsfreudig erst jene Gründungsfamilie sein muss, die es längerfristig mit einem „Dauer-Erfinder“ aushalten soll.

Aufgrund der Abhängigkeit zwischen Innovationen im regionalen Exportsektor und Innovationen im regionalen Versorgungssektor erscheint ein stärkerer Fokus der Regionalpolitik auf eine „gleichgestelltere“ Förderung der verschiedenen Innovationsaktivitäten unerlässlich für eine erfolgreiche Regionalentwicklung. Dies könnte auch dazu führen, dass die in vielen Regionen zu beobachtende, immer stärkere räumliche Trennung von weiblichen und männlichen Arbeitsplätzen wieder gestoppt werden könnte.

### **Regionalpolitische Maßnahmen und Initiativen müssen insgesamt mehr als bisher bei den regionalen Stärken der Frauen und Mädchen ansetzen**

Über die derzeitige Technologie-, Innovations- und Clusterpolitik werden vor allem männliche Stärken aufgegriffen. Vielfach wird vernachlässigt, dass auch die in den verschiedenen Regionen lebenden Frauen typischerweise ihre ureigenen Stärken haben. Im Rah-

men von Regionalpolitik gilt es verstärkt, an die vorhandenen Stärken der Frauen auf regionaler Ebene anzuknüpfen.

- So hat etwa die technische Ausbildung der Mädchen in Vorarlberg aufgrund der großen Bedeutung des Textilssektors durchaus Tradition. An diese Tradition könnte gut angeknüpft werden.
- Migrantinnen, insbesondere jene, die aus den ehemaligen RGW-Staaten kommen, verfügen vielfach nicht nur über gute Sprachkenntnisse, sondern teilweise auch über sehr gute technisch-naturwissenschaftliche Ausbildungen. Anknüpfend an diese Qualifikationsbasis werden im Rahmen eines ESF geförderten Projektes in der Steiermark Migrantinnen derzeit zu „Logistik-Expertinnen“ geschult.
- Die Salzburger Frauen haben eine lange Erfahrung im Tourismus und besitzen auch die entsprechenden guten Qualifikationen für diesen Wirtschaftsbereich. Familienleben und klassische Arbeitszeiten und -formen im Tourismus lassen sich jedoch nur schwer verbinden. Im Rahmen eines Projektes im Pinzgau wurde versucht, die Qualifikationen der Frauen im Rahmen neuer, teilweise betriebsübergreifender Arbeitsformen für die regionale Tourismuswirtschaft „nutzbar“ zu machen.

Auch im Bereich der regionalen Bildungspolitik muss stärker als bisher auch auf die Stärken der Mädchen gesetzt werden. Die Anstrengungen fokussieren derzeit primär auf den Aufbau regionaler Stärken in jenen technischen Bereichen, die in Österreich traditionell als männliche Bereiche gelten. Wie die Erfahrungen europaweit zeigen, haben die jungen Frauen jedoch einen großen „Bildungshunger“, der von der regionalen Politik bewusster als bisher „gestillt“ werden sollte. Folgendes sollte dabei beachtet werden:

- Neue Akzente im berufsbezogenen Schulsystem sollten keine klaren geschlechterspezifischen Konnotationen in sich tragen. Wichtig wäre es insbesondere auf eine verstärkte Integration technischer und kaufmännischer Ausbildungen zu achten.
- Es ist extrem wichtig, dass die Initiativen zur besseren Verbindung von Geschlechtertypischem und -untypischem bei regional identifizierbaren Akzenten ansetzen.
- Die Beratungsangebote, die sich um eine Ausweitung der geschlechterspezifischen Bildungswahl bemühen, müssen auf regionaler Ebene stark ausgeweitet werden, die Eltern der jungen Frauen (Männer) einbeziehen und stärker als bisher auf die Altersgruppe der 18- bis 19-Jährigen ausgedehnt werden.
- Von großer Bedeutung ist auch die Einbeziehung der Unternehmer und Unternehmerinnen in Sensibilisierungsprogramme zur Bedeutung der Geschlechterspezifika im österreichischen Ausbildungs- und Berufssystem. Es gilt regionale Initiativen zu stärken, die Unternehmerinnen und Unternehmer die vielfältigen Begabungen und Interessen der Mädchen und Frauen abseits „klassischer Geschlechterrollenbilder“ vermitteln<sup>138</sup>.

### **Die Zentrierung auf Leitprojekte lenkt das „große“ Geld vielfach in Männerbereiche**

In der neuen Strukturfondsperiode wird in vielen Programmen auf die Bedeutung regionaler Leitprojekte verwiesen (vgl. etwa Kärnten). Die Konzentration auf die Förderung von Großprojekten erschwert Frauen jedoch die direkte Partizipation an den Ziel 1- und Ziel 2-

<sup>138</sup> Beispielhaft zu erwähnen sind etwa „Girls-Days“, zu denen Mädchen sich über die Arbeit in verschiedenen Betrieben kundig machen, oder „Mentoring-Programme“, im Rahmen derer sich „Persönlichkeiten“ aus der Region gemeinsam mit Jugendlichen auf Lehr- oder Arbeitsplatzzuche begeben.



Förderungen. Da Frauen sehr selten die „großen“ Projekte initiieren und tragen, wird ihren Ansprüchen und Bedürfnissen im Rahmen derartiger Projekte wenig Beachtung geschenkt.

Um eine abgestimmte Politikentwicklung auf regionaler Ebene zu erreichen, werden darüber hinaus auch kleinere Förderaktionen und –maßnahmen an den „großen“ Leitlinien ausgerichtet bzw. diesen untergeordnet. Diese Leitlinien werden zunehmend von den Wirtschaftsentwicklungsprogrammen der Länder und deren Wirtschaftsabteilungen vorgegeben. Die Leitlinien, die sich in regionalen, landesweiten oder nationalen Entwicklungskonzepten finden, die von den Raumordnungsabteilungen betreut werden, müssen sich den „großen“ Zielen der Wirtschaftspolitik zunehmend unterordnen – oder werden nicht weiter berücksichtigt. Auch diese Verschiebung von der Raumordnungspolitik zur Wirtschaftspolitik verstärkt den männlichen Fokus der Ausrichtung der regionalen Strukturfondsprogramme. Die Raumordnungspolitik war mit ihren Forderungen und Vorstellungen, insbesondere wenn sie Prinzipien der Nachhaltigkeit verfolgte, immer näher bei den klassischen „Frauenforderungen“ als die Wirtschaftspolitik. Nicht zuletzt „vermännlicht“ auch die Akteursszene: während Frauen in den Raumordnungs- und Raumplanungsabteilungen der Länder mittlerweile relativ gut vertreten sind, sind die wirtschaftspolitischen Abteilungen noch fest in männlicher Hand.

In der neuen Strukturfondsperiode wurde für die Ziel 2-Programme wieder davon abgegangen, zumindest formal eine Koordination der Maßnahmen einzufordern, die über die verschiedenen Fonds der EU-Strukturpolitik gefördert werden. Da eine sinnvolle Geschlechterpolitik immer integrative Politik sein muss, wirkt sich auch diese Entwicklung negativ für Frauen aus. Sie erleichtert es, die „Lösung der Frauenfrage“ an den Sozialfonds (ESF) zu delegieren, ohne sich selbst auf Abstimmungsprozesse zwischen den Fonds einlassen zu müssen.

### **Frauen finden sich als Fachfrauen, Beraterinnen, Gender-Expertinnen und Frauen-Vertreterinnen zunehmend auch in regionalpolitischen Gremien**

Ausbildungsboom bei den Frauen und Gleichbehandlung bei den Jobvergaben haben dafür gesorgt, dass der Frauenanteil in den regionalpolitisch tätigen Bundes- und Landesdienststellen, aber auch in der professionalisierten BeraterInnen-Szene zunehmend ansteigt. Genauso wie den Männern, fehlt auch den meisten dieser Frauen die Ausbildung in Genderfragen. Die Fachfrauen in den regionalpolitischen Gremien sind zwar großteils durchaus ansprechbar für das Gender-Thema, es ist den meisten der Frauen aber nicht besonders angenehm, auf Dauer ins „Gender-Eck“ gestellt zu werden. Die Arbeit der Gender-Expertinnen, die in die regionalpolitischen Gremien geholt werden, erleichtert sich jedoch, je höher der allgemeine Frauenanteil ist. Insgesamt stärkt es daher auch die „Sache der Frauen“, dass Verwaltungsinstitutionen in klar gestalteter offizieller Funktion und professionelle Beratungsorganisationen im Politikfeld zunehmend bestimmen und Netzwerke des Typs „Old Boys“ an Bedeutung verlieren.

Die Einbindung der Frauen in die Regionalmanagements ist je nach Bundesland sehr unterschiedlich. In Salzburg wurden eigene „Projektmanagerinnen für Chancengleichheit“ eingesetzt, in Oberösterreich werden die Gleichstellungsagenden primär von den „RegionalmanagerInnen für Arbeit und Soziales“ betreut. Darüber hinaus lässt sich in einigen Regionalmanagements ein sehr ausgeprägtes Interesse an und Engagement für Gleich-

stellungsfragen erkennen, in einigen anderen sehr wenig. Die Ausbildung in Fragen der Gleichstellung und des Gender Mainstreaming muss auf alle Fälle forciert werden. Sowohl im Rahmen von INTERREG III als auch im Rahmen von LEADER+ gab es bisher nur vereinzelt explizite Frauenprojekte. In LEADER+ wurden mittlerweile institutionell Vorkehrungen getroffen, dem Gender Mainstreaming zum Durchbruch zu verhelfen.

### 5.3 Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um eine bessere Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalentwicklung zu erreichen

Zusammenfassend sind folgende Empfehlungen abzuleiten, die einer besseren Gleichstellungsorientierung in der österreichischen Regionalentwicklung förderlich wären:

- Die Unterschiede im „Geschlechterdenken“ der am regionalpolitischen Prozess beteiligten AkteurlInnen müssen thematisiert und explizit als Chance begriffen werden. Die EU-ExpertInnen, die nationalen ExpertInnen und die Landes-ExpertInnen müssen ihre Einbindung auf der regionalen Politikebene nutzen, um regional differenzierte Vorstellungen zu Chancengleichheitspolitik zu entwickeln. Die Bürgermeister und Fraueninitiativen müssen die Einbindung auf der regionalen Politikebene nutzen, um ihren lokal geprägten Blickwinkel auf Geschlechterdifferenzen auszuweiten.
- Die gleichstellungspolitischen Vorgaben der EU sollten nicht nur in Hinblick auf beschäftigungsrelevante Qualifizierung, sondern in ihrem gesamten Umfang aufgegriffen werden. Mehr Augenmerk als bisher muss etwa auch in der Regionalpolitik der Auflösung bestehender und neuer geschlechterspezifischer Segregationen am Arbeitsmarkt geschenkt werden.
- In Ergänzung zu den Vorgaben der EU ist darauf zu achten, dass auch Aspekte der „Selbstermächtigung“ von Frauen (des Empowerment) explizit in den Kanon förderbarer Projekte bzw. Projektinhalte aufgenommen werden. Dies sollte insofern nicht schwer fallen, als auch in anderen Bereichen der Innovationsorientierten Regionalpolitik Beratungs- und Vernetzungsaktivitäten gefördert werden, die auf derartige Prozesse der „Selbstermächtigung“ setzen.
- Die Innovationsorientierte Regionalpolitik muss insgesamt stärker als bisher auch auf Innovationen im versorgungswirtschaftlichen Bereich, im Dienstleistungsbereich und in Spezialisierungsbereichen, die auf vorhandenes Potenzial bei Frauen und Mädchen aufbauen, setzen und muss im Zuge ihrer Vernetzungsaktivitäten auf eine bessere Inkludierung von Frauen und Fraueneinrichtungen achten. Der Aufbau immaterieller Infrastrukturen muss zunehmend auch auf Frauen zentriert werden.
- In vielen nationalen und internationalen Politikbereichen hat die Frauenförderung der letzten Jahrzehnte dazu beigetragen, jene Gender-Expertise aufzubauen, die derzeit die Prozesse der Gender Mainstreaming trägt. Auch in der Regionalpolitik ist es in einem ersten Schritt unerlässlich, durch explizite Konzentration von Mitteln auf Frauenförderung für einen Aufbau derartiger Gender-Expertise auf regionaler Ebene zu sorgen. Dies gilt für die Wirtschafts-, Verkehrs-, Technologie-, Innovations- und Agrarpolitik auch auf nationaler Ebene. Erst wenn eine ausreichende „frauenbezogene“ Gender-Expertise in diesen Bereichen vorhanden ist, wird es realistischerweise möglich sein, Gender Mainstreaming Prozesse auf breiter Basis in den angesprochenen Politikfeldern einzuleiten.
- Parallel zum Aufbau einer frauenbezogenen Gender-Expertise ist es notwendig, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Verkehrs-, Technologie-, Innovations- und

Agrarpolitik umfassende Sensibilisierungskampagnen einzuleiten, die den EntscheidungsträgerInnen, die „Männlichkeit“ der in den Politikfeldern dominierenden Diskurse, Politiken und Maßnahmengestaltungen vermitteln.

- Um im derzeitigen regionalpolitischen Diskurs wahrgenommen zu werden, muss Gleichstellung als ökonomische Frage gesehen und vermittelt werden. Es ist daher dringend notwendig, Gender-Expertise zu regionalökonomischen Zusammenhängen aufzubauen. Das bedeutet insbesondere, das Geldmittel für detaillierte Studien einerseits sowie für eine entsprechende Schulung der Akteurinnen und Akteure andererseits bereitgestellt werden müssen. Die Frauen- und Gender-Expertinnen sind explizit aufgefordert, sich mehr als bisher auch auf ökonomische Diskussionen einzulassen.
- Die Regionalpolitik muss ihrerseits Lernprozesse auf regionaler Ebene initiieren, die stärker als bisher das Zusammenspiel von ökonomischem und sozialem Wandel thematisieren und muss eine gleichgestellte Partizipation von Frauen und Männern an diesen Lernprozessen sicherstellen. Die Gender-ExpertInnen müssen diese sozioökonomischen Zusammenhänge in ihren regionalen Charakteristika vermitteln.
- Es muss rechtliche und finanzielle Vorsorge dafür getroffen werden, dass geschlechterspezifische Daten auf regionaler Ebene erhoben und ausgewertet werden können. Da quantitative Daten im Allgemeinen nicht ausreichen, um die Barrieren und Hindernisse für Gleichstellung im regionalen oder lokalen Kontext gezielt zu erfassen, muss ausreichend Geld da sein, um auch qualitative Studien durchzuführen. Die Ausgliederung amtlicher Statistikabteilungen und deren neue rechtliche und wirtschaftliche Selbständigkeit haben dazu geführt, dass Daten, die extra zusammengestellt werden müssen, zunehmend kostenpflichtig sind. Es ist darauf hinzuwirken, dass zumindest die relativ leicht zugänglichen und relativ kostengünstigen Daten, die von den verschiedenen Institutionen öffentlich publiziert werden, durchgehend geschlechterdifferenziert ausgewiesen werden.
- Die Regionalpolitik muss sich der Geschlechterbilder, die ihre Programme und Maßnahmengestaltungen prägen, stärker als bisher bewusst werden. Die klischeehaften Bilder von schlecht qualifizierten, räumlich immobilen, an regionaler Mitgestaltung nicht interessierten Frauen, die explizit oder implizit in den derzeitigen Programmen und Maßnahmen dominieren, müssen revidiert werden. Frauen müssen in ihrer enormen Vielfalt wahrgenommen und als Potenzial der Regionalentwicklung gesehen werden. Ihr großes Wissen und ihre guten Qualifikationen müssen besser als bisher in die regionalen Lernprozesse eingebaut werden. Frauen sind mobil und handlungsfähig und es muss ihnen ermöglicht werden, eigenverantwortlich an regionalen Gestaltungsprozessen mitzuwirken.
- Frauen müssen in allen Regionen Österreichs besser als bisher am Mainstreaming von Regionalentwicklung beteiligt werden. Die Einbindung von Frauen, Frauenbeauftragten, Frauenexpertinnen und Gleichstellungsexpertinnen in regionalpolitische Gremien muss dabei über entsprechende Finanz- und Zeitressourcen abgesichert und ihrer Mitarbeit über klare Aufgabendefinitionen mehr Autorität gesichert werden. Frauen müssen lernen, (Mit)Arbeit und Expertise, die von ihnen erwartet wird, nicht immer „gratis“ zu geben.
- Die Anliegen der Frauen müssen besser als bisher auch einen Niederschlag in der Prioritätensetzung und strategischen Ausrichtung regionalpolitischer Prozesse und Programme finden. Die Frauen- und Gender-Expertinnen müssen auf diese Änderungen in der Prioritätensetzung drängen.

- Die Arbeit der Expertinnen für Frauenfragen auf Landesebene, Regionalebene und lokaler Ebene muss besser als bisher durch finanzielle Mittel abgesichert werden. Mit der Verankerung von Gender Mainstreaming als Handlungsleitlinie in vielen Sektoralpolitiken auf nationaler und Landesebene entsteht eine Vielfalt an neuen Aufgaben, die mit den derzeitigen personellen und finanziellen Ausstattungen der verschiedenen Frauenbüros nicht wirklich zielführend wahrgenommen werden können.
- Auch im Bereich der Regionalpolitik ist die Verankerung von Gender Mainstreaming Prozessen nur möglich, wenn institutionelle Strukturen für die Beratung und Umsetzung aufgebaut werden. In diesem Zusammenhang kann recht gut an die Erfahrungen angeknüpft werden, die im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bereits gemacht wurden. Es lassen sich derzeit zumindest drei Ansatzpunkte für die konkrete Institutionalisierung von Gender Mainstreaming Prozessen in der Regionalpolitik ausmachen: Erstens, existieren mittlerweile informelle Netzwerke, wie jenes der Frauenbeauftragten der Länder und der Vertreterinnen für die Frauen-NGO's in den Begleitausschüssen, deren Zusammenarbeit dringend unter Bereitstellung entsprechender Finanzmittel professionalisiert werden könnte und sollte. Zweitens, gibt es eine Reihe von EQUAL Partnerschaften, die mit Ende 2002 angelaufen sind, die direkt auf die Initiierung von Gender Mainstreaming Prozessen in der regionalen Entwicklung abzielen. An die im Rahmen dieser Partnerschaften gemachten Erfahrungen könnte und sollte angeknüpft werden. Drittens, gibt es eine Reihe von Einzelinitiativen und Projekten im Rahmen der anderen Gemeinschaftsinitiativen die entweder explizit als Frauenprojekte gestaltet sind oder die explizit darauf ausgerichtet sind, Gender Mainstreaming Prozesse in Gang zu setzen. Auch an die im Rahmen dieser Projekte gemachten Erfahrungen kann angeknüpft werden.
- Innovative Projekte, die auf Geschlechtervielfalt abzielen, sind wahrscheinlich auch in Zukunft nur schwer über die administrativ sehr aufwendigen Förderschienen der Ziel 1- und Ziel 2-Programme abzuwickeln. Regionalpolitik muss darauf achten, dass die „kleinen“ Fördertöpfe, aus denen die meisten Frauenprojekte bisher ihr Geld beziehen, im Zuge einer Zentrierung von Fördergeldern auf Leitprojekte nicht verloren gehen. Es ist insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Gelder für Gemeinschaftsinitiativen und Aktionsprogramme der EU in der nächsten Strukturfondsperiode erhalten bleiben. Auch Bund und Länder müssen verstärkt Geldmittel für integrative (sektorübergreifende) Pilotprojekte zur Verfügung stellen.
- Die Regionalpolitik muss darüber hinaus auch darauf achten, dass Frauen nicht nur „indirekt“ an den „großen“ Ausgaben partizipieren. Die Frauen sind ihrerseits gefordert, Hemmungen abzulegen und sich auch um „große“ Finanzmittel zu bewerben.
- Für die internationale und innernationale Vernetzung von Frauen und Fraueneinrichtungen, die im Bereich der Regionalentwicklung tätig sind, müssen verstärkt Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Auch Männer sind aufgefordert, ihren Gender-Blick durch die Beteiligung an internationalen Vernetzungen bewusst zu erweitern.
- Der Implementierung von Gender Mainstreaming ist im Rahmen der Evaluationen in allen Ziel-1 und Ziel-2 Programmen sowie regional relevanten Gemeinschaftsinitiativen entlang der in der Studie zusammengestellten Grundlagen besonderes Augenmerk zu schenken.

## 5.4 Forschungsfragen, die weiter verfolgt werden sollten

Forschungsfragen, die weiter verfolgt werden sollten, ergeben sich einerseits aus der bisher noch sehr mangelhaften Einbindung von Frauenprojekten in die regionalpolitisch besonders wichtigen Fördertöpfe und andererseits aus fehlenden Informationen zu den konkreten geschlechterspezifischen Wirkungen regionalpolitischer Interventionen in verschiedenen regionalen Kontexten. Es wird vorgeschlagen, folgenden Fragestellungen in naher Zukunft besonderes Augenmerk zu schenken:

- Die im Rahmen von EQUAL initiierten Projekte sollten gezielt daraufhin evaluiert werden, wie Frauen und Fraueninitiativen organisatorisch in regionalpolitisch relevante Partnerschaften eingebunden werden können.
- Zusammenstellung aller im regionalpolitischen Kontext relevanten Fraueninitiativen und Evaluierung ihrer interaktiven Dynamik bei der Projektgenerierung auf regionaler Ebene.
- Erarbeitung detaillierter Evaluierungen von Frauenprojekten in Hinblick auf ihre Bedeutung für die Regionalentwicklung.
- Analyse und Entwicklung von Strategien zum Abbau von bestehenden Informations- und Zugangsbarrieren von Frauen, Frauenprojekten und sonstigen Projekten zur Förderung der Gleichstellung zu den „großen“ Finanztöpfen der Regionalpolitik.
- Evaluierung von direkten und indirekten Wirkungen „typischer“ regionaler Großprojekte auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. Aufbauend darauf wären Kriterien, Richtlinien und Methodiken für das Gender Impact Assessment regionaler Großprojekte zusammenzustellen.
- Evaluierung der Förderrichtlinien der verschiedenen Förderstellen in Hinblick auf die ihnen inhärenten geschlechterspezifischen Wirkungen.

## Literatur

- Amdam, Jørgen (1995): A Women's Perspective in Public Planning. How to Promote this Goal at Municipal Level. A Norwegian Project. Volda: Volda University College
- Amt der NÖ Landesregierung (1998a): NÖ Frauenstudie 1998. Ergänzungsbericht: Fraueneinkommen. Ergänzungsbericht zur NÖ-Frauenstudie 1998. Durchgeführt vom Institut Dr. Brunmayr im Auftrag des Frauenreferats der NÖ-Landesregierung und der NÖ-Landesakademie. St. Pölten: Amt der NÖ Landesregierung, Frauenreferat.
- Amt der NÖ Landesregierung (1998b): Leitbild für die räumliche Entwicklung des Landes Niederösterreich – Raumordnung und Regionalpolitik. St. Pölten: Land Niederösterreich. Online: [http://www.noel.gv.at/service/ru/ru2/Leitbild\\_NOE.htm](http://www.noel.gv.at/service/ru/ru2/Leitbild_NOE.htm)
- Amt der NÖ Landesregierung (2001): Einheitliches Programmplanungsdokument für Ziel 2 des Landes Niederösterreich für die Programmplanungsperiode 2000 – 2006. In der Fassung vom 26.7.2001. Online: <http://www.noel.gv.at/service/ru/ru2/StrukturZiel2.htm>
- Amt der OÖ Landesregierung, Büro für Frauenfragen (2001): Frauenleben in Oberösterreich 2000. Linz: Land Oberösterreich. Online: <http://www.chancengleichheit.at/>
- Amt der Salzburger Landesregierung (2001): Einheitliches Programmplanungsdokument für Ziel 2 des Landes Salzburg für die Programmplanungsperiode 2000 – 2006. In der Fassung vom 26.7.2001. Salzburg: Amt der Salzburger Landesregierung, Abteilung 15: Wirtschaft, Tourismus und Energie. Online: <http://www.oerok.at/>
- Appelt, Erna (1995): Autonomie – ein vergessenes Politikkonzept? In: Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft (AEP) Heft 3, 6-9.
- Appelt, Erna (2000): Identität, Diversität und Demokratie. Grundsätzliche Überlegungen zu einer feministischen Demokratiepoltik. In: Wolfgruber, Elisabeth, Grabner, Petra (Hg.) (2000): Politik und Geschlecht. Dokumentation der 6. Frauenringvorlesung an der Universität Salzburg. WS 1999/2000. Innsbruck, Wien und München: Studienverlag. 11-28
- Appelt, Erna, Sauer, Birgit (2001): Globalisierung aus feministischer Perspektive. Editorial zum Schwerpunktheft „Globalisierungsmythen. Feministische Perspektiven.“ Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2001/2, 127-136.
- Armstroff, Thorsten, Lutz, Hedwig, Meseke, Henriette und Irene Pimminger (1999): Chancengleichheit von Frauen und Männern. Die Umsetzung des arbeitsmarktpolitischen Zieles im Europäischen Sozialfonds in Österreich. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.
- Asamer-Handler, Maria, Reiner, Karl (2000): Regionalentwicklung und Regionalberatung. Vom regionalpolitischen Experiment zum erfolgreichen Entwicklungskonzept. In: Hovorka, Gerhard (Red.): Zukunft mit Aussicht. Beiträge zur Agrar-, Regional-, Umwelt- und Sozialforschung im ländlichen Raum. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (= Forschungsbericht Nr. 45 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen). 197-208
- Aufhauser, Elisabeth (1995a): Wohnchancen - Wohnrisiken: Räumliche Mobilität und wohnungsbezogene Lebensführung in Wien im gesellschaftlichen Wandel. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung (= Abhandlungen zur Geographie und Raumforschung Bd. 4).
- Aufhauser, Elisabeth (1995b): Beitrag der Siedlungssoziologie und Demographie zur Raumplanung. Anforderungen an eine RaumPlanung für Bastelbiographien und die Wechselfälle des Lebens. Manuskript zu einem Vortrag an der Fakultät für Raumplanung und Architektur der TU Wien am 17.1.1995. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung.
- Aufhauser, Elisabeth (2000): Weiblichkeit und Männlichkeit in der Regionalentwicklung. Plädoyer für eine Re-Vision unserer Geschlechterbilder. Vortrag zur ÖIR-Tagung „Gender Mainstreaming – Regionalentwicklung mit starken PartnerInnen“, 9. November 2000. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung (Manuskript).

- Aufhauser, Elisabeth (2001a): Diskursfeld Bevölkerungspolitik. Zwischen „Menschenökonomie und Menschenrechten. *Journal für Entwicklungspolitik* XVII, 1, 7-28.
- Aufhauser, Elisabeth (2001b): Regionalpolitik und Frauenerwerbstätigkeit. ExpertInnen-Interviews im Rahmen des durch den Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank geförderten Forschungsprojektes Nr 7943. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung.
- Aufhauser, Elisabeth (2002): "Vom Umgang mit vielfältigen ‚Weibsbildern‘ und ‚Mannsbildern‘. Gender Mainstreaming im regionalen Kontext". Vortrag im Rahmen der Auftaktveranstaltung „gendernow Gender Mainstreaming in Niederösterreich“ am 10. Oktober 2002 in St. Pölten.
- Aufhauser, Elisabeth, Hafner, Sabine (2003): Feminism and the new multiscaling in employment policy. *GeoJournal* (in Publikation).
- Axt, Heinz-Jürgen (2000): EU-Strukturpolitik. Einführung in die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Opladen: Leske + Budrich.
- Bäschlin, Elisabeth (2002): Being Feminist in Geography. Feminist Geography in the German-Speaking Academy: History of a Movement. In: Moss, Pamela (Hg.): *Feminist Geography in Practice. Research and Methods*. Oxford: Blackwell. 25-30
- Bauhardt, Christine (1997): Mobilität und Raumstruktur. Feministische Verkehrspolitik in der Kommune. In: Bauhardt, Christine, Becker, Ruth (Hg.) (1997): *Durch die Wand! Feministische Konzepte zur Raumentwicklung*. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft. 159-177
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Benz, Arthur (1998): Regionalisierung als Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Kommunen. In: Benz, Arthur, Holtmann, Everhard (Hg.): *Gestaltung regionaler Politik. Empirische Befunde, Erklärungsansätze und Praxistransfer*. Opladen: Leske + Budrich. 101-122
- Bock, Stephanie (2002): Regionale Frauennetzwerke. Frauenpolitische Bündnisse zwischen beruflichen Interessen und geschlechterpolitischen Zielen. Opladen: Leske + Budrich.
- Booth, Christine (1999): Mainstreaming: A new approach to gender and planning. In: The Royal Town Planning Institute (RTPI): *Proceedings of the National Symposium at the TRPI "Gender Equality and the Role of Planning: Realising the Goal"*, 1st July 1999. London: RTPI. 10-13  
Online: <http://www.rtpi.org.uk/resources/panels/equal-w/seminar.pdf>
- Bornmann, Michael (2001): Unternehmerinnen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. In: DtA-Forum vom 19.9.2001, 7-10.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Otto Schwartz. 185-198
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hg.) *Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen*. Frankfurt: Campus. 25-34
- Braithwaite, Mary (1996): *Manual for integrating gender equality into local and regional development*. Brüssel: Engender.
- Braithwaite, Mary (1999): Einbeziehung der Chancengleichheit in die Strukturfondsmaßnahmen: Wie Regionen in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich das neue Konzept in die Praxis umsetzen. Abschlußbericht der Umfrage zur derzeitigen Praxis und Erkenntnisse des Seminars in Gelsenkirchen, 21. - 22. Januar 1999. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (=Bericht für die GD XVI).
- Braithwaite, Mary (2000): *Mainstreaming Gender in the European Structural Funds*. Paper prepared for the Mainstreaming Gender in European Public Policy Workshop, University of Wisconsin-Madison, 14-15. Oktober 2000.  
Online: (<http://eucenter.wisc.edu/Conferences/Gender/braith.htm>).

- Brambilla, Paola (2001): Gender and Monitoring: A Review of Practical Experiences. Paper prepared for the Swiss Agency for Development and Co-operation (SDC). Brighton: Bridge.  
Online: <http://www.ids.ac.uk/bridge/reports/re63.pdf>
- Bratl, Hubert, Hummelbrunner, Richard, Payer, Harald, Scheer, Günter (2002): Systemtheoretische Beurteilung und Weiterentwicklung von regionalpolitischen Interventionen. Im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4 Regionalpolitik. Wien: ÖAR.  
Online: <http://www.bka.gv.at/bka/regionalpolitik/publikationen.html>
- Braunmühl v., Claudia (1997): Gender and Transformation. Nachdenkliches zu den Anstrengungen einer Beziehung. In: Kreisky Eva, Sauer, Birgit (Hg.) (1997): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Wiesbaden: Opladen (= Sonderheft Nr. 28 der Politischen Vierteljahresschrift). 475-490
- Braunmühl v., Claudia (2001): Gender Mainstreaming Worldwide – Rekonstruktion einer Reise um die Welt. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1/2, 183 – 102.
- Braunmühl v., Claudia (2002): Gender Mainstreaming: neue Konzepte – neue Chancen? In: Nohr, Barbara, Veth, Silke (Hg.) (2002): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie. Berlin: Karl Dietz Verlag. 17-25
- Bundesministerin für Frauenangelegenheiten (1995): Bericht über die Situation der Frauen in Österreich. Frauenbericht 1995. Wien: Bundeskanzleramt.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hg.) (2001): Statistisches Taschenbuch. Wien: BMBWK.
- Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft (BMLF) (2000): Österreichisches Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums. Teil I: Kapitel 1 – 8. Wien: BMLF.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2002): Grüner Bericht 2001. Wien: BMLFUW.
- Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg (2002): Wir planen für Frauen und Männer. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung. Dokumentation der Tagung am 19./20. September 2002. Salzburg: Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg. Online: <http://www.salzburg.gv.at/themen/gv/frauen/>
- Camstra, Ronald (1995): Emanzipation und die Entfernung vom Wohnort zur Arbeit. Eine niederländische Studie. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 6/7, 73-89.
- Cordes, Mechthild (1996): Frauenpolitik: Gleichstellung oder Gesellschaftsveränderung. Ziele – Institutionen – Strategien. Opladen: Leske + Budrich.
- Cyba, Eva (1998): Das Geschlechterverhältnis: traditional, modern oder postmodern? In: Preglau, Max, Richter, Rudolf (Hg.) (1998): Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur. Wien: Signum Verlag (=Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Band 15). 155-173
- Döge, Peter (2001a): Was, bitte schön, ist Gender? Konsequenzen des Gender-Konzepts. In: politische ökologie 70 (AGender 21), 15-17.
- Döge, Peter (2001b): Staatliche Technologieförderung als androzentrishes Politikprojekt. Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesrepublik Deutschland und der EU im Vergleich. In: Kreisky, Eva, Lang, Sabine, Sauer, Birgit (Hg.): EU. Geschlecht. Staat. Wien: WUV. 155-167
- Domosh, Mona, Saeger, Joni (2001): Putting Women in Place: Feminist Geographers Make Sense of the World. New York: Guilford Press.
- Dumjovits, Rudolf (2002): Verwaltungsreform: Der Ruf nach dem schlanken Staat im Spiegel von Effizienz und Gerechtigkeit. In: Raum 45, 22-25.
- Duncan, Simon (1995): Theorising European gender systems. Journal of European Social Policy 5, 4, 263-84.



- Egeln, Jürgen, Engel, Dirk, Gassler, Helmut (2002): Berichterstattung zum Unternehmensgründungsgeschehen in Österreich bis 2000. Im Auftrag des BM für Verkehr, Innovation und Technologie. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZWE), Graz: Johanneum Research Forschungsges.m.b.H.
- Eigner, Christian (2002): Der Passive Innovator. Über neue Räume, eine neue Raumentwicklung und ein Center, das Raumpolitik betreibt. In: Texte zur Wirtschaft Nr. 165.  
Online: <http://www.zum-thema.com/home>
- Ernst, Waltraud (2003): Umkämpfte Räume: Die Stadt als Ort der Instanziierung und Infragestellung von Geschlechterordnungen. In: Kuhlmann, Dörthe, Hnilica, Sonja, Jormakka, Kari (Hg.): Building Power. Architektur, Macht, Gender. Wien: Edition Selene. 233-359
- Europarat (Berichterstattegruppe für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern) (1998): Gender Mainstreaming – konzeptueller Rahmen, Methodologie und Beschreibung bewährter Praktiken. Wien: Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz (deutsche Übersetzung).
- Fagan, Colette, Rubery, Jill (1996): Transitions between Family Formation and Paid Employment. In: Schmid, Günter, O'Reilly, Jaqueline, Schömann, Klaus (Hg.) (1996): International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation. Cheltenham: Edward Elgar. 348-378
- Fallend, Franz, Mühlböck, Armin, Wolfgruber, Elisabeth (2001a): Die österreichische Gemeinde. Fundament oder „Restgröße“ im Mehrebenensystem von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union? In: Forum Politische Bildung (Hg.): Regionalismus – Föderalismus – Supranationalismus. Innsbruck: StudienVerlag (= Informationen zur politischen Bildung, Nr. 18). 45-61  
Online: <http://www.demokratiezentrum.org/download/wolfgruber2.pdf>;
- Fallend, Franz, Aigner, Dagmar, Mühlböck, Armin (2001b): „Europäisierung“ der lokalen Politik? Der Einfluss der Europäischen Union auf Politiknetzwerke und Entscheidungsprozesse in der lokalen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Vortrag bei der Tagung der DVPW, ÖGPW und SVPW „Der Wandel föderativer Strukturen“ in Berlin, 8.-9. Juni 2001.  
Online: <http://www.sbg.at/regiostudios/d-europa/d-europa-main.htm>
- Food and Agricultural Organisation of the United Nations (FAO) (1999): Filling the Data Gap: Gender-Sensitive Statistics for Agricultural Development. Rom: FAO.
- Food and Agricultural Organisation of the United Nations (FAO) (2001): Agricultural Censuses and Gender Considerations. Rom: FAO.
- Faßmann, Heinz (2001): Grundlagen und Konzepte der Raumordnung, Unterlagen zur Vorlesung im SS 2001. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien.
- Fidlschuster, Luis (2003): Kann GM in der Regionalplanung für Frauen spezifischere Programme entwickeln? Nutzen – Schwierigkeiten (Kommentar). In: Vorum, Forum für Gemeindeentwicklung in Vorarlberg Nr. 2, 7.
- Finder, Ruth, Lang, Barbara (1999): Frauen und Fachhochschulen. Erste Erfahrungen. Studium – Berufseinstieg – Beschäftigungschancen. Wien: Unveröffentlichtes Manuskript.
- Foucault, Michel (1973): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp (6. Aufl. 1994).
- Foucault, Michel (1982): Wahrheit, Macht und Selbst. Ein Gespräch zwischen Rux Martin und Michel Foucault (25. Oktober 1982). In: Foucault, Michel (1993): Technologien des Selbst. Auf deutsch hrsg. von Matin, Luther H., Gutman, Huck, Hutton, Patrick. Frankfurt: Fischer. 15-23
- Frankenfeld, Peter (2002): Schafft regionale Wirtschaftspolitik tatsächlich Arbeitsplätze? Sinn und Unsinn der Messung von Beschäftigungseffekten. Vortrag im Rahmen des ersten Workshop des AK „Strukturpolitik“ der Deutschen Gesellschaft für Evaluation e.V. am 7./8. 3. 2002 in Berlin. Online: [http://www.degeval.de/ak\\_strukt/](http://www.degeval.de/ak_strukt/)

- Franz, Alfred (1996): Familienarbeit und Frauen-BIP. Wien: Österreichisches Statistisches Zentralamt (= Österreichische Studien zur Amtlichen Statistik Nr.3)
- Frauenbüro der Stadt Wien (Hg.) (2001): Leitfaden Gender Mainstreaming. Wien: Frauenbüro der Stadt Wien (= Milena Schriftenreihe).
- Frauenstiftung Steyr (Hg.) (2000): Zwei glatt, zwei verkehrt. Chancengleichheit und Regionalentwicklung. Regionale Netzwerke als Antwort auf europäische Herausforderungen. Tagungsdokumentation, 6./7.4. 2000. Steyr: Frauenstiftung Steyr.
- Frauenstiftung Steyr (Hg.) (2002): Baustelle Chancengleichheit. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung. 12./13. November 2002, Ergänzung zur Tagungsmappe. Steyr: Frauenstiftung Steyr.
- Fries, Renate (2000): Chancengleichheit aus Sicht der EU Kommission. In: Frauenstiftung Steyr (Hg.) (2000): Zwei glatt, zwei verkehrt. Chancengleichheit und Regionalentwicklung. Regionale Netzwerke als Antwort auf europäische Herausforderungen. Tagungsdokumentation, 6./7.4. 2000. Steyr: Frauenstiftung Steyr.
- Fuchshofer, Rosmarie, Eckstein, Kerstin, Wullner, Maria (2001): Heidi wohnt hier nicht mehr. Zur Abwanderung des autochthonen kreativen und innovativen Potentials aus dem ländlichen Raum. Eine sozialwissenschaftliche Analyse zur Situation im EU Ziel 2 Gebiet Lungau und Lösungsansätze zur Aktivierung des internen Innovationspotentials. Projekt des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank Nr. 8347. Projektbericht. Henndorf. Online: <http://www.stadtlandberg.at/heidi/projekt.htm>
- Gerhardter, Gabriele, Gruber, Markus (2001): Regionalförderung als Lernprozess: Evaluierung der Förderungen des Bundeskanzleramts für eigenständige Regionalentwicklung. Wien: Bundeskanzleramt (= Schriften zur Regionalpolitik und Raumordnung Nr. 32).
- Gibson-Graham, Julie Katherine (1996): The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy. Oxford: Blackwell.
- Gieseke, Wiltrud (1999): Ausblicke und Visionen. Neue Dimensionen für die Frauenbildung. Hauptreferate der Frauenbildungstagung 1999 "Anleitungen zum ungetrübten Blick". Tagungsdokumentation, Salzburg. Online: <http://www.frauenbildung.at>
- Gilroy, Rose (1999): Gender aware approaches to local and regional development: better practice lessons from across Europe. Town Planning Review 27,2, 217-242.
- Goldberg, Christine (1999): Post-Moderne Frauen in traditionellen Welten. Zur Weiblichkeitskonstruktion von Bäuerinnen. Habilitationsschrift an der Universität Wien. Wien: Institut für Soziologie.
- Goldmann, Monika (2002): Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Globalisierung in den Bereichen Waren- und Dienstleistungen, Arbeitsmärkte und Wissens- und Informationsgesellschaft. Gutachten für die Enquetekommission "Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten". Dortmund. Online: <http://www.bundestag.de/gremien/welt/gutachten/>
- Grüger, Christine (2000): Nachhaltige Raumentwicklung und Gender Planning. Das Beispiel der Regionalplanung beim Verband Stuttgart. Dortmund: IRPUD Blaue Reihe (=Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 104).
- Haas, Walter (1998): Regionalplanung in Österreich. Entwicklung, Sachstand und Strategien einer vernachlässigten Ebene der Raumordnung. Salzburg: Amt der Salzburger Landesregierung (=Materialien zur Raumplanung, H. 13).
- Hagemann-White, Carol (2000a): Vom paradoxen Unterfangen, sozialen Wandel durch strategisches Handeln in der Verwaltung herbeizuführen. Von der Gleichstellung zur Geschlechtergerechtigkeit. In: taz Bremen Nr. 6324 vom 6.12.2000.

- Hagemann-White, Carol (2000b): Krieg und Frieden im Geschlechterverhältnis – für eine neue Geschlechterkultur in Europa. In: Lenz, Ilse, Mae, Michiko, Klose, Karin (Hg.) (2000): Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen. Opladen: Leske + Budrich. 233-256
- Hammer-Strizek, Gisela (2001): Frauen unternehmen was - mit Erfolg! Wie die Bundesregierung Frauen als Unternehmerinnen fördert. In: DtA-Forum vom 19.9.2001, 11-18.
- Hark, Sabine (2001): Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie. Opladen: Leske+Budrich.
- Harvey, David (1990): The Condition of Postmodernity. An Inquiry into the Origins of Cultural Change. Cambridge: Blackwell.
- Hedman, Birgitta, Perucci, Francesca, Sundström, Pehr (1996): Engendering Statistics. A Tool for Change. Stockholm: Statistics Sweden
- Heintel, Martin (1998): Einmal Peripherie - immer Peripherie? Szenarien regionaler Entwicklung anhand ausgewählter Fallbeispiele. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung (= Abhandlungen zur Geographie und Raumforschung Band 5).
- Heintel, Martin (2001): Mainstream-Regionalentwicklung. In: Landnutzung und Landentwicklung 5, 193-200.
- Herry, Max, Snizek, Sepp (1999): Oberösterreich – Verkehrserhebung 1998. Studie im Auftrag der oberösterreichischen Landesregierung. Wien.
- Herzog, Siegrun (2001): Bildungs- und Berufsverläufe von Frauen in Oberösterreich. Diplomarbeit an der Universität Wien. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung.
- Hinterleitner, Vera (2002). Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Regionalentwicklung. Eine begleitende Evaluation des Projektes Egalite. Diplomarbeit an der Universität Wien. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung.
- Hofer, Karin, Wolfgruber, Elisabeth (1999): Warum werden Frauen nicht gewählt? Zur Situation von Politikerinnen am Land Salzburg. Salzburg: Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg.
- Holland-Cunz, Barbara (1993): Öffentlichkeit und Privatheit – Gegenthesen. In FOPA (Hg.): Raum greifen und Platz nehmen. Dokumentation der 1. Europäischen Planerinnentagung. Dortmund: Selbstverlag (=FreiRäume-Sonderheft). 36-53
- Holland-Cunz, Barbara (2000): Feminismus. Politische Kritik patriarchaler Herrschaft. In: Neumann, Franz (Hg.) (2000): Handbuch Politische Theorien und Ideologien 2. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich. 364-392
- Holzinger, Elisabeth (2001): 6 Jahre Programmevaluation. Eine Bilanz. Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4. Wien: ÖIR.  
Online: <http://www.bka.gv.at/bka/regionalpolitik/>
- Holzinger, Elisabeth (2002): Mehr vom Gleichen oder anders als bisher? Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit. In: Frauenstiftung Steyr (Hg.): Baustelle Chancengleichheit. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung. 12./13. November 2002, Ergänzung Tagungsmappe. Steyr: Frauenstiftung Steyr. 10-13
- Holzinger, Elisabeth, Delapina, Franz, Krajasits, Cornelia, Laburda, Angelika (1998): Regionale Wissensbasis. Wien: ÖIR (= Forschungsbericht des Österreichischen Instituts für Raumplanung Nr. 13)
- Horelli, Lisa (1997): Endendering Evaluation of European Regional Development. In: Evaluation 3, 4, 435-450.
- Horelli, Liisa (2000): Creating the infrastructure of everyday life in the context of European local and regional development. Paper presented to the ESRC Seminar "Women in local and regional development: gender equality issues in participaiton and consultation" at Sheffield Hallam University

- Horelli, Liisa, Booth, Christine, Gilroy, Rose (2000): The EuroFEM Toolkit for Mobilizing Women into Local and Regional Development. Aktualisierte Version. Helsinki: Helsinki University of Technology, Centre for Urban and Regional Studies.
- Horelli, Liisa, Roininen, Janne (1997): Gender Aspects in the Application of ERDF Interventions in the Finnish Context in 1995 – 1996. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (= Final Manuscript, DG XVI).
- Horelli, Liisa, Vepsä, Kirsti (1994): In Search of Supportive Structures for Everyday Life. In: Altman, Irwin, Churchman, Arza (ed.) (1994): Women and the Environment. New York, London: Plenum Press. 201-226
- Huber, Wolf (1996): Regionalmanagement und Regionale Entwicklungsorganisationen aus der Sicht der österreichischen Koordinierungsstelle der EU-Regionalförderung. Vortrag auf der Tagung „Regionalmanagement und Regionale Entwicklungsorganisationen in Europa. Instrumente und Modelle zur Verankerung und Unterstützung der EU-Strukturpolitik“ veranstaltet von der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Regionalentwicklung im Auftrag des Bundeskanzleramtes im Juni 1996 in Wien.
- ISIS, Solution (ISIS - Gesundheit und Therapie für Frauen, Solution Sozialforschung und Entwicklung) (2000): Salzburger Frauengesundheitsbericht 2000. Salzburg: Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes und Frauenbüro der Stadt Salzburg.
- Jung, Dörthe (1997): Frauen als Pionierinnen neuer sozialer Umverteilung und gesellschaftlicher Solidarität. In: Braun, Helga, Jung, Dörthe (Hg.): Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats. Hamburg: Konkret Literatur Verlag.
- Kade, Jochen (1997): Entgrenzung und Entstrukturierung. Zum Wandel der Erwachsenenbildung in der Moderne. In: Karin Derichs-Kunsmann (Hg.): Enttraditionalisierung der Erwachsenenbildung. Dokumentation der Jahrestagung 1996 der Kommission Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften. Beiheft zum Report, Frankfurt/Main 1997, S. 13-31.
- Kanatschnig, Dietmar, Fischbacher, Christa, Schmutz, Petra (1999): Regionalisierte Raumentwicklung. Möglichkeiten zur Umsetzung einer Nachhaltigen Raumentwicklung auf regionaler Ebene. Wien: Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung (= Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Nachhaltige Entwicklung, Band 5).
- Kanatschnig, Dietmar, Fischbacher, Christa (2000): Regionales Mobilitätsmanagement - Möglichkeiten zur Umsetzung nachhaltiger Verkehrskonzepte auf regionaler Ebene. Wien: Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung (= Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Nachhaltige Entwicklung, Band 7)
- Kapeller, Doris, Kreimer, Margarete, Leitner, Andrea (1999): Hemmnisse der Frauenerwerbstätigkeit. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (=Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr. 62)
- Keller, Reiner (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner, Hirsland, Andreas, Schneider, Werner und Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen: Leske+Budrich. 113-143
- Kiefer, Andreas (2000): Die regionale Dimension in Europa – institutionelle Entwicklungen und Perspektiven im Europarat und von Regionen mit Legislativkompetenzen. In: SIR-Mitteilungen 28, 35-44.
- Klingebiel, Ruth, Randeria, Shalini (Hg.) (1998): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz.

Klinger, Cornelia (1999): Essentialismus, Universalismus und feministische Politik. In: Lutter, Christina, Menasse-Wiesbauer, Elisabeth (Hrsg.) (1999): Frauenforschung, feministische Forschung, Gender Studies: Entwicklungen und Perspektiven. Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft. Band 8. Wien: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr. 95-115

Klinger, Cornelia (2000): Die Ordnung der Geschlechter und die Ambivalenz der Moderne. In: Becker, Sybille, Kleinschmit, Gesine, Nord, Ilona, Schneider-Ludorff, Gury (Hg.) (2000): Das Geschlecht der Zukunft. Frauenemanzipation und Geschlechtervielfalt. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer. 29-63

Knapp, Gudrun-Axeli, Wetterer, Angelika (1995): TraditionenBrüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg: Kore.

Knapp, Ulla (2001): Regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik - ein wichtiges Handlungsfeld für Frauen. Manuskript für einen Vortrag in der Evangelischen Akademie Bad Boll am 21.5.2001. Online: [http://www.boell-ba-wue.de/download/21\\_05\\_01.doc](http://www.boell-ba-wue.de/download/21_05_01.doc)

Köpl, Regina (1999): Das Ende der Bescheidenheit? 20 Jahre institutionelle Frauenpolitik in Österreich. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 28, 1, 63-74:

Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1996): Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft. Mitteilung der Kommission vom 21. Februar 1996, KOM(96) 67 endgültig. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998a): 100 Begriffe aus der Gleichstellungspolitik. Glossar der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Online: ([http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/equ\\_opp/documents\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/documents_de.html))

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998b): Leitfaden zur Bewertung geschlechtsspezifischer Auswirkungen. Brüssel: DG Beschäftigung und Soziales. Online: [http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/equ\\_opp/documents\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/documents_de.html)

Kommission der Europäischen Gemeinschaften(1999): Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK). Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000a): Rahmenstrategie der Gemeinschaft zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (2001-2005). Mitteilung der Kommission vom 7.6.2000, KOM(2000) 335 endgültig. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000b): Einbeziehung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in die Strukturfondsmaßnahmen. Der neue Programmplanungszeitraum 2000-2006 Technisches Papier 3. Online: [http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docoffic/working/doc/mainst\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/working/doc/mainst_de.pdf)

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000c): Gleichstellung mit Männern und für Männer. In: Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union Beispiele für vorbildliche Praktiken (1996-2000). Luxemburg: Amt für Amtliche Veröffentlichungen der EU. 18-19

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Beschreibung der sozialen Lage in Europa 2001. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002a): Implementierung des Gender-Mainstreaming in den Strukturfonds-Programmplanungsdokumenten 2000-2006. Mitteilung der Kommission vom 20.12.2002, KOM (2002) 748 endgültig. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002b): Beschäftigung in Europa 2001. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU.

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002c): Das Leben von Frauen und Männern in Europa. Ein statistisches Porträt. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002d): Agriculture. The spotlight on women. Luxemburg: Amt der amtlichen Veröffentlichungen der EU.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002e): Implementation of gender mainstreaming in the Structural Funds programming documents 2000 – 2006. Input to the 3rd Conference on Gender Mainstreaming in the Structural Funds on 14/15 June 2002 in Santander/Spain.
- Kozeluh, Ulrike, Maad, Christa, Mandl, Sabine, Mayrhofer, Marlene (2001): Gender Mainstreaming in der Arbeitsmarktpolitik. Anhand des Beispiels der Wiener Arbeitsmarktpolitik. Wien: Arbeitsmarktservice (= AMS Info Nr. 44).
- Krätke, Stefan (1996): Regulationstheoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 40, 1-2, 6-19.
- Kreimer, Margareta, Leitner, Andrea (2002): Jenseits von Gleichheit. Fragestellungen einer chancengleichheitsorientierten Arbeitsmarktpolitik aus feministisch-ökonomischer Perspektive. In: Kurswechsel 1, 66-76.
- Kreisky, Eva (1995): Ausblick auf die Zukunft institutioneller Frauenpolitik 1996 – 2005. In: Bundesministerium für Frauenangelegenheiten/Bundeskanzleramt (1995): Bericht über die Situation der Frauen in Österreich. Frauenbericht. Wien: Bundeskanzleramt. 619-629
- Krüger, Dorothea (1993): Struktureller Wandel des sozialen Ehrenamts. In: Zeitschrift für Frauenforschung 11, 3, 82-93.
- Kujath, Hans Joachim (1998): Regionen im globalen Kontext. In: Kujath, Hans Joachim (Hg.) (1998): Strategien der regionalen Stabilisierung. Wirtschaftliche und politische Antworten auf die Internationalisierung des Raumes. Berlin: Edition Sigma. 13-37
- Lassnigg, Lorenz (1989): Ausbildungen und Berufe in Österreich. Wien: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (= Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr. 32).
- Leitner, Andrea (2001): The case of Austria. In: Behnung, Ute und Pascual Amparo Serrano (Hrsg.): Gender Mainstreaming in the European Employment Strategy. Brüssel: European Trade Union Institute. 158-182
- Lichtenauer-Kranich, Thilde (1997): EU-Programme in der Oberösterreich. In: Geographischer Jahresbericht aus Österreich LIV, 55-71.
- Lichtenauer-Kranich, Thilde (2002): Chancengleichheit in der Regionalpolitik der Europäischen Union. In: SIR-Mitteilungen und Berichte 30, 11-20.
- Löfström, Asa (2001): A report on Gender Equality and Economic Growth. Umea: Umea University.  
Online: [http://social.regeringen.se/ansvar/ordf/pdf/gender\\_en.pdf](http://social.regeringen.se/ansvar/ordf/pdf/gender_en.pdf)
- Loibl, Elisabeth (2000): Frauen treten aus dem Schatten. Frauen-Lebenswelten am Land. Workshop. In: Frauenstiftung Steyr (Hg.) (2000): Zwei glatt, zwei verkehrt. Chancengleichheit und Regionalentwicklung. Regionale Netzwerke als Antwort auf europäische Herausforderungen. Tagungsdokumentation, 6./7.4. 2000. Steyr: Frauenstiftung Steyr.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Lukesch, Robert (1999): Navigieren am Rande des Chaos: Regionalentwicklung systemisch. Vortrag zum Symposium „Raumplanung 2000“ – Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Raumplanung (ÖGR) am 19.11.1999 an der TU Wien.  
Online: [http://eur-mas.iff.ac/menu\\_r/download/download.htm](http://eur-mas.iff.ac/menu_r/download/download.htm)

- Lukoschat, Helga (1998): Das Konzept der Geschlechterdemokratie und seine Umsetzung in Organisationen. In: Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt Stuttgart (Hg.): Chancen und Risiken der Verwaltungsreform für Frauen – Dokumentation. Stuttgart: Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt Stuttgart.
- Lukoschat, Helga (2001): Idee und Theorie der Geschlechterdemokratie. Vortrag im Rahmen der Geschlechterdemokratischen Dialoge IV. Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Gender+Empowerment=Geschlechterdemokratie? Dokumentation der Veranstaltung vom 10. Oktober 2000. Bonn: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Maihofer, Andrea (1995): Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz. Frankfurt: Helmer.
- Mairhuber, Ingrid (2002): The Austrian NAP 2001 from a Gender Perspective. Final Report to the EC's Expert Group on Gender and Employment. Wien: Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA). Online: <http://www.umist.ac.uk/management/ewerc/>
- Massey, Doreen (1984): Spatial Divisions of Labour: Social Structure and the Geography of Production. London: Macmillan.
- Massey, Doreen (1995): Masculinity, dualisms and high technology. Transactions of the Institute of British Geographers 20, x, 487-499.
- Mathes, Maite (2001): Geboren aus dem Vorwitz vielfältiger Frauen. In: politische Ökologie 70 (AGender 21), 66-69
- McDowell, Linda (1999): Gender, Identity and Place. Understanding Feminist Geographies. Cambridge: Polity Press.
- Menne, Brigitte (1994): Wir Frauen am Land. Ergebnisse regionaler Kultur- und Bildungsarbeit im Mühlviertel. Wien: Wiener Frauenverlag.
- Meseke, Henriette (2002): Beim Geld hört die Gleichstellung auf! Die Strukturpolitik der Europäischen Union. In: Allroggen, Ulrike, Berger, Tanja, Erbe, Birgit (Hg.) (2002): Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union. Argument Verlag: Hamburg. 93-112
- Meseke, Henriette, Armstropp, Thorsten (2001): Gender-Mainstreaming in der Strukturfondsförderung des Landes Brandenburg. Ein koordiniertes und integriertes Konzept zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern mit Hilfe der Strukturfonds. Machbarkeitsstudie. Potsdam: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg.
- Mikula, Gerold, Freudenthaler, Heribert H. (1999): Aufteilung von Familienarbeit als Gegenstand von Ungerechtigkeitswahrnehmungen und sozialen Konflikten: zur Bedeutung sozialer Vergleiche. In: Lutz, Wolfgang (Hg.): Kompendium der Familienforschung in Österreich 1999. Wien: ÖIF (=Schriftenreihe des ÖIF Nr. 7). 37-61
- Morgan, Hildegund, Wöhry, Elfriede (2000): Verborgene Schätze heben. Regionales Engagement und Chancenverbesserung von Frauen im „Land der Hämmer“. St. Ulrich/Linz: Eigenverlag der lokalen Aktionsgruppe ANNE.
- Moser, Caroline (1993): Gender planning and development. Theory, practice and training. New York: Routledge
- Nebenführ, Eva (1997): Sozio-ökonomische und regionale Unterschiede der Erwerbs- und Familienbiographie im weiblichen Lebensverlauf. Dissertation an der Universität Wien. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung.
- Nöbauer, Christine (1992): Heimat. In: Ellmauer, Isolde, Gruber, Rosa, Nöbauer, Christine, Oblasser, Theresia: Rauchzeichen. Horn: Arge Region Kultur.
- Nohr, Barbara (2002): Diversity, Total-E-Quality und Gedöhns. In: Nohr, Barbara und Veth, Silke (Hg.): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie. Berlin: Dietz.

Nutek (2001): Women as Entrepreneurs in Sweden and the UK. Different Perspectives. Ministry of Industry, Employment and Communication of Sweden, The Women's Unit Cabinet Office (ed.). Stockholm/London

O'Hara, Patricia (1995): Inside the "Black Box": The Need to Examine the Internal Dynamics of Family Farms. In: Dax, Thomas, Loibl, Elisabeth, Oedl-Wieser, Theresia (1995) (Hg.): Pluriactivity and Rural Development. Theoretical Framework. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (= Forschungsbericht Nr. 34 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen). 85-94

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (1996): Amenities for Rural Development – Policy Examples. Paris: OECD.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (1999): Cultivation rural amenities. An economic development perspective. Paris: OECD.

Oedl-Wieser, Theresia (1997): Emanzipation der Frauen am Land. Ambivalenzen und Lebenszusammenhänge. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen (=Forschungsbericht Nr. 40 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen).

Oedl-Wieser, Theresia (2000): Die EU-Frauenpolitik und ihre Auswirkungen auf Frauen in ländlichen Regionen. Eine Untersuchung in zwei österreichischen Ziel 5b-Förderregionen. Dissertation an der Universität für Bodenkultur Wien. Wien: Universität für Bodenkultur.

Offenbartl, Susanne (1995): Keine Moderne ohne Patriarchat? Das Geschlechterverhältnis als handlungsleitende Denkstruktur der Moderne. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) (Hg.) (1995): Teilzeitbetreuung von Kindern in Österreich. Eine Bestandsaufnahme zur Orientierung über Formen, Kosten und Finanzierung. Wien: ÖIF (= Schriftenreihe des ÖIF Nr. 1).

Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) (Hg.) (1997): Beziehungen zwischen Generationen. Ergebnisse der wissenschaftlichen Tagung der ÖGIF im November 1995. Wien: ÖIF (= Schriftenreihe des ÖIF Nr. 4).

Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR) (Hg.) (2000): Regionale Determinanten von Bildungs- und Berufsverläufen. Wien: AMS.

Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (2002): Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001. Wien: Österreichische Raumordnungskonferenz (= ÖROK Schriftenreihe Nr. 163).

Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) (1999): Dienste und Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen in Österreich. Übersicht über die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder. Wien: ÖBIG.

Overkamp, Elisabeth, Thomas, Anja (1998): Denkanstöße. Über Geschlechterbilder in der feministischen Theorie. Emanzipationsstrategien und Frauenbelange in der Planung. In: Frei.Räume (1998): Neue Wege. Neue Ziele. Positionen feministischer Planung. Bielefeld: Kleine Verlag (= FOPA Streitschrift der feministischen Organisationen von Planerinnen und Architektinnen Band 10). 97-106

Oxaal, Zoë und Baden, Sally (1997): Gender and empowerment: definitions, approaches and implications for policy. BRIDGE Report No 40. Brighon: Institute of Development Studies. <http://www.ids.ac.uk/bridge>

Palme, Gerhard (Koord.) (1999): Regionalwirtschaftliches Leitbild Oberösterreich. Im Auftrag der OÖ Landesregierung. Wien: WIFO.

Pimminger, Irene (2001): Handbuch Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung. Einführung in die Programmplanung. Wien: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Porter, Michael (1998): The Competitive Advantage of Nations. Basingstoke: Macmillan.



- Probst, Gilbert, Raub, Steffen, Romhardt, Kai (1997): Wissen managen: Wie Unternehmen ihre wertvollste Ressource optimal nutzen. Wiesbaden: Gabler.
- Prokop, Ulrike (1976): Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche. Frankfurt: Suhrkamp.
- Reeves, Dory (2002): Mainstreaming gender equality. An examination of the gender sensitivity of strategic planning in Great Britain. In: Town Planning Review 73, 2, 197-214.
- Reichart, Dagmar (2000): Die Schwarze Katze in der Kohlenkiste. Suche nach einer Wissenskonzeption in der Literatur. In: Reichart, Dagmar, Fry, Patricia, Heid, Claudia, Steinemann, Ursina: Wissenschaft als Erfahrungswissen. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag. 141-186
- Richter, Rudolf (2001): Soziologische Paradigmen. Wien: WUV – UTB.
- Rosenberger, Sieglinde (1992): Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der österreichischen Politik. Wien: Braumüller (= Studien zur politischen Wirklichkeit Band 6).
- Rossilli, Mariagrazia (ed.) (2000): Gender Policies in the European Union. New York: Peter Lang.
- Rossmann, Eva (2000): Unterwegs – Bäuerinnen auf dem Weg. In: Frauenarbeitskreis der Österreichischen Bergbauernvereingung (Hrsg.) (2000): Käselaipe sind kein Handgepäck. Europäische Bäuerinnen unterwegs zueinander. Innsbruck. Edition Löwenzahn. 11-15
- Rubery, Jill und Colette Fagan (1998): Chancengleichheit und Beschäftigung in der Europäischen Union. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz.
- Rubery, Jill, Smith, Mark, Fagan, Colette (1999): Women's Employment in Europe. Trends and Prospects. London, New York: Routledge.
- Salletmaier, Christian (2000): Innovationsorientierte Regionalpolitik als Grundlage . In: SIR-Mitteilungen 28, 17-24.
- Sapper, Anton (1997): Regionalpolitik in Österreich vor dem Hintergrund der Strukturfonds- und Regionalpolitik der Europäischen Union. In: Geographischer Jahresbericht aus Österreich LIV, 9-27.
- Sæterdal, Anne, Takle, Eva Lian (1991): Mobilizing women in local planning and decision-making. A guide to why and how. Oslo: Ministry of Foreign Affairs.
- Schindegger, Friedrich (1999): Raum. Planung. Politik. Ein Handbuch zur Raumplanung in Österreich. Wien: Böhlau.
- Schmidt, Manfred G. (1994): Chancen der Beschäftigungsoffensive für Frauen: Lehren aus dem Industrieländervergleich. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Frauenpolitik (Hg.): Mehr Beschäftigung für Frauen durch eine gleichstellungsorientierte Struktur- und Regionalpolitik: Referate für die Gesprächskreisveranstaltung "Mehr Beschäftigung für Frauen durch eine Gleichstellungsorientierte Struktur- und Regionalpolitik" im März 1994 in Bonn. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (= Gesprächskreis Frauenpolitik 12, 10-21. Electronic ed.: Bonn: FES.
- Schremmer, Christoph, Tödtling, Franz (1996): Regionale Industriepolitik für Österreich. Forschungsbericht. Wien: Österreichisches Institut für Raumplanung.
- Schremmer, Christoph (2000): Veränderungen in der Regionalplanung, Regionalpolitik und Regionalentwicklung. In: Forum Raumplanung 1, 26-33.
- Schrittwieser, Karin (2002): Mobilität von Frauen in Oberösterreich mit besonderer Berücksichtigung des Erwerbspendelns im Lebensverlauf. Diplomarbeit an der Universität Wien. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung.

- Schunter-Kleemann, Susanne (2001): Gender Mainstreaming – neoliberale Horizonte eines neuen Gleichstellungskonzepts. In: Kurswechsel 3, 15 – 25.
- Schwarz, Wolfgang (1993): Europäische Integration – Kurskorrektur unserer Regionalpolitik? In: Raumforschung aktuell 5, 3-9.
- Schwarz, Wolfgang (1997a): EU-Regionalpolitik in Niederösterreich – Konzeption, Umsetzung und Bewertung. In: Geographischer Jahresbericht aus Österreich LIV, 29-53.
- Schwarz, Wolfgang (1997b): EU-Regionalpolitik – Ein neues Berufsfeld für die Angewandte Geographie. In: Klagenfurter Geographische Schriften 14, 70-76.
- Schwarz, Wolfgang (2001a): Die regionale Industrieentwicklung innerhalb Österreichs in den 1990er Jahren als Ergebnis veränderter Rahmenbedingungen. In: Schwarz, Wolfgang: Industrieräumliche Prozesse, Standortbonität und Regionalpolitik. Klagenfurt: Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Klagenfurt (= Klagenfurter Geographische Schriften Heft 21)
- Schwarz, Wolfgang (2001b): Regionalentwicklung und Regionalpolitik vor dem Hintergrund der europäischen Integration. Vortrag am 15. Jänner 2001 im Rahmen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung.
- Shortall, Sally (2002): European Policy and Gender Relations: A Case Study of Northern Ireland. In: The New Challenge of Women's Role in Rural Europe (2002). Proceedings of an International Conference, 4 – 6 October 2001, Nicosia, Cyprus.
- Slamanig, Hannes (1997): EU-Regionalprojekte für Kärnten. In: Geographischer Jahresbericht aus Österreich LIV, 73-88.
- Sommestadt, Lena (2001): Gender Equality - a key to our future economic prosperity? In: Current Sweden No. 432. Online: [www.si.se](http://www.si.se)
- Statistik Austria (2002) Geschlechtsspezifische Disparitäten. Wien: Statistik Austria. Online:<http://www.statistik.at/>.
- Steffen, Margret (1993) Regionale Strukturpolitik. Ein neues Handlungsfeld der Frauenförderung? In: Aulenbacher, Brigitte, Goldmann, Monika (Hg.) (1993): Transformation der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt, New York: Campus Verlag. 165-183
- Steger, Friedrich Michael (2000): Die Wiederentdeckung der Peripherie. Regionalismus und Regionalpolitik in Theorie und Praxis am Beispiel des Oberpinzgau. In: SIR-Mitteilungen und Berichte. 28, 79-90.
- Steiner, Michael (2002): Die Rolle der Finanzpolitik in der regionalpolitischen Entwicklung: Die Perspektive der Industrieökonomik. In: Theurl, Engelbert, Winner, Hannes, Sausgruber, Rupert (Hg.): Kompendium der Österreichischen Finanzpolitik. Wien, New York: Springer. 734-764
- Steiner, Michael, Jud, Thomas (1998): Regional Development Institutions in Austria. Trends in Organisation, Politics and Implementation. In: Damborg, Charlotte, Danson, Mike, Halkier, Henrik (Hg.) Regional Development Agencies in Europe. London: Kingsley (=Regional Policy and Development 21). 48-65
- Steininger, Barbara (2000): Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation. In: Pelinka, Anton, Plasser, Fritz, Meixner, Wolfgang (Hg.) (2000): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien. Wien: Signum Verlag (= Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Band 22). 141-167
- Sternberg, Rolf, Bergmann, Heiko, Tamasy, Christine (2001): Global Entrepreneurship Monitor. Länderbericht Deutschland 2001. Köln: Universität Köln. Online: [www.uni-koeln.de/wiso-fak/wigeo/index.html](http://www.uni-koeln.de/wiso-fak/wigeo/index.html)
- Stiegler, Barbara (1998): Frauen im Mainstreaming: politische Strategien und Theorien zur Geschlechterfrage. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung (Expertisen zur Frauenforschung). Electronic ed.: Bonn: FES Library 1999.

- Stiegler, Barbara (1999): Vom gesellschaftlichen Umgang mit den Qualifikationen von Frauen: eine Kritik des herrschenden Qualifikationskonzeptes. Electronic ed.: Bonn: FES.
- Strüver, Anke (2002): Macht Körper Wissen Raum? Ansätze für eine Geographie der Differenzen. Wien: Institut für Geographie und Regionalforschung (= Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeographie Band 9).
- Szalai, Elke (2002): Für einen Lacher tut mann alles .... oder wie ernst wird die Implementierung von (manchen) RegionalberaterInnen genommen? Email vom 18. Dezember 2002 an die TeilnehmerInnen der Tagung „Baustelle Chancengleichheit. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung“, 12./13. November 2002 in Steyr.
- Sturm, Gabriele (1997): Öffentlichkeit als Raum von Frauen. In: Bauhardt, Christine, Becker, Ruth (Hg.) (1997): Durch die Wand! Feministische Konzepte zur Raumentwicklung. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft. 53-70
- Swedish Association of Local Authorities (2002): Active work for Gender equality. Gender mainstreaming and the 3R-method in local government.  
Online: [http://www.svekom.se/jamstallldhet/pdf/verkstan\(eng\).pdf](http://www.svekom.se/jamstallldhet/pdf/verkstan(eng).pdf)
- Thierstein (1997): Tatort Region – Mythen der Entwicklung hinterfragen! In: DISP 131, 4, 1-9.  
Online: [http://www.orl.arch.ethz.ch/disp/pdf/131\\_3.pdf](http://www.orl.arch.ethz.ch/disp/pdf/131_3.pdf)
- Tödting, Franz (1998): Regionale Innovationssysteme. Ein Ansatz der Regionalpolitik bei veränderten Rahmenbedingungen. In: Zukunftswerkstätte (Hg.): Re-Engineering der Österreichischen Industriepolitik-. Wien: Zukunftswerkstätte. 52-75
- Tödting, Franz (1999) (Hg): Innovation Networks, Collective Learning, and Industrial Policy in Regions of Europe. European Planning Studies 7/6 (Special Issue).
- Tödting, Franz (2001): Industrial Clusters and Cluster Policies in Austrian Regions. In: Nordregio Report Nr. 2, 59-78.
- Tödting, Franz, Cooke, Philip, Boekholt, Patries (2000): The Governance of Innovation in Europe – Regional Perspectives on Global Competitiveness. London, New York: Pinter.
- UMIST (2001): Indicators on Gender Equality in the European Employment Strategy. Country Fiche Files. Manchester: European Work and Employment Research Centre, Manchester School of Management.
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (UNESCO) (1998): Zwischenstaatliche Konferenz über Kulturpolitik für Entwicklung. 30. März bis 2. April 1998, Stockholm, Schweden.  
Online: [http://www.unesco.de/c\\_bibliothek/wccd\\_aktionsplan.htm](http://www.unesco.de/c_bibliothek/wccd_aktionsplan.htm)
- United Nations Development Fund for Women (UNIFEM) (2000a): Progress of the World's Women 2000. New York: UNIFEM.
- United Nations Development Fund for Women UNIFEM (2000b): Targets and Indicators: Selections from Progress of the World's Women. New York: UNIFEM.
- United Nations Development Programme (UNDP), Regional Bureau for Europe and the CIS (2000): Gender Mainstreaming in Practice: a Handbook. Bratislava: UNDP RBEC.  
Online: <http://www.undp.sk/genderlibrary>
- Verkehrsclub Österreich (VCÖ) (Hg.) (1996): Frauen und Mobilität. Wien: VCÖ.
- Wahl, von Angelika (1999): Gleichstellungsregime. Berufliche Gleichstellung von Frauen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske+Budrich.
- Waniek, Eva, Stoller, Sylvia (2001): Verhandlungen des Geschlechts. Zur Konstruktivismusdebatte in der Gender-Theorie. Wien: Turia+Kant.
- Wedral, Heinrich (1997): Ziel 1-Programm Burgenland. In: Geographischer Jahresbericht aus Österreich LIV, 89-102.

Werlen, Benno (1997): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierung. Band 2. Globalisierung, Region, Regionalisierung. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Wichterich, Christa (1996): Zwischen lokalem Feminismus, Identitätspolitik und Lobbying. Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking als Momentaufnahme internationaler Frauenbewegung. In: Peripherie Nr. 61, 24-42.

Wichterich, Christa (1998): Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Wichterich, Christa (2000): Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Globalisierung von Frauenbewegungen. In: Lenz, Ilse, Mae, Michiko, Klose, Karin (Hg.) (2000): Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen. Opladen: Leske + Budrich. 257-280

Wollmann, Helmut (1996): Begleitung (Monitoring) und Bewertung (Evaluation) in der EU Strukturfonds-Förderung. Möglichkeiten und Grenzen. Referat zur Tagung „European Conference on Evaluation Methods for Structural Funds Interventions“ am 2./3. 12. 1996. Berlin: Humboldt-Universität.

Zibell, Barbara (1993): Frauen in der Raumplanung - Raumplanung von Frauen. Der Weiblichkeit eine Chance. In: Bühler, Elisabeth et al. (Hg.) (1993): Ortssuche. Zur Geographie der Geschlechterdifferenz. Zürich, Dortmund: efef-Verlag. 145-172

#### Amtsblätter der Europäischen Union

ABl. Nr. C340 vom 10. November 1997: Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte.

ABl. Nr. L 161/1 Verordnung (EG) Nr.1260/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds.

ABl. L 160/80 Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates: Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen.

ABl. Nr. C325 vom 24. Dezember 2002: Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

## Datenquellen

### Politische Bezirke

AMIS Datenbank 1995 (AMS Kärnten & Wisdom). Wien: Wisdom.

Online: <http://www.wisdom.at>

- + Zahl der arbeitslosen Frauen im Jahresdurchschnitt 1995
- + Zahl der arbeitslosen Männer im Jahresdurchschnitt 1995

AMIS Datenbank 1997 (AMS Kärnten & Wisdom). Wien: Wisdom.

Online: <http://www.wisdom.at>

- + Zahl der unselbständig beschäftigten Frauen (Arbeiter & Angestellte) 1997
- + Zahl der unselbständig beschäftigten Männer (Arbeiter & Angestellte) 1997

AMIS Datenbank 2000 (AMS Kärnten & Wisdom). Wien: Wisdom.

Online: <http://www.wisdom.at>

- + Zahl der unselbständig beschäftigten Frauen 2000
- + Medianeinkommen der unselbständig beschäftigten Frauen 2000 (Bruttoeinkommen am Arbeitsort)
- + Medianeinkommen der unselbständig beschäftigten Männer 2000 (Bruttoeinkommen am Arbeitsort)
- + Zahl der arbeitslosen Frauen im Jahresdurchschnitt 2000
- + Zahl der arbeitslosen Männer im Jahresdurchschnitt 2000

Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) 1995

- + Arbeitslosenquote der Frauen 1995

Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) 2001

- + Zahl der arbeitslos gemeldeten Akademikerinnen
- + Zahl der arbeitslos gemeldeten Akademiker
- + Arbeitslosenquote der Frauen 2001

Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) 2002

- + Zahl der 15- bis 18-jährigen arbeitslos gemeldeten Frauen im Juni 2002
- + Zahl der 15- bis 18-jährigen arbeitslos gemeldeten Männer im Juni 2002

Bundeswirtschaftskammer 2001

- + Zahl der Frauen in den verschiedenen Lehrberufen 2001
- + Zahl der Männer in den verschiedenen Lehrberufen 2001
- + Zahl der Lehrbetriebe gesamt 2001
- + Zahl der Lehrbetriebe mit ausschließlich weiblichen Lehrlingen 2001
- + Zahl der Lehrbetriebe mit ausschließlich männlichen Lehrlingen 2001

Bundeswirtschaftskammer 2002

- + Leiterinnen und Leiter in den Bezirksstellen der Wirtschaftskammer 2002

Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR) 1995

- + Zahl der unselbständig beschäftigten Frauen gesamt 1995
- + Zahl der in der Sachgüterproduktion unselbständig beschäftigten Frauen 1995
- + Zahl der im Dienstleistungsbereich unselbständig beschäftigten Frauen 1995

Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR) 2001

- + Zahl der in der Sachgüterproduktion unselbständig beschäftigten Frauen 2001
- + Zahl der im Dienstleistungsbereich unselbständig beschäftigten Frauen 2001

Österreichisches Statistisches Zentralamt (Statistik Austria) 1971 – Volkszählung 1971  
 + Wohnbevölkerung Frauen im Alter 25 bis 49 Jahre 1971  
 + Erwerbstätige Frauen im Alter 25 bis 49 Jahre 1971

Österreichisches Statistisches Zentralamt (Statistik Austria) 1991 - Volkszählung 1991  
 + Wohnbevölkerung Frauen im Alter 25 bis 34 Jahre mit Matura 1991  
 + Wohnbevölkerung Männer im Alter 25 bis 34 Jahre mit Matura 1991  
 + Berufstätige Frauen im Alter 25 bis 34 Jahre mit Matura 1991  
 + Berufstätige Männer im Alter 25 bis 34 Jahre mit Matura 1991  
 + Wohnbevölkerung Frauen im Alter 25 bis 49 Jahre 1991  
 + Erwerbstätige Frauen im Alter 25 bis 49 Jahre 1991  
 + Wohnbevölkerung Frauen im Alter 25 bis 34 Jahre 1991  
 + Wohnbevölkerung Männer im Alter 25 bis 34 Jahre 1991

Österreichisches Statistisches Zentralamt (Statistik Austria 1991) - Schulstatistik 1991  
 + Zahl Schülerinnen in höheren kaufmännischen Schulen 1991  
 + Zahl Schüler in höheren kaufmännischen Schulen 1991  
 + Zahl Schülerinnen in höheren technischen Schulen 1991  
 + Zahl Schüler in höheren technischen Schulen 2001

Statistik Austria 2000 - Meldestatistik 2000  
 + Zahl der zuziehenden Frauen im Alter 15 bis 24 Jahre 2000  
 + Zahl der zuziehenden Männer im Alter 15 bis 24 Jahre 2000  
 + Zahl der zuziehenden Frauen im Alter 25 bis 34 Jahre 2000  
 + Zahl der zuziehenden Männer im Alter 25 bis 34 Jahre 2000  
 + Zahl der wegziehenden Frauen im Alter 15 bis 24 Jahre 2000  
 + Zahl der wegziehenden Männer im Alter 15 bis 24 Jahre 2000  
 + Zahl der wegziehenden Frauen im Alter 25 bis 34 Jahre 2000  
 + Zahl der wegziehenden Männer im Alter 25 bis 34 Jahre 2000

Statistik Austria 2001 - Schulstatistik 2001  
 + Zahl Schülerinnen in höheren kaufmännischen Schulen 2001  
 + Zahl Schüler in höheren kaufmännischen Schulen 2001  
 + Zahl Schülerinnen in höheren technischen Schulen 2001  
 + Zahl Schüler in höheren technischen Schulen 2001

Statistik Austria 2001 - Volkszählung 2001  
 + Wohnbevölkerung Frauen im Alter 25 bis 34 Jahre 2001 (VZ-2001 Schnellbericht)  
 + Wohnbevölkerung Männer im Alter 25 bis 34 Jahre 2001 (VZ-2001 Schnellbericht)

Statistik Austria 2001 - Lohnsteuerstatistik 2001  
 + Zahl lohnsteuerpflichtige Frauen 2001  
 + Zahl lohnsteuerpflichtiger Männer 2001  
 + Zahl lohnsteuerpflichtige Frauen mit Inanspruchnahme Pendlerpauschale 2001  
 + Zahl lohnsteuerpflichtiger Männer mit Inanspruchnahme Pendlerpauschale 2001

## Bundesländer

Bundeswirtschaftskammer 2001  
 + Zahl der Unternehmensgründungen von Frauen 2001  
 + Zahl der Unternehmensgründungen von Männern 2001

Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger 2001  
 + Unselbständig Beschäftigte 2001  
 + Geringfügig Beschäftigte Frauen 2001  
 + Geringfügig Beschäftigte Männer 2001

### **Sonstige Datenquellen**

Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) 2002: Arbeitsmarktdaten Juni 2002.

Eurobarometer 44.3 (1996). Originaldatenfile bezogen über Wisdom <http://www.wisdom.at>

Mikrozensus 3/1997. Originaldatenfile bezogen über Wisdom <http://www.wisdom.at>

Österreichisches Statistisches Zentralamt (1995): Krippen, Kindergärten und Horte, Berichtsjahr 1994/95. Wien: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Statistik Austria (2002): Krippen, Kindergärten und Horte, Berichtsjahr 2001/02. Wien: Statistik Austria.

## Tabellenverzeichnis

Erwerbsquote der Frauen und Männer im Alter von 25 bis 54 Jahren im Jahr 2001 in der EU .....	61
Anteil der im Dienstleistungssektor beschäftigten Frauen und Männer an den jeweiligen Gesamtbeschäftigten 2001 in der EU .....	61
Anteil der erwerbstätigen Frauen und Männer die in Betrieben verschiedener Größe beschäftigt sind 1996 bzw. 1997 in Österreich und in der EU(in %) .....	62
Anteil der selbständig beschäftigten Frauen und Männer an den Gesamtbeschäftigten in der Industrie und im Dienstleistungssektor 2001 in der EU.....	62
Teilzeitbeschäftigungsquoten in der EU 2001 .....	62
Durchschnittsverdienst von Frauen in Prozent des Durchschnittsverdienstes von Männern 1995 bzw. 1998 in der EU.....	64
Arbeitslosenquoten der Erwerbsbevölkerung nach Geschlecht 2001 in der EU .....	64
Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach Geschlecht 2001 in der EU .....	64
Anteil der Männer und Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren, die Kinder haben und Betreuungspflichten wahrnehmen 1998 in der EU (in %) .....	66
Beschäftigung von Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren mit bzw. ohne Kinderbetreuungspflichten 1998 in der EU (in %).....	67
Der häufigste Lehrberuf bei Mädchen 2001 in den verschiedenen Bezirken .....	92
Berufswünsche von Frauen im Alter von 15 Jahren nach Kohorten in drei Regionen Oberösterreichs.....	93
Bevorzugte Berufsfelder von Frauen nach Altersgruppen in Oberösterreich.....	94
Die 10 Bezirke mit der höchsten Beschäftigungsdynamik bei den unselbständig beschäftigten Frauen und Männern (ArbeiterInnen und Angestellte) 1997-2000...	95
Beschäftigungsdynamik bei den unselbständig beschäftigten Frauen und Männern (Arbeiter und Angestellte) nach Bundesländern 1997-2000 in %.....	95
Sektorale Frauenbeschäftigung 2001 nach Bundesländern.....	97
Sektorale Frauenbeschäftigung 1995 nach Bundesländern.....	97
Cluster in Österreich.....	98
Unternehmerinnen und Unternehmer in 27 Gründer-, Technologie- und Impulszentren in Österreich .....	99
Unternehmensgründungen 2001 nach Bundesländern.....	100
Medianeinkommen der Frauen im Vergleich zu jenem der Männer 1995 und 2000 nach Bundesländern.....	101
Geringfügig Beschäftigte 2001 nach Bundesländern .....	103
Die 10 Bezirke mit dem relativ geringsten formalen Bildungsvorsprung der jungen erwerbstätigen Frauen 1991 .....	103
Anteil karenzierter Väter 2002 nach Bundesländern (Stand Februar).....	106



Krippen in Österreich 1994/95 und 2001/02 nach Bundesländern.....	106
Krippen nach Betriebszeiten 2001/2002 nach Bundesländern.....	107
Kindergärten nach Betriebszeiten 2001/02 nach Bundesländern.....	107
Kinderkrippen 1994/95 und 2001/02 nach Bundesländern und Erwerbstätigkeit der Mutter.....	108
Kindergärten 1972/73 bis 2001/02 nach Bundesländern und Erwerbstätigkeit der Mutter.....	108
Verkehrsmittelwahl von Frauen und Männern (ohne Wien) .....	110
Führerscheinbesitz von Frauen .....	110
Verkehrswegzwecke von Frauen und Männern in Oberösterreich 1998 .....	111
Die 10 Bezirke mit den positivsten Wanderungsbilanzen bei den 15 bis 19-Jährigen 2000.....	113
Relevante Analysefelder für die politische Teilhabe und Partizipationsformen .....	113
Personen, die der Meinung sind Politik wäre primär etwas für Männer nach Regionstyp 1996.....	114
Politiklehrgänge - Parteiunabhängige politische Bildung für Frauen und Mädchen 2000.....	114
Politische Bildungsangebote für Frauen und Mädchen 2002.....	115
Zur Beschickung der Begleitausschüsse aus Genderperspektive.....	136
Frauen- und Männeranteil absolut an den Begleitausschüssen zu Ziel 1, Ziel 2, Ziel 3 und in den Gemeinschaftsinitiativen (URBAN II, EQUAL, LEADER+, INTERREG IIIA2) .....	139

## Abbildungsverzeichnis

AkteurInnen auf den verschiedenen räumlichen Umsetzungsebenen von Gleichstellungspolitik in Österreich .....	24
Vernetzungen der AkteurInnen auf den verschiedenen räumlichen Umsetzungs- ebenen von Gleichstellungspolitik in Österreich .....	25
Politikfeld Regionalentwicklung.....	29
Umsetzungsebenen der Regionalpolitik in Österreich.....	36
Zentrale Bereiche weiblicher Lebenszusammenhänge .....	55
Dimensionen und Indikatorenbereiche der Gleichstellung von Frauen und Männern ...	82
Grundsätze einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ .....	182
Betrachtungsebenen der Grundbedürfnisse, -werte und Themen-/Lebensbereiche, die im Laufe eines Frauenlebens Bedeutung haben .....	184